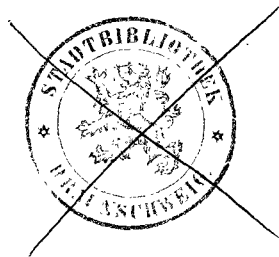


Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

13



Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig
im Jahre 1892.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.



Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Protocollen.)

I. Januar 21.

Öeffentlich:

1. Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer	2.
2. Berichte über das Wasserwerk aus 1888—1890	2.
3. Der Stadthaushaltsplan für 1892.	5.
4. Rechnungsabschlüsse des Gaswerks seit 1882	23.
5. Gesuch wegen Instandsetzung des Fußweges am Wülstenwege	24.
6. Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Pensionirung alter Nachtwächter	25.
7. Vertrag mit der Landeseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche	26.
8. Aufnahme von Processen	28.
9. Erwerb des vormals Jürgens'schen Grundstückes an der Wendenstraße	28.
10. Vorarbeiten zu dem Kreiß'schen Parkprojecte	30.
11. Gnadenpension für einen städtischen Bediensteten	31.
12. Entlassung bezw. Neuwahl von Armenpflegern	31.

II. März 3.

Öeffentlich:

13. Geschäftsübersicht für das Jahr 1891	34.
14. Selbstständige Anträge auf Errichtung von Badeanstalten	35.

IV

15. Einrichtung eines städtischen Bau-Vorrathshofes	47.
16. Vertrag mit der Landeseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche	47.
17. Aufnahme von Processen	48.
18. Baulinie an der Scharrnstraße	48.
19. Baulinie an der Leopoldstraße	48.
20. Rückzahlung von Canalbaukosten zc.	48.
21. Verkauf des alten Polytechnikums	49.
22. Baulinie an der Kaiser- und Reichenstraße	51.
23. Zwangsenteignung einer Straßenfläche am Madamenwege	53.
24. Besuch wegen Erlasses von Wegegeldbeiträgen	53.
25. Ankauf von Grundflächen an der Limbeckerstraße	53.
26. Ankauf eines Platzes für eine neue Schule	54.
27. Vertrag mit dem Staate wegen Verbreiterung der Wendensstraße zc.	55.
28. Uebernahme der Lachmann- und H. Campestraße	57.
29. Rückzahlung von Canalbaukosten	57.
30. Bedürfnisanstalt am Magnithore	57.
31. Besuch wegen Abfuhr des Hauschrichts an der verlängerten Glicsmaroberstraße	59.
32. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Ankauf eines Hauses an der Maschstraße	59.
33. Anfrage des Herrn Blasius wegen Instandsetzung des Platzes an der verlängerten Louisenstraße	59.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

34. Wahl von Mitgliedern der Genossenschafts-Versammlung der braunsch. landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft	60.
---	-----

Vertraulich:

35. Wahl eines Schuldieneis	60.
36. Erhöhung der Besoldung für den Standesbeamten	60.
37. Pension für einen städtischen Beamten	60.
38. Besoldungserhöhung für einen Schreiber	60.
39. Gehaltserhöhung für einen Lehrer der städtischen Realschule	60.
40. Wahl eines Armenpflegers	60.
41. Wahl eines Beisitzers der Einschätzungscommission	60.
42. Steuer-Reclamationen zweier Einwohner	60.
43. Steuer-Reclamationen nach Verzeichniß IV von 1891	60.
44. Besprechung über die Art der Protocollführung	60.

III. April 7.

Öeffentlich:

45. Neuordnung des Kirchenwesens	62.
46. Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen	83.
47. Besuch um Stundung von Kosten für Wasseranschluß	83.

48.	Druckkosten für den Handschriften-Katalog der Stadtbibliothek	84.
49.	Instandsetzung der Friedhofstraße	86.
50.	Verkauf der Maschgebäude auf Abbruch.	86.
51.	Erwerb von Straßenflächen an der Gertrudenstraße	89.
52.	Wahl eines Stadtverordneten in den Schulvorstand der katholischen Schule.	89.
53.	Erwerb einer Straßenfläche an der Klosterstraße	89.
54.	Desgleichen an der Wallstraße	90.
55.	Einspruch gegen die Baulinie an der Kaiserstraße	90.
56.	Verpachtung von Schul-Kellerräumen	90.
57.	Ausgabe weiterer Stadtbligationen	91.
58.	Veränderte Benutzung von Räumen im Feuerwehrgebäude	91.
59.	Aufnahme eines Processes	92.
60.	Zuschuß für den Hansischen Geschichtsverein	93.
61.	Aufhebung eines weiteren Theiles der alten Hagen- und der Brunnenstraße, sowie Veräußerung von Straßenflächen daselbst	93.
62.	Einrichtung von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter	94.
63.	Zwangsenteignung einer Straßenfläche am Bohl- und Steinwege.	96.
64.	Austausch von Straßenflächen an der Wenden- und Wilhelmstraße	97.
65.	Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppenstedterstraße	97.
66.	Wahl zur Commission für die Einschätzung der Gebäude behufs Einquartierung	97.

Vertraulich:

67.	Pensionirung des Lehrers Teggmann	98.
68.	Erhöhung der Remuneration für Lehrer Kielhorn.	98.
69.	Gesuch um Steuerermäßigung	98.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

70.	Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer.	98.
-----	--	-----

IV. April 28.

Öffentlich:

71.	Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Maschstraße	100.
72.	Wahl einer Deputation behufs Errichtung einer Markthalle	101.
73.	Einrichtung einer Schulanla als Sitzungsaal für die Stadtverordneten	101.
74.	Unterstützung des Canalbauvereins in Hannover.	104.
75.	Aufnahme eines Processes	108.
76.	Rohranlagen für Gas und Wasser	108.
77.	Stadthausbau	109.
78.	Erwerb von Straßenflächen an der Zuliusstraße.	119.
79.	Erwerb von Straßenflächen an der Goslarschenstraße	120.
80.	Baulinien im Delschlagern	120.
81.	Erfstattung von Wasserrohrkosten	120.

VI

82.	Baulinie an der Friesenstraße	121.
83.	Anschaffung von Schneepflügen und Ergänzung von Abfuhrwagen	121.
84.	Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft	124.
85.	Bedürfnisanstalt am Magnithore	125.
86.	Erwerb von Grabenflächen zc. an der Roßstraße	126.
87.	Plan für den Bürgerpark	126.
88.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange u. Gen. auf Errichtung des Schützenzeltes im Bürgerpark	129.
89.	Austausch von Grundflächen am Altwieckringe	132.
90.	Baulinie an der Hamburgerstraße	132.
91.	Anfrage des Herrn Nieß wegen des Standes der Straßenausbaugesangelegenheit am Riddagshäuserwege	133.

V. Mai 12.

Öffentlich:

92.	Uebersicht der Kosten für Zwangsenteignungen an der Ferdinandstraße	136.
93.	Grundsätze für Legung von Gas- und Wasserröhren	136.
94.	Erwerb von Straßenflächen an der Reichenbergstraße	137.
95.	Abkommen wegen der alten Pferdeställe am Giersberge	138.
96.	Vertrag mit Wilke wegen der Anschlagssäulen	138.
97.	Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Campestraße	140.
98.	Prämien für das sächsische Provinzial-Bundesschießen	140.
99.	Straßenbaukosten der Döringstraße	141.
100.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Anlegung eines Spielplatzes an der Louisenstraße	141.
101.	Wahl von Mitgliedern der Deputation für den Bürgerpark	142.
102.	Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf Instandsetzung der Gellerstraße	142.
103.	Zwangsenteignung von Straßenflächen in der Petristraße	144.
104.	Unterstützung des Vereins gegen Bettelerei	144.
105.	Nutzung der Wiesen vor dem Augustthore	150.
106.	Aufnahme eines Processes	151.
107.	Wahl von Abgeordneten zum Städtetage	151.
108.	Änderung der Baulinie am Hohenstiege	151.

Vertraulich:

109.	Anstellung eines Werkmeisters und zweier Schreiber	151.
110.	Anstellung einer Lehrerin an der städtischen höheren Mädchenschule	152.
111.	Desgleichen eines Lehrers daselbst	152.
112.	Wahl eines Schlachthaus-Directors	152.
113.	Wahl eines Schuldieners	152.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

114.	Reclamationen in der Recurs-Instanz	152.
------	---	------

VI. Juni 16.

Öeffentlich:

115.	Abkommen wegen eines Canals an der Hildeheimerstraße	154.
116.	Unterstützung der Arbeiter-Colonie Kästorf	155.
117.	Verkauf des Turnhallenterrains an der Pettrithorpromenade	155.
118.	Ausbau der verlängerten Thomästraße	156.
119.	Aufnahme eines Processes	156.
120.	Erwerb einer Straßenfläche an der Langenstraße	157.
121.	Ankauf des Heite'schen Grundstückes am Markstalle	157.
122.	Einstweilige Benutzung des Brauereigrundstückes an der Wendensstraße	158.
123.	Wahl eines Mitgliedes zur Einquartirungs-Commission	160.
124.	Uebernahme eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße als Ortsstraße	160.
125.	Uebernahme der Niederestraße als Ortsstraße	160.
126.	Neuordnung des Kirchenwesens	161.
127.	Aufnahme eines Processes gegen eine Ortskrankencasse	162.
128.	Canalisation des Langenhofes und der Opfertwete	162.
129.	Kosten der fl. Campestraße und der Lachmannstraße	163.
130.	Vergrößerung des Schulbauplatzes am Hohenstiege	163.
131.	Aufstellung neuer Laternen	165.
132.	Aufnahme eines Processes	166.
133.	Ausgabe weiterer Stadtbligationen	167.
134.	Anfrage des Herrn Lord wegen des Verbindungsweges zwischen dem Bülden und dem Querumer Holze	167.

Vertraulich:

135.	Entschädigung für Cassenverluste an den Stadt-Cämmerer	168.
136.	Wahl eines anderweiten Mitgliedes zum Städtetage	168.
137.	Steuer-Reclamationen nach dem Verzeichnisse I und II von 1892	168.
138.	Mittheilungen verschiedener Art.	168.

VII. Juni 30.

Öeffentlich:

139.	Erwerb von Straßenflächen an der Wörth- und Leonhardstraße	170.
140.	Gefuch von Anwohnern des Büldenweges	170.
141.	Verkauf der nördlichen Hufarenställe am Sandwege	171.
142.	Bedellen-Wohnung am Prüzenwege	173.
143.	Canalisation eines Theiles des Burgmühlengrabens, sowie der Hutfiltern- und Stobenbrücke	173.
144.	Herstellung eines lithographirten Stadtplanes	175.
145.	Wahlbezirk-Eintheilung der Stadt	176.
146.	Zwangsenteignung von Straßenflächen an der Ebertstraße	178.
147.	Aufnahme eines Processes gegen Königsdorf	179.
148.	Stadthausbau	179.
149.	Verkauf einer Grundfläche	186.

VIII

150.	Baulinie für die Küchen- und die Jöddenstraße	187.
151.	Aufwendungen für die Ober-Realschule	187.
152.	Aufnahme eines Processus	187.
153.	Wiederherstellung eines Verbindungsweges zwischen Carlstraße und Stadtpark	187.
154.	Canalbauten in der Innenstadt	188.
155.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße	188.
156.	Anfrage des Herrn Günther wegen Beendigung der städtischen Canalarbeiten	189.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

157.	Wahl der Beisitzer im Ausschusse zur Wahl von Schöffen und Geschworenen	190.
------	---	------

Vertraulich:

158.	Anstellung eines Schuldieners	190.
159.	Anfragen des Herrn Nieß	190.
160.	Wahl eines Armenpflegers	190.
161.	Mittheilungen	190.

VIII. September 1.

Öffentlich:

162.	Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten	192.
163.	Canaleinstiegeschacht im Gutfiltern	193.
164.	Änderung des Ortsbauplanes	194.
165.	Baulinie für die Glesmaroderstraße	194.
166.	Breite der westlichen Ringstraße	194.
167.	Verkauf von Theilflächen am alten Polytechnicum	195.
168.	Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarkt	196.
169.	Aufnahme eines Processus	197.
170.	Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppenstedterstraße	197.
171.	Verkauf einer Straßenfläche an der Wallstraße	197.
172.	Abkommen mit dem Staate wegen der Stobenbrücke	197.
173.	Verpachtung eines Landstreifens am Dom-Friedhofe	198.
174.	Theilortsbauplan am Sandwege	199.
175.	Rückzahlung von Canal- u. Kosten	199.
176.	Theiletat für das erste Vierteljahr 1893	199.
177.	Aufnahme eines Processus	200.
178.	Ausbau eines Straßenzuges an der Ebertstraße	201.
179.	Verlegung des Pferdebahngleises im Sacke u.	201.
180.	Änderung des Ortsbauplanes vor dem Fallersleberthore	202.
181.	Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Höfenstraße	202.
182.	Credit für die Bekämpfung der Cholera	204.

183. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Einbeziehung verschiedener Straßen in den Bezirk der Mehrschabfuhr 214.

Vertraulich:

184. Anstellung eines Marstall-Verwalters 216.
 185. Anstellung von drei Straßenreinigungs-Aufsehern 216.
 186. Wahl eines Commissionsmitgliedes für Vertilgung des Franzosenkrautes 216.
 187. Anstellung eines technischen Hilfsbeamten 216.
 188. Gesuch um Erlass einer Abgabe zur Armencaffe 216

IX. September 29.

Öffentlich:

189. Abänderung der §§. 7—11 des Ortsbaustatuts 218.
 190. Festsetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze 221.
 191. Gasrohr-Regung in der Ackerstraße 223.
 192. Miethenthädigung für einen Polizeibeamten 224.
 193. Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter am Hagenmarkte 224.
 194. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Höfenstraße 227.
 195. Verwendung des Ueberschusses der Kreis-Communalcaffe 227.
 196. Schulhausbau am Hohenstiege 228.
 197. Verwendung eines Geschenkes von 5000 M zur Linderung etwaiger Choleraanstalt 231.
 198. Canalisationseinrichtungen auf der Straße „hintern lieben Frauen“ 231.
 199. Baulinie am Damme und im Kattreppeln 232.
 200. Erweiterung des Central-Friedhofes 232.
 201. Cession einer Hypothek 233.
 202. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen etc. 235.
 203. Canal-Regung an der Körnerstraße 236.
 204. Anschaffung eines Göpels zum Betriebe einer größeren Häcksel-Schneidemaschine 237.
 205. Canalisirung einer Strecke der Marienstraße 237.
 206. Erwerb von Straßenflächen am Königsstiege 237.
 207. Belegung des Verbindungsweges zwischen Friesenstraße und Sandweg mit Gas- und Wasserleitung 238.
 208. Canalisation der westlichen Theilstrecke des Madamenweges 238.
 209. Zwangsenteignung von Grundflächen an der Reichen- und Kaiserstraße 238.
 210. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oterverunreinigungen 239.
 211. Desgleichen auf Canalisation eines offenen Oterarmes 239.
 212. Desgleichen auf Abbruch der alten Hufarenställe und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes 240.
 213. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Beschaffenheit der Desinfectionsanstalt etc. 240.

X

214.	Desgleichen wegen des Standes der Vorarbeiten zur Gewinnung guten Trinkwassers	242.
215.	Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen	243.
216.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Neuregelung des Nachwachswesens	243.
217.	Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis	245.
218.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Beschaffung guten Trinkwassers durch eine auswärtige Gesellschaft	246.
219.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Reconstruction der Thurmuhren	247.

Vertraulich:

220.	Anfrage des Herrn Günther wegen der Diphtheritis-Epidemie	247.
221.	Niedererschlagung einer Abgabe	248.
222.	Anstellung eines Schlachthaus-Thierarztes	248.
223.	Wahl von Armenpflegern 2c.	248.
224.	Gemeindesteuer-Reclamationen (Verzeichniß III von 1892)	248.

X. October 20.

Öeffentlich:

225.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oker-Verunreinigungen	251.
226.	Desgleichen auf Canalisation eines offenen Okerarmes	253.
227.	Desgleichen auf Abbruch der alten Husarenställe und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes	253.
228.	Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen	254.
229.	Desgleichen auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis	254.
230.	Versicherungspflichtigkeit der Handlungsgehilfen	255.
231.	Theilortsbauplan der westlichen Außenstadt	256.
232.	Erwerb einer Straßenfläche am Bohlwege	256.
233.	Herleihung von Canalisationskosten	256.
234.	Heranziehung der Militärpersonen zur Communalsteuer	257.
235.	Erwerb einer Straßenfläche „vor der Burg“	257.
236.	Belichtung des Zeichenhauses der Oberrealschule	257.
237.	Vorschriften für das Schlafgängerwesen 2c.	258.
238.	Austausch von Straßenflächen am Damme und Kattreppeln	259.
239.	Aufnahme eines Processes	259.
240.	Anfrage des Herrn Fiedel wegen der Auffüllung des Bürgerparkes	259.
241.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Beschaffung transparenter Zifferblätter	260.
242.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung von Schul-ärzten	261.
243.	Desgleichen auf Instandsetzung des Marstalles	262.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

244. Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	262.
--	------

XI. November 3.

Deffentlich:

245. Selbstständiger Antrag des Herrn N i e ß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße	265.
246. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen und für Arbeitercasernen	265.
247. Gasrohr-Verlängerung 2c. in der Taubenstraße	267.
248. Festsetzung der Baukosten für die Marienstraße	267.
249. Baulinie an der Mönchstraße	267.
250. Erstattung von Rohranlagekosten	268.
251. Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Anstellung von Schul-ärzten	268.
252. Selbstständiger Antrag des Herrn L a n g e auf Beschaffung transparenter Zifferblätter	271.
253. Canalisirung weiterer Straßen der Innenstadt	273.
254. Selbstständiger Antrag des Herrn L a n g e auf Anbringung einer Straßenlaterne	273.
255. Straßen-Polizei-Ordnung	274.

Vertraulich:

256. Gesuch um Erlaß einer Abgabe	280.
257. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß IV von 1892)	280.

XII. December 1.

Deffentlich:

258. Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten	282.
259. Verpachtung einer Mühle in Eisenbüttel	282.
260. Bericht über die städtischen Wasserwerke für 1891	284.
261. Bericht über die städtischen Gaswerke für 1891	288.
262. Ueberweisung eines Grundstückes an die Straßenreinigungs-Deputation	290.
263. Gesuch wegen Einrichtung eines Warteraumes am CentraLfriedhofe	291.
264. Stellung des Stadtgeometers	293.
265. Vertrag mit dem Bäckermeister Braudmeyer	294.
266. Bewilligung einer Summe für Instandsetzung des Bürgerparkes.	295.
267. Straßen-Polizei-Ordnung (Fortsetzung)	298.
268. Aufnahme eines Processes	305.
269. Selbstständiger Antrag des Herrn S e e l e auf Reinigung der Hauptcanäle zur Nachtzeit	306.

XII

270.	Anfrage des Herrn Jüdel wegen der Verzögerung städtischer Bauten .	306.
271.	Anfrage des Herrn Nieß wegen Besetzung der Lehrerstellen an der städtischen Ober-Realschule	307.
272.	Anfrage des Herrn Günther wegen des Standes der Pensionserhöhung für die alten Nachtwächter	308.
273.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedter mit der Casernenstraße	309.

Vertraulich:

274.	Verlängerung des Dienstvertrages mit Dr. Kentwig	310.
275.	Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Anstellung eines Stadt-Bibliothekars	310.
276.	Anstellung eines Turnlehrers	310.
277.	Gesuch um Erlaß einer Abgabe	310.
278.	Wahl von Schägern für den Mobilmachungsfall	310.

XIII. December 15. .

Öeffentlich:

279.	Festsetzung der Straßenbaukosten für die Körnerstraße	312.
280.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedterstraße mit der Casernenstraße . .	312.
281.	Erwerb einer Straßenfläche an der Goslarischenstraße	312.
282.	Verlängerung der Amtsdauer der Armen-Verwaltungsorgane, der Com-missions- und Deputationsmitglieder um 3 Monate.	312.
283.	Theilhaushaltsplan für das erste Vierteljahr 1893	313.
284.	Canalisation des Markalles	318.
285.	Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen des Desinfectionssofens	319.
286.	Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städtischen Desinfectionsapparates	320.
287.	Selbstständiger Antrag des Herrn Kieke auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergebung der Arbeiten zum Stadthausbau	321.
288.	Degleichen auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter	321.
289.	Anfrage des Herrn Günther wegen der Beschäftigung von Arbeitern .	322.

Vertraulich:

290.	Wahl von Armenpflegern	323.
291.	Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes . . .	324.
292.	Steuer-Reclamationen. Verzeichniß V von 1892	324.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

293.	Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	324.
------	---	------

XIV. December 29.

Öffentlich:

294. Straßen-Polizei-Ordnung. (Schluß)	326.
295. Selbstständiger Antrag des Herrn Kieke auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergebung der Arbeiten zum Stadthausbau	336.
296. Desgleichen auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter	339.
297. Anschaffung von Feuermeldern für Bürgerschulen	340.
298. Zuschuß zum Stiftungsfeste der freiwilligen Bürger-Feuerwehr	340.
299. Ausleihung von 15 000 M für den Kreisfonds	340.
300. Einrichtung eines Brausebades in der Schule an der Leonhardstraße	341.
301. Festsetzung von Straßenbaukosten für die Fallerleberthorwete	342.
302. Erstattung von Wasserrohrkosten	343.
303. Provisorische Ordnung des Nachtwachwesens	343.
304. Selbstständiger Antrag des Herrn Büdel auf Anstellung eines Stadtbibliothekars	344.
305. Verlängerung der Amtsdauer der Vorsitzenden und der Protocollführer	344.
306. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städtischen Desinfectionsapparates	344.
307. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes	345.
308. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Bildung einer Commission zur Begutachtung von wirthschaftlichen Fragen	345.
309. Desgleichen auf Maßnahmen bezüglich der nächsten Stadtverordnetenwahlen	346.

B. Nach den Gegenständen.

Abänderung des Ortsbaustatuts 218.

Abbruch der alten Hufarenställe 240, 253.

Abfuhrwagen-Ergänzung 121.

Abgaben-Erlaß 53, 216, 248, 280, 310.

Abkommen wegen der Pferdebeställe am Giersberge 138.

Abkommen wegen eines Canals 154, 197.

Abtretung von Grundflächen 26, 47.

Änderung von Baulinien 48, 48, 51, 90, 120, 121, 132, 151, 187, 194, 199, 202, 232, 256, 267.

Antsdauer-Verlängerung 312, 344.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:

Blasius, wegen Instandsetzung eines Platzes 59;

Günther, wegen Beendigung der städtischen Canalarbeiten 189, wegen der Beschäftigung von Arbeitern 322,

wegen der Diphtheritis-epidemie 247, wegen der Nachtwächter-Pensionen 308;

Hauswaldt, wegen Beschaffenheit der Desinfectionsanstalt 240,

wegen Beschaffung von Trinkwasser 242,

wegen des Desinfections-Ofens 319;

Jüdel, wegen der Auffüllung des Bürgerparks 259;

wegen der Verzögerung städtischer Bauten 306;

Lange, wegen Beschaffung von Trinkwasser 246,

wegen Reconstruction der Thurmuhren 247,

wegen Regelung des Nachtwächterwesens 243;

Lord, wegen des Verbindungsweges nach dem Querner Holz 167;

Nieß, wegen Besetzung der Lehrerstellen an der Ober-Realschule 307, wegen des Standes einer Straßenbauangelegenheit 133, wegen verschiedener Sachen 190.

Ankauf von Grundstücken 28, 53, 53, 54, 59, 157.

Anschaffung eines Göpels 237.

Anschaffung von Feuermeldern 340.

Anschaffung von Schneepflügen u. 121.

Anschlagssäulen betr. 138.

Anstellung von Beamten 151, 152, 216, 216, 216, 248, 310.

Anstellung von Lehrern, Lehrerinnen und Schuldienern 60, 152, 152, 152, 190, 310.

Anstellung von Schul- und Ober-Ärzten 261, 268, 345.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Blasius, auf Beschaffung eines Desinfectionsapparates 320, 344;

Brückmann, auf Pensionirung alter Nachtwächter 25;

Günther, auf Anstellung von Schulärzten 261, 268,

auf Bildung einer Commission zur Begutachtung wirthschaftlicher Fragen 345,

auf Herstellung einer Verbindung an der Helmstedterstraße 309, 312, auf Instandsetzung des Markstalles 262,

auf Maßnahmen bezüglich der Stadtverordnetenwahlen 346;

Hauswaldt, auf Anstellung eines
 Oberarztes 345,
 auf Baumpflanzungen 243, 254,
 auf Schutzmaßregeln gegen die
 Diphtheritis 245, 254;
 Jü d e l, auf Anstellung eines Stadt-
 bibliothekars 310, 344;
 L a n g e, auf Anbringung einer Straßen-
 laterne 273,
 auf Anlegung eines Spielplatzes 141,
 auf Anlegung eines zweiten Brause-
 bades 35,
 auf Beschaffung transparenter
 Zifferblätter 260, 271,
 auf Errichtung des Schützenzeltes
 im Bürgerparke 129;
 R i e ß, auf Abbruch der alten Husaren-
 ställe 240, 253,
 auf Beseitigung der Oker-Ver-
 unreinigungen 239, 251,
 auf Canalisation eines Okergrabens
 239, 253,
 auf Einbeziehung verschiedener
 Straßen in die Kehrichtabfuhr 214,
 auf Instandsetzung eines Theiles
 des Leffingplatzes 240, 253,
 auf Vergrößerung eines Platzes
 188, 265;
 R e i c h e, auf Canalisirung der Höfen-
 straße 202, 227,
 auf Verbreiterung der Maschstraße
 59, 100, 250;
 R i c k e, auf Beschäftigung von Hand-
 werkern 321, 336,
 auf Regelung der Nachtwächter-
 pensionen 321, 339;
 S e e l e, auf Reinigung von Canälen 306;
 W e b e r, auf Instandsetzung der Celler-
 straße 142.
 Arbeiter-Beschäftigung 189, 322.
 Arbeiter-Casernen 235, 258, 265.
 Arbeiter-Colonie Rästorf 155.
 Armenpfleger-Wahl 31, 60, 190, 248, 323.
 Art der Protocollführung 60.
 Assessoren-Einstellung 192.
 Aufhebung von Straßentheilen 93.

Aufnahme von Processen 28, 48, 92, 108,
 151, 156, 162, 166, 179, 187, 197,
 200, 259, 305.
 Aufstellung von Laternen 165, 273.
 Aufwendungen für die Ober-Realschule 187.
 Ausbau von Straßen 133, 156, 201.
 Ausgabe von Stadt-Obligationen 91, 167.
 Ausleihung eines Capitals 340.
 Austausch von Straßenflächen 97, 132, 232,
 259.
 Badeanstalten betr. 35, 264, 341.
 Bau des Stadthauses 109, 179, 321, 336.
 Baulinien-Änderung 48, 48, 51, 90, 120,
 121, 132, 151, 187, 194, 199, 202, 232,
 256, 267.
 Bau-Vorrathshof betr. 47.
 Beamten-Anstellung 151, 152, 216, 216,
 216, 248, 310.
 Bedürfnisanstalten betr. 57, 94, 125, 196,
 224.
 Beleuchtung eines Zeichenkaales 257.
 Bepflanzung von Straßen mit Bäumen 243,
 254.
 Bericht über die städtischen Gas- und Wasser-
 werke 2, 23, 284, 288.
 Beschaffung transparenter Zifferblätter 260,
 271.
 Beseitigung der Oker-Verunreinigungen 239,
 251.
 Befoldungserhöhung für Beamte 60, 60.
 Befoldungserhöhung für Lehrer 60, 98.
 Besprechung über die Art der Protocollführung
 60.
 Bettelei-Verein 144.
 Bibliothek-Katalog 84.
 Brauerei-Grundstück betr. 158.
 Braunschw. Baugenossenschaft 124.
 Brausebad-Einrichtung 35, 264, 341.
 Breite der westlichen Ringstraße 194.
 Bürger-Feuerwehr betr. 340.
 Bürgerpark 30, 126, 129, 142, 259, 295.
 Burgmühlengraben-Canalisirung 173.
 Canalarbeiten-Beendigung 189.
 Canalbaukosten-Rückzahlung 48, 57, 199.

XVI

Canalbau-Verein 104.
 Canalisation von Straßen *xc.* 154, 162, 173,
 188, 193, 197, 202, 227, 231, 236,
 237, 238, 239, 250, 253, 256, 273, 318.
 Canal-Reinigung 306.
 Capital-Ausleihung 340.
 Cassenverlust-Entschädigung 168.
 Central-Friedhof betr. 232, 291.
 Central-Heizung betr. 282.
 Cession einer Hypothek 233.
 Cholera-Bekämpfung 204, 231.
 Colonie Rästorf 155.
 Commissionswahlen 60, 97, 101, 142, 160,
 216, 345.
 Credit für Bekämpfung der Cholera 204.
 Dankschreiben des Herzogl. Staatsministeriums
 154.
 Dankschreiben von Realschullehrern 154.
 Deputation zur Errichtung einer Markthalle
 101.
 Desinfectionsanstalt betr. 240, 319, 320, 344.
 Diphtheritis-Bekämpfung 245, 247, 254.
 Druckkosten für den Handschriften-Katalog 84.
 Einladung zu einem Vortrage 282.
 Einladung zum Schauturnen 282.
 Einquartirung betr. 97, 160.
 Einrichtung eines neuen Sitzungs-saales 101,
 192.
 Einrichtung eines städtischen Bau-Vorraths-
 hofes 47.
 Einrichtung eines Warteraumes auf dem Cen-
 tral-Friedhofe 291.
 Einrichtung von Bedürfnisanstalten 57, 94,
 125, 196, 224.
 Einrichtung von Brausebädern 35, 264, 341.
 Einschätzungs-Commission betr. 60.
 Einspruch gegen Straßenbaulinien 90.
 Entschädigung für Cassenverluste 168.
 Erhöhung der Befoldung des Standes-
 beamten 60.
 Erlaß von Abgaben *xc.* 53, 216, 248, 280,
 310.
 Errichtung einer Markthalle 101.
 Errichtung von Badeanstalten 35, 264, 341.

Erstattung von Rohranlagekosten 120, 268,
 343.
 Erweiterung des Central-Friedhofes 222.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen
 28, 53, 53, 54, 59, 89, 89, 90, 97, 119,
 120, 126, 137, 157, 170, 197, 237,
 256, 257, 312.
 Festsetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze 221.
 Festsetzung von Straßenbaukosten 141, 163,
 192, 267, 282, 312, 342.
 Feuermelder-Beschaffung 310.
 Feuerwehrgebäude betr. 91.
 Fremden-Bestenerung 98.
 Friedhof betr. 232, 291.
 Fußweg-Anstandsetzung am Büstenwege 24.
 Gasanlagen 108, 136, 223, 238, 267.
 Gaswerk-Berichte 23, 288.
 Gehaltserhöhung für Beamte 60, 60.
 Gehaltserhöhung für Lehrer 60.
 Gemeindesteuer für Fremde 98.
 Gemeindesteuer-Reclamationen siehe Steuer...
 Genossenschafts-Versammlung der landwirth-
 schaftlichen Berufsgenossenschaft 60.
 Geschäftsübersicht für 1891 34.
 Geschenk-Verwendung 231.
 Geschworenen-Wahl der Beisitzer 190,
 Gesuche verschiedener Einwohner 24, 53, 59,
 83, 98, 170, 216, 280, 291, 310.
 Gnadenpension 31.
 Göpel-Beschaffung 237.
 Grundflächen-Abtretung 26, 47.
 Grundsätze für Legung von Gas- und Wasser-
 röhren 136.
 Grundstück-Erwerb 28, 53, 53, 54, 59, 89,
 89, 90, 97, 119, 120, 126, 137, 157,
 170, 197, 237, 256, 257, 312.
 Häcksel-Schneidemaschine 237.
 Handlungsgehilfen-Versicherungspflicht 255.
 Handschriften-Katalog der Stadtbibliothek 84.
 Hansischer Geschichtsverein 93.
 Hausrecht-Abfuhr 59, 214.
 Heranziehung von Fremden zur Gemeinde-
 steuer 98.

Heranziehung von Militärpersonen zur Gemeindesteuer 257.

Herleihung von Canalisationskosten 256.

Herstellung eines lithographirten Stadtplans 175.

Hufarenställe betr. 138, 171, 240, 253.

Hutfilternbrücke betr. 173.

Hypotheken-Cession 233.

Instandsetzung von Straßen und Pläken 24, 59, 86, 140, 142, 240, 253, 262, 295.

Katalog der Stadtbibliothek 84.

Kehricht-Abfuhr 59, 214.

Kirchenwesen-Neuordnung 62, 161.

Kosten von Straßen 141, 163, 192, 267, 282, 312, 342.

Kreis-Communalcaffe betr. 227, 340.

Landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft 60.

Laternen-Aufstellung 165, 273.

Lehrer-Besoldung 60, 98.

Lehrer-, Lehrerinnen- und Schuldiener-Anstellung 60, 152, 152, 152, 190, 310.

Lehrer-Pensionirung 98.

Mängel des neuen Sitzungsjaales 192.

Markthallen-Errichtung 101.

Marshall-Verwalter 216.

Maschgebäude-Verkauf 86.

Maßnahmen bezüglich der Stadtverordnetenwahlen 324, 346.

Miethsentschädigung für einen Polizeibeamten 224.

Militärpersonen-Besteuerung 257.

Mittheilungen des Magistrates 168, 190.

Mühlen-Verpachtung 282.

Nachtwachwesen betr. 25, 243, 343.

Nachtwächter-Pensionirung 25, 308, 321, 339.

Nachverwilligung von Straßenbaukosten 140.

Neuordnung des Kirchenwesens 62, 161.

Nieberschlagung einer Abgabe 248.

Nutzung der Wiesen vor dem Augustthore 150.

Oberarzt-Anstellung 345.

Ober-Realschule betr. 154, 187, 257, 307.

Obligationen-Ausgabe 91, 167.

Ofer betr. 239, 239, 250, 251, 253.

Ordnung des Nachtwachwesens 25, 243, 343.

Ortsbauplan-Änderungen 194, 199, 202, 256.

Ortsbaustatut-Änderungen 218.

Ortsübliche Tagelohnsätze 221.

Park-Project 30.

Pedellenwohnung am Prinzenwege 173.

Pensionirung alter Nachtwächter 25, 308, 321, 339.

Pensionirung von Beamten 31, 60.

Pensionirung von Lehrern 98.

Pferdebahn betr. 201.

Pferdeställe am Giersberge 138.

Platz-Vergrößerung 188, 265.

Polizeibeamten-Miethsentschädigung 224.

Polizeivorschriften für das Schlafgängerwesen und für Arbeitercasernen 235, 258, 265.

Prämien für ein Bundeschießen 140.

Proceß-Aufnahmen 28, 48, 92, 108, 151, 156, 162, 166, 179, 187, 197, 200, 259, 305.

Protocollführer-Wahl 2.

Protocollführung betr. 60.

Provisorische Ordnung des Nachtwachwesens 343.

Querumer Holz-Verbindungsweg 167.

Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke 2, 23, 284, 288.

Reconstruction der Thurmuhren 247.

Reinigung der Canäle 306.

Rohranlagen für Gas und Wasser 108.

Rückzahlung von Canalbaukosten 48, 57, 199.

Rückzahlung von Wasserrohrkosten 120.

Schlachthaus-Director-Wahl 152.

Schlachthaus-Thierarzt-Anstellung 248.

Schlafgängerwesen 235, 258, 265.

Schneepflug-Beschaffung 121.

Schöpfen. Wahl von Beisitzern 190.

XVIII

Schützenzelt im Bürgerparke 129.
 Schularzt-Anstellung 261, 268.
 Schulanla-Einrichtung als Sitzungsaal 101.
 Schuldiener-Wahl 60, 152, 190.
 Schulen betr. 340, 341.
 Schulkeller-Verpachtung 90.
 Schulplatzankauf und Schulhausbau 54, 163, 228.
 Schulvorstand der katholischen Schule 89.
 Schutzmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten 204, 231, 245, 247, 254.
 Sitzungsaal der Stadtverordneten 101, 192.
 Sparverein für Confirmanden 154.
 Spielplatz-Anlegung 141.
 Stadtbibliothek-Anstellung 310, 344.
 Stadtbibliothek-Handschriften-Katalog 84.
 Stadthausbau 109, 179, 321, 336.
 Stadthaushaltsplan 199, 313.
 Stadtoobligationen-Ausgabe 91, 167.
 Stadtplan-Herstellung 175.
 Stadtverordnetenwahlen 324, 346.
 Städtetag betr. 151, 168.
 Stellung des Stadtgeometers 293.
 Steuerermäßigungs-Gesuch 93.
 Steuer-Reclamationen 60, 60, 168, 248, 280, 324.
 Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz 152, 262, 324.
 Stobenbrücke-Canalisierung 173, 197.
 Straßenaufhebung 93.
 Straßenausbau 133, 156, 201.
 Straßenbahn betr. 201.
 Straßenbaukosten 140, 141, 163, 192, 267, 282, 312, 342.
 Straßenbepflanzung mit Bäumen 243, 254.
 Straßen-Polizei-Ordnung 274, 298, 326.
 Straßenreinigungs-Institut betr. 121, 216, 237, 290.
 Straßenübernahme 57, 83, 160, 160.
 Straßen und Plätze der Stadt, welche behandelt sind:
 Ackerstraße 223;
 Altewiekring 132;
 Bohlweg 96, 256;
 Brunnenstraße 93;
 Büldenweg 24, 170;

Burg, v. d., 257;
 Campestraße 140;
 Campestraße, kleine, 57, 163;
 Carlstraße 187;
 Caserneustraße 309, 312;
 Cellerstraße 142;
 Damm 232, 259;
 Döringstraße 141;
 Eisenbüttel 282;
 Ebertstraße 178, 201;
 Fallersleberthortwete 342;
 Ferdinandstraße 136;
 Friedhofstraße 86;
 Friesenstraße 121, 238;
 Gertrudenstraße 89;
 Giersberg 138;
 Glicsmaroderstraße 59, 194;
 Goslarischestraße 120, 312;
 Hagenmarkt 224;
 Hagenstraße 93;
 Hamburgerstraße 132;
 Helmstedterstraße 309, 312;
 Hildesheimerstraße 154;
 Hintern lieben Frauen 231;
 Höfenstraße 202, 227;
 Hoheftieg 151, 163, 228;
 Hutfiltern 193;
 Jöddenstraße 187;
 Juliusstraße 119;
 Kaiserstraße 51, 55, 238;
 Kaiser-Wilhelmstraße 160;
 Kattreppeeln 232, 259;
 Klosterstraße 89;
 Königstieg 237;
 Körnerstraße 236, 312;
 Kohlmarkt 196;
 Kreuzstraße 188, 265;
 Küchenstraße 187;
 Lachmannstraße 57, 163;
 Langehof 162;
 Langestraße 157;
 Leonhardstraße 170;
 Leopoldstraße 48;
 Lessingplatz 240, 253;
 Limbederstraße 53;
 Louisenstraße 59, 141;

Madamenweg 53, 238;
 Magnithor, am 57, 125;
 Marienstraße 237, 267;
 Marßall 157, 262, 318;
 Maschstraße 59, 100, 250;
 Mönchstraße 267;
 Oelfschlägern 120;
 Opfertwete 162;
 Petristraße 144;
 Petrihor-Promenade 155;
 Prinzenweg 173;
 Reichenbergstraße 137;
 Reichenstraße 51, 238;
 Riddagshäuserweg 133;
 Riedestraße 160;
 Ringstraße 188, 194, 265;
 Rossstraße 126;
 Sack 201;
 Sandweg 171, 199, 238;
 Scharnstraße 48;
 Schöppstedterstraße 97, 197;
 Steinweg 96;
 Taubenstraße 267;
 Thomästraße 156;
 Wallstraße 90, 197;
 Wendenstraße 28, 55, 97, 158;
 Wilhelmstraße 97;
 Wörthstraße 170.
 Stundung von Kosten für Wasseranschluß 83.

Tagelohnsätze, ortsübliche, 221.
 Technischer Hilfsbeamter. Anstellung 216.
 Theiletat für das erste Vierteljahr 1893 199, 313.
 Theilortsbauplan der westl. Außenstadt 256.
 Thierarzt-Anstellung 248.
 Thurmuhren-Reconstruction 247.
 Trinkwasser-Verschaffung 242, 246.
 Turner betr. 282.
 Turnhallenterrain-Verkauf 155.
 Turnlehrer-Anstellung 310.

Uebnahme von Straßen 57, 83, 160, 160.
 Ueberschuß der Kreiscommunalcasse 227.
 Uebersicht der Kosten für die Ferdinandstraße 136.

Ueberweisung eines Grundstücks an das Straßenreinigungsinstitut 290.

Unterstützung der Arbeitercolonie Kästorf 155.

Unterstützung von Vereinen und Corporationen 93, 104, 124, 140, 144.

Veränderte Benutzung von Räumen im Feuerwehrgebäude 91.

Verbindung der Helmstedter mit der Casernenstraße 309, 312.

Verbindungsweg nach dem Querner Holze 167.

Verbindungsweg zwischen der Carlstraße und dem Stadtpark 187.

Verbreiterung der Wendenstraße 55.

Verein gegen Bettel 144.

Vergleich mit dem Lehrer Herbst 192, 282.

Verkauf der Maschgebäude 86.

Verkauf der Husarenställe 171, 240, 253.

Verkauf des alten Polytechnikum 49, 195.

Verkauf des Turnhallenterrains 155.

Verkauf von Grundflächen 186, 195, 197.

Verlängerung der Amtsdauer verschiedener

Deputationen, Commissionen x. 312, 344.

Verlängerung des Dienstvertrages mit Dr. Kentwig 310.

Verlegung eines Pferdebahngleises 201.

Verpachtung einer Mühle in Eisenbüttel 282.

Verpachtung eines Landstreifens am Domfriedhofe 198.

Verpachtung von Schul-Kellerräumen 90.

Versicherungspflichtigkeit der Handlungsgehilfen 255.

Vertilgung des Franzosenkrautes 216.

Vertrag mit Brandmeyer 294.

Vertrag mit dem Staate wegen Verbreiterung der Wendenstraße 55.

Vertrag mit der Landeseisenbahn 26, 47.

Vertrag mit Wille wegen der Aufschlagsäulen 138.

Verunreinigungen der Oker 239, 251.

Verwendung des Ueberschusses der Kreiscommunalcasse 227.

Verwendung eines Geschenkes 231.

Verzögerung städtischer Bauten 306.

Vorarbeiten zu dem Kreiß'schen Parkprojecte 30.

Vorrathshof betr. 47.

Vorsitzenden-Wahl 2.

Wahlbezirkeinteilung der Stadt 176.

Wahl der Beisitzer zur Wahl von Schöffen und Geschworenen 190.

Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer 2.

Wahl einer Deputation behufs Errichtung einer Markthalle 101.

Wahl einer Deputation für den Bürgerpark 142.

Wahl eines Beisitzers in die Einschätzungskommission 60.

Wahl eines Commissionsmitgliedes für Vertilgung des Franzosenkrautes 216.

Wahl eines Schlachthaus-Directors 152.

Wahl eines Schuldieners 60, 152, 190.

Wahl eines Stadtverordneten in den Schulvorstand der katholischen Schule 89.

Wahl von Abgeordneten zum Städtetage 151, 168.

Wahl von Armenpflegern 31, 60, 190, 248, 323.

Wahl von Mitgliedern zur landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft 60.

Wahl von Schätzern für den Mobilmachungsfall 310

Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehfeuchengesetzes 324.

Wahl zur Commission für Einschätzung der Gebäude 97, 160

Wasseranlagen 108, 136, 238, 343.

Wasserwerk-Berichte 2, 284.

Wegegeldbeitrag-Erlaß 53.

Wiederherstellung eines Verbindungsweges nach dem Stadtparte 187.

Wiesenmzung vor dem Augustthore 150.

3ifferblatt-Beschaffung 260, 271.

Zufuß für den Hanfischen Geschichtsverein 93.

Zufuß zum Stiftungsfeste der freiw. Bürger-Feuerwehr 340.

Zwangsentgeignung von Straßenflächen 53, 96, 136, 144, 178, 238.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. Januar 1892.

Öffentlich:

I. Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer	Seite 2
II. Berichte über das Wasserwerk aus 1888–1890	" 2
III. Der Stadthaushaltsplan für 1892	" 5
IV. Rechnungsabschlüsse des Gaswerks seit 1882	" 23
V. Gesuch wegen Zustandsetzung des Fußweges am Bültenswege	" 24
VI. Selbst. Antrag des Herrn Brückmann auf Pensionirung alter Nachtwächter	" 25
VII. Vertrag mit der Landeseseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche	" 26
VIII. Aufnahme von Processen	" 28
IX. Erwerb des vorm. Jürgens'schen Grundstückes an der Weidenstraße	" 28
X. Vorarbeiten zu dem Kreiß'schen Parkprojecte	" 30
XI. Gnadenpension für einen städtischen Bediensteten	" 31
XII. Entlassung bezw. Neuwahl von Armenpflegern	" 31

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe
Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer und Ramdohr, sowie
Assessoren von Frankenberg und Boden.

Entschuldigt die Herren Ding, Jüdel, Meyer und Semler; außerdem fehlt Herr Rimpau. Später erscheinen die Herren Blasius, Lorb und Kiefe.

In Vertretung des verhinderten Vorsitzenden eröffnet Herr Wolff II die Verhandlungen und ersucht den Alterspräsidenten, behufs Ausübung der Wahl der Vorsitzenden die Leitung zu übernehmen.

I. Wahl der Vorsitzenden und Protocollführer.

Unter dem Voritze des Herrn Jasper werden sodann in getrennten Wahlgängen Herr Semler zum Vorsitzenden und Herr Wolff II zu dessen Stellvertreter mit je 17 von 19 abgegebenen Stimmen gewählt. In jedem Wahlgange ist außerdem ein weißer Zettel und eine Stimme für Herrn Wolff II bezw. Herrn Wolff I abgegeben.

Herr Wolff II übernimmt nach Annahme der auf ihn gefallenen Wahl wieder den Voritz und stellt darauf das Protocoll Nr. 14 zur Genehmigung, welche von der Versammlung ausgesprochen wird. Sodann wählt die Versammlung durch Zuruf den Eisenbahn-Betriebs-Secretär Ruthe zum Protocollführer und Herrn Rindeloff zu dessen Stellvertreter.

II. Berichte über das Wasserwerk aus 1888—1890.

Der Magistrat legt die Rechnungsabschlüsse des Wasserwerkes für die Jahre 1888—1890 nebst den directionsseitig erstatteten Jahresberichten mit dem Bemerkten vor, daß die Abschlüsse und Begleitberichte für die Jahre 1888 und 1889 rechtzeitig überreicht, seitens der Verwaltungsdeputation aber bis vor Kurzem zu dem Zwecke zurückbehalten worden sind, um die Uebereinstimmung dieser Abschlüsse mit den Geschäftsbüchern festzustellen und zugleich die Leistungsfähigkeit des in jenen Jahren stark in Anspruch genommenen Reservefonds zu prüfen, auch die Frage zu erörtern, ob und in welcher Richtung eine Aenderung der Buch- und Rechnungsführung behufs Erzielung besserer Uebersichtlichkeit der jeweiligen Geschäftslage angezeigt erscheine. Durch Anstellung dieser Prüfung und Erörterung ist die Deputation, welche inzwischen die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1888 und 1889 mit den Büchern verglichen und in Uebereinstimmung befunden hat, zu dem Beschlusse gekommen, folgende Anträge zu stellen:

- 1) Die sämtlichen auf die Wassermesser sich beziehenden Conten sind in der Bilanz für die Folge vereinigt aufzuführen.
- 2) Alle Conten, welche zur Anlage des Werkes gehören, sind in der Vorrubrik unter einander zu stellen und in der Hauptrubrik in einer Summe auszuwerfen.
- 3) Der unter den Passiven als Coursgeinn aufgeführte Betrag von 6125 M wird dem Conto Abschreibungen zugeschrieben.

- 4) Die in den Jahren 1887, 1888 und 1889 seitens der Direction von dem Erneuerungsfonds auf den Reservefonds behuf dessen Vergrößerung übertragenen Summen von bezw. 4000, 7000 und 41 000 M, überhaupt 52 000 M werden zurückgebucht, sodaß für den Erneuerungsfonds $(25913,89 + 52000 \text{ M} =) 77913,89 \text{ M}$ verfügbar bleiben und die Schuld des Reservefonds bei der Stadtcasse auf $(30783,88 + 52000 \text{ M} =) 82783,88 \text{ M}$ anwächst.
- 5) Von dem für den Erneuerungsfonds zurückgestellten Betrage von insgesamt 165 000,00 M
find, wie unter 4 bemerkt, noch nicht verwandt 77 913,89 „

für Erneuerungen also verausgabte 87 086,11 M und dem Anlageconto zugeschrieben. Dieser Betrag ist dem Anlageconto wieder abzusetzen und gleichzeitig an dem Bestande des Erneuerungsfonds zu kürzen. Hierzu bemerkt die Direction der Gas- und Wasserwerke nachträglich, daß zufolge Anweisung des Stadtmagistrates vom 8. Februar 1888 schon 75 000 M aus dem Erneuerungsfonds für Erweiterungsanlagen des Wasserwerkes an die Stadtcasse gezahlt wurden, zu deren Ersatz der Reservefonds derzeit nicht die Mittel besaß, mit der Bestimmung, daß eine Rückerstattung an den Erneuerungsfonds nach und nach stattfinden sollte. Es sind in Wirklichkeit also nur $(87086,11 - 75000 \text{ M} =) 12086,11 \text{ M}$ für Erneuerungen ausgegeben und an dem Anlageconto abzusetzen, auch der besseren Uebersicht wegen die fraglichen 75 000 M dem Erneuerungsfonds zu Lasten des Reservefonds wieder gutzuschreiben, wodurch der Bestand des Erneuerungsfonds auf $(77913,89 + 75000 \text{ M} =) 152913,89 \text{ M}$ und die Schuld des Reservefonds an die Stadtcasse auf $(82783,88 + 75000 \text{ M} =) 157783,88 \text{ M}$ sich erhöht.

- 6) Zur Verstärkung des Reservefonds werden bis auf Weiteres jährlich 40 000 M zurückgestellt.
- 7) Dem Antrage der Direction, den Betrag von 1278,54 M für Legung des Hauptrohres in der Brabantstraße der Stadtcasse aus dem Reservefonds zurückzuerstatten, ist zu entsprechen.
- 8) Der Antrag der Direction, von den Ueberschüssen alljährlich bis zur gänzlichen Ausgleichung der betr. Conten einen Betrag zur Rückzahlung auf das dem Werke aus der Stadtcasse gemachte Darlehn zu verwenden, ist durch die Beschlüsse unter 1 und 6 als erledigt zu betrachten.

Der Magistrat beantragt daraufhin:

- 1) zu genehmigen, daß die Direction wegen Verwaltung des Wasserwerkes für 1888 und 1889 endgiltig, und für 1890 unter dem Vorbehalt einer

deputationsseitig noch festzustellenden Uebereinstimmung des Abschlusses mit den Büchern entlastet werde;

- 2) zu beschließen, daß die auf jährlich 20 000 M bestimmte Rückstellung zum Reservefonds bis auf Weiteres auf jährlich 40 000 M erhöht werde;
- 3) sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtcasse die von derselben für Legung des Hauptrohres in der Brabantstraße bestrittenen Kosten mit 1278,54 M aus dem Reservefonds zurückerstattet werden.

Wie Herr Sievers namens der Finanzcommission berichtet, gipfeln die Anträge der Deputation in dem Bestreben, die Uebersichtlichkeit in der Buchführung des Wasserwerkes nach Möglichkeit zu fördern. Wenn die von der Deputation gewünschten Umbuchungen stattgefunden haben, so ergebe sich am 1. Januar 1891 folgende Bilanz des Wasserwerkes:

Bestände.				Verpflichtungen.			
	M	S			M	S	
Anlage-Conto	2442889	20		Abschreibungen:			
Wassermesser-Conto . .	296109	15		Staatszuschuß . .	254829	55	
Verwaltungsgebäude				Laut Aufstellung . .	726287	95	
(antheilig)	102000	—		Coursgewinn . .	6125	—	
Eisenbüttler Mühle . .	194768	05					987242 50
			3035766 40	Obligationen-Conto .			346500 —
Erneuerungsfonds . .			152913 89	Stadtcasse, Anleihe I			90550 —
Privat-Einrichtungs-				" II			227854 49
Conto			62403 19	Forderung an den			
Wasser durch Wasser-				Reservefonds . .			159062 42
messer			519 80	Kreis-Communal-Casse			875520 —
Cassen-Conto			35506 59	A. C. Spanner in			
				Nachen			22644 50
				Ausgeloste Obliga-			600 —
				tionen			3585 —
				Obligationen-Coupons			60000 —
				Betriebfonds-Conto .			165000 —
				Erneuerungsfonds . .			301027 10
				Reservefonds			
				Gewinn- und Verlust-			47523 86
				Conto			
			3287109 87				3287109 87

Demnach also:

Anlagewerth	3 035 766,40 M
Abschreibungen	987 242,50 "
Buchwerth	2 048 523,90 M
Sonstige Bestände einschl. Erneuerungsfonds	251 343,47 "
	<hr/> 2 299 867,37 M
Verpflichtungen	1 726 316,41 "
	<hr/> 573 550,96 M
An die Stadtcasse abzuliefern	47 523,86 "
	<hr/> Freies Vermögen 526 027,10 M.

Die abgelieferten Ueberschüsse haben betragen im Jahre 1888 = 32 817,65 M, im Jahre 1889 = 65 993,49 M und im Jahre 1890 = 47 533,86 M, zusammen 146 345 M. Da es einer Beschlußfassung über die Anträge 1—5 der Deputation nicht bedürfe, so gebe die Commission anheim, den Magistratsanträgen zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

III. Der Stadthaushaltsplan für 1892.

Der in der üblichen Form erschienene und mit einem ausführlichen erläuternden Begleitschreiben versehene Stadthaushaltsplan ist von der Finanzcommission in Gegenwart der meisten übrigen Stadtverordneten durchberathen worden und hat — wie namens der Finanzcommission Herr Wolff I berichtet — zu fast gar keinen Ausstellungen und Bemängelungen Anlaß gegeben, die Versammlung befinde sich vielmehr hierin mit dem Magistrate in einem erfreulichen sachlichen Einvernehmen. Nach der bisherigen Gepflogenheit wird der Herr Berichterstatter die einzelnen Capitel der Einnahme und Ausgabe seitenweise durchgehen, auf die betreffenden Bemerkungen des Begleitschreibens hinweisen und abwarten, ob ein Mitglied der Versammlung noch weitere Bemerkungen zu machen hat. Wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt, so wird das betr. Capitel als vorläufig genehmigt angesehen bis zur endgiltigen Beschlußfassung bezüglich des ganzen Etats.

1. Etat der Stadt-Casse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmerei-Vermögen:

Einnahme 125 396,08 M, Ausgabe 360 826,46 M.

Herr Hauswaldt bemerkt, daß die nöthigen Baggerarbeiten bei der städtischen Badeanstalt beendet seien, daß indessen noch über eine ungenügende Tiefe des Ofer-

bettes unter dem Sprungbrette der Freibadeanstalt geklagt werde und es sich daher empfehlen möchte, auch dort noch Ausbaggerungen vorzunehmen.

Herr Stadtrath Kete Meyer bittet die Versammlung, zu dieser Anregung Stellung zu nehmen, damit der Magistrat wisse, wie er sich bezüglich der entstehenden Kosten zu verhalten habe.

Herr Günther weist darauf hin, daß er eine gleiche Anregung schon in der vorigen Sitzung gegeben habe und er nunmehr einen entsprechenden Antrag stelle.

Herr Schumburg bittet, dem Wunsche nachzukommen, da ein dringendes Bedürfnis vorliege, dem Mißstande abzuhelpen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß dem Magistrate anheimgegeben werde, die fraglichen Baggerarbeiten ausführen zu lassen.

Der Herr Berichterstatter weist noch darauf hin, daß die Commission den Wunsch zu erkennen gegeben habe, der Magistrat möge bei der Landesregierung den schon früher gemachten Versuch wiederholen, den an Herzogliche Leihhauscasse auf das in den Jahren 1874/76 angeliehene Capital von ursprünglich 600 000 M., jetzt noch 267 000 M., alljährlich in Höhe von 12 000 M. zurückzuzahlenden Betrag etwas zu vermindern, um die Tilgung zu verlangsamen und die Ausgabe zu entlasten. Eine Berücksichtigung dieses Wunsches sei vom Herrn Oberbürgermeister zugesagt worden.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme —, Ausgabe 3480 M.,

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 328 464,91 M., Ausgabe 903 766,41 M.

Es handelt sich hier um ein Sammelcapitel, welches erst mit den Einzeletats der Schulen zur Genehmigung gelangt.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —, Ausgabe 11 472,30 M.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 129 300 M., Ausgabe 288 400 M.

Die Beschlufsfassung erfolgt nach Erledigung des Specialetats *Nr.* VII.

Hierzu nimmt das Wort Herr Rudeloff, um folgende allgemeine Ausführungen an das Capitel zu knüpfen: „Wir nehmen alljährlich durch den Etat Kenntniß von den großen Aufwendungen, welche wir für das Armenwesen zu machen haben, und wir bewilligen wahrscheinlich auch heute wieder anstandslos die großen Summen, weil wir uns unserer Verpflichtung bewußt sind und wir auch wissen, daß unser Armenwesen vorzüglich geordnet und in den besten Händen ist. Ich möchte aber wünschen, daß wir auch von den thatsächlichen Resultaten der Armenpflege in Kenntniß gesetzt würden. Ich denke mir, daß bei der Armen-Direction Jahresnachweisungen und vergleichende Etatistiken bearbeitet werden, und

möchte ich bitten, daß uns dieses Material mitgetheilt würde und zwar nicht allein uns, sondern auch den Armen-Commissionen, welche sich für die weitere Entwicklung des Armenwesens ganz besonders interessieren und die schon übel empfunden haben, daß die Armen-Direction auf die General-Versammlungen, welche der Armenordnung gemäß behufs Besprechung allgemeiner Verhältnisse alljährlich stattfinden sollen, keinen großen Werth zu legen scheint. Diese General-Versammlungen haben schon seit fünf Jahren nicht mehr stattgefunden, und wäre es wünschenswerth, daß in diesem Jahre wieder daran gedacht würde. Ich halte es aber auch für nothwendig, daß die öffentliche Aufmerksamkeit, welche gegenwärtig vorwiegend auf Canalisation und Abfuhrwesen gerichtet ist, sich wieder mehr den Fragen der öffentlichen Armenpflege zuwende, denn es giebt auf diesem Gebiete noch sehr viel zu thun, wobei es auf das Verständniß, das Interesse und die thätige Mitwirkung unserer Mitbürger ankommt. So ist es meiner Ansicht nach ein wesentliches Erforderniß, daß baldmöglichst Veranstaltungen zur Arbeitsvermittlung getroffen werden. Die Arbeit ist die beste Unterstützung, welche man Jemandem zu Theil werden lassen kann, und ohne Arbeitsnachweis ist die Armenpflege lückenhaft, eine rationelle Armenpflege gar nicht denkbar. Wenn, wie so häufig, arbeitsfähige Leute den Armenpflegern angeben, sie könnten keine Arbeit finden, so mag das in manchen Fällen richtig sein, in anderen Fällen aber nicht; controliren läßt sich's nicht. Was soll die Armenpflege ohne Arbeitsnachweis thun? Ergiebt die Ermittlung der häuslichen Verhältnisse, daß Noth wirklich vorhanden ist, so muß Geld gegeben werden und immer wieder Geld und die Armenlasten wachsen ins Ungeheuere. Wie viel besser wäre es für die Handhabung der Armenpflege, wenn den Nachsuchenden Arbeit angewiesen werden könnte. Werthvoller aber insbesondere auch für die Hilfsbedürftigen, denn die Arbeit ist von sittlicher Bedeutung und Wirkung, und schließlich würden sich auch die Finanzen der Stadt besser dabei stehen. Ich verkenne die mit der Einrichtung verbundenen großen Schwierigkeiten nicht. Man muß sich aber andererseits auch die Schwierigkeiten nicht zu groß vorstellen und will ich in dieser Beziehung nur die seit dem Jahre 1881 in Leipzig bestehende bezügliche Veranstaltung erwähnen. Leipzig hat eine Arbeits-Nachweisungs-Anstalt in der Weise eingerichtet, daß Sammelstellen über die ganze Stadt verbreitet, wahrscheinlich bei Geschäftsleuten untergebracht sind. Hier werden die Arbeitsangebote von den Arbeitgebern niedergelegt und täglich 2 Mal für die Centralstelle, woselbst die Arbeitnehmer sich nach Arbeitsgelegenheit erkundigen, abgeholt. Findet sich für eine Arbeit ein Arbeiter nicht, so wird der Arbeitgeber davon durch Formulare Karte benachrichtigt; andererseits wird das Nichterscheinen verlangter Arbeiter vom Arbeitgeber der Centralstelle — wiederum durch Formulare Karte — gemeldet. In Leipzig sind mit dieser Einrichtung recht gute Resultate erzielt und scheinen sich die in der ersten Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten inzwischen vermindert zu haben. Nach

einem Berichte über das Jahr 1885 ist an 413 Personen, darunter 111 Ortsarme, Arbeit vergeben, und sind 4966 Arbeiten an 9400 Arbeitstagen geleistet. Die Summe des hierfür gezahlten baaren Arbeitslohnes, sowie der an 6292 Tagen (zu je 75 \mathcal{L} gerechnet) gewährten Kost hat einen Gesamtverdienst von 18 729 \mathcal{M} ergeben, so daß der tägliche Durchschnittsverdienst 1,98 \mathcal{M} betragen hat. Dagegen hat die Anstalt in demselben Jahre nur einen Aufwand von 985 \mathcal{M} erfordert. In anderen Städten, wie Magdeburg, Stuttgart, Frankfurt a. M., finden sich Arbeitsanstalten, Beschäftigungsstellen u. v. In Lübeck ist ein freiwilliges Arbeitshaus eingerichtet und bildet dasselbe einen wesentlichen Factor der Lübecker Armenverwaltung. — Ich wollte hiermit zeigen, was in dieser Richtung zu machen ist, muß aber darauf zurückkommen, daß der Gedanke an derartige Einrichtungen nur bei dem Vorhandensein eines allgemeinen Interesses durchführbar erscheint, indem insbesondere für eine Veranstaltung nach Leipziger Muster es an erster Stelle nothwendig ist, daß Angebote von Arbeit eingehen. Ebenso ist es auch mit einem anderen, vielfach besprochenen Probleme, nämlich einer näheren Verbindung zwischen der öffentlichen und der privaten bezw. Vereins- Wohlthätigkeit, auch der kirchlichen Armenpflege. Alle diese Einrichtungen können nur Leben gewinnen, wenn sie durch das allgemeine öffentliche Interesse getragen werden. Dieses Interesse zu wecken, ist also meiner Ansicht nach durchaus nothwendig und bitte ich darum zunächst, möglichst bald statistisches Material zu veröffentlichen."

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert: „Die Armen-Statistik ist seit der im Jahre 1881 erfolgten Neuordnung des Armenwesens regelmäßig alle Jahre durch die früheren Verwaltungsberichte des Magistrates, in welchen dem Armenwesen ein besonderer Abschnitt zugetheilt war, veröffentlicht. Die Berichte sind indessen wegen Geschäftsüberhäufung desjenigen Magistratsmitgliedes, welchem deren Zusammenstellung oblag, seit dem Jahre 1887 nicht mehr erstattet; jedoch ist in Aussicht genommen; einen solchen Gesamtbericht, unter Heranziehung weiterer Arbeitskräfte, noch in Eins aufzustellen und wird die Veröffentlichung desselben hoffentlich im Laufe des Jahres erfolgen können. Außerdem hat der Herr V. redner angeregt, daß die Jahresversammlungen der Armen-Direction, welche seit mehreren Jahren ausgefallen seien, wieder abgehalten werden möchten. Eine bezügliche Bestimmung befindet sich allerdings in der Armenordnung; die Versammlungen sind indessen in den letzten Jahren nicht wieder berufen, weil es an genügendem Berathungsmateriale, bezw. an der Bereitwilligkeit einzelner Herren zur Uebernahme von Referaten gefehlt hat. In den ersten Versammlungen ist immer eine ausführliche Darstellung der thatfächlichen Verhältnisse gegeben; auch habe ich einen Vortrag über die Verhältnisse zwischen der privaten und der öffentlichen Armenpflege gehalten. Im Jahre 1890 habe ich in der Armen-Direction angefragt, ob irgend welche Gegenstände mitgetheilt werden könnten, die sich zu einer Berathung auf

der Generalversammlung eigneten, erhielt aber eine negative Antwort, oder vielmehr es erklärte sich keiner der Herren zur Uebernahme eines Referates bereit und deshalb hielt ich die Abhaltung einer solchen Versammlung nicht für angezeigt. Auf die Vorschläge des Herrn Vorredners will ich hier nicht näher eingehen; derselbe wird vielleicht als Mitglied der Armen-Commission diese Angelegenheit auch dort zur Sprache bringen, damit sie dann durch Vermittelung des Bezirks-Vorstehers zur Kenntniß der Armen-Direction, welcher die Initiative in diesem Punkte zuzuweisen sein dürfte, gelangt."

Herr Günther möchte sich die Anfrage an den Stadt-Magistrat erlauben, ob derselbe die jetzige allgemeine Nothlage in den Kreis seiner Berathungen gezogen habe. Schon der vorige Winter habe einen großen Theil der Arbeiter in Noth gebracht und jetzt trete dazu der harte Schlag des letzten Sommers und die durch die Mißernte des abgelaufenen Jahres hervorgerufene Theuerung. Der letztere Umstand habe bereits Veranlassung gegeben, daß man in verschiedenen Orten seitens der Behörden größere Einkäufe an Kartoffeln und Kohlen gemacht habe, um diese sodann an die Arbeiter unentgeltlich oder zu billigen Preisen abzugeben. Es sei ihm wünschenswerth, zu erfahren, ob der Magistrat es für nothwendig halte, bei der jetzt herrschenden Kälte Vorkehrungen zu treffen, damit der größten Noth etwas entgegengekommen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die Angelegenheit in erster Linie die Armen-Direction betreffe; es könne indessen nicht mit Grund behauptet werden, daß hier ein allgemeiner Nothstand vorhanden sei. Die gegenwärtige Theuerung der unentbehrlichen Lebensmittel würde vielleicht geeignet gewesen sein, die Noth heranzubringen, wenn nicht die Milde des Winters bis in den Anfang des neuen Jahres hinein durch reichliche Arbeitsgelegenheit einen Ausgleich geboten hätte. Nachdem diese Gelegenheit jetzt weggefallen sei — wenn man nicht das Eisen und einzelne andere Nebenbeschäftigungen mit in Betracht ziehen wolle — seien die Aufwendungen der Armen-Verwaltung allerdings gestiegen und man habe die Frage aufgeworfen, ob nicht stadtseitig Vorräthe an Lebensmitteln zu beschaffen seien. In dieser Beziehung habe die Armen-Direction im Einverständnisse mit sämmtlichen Bezirks-Vorstehern erklärt, daß eine Beschaffung von Lebensmitteln nicht angezeigt erscheine, sie habe aber — wie aus dem Begleitberichte zum Etat ersichtlich sei — den Ankauf von Kohlen durch Vermittelung des Vereins gegen Bettel in die Hand genommen und seien bei Beginn des Frostes zu Anfang dieses Monats schon Feuerungsmaterialien vertheilt, wie auch heute wieder von der Armen-Direction eine solche Vertheilung beschlossen worden. Hierzu sei zu erwähnen, daß auch ein hiesiger Bürger der Armen-Direction gestern Kohlen zur Vertheilung überwiesen habe. Ob derartige Vertheilungen noch weiter vorgenommen würden, hänge ganz und gar von den Witterungsverhältnissen

ab. Sobald frostfreies Wetter eintrete, sollen, soweit die Verhältnisse solches zu lassen, sofort die Canal- und sonstigen Erdarbeiten wieder aufgenommen werden; es lasse sich z. B. nur nicht mitten in der Stadt an verkehrreichen Straßen mit solchen Arbeiten beginnen, weil jetzt noch die Gefahr vorliege, daß alsbald wieder Frost eintrete und die Straßen dann möglicherweise lange Zeit dem Verkehre entzogen werden müßten.

Herr G ü n t h e r glaubt dennoch, daß eine Nothlage vorhanden sei, wenn man ihr auch nicht tagtäglich auf der Straße begegne. Er habe die Sache hauptsächlich angeregt um Derjenigen willen, welche Armen-Unterstützungen gar nicht beziehen, sondern das erforderliche Feuerungsmaterial gern bezahlen wollen, welche indessen die höheren Preise nicht bezahlen können. Da nun schon vielfache Arbeiterentlassungen auf hiesigen Fabriken vorgekommen seien und solche noch weiter in Aussicht stehen sollen, so halte er es für zweckmäßig, sich die Sache etwas näher anzusehen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, damit man nicht vielleicht plötzlich vor einer unangenehmen Thatsache stehe.

Herr R i e k e hat bemerkt, daß man in diesem Jahre bezüglich der Abgabe von Kohlenzetteln seitens der Armenverwaltung sehr zurückhaltend sei und er in Folge dessen schon verschiedene Gesuche habe zurückweisen müssen. Er persönlich sei aber nicht in der Lage Kohlen vertheilen zu können, da ihm hierzu die Mittel fehlen. Die frühere Einrichtung der Kohlenzettel halte er für gut, da die Leute dann in der Nähe ihrer Wohnungen sich die Kohlen von einem reellen Händler fortholen konnten, während jetzt ein Mißverhältniß zwischen der Armenpflege und dem Verein gegen Bettelerei bestehe. Wenn ein gewissenhafter Armenpfleger eine Anforderung von Kohlen aufsetze, so müßten solche auch geliefert werden und dürfe der genannte Verein derartige Anforderungen nicht zurückweisen. Wenn die Leute erst wie eine Ratte in der Gasse liegen, haben sie keine Unterstützung mehr nöthig, man brauche ihnen dann nur noch einen Tritt zu geben, um sie vollends todt zu machen. Auf einer General-Versammlung könnten diese Verhältnisse zwischen den beiden Factoren ebenfalls einmal geregelt werden. Sodann halte er es auch für zweckmäßig, Uebersichten zu schaffen, aus welchen ersichtlich sei, wie sich die Armenlasten auf die einzelnen Stadttheile vertheilen und was die Armenpflege überhaupt koste.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s macht darauf aufmerksam, daß die Armenstatistik und die Rechnungen des Pflegehauses den sich dafür interessirenden Herren jederzeit zu Gebote stehen.

Herr H a l l e kann nicht begreifen, daß Herr R i e k e über den Mangel an Kohlenzetteln Klage zu führen habe, da doch seit einiger Zeit das erforderliche Geld verwilligt sei und die Bezirks-Vorsteher die Kohlenzettel vergeben könnten. Von einem Nothstande könne auch nach seiner Meinung in diesem Jahre bis jetzt keine Rede sein, denn es sei seit langer Zeit in Bezug auf Arbeitsgelegenheit kein so günstiges Jahr vorhanden gewesen als das Jahr 1891, weil die Arbeiter noch

niemals so lange hin haben arbeiten können. Gegenüber den höheren Lebensmittelpreisen seien auch die Löhne entsprechend gestiegen, so daß sich hierüber berechtigten Klagen nicht führen lassen, wenn auch ein Ausgleich zwischen den Lebensmittelpreisen und den Löhnen z. B. vielleicht noch nicht ganz stattgefunden habe.

Da Anträge nicht vorliegen, wird der Gegenstand damit verlassen.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme 500 M,

Ausgabe 1000 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M,

Ausgabe 2057,17 M.

Der bisherige Zuschuß von 60 M für den Geflügelzüchterverein ist nach der Mittheilung des Magistrates in Wegfall gekommen, weil die Geflügelausstellungen hier nicht mehr in so regelmäßiger Folge wie früher stattfinden und bei dem Abhalten einer Ausstellung auf bezüglichen Antrag ein besonderer Zuschuß bewilligt werden könne.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 15225 M,

Ausgabe 59800 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 30815,40 M,

Ausgabe 308710 M.

Die Platzfrage für die Bedürfnisaustalt am Magnithore harret noch immer der Lösung, dagegen wird die im Etat gleichfalls vorgesehene Austalt für beide Geschlechter auf dem Hagenmarke hoffentlich bald zur Ausführung kommen.

Herr Rieke fragt an, ob der früher im Etat vorgesehene Betrag von 900 M für Zustellung der Steueraussschreiben seitens der Polizeibeamten bereits in Wegfall gekommen sei, obwohl die Uebernahme dieser Geschäfte durch die Nachtwächter erst vom 1. Juli d. J. ab erfolgen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß dieser Posten im laufenden Jahre noch voll verausgabt werden müsse und sich im Cap. XI ausgeworfen finde.

Die Frage des Herrn Günther, ob die alsbaldige Aufstellung des Candelabers auf dem Ruhfäutchenplatze in Aussicht stehe,

beantwortet Herr Stadtrath Netemeyer dahin, daß die Aufstellung bislang unterblieben sei, weil die Gesellschaft Urania in Berlin beabsichtige, in hiesiger Stadt eine Säule aufzustellen und hierzu, ebenso wie zu dem von einer hiesigen Commission zu errichtenden Wetterhäuschen jener Platz am meisten geeignet erscheine. Außerdem möchte die Laterne dort z. B. noch nicht so dringend sein, weil an der Bauplante eine solche angebracht sei. Sofern sich diese Angelegenheit indessen nicht nächstens kläre, werde der Candelaber zur Aufstellung gelangen.

Bei dieser Gelegenheit solle auch darauf hingewiesen werden, daß die Deputation zur Vorberathung der Straßenpolizeiordnung thätig sei und es wünschenswerth erscheine, derselben etwaige Bedenken oder Wünsche zu unterbreiten.

Herr G ü n t h e r möchte Aufklärung darüber haben, ob die Polizei verpflichtet sei, die ihr vorgelegten schlechten Eßwaaren einer Untersuchung zu unterziehen. Der wachhabende Polizeibeamte habe kürzlich einen von ihm ausgesandten Boten mit in einer hiesigen Schlachtereie gekaufter schlechter Wurst nach dem Schlachthause geschickt. Da er nun meine, daß dieses Sache der Sanitätspolizei sei, so möchte er wissen, ob der betr. Polizeibeamte einen Fehler gemacht habe, oder ob eine Verbindung zwischen der Polizei und dem Schlachthause bestehe.

Herr Stadtrath R e t e m e y e r entgegnet, daß das Schlachthaus für derartige Untersuchungen nicht competent sei, sondern sich nur mit der Untersuchung des von außen eingebrachten Fleisches zu befassen habe. Wenn die Polizeibehörde die Vermuthung gehabt haben würde, daß die fragliche Wurst gesundheitschädliche Stoffe enthalte, würde sie jedenfalls eingeschritten sein, wenn dagegen nur Sachen in der Wurst seien, welche nicht hineingehörten, müsse es dem Einzelnen überlassen bleiben, die Waaren untersuchen zu lassen und den Weg der Klage zu beschreiten.

Auf die weitere Frage des Herrn G ü n t h e r, zu welchem Zwecke die Polizei-Verwaltung die im Cap. VI für die Untersuchung von Lebensmitteln 2c. ausgeworfene Summe von 200 M. erhalte,

erwidert Herr Oberbürgermeister P o c k e l s, daß diese Summe der Polizei zur Verfügung gestellt sei, um im Interesse der Gesamtheit des Publicums periodische Untersuchungen der Milch und derartiger Verbrauchsgegenstände vorzunehmen, nicht aber um die Wurst eines Einzelnen zu untersuchen. Zweckmäßiger sei es, derartige Vorstellungen bei dem Magistrate, nicht aber hier in der Versammlung anzubringen.

Herr G ü n t h e r würde es für gut finden, wenn der Polizei noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden, damit der Einzelne sich mit dem von ihm gekauften schlechten Fleische an die Polizei wenden könnte, weil derselbe häufig nicht in der Lage sei, 2,50 M. für eine solche Untersuchung auszugeben.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 2100 M.,

Ausgabe 46 017 M.

Bemerkt kann hierzu werden, daß von umfangreichen Neupflasterungen im Jahre 1892 Abstand genommen werden soll, weil es als empfehlenswerth angesehen wird, zuvörderst die Canalisirung der betr. Straßen auszuführen.

Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 1 391 200 M.,

Ausgabe 3900 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Durchberathung des Gesammtetats.

Cap. XII. Staatsbedürfnisse und Staatszuschüsse:

Einnahme 132 600 M.,

Ausgabe 26 265,46 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 29 800 M.,

Ausgabe 193 758,12 M.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 44 046,85 M., Ausgabe 16 686,99 M.

Auf bezügliche Anfrage hat der Magistrat die Erklärung abgegeben, daß voraussichtlich im laufenden Jahre an allen hiesigen Kirchen elektrische Uhren angebracht sein würden.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 1 772 300 M.

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 470 140,22 M., Ausgabe 140,22 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen und Zuschüsse:

Einnahme 154 739,91 M., Ausgabe —.

Cap. III. Verkaufte bezw. angekaufte Grundstücke:

Einnahme 443 119,87 M., Ausgabe 353 359,78 M.

Die Vorlage über den Verkauf des vormaligen Polytechnikums ist zunächst wieder zurückgezogen, weil das Gebäude erst am 1. October d. Js. vollständig miethsfrei wird. — Vor dem Hohenthore soll wiederum eine mittlere Bürgerschule errichtet werden, jedoch sind die Verhandlungen wegen des Erwerbes eines Platzes noch nicht zum Abschluß gekommen.

Herr Halle giebt dem Wunsche Ausdruck, daß der Platz an der südlichen Ecke von Bohlweg und Dankwardstraße nicht als Lagerplatz für Stadthaus-Baumaterialien benutzt, sondern bald zum Verkauf gestellt werde, da das Terrain dort für einen Lagerplatz zu theuer sei und außerdem auch recht bald ein Definitivum an jener Stelle geschaffen werden müsse. Die Baumaterialien könnten auf dem Ruhfäutchenplatz und dem Domplatz gelagert werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß erst dann an einen Verkauf des Platzes gedacht werden könne, wenn das Project für das Stadthaus feststehe. Außerdem müsse derselbe zur Lagerung der Materialien nothwendig gebraucht werden, welche zur Canalisirung des Bohlweges erforderlich seien, so daß sich dann der Platz für die Stadt recht gut verzinse.

Herrn Lange erscheint der etatsmäßig veranschlagte Preis von 275 000 M für das vormalige Polytechnikum recht niedrig im Vergleich zu dem Preise für das Jürgens'sche Grundstück.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß jener Preis nur die Selbstkosten mit den aufgelaufenen Zinsen darstelle und der Magistrat selbst hoffe, bei dem Verkaufe einen ungleich höheren Preis zu erzielen.

Cap. IV. Banten und öffentliche Anlagen:

Einnahme —, Ausgabe 706 500 M.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme 7000 M., Ausgabe 15 000 M.

Die Ausgabesumme ist vorgesehen zur Anstellung sachkundiger Untersuchungen über die Beschaffenheit und Menge des in der Nähe der Stadt vorfindlichen Quellwassers.

Ab schluß:

Einnahme und Ausgabe 1 075 000 M.

2. Stats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtische Realschule:

Einnahme und Ausgabe 81 449,41 M., Fehlsomme 38 500 M.

II. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 78 996 M., Fehlsomme 30 400 M.

III Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 59 782 M., Fehlsomme 28 300 M.

Bezüglich der in dem Begleitschreiben enthaltenen Ausführungen des Magistrates über die Central-Warmwasserheizung dieser Schule ist zu bemerken, daß eine Commission, in welcher auch drei sachverständige Stadtverordnete, nämlich die Herren Lange, Natalis und Wilke, mitwirken werden, Beschluß darüber fassen wird, was in dieser Beziehung seitens der Stadt zu veranlassen sei.

Herr Wilke will mit Rücksicht hierauf für heute aufs Wort verzichten.

IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5300 M., Fehlsomme	$\left\{ \begin{array}{l} \text{a. aus der Kloster-} \\ \text{reinertragscasse .} \\ \text{b. aus der Stadtcasse} \end{array} \right\}$	je 2150 M.
---	---	------------

Zusammen 4300 M.

V. Bürgerschulcasse:

Einnahme und Ausgabe 638 239 M., Fehlsomme 532 313 M.

Zur Deckung der Fehlsomme werden folgende Zuschüsse geleistet:

a. aus Herzoglicher Haupt-Finanzcasse	28 913 M
b. „ der Kreiscommunalcasse	10 000 „
c. „ „ Klosterreinertragscasse	25 000 „
d. „ „ Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde	200 „
e. „ „ Stadtcasse	468 200 „

Zusammen 532 313 M.

Es ist hierzu zu bemerken, daß auf Seite 120 des Haushaltsplanes unter 2 statt „für neue Hilfslehrer“ gesagt werden muß „für 9 Hilfslehrer“ und daß auf Seite 128 die aufzuwendende Grundsteuer fehlt. —

In der Commissionsitzung ist darauf hingewiesen worden, daß es sich empfehle, in den verschiedenen Schulturnhallen Samariterkästen bereit zu halten und soll nach einer Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters der Schuldirektor eine bezügliche Anregung seitens des Magistrates erhalten, so daß zu hoffen steht, es werde diese wohlthätige Einrichtung im Laufe des Jahres zur Ausführung kommen.

VI. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 40000 M., Fehlsomme 32413 M.

An Zuschüssen zur Deckung der Fehlsomme werden geleistet:

a. aus Herzoglicher Haupt-Finanzcasse	14 161,50 M
b. „ der polizeilichen Abgabe für Hunde	10 500,00 „
c. „ „ Stadtcasse, nach Bedarf	7 751,50 „

Zusammen 32 413,00 M.

VII. Armenkasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 288400 M., Fehlsomme 168100 M.

Zur Deckung der Fehlsomme leistet die Kreiscommunalcasse einen Zuschuß von 9000 M.

VIII. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 153100 M., Fehlsomme 124058 M.

IX. Wegebaukasse:

A. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 91900 M., Zuschuß 55600 M.

Zu dem Ausgabeposten von 3500 M für Reinigung der Straßen der Außenstadt von Schnee bemerkt der Herr Berichterstatter, daß vielfach Klagen über mangelhafte Beseitigung der auf den Straßen der Außenstadt lagernden Dreckhaufen geführt seien und der Magistrat, in Anerkennung dieses Uebelstandes, auch Abhilfe zugesagt habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß von Seiten der Städtischen Bauverwaltung zu Lasten des Unterhaltungsfonds bereits ein eiserner Schlammabfuhrwagen bester Construction in Bestellung gegeben sei und in nächster Zeit geliefert werde; die Versammlung werde daher Gelegenheit haben, sich binnen Kurzem davon zu überzeugen, ob eine Besserung eingetreten sei.

B. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 490000 M., Zuschuß 300000 M.

Aus dem vorjährigen Neubau-Etat sind folgende Straßenbauten übernommen: Herstellung der Ringstraße zw. Teller- und Hamburgerstraße, Ausbau der Maschstraße zw. Garten- und Wehrstraße, Herstellung der verl. Limbeckerstraße zw. Bieweg- und Campestraße, Ausbau eines Theiles der Kreuzstraße

westlich der Landeseisenbahn, Anlage des Altemwieltringes zw. Kastanienallee und Hufarenstraße, Ausbau der verl. Sophienstraße.

An neu aufgenommenen Straßen sieht der Etat die folgenden vor:

Verbindungsstraße zwischen Goslarische- und Pflagehausstraße, Goslarische-straße zwischen Hohethor und Sidonienstraße, verlängerte Thomaestraße, Altstadtring, Hohestieg, Gertrudenstraße zwischen Charlotten- und Salzdahlumerstraße, Wolfscamp westlich der Landeseisenbahn, Elmstraße zwischen Wolfenbüttlerstraße und Salzdahlumerstraße, Theilgrundstück der Bertramstraße nördlich der Leonhardstraße bis zum Grundstücke *M. ass.* 3286, Anlage von Fußwegen auf der Campestraße zwischen der Adolfsstraße und dem Leonhardsplatz, Instandsetzung des östlichen Fußweges der Roßstraße zwischen der Hilbesheimerstraße und der Schäferbrücke und Anlage eines directen Fußweges nach dem Querumer Holze nebst Ueberbrückung der Schunter.

Herr Reiche spricht den Wunsch aus, daß mitten in der Maschstraße belegene und zum Ausbau derselben erforderliche Haus nebst Garten, welches jetzt zu einem billigen Preise zu haben sei, anzukaufen, damit der Ausbau dieser Straße nun endlich in Angriff genommen werden könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer weist darauf hin, daß der untere Theil der Maschstraße noch gar nicht ausgebaut werden solle und daß außerdem der Preis für jenes Grundstück dem Magistrate keineswegs mäßig erscheine.

Herr Nieß bittet ebenfalls, den unteren Theil der Maschstraße baldigst auszubauen, da es kaum eine schäbigere Stelle in der Nähe der Umfluthgräben gebe. Die Howaldtstraße, die Friedhofswete und Fabrikwete, sowie die Maschstraße seien drei Stellen, die sich für eine Stadt wie Braunschweig gar nicht vertreten lassen.

Herr Reiche wiederholt seine Bitte, da der weitere Ausbau der Straße unausschiebbar sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer erklärt, daß der Magistrat gern bereit sei, auf die Sache einzugehen, wenn er nur bei den Anwohnern mehr Entgegenkommen finde. Die Friedhofswete z. B. werde nächstens wenigstens zum Theil ausgebaut werden, da die Anwohner sich entgegenkommend gezeigt hätten.

Der Herr Berichterstatter schließt sich dem Wunsche des Herrn Reiche an und bedauert, daß der Ausbau der Maschstraße an dem Widerstande einer einzigen Persönlichkeit schon so lange Jahre gescheitert sei.

X. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 860 351 *M.*, Ausgabe 773 564,89 *M.*,
 Ueberschuß 86 786,11 *M.*

Wie der Herr Berichterstatter ausführt, meint die Direction der Gas- und Wasserwerke, daß der Einheitsfuß von 60 *M.* für Unterhaltung einer Straßen-

laterne zu niedrig bemessen sei und hierfür ein Betrag von 70 M in Einnahme gestellt werden müsse. Die Ausbeute an Kohlen sei außerordentlich günstig gewesen und habe die Ausgabe dafür etwas ermäßigt werden können, weil die angestellten Versuche ergeben haben, daß die deutschen Kohlen ein sehr gutes und reichliches Gas liefern.

Herr Halle tritt für eine weitere Ermäßigung des Preises für Gas zu technischen Zwecken ein, damit dasselbe mehr und mehr zum Kochen und Heizen in den Haushaltungen Verwendung finde, weil das Leuchtgas doch mit der Zeit durch das elektrische Licht verdrängt werde. Ebenso bitte er, den Preis des zum Betriebe von Motoren für elektrisches Licht verbrauchten Gases herunterzusetzen, da eine Schädigung des Gaswerkes durch solche Motoren um so weniger zu befürchten sei, als das betreffende Etablissement durch den Motor doch wieder mehr Gas verbranche. Der Preis des hierbei verwendeten Gases lasse sich recht gut von 18 \mathcal{M} auf 15 \mathcal{M} heruntersetzen, wenn man nicht überhaupt den Preis des zu technischen Zwecken verwendeten Gases auf 13 \mathcal{M} festsetzen wolle.

Der Herr Berichterstatter entgegnet, daß diese Frage in der Vorberathung schon ziemlich gründlich erledigt und Herrn Halle zunächst erwidert sei, daß eine billigere Preisstellung als 15 \mathcal{M} kaum angängig erscheine, weil dieser Satz ungefähr dem Selbstkostenpreise des Gases gleichkomme. Wenn man in anderen Städten das Gas zu Betriebszwecken billiger abgebe, so müsse dem gegenüber auch hervorgehoben werden, daß das Gas anderwärts nicht den gleichen Gehalt und die gleiche Leuchtkraft besitze. Bezüglich der Betriebsmotoren für elektrische Anlagen sei schon in der Commissionsitzung hervorgehoben, daß es nicht angängig erscheine, derartige Privatunternehmungen, welche bezweckten, einem städtischen Institute Concurrenz zu machen, noch an den zu bietenden Vortheilen theilnehmen zu lassen. Außerdem könne es sich hierbei nur um recht wenige Fälle handeln, weil die Electricität fast überall durch Dampfkraft erzeugt werde.

Herr Bültemann kann auf Grund eines ihm vorliegenden Schreibens der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke in Bremen über die dortigen Preise Folgendes mittheilen. Der Preis des Gases für Beleuchtungszwecke einschließlich Gasmotoren für elektrisches Licht beträgt in Bremen 20 \mathcal{M} für 1 cbm, für alle anderen Benutzungszwecke aber, wenn gesondert gemessen, 15 \mathcal{M} . Alle Zuleitungen bis zum Gasmesser (bis 30 m Länge) sind unentgeltlich und bleiben Eigenthum des Gaswerkes. Der Nettogewinn ist seit Herabsetzung des Preises für Koch-, Heiz- und Motorengas von Jahr zu Jahr gestiegen, wobei bemerkt werden muß, daß gleichzeitig mit dieser Preisherabsetzung eine solche für Beleuchtungsgas eingetreten ist, und eine starke Zunahme des Verbrauches auch für Leuchtzwecke bewirkt hat. In Procenten der gesammten Jahreslieferung entfielen

	1886/87	87/88	88/89	89/90	90/91
auf Privatbesitz für Beleuchtungs zwecke . .	64,52 ‰	65,35 ‰	65,23 ‰	62,14 ‰	57,64 ‰
auf Privatbesitz für andere Zwecke	3,83 „	4,90 „	6,30 „	10,70 „	15,83 „
auf den ganzen Privatabsatz	68,35 ‰	70,25 ‰	71,53 ‰	72,84 ‰	73,47 ‰

während der Rest auf öffentliche Beleuchtung, eigenen Verbrauch und Verlust entfiel. Das Gas sollte dort gegen gewöhnliches Steinkohlengas um 25 ‰ besser an Leuchtwert und um 20 ‰ besser an Heiz- (bezw. Explosions-)wert sein.

XI. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 248 710 M, Ausgabe 223 700,26 M,
 Ueberschuß 25 009,74 M.

Bezüglich des Wasserverbrauches ist zu bemerken, daß im Jahre 1865 auf den Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch von 66 l täglich entfiel und diese Zahl bis zum Jahre 1885 auf 208 l stieg, während sie vom Jahre 1886 ab ganz erheblich gefallen ist, denn im Jahre 1886 stellte sich der Verbrauch auf 92 l und im Jahre 1890 auf 63 l täglich. Es ist das der sprechendste Beweis für die früher stattgehabte Wasserver Verschwendung.

XII. Neustadtmühle:

Einnahme 34 050 M, Ausgabe 32 700 M,
 Ueberschuß 1350 M.

Da hiermit der eigentliche Stadthaushaltsplan zu Ende ist, so erübrigt nur noch, die bislang ausgesetzte Beschlußfassung über Cap. XI, „Gemeindesteuern 2c.“ nachzuholen. Der Magistrat hat an dieses Capitel folgende Bemerkungen geknüpft:

1. Im Allgemeinen: Ueber das Wachsthum der Stadtbewölkung und ihrer Steuerkraft, sowie über das Maß der Anspannung der letzteren zu Gemeinde zwecken folgt hierunter eine auszügliche Zusammenstellung. Zu dem Ergebnisse des Jahres 1890 ist zu bemerken,

- a. daß seit dem Jahre 1886 die Gemeinde Steuern der beiden untersten Classen der Pflchtigen (mit 400 M und 500 M Einkommen) außer Hebung geblieben sind, daß das Einkommen dieser beiden Classen im Jahre 1890 zu insgesamt 1 408 000 M eingeschätzt worden ist und daß das wirkliche Steueraufkommen aus denselben nach den Ergebnissen aus früheren Jahren etwa 12 000 M betragen haben würde, sowie

- b. daß seit dem 1. Juli 1887 die im Officiersrange stehenden activen Militairpersonen bezüglich ihres außerdienstlichen selbstständigen Einkommens steuerpflichtig sind, und daß das hieraus fließende „Steuer-Ist“ im Jahre 1890 sich auf 4507,75 M belaufen hat.

	1880	1885	1890
Die Einwohnerzahl betrug . . .	75 038	85 174	101 047
Zur Versteuerung gelangte ein Steuercapital von	33 623 300 M	39 484 900 M	49 059 914 M
An Steuern sind wirklich einge- kommen	644 438 „	793 403 „	1 107 587 „

Darnach entfiel auf den Kopf
der Bevölkerung

a. ein Einkommen von . . .	448,08 M	463,58 M	485,52 M
b. ein Steuerbetrag von . .	8,59 „	9,32 „	10,96 „

2. Im Besonderen: Der Haushaltsplan für das laufende Jahr hatte das „Ist“ an Gemeindesteuer bei Ausschreibung von 11 Einheiten auf 1 216 000 M in der Voraussetzung geschätzt, daß die Steigung der Steuerescala von der niedrigsten bis zur höchsten Steuerklasse in dem damals geplanten Verhältnisse von 1 : 5 stattfinden werde. Wesentlich in Folge der späteren Festsetzung dieser Steigung auf das Verhältniß von 1 : 6 wird das diesjährige „Ist“ nach dem Ergebnisse der Einschätzung unter Absatz von 10 % in Folge von Reclamationen, Tod, Fortzug und Inerigibilität der Pflichtigen etwa 1 280 000 M betragen. In Anbetracht des steten, für das künftige Jahr zu einem „Steuerloß“ von 70 000 M angenommenen Wachsthum der Steuerkraft darf für das Jahr 1892 aus der Ausschreibung von 11 Einheiten ein dem etatisirten Bedürfniß entsprechender Ertrag erwartet werden.

Hiernach beantragt der Magistrat: zu beschließen, daß im Jahre 1892

- die von den Pflichtigen der beiden untersten Classen zu entrichtende Gemeindesteuer wiederum außer Hebung bleibe; im Uebrigen aber
- die Gemeindesteuer, wie für das gegenwärtige Jahr in dem Betrage von $\frac{10}{10}$ des durch die neue Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuerjahres ausgeschrieben werde.

Namens der Finanzcommission beantragt Herr Wolff I die Genehmigung dieser beiden Magistratsanträge sowie des Etats in seiner Gesamtheit.

Herr Lange ersucht den Magistrat, mehr dafür besorgt zu sein, daß hiesige Einwohner, welche schon längere Jahre hier ansässig seien, zum Bürgerwerden herangezogen werden, damit dieselben nicht nur die Wohlthaten der Stadt genießen, sondern auch deren Lasten mit tragen helfen. Die Einnahme an Bürgerrechts-

gewinn geldern lasse sich bei kräftiger Handhabung dieser Bestimmung leicht von 5000 M auf die doppelte Summe erhöhen.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt dem Herrn Vorredner anheim, dem Magistrate solche säumigen Einwohner namhaft zu machen, da er seinerseits seit Jahren darauf bedacht sei, die in Erfüllung dieser Pflicht säumigen Einwohner zur Bürgerrolle heranzuziehen, wenn ihm hierbei vielleicht auch Mancher durchschlüpfen möge.

Herr Reiche bemerkt, daß es den nichtbraunschweigischen Staatsangehörigen schwer falle, hier das Bürgerrecht zu erlangen, da sie vorher ihre Staatsangehörigkeit aufgeben müßten,

was von Herrn Oberbürgermeister Pockels bestätigt wird.

Herr Lord würde eine möglichst vollständige Beseitigung der Fremdwörter im Haushaltsplane freudig begrüßen.

Herr Wolff I erklärt sich bereit, vor der Aufstellung des nächstjährigen Haushaltsplanes dem Magistrate bestimmte Verdeutschungsvorschläge zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will der Anregung insoweit Rechnung tragen, als die Verdeutschung dazu beitrage, das Verständniß zu erleichtern.

Die Versammlung genehmigt darauf den Etat in seiner Gesamtheit mit den magistratsseitig gestellten beiden Anträgen.

3. Hauptabſchluß des ordentlichen Stadthauſhaltet für 1892,
einschließlich der mit demſelben durch Zuſchuß oder Ueberſchuß in Verbindung ſtehenden
ſtädtiſchen Verwaltungen:

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme			Ausgabe			Ueberſchuß			Fehlſumme		
		M	S	in Procenten	M	S	in Procenten	M	S	in Procenten	M	S	in Procenten
I.	Cämmereivermögen .	125396	08	7,08	360826	46	20,36	—	—	—	235430	38	15,48
II.	Kirchenweſen . . .	—	—	—	3480	—	0,19	—	—	—	3480	—	0,23
III.	Unterrichtſweſen . .	—	—	—	579226	50	32,68	—	—	—	579226	50	38,08
IV.	Kunſt und Wiſſen- ſchaft	—	—	—	11472	30	0,65	—	—	—	11472	30	0,75
V.	Armenpflege . . .	—	—	—	159100	—	8,98	—	—	—	159100	—	10,46
VI.	Medicinalweſen . .	500	—	0,03	1000	—	0,06	—	—	—	500	—	0,03
VII.	Bereinzweſen und Volksfeſte	616	67	0,03	2057	17	0,12	—	—	—	1440	50	0,10
VIII.	Feuerlöſchweſen . .	15225	—	0,86	59800	—	3,37	—	—	—	44575	—	2,93
IX.	Ortſpolizei	30815	40	1,74	308710	—	17,42	—	—	—	277894	60	18,27
X.	Straßenbau	2100	—	0,12	46017	—	2,60	—	—	—	43917	—	2,89
XI.	Gemeindeſteuern zc.	1391200	—	78,50	3900	—	0,22	1387300	—	91,20	—	—	—
XII.	Staatszuſchüſſe und Staatsbedürfniffe .	132600	—	7,48	26265	46	1,48	106334	54	7,00	—	—	—
XIII.	Stadtverwaltung . .	29800	—	1,68	193758	12	10,93	—	—	—	163958	12	10,78
XIV.	Zuſſgemein	44046	85	2,48	16686	99	0,94	27359	86	1,80	—	—	—
	Zuſammen	1772300	—	100	1772300	—	100	1520994	40	100	1520994	40	100

Damit iſt der Stadthauſhaltſplan für das Jahr 1892 feſtgeſtellt worden.
Es ſteht nunmehr zur Berathung:

4. Der Anhang.

I. Canalbaucaſſe.

A. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 597 775 M. Aufzunehmende Anleihen 558 000 M.

Aus den Vorjahren werden die Canalbauten folgender Straßen übernommen:
Maſchſtraße zwiſchen Gartenſtraße und Petriwehr, Limbeckerſtraße zwiſchen

Charlotten- und Campestraße, Verbindungsstraße zwischen Kloster- und Pflegehausstraße, Verbindungsstraße zwischen Pflegehaus- und Goslarischestraße, Pflegehausstraße von der Verbindungs- bis zur Sidonienstraße, Sidonienstraße von der Pflegehaus- bis zur Goslarischenstraße, Goslarischestraße bis zum Königsstiege, Küchenstraße an der Westseite des Neustadtrathhauses. — Neu aufgenommen sind für 1892 folgende Straßen: a. im Innern der Stadt: Wohlweg, Langedammstraße vom Wohlwege bis zum Ackerhofe, Friesenstraße, Wüsteworth, Taschenstraße, Delschlägern vom Ackerhof bis zur Ruhstraße, Magnikirchstraße, Stobenstraße, Karrenführerstraße, Ruhstraße von der Karrenführer- bis zur Ritterstraße, Wilhelmstraße von der Straße an der Catharinenkirche bis zur Abelnkarre, Abelnkarre, Gölbenklink, Mauernstraße, Sandweg, Verbindungsstraße daselbst, Münzstraße, Friedrich-Wilhelmstraße von der Münzstraße bis zum Reichspostgebäude, Leopoldstraße, Bruchthorpromenade, Damm, Hutfiltern, Kattreppeln, Hinter den lieben Frauen, Rosenhagen, Wendenstraße von der Wilhelmstraße bis zum Werder, Durchbruchstraße daselbst, Kaiserstraße, Reichenstraße, Höhe, Föddenstraße, Küchenstraße, Kröppelstraße und Alte Waage; b. in der östlichen Außenstadt: Helmstedterstraße von der Wörth- bis zur Ackerstraße, Gertrudenstraße, Salzdhallumerstraße, Straße an der Südseite des kl. Exercierplatzes und Wendenmischstraße; c. in der westlichen Außenstadt: Altstadt-ring vom Madamenwege bis zur Kreuzstraße, Hohestieg, Königsstiege und Roßstraße.

In dem Neubauetat ist auch in diesem Jahre ein Zuschuß zur Verzinsung und bezw. Tilgung der gesamten Canalbauschuld und zwar im Betrage von 15000 M vorgesehen, in der Erwägung, daß der volle Nutzen aus der Canalisation erst der kommenden Generation zu Theil werde und diese daher auch einen Theil der Lasten mit tragen müsse.

B. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 116800 M. Beitrag der Stadtcasse 33 768 M.

Die nicht durch eigene Einnahme des Unterhaltungsetats Deckung findende Ausgabe zu 101300 M ist bestimmungsgemäß mit $\frac{1}{3}$ der Stadtcasse, mit $\frac{2}{3}$ den Anliegern zur Last gelegt. Es ist mit Rücksicht darauf, daß die pro 1892 vorgesehenen Canalisationen eine erhebliche Vermehrung der Hausanschlüsse und somit der Abgabepflichtigen zur Folge haben werden, angenommen, daß eine Erhöhung der Canalbaubeiträge nicht erforderlich sein werde. Der Magistrat giebt hiernach anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Canalabgabe für das Jahr 1892 — wie für das laufende Jahr geschehen — auf $1\frac{5}{10}\%$ des Grundsteuer-capitalis festgestellt werde.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

II. Städtisches Schlachthaus:

Einnahme und Ausgabe 125325 M. Zinsen und Schuldentilgung 44961,71 M.

Dem Ansatze der Schlachtgebühren von 72275 M liegt die Annahme zu Grunde, daß im Jahre 1892 geschlachtet werden:

2500 Ochsen und Stiere	à 3,25 M,
4800 Kühe und Rinder	à 2,00 "
37000 Schweine	à 1,25 "
8500 Kälber	à 0,60 "
9000 Schafe	à 0,30 "
200 Pferde	à 2,50 "

Es steht auch zu erwarten, daß die in Aussicht genommene Rühlanlage baldigst angelegt werde.

III. Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 19253,02 M. Zur Disposition 1358,02 M.

Die Abgabe für Hunde ist mit 17 000 M veranschlagt.

IV. Kreis-Communal-Casse:

Einnahme und Ausgabe 1324200 M.

Die bei der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Braunschweig aufzunehmende, 3,6 %ige Anleihe ist in Höhe von 768 000 M eingestellt worden.

Die Versammlung genehmigt hierauf den gesammten Haushaltsplan.

IV. Rechnungsabschlüsse des Gaswerks seit 1882.

Im Jahre 1883 entstanden zwischen der Verwaltungs-Deputation und der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke Meinungsverschiedenheiten betreffs übersichtlicher Einrichtung der Buchführung beim Gaswerke. Die Direction glaubte in Folge dessen, gegenüber der deputationsseitig angekündigten Absicht einer Aenderung der Grundsätze für die Buchführung, die Aufstellung der Hauptbilanz und damit zugleich die Anfertigung des üblichen Jahresberichtes bis zur Feststellung der ins Auge gefaßten neuen Normen verschieben zu sollen. Die Verständigung über solche Normen verzögerte sich anfänglich durch Auseinandergehen der Ansichten der Deputationsmitglieder und gestaltete die Neuordnung im Laufe der späteren Verhandlungen um so schwieriger, als persönliche Hindernisse zu überwinden waren und seit dem Jahre 1882 zwar alljährlich ein Rechnungsabluß dem Magistrate vorgelegt, dagegen das Vermögen des Gaswerks durch Vergleichung mit der Bilanz des Jahres 1882, bezw. mit dem Bestande bei dem stadtseitigen Erwerbe des Gaswerks nicht mehr festgestellt und hierdurch die Uebersichtlichkeit mehr und mehr erschwert worden war. Erst neuerdings ist es dem jetzigen Bureau-Vorstande Piepenbrinck möglich geworden, der Deputation nach einer sachverständigen Prüfung der Bücher ein klares Bild über die Geschäftslage zu geben. Diese

sachverständige und deputationsseitig rücksichtlich der Betriebsjahre 1883 bis einschließlich 1889 controlirte Prüfung hat in materieller Beziehung zu Anständen keinen Anlaß gegeben; die Bücher sind in Ordnung befunden. Die Direction hat darnach einen Bericht über das Gaswerk für die Jahre 1882—1890 erstattet, welcher den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung in Abschrift zugestellt ist.

Mit Bezugnahme auf die Ausführungen dieses Berichtes beantragt der Magistrat im Einvernehmen mit der Deputation, zu beschließen:

- 1) daß der Direction der Gas- und Wasserwerke wegen Verwaltung des Gaswerkes während der Betriebsperiode von 1882 bis einschließlich 1889 endgiltig, wegen Verwaltung des Werkes während des Jahres 1890 aber unter dem Vorbehalte einer deputationsseitig noch festzustellenden Uebereinstimmung der Bücher mit dem Rechnungsabschlusse Entlastung ertheilt werde;
- 2) daß der Stadtcasse die von derselben bezahlten Kosten für die Anlage des Gasrohres in der Brabantstraße mit 827,94 M aus dem Reservefonds des Gaswerkes zu erstatten seien;
- 3) daß das Gaswerk an die Stadtcasse, mit Einschluß des Betriebsgewinnes aus dem Jahre 1890, im Ganzen noch 121 882,88 M herauszuzahlen habe;
- 4) daß dem Gaswerke aus dem durch Verkauf eines entsprechenden Theiles der 1891er Kreisanleihe zu bildenden Vorrathsvermögen der Stadtcasse ein mit jährlich 4% zu verzinsendes und vom Jahre 1897 an gerechnet mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den Zinssparnissen zu tilgendes Darlehen von 250 000 M mit der Bestimmung zu überweisen sei, daß davon 100 000 M auf die unter 3 bezeichnete Summe in Anrechnung kommen, die überschießenden 150 000 M aber dem Reservefonds überwiesen werden sollen.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn Sievers anheim, die Magistratsanträge in allen Punkten zu genehmigen.

Das Ergebniß der Bilanz des Gaswerkes stelle sich hiernach wie folgt:

Anlagewerth	3 384 815,04 M,
Abschreibungen	1 699 345,26 "
Buchwerth	1 685 469,78 M,
Sonstige Bestände einschl. Erneuerungsfonds . . .	405 331,16 "
	<hr/>
	2 090 800,94 M,
Verpflichtungen	1 604 288,40 "
	<hr/>
	Freies Vermögen 486 512,54 M.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Gesuch wegen Instandsetzung des Fußweges am Büldenwege.

Eine Anzahl von Hausbesitzern des Büldenweges, der Spielmann-, Zimmer- und Gaußstraße ist bei der Versammlung dahin vorstellig geworden, daß von

diesen bei dem Magistrate eingereichte Gesuch, dahingehend, den Bültentweg auf der Strecke neben dem botanischen Garten bis zur Spielmannstraße sobald als möglich mit Platten zu belegen, wie solche auf der Nebenstraße, dem Langencamp, der Bertramstraße u. bereits liegen, zu unterstützen und den Bültentweg zunächst vom Gaußplatze bis zum kl. Exercierplatze im nächsten Jahre einer gründlichen Instandsetzung zu unterziehen.

Herr Uebe beantragt namens der Baucommission, das Gesuch, der bisherigen Gepflogenheit gemäß, dem Stadtmagistrat als Material zu überweisen.

Herr Lange will den Magistrat bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht gerathen erscheine, statt der Platten Mosaikpflaster zu nehmen, welches sich seit vielen Jahren hier an der Bruchthor-, Theater- und Wilhelmthor-Promenade, sowie in einer ganzen Anzahl anderer Städte glänzend bewährt habe, während hinsichtlich der Cementplatten noch jede Erfahrung fehle. Das Mosaikpflaster werde außerdem jetzt recht preiswürdig hergestellt.

Die Versammlung erklärt sich sodann mit dem Commissionsantrage einverstanden.

VI. Selbst. Antrag des Herrn Brückmann auf Pensionirung alter Nachtwächter.

Der in der letzten Sitzung eingebrachte und begründete Antrag (Seite 395 des Prot.) auf thunlichst baldige Pensionirung altersschwacher Nachtwächter möglichst mit vollem Gehalte ist in der Statutencommission vorberathen. Wie Herr Rudeloff berichtet, sind in der That sehr alte Nachtwächter in der Stadt vorhanden, denn nach einem ihm vorliegenden Verzeichniß gebe es unter 54 Nachtwächtern 12, welche 58 und mehr Jahre zählen, davon seien 3 = 58 J., 2 = 59 J., 1 = 61 J., 2 = 62 J., je 1 = 64 und 66 J., und 2 sogar 76 Jahre alt. Danach dürfte eine Verjüngung des Nachtwächtercorps schon lange an der Zeit gewesen sein. Trotzdem könne aber die Statutencommission den Antrag in der vorliegenden Form zur Annahme nicht empfehlen. Abgesehen davon, daß eine Pensionirung mit vollem Gehalte den jetzigen Pensionären gegenüber ungerecht sein würde, weil diese nur 72 M. Pension erhalten, komme auch noch in Betracht, daß der Magistrat gar nicht in der Lage sei, auf das Ersuchen der Versammlung in diesem Falle einzugehen, sondern er bei der Entlassung von Nachtwächtern erst die Vorschläge der Herzoglichen Polizei-Direction abwarten müsse. Außerdem sei die Commission aber auch der Meinung, daß die Versammlung bei der jetzigen Lage der Sache nicht mehr mit ängstlicher Ungeduld dazwischen fahren sollte, aus welchen Gründen der Uebergang zur Tagesordnung anheimgegeben werde.

Herr Niese findet einen Widerspruch darin, daß man einerseits die Leute, welche nur noch herumkriechen, im Amte lasse und andererseits sich über die nächst-

liche Unsicherheit beklage. Das sei ein ganz bedauerliches Verhältniß zwischen Staat und Stadt. Ebenso bedauerlich sei es auch, wenn man den Leuten als Pension nicht einmal so viel wie die Alters- und Invaliditätsversicherung gebe, da müsse Abhilfe geschaffen werden.

Die Versammlung beschließt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

VII. Vertrag mit der Landeseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche.

Die Direction der Braunschweigischen Landeseisenbahn beabsichtigt, drei Grundflächen zum Zwecke der Erweiterung ihrer Bahnanlage am Nordbahnhofe zu erwerben, welche in einem Gesamtumfange von 14 a 15 qm am Mittelwege bezw. der alten Taubenstraße gelegen sind. Gestützt auf ein ihr früher ertheiltes generelles Expropriationsrecht hat die Gesellschaft wegen des Erwerbes jener Flächen die Zwangsenteignung der letzteren beantragt. Innerhalb zweier Flächen liegen die Anschlußgleise nebst Drehscheibe, welche bei Erbauung der neuen Gasanstalt behufs Verbindung der letzteren mit der Landeseisenbahn auf Kosten der Stadt hergestellt sind. Der Magistrat konnte nun in dem vor der Herzoglichen Kreisdirection stattgehabten Gütertermine dem Wunsche der Gesellschaft, es möchten diese Anlagen von der Expropriation ausgeschlossen werden, nicht zustimmen, weil dieselben, sobald später etwa die Gesellschaft ihre Entfernung gefordert hätte, für die Stadt nur von geringem Werthe gewesen wären. Daneben erschien es dem Magistrate aber auch geboten, mit der Gesellschaft einen bündigen, von dieser nicht willkürlich zu lösenden Betriebsvertrag abzuschließen. Nach den auf Grund eingehender Verhandlungen vereinbarten Bedingungen, welche die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke und die Verwaltungs-Deputation der letzteren gutgeheißen haben, würde die Stadt für Ueberlassung der obgedachten 14 a 15 qm großen Flächen nebst Anschlußanlagen an die Gesellschaft von dieser in der Weise zu entschädigen sein, daß die Stadt 3000 M erhält, dagegen die Gesellschaft die an sie abgetretenen Anschlußanlagen nebst Drehscheibe zwecks Anschlusses der Gasanstalt dauernd auf ihre Kosten unterhält, event. auch erneuert; ferner die Gesellschaft auch künftig auf Zahlung der sogen. Ueberführungsgebühren verzichtet und daß schließlich der Betriebsvertrag, so lange die Stadt Eigenthümerin der neuen Gasanstalt bleibt, einseitig nicht gekündigt werden kann.

Auf Wunsch ist der Gesellschaft dann noch zugesichert, daß die expropriirten Flächen frei von Straßenbaukosten bleiben können. Wenn sich auch z. B. noch nicht übersehen lasse, ob die Stadt durch dieses Abkommen eine genügende Entschädigung für die Expropriationsobjecte erhalte, weil bei Beurtheilung dieser Frage es wesentlich mit darauf ankommt, welche Gütermassen über die Anschlußanlagen im Laufe der Zeit nach und von der Gasanstalt werden befördert werden, so ersucht der Magistrat dennoch, nicht auf Durchführung des Expropriationsverfahrens zu

bestehen, sondern ihn zum Abschlusse eines Vergleiches auf Grund der vorstehenden Bedingungen zu ermächtigen.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen, da die Stadt bei dem Vergleiche sich nur gut stehen könne. Es müsse bei Beurtheilung dieser Frage mit in Erwägung gezogen werden, daß von der Direction der Landeseisenbahn, ähnlich wie bei der Preussischen Staatsbahnverwaltung, den Inhabern von Anschlußgleisen ganz plötzlich und unvorhergesehen Kosten und Bedingungen auferlegt werden können, welche jeden Nutzen aus dem Gleisanschlusse in Frage stellen.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, welchen Werth das fragliche Terrain mit den auf demselben liegenden Werthstücken besitze, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß der Flächenwerth auf 6 M für den qm geschätzt sei und die Anlagen 10 000 M gekostet haben.

Herr Rudeloff will darauf aufmerksam machen, daß der Vertrag juristische Bedenken insofern gegen sich habe, als es unkündbare Verträge nicht gebe und es daher richtiger erscheine, wenn derselbe auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossen werde.

Herr Stadtrath Heymann hält dem gegenüber die Fassung des Vertrages für juristisch unbedenklich, da derselbe eine eigentliche Unkündbarkeit nicht in sich schließe, sondern die Landeseisenbahn sich nur verpflichte, den Vertrag so lange bestehen zu lassen, als die Stadt sich im Besitze des Gaswerkes befinde.

Der Herr Vorsitzende ist mit Herrn Rudeloff der Meinung, daß Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit des Vertrages vorliegen und es in solchem Falle gerathen erscheine, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und den Vertrag lieber auf Zeit abzuschließen.

Herr Hauswaldt hat nach den Angaben des Herrn Stadtrath Ketemeyer den Werth des Terrains mit den Anlagen auf 18 000—19 000 M berechnet. Wenn die Stadt hierfür nur 3000 M ersetzt haben solle, so möchte er zunächst wissen, wie viel Ueberführungsgebühren in der letzten Zeit durchschnittlich im Jahre gezahlt worden seien.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß die Höhe der Ueberführungsgebühren seitens der Eisenbahnverwaltung willkürlich geändert werden könne und diese Gebühr sich zwischen 50 S und 2 M für den Wagen bewege. Unter Zugrundelegung des am Wilhelmitorbahnhofe bisher gezahlten Einheitsjahres von einer Mark für den Wagen würde sich eine Jahresgebühr von 300 M für die Gasanstalt ergeben, welcher Betrag sich bei Annahme des Vertrages ersparen lasse. Die Direction der Gasanstalt komme in ihrer Berechnung zu dem Ergebnisse, daß sich die Sache vortheilhaft für die Stadt stelle. Bezüglich des Erlasses der Straßenbaukosten solle noch bemerkt werden, daß es zweifelhaft erscheine, ob die

Stadt überhaupt berechtigt sei, die Landeseisenbahn zu den Kosten des Straßenbaues heranzuziehen. Die mit der Annahme des Vertrages verbundenen Vortheile und Nachtheile lassen sich zur Zeit noch gar nicht genau beurtheilen, weil man nicht wisse, wie viele Kohlen bezogen werden würden. Die Hauptsache für die Stadt sei überhaupt nicht der Geldpunkt, sondern der Umstand, daß sie nach Abschluß des Vertrages nicht der Willkür der Landeseisenbahn ausgesetzt sei.

Herr Hauswaldt kann diesen Werth des Vertrages nicht anerkennen, da die Landeseisenbahn nicht beliebig die Ueberführungsgebühren aufsetzen dürfe, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, daß die Stadt ihre Kohlen vom Staatsbahnhofe abfahren lasse. Die Preussische Staatseisenbahn-Verwaltung könne sich in dieser Beziehung immer schon mehr herausnehmen, als die Landeseisenbahn und trotzdem habe sich erstere mit ihren Anschlußgleisinhabern stets geeinigt, namentlich wenn diese droheten, ihre Werthe abfahren lassen zu wollen. Seiner Ansicht nach schlage der Vertrag sehr zu Gunsten der Landeseisenbahn und zu Ungunsten der Stadt aus.

Herr Seele macht darauf aufmerksam, daß die Landeseisenbahn möglicherweise bald dem Staatseisenbahnnetz eingereiht werden könne und dann die Stadt sich schlechter stehen würde, wenn sie den Vertrag nicht abgeschlossen hätte. Unter Zugrundelegung eines Werthjages von 6 M für 1 qm Fläche ergebe sich für die Stadt ein Gesamtwertb von 18490 M; hiervon erhalte sie 3000 M zurück und behalte eine Mehrausgabe von 15490 M. Diese Summe mit 4 % verzinst ergebe 620 M jährlich, während die Gasanstalt an Gebühren jährlich 300 M und außerdem 400 M an Zinsen für das Anschlußgleis sowie Reparaturkosten zu tragen habe. Demnach stehe sich die Stadt bei dem Vertrage doch recht gut.

Herr Sievers schließt sich dieser Ansicht in jeder Beziehung an.

Die Versammlung beschließt darauf, die Vorlage nochmals an die vereinigte Finanz- und Statutencommission zurückzuverweisen.

VIII. Aufnahme von Processen.

Der Schlossermeister Otto Stiefel, der Bäckermeister Karl Belbinger und der Malermeister Otto Steinkopf schulden der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für Arbeiten an der Wasserleitung noch Beträge, welche ohne Klageerhebung nicht beizutreiben sind. Der Magistrat ersucht daher um Genehmigung solcher Proceßführung,

und die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

IX. Erwerb des vorm. Jürgens'schen Grundstückes an der Wendenstraße.

Die von dem Magistrat mit Ausarbeitung eines Projectes wegen Errichtung einer Markthalle auf dem vormals Huch'schen Grundstück beauftragte

Städtische Bauverwaltung hat für dringend wünschenswerth erklärt, daß wenigstens ein Theil des an der Wendenstraße belegenen Grundstücks der National-Actien-Bierbrauerei stadtheitig angekauft und dem erstgedachten Grundstück zugelegt werde. Da die Gesellschaft schon früher mitgetheilt hatte, daß sie der Veräußerung einer Theilfläche des genannten Grundstücks den Verkauf des ganzen Grundstücks vorziehe, für das ganze Grundstück aber einen Preis von 250 000 M forderte, so hat der Magistrat den fraglichen Erwerb damals auf sich beruhen lassen. Neuerdings ist nun das Grundstück zum Preise von 170 000 M angeboten, und hierauf glaubt der Magistrat ohne Weiteres eingehen zu sollen. Da das Markthallenproject noch nicht fertiggestellt ist, läßt sich jetzt noch nicht sagen, daß das vorm. Huch'sche Grundstück allein für den fraglichen Zweck nicht genüge und daher ein Theil des Brauerei-Grundstücks angekauft werden müsse; daß bei einer Mitverwendung des letzteren aber, welches Ausgänge nach der Wendenstraße und dem Werder besitzt, die Durchführung des Projects wesentlich erleichtert und gefördert wird, unterliegt keinem Zweifel. Dazu kommt, daß das fragliche Grundstück, auch wenn es zur Errichtung der Markthalle überhaupt nicht verwandt werden sollte, zusammen mit dem 32 a 30 qm stadtheitig für 107 500 M angekauften vormal's Huch'schen Grundstücke einen sehr werthvollen Grundstückscomplex bildet, der eventuell auch zu anderen Zwecken (Errichtung einer Schule) sehr wohl würde verwandt werden können. Ebenso darf auch nach der Ansicht des Magistrats behauptet werden, daß der vereinbarte Preis für das Grundstück, welches 43 a 25 qm hält und dessen Gebäude zu 192 400 M gegen Brandschaden versichert sind, wenigstens durchaus angemessen ist. Hiernach ersucht der Magistrat, den abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Wolff I diesen Antrag zur Annahme befürworten, da der Erwerb des Grundstücks für durchaus wünschenswerth im städtischen Interesse erachtet werden müsse. Die Stadt bekomme auf diese Weise ein zusammenhängendes Grundstück von 7500 qm, also von 3 Morgen mitten in der Stadt, welches, auch wenn die Markthalle anderweitig Platz finden sollte, zu jedem anderen größeren städtischen Zwecke sich gut eigne. Die Uebergabe des Grundstücks und die Zahlung des Kaufpreises solle zum 1. April d. Js. erfolgen.

Herr Wilke fragt an, ob sich der Platz des alten Polytechnicums nicht zur Markthalle eigne, da es sonderbar berühre, wenn man auf der einen Seite des Hagenmarktes einen Platz verkaufen und auf der anderen Seite wieder ankaufen wolle. Der Werth der auf dem Jürgens'schen Grundstücke stehenden Gebäude decke kaum die Abbruchskosten, so daß für ihn der Versicherungswerth der Gebäude nicht in Betracht komme. Er würde dieses Grundstück nicht kaufen, wenn es möglich wäre, die Markthalle auf dem Platze des alten Polytechnicums zu errichten.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält die Fläche des alten Polytechnicums mit den der Stadt gehörenden angrenzenden Häusern für groß genug, um dort Markthallen zu errichten, der Bauplatz würde aber der Stadt viel zu theuer werden, ebenso der Bau der Markthalle selbst, denn man könne nicht so weit mit den Gebäuden von der Straße abgehen, daß nicht straßenseitig eine angemessene Fassade angebracht werden müßte. Während das Gebäude auf dem Hinterlande zwischen Hagenmarkt und Wendenstraße vielleicht 150 000 M kostete, müßte die Stadt am Bohlwege für ein solches Gebäude mindestens die doppelte Summe bezahlen. Dazu sei noch der größere Werth des Grund und Bodens am Bohlwege in Rechnung zu ziehen, so daß man, gleichwie in anderen Städten, so auch hier möglichst billiges Hinterland zu einer Markthalle verwenden müsse.

Herr Schumburg bittet, die Magistratsvorlage anzunehmen, da der Kauf für die Stadt durchaus günstig sei.

Auf die Anfrage des Herrn Wille, ob der Platz nicht ausreiche, um außer der Markthalle an der Hagenmarkts- und Bohlwegsseite noch Läden zu errichten, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß bei einer Tiefe des Grundstückes von ca. 40 m solches nicht möglich sei.

Herrn Lange stören die drei vom Werder aus in das Grundstück einschneidenden Häuser, aus welchem Grunde er anfragt, ob Aussicht vorhanden sei, diese Häuser, ohne welche sich das Markthallenproject nur schlecht durchführen lasse, zu erwerben.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß sich die Markthalle auch ohne diese Häuser dort anlegen lasse, weil große Einfahrten nach der Wendenstraße und dem Hagenmarkte vorhanden seien und die Einfahrt nach dem Werder für einen großen Bierwagen genüge, also vorläufig bis zum Abbruche jener alten baufälligen Gebäude auch für die Markthalle ausreiche.

Herr Lange ist der Meinung, daß man mit dem Markthallenprojecte nicht gut eher vorgehen könne, bis jene 3 Häuser am Werder erworben seien. (Widerspruch.)

Herr Günther bemerkt, daß der Platz auch zur Errichtung einer Volksbadeanstalt geeignet sei, sofern aus dem Markthallenprojecte nichts werden sollte.

Der Ankauf des vorm. Jürgens'schen Grundstückes findet darauf die Genehmigung der Versammlung.

X. Vorarbeiten zu dem Kreiß'schen Parkprojecte.

Seitens des Promenaden=Inspectors Kreiß ist ein Project ausgearbeitet, betr. die Umgestaltung derjenigen vor dem Augustthore belegenen Waisenhaus- und Cammerwiesen zu Parkanlagen, deren Ankauf die Versammlung genehmigt hat. Der Magistrat behält sich eine Vorlage hierüber bis dahin vor, daß der Ankauf

der Cammerwiesen zum Abschluß gekommen sein wird. Kreiß wünscht jedoch baldigst mit den Vorarbeiten zu beginnen, insbesondere in der Nähe der Militairbadeanstalt auf dem Terrain der vom Waisenhaus angekauften Schlagwiese, nach erfolgter Aufhöhung der letzteren, eine Baumschule anzulegen und außerdem eine Baubude aufzustellen; er hat deshalb gebeten, zu diesem Zwecke den Betrag von 1500 bis 2000 M zur Verfügung zu stellen. Daraufhin ersucht der Magistrat, für den fraglichen Zweck den Betrag von 2000 M zu verwilligen und bemerkt dabei, daß von dieser Summe event. auch diejenigen Kosten zu 480,98 M bestritten werden sollen, welche durch Herstellung einer gepflasterten Ueberfahrt auf dem westlichen Fußwege der Wolfenbüttlerstraße gegenüber der Wolters'schen Brauerei erwachsen sind. Die Anlegung der Ueberfahrt ist vor Eintritt des Frostes veranlaßt, theils um baldigst mit der Auffüllung der an der Wolfenbüttlerstraße belegenen Bischofs-wiese beginnen zu können, sodann aber auch, um die Ablagerung von Schnee und Eis daselbst zu ermöglichen. Der verhältnißmäßig hohe Preis der Ueberfahrtskosten erklärt sich daraus, daß die Herzogliche Baudirection die Fortführung der Ueberfahrt bis an das Pferdebahngleis gefordert hatte.

Der Antrag wird von der Versammlung angenommen, nachdem der Herr Vorsitzende denselben namens der Statutencommission befürwortet hatte.

XI. Gnadenpension für einen städtischen Bediensteten.

Der frühere Marstall-Aufseher Ritterbusch, welcher vom 1. Juli 1876 bis zum 1. August 1889 als Feuerwehrmann und sodann bis zum 1. October 1891 als Aufseher bei der Straßenreinigung in städtischen Diensten gestanden hat, hat am 5. März 1889 in Folge Herabstürzens von einem städtischen Sprengwagen sich einen schweren Rippenbruch zugezogen, aus welcher Verletzung sich seine jetzige völlige Erwerbsunfähigkeit herleitet. Wenngleich demselben ein Pensionsanspruch oder ein sonstiger Rechtsanspruch auf dauernde Unterstützung aus den Mitteln der Stadt, bezw. des Kreiscommunalfonds nicht zur Seite steht, so erachtet es der Magistrat doch für angemessen, dem p. Ritterbusch aus städtischen Mitteln eine wider-rufliche Gnadenpension zu gewähren und ersucht, zu genehmigen, daß eine solche in Höhe von monatlich 30 M aus der Straßenreinigungsscaffe bis auf Weiteres gezahlt werde.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch den Herrn Vorsitzenden zur Annahme empfehlen

und die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Entlassung bezw. Neuwahl von Armenpflegern.

Die Herren Müller und Kahle haben gebeten, sie ihres Amtes als Armenpfleger zu entheben.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und wählt an Stelle derselben die Herren Feilenhauermeister Rummel und Rentner Paul Herzog zu Armenpflegern.

Die Sitzung wird damit geschlossen.

Schluß 7^{3/4} Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. März 1892.

Öeffentlich:

I. Geschäftsübersicht für das Jahr 1891	Seite 34
II. Selbstständige Anträge auf Errichtung von Badeanstalten	" 35
III. Einrichtung eines städtischen Bau-Vorrathshofes	" 47
IV. Vertrag mit der Landeseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche	" 47
V. Aufnahme von Processen	" 48
VI. Baulinie an der Scharnstraße	" 48
VII. Baulinie an der Leopoldstraße	" 48
VIII. Rückzahlung von Canalbaukosten zc.	" 48
IX. Verkauf des alten Polytechnikums	" 49
X. Baulinie an der Kaiser- und Reichenstraße	" 51
XI. Zwangsenteignung einer Straßenfläche am Madamenwege	" 53
XII. Gesuch wegen Erlasses von Begegeldbeiträgen	" 53
XIII. Ankauf von Grundflächen an der Limbeckerstraße	" 53
XIV. Ankauf eines Platzes für eine neue Schule	" 54
XV. Vertrag mit dem Staate wegen Verbreiterung der Wendenstraße zc.	" 55
XVI. Uebernahme der Bachmann- und fl. Campestraße	" 57
XVII. Rückzahlung von Canalbaukosten	" 57
XVIII. Bedürfnisanstalt am Magnithore	" 57
XIX. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts an der verlängerten Gliesmaroderstraße	" 59

XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Ankauf eines Hauses an der Maschstraße	Seite 59
XXI. Anfrage des Herrn Blasius wegen Instandsetzung des Platzes an der verlängerten Luifenstraße	" 59
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten. Wahl von Mitgliedern der Genossenschafts-Versammlung der braunsch. landwirthschaftlichen Berufs-Genossenschaft	" 60
Vertraulich:	
Wahl eines Schuldieners	" 60
Erhöhung der Befoldung für den Standsbeamten	" 60
Pension für einen städtischen Beamten	" 60
Befoldungserhöhung für einen Schreiber	" 60
Gehaltserhöhung für einen Lehrer der städt. Realschule	" 60
Wahl eines Armenpflegers	" 60
Wahl eines Beisitzers der Einschätzungscommission	" 60
Steuer-Reclamationen zweier Einwohner	" 60
Steuer-Reclamationen nach Verzeichniß IV von 1891	" 60
Besprechung über die Art der Protocollführung	" 60

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Ketemeyer, Heymann, Meyer und Ramdohr, sowie Assessoren von Frankenberg und Boden.

Entschuldigt die Herren Meyer, Nieß und Rudeloff.

Der in der letzten Sitzung wiederum zum Vorsitzenden der Versammlung gewählte Herr Semler erklärt sich zur Annahme des Amtes bereit und geht, unter Uebernahme des Vorsizes, über zu

I. Geschäftsübersicht für das Jahr 1891.

Die neu eingegangenen 320 Sachen (gegen 275 des Vorjahres) sind in 15 (12) Sitzungen erledigt. Unter den Eingängen befinden sich 255 (233) Sachen vom Magistrate, 23 (24) Anträge und 13 (6) Anfragen aus der Versammlung, 22 (7) Gesuche von Einwohnern, 5 (4) Steuer-Reclamations-Verzeichnisse und 2 (1) sonstige unbedeutende Eingaben. An die Commissionen sind zur Vorberathung 252 (231) Sachen überwiesen, nämlich 87 (96) an die Statuten-, 81 (57) an die Finanz-, 68 (53) an die Bau-, 15 (25) an die Schul- und 1, nämlich die Meßfrage, an eine besondere Commission. Ohne commissarische Vorberathung fanden 68 (41) Sachen Erledigung. Rückständig sind 9 Sachen, darunter der Etat, geblieben. Letzterer konnte bis zum Jahreschlusse nicht erledigt werden, da er erst am 10. December bei der Versammlung eingegangen war. Das Rückschreiben ist am 9. Januar ergangen, so daß von einer Verzögerung des Etats in der Versammlung keineswegs die Rede sein kann.

Von den wichtigeren Verhandlungsgegenständen des Jahres 1891 sind zu erwähnen: Schiedsgericht in Gewerbestreitssachen, welches sich dem Anscheine nach zur Zufriedenheit aller Theile bewährt. Neue Steuerscala 1 : 6. Neueinrichtung der Kirchengemeinden. Abfuhrwesen und Fuhrpark. Ankauf von Wiesen zum Bürgerpark. Einsetzung von Deputationen für die Vorprüfung des Veriefelungssystems, der Straßenpolizeiordnung und der elektrischen Beleuchtungsanlage. Neuordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung. Neue Gehaltsordnung für die städtischen Beamten. Aufbesserung der Lehrergehälter. Mehrgelangenheit. Einrichtung von acht neuen Bürgererschulclassen. Genehmigung der Anleihe von 8500 000 M, bei welcher Gelegenheit die Versammlung auch einen Ueberblick über das Stadtvermögen erhalten hat, aus dem hervorging, daß ein fruchtbringendes Vermögen der Stadt, abgesehen von den Ueberweisungen an den Kreiscommunalverband, überall nicht vorhanden ist, so daß namentlich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse die Sparsamkeit als eine wünschenswerthe Tugend im communalen Leben zu bezeichnen sei. Einrichtung einer Markthalle. Uebernahme des Abdenkmales seitens der Stadt. Anlegung neuer Straßen. Erweiterung des Baugrundes der Stadt und Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen. Aenderung der Verfassung der städt. Fortbildungsschule. Neuordnung des Nachwachswesens. Aenderweite Organisation und Unterstützung der katholischen Schule. Ueberweisung von Baugrund an die katholische Gemeinde. Erweiterung des Pferdebahnnetzes.

Nachdem noch das Protocol N. 15 des vorigen Jahres genehmigt worden, wird übergegangen zu

II. Selbstständige Anträge auf Errichtung von Badeanstalten.

Wie Herr Blasius namens der Statutencommission berichtet, liegen hierzu Anträge der Herren Lange und Günther vor, welche lauten:

1. Antrag Lange:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, thunlichst bald mit dem Bau eines zweiten Volksbades beginnen zu wollen, hierzu einen Theil des städtischen Terrains am Magnithore zu benutzen und das Bad für 1. und 2. Classe mit einer genügenden Anzahl von Bannen und Brausen einrichten zu wollen.“

2. Antrag Günther:

„Die Stadtverordneten Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, daß er die Einwilligung zum Bau einer großen Volksbadeanstalt gebe und demnächst der Versammlung einen Entwurf vorlege.“

In der Commission sei zunächst erwähnt worden, daß diese Frage die hiesige Bevölkerung schon seit dem Jahre 1878 beschäftige, indem damals zuerst vom

Bereine für öffentliche Gesundheitspflege ein Antrag auf Errichtung eines Volksbades gestellt sei. Dieser scheiterte indessen, einmal, weil die Stadtverordneten-Versammlung den magistratsseitig beantragten Zuschuß verweigerte und dann auch, weil die Abgabe des zu solchem Zwecke ausersehenen Terrains am Gieseler von der Herzoglichen Baudirection abgelehnt sei. Sodann habe im Jahre 1886 Herr Günther einen Antrag auf Errichtung eines Volksbades eingebracht, welcher aber vom Magistrate abgelehnt sei und so habe die Sache bis zur Einbringung der jetzt vorliegenden beiden Anträge geruht. Die jetzigen Anträge seien in der Statutencommission von verschiedenen Gesichtspunkten aus besprochen, zunächst vom finanziellen Standpunkte, sodann bezüglich der Bedürfnisfrage und endlich vom hygienischen Standpunkte aus. Bei der Besprechung der von den Herren Lange und Günther besonders erwähnten Bäder in Bremen, Hannover, Dortmund, Leipzig, Hildesheim, Magdeburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Grefeld, Elberfeld, Barmen und Köln habe sich herausgestellt, daß sehr verschiedene, zwischen 900 000 M. und 300 000 M. schwankende Summen für solche Volks-Warmbäder in den benannten Städten aufgewandt seien. Bei einigen Bädern sei ein positives Gewinnresultat nicht erzielt worden, andere haben mit Nachtheil gearbeitet und wieder andere haben einen Gewinn erzielt.

Speciell sei aus Barmen, welches eine der hiesigen ungefähr gleiche Einwohnerzahl besitze, erwähnt, daß dort unter Aufwendung eines Anlagecapitals von 300 000 M. seitens einer Actien-Gesellschaft — mit städtischer Betheiligung in Höhe von einem Drittel der Actien — ein Bad errichtet sei, welches sogar eine Dividende abgeworfen habe.

Hinsichtlich des hiesigen Volks-Brausebades sei sodann geltend gemacht, daß der veröffentlichte Geschäftsbericht allerdings ein außerordentlich erfreuliches Wachstum des Instituts im Ganzen bezeuge, daß indessen unter 6 Monaten, welche im Vergleich zu denselben Monaten des Vorjahres gestellt werden könnten, 5 Monate keine Zunahme an Bädern ergeben und nur ein Monat eine Zunahme aufweise. Diese Erscheinung sei von Herrn Lange damit erklärt, daß die Witterungsverhältnisse im Jahre 1891 ungünstigere als im Vorjahre gewesen seien. Ferner sei in der Commission festgestellt, daß das Brausebad, selbst wenn der Werth des Grundstückes mit in Rechnung gezogen werde, immer noch einen Ueberschuß abgeworfen, mindestens aber die Kosten gedeckt habe.

In Bezug auf die hygienische Seite dieser Frage sei einerseits geltend gemacht, daß vor allen Dingen auf Schwimmbäder in einer Volksbadeanstalt großer Werth gelegt werden müsse, während von anderer Seite der Hauptwerth auf die Reinigung des Körpers gelegt sei, welche durch ein Brausebad in billiger und guter Weise erreicht werde. Man habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß Volks-Schwimmbäder allerdings besser seien, daß aber eine entsprechende Aus-

gabe der Stadt zur Zeit nicht zugemuthet werden dürfe. Seitens des Magistrats sei in der Commission geltend gemacht, daß es nur angezeigt erscheinen könne, stadtseitig für die ärmeren Classen ein solches Volksschwimmbad herzustellen, während die bemittelten Kreise in den Privatbädern ein genügendes Auskunftsmittel finden. Bezüglich des Lange'schen Antrages habe man hervorgehoben, daß z. B. noch nicht so zwingende Gründe vorlägen, weil das hierbei in Aussicht genommene Terrain erst im nächsten Jahre in den Besitz der Stadt übergehen werde. In Anbetracht der verschiedenen, hier kurz skizzirten Verhältnisse habe die Statutencommission folgende Anträge zu stellen:

Die Statutencommission beantragt, in Erwägung

- 1) daß es wünschenswerth ist, noch weitere Erfahrungen über die Entwicklung unseres hiesigen Brausebades zu sammeln und
- 2) daß dem Vernehmen nach von Herrn Haase demnächst ein im Winter und Sommer zu benutzendes Schwimmbad eröffnet werden soll:
die Stadtverordneten-Versammlung möge über die Anträge Lange und Günther zur Tagesordnung übergehen und den Magistrat ersuchen:

- 1) behufs der Ermittlung des fraglichen Bedürfnisses den Versuch zu machen, mit Herrn Haase Verhandlungen zu treffen, daß mit Zuschuß städtischer Mittel dessen neu zu errichtendes Schwimmbad in den kälteren Monaten an bestimmten Tagen zu billigen Preisen dem Publicum geöffnet wird und
- 2) Ermittlungen darüber anzustellen, ob die Schulbäder nicht ähnlich wie in Karlsruhe Sonnabend Nachmittags und Sonntags zu Volksbrausebädern gegen mäßige Entschädigung benutzt werden können und eventuell der Stadtverordneten-Versammlung Vorschläge zu machen zur weiteren Einrichtung von Schulbädern in den städtischen Bürger Schulen.

Bezüglich der Einrichtungen in Karlsruhe habe er noch mitzutheilen, daß dort z. B. ein Volksschwimmbad noch nicht bestehe, daß indessen die in zwei dortigen Schulhäusern vorhandenen Brausebäder jeweils Sonnabends Abends und im Sommer auch Sonntags Morgens, das eine für Frauen, das andere für Männer dem Publicum gegen Zahlung von 5 Pfennigen geöffnet seien und der Besuch dieser Bäder, namentlich im Sommer, als ein reger bezeichnet werden könne.

Herr Lange muß gestehen, daß er über den Beschluß der Statutencommission einigermaßen überrascht sei, denn wenn er auch die Richtigkeit des Beschlusses in Bezug auf den Günther'schen Antrag zugebe, so müsse er diese bezüglich seines Antrages doch bestreiten. Der Antrag des Herrn Günther sei allerdings, nachdem Herr Haase seine neue Central-Badeanstalt errichtet und eröffnet haben werde, über-

flüssig geworden und als erledigt zu betrachten, weil dann alle von Herrn Günther an ein derartiges Bad gestellten Ansprüche erfüllt seien. Ganz anders liege es mit seinem Antrage, welcher den Zweck verfolge, ein neues, zweites Brausebad im Osten der Stadt zu errichten, denn der Charakter eines Brausebades unterscheidet sich seinem ganzen Wesen nach ganz erheblich von dem eines Centralbades. Wie Herr Günther früher richtig bemerkt habe, sollen diese Brausebäder Waschanstalten sein und hauptsächlich den Zweck verfolgen, in kurzer Zeit eine Reinigung, Abseifung und Abspülung des Körpers zu ermöglichen. In dieser Beziehung sei das Brausebad anerkanntermaßen das einzig richtige Volksbad, was schon daraus hervorgehe, daß man an Orten, die schon Centralbäder haben, noch Brausebäder errichte, weil erstere dem Bedürfnisse nicht entsprechen und die an sie zu stellenden Ansprüche nicht erfüllen können. Es sei dieses selbst von eifrigen Verfechtern der Centralbäder anerkannt worden und wolle er in dieser Beziehung nur hervorheben, daß eine Autorität auf diesem Gebiete, der Director des Elberfelder Centralbades, welcher jetzt auch den Auftrag zur Errichtung eines Centralbades in Zürich erhalten habe, bezüglich der Brausebäder sage, dieselben eigneten sich als die einfachste und billigste Form des Bades am besten für die Massenapplication, weil sie eine große Erfrischung darbieten, ohne einen großen Zeitverlust zu beanspruchen. Gerade dieses suche er aber mit seinem Antrage zu erstreben: er wünsche kein großes Vergnügungs- oder Annehmlichkeitsbad, sondern ein Nützlichkeitsbad, welches um billiges Geld den arbeitenden Classen, der unteren und mittleren Bürgerschaft ein Bad darbiete, ein Bad, welches ermögliche, sich für 10 Pfennige incl. Seife und Handtuch gründlich zu reinigen. Aus diesen Gründen bitte er, den Commissionsantrag zu trennen und, soweit er das Centralbad betreffe, denselben anzunehmen, daneben aber seinen Antrag ebenfalls zu genehmigen.

Herr Wolff II ist durch den jetzigen Antrag des Herrn Lange überrascht. In der Statutencommission habe man anerkannt, daß allerdings Manches für die Errichtung eines großen Schwimmbades spreche, daß indessen die Ermittlungen hierüber noch nicht abgeschlossen seien und daß man auf die Anregung des Herrn Blasius auch einmal einen Versuch mit der Hergabe der Schulbäder an das Publicum in Karlsruher Weise machen könne, ehe man zu den beiden Anträgen Stellung nehme. Man werde einerseits durch die Einrichtung des Herrn Haase weiteres Material über die Nützlichkeit eines Schwimmbades und gleichzeitig durch die Badegelegenheit in den Schulen weitere Erfahrungen über die Benutzung von Brausebädern sammeln, um sodann später auf festerer Grundlage Stellung zu den beiden Anträgen nehmen zu können. Außerdem sei auch von Herrn Lange zugegeben, daß ein absolut dringendes Bedürfnis zur sofortigen Herrichtung eines zweiten Brausebades nicht vorliege.

Herr Günther ist durch den Commissionsbeschluß ebenfalls überrascht und hätte, nachdem die verschiedenen Wünsche der Bevölkerung auf ein Centralbad laut

geworden seien, besonders auch nach der warmen Befürwortung desselben durch den Herrn Berichterstatter gelegentlich der Commissionsberathung, einen anderen Beschluß erwartet. Er sehe sich deshalb veranlaßt, noch einmal auf die Nützlichkeit eines Centralbades zurückzukommen, wenn er auch wisse, daß es heiße, Eulen nach Athen tragen, jetzt noch die Nützlichkeit einer solchen Badeanstalt besonders hervorzuheben, nachdem monatelang darüber geschrieben und gesprochen sei. Gegenüber einer Aeußerung des Herrn Lange wolle er direct behaupten, daß das Baden in einem Bassin von weit größerem Nutzen für den Körper sei, als das bloße Abwaschen in einem Brausebade. Er könne deshalb der Ansicht des Herrn Lange, daß für den Arbeiter nichts weiter nöthig sei als ein Brausebad, nicht beitreten, sondern er müsse wünschen, seitens der Stadt eine größere Badeanstalt — der Ausdruck „Volkssbad“ erscheine ihm nicht zutreffend, weil man unter „Volk“ gewöhnlich nur die niedrigsten Gesellschaftsclassen zu verstehen pflege (Widerspruch) — errichtet zu sehen, welche der gesamten Einwohnerschaft dienen und nicht nur ein Schwimmbassin, sondern auch Wannen und Brausen enthalten solle. Die einfachen Brausebäder genügen solchem Zwecke nicht; wohl aber halte er es für ganz zweckmäßig, wenn neben einem großen Centralbade in den verschiedenen Stadttheilen noch derartige Brauseanstalten errichtet würden, welche der Arbeiter zum Abwaschen des Körpers benutzen könne. Unbegreiflich erscheine es ihm aber, daß die Commission jetzt noch Erfahrungen über das Centralbad sammeln wolle, nachdem sich solches in allen größeren deutschen Städten seit Jahren bewährt habe, denn er könne doch nicht annehmen, daß man beabsichtige, mit einer derartigen Anstalt nach Art des Gas- und Wasserwerkes einen größeren Gewinn zu erzielen. Was die Kosten betreffe, so theile er die Ansicht, daß dieselben durch den Betrieb gedeckt werden und die Stadt nur die ersten Errichtungskosten zu decken habe. Wenn Herr Lange unter Hinweis auf die Errichtung der Haase'schen Badeanstalt meine, für die Arbeiter sei die Brausebadeanstalt gut genug und für das Vergnügen — er nenne das Baden nicht ein Vergnügen — der anderen Gesellschaftsclassen sei schon anderweitig gesorgt, so halte er es für eine große Ungerechtigkeit, daß man derartig denke und urtheile. Er erachte es nicht für ein Vergnügen, sondern für eine Nothwendigkeit, der Bevölkerung der größeren Städte Gelegenheit zu bieten, sich schwimmend zu baden, und in dieser Ansicht werde er von dem Herrn Berichterstatter und anderen Capacitäten auf diesem Gebiete überall unterstützt.

Gegenüber der weiteren Behauptung, daß diese Centralanstalten im Verhältnisse zu viel kosten, könne er mittheilen, daß die Badeanstalt in Bremen ganz vorzügliche Frequenzzahlen aufweise, indem dort badeten: im November 1890 insgesammt 5980 Personen, im December 2678, im Januar 1891 2949, im Februar 1856, im März 4014 Personen u. s. w. Diese Ziffern reden aber so deutlich, daß

man auch hier mit Sicherheit darauf rechnen könne, nicht nur die Verwaltungs-, sondern auch die Amortisationskosten durch den Betrieb gedeckt zu sehen. Wenn die Versammlung diesen Thatsachen gegenüber immer noch Erfahrungen sammeln wolle, so stehe es für ihn unstreitig fest, daß sie in diesem Falle doch noch in den sauren Apfel beißen und die Centralbadeanstalt errichten müsse, wenn dieses vielleicht auch erst in zehn Jahren geschehen werde, da die Stadt sonst hinter Schöppenstedt zurückbleibe. Gegenwärtig habe sie nun ein Grundstück an der Wendensstraße gekauft, welches sich seiner Lage nach sehr gut für die Errichtung eines Centralbades eignen würde; warte man aber erst noch zehn Jahre, so werde es entweder innerhalb der Stadt überhaupt keinen geeigneten Platz mehr geben, oder es lasse sich solcher nur noch mit sehr großen Kosten beschaffen.

In der Hauptsache komme es ihm jetzt aber nicht darauf an, wie die Versammlung heute beschließe, sondern welche Stellung der Magistrat zu einem Beschlusse derselben einnehme. Früher habe der Magistrat für seine ablehnende Haltung hauptsächlich drei Gründe ins Feld geführt, nämlich 1) den Kostenpunkt, 2) die Zweifel, daß ein wirkliches Bedürfnis für solche Anstalt vorliege und 3) den Umstand, daß die Stadt den verschiedenen Privatbadeanstalten Concurrenz machen würde. Die Kosten seien nun nicht derartig hoch, daß sich die Stadt dieserhalb noch weiter ablehnend verhalten könnte. Die Bedürfnisfrage sei schon allein durch das hiesige Volksbrausebad bejaht, indem sich hier am allerbesten gezeigt habe, daß ein wirkliches Bedürfnis zum Baden vorliege. Wenn Herr Stadtrath Metemeyer früher das Bedürfnis in Abrede gestellt und diese Ansicht damit begründet habe, daß auf der offenen Flußbadeanstalt die Badegäste schon bei kühleren Tagen verschwinden, so liege hierin gerade der Beweis für die Nothwendigkeit der Errichtung einer verdeckten Badeanstalt, denn die Leute, welche jetzt der kühlen Witterung wegen nicht zum Baden gehen, würden eine geschlossene Badeanstalt gern benutzen. Auch das dritte Bedenken hinsichtlich der Concurrenzschädigung sei hinfällig. Man frage ja auch sonst nicht darnach, wenn z. B. durch die Erfindung einer neuen Maschine eine große Bevölkerungsklasse zu leiden habe, weshalb solle man sich hier solchen Zwang auferlegen? Dazu trete noch der Umstand, daß die Behauptung, die Privatanstalten würden durch eine städtische Badeanstalt leiden, sich gar nicht im vollen Umfange aufrecht halten lasse, wenn man erwäge, daß es unter der besseren Gesellschaft immer noch Leute genug gebe, welche eine öffentliche Badeanstalt nicht benutzen, weil dieselbe von Jedermann benutzt werde und welche daher lieber nach einer Privatbadeanstalt gehen. Er ersuche daher, den Commissionsantrag in Betreff der Central-Badeanstalt abzulehnen und seinen Antrag anzunehmen.

Herr Blasius: Er habe sich bemüht, als Referent möglichst unparteiisch über die Verhandlungen in der Commission hier zu berichten, umsomehr habe er

sich wundern müssen, daß, nachdem er in der Verhandlung die Sache von allen Seiten beleuchtet habe, Herr Lange jetzt mit diesem Antrage hervortrete. Daraufhin fühle er sich gezwungen, von seinem persönlichen Standpunkte aus noch näher die Gründe auseinanderzusetzen, welche die Commissionsmitglieder bestimmt haben, für den dilatorischen Antrag zu stimmen. Die Statistik des hiesigen Brausebades ermuntere gar nicht zu weiteren Versuchen, indem unter fünf Monaten, welche dem Vorjahre gegenüber gestellt werden könnten, bei vier Monaten sich eine Abnahme zeige, nämlich im August 1890 = 3814 Bäder, gegen 2890 Bäder im August 1891, September 6319 : 4824, October 3927 : 3783, November 3240 : 2653 und December 2159 : 2780 Bäder. Das könne aber unmöglich Jemanden veranlassen, mit Schnellpost dem Baue eines weiteren Brausebades zuzueilen. Ferner seien die Erfahrungen in Karlsruhe, woselbst die Schulbäder eine rege Benutzung seitens der Arbeiterschaft gefunden haben, mit berücksichtigt worden. Die Commission wolle aus allen diesen Gründen vor dem Bau eines zweiten Brausebades erst einmal den Versuch gemacht wissen, welche Benutzung die Schulbrausebäder seitens der erwachsenen Einwohnerschaft finden werden, wenn solche, möglichst in den sämtlichen Schulgebäuden der Stadt ohne Aufwendung erheblicher Baukosten eingerichtet, dem Publicum zu gewissen Zeiten gegen mäßige Entschädigung zur Verfügung gestellt würden.

Persönlich stehe er in dieser Frage auf dem Standpunkte des Herrn Günther, denn Braunschweig müsse ein Volksschwimmbad haben und werde es auch bekommen. Diese Ansicht werde bei ihm unterstützt durch den Umstand, daß verschiedene Städte von ungefähr gleicher Größe solche Bäder eingerichtet haben und in Barmen sogar 3% Dividende von dem Bade aufgebracht seien. In Stuttgart, woselbst in der bei Weitem größten Mehrzahl Schwimmbäder verabreicht seien, habe die Dividende sogar 4% betragen und könne daher angenommen werden, daß die Stadt Braunschweig bei dem Baue einer großen Badeanstalt ebenfalls kein erhebliches Risiko übernehme. Auf den dilatorischen Antrag sei er gern eingegangen, weil der Commission die sichere Mittheilung geworden, daß von Herrn Haase ein solches Schwimmbad errichtet werde und an demselben erst versucht werden solle, ob die Bedürfnisfrage, welche der Magistrat und einige Stadtverordneten bezweifeln, zu bejahen sei. Bei dem Haase'schen Schwimmbade werde sich bald zeigen, ob ein Schwimmbad, wenn man es zu billigen Preisen dem Publicum öffne, Zuspruch erfahre und ob es angezeigt erscheine, auch seitens der Stadt ein solches Bad zu errichten. Er bitte dringend um Annahme des Commissionsantrages.

Herr Schumburg will seiner Freude Ausdruck geben, daß die Commission vorschlage, mit Rücksicht auf die im Bau begriffene Haase'sche Badeanstalt eine abwartende Stellung einzunehmen. Bei Herrn Lange, welcher von dem Brause-

bade so sehr entusiastmirt sei, könne er nur annehmen, daß sich derselbe nicht in Fühlung mit den Arbeiterclassen befinde. Er habe Gelegenheit genommen, mit einer großen Anzahl von Arbeitern über diesen Punkt zu sprechen und von diesen gehört, daß sie das Brausebad nur benutzen, weil sie nichts anderes haben und daß es auch hier nach dem Sprichworte gehe: „In der Noth frist der Teufel Fliegen“, denn gern gehen die Arbeiter nicht in das Brausebad. Mit der Fertigstellung der Haase'schen Badeanstalt werde es nach den Versicherungen des Ingenieurs Arendt, welche ihm dieser gelegentlich des Vortrages im Bürgervereine gegeben habe, sehr schnell gehen, so daß man recht gut noch bis dahin warten könne.

Herr Halle kann die Ausführungen des Herrn Wolf II nur bestätigen. In der Commission sei die Sache sehr eingehend und gründlich besprochen und wenn Herr Günther die Commissionsberathung nicht zu früh verlassen hätte, würde er gefunden haben, daß die Verhältnisse von allen Seiten und unparteiisch erwogen seien. Redner sei kein Freund von Bädern, wie sie von Herrn Günther u. A. befürwortet werden. Die sämmtlichen Bäder in Barmen, Bremen, Elberfeld &c. könnten sich nur halten, wenn sie auch theurere Bäder für die besser situirten Bürger ihrer Städte geben. Bei dem Lesen des Prospectes über das Bad in Barmen, welches ein Actienunternehmen sei, werde man finden, daß die billigen Volksbäder Abends von 7—9 Uhr gestattet werden, und man demnach die Arbeiter erst dann in das Bad lasse, wenn die übrigen Badegäste ihre schmutzige Wäsche gewaschen haben. Er würde gegen die Errichtung eines solchen großen Bades durchaus nichts einzuwenden haben, wenn zu solchem Zwecke ein Bürger einmal, wie in Bremen oder Barmen, 100000 M hergeben wollte, da dann die Stadt ein Uebrigcs thun könnte. Die großen Schwimm- und Volksbäder, welche einzelnen Herren vorstehen, seien gar keine Institutionen, wie sie der Arbeiter gebrauche, für diesen bewähren sich kleinere Bäder und sogenannte Waschanstalten nach Art des von Herrn Lange errichteten Brausebades, in welchen man Abends seinen Körper reinigen und sich erfrischen könne, viel besser. Da er ein Bedürfniß, bei 15 Grad Kälte in einem warmen Bassin herumzuschwimmen, nicht anzuerkennen vermöge, so sei er auch nicht in der Lage, für die Errichtung eines Centralbades große Summen zu verwilligen, zumal da die Stadt ihr Geld nützlicher verwenden könne. Die Einrichtung eines derartigen Bades halte er für Luxus und zu solchem Luxusbade gebe er seine Zustimmung nicht. Wenn man dem Arbeiter etwas bieten wolle, so möge man ihm ein Bad geben, in welchem er sich erfrischen könne und genüge diesem Zwecke ein vielleicht noch etwas besser ausgestattetes und erweitertes Brausebad vollständig. Man gebe dem Arbeiter, was für ihn nothwendig sei, aber mit der Anlegung eines großen Bades sei ihm nicht geholfen, er werde sich dabei nur zurückgesetzt fühlen, und im Interesse derjenigen Bürger, welche für ein Bad einen höheren Preis anlegen können, brauche die Stadt kein Luxusbad zu bauen.

Herr Lange will Herrn Wolff II. gegenüber bemerken, daß ihm nicht erinnerlich sei, in der Commissions-Sitzung die Nichtdringlichkeit seines Antrages anerkannt zu haben. Einzig und allein sei er gegen den Commissionsantrag um deswillen nicht energischer aufgetreten, weil vom Magistratsvertreter erklärt worden, daß das von ihm für das zweite Bad in Aussicht genommene Terrain am Magnithore erst im Jahre 1893 der Stadt zur Verfügung stehen werde. Nach nochmaliger Ueberlegung aller Verhältnisse sei er jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zweckmäßiger erscheine, die Vorbereitungen zum Bau schon jetzt zu treffen, damit bei dem Freiwerden des Terrains sofort mit dem Bau begonnen werden könne. Aus diesem Grunde bitte er um Annahme seines Antrages. Von Herrn Günther sei er insofern falsch verstanden worden, als er nicht gesagt habe, er wünsche nicht, daß die Arbeiter in dem Baden ein Vergnügen finden, sondern es sei von ihm geäußert, das Baden solle im Allgemeinen kein Vergnügen, sondern eine Reinigung des Körpers sein. Zur Benutzung von Schwimmbassin's fehle es dem Arbeiter an der nöthigen Zeit, denn wie er von Arbeitern gehört habe, nehme ihnen schon das Brausebad zu viel Zeit fort. Herrn Schumburg habe er zu erwidern, daß er mit den Arbeitern mindestens ebenso viele Fühlung habe, wie dieser, wenn es sich bei ihm auch um andere Arbeiter handle wie bei Herrn Schumburg. Diese Arbeiter benutzen aber nach ihrer eigenen Erklärung das Brausebad sehr gern und bedauern nur, daß sie häufig zu lange auf eine Zelle warten müßten. Aus diesem Grunde wünsche er, daß in dem neuen Bade eine größere Anzahl Wannen und Brausen eingerichtet werde, damit das lästige Warten mehr und mehr fortfalle. Wenn Herrn Schumburg's Arbeiter aber ein Brausebad nicht nehmen wollen, so mögen sie es lassen, im Durchschnitt habe der Arbeiter gern in dem Brausebade. Herrn Blasius möchte er entgegnen, daß die Anzahl der gegebenen Bäder für ihn bezüglich der Nothwendigkeit des Bades nicht unbedingt maßgebend sei, denn Manchem liege das Bad zu weit entfernt und außerdem könne Jeder selbst beobachten, welchen ungeheuren Einfluß das Wetter auf die Benutzung eines Bades ausübe. Das zeige sich am besten dadurch, daß die Leute bei Sonnenschein das Bad fleißig besuchen, bei kaltem Wetter aber fortbleiben und daß der sonst schlechteste Monat December einen Ueberschuß von 700 Bädern aufweise. Ob die Errichtung von Brausebädern in den Schulen von großer Bedeutung sein werde, müsse man abwarten, jedenfalls bezweifle er, daß die Arbeiter in die Schulen gehen und hege er nach den in dem Volksbrausebade gesammelten Erfahrungen die Ueberzeugung, daß die Schulbäder recht bald geschlossen werden würden, wenn die Bedellen nicht sehr aufpäßten, denn es geschähen da Wunderdinge. Die Ergebnisse des Brausebades seien nach seiner Ansicht und der Ansicht der größten Zahl der Bürger so erfreulicher Natur, daß man sich wundern müsse, wenn noch mehr verlangt würde.

Herr Günther giebt seinem Bedauern Ausdruck, daß er der Commissions-Sitzung nicht bis zum Schlusse habe beiwohnen können, wenn er auch Herrn Halle

die Versicherung geben könne, daß er sich in seiner Meinung durch längeres Verbleiben in der Sitzung nicht hätte wandern machen lassen. Leid thue es ihm, daß Herr Blasius sich durch die Commission habe breit schlagen lassen, gegen das Centralbad zu stimmen; jedenfalls werde der Verein für öffentliche Gesundheitspflege mit dieser Handlungsweise nicht sehr zufrieden sein. Was die Sache selbst anbelange, so bedauere er, daß Herr Halle die Arbeiter von oben herab behandle und meine, letztere wollten nichts weiter als ein Brausebad. Unter den 15 000 Arbeitern der Stadt wolle ein großer Theil, namentlich solche, welche des Schwimmens kundig seien, eine Schwimmhalle haben und werde es den Arbeitern auch nicht an Zeit zur Benutzung derselben fehlen. Wenn Herr Lange sage, er kenne die Arbeiter, so wolle er dazu bemerken, daß derselbe als Arbeitgeber nicht immer die wahre Meinung der Arbeiter höre. Uebrigens müsse er auch Herrn Halle gegenüber daran erinnern, daß mit dem Bau eines Centralbades den Arbeitern nicht etwa ein Geschenk gemacht werden solle, sondern daß es eine Pflicht der städtischen Behörden sei, eine solche Anstalt zu errichten. Nachdem der Verein für öffentliche Gesundheitspflege ein Centralbad für nöthig gehalten habe, sei hinsichtlich der Bedürfnisfrage eigentlich nichts mehr zu untersuchen, sondern man müsse der Errichtung näher treten, wenn man es nicht an gutem Willen fehlen lassen wolle.

Herr Sievers vermißt eine nähere Mittheilung über die Art des Betriebes der verschiedenen auswärtigen Anstalten. So viel er wisse, werden dort nur an einigen Tagen der Woche billige Bäder abgegeben, welche Einrichtung den Wünschen des Herrn Günther wahrscheinlich auch nicht entspreche. Wenn aber andererseits das Bad alle Tage zu dem billigen Preise in Anspruch genommen würde, so könne seiner Ueberzeugung nach von einer Rentabilität nicht die Rede sein. Auch die Bedürfnisfrage scheine ihm nicht in dem Maße vorzuliegen, wie Herr Günther hervorgehoben habe, denn die Freibadeanstalt zeige nach seinen regelmäßigen Beobachtungen nur an ganz heißen Sommertagen einen lebhafteren Besuch, während an kühleren Tagen nur ganz vereinzelt Bäder genommen werden. Hieraus glaube er schließen zu sollen, daß sich der Besuch der geplanten Schwimm-Anstalt aus den Arbeiterkreisen auf einige Liebhaber reduciren werde. Trotzdem würde er bereit gewesen sein, selbst in diesem Falle städtischerseits ein Opfer zu bringen, da aber jetzt ein Privatunternehmen im Werke sei, welches den von Herrn Günther erstrebten Zweck in ähnlicher Weise und mit verhältnißmäßig kleinen Opfern der Stadt erreiche, so halte er es für einen Leichtsin, wenn die Stadt angesichts dieser Verhältnisse noch eine eigene Anstalt bauen wollte. Herrn Günther könne nur daran liegen, daß der von ihm verfolgte Zweck erfüllt werde und bleibe es sich dabei gleich, von wem dieses geschehe; die Stadt werde auch hierbei für die ärmeren Volksklassen eintreten können und wollen, um wenigstens für einige Tage in der Woche billige

Bäder zu erzielen. Diese Gründe veranlassen ihn, für den Commissionsantrag zu stimmen.

Herr Bültemann steht auf dem Standpunkte des Herrn Halle und hält ein Brausebad für ausreichend, ein Schwimmbad aber für Luxus, zu dem er keinen Pfennig bewilligen könne. Wenn hier so hervorgehoben werde, daß für Braunschweig ein dringendes Bedürfnis vorliege, solches Luxusbad zu errichten, so verweise er dem gegenüber auf das platte Land, woselbst die Leute froh wären, wenn sie, nachdem sie während des Tages in der Sonnenglath bei der Dreschmaschine zc. gearbeitet haben, ein Brausebad nehmen könnten. Diese Gelegenheit fehle ihnen aber und müßten sie entweder mit ihrem Schmutze zu Bette gehen, oder sich waschen. (Heiterkeit.)

Herr Günther hält Herrn Sievers gegenüber den Bau einer verdeckten Anstalt gerade für nöthig, damit die Leute auch bei kühlerem Wetter ein Bad nehmen könnten, ohne sich zu erkälten. Er wolle gern zugeben, daß die Badeanstalt nicht von allen Arbeitern benutzt werde, er müsse aber auch andererseits darauf aufmerksam machen, daß die eine Anstalt bei Weitem nicht ausreiche, wenn dieses geschähe, da dann das Wasser bald nicht mehr zum Baden geeignet sei, sondern mehr einer Sauche gleichen würde. Der von Herrn Bültemann gezogene Vergleich zwischen den ländlichen Arbeitern und der großstädtischen Bevölkerung müsse ihn recht eigenthümlich berühren und treffe gar nicht zu, denn schließlich könnte man auch die Kameruner hierbei in Betracht ziehen, welche aber auch baden. Er möchte vor dem Gedankengange warnen, als ob die Arbeiter etwas anderes seien als die übrigen Menschen und man den ersteren Alles anbieten könne: man brauche dem Hunde „Volk“ nicht immer nur einen Knochen hinzuwerfen. (Rufe: Oho.) Die Haase'sche Badeanstalt könne, auch wenn sie von der Stadt unterstützt werde, kein geeignetes Versuchsobject für die Nothwendigkeit solcher Anstalt sein, weil sie doch nur von der besseren Gesellschaft benutzt werden würde. Er wolle nur noch die Hoffnung aussprechen, daß die Versammlung in einigen Jahren doch gezwungen werde, eine solche Badeanstalt zu errichten.

Herr Riese sieht die Hauptursache des ablehnenden Verhaltens der Versammlung in der Befürchtung, daß sich die Anstalt nicht rentiren würde. Die Stadtverwaltung habe sich aber auch nicht bedacht, 150000 M. für Landeseisenbahn-Actien, welche sich voraussichtlich niemals rentiren würden, fortzugeben, obwohl die Vortheile der Landeseisenbahn für die Stadt doch sehr fraglicher Art seien, indem die Bahn ebensoviel Verkehr fortführe als heranziehe. So gut andere Städte das Bedürfnis nach großen Badeanstalten anerkannt haben, liege solches auch hier vor. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege werde sich seiner Meinung nach nächstens lächerlich machen, wenn er diesen Beschluß nicht einmal durchsetzen könne. Hier sehe man (recht deutlich, was auf das Urtheil wissen-

schaftlich gebildeter Männer, welche doch, wie man von anderer Seite immer hervorhebe, auf technischem, wirthschaftlichem und jedem anderen Gebiete maßgebend sein sollen, gegeben werde. Zur Errichtung von Markthallen werde sich leicht ein Unternehmer finden, weil sich dabei etwas herauschlagen lasse, aber hier könne man wahrscheinlich vergeblich warten. Der selbstbewußte Arbeiter wolle keine Geschenke annehmen, sondern er verlange auf Grund seiner Steuerzahlung, daß er mit gleichem Maße gemessen werde. Bei Errichtung solcher Badeanstalt würde sich schon zeigen, daß die Arbeiter Sinn für derartige Einrichtungen haben und die sogenannte bessere Gesellschaft sollte sich freuen, wenn die Arbeiter keine Wassertscheu besäßen. Wenn der Staub bei den ländlichen Arbeitern auch öfter noch so dick falle, so habe derselbe doch nicht die schädigenden Substanzen des Fabrikstaubes, zumal da man auf dem Lande die schöne frische Luft genieße, welche in vielen Fabriken ganz fehle. Man möge endlich aus dem Dunkel des 14. Jahrhunderts herauskommen, denn man müsse jetzt dem modernen Fortschritte huldigen und die neueren Forschungen der Wissenschaft anerkennen: darum solle man aber auch hier vor der Ausgabe nicht zurückschrecken, sondern das Geld zum Bau eines Centralbades bewilligen.

Herr Wilke: Der von Herrn Kiefe vermißte Unternehmer sei in der Person des Herrn Haase, welcher eine allen Anforderungen genügende Badeanstalt errichten wolle, vorhanden. Herr Haase sei bereit, diese neue Anstalt zwei Mal in der Woche dem Magistrate in der Weise zur Verfügung zu stellen, daß ganz nach Wahl desselben für billigen Preis Bäder genommen werden könnten. Wenn man nun außerdem noch die Schulbäder mit in Benutzung nehmen wolle, was er für einen glücklichen Gedanken halte, so werde ja Alles erreicht, was sich nur wünschen lasse. Im Uebrigen sei er auch dafür, im Bedarfsfalle auf der entgegengesetzten Seite der Stadt demnächst noch ein Brausebad anzulegen. Jedenfalls könne man erst einmal abwarten, wie sich die Badeanstalt bei Haase entwickle, denn er glaube, sie werde groß genug werden, um allen Bedürfnissen zu genügen und es sei nicht nöthig, dem Manne noch eine Concurrenz auf den Hals zu schicken. Wenn die Stadt ein Bad baue, so müßte dieses ein Badepalast werden, während Herr Haase auf seinem hinterwärts liegenden Terrain die Anstalt errichte. Dazu komme noch, daß dieselbe fortwährend frisches, fließendes Wasser erhalte und demnach von Sauche keine Rede sein könne. Er bitte also, eine abwartende Stellung einzunehmen und den Commissionsantrag zu genehmigen.

Herr Blasius macht in seinem Schlußworte Herrn Lange darauf aufmerksam, daß die Frequenz des Brausebades auch im Monate August, also in einem Sommermonate abgenommen habe und daß man vor Einrichtung weiterer Schulbäder noch nähere Erkundigungen in Karlsruhe einziehen werde und die Versammlung hinterher dieserhalb noch einen besonderen Beschluß zu fassen habe. Die

Commission beabsichtige mit ihrem Beschlusse keineswegs, die Haase'sche Badeanstalt für einige Tage der Woche dauernd zum Volksbade zu machen, sondern der Magistrat sollte nur ersucht werden, in dieser Anstalt für einige Tage billige Bäder zu beschaffen, um an der Hand der hier gesammelten Erfahrungen später noch einen weiteren Beschluß fassen zu können. Dem Ausdrücke, daß derartige Volks-Schwimmbäder Luxus seien, könne er sich in keiner Weise anschließen, indem er solche Bäder für ein dringendes Bedürfniß halte und er hoffe, daß Braunschweig auch noch ein Volks-Schwimmbad erhalten werde.

Die Berathung wird damit geschlossen und bei der dann folgenden Abstimmung der Commissionsantrag in seinem vollen Umfange mit großer Mehrheit angenommen.

III. Einrichtung eines städtischen Bau-Vorrathshofes.

Behufs Anlegung einer Gleisverbindung zwischen dem vor dem Wilhelmithore belegenen städtischen Bau-Vorrathshofe und der Landeseisenbahn hat der Magistrat mit der Direction der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft einen Betriebsvertrag vereinbart, welchen anzunehmen die Versammlung gebeten wird. Da die im Etat für Beschaffung und Einrichtung des fraglichen Lagerplatzes ausgeworfene Summe von 25 000 M zur Deckung der Kosten nicht ausreicht, indem der Ankauf des Platzes allein schon rund 17 400 M erfordert, so ersucht der Magistrat weiter, die anschlagsmäßig noch erforderliche Summe von 9 400 M, insgesammt also eine Aufwendung von 34 400 M zu verwilligen.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, giebt die Statutencommission, welche die Sache gründlich vorgeprüft hat, anheim, die Vorlage zu genehmigen, dabei aber den Magistrat zu ersuchen, auf thunlichste Verbilligung der Einfriedigung hinzuwirken.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

IV. Vertrag mit der Landeseisenbahn auf Abtretung einer Grundfläche.

Die in der vorigen Sitzung an die Commission zurückverwiesene Vorlage (Seite 26—28 des Prot.) ist, wie Herr Seele namens der Finanzcommission ausführt, nochmals geprüft und sind namentlich die seitens einiger Mitglieder der Statutencommission in der letzten Sitzung erhobenen Bedenken gegen die Abschließung des Betriebsvertrages „auf unbestimmte Zeit“ von diesen fallen gelassen, so daß nunmehr die Vorlage in jeder Beziehung zur Annahme empfohlen werden könne.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

V. Aufnahme von Processen.

Gegen den Tischlermeister Th. Stiefel, den Kaufmann F. Kolte und den Tischlermeister Wilh. Glindemann, welche der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke verschiedene Beträge schulden, ist Klageerhebung erforderlich und ersucht der Magistrat um Genehmigung dieser theilweise schon eingeleiteten Proceßführung.

Da außerdem der Gastwirth Ferd. Bode und der Maurer Ed. Zapfe nicht zu bewegen sind, die von ihnen angekauften Straßenflächen der Stadt aufzulassen, so wird die Versammlung weiter ersucht, die Ermächtigung auch zur Anstellung dieser Klage zu ertheilen.

Die Statutencommission läßt die Genehmigung der gesammten Anträge durch Herrn Wolff II empfehlen

und wird dieselbe von der Versammlung nach einigen Bemerkungen der Herren Seele und Kieke beschloffen.

VI. Baulinie an der Scharnstraße.

Der Magistrat beantragt, für die Scharnstraße eine neue Baulinie in der Weise zu genehmigen, daß eine Erweiterung des südlichen Theiles der Straße auf 9 m zur Durchführung gelangt.

Herr Uhde befürwortet diesen Antrag namens der Baucommission zur Genehmigung und die Versammlung beschließt demgemäß.

VII. Baulinie an der Leopoldstraße.

In Veranlassung eines auf dem Grundstücke M 8 an der Leopoldstraße geplanten Neubaus legt der Magistrat für die Regulirung dieser Straße einen Theilortsbauplan mit dem Ersuchen um Genehmigung desselben vor.

Die Versammlung genehmigt denselben auf Befürwortung der Baucommission, für welche wiederum Herr Uhde berichtet.

VIII. Rückzahlung von Canalbaukosten etc.

Der Maurermeister Koloff hat um Uebernahme der Rosenstraße ersucht. In Uebereinstimmung mit der Städt. Bauverwaltung ist der Magistrat der Ansicht, daß der Zeitpunkt hierzu noch nicht gekommen sei, da die Straße eine genügende Bebauung noch nicht erfahren habe. Dagegen erscheint es dem Magistrate gerechtfertigt, an Koloff schon jetzt die Kosten für Herrichtung des Canals mit 4107,49 M und für Legung des Wasserrohres mit 2522,50 M zurückzuerstatten, weil sich diese Anlagekosten bereits verzinsen.

Die Vorlage gelangt zur Annahme, nachdem Herr Wolff I namens der Finanzcommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

IX. Verkauf des alten Polytechnikums.

Die Stadtgemeinde erwarb im Jahre 1885 das alte Polytechnikum am Bohlwege für den Kaufpreis von 120000 M., sowie die Grundstücke *M* ass. 2093—2095 am Bohlwege und Hagenscharrn für 74000 M. Das alte Gebäude des Polytechnikums ist seit einer langen Reihe von Jahren nur auf das Nothdürftigste hingehalten und befindet sich in einem durchweg schlechten Zustande. Bei weiterer Festhaltung dieses Besitzes würde eine Umdeckung des Daches und zum Mindesten eine gründliche Instandsetzung der gänzlich verwitterten Außenseite des Gebäudes unabweisbar sein. Die Möglichkeit einer zweckmäßigen, im Besonderen einer mit seinem hohen Kaufwerthe verträglichen stadtseitigen Verwendbarkeit des aus den vorbezeichneten Grundstücken sich zusammensetzenden Complexes dürfte als ausgeschlossen zu betrachten sein. Der Magistrat hält, schon um die endliche Regulirung des Bohlwegs zu fördern, für angezeigt, die fraglichen Grundstücke mit den nach Maßgabe des Theilortsbauplanes denselben zuzulegenden Flächen des Bohlweges und unter Zurückbehaltung der davon zur Verbreiterung des Hagenscharrns erforderlichen Abschnitte auf der Grundlage der von der Städt. Bauverwaltung gemachten Vorschläge zu verkaufen. Die nähere Präcisirung der Verkaufsbedingungen einer demnächstigen Vorlage vorbehaltend, ersucht der Magistrat die Versammlung, für jetzt sich mit dem Verkaufe der in Rede stehenden Grundstücke ohne Festsetzung des Verkaufstermines im Principe einverstanden zu erklären und den Zeitpunkt des Verkaufs dem Magistrate zu überlassen. Nach den Vorschlägen der Städt. Bauverwaltung wird beabsichtigt, das Terrain am Bohlwege und Hagenscharrn in fünf selbstständige Bauplätze zu zertheilen, und außerdem das noch frei bleibende Hinterland den betr. Grundstücken anzuschließen. Es handelt sich dabei um Bauplätze von 4,19 a, 6,24 a, 6,34 a 2,93 a und 2,53 a, während an Hinterland bezw 47, 54, 38 und 19 qm, zusammen 1,58 a, insgesamt also 23,81 a zu verkaufen sein würden.

Die Baucommission erklärt sich nach dem Berichte des Herrn Uhde für die Vorlage und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr N i e k e muß seinen in der Baucommission vertretenen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Vorlage auch jetzt noch beibehalten. Die Stadt solle ein so werthvolles Grundstück nicht so schnell fortgeben, da man gar nicht wissen könne, in welcher längeren oder kürzeren Zeit der Platz wieder gebraucht werde. Der Werth des Grundstückes werde mit der Zeit nicht sinken, sondern noch steigen, so daß die Stadt nichts verlieren könne, wenn sie den Verkauf noch etwas verschiebe. Schlimmer sei es dagegen, wenn sie vielleicht gezwungen werde, später in jener Gegend ein Grundstück wieder zu erwerben, da sie dann einen ungeheuren Preis aufwenden müsse. Einen Antrag, das Schwimmbad an jene Stelle zu setzen, wolle er nicht

stellen, weil auf Annahme dieses Antrages doch nicht zu rechnen sei; man wisse aber gar nicht, wozu man den Platz sonst noch nothwendig gebrauchen könne. Selbst gegenüber den etwaigen Ansprüchen des Stadtbauamtes auf architectonische Verzierung der Fagade dürfe man vor der stadtseitigen Verwendung des Platzes nicht zurückschrecken, sondern müsse diesen Anforderungen Rechnung tragen.

Herr Halle kann, obwohl er der Ansicht des Herrn Rieke, daß man das Grundstück möglicherweise noch einmal selbst gebrauchen könne, beipflichte, nicht dafür eintreten, daß man dasselbe noch länger auf Lager behalte, da es durch den Zinsverlust immer noch theurer werde und man endlich einmal an dessen Verwendung denken müsse. Wenn die Stadt das Grundstück jetzt verkaufe, so werde sie ein ganz gutes Geschäft machen und ebensoviel dabei lösen, als wenn sie noch einige Jahre warte. Die Markthalle solle man aus Zweckmäßigkeitsgründen auf das früher Jürgens'sche Grundstück an der Wendenstraße verlegen, nicht aber daran denken, diesen Platz zu dem Zwecke zurückzubehalten. Dem Magistrate gebe er anheim, den Verkaufstermin recht frühzeitig bekannt zu machen, damit sich zu demselben möglichst viele Bieter einfänden.

Herr Oberbürgermeister Bockels will Herrn Rieke gegenüber daran erinnern, daß das alte Polytechnikum mit den übrigen Gebäuden seiner Zeit wesentlich zu dem Zwecke angekauft sei, um mit diesen Grundstücken die nothwendige Regulirung des Bohlwegs und Hagenscharrns leichter ausführen zu können. Sollten die Häuser aber noch länger im Besitze der Stadt verbleiben, so werde dieselbe ganz bedeutende Aufwendungen machen müssen, weil nach den angestellten Untersuchungen das Dach des alten Polytechnikums einer gründlichen Ausbesserung, wenn nicht einer Erneuerung bedürfe und außerdem die Fagade desselben sich in einem so trostlosen Zustande befinde, daß dieselbe ebenfalls einer Erneuerung unterzogen werden müsse. Wenn früher die Möglichkeit betont sei, innerhalb dieses Grundstückcomplexes etwaige städtische Zwecke zu befriedigen, so falle dieser Grund zur Nichtveräußerung desselben jetzt fort, nachdem die Stadt für die Markthalle einen verhältnißmäßig billigeren Platz erworben habe und ein Bedürfniß zur Errichtung von Schulen in der Innenstadt überhaupt nicht mehr vorliegen werde. Es empfehle sich daher nicht, den Grundstückcomplex nur auf die Möglichkeit hin, daß derselbe einmal in den nächsten zehn Jahren zu irgend einem unbekannten Zwecke benutzt werden könne, zu behalten. Bezüglich der Verkaufsbedingungen werde die Versammlung noch eine Vorlage erhalten.

Herr Günther erklärt sich aus den von Herrn Rieke angeführten Gründen gegen den Verkauf, denn je mehr die Stadt wachse, desto mehr entstehe das Bedürfniß nach Gebäuden, man könne daher heute noch gar nicht übersehen, ob nicht über kurz oder lang wieder ein Gebäude für die Stadt nöthig werde.

Herr Uhde bittet nochmals, den Magistratsantrag besonders auch aus dem Grunde anzunehmen, weil es nach Ansicht der Commission erwünscht sei, im Centrum der Stadt der Privatbauthätigkeit wieder Platz zu öffnen. Es könne durchaus nicht erwünscht erscheinen, daß in einem Straßenzuge zu viel öffentliche Gebäude stehen, welche Handel und Verkehr der Straße vollständig lähmen.

Die Vorlage gelangt darauf mit großer Mehrheit zur Annahme.

X. Baulinie an der Kaiser- und Reichenstraße.

In Veranlassung eines von dem Bauunternehmer Haarstrich eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für sein an der Ecke der Reichen- und Kaiserstraße gelegenes Grundstück ersucht der Magistrat um Genehmigung der für beide Seiten der Kaiserstraße und für die Westseite der Reichenstraße aufgestellten anderweiten Baufluchtlinien mit dem Bemerken, daß bei Durchführung derselben von den Grundstücken der Reichenstraße zusammen 66 qm und von den Grundstücken der Kaiserstraße zusammen 3,44 a zur Straße abzutreten sein würden.

Herr Uhde beantragt namens der Baucommission Genehmigung der Vorlage, bemerkend, daß für die Kaiserstraße eine Breite von 14 m in Aussicht genommen sei.

Herr Wolff I giebt anheim, diese Sache, welche der Stadt nach den vorgelegten Plänen viel Geld kosten werde, noch einmal zu überlegen. Die Kaiserstraße könne niemals eine große Durchgangsstraße werden, auch wenn der Durchbruch nach der Wendenstraße ausgeführt sei; es lasse sich deshalb mit der bisherigen Breite, oder wenigstens mit einer geringeren, nicht beide Straßenseiten berührenden Verbreiterung auskommen. Eine derartige, mehr oder weniger abgelegene Straße mit vielen Kosten zu verbreitern, erscheine ihm namentlich im Hinblick auf den Mahnruf des Herrn Vorsitzenden nach größtmöglicher Sparsamkeit vollständig überflüssig. Wenn die Versammlung sich aber nicht entschließen könne, die Sache abzulehnen, so bitte er, die Vorlage vom finanziellen Standpunkte aus einer nochmaligen Verathung zu unterziehen.

Herr Reiche hält es dem gegenüber gerade für nothwendig, dieser bisher ziemlich stiefmütterlich behandelten Gegend etwas durch Verbreiterung und Verbesserung ihrer Straßen aufzuhelfen, damit die Bewohner derselben sich nicht mehr als die Stieffinder der Stadt zu betrachten brauchen. Der Ankauf des vorspringenden Straßenterrains vollziehe sich nicht so plötzlich, um dadurch die Stadt zu übermäßigen Opfern heranzuziehen, sondern er vertheile sich auf eine lange Reihe von Jahren, so daß man in dieser Beziehung keine Befürchtungen zu hegen brauche. Der jetzige Zustand erheische aber eine möglichst baldige Abhilfe.

Herr Stadtrath Metemeyer erklärt sich gegen den Wolff'schen Antrag, weil derselbe die Sache verzögern würde und es nöthig sei, dem Bauunternehmer Haarstrich,

welcher seine Miether zum 1. April gekündigt habe, die Möglichkeit zu gewähren, bald einen Bauplan bei dem Stadtbauamte einzureichen und den Neubau in Angriff zu nehmen. Das der Stadt aufzuerlegende Opfer, welches bei Zahlung eines Einheitszuges von 30 M ungefähr 18 000 M betragen möchte, könnte für solche Verbreiterung wohl gebracht werden. Der Wagenverkehr werde sich auf jenem Straßenzuge bald außerordentlich entwickeln, weil die einzige Verbindung zwischen dem Petrithore und dem Wollmarke und Wendenthore dort hinüberführe. Da nun außerdem der östliche Theil der Straße schon verbreitert sei und diese Verbreiterung auch aus sanitären Rücksichten geboten erscheine, so bitte er, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Schumburg tritt ebenfalls für die Magistratsvorlage ein, da mit der Eröffnung der Markthalle auf der Kaiserstraße ein erheblicher Wagenverkehr entstehen werde.

Herr Wilke erklärt sich mit der Festsetzung der Baulinie einverstanden, sofern dieselbe erst successive zur Durchführung gelangen solle. Wenn aber die Kaiserstraße verbreitert werde, müsse nothwendigerweise auch die Beckenwerperstraße eine Verbreiterung erfahren, weil der Hauptzug des Fuhrwerkverkehrs über diese gehe.

Herr Wolff I bittet wiederholt, die Sache nochmals zu prüfen. Die von Herrn Stadtrath Ketemeyer mitgetheilte Berechnung werde in der Wirklichkeit sich als unzutreffend erweisen, weil die Preise für das anzutauende Terrain mit der Zeit wachsen und diese Baulinie dann der Stadt theuer zu stehen komme. Man müsse deshalb nochmals erwägen, ob das Opfer wirklich des Gegenstandes werth sei. Er könne sich für diese Sache nicht begeistern, obwohl er auch ein Herz für seine Mitbürger habe.

Herr Rieke befürwortet die Durchführung der projectirten Baulinie schon um deshalb, weil der untere Theil der Straße bereits verbreitert sei. Mit den ledernen Kanonen sei es jetzt doch aus, man wolle nunmehr Luft und Licht in die engen Straßen bringen und könnten dann die Leute auch höher bauen. Der Verkehr werde sich schon dort hinziehen, sobald die Durchbruchstraße fertiggestellt sei.

Herr Reiche bittet nochmals um Annahme der Magistratsvorlage, damit für jene Gegend endlich einmal etwas geschehe. Eine Verbreiterung der Beckenwerperstraße werde hierdurch nicht ohne Weiteres bedingt, weil noch verschiedene Parallelstraßen zur Entlastung derselben dienen. Wenn einmal in jener Gegend, namentlich in der Langerstraße Feuer ausbreche, werde die Bekämpfung desselben wegen der Enge der Straße mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, ein Grund mehr, auch für diesen Stadttheil einmal etwas zu thun. Die Kosten der Verbreiterung vertheilen sich auf so viele Jahre, daß die Stadt nicht allzusehr belastet werde, auch wenn die Terrainpreise noch etwas steigen sollten.

Herr Seele weiß auf Grund eigener Beobachtungen, daß der Wagenverkehr zwischen dem Wenden- und Petrihore einen erheblichen Umfang besitzt. Da nun dieser Verkehr sich nach Fertigstellung der Durchbruchstraße über die Kaiserstraße bewegen werde, so halte er die Durchführung der magistratsseitig für diese Straße beantragten Baufluchtlinie für dringend nothwendig.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Wolff I abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

XI. Zwangsenteignung einer Straßenfläche am Madamentwege.

Da die Auflassung einer von der Balhorn'schen Brauerei zum Ausbau des Madamentweges abzutretenden Theilfläche von 17 qm nicht ohne Weiteres zugänglich ist, weil auf dem Grundstücke eine Gesamthypothek ruht und in den dieserhalb ausgestellten Schuldverschreibungen die Veräußerung von Theilen des verpfändeten Grundstücks nicht vorgesehen ist, so ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen, die Expropriation der fraglichen Fläche beantragen und in dem dann einzuleitenden Verfahren die Fläche zum Einheitspreise von 6 M ankaufen zu dürfen.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff II zur Genehmigung befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Gesuch wegen Erlasses von Wegegeldbeiträgen.

Der Grubenbesitzer Friß Krehe gen. Elze ist zu einem außerordentlichen Wegegeldbeitrage von 264 M für das Jahr 1891 veranlagt und hat gegen die Veranlagung Einsprache mit der Begründung erhoben, daß dieser Betrag viel zu hoch bemessen sei.

Wie Herr Halle namens der Statutencommission ausführt, sind die Sandgrubenbesitzer früher zu Wegegeldbeiträgen unbegreiflicherweise nicht herangezogen. Nachdem dieses zuerst im Jahre 1891 nachgeholt sei, fühlten sich dieselben hierdurch zu sehr belastet und habe der Reclamant seiner Unzufriedenheit wegen der Einschätzung entsprechenden Ausdruck gegeben. Da nun aber die Einschätzung nach den maßgebenden statutarischen Vorschriften und unter Zugrundelegung der vom Wegebaucommissair Denecke ermittelten Entfernungen und Lasten richtig erfolgt sei, so sehe sich die Commission außer Stande, das Gesuch zu befürworten und müsse sie daher Ablehnung desselben beantragen.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

XIII. Ankauf von Grundflächen an der Limbederstraße.

Der Gastwirth Bernhard Reinecke, Eigenthümer der an der Ecke der Friedrich- und der Limbederstraße gelegenen, 2,60 a haltenden Grundfläche, von welcher ein

Theilstück zu 1,95 a zur Anlegung eines Platzes bestimmt ist, hat gebeten, entweder, unter Abänderung des Ortsbauplanes, die Bebauung jener Fläche freizugeben, oder ihm das ganze Grundstück zum Einheitspreise von 10 M für den qm abzukaufen. Der Magistrat ist mit dem letzteren Vorschlage einverstanden und beantragt die Genehmigung des bezüglichen Kaufvertrages. Wegen angemessener Verwendung der 65 qm großen Restfläche bleibt weiterer Antrag vorbehalten.

Die Baucommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Bültemann die Genehmigung der Vorlage.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Hauswaldt erwidert Herr Stadtrath Netemeyer, daß der Magistrat sich entschlossen habe, die ganze Grundfläche anzukaufen, weil er nach seiner Erfahrung im Zwangsenteignungsverfahren zur Abnahme der ganzen Fläche ebenfalls gezwungen sein würde.

Die Vorlage wird angenommen.

XIV. Ankauf eines Platzes für eine neue Schule.

Daß an der Sophienstraße seiner Vollendung entgegengehende Schulhaus war ursprünglich für die dritte mittlere Bürgerschule, unter Ueberweisung des Schulhauses am Prinzenwege an die untere Bürgerschule bestimmt. Inzwischen haben sich aber durch den seit Ostern vorigen Jahres wesentlich gesteigerten Zuzug von außen die Verhältnisse in den unteren Bürgerschulen dermaßen geändert, daß es dringend geboten erscheint, das Schulhaus an der Sophienstraße sofort nach dessen Vollendung, also zu Ostern d. Js., der unteren Bürgerschule einzuräumen und behufs Erweiterung der dritten mittleren Bürgerschule am Prinzenwege in dortiger Stadtgegend abermals ein neues Schulhaus und zwar für die Knaben dieser Schule zu erbauen, so daß im Schulhause am Prinzenwege die Mädchen der Schule verbleiben können. Unter näherer Begründung dieser Entschließung giebt der Magistrat die Absicht kund, den im diesjährigen Haushaltsplane bereits vorgesehenen Neubau einer Knabenbürgerschule mit 18 ständigen und 2 Reserveklassen vorzubereiten. Zu diesem Zwecke hat der Magistrat die am Hohenstiege belegenen, dem Schlossermeister Saamkopf gehörigen und schulseitig als besonders günstig gelegen anerkannten drei Grundstücke für den Preis von 55 000 M angekauft. Diese drei Grundstücke haben — nach Abzug der zur Regulirung des Hohenstieges zu verwendenden Theilfläche — eine Gesamtgröße von 47 a 7 qm, welche demnach hinsichtlich der demnächstigen Schulkinderzahl im Verhältnisse zu den übrigen neueren Schulgrundstücken steht. Wenn man dem Kaufpreise den von der Stadt Bauverwaltung auf rund 10000 M geschätzten theilweisen Aufwand für den Ausbau des Hohenstieges hinzurechnet, so ergibt sich ein als mäßig zu bezeichnender Erwerbspreis von 13,80 M pro qm. Die Versammlung wird ersucht,

den stadtseitigen Ankauf des bezeichneten Grundstückcomplexes für den Preis von 55 000 M. behufs Einrichtung einer Bürgerschule zu genehmigen.

Namens der Schulcommission empfiehlt Herr Blasius die Genehmigung der Vorlage. Bezüglich des in der Commission von Herrn Lange geäußerten Wunsches auf Wahl eines in der Fortsetzung der Luiseustraße liegenden Platzes sei vom Magistratsvertreter hervorgehoben, daß dieser Platz der Stadt viel theurer zu stehen kommen werde und der Platz am Hohenstiege sich bezüglich seiner Lage auch besser für die Schule eigne.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratsvorlage zu.

XV. Vertrag mit dem Staate wegen Verbreiterung der Wendenstraße etc.

Der Tischlermeister Jung beabsichtigt, sein an der Ecke von Wenden- und Gaußbergstraße gelegenes Grundstück neu zu bebauen und hat deshalb um Feststellung der Baulinien für beide Straßen gebeten. Da eine angemessene Verbreiterung der Wendenstraße, nördlich von der Einmündung der Wilhelmstraße, ein allseitig anerkanntes Bedürfnis ist, so empfiehlt der Magistrat eine solche Verbreiterung auf 18 m. Die Gaußbergstraße zu verbreitern liegt nach der Ansicht desselben zur Zeit ein dringendes Bedürfnis nicht vor; nach Anlegung der Bammelsburgerstraße und Herstellung der Okerbrücke am Ende dieser Straße läßt sich jedoch nicht verkennen, daß auch der Verkehr in der Gaußbergstraße wesentlich zunehmen wird, namentlich wenn der Stadttheil in der Umgebung des Wendenringes erst dichter bewohnt sein wird. Es empfiehlt sich daher, jetzt schon eine Verbreiterung der Gaußbergstraße auf 14 m ins Auge zu fassen. Da indessen die in Rede stehenden Straßen — die Wendenstraße allerdings nur auf der nördlich vom Wendenmühlengraben belegenen Strecke — bislang ausschließlich auf Kosten des Staates erhalten sind und der Staat ausschließlich über dieselben zu verfügen hat, so mußte der Magistrat Bedenken tragen, ohne Weiteres zur Feststellung der neuen Baulinien zu schreiten. Der Versuch des Magistrates, den Staat zur Uebernahme der sämtlichen aus der Verbreiterung beider Straßen erwachsenden Kosten zu bestimmen, ist ohne Erfolg geblieben, indem die Herzogliche Landesregierung die Ansicht vertritt, daß die durch die Zunahme des örtlichen Verkehrs bedingte Erweiterung auf Kosten der Stadt auszuführen sei, während der Magistrat den Standpunkt eingenommen hat, daß mit Rücksicht auf die Vorschrift im §. 12 Absatz 1 der Landesbauordnung der Stadt nur solche Kosten zur Last zu legen seien, die durch den Ausbau von städtischen Ortsstraßen erwachsen, zu welchen aber die in Rede stehenden Straßen bislang nicht gehört haben. Wenn es auch dringend wünschenswerth erscheint, daß diese Frage generell geregelt werde, so muß doch einstweilen von Fall zu Fall auf Erzielung eines angemessenen Abkommens mit der Staatsregierung Bedacht genommen werden, um von dieser wenigstens die

Leistung von Zuschüssen zu den fraglichen Kosten zu erlangen. Im vorliegenden Falle hat die Herzogl. Baudirection nach längeren Verhandlungen mit Ermächtigung des Herzoglichen Staatsministeriums dem Magistrate den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, inhalts dessen

- 1) die fraglichen Straßen städtische Straßen werden, jedoch nach erfolgter Verbreiterung auf Kosten des allgemeinen Pflasterfonds unterhalten werden sollen;
- 2) der Stadt das Terrain des vormaligen Wendenmühlengrabens im Umfange von überhaupt 601 qm zum Preise von 5 M pro qm, eine westlich vom Jung'schen Grundstücke gelegene, 159 qm große Fläche des Promenadenterrains und eine östlich davon gelegene, 232 qm große Fläche zum Preise von 17 M pro qm, sowie das zur Straßenverbreiterung erforderliche fiskalische Terrain zu 221 qm unentgeltlich überlassen wird; endlich
- 3) der Stadt ein baarer Zuschuß zu den (abgesehen vom Grunderwerb) auf insgesamt 22737 M veranschlagten Kosten in Höhe von 15900 M zugesichert ist.

Auf diese Bedingungen einzugehen hält der Magistrat für angezeigt. Dagegen kann derselbe der weiteren Vertragsbestimmung, daß der Straßenbau durch staatliche Organe ausgeführt werde, nicht zustimmen, weil diese Maßregel vielleicht das Recht der Stadtgemeinde, die Anlieger zu Beiträgen heranzuziehen, gefährden könnte und außerdem als selbstverständlich vorausgesetzt werden müsse, daß die Bestimmung darüber, wann der Vertrag zur Ausführung zu bringen sei, dem Ermessen der städtischen Behörden überlassen bleibe, sowie daß im Anschluß an den Ausbau einer Theilstrecke der Gaußbergstraße die westlich davon gelegene Strecke durch Hinzunahme einer entsprechenden Fläche des angrenzenden Promenadenterrains auf Kosten des Staates gleichfalls verbreitert werde. Für diese letztere Strecke eine Baufluchtlinie festzustellen hat dagegen nach der Ansicht des Magistrates keine Bedeutung. Demnach ersucht Vexterer

- 1) die neuen Baulinien für die Wendenstraße und die Gaußbergstraße zu genehmigen und
- 2) ihr zum Abschlusse eines Vertrages mit Herzoglicher Baudirection nach Maßgabe der obigen Auseinandersetzungen zu ermächtigen.

Der Antrag der Statutencommission geht, wie Herr Wolff II berichtet, dahin, der Aenderung der Baulinie an der Wenden- und Gaußbergstraße, sowie dem Abkommen mit der Staatsbehörde zuzustimmen.

Herr Hauswaldt fragt an, aus welchem Grunde verschiedene Terrainabschnitte, welche zur Verbreiterung der Straße nicht nothwendig seien, seitens der Stadt mit angekauft werden sollen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die Stadt mit diesem Ankaufe, wie wohl klar auf der Hand liege, insofern ein vortheilhaftes Geschäft mache, als sie in der Lage sei, dieses neu erworbene Terrain gegen solche Flächen, welche von den anliegenden Grundstücken zur Verbreiterung der Straße abzutreten seien, einzutauschen, wodurch sie erhebliche Kosten zu sparen vermöge.

Herr Hauswaldt hält dieses Geschäft für eine zweifelhafte Speculation, sofern nicht bereits entsprechende Vereinbarungen mit den Anliegern getroffen seien.

Herr Wolff II kann diese Ansicht nicht theilen, sondern den Ankauf des fraglichen Terrains nur für ein äußerst vortheilhaftes Geschäft erachten.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XVI. Uebernahme der Bachmann- und H. Campestraße.

Auf Antrag des Architekten Zinkeisen ersucht der Magistrat, die stadtseitige Uebernahme der auf Kosten des p. Zinkeisen ausgebauten Bachmann- und H. Campestraße zu genehmigen, indem hierzu noch bemerkt wird, daß die Kosten für den Canal, sowie das Gas- und Wasserrohr bereits früher zurückgezahlt sind.

Namens der Baucommission befürwortet Herr Bültmann die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XVII. Rückzahlung von Canalbaukosten.

Wie der Magistrat des Näheren begründet, sind die seitens des Friedrichstiftes in Höhe von 2903 M 45 $\frac{1}{2}$ getragenen Kosten für die Canalisirung der Spinnerstraße nunmehr an das Friedrichstift zurückzuzahlen und ersucht derselbe daher, diesen Betrag aus dem Neubaufonds der Canalbaucaße zu erstatten.

Herr Wolff I empfiehlt diesen Antrag namens der Finanzcommission zur Genehmigung und die Versammlung beschließt demgemäß.

XVIII. Bedürfnisanstalt am Magnithore.

Wie Herr Uhde namens der Baucommission ausführt, hat diese Angelegenheit die Versammlung schon verschiedene Male, zuletzt am 19. Juni 1890 beschäftigt. Nach vielfachen Besprechungen in der Commission, bei welchen dieselbe die ganze Strecke vom Leonhardsplaz bis zum Magnikirchhofe in Rücksicht gezogen habe, sei sie doch wieder auf den Vorschlag der früheren Baucommission, die Anstalt auf den westlichen Theil des Plazes vor der Magnikirche zu stellen, zurückgekommen, da thatsächlich kein anderer geeigneter Platz in dem Straßenzuge habe ermittelt werden können. Hiergegen seien aber die interessirten Anlieger sofort wieder vorstellig geworden. Als einzig richtige und wirklich geeignete Stelle könne man nur den auch schon früher als solchen anerkannten dreieckigen Platz am Magnithore, auf welchem eine Trinkbude stehe, ansehen. Wenn nun auch die Erlaubniß zur Benutzung dieses Plazes früher von der Herzoglichen Baudirection verweigert worden sei, so könnten sich nach der Meinung der Commissionsmitglieder die An-

sichten bei dieser Behörde inzwischen auch geändert haben und stelle die Commission daher einstimmig den Antrag, dem Magistrate die Bitte vorzutragen, derselbe möge bei der Herzoglichen Baudirection nochmals um die Erlaubniß zur Errichtung der Anstalt auf dem dreieckigen Platze am Magnithore vorstellig werden. Sollte sich diese Erlaubniß nur unter der Bedingung erreichen lassen, daß die auf dem Platze stehende Trinkbude dann der Bedürfnisanstalt weichen müsse, so sei die Errichtung der letzteren auch unter dieser Bedingung zu erstreben, da für diese ein größeres Bedürfniß vorliege.

Herr Halle hält den von ihm bei der letzten Berathung in Vorschlag gebrachten Platz an dem Canalschachte mitten vor der Magnikirche immer noch für viel geeigneter, als den Platz an der westlichen Seite des Kirchhofes. Unbegreiflich erscheine es ihm aber, wie eine staatliche Behörde dem Magistrate den einzig richtigen Platz an der Promenade zu solchem nothwendigen Zwecke verweigern könne. Der Verkehr an jener Stelle sei so lebhaft, daß man sie kaum noch als Promenade zu bezeichnen vermöge und aus diesem Grunde liege ein dringendes Bedürfniß zur Errichtung solcher Anstalt gerade an dem Platze vor. Wenn eine Behörde nun auch über solche Sachen häufig eine ganz andere Ansicht hege, als ein Bürger, so solle man doch meinen, daß sie gegenüber den so oft kundgegebenen Wünschen der Bürgerchaft endlich von dem alten Jopse Abstand nehmen und wenigstens solche Promenadenstellen zur Errichtung von Bedürfnisanstalten freigeben sollte, an denen der Verkehr solches dringend erheische, um die Stadt nicht in die Nothwendigkeit zu versetzen, die Anstalten mit theuren Fundamenten etc. versehen zu müssen. Die Stadt hätte für die bis jetzt errichteten Bedürfnisanstalten wohl schon deren doppelte Anzahl bauen lassen können, wenn die Baudirection nicht immer der Stadt die geeigneten Plätze vorenthalten hätte; für manche Anstalt könne man fast ein kleines Wohnhaus bauen. Er bitte deshalb um Annahme des Commissionsantrages.

Herr Bültmann weiß von gut unterrichteter Seite, daß ein nochmaliger Antrag des Magistrates auf Ueberlassung des dreieckigen Platzes bei der Herzogl. Baudirection Gehör finden werde, sobald der Magistrat auf die Beibehaltung der Trinkbude an jener Stelle keinen Werth lege. Gerade dieser Platz müsse als der einzig richtige für die Anstalt bezeichnet werden, da der Magnikirchplatz der Anstalt am Wohlwege schon zu nahe liege.

Herr Stadtrath Ketemeyer erklärt sich namens des Magistrates bereit, dem etwaigen Ersuchen der Versammlung Folge zu geben.

Herr Günther mißtraut vorläufig der Botschaft des Herrn Bültmann noch, denn die Baudirection scheine die Bedürfnißfrage nicht anerkennen zu wollen. Gegen das Project der Errichtung einer Anstalt auf dem Magnikirchplatze müsse er sich ablehnend verhalten, da kein hiesiger Einwohner gern solche Anstalt unmittelbar an seinem Hause haben wolle. Dagegen bitte er ebenfalls, den Magistrat zu ersuchen, nochmals bei der Baudirection in der Sache vorstellig zu werden.

Herr Reiche weist noch darauf hin, daß die Bedürfnisanstalt gerade an jener Stelle auch zur Schonung der Anlagen des sehr schönen Monumentsplatzes dienen werde.

Der Antrag der Commission gelangt darauf zur Annahme.

XIX. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts an der verlängerten Gliesmaroderstraße.

Der Anwohner Chr. Lindemann ist vorstellig geworden, wenigstens vom 1. April d. Js. ab die Abfuhr des Hauskehrichts aus den jenseits der Vindestraße belegenen Häusern der Gliesmaroderstraße anordnen zu wollen.

Wie Herr Wolff II berichtet, hat Herr Stadtrath Metemeyer in der Statutencommission die Erklärung abgegeben, daß die Angelegenheit in der nächstens zusammentretenden Deputation erwogen werden würde, aus welchem Grunde die Commission beantrage, das Gesuch dem Magistrate zur Erledigung zu überweisen.

Der Antrag wird angenommen.

XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Ankauf eines Hauses an der Maschstraße.

Zur Begründung des Antrages, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, ihr eine Vorlage zu machen behufs Ankaufes des Hauses Maschstraße Nr. 35 zum Zwecke der Verbreiterung der Maschstraße“,

führt Herr Reiche unter Hinweis auf seine bezüglichlichen Auslassungen in der letzten Sitzung (Seite 16 des Prot.) aus, daß die Verbreiterung der Maschstraße bis zur Wehrstraße nur ein halbes Werk sei und auch der untere Theil der Straße der Verbreiterung dringend bedürfe. Hier stehe aber das fragliche Haus mitten in der Straße und müsse beseitigt werden, um einen unhaltbaren Zustand aus der Welt zu schaffen. Die Besitzerin des Hauses — eine alte Dame — leide unter den dort herrschenden Verhältnissen insofern außerordentlich, als einerseits sehr oft die Fuhrleute gegen das Haus fahren und andererseits sich für dasselbe keine Miether mehr finden, weil Jeder annehme, das Haus werde doch bald abgerissen. Da dasselbe außerdem jetzt noch verhältnißmäßig billig zu kaufen sei, so bitte er um Unterstützung seines Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XXI. Anfrage des Herrn Blasius wegen Instandsetzung des Platzes an der verlängerten Luisestraße.

Wie Herr Blasius zur Begründung der Anfrage ausführt, ist in der Sitzung der Schulcommission zur Sprache gebracht, daß es höchst wünschenswerth sei, den Platz am Ende der Luisestraße in Stand zu setzen. Da nun außerdem mitge-

theilt sei, daß der Magistrat der Versammlung bereits eine entsprechende Vorlage gemacht habe und dieselbe im Schooße einer Commission ruhen solle, so möchte er anfragen, ob sich diese Angelegenheit nicht etwas beschleunigen lasse.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß eine derartige Vorlage vom Magistrate nicht ergangen sei, daß vielmehr letzterer einen bezüglichen Antrag abgelehnt habe und dieser ablehnende Bescheid der zuständigen Commission überwiesen sei, in welcher er noch ruhen werde.

Nachdem der Herr Vorsitzende mitgetheilt hatte, daß ihm seitens der Commission eine Erklärung noch nicht zugegangen sei, wird der Gegenstand damit verlassen.

und die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wählt die Versammlung unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels den Stadtverordneten Herrn Th. Bültmann zum Mitgliede und den Gartengeschworenen Herrn Dürre zum stellvertretenden Mitgliede der Genossenschafts-Versammlung der braunschweigischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft auf fernere drei Jahre.

In der nunmehr unter dem Voritze des Herrn Semler eröffneten vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten wird zunächst der Hausdiener Hermann Büttner zum Schuldiener für die neue Schule an der Sophienstraße gewählt. Sodann erhöht die Versammlung das Einkommen des als Standesbeamten fungirenden Hauptmanns a. D. Bricius um 300 M jährlich, bewilligt dem ohne Pensionsberechtigung nach 10 jähriger Dienstzeit in Folge schwerer Krankheit ausgeschiedenen Thierarzt Herweg eine Gnadenpension von 400 M jährlich und erhöht die Remuneration des Hülfschreibers Sievers um 100 M auf 1000 M, sowie das Gehalt des pro rectoratu geprüften Lehrers Stier auf 3900 M jährlich. An Stelle des verstorbenen Particuliers Krause wird darauf der Apotheker Dr. Paul Mehring zum Armenpfleger und auf Vorschlag der Versammlung an Stelle des Kaufmanns Mehrhorn, welcher die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, der Bäckermeister Fischer von dem Herrn Vorsitzenden zum Beisitzer der Einschätzungscommission für den Wilhelmthorbezirk bestellt. Nachdem darauf noch die Steuer-Reclamationen der Einwohner Weiße und Krause wiederholt als unbegründet verworfen und die in dem IV. Verzeichniß für 1891 aufgeführten Steuer-Reclamationen nach den Vorschlägen der Einschätzungs-Commissionen erledigt waren, tritt die Versammlung schließlich noch in eine Besprechung über die mit den Vorschriften der revidirten Städteordnung nicht ganz im Einklang stehende Art der Protocollführung in den Sitzungen, ohne indessen einen förmlichen Beschluß zu fassen.

Schluß 7^{1/2} Uhr.

1892.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 96 de 1892 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. April 1892.

Öffentlich:

I.	Neuordnung des Kirchenwesens	Seite 62
II.	Uebnahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen	" 83
III.	Gesuch um Stundung von Kosten für Wasseranschluß	" 83
IV.	Druckkosten für den Handschriften-Katalog der Stadtbibliothek.	" 84
V.	Instandsetzung der Friedhofsstraße	" 86
VI.	Verkauf der Maschgebäude auf Abbruch	" 86
VII.	Erwerb von Straßenflächen an der Gertrudenstraße	" 89
VIII.	Wahl eines Stadtverordneten in den Schulvorstand der katholischen Schule	" 89
IX.	Erwerb einer Straßenfläche an der Klosterstraße	" 89
X.	Desgl. an der Wallstraße	" 90
XI.	Einspruch gegen die Baulinie an der Kaiserstraße.	" 90
XII.	Verpachtung von Schul-Kellerräumen	" 90
XIII.	Ausgabe weiterer Stadtbligationen	" 91
XIV.	Veränderte Benutzung von Räumen im Feuerwehrgebäude	" 91
XV.	Aufnahme eines Processus	" 92
XVI.	Zuschuß für den Hansischen Geschichtsverein.	" 93
XVII.	Aufhebung eines weiteren Theiles der alten Hagen- und der Brunnen- straße, sowie Veräußerung von Straßenflächen daselbst	" 93
XVIII.	Einrichtung von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter	" 94
XIX.	Zwangseenteignung einer Straßenfläche am Bohl- und Steinwege.	" 96

XX.	Austausch von Straßenflächen an der Wenden- und Wilhelmstraße . . .	Seite 97
XXI.	Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppentederstraße	" 97
XXII.	Wahl zur Commission für die Einschätzung der Gebäude behufs Ein- quartierung.	" 97
Vertraulich:		
	Pensionirung des Lehrers Tellingmann	" 98
	Erhöhung der Remuneration für Lehrer Kielhorn	" 98
	Gesuch um Steuerermäßigung	" 98
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.		
	Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer.	" 98

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Kietemeyer, Heymann, Meyer, Ramdohr und Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Günther und Meyer.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und stellt zunächst das Protocoll *N. 1* zur Genehmigung. Herr Rimpau bemerkt zu demselben, daß er sein Fehlen rechtzeitig entschuldigt habe und daher um entsprechende Aenderung des betr. Fehlvermerkes bitte. Mit dieser Aenderung wird das Protocoll genehmigt und darauf in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten.

I. Neuordnung des Kirchenwesens.

In der Angelegenheit, die Neuordnung des hiesigen Stadtkirchenwesens, im Besonderen die Errichtung zweier neuen Gemeinden betreffend, hat Herzogliches Staats-Ministerium dem Magistrate gegenüber erklärt,

- 1) den Entwurf eines Gesetzes über die Aufbringung der Parochiallasten in hiesiger Stadt der Landesversammlung vorlegen und dabei die magistratsseitig ausgesprochenen Wünsche berücksichtigen zu wollen;
- 2) die Höchste Genehmigung zu den wesentlichen Punkten des vom hiesigen Kirchenconvente aufgestellten Planes einer Neuordnung der städtischen Gemeinden in Aussicht stellen zu können;
- 3) die Bewilligung eines Staatszuschusses zu den aus der Durchführung des Planes erwachsenden Kosten befürworten zu wollen; dagegen
- 4) die stadtseitige Ansicht, daß eine Rechtspflicht zu stadtseitiger Aufbringung der Kosten der Errichtung von neuen Kirchenanstalten nicht bestehe, bestreiten zu müssen; aus diesem Grunde
- 5) einen Rechtsanspruch der Stadt auf den Patronat über die neu zu gründenden Gemeinden nicht anerkennen zu können; übrigens aber
- 6) eine friedliche Einigung zu wünschen; daher

- 7) ein Vergleich des Inhalts vorgeschlagen werde: daß in den neu zu gründenden Kirchengemeinden die Besetzung der Pfarrstellen zwischen dem Staate und der Stadt in einer mit thunlicher Berücksichtigung der Wünsche der städtischen Behörden annoch festzustellenden Art alternire.

Wenn der Stadtmagistrat auch den Rechtsausführungen des Herzoglichen Staats-Ministeriums, nach welchen die Stadt zur Tragung der Kosten einer bedarfsmäßigen Errichtung neuer Kirchengemeinden verpflichtet sein soll, nicht zustimmen kann, so erachtet derselbe doch ebenfalls im Interesse der Sache und in Gemäßheit der inneren Natur des Gegenstandes, um den es sich handelt, für dringend wünschenswerth, daß derselbe zu einer friedlichen Erledigung gebracht werde. Da nun der Wortlaut des Punktes 7 des Vergleichsvorschlages wohl nur die Deutung zuläßt, daß in den Fällen, wo die Besetzung einer Pfarrstelle beim Staate liege, auch das Wahlrecht der Kirchengemeinde in Wegfall kommen solle, so ist der Kirchenconvent um eine Aeußerung hierüber ersucht worden. Derselbe hat darauf in seiner Sitzung am 13. Januar 1892 folgende Resolution gefaßt:

- 1) Der Kirchenconvent erklärt, seinerseits auf die Verwirklichung seines Beschlusses zum Commissionsantrage 8 in der Sitzung vom 12. December 1890, soweit es sich um den Patronat des Stadt-Magistrats handelt, kein Gewicht legen zu wollen, sofern durch diesen Verzicht das Zustandekommen der beschlossenen Neuordnung des hiesigen kirchlichen Gemeindegewesens gefördert werden könnte.
- 2) Er muß dagegen bei seinem Beschlusse zum Commissionsantrage 4 d in der obigen Sitzung in der Erwägung beharren, daß die Anerkennung des Gemeindegewahlrechts zu Gunsten der neu zu gründenden Kirchengemeinden
 - a. dem evangelischen Gedanken,
 - b. dem Bedürfnisse, das kirchliche Leben innerhalb der Gemeinde möglichst zu fördern,
 - c. der einheitlichen Organisation des hiesigen Kirchenwesens, innerhalb dessen der Mangel des Gemeindegewahlrechts bei St. Petri als eine bedauerliche Lücke empfunden wird,
 - d. den Anforderungen der Billigkeit; theils im Hinblick auf die in den landesfürstlichen Rescripten vom 15. August, 30. September 1744 und 1. Mai 1745 erteilten Zusicherungen, theils mit Rücksicht darauf entspricht, daß die Mitglieder der neu zu gründenden Gemeinden bisher wahlberechtigten Kirchengemeinden angehört und daher vermocht haben, das fragliche Wahlrecht ungehindert auszuüben.

Das der Stadt bezüglich der Pfarrstellen bei den gegenwärtig vorhandenen Stadtkirchengemeinden, mit Ausnahme derjenigen zu St. Petri, gebührende

Präsentationsrecht besteht heute darin, daß die Vertretung der betreffenden kirchlichen Gemeinde dem Magistrate drei Bewerber vorzuschlagen hat, aus denen dieser den dem Landesherrn zu präsentirenden auswählt. Die Befürchtung, daß den genannten Gemeinden dieses, freilich nur bis auf Weiteres ertheilte, aber seit nahezu 150 Jahren zum Segen für das christlich-religiöse und sittliche Leben bestehende Wahlrecht je wieder entzogen werden möchte oder könnte, hält der Magistrat für ausgeschlossen. — Das Verfahren bei Besetzung der Predigerstellen an den gedachten sechs Stadtkirchen ist folgendergestalt geordnet: Der behuf der Predigerwahl auf die doppelte Zahl seiner Mitglieder verstärkte Kirchenvorstand stellt die zur Wahlpredigt zuzulassenden Bewerber, in der Regel deren nicht mehr als 6, auf und giebt dieselben dem Magistrate bekannt. Falls sich darunter Personen befinden, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Herzogthums haben, hat der Magistrat, wenn gegen die Zulassung sonst nichts zu erinnern ist, dazu die Höchste Genehmigung einzuholen. Sobald diese Erfordernisse erfüllt sind, werden die Wahlpredigten abgehalten, worauf der verstärkte Kirchenvorstand bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritttheilen seiner Mitglieder unter den Bewerbern in getrennten Wahlgängen durch Stimmzettel mit absoluter Mehrheit drei auswählt und dieselben dem Magistrate zur Wahl präsentirt. Der Magistrat wählt hierauf einen der vorgeschlagenen Candidaten und präsentirt solchen dem Landesherrn zur Bestätigung.

In vollem Einverständniß mit den Erwägungen, welche den Kirchenconvent zum Eintreten für Gewährung eines gleichen gemeindlichen Wahlrechts auch an die beiden neu zu bildenden Gemeinden bestimmt haben, muß der Magistrat ein Gehen auf den Vergleichsvorschlag des Herzoglichen Staats-Ministeriums für bedenklich erklären: Die lebhafteste Theilnahme und Fürsorge der Bürgerschaft, deren sich das Stadtkirchenwesen bei dem gegenwärtigen Zustande zu erfreuen hat, würde bezüglich der neuen Gemeinden durch eine Veränderung der Verhältnisse schwer gefährdet werden können; wenn Gemeindemitglieder, welche bisher das hochwichtige Wahlrecht, direct und indirect, ausgeübt haben, dasselbe nur abwechselnd auszuüben berechtigt sein sollten, so würde dadurch eine wohlbegründete, das kirchliche Interesse schädigende Verstimmung hervorgerufen werden. Wohl aber glaubt der Magistrat, daß die Stadt den Anspruch auf sein Präsentationsrecht bei Besetzung der Pfarrstellen an diesen beiden neuen Gemeinden, gegen Gewährung des kirchengemeindlichen Wahlrechts und in vorausgesetzter Ausdehnung des dem Magistrate und dem Kirchen-Cassen-Collegium bezüglich der 7 älteren Gemeinden gesetzlich zustehenden Schutz- und Aufsichtsrechtes auf diese neuen Gemeinden, fallen lassen solle.

Wenn es dem Magistrate auch nicht leicht wird, die Aufgabe dieses Anspruches zu empfehlen, so läßt ihm die Lage, in welcher die Angelegenheit sich befindet und

die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer rechtzeitigen Besserung der die Wohlfahrt der politischen Gemeinde stützenden kirchlichen Verhältnisse im Sinne und Wunsche der durch den Kirchenconvent vertretenen evangelisch-lutherischen Bürgerschaft doch Opferwilligkeit geboten erscheinen.

Die Vertretung der Kirchengemeinde ist es, die in erster Reihe ein Interesse daran hat und die Verantwortung dafür trägt, daß ihre Candidaten auch rechte Prediger und Seelsolger für die Gemeinde seien; zudem sind, wie die Erfahrung hier bestätigt hat, die einzelnen Vertreter der Kirchengemeinde bei ihren oft weitverzweigten Bekanntschaften am ehesten in der Lage, auf vertraulichem Wege sichere Erkundigungen über die Persönlichkeit und Lehre der Predigtamtsbewerber einzuziehen. So ist es gekommen, daß der Magistrat immer nur das Vorhandensein der allgemeinen Bedingungen der Anstellungsfähigkeit der Candidaten geprüft und insoweit hieraus kein Anstand herzuleiten war, stets den von der Kirchengemeinde an erster Stelle Vorgeschnlagenen gewählt hat. Nun wird freilich zugegeben werden müssen, daß die Kirchenregierung in der ihr obliegenden Wahrnehmung des Gesamt-Interesses der Landeskirche bezw. mit Rücksicht auf das Lebensalter u. d. ihr vorgeschlagenen einzelnen Candidaten sich im Einzelfalle eher, wie der Magistrat, würde veranlaßt finden können, nicht den an erster, vielmehr den an zweiter oder dritter Stelle Vorgeschnlagenen zu wählen; allein es liegt ja wiederum bei der Vertretung der Kirchengemeinde, durch gewissenhafte und umsichtige Auswahl ihrer drei Candidaten Gewähr dafür zu schaffen, daß ein Jeder der letzteren der Gemeinde genehm sein werde.

Zur Verstärkung dieser, bei Lage der Sache schon an sich die Aufgabe des Anspruchs auf magistratsseitige Präsentation der Prediger an den neuen Gemeinden rechtfertigenden Erwägungen soll noch darauf hingedeutet werden, daß der Inhalt und Umfang der communalen Verpflichtungen zur Aufbringung von Parochiallasten erweitert werden kann, daß die Kirchenregierung bei stadtseitiger Verweigerung der von ihr für nothwendig erachteten Aufwendungen sich zur Anrufung der Landesgesetzgebung würde verpflichtet halten müssen, daß die Landesgesetzgebung ihrerseits nicht umhin können würde, solchem Rufe nachzukommen, und daß alsdann der hiesigen Stadt die Fundationskosten, die freiwillig zu übernehmen sie verweigerte, kraft Gesetzes auferlegt werden könnten, daß aber, sobald letzteres geschehen, weder dem Magistrat das Präsentationsrecht, noch auch den betheiligten Kirchengemeinden das Wahlrecht gebühren würde.

In Erwägung aller dieser Verhältnisse richtet der Magistrat unterm 4. Februar 1892 an die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen,

„sich damit einverstanden zu erklären, daß in Abänderung des Beschlusses zu Nr. 3 der Magistratsvorlage vom 8. Januar v. Js., dem Herzoglichen

Staats-Ministerium unter Festhaltung der Ueberzeugung, daß eine Rechtspflicht zur stadtseitigen Aufbringung der Kosten der Errichtung von neuen Kirchenanstalten nicht bestehe, ein Gegenvorschlag dahin zur Erwägung gestellt werde,

daß die Stadtgemeinde, in Erhoffung von Staatsbeihilfen, die bei Durchführung des Programms für die Neuordnung des Stadtkirchenwesens aus der Errichtung zweier neuen Kirchengemeinden erwachsenden Kosten freiwillig übernehmen und ihren Anspruch auf das Recht der Präsentation der bei diesen Gemeinden anzustellenden Prediger fallen lassen wolle, dafern

- 1) den neuen Gemeinden das Recht, bei jeder Befetzung einer ihrer Predigerstellen dem Landesherrn drei Candidaten vorzuschlagen, zugesichert,
- 2) das dem Magistrate und bezw. dem Kirchen-Cassen-Collegium bezüglich der 7 vorhandenen Stadtkirchengemeinden gesetzlich zustehende Schutz- und Aufsichtsrecht auf die neuen Gemeinden, unter Aufnahme derselben in den Cassenverband der älteren Stadtkirchen, ausgedehnt werden möchte.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Statutencommission Herr R u d e l o f f : „W. H. Wie Sie aus der Ihnen im Druck zugegangenen Vorlage, betr. die Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens, ersehen haben, sind dieser Sache, welche wir vor Jahresfrist mit so großem Eifer betrieben haben und der wir wahrlich einen besseren Erfolg gewünscht hätten, Schwierigkeiten begegnet. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich mit dem Plane selbst, nach welchem die Neuorganisation vorgenommen werden sollte, einverstanden erklärt, es hat auch unsere Wünsche, welche wir in Bezug auf die gesetzliche Regelung der Aufbringung der Parochiallasten und des staatlichen Zuschusses zu den entstehenden Kosten hatten, getheilt und versprochen, diese Wünsche zu berücksichtigen. In einem sehr wichtigen Punkte haben aber unsere Beschlüsse Beanstandung erfahren. Wie Sie sich erinnern, handelte es sich um die Frage, ob die hiesige Stadt verpflichtet sei, die Neufundationskosten aufzubringen. Wir standen auf dem Standpunkte, zu sagen, eine Verpflichtung liege für die Stadt nicht vor; was geschehe, geschehe freiwillig; wenn sich aber die Stadt bereit erkläre, diese Kosten freiwillig zu übernehmen, so habe dieses zur Folge, daß das Patronatsrecht über die neuen Kirchen auf die Stadt übergehe, und zwar in der Ausübung, wie solches in den beiden auspfarreenden Gemeinden bestehe, nämlich: in Verbindung mit dem Rechte der Kirchengemeinden auf die Predigerwahl. Das Herzogliche Staats-Ministerium hat sich indessen auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt, indem dasselbe die Verpflichtung der Stadt

zum Baue neuer Kirchen behauptet und in Folge dessen die von uns gezogenen Konsequenzen bestritten. Die Sache ist indessen nicht in diesem zähen Rechtsboden stecken geblieben. Wenngleich das Herzogliche Staats-Ministerium seinen Standpunkt mit großer Entschiedenheit vertreten hat und auch der Stadtmagistrat mit gleicher Ueberzeugtheit bei seiner früheren Meinung stehen geblieben ist aus Gründen, die sehr eingehend erörtert sind, so haben doch Beide gemeint, daß man den Weg friedlichen Ausgleiches versuchen müsse. Zunächst hat das Herzogliche Staats-Ministerium einen Vergleichsvorschlag gemacht; danach sollte der Patronat zwischen Staat und Stadt in einer noch zu bestimmenden Weise alterniren und — wie aus dem betr. Rescripte nicht anders zu entnehmen ist — auch das gemeindliche Wahlrecht nur dann zur Ausübung kommen, wenn bei der alternirenden Besetzung der Pfarrstellen die Reihe an dem Magistrate sein würde. Dieser Vergleichsvorschlag ist im Weiteren dem Kirchenconvente mitgetheilt, was geschehen mußte, weil die Aufrechterhaltung des gemeindlichen Wahlrechtes von diesem zur Bedingung gemacht war. Der Kirchenconvent hat dann mit einer sehr scharfen Motivirung diesen Vergleichsvorschlag abgelehnt und auch der Stadtmagistrat hat denselben für unannehmbar erklärt. Zugleich hatte sich der Kirchenconvent dahin ausgesprochen, daß er seinerseits, wenn dadurch die Reform wesentlich gefördert werden könnte, kein Gewicht darauf legen wollte, daß der Vorbehalt wegen des städtischen Patronates in den beiden neu zu errichtenden Gemeinden aufrecht erhalten würde. Mit Rücksicht auf diese Erklärung hat sich der Magistrate entschlossen, dieses Opfer zu bringen und den in der Vorlage enthaltenen Vergleich, bezw. Gegenvorschlag in Antrag gebracht. Das ist die Sachlage.

Bezüglich des Rechtspunktes kann ich mich ganz kurz fassen. Wenn es sich auch in diesem Falle um einen Vergleich handelt, so ist es zwar dennoch nicht gleichgültig, ob man das Bewußtsein und die Ueberzeugung hat, das gute Recht auf seiner Seite zu haben oder nicht. Sie werden sich aber in dieser Hinsicht auf Ihre Statutencommission verlassen wollen und kann ich mich also darauf beschränken, zu sagen, daß die Commission die Ausführungen des Herzoglichen Staats-Ministeriums an der Hand der Widerlegungen des Stadtmagistrates ausführlich erörtert, aber die Ueberzeugung davon, daß der Stadt eine Verpflichtung der gedachten Art obliege, nicht hat gewinnen können. Wir stehen vielmehr noch auf dem Standpunkte, daß Alles, was in dieser Sache geschieht, nur freiwillig geschehen würde und daß, wenn solches geschieht, uns auch rechtlich der Patronat in den neuen Gemeinden für den Stadtmagistrat zusteht. Nichtsdestoweniger aber sind wir doch mit dem Staats-Ministerium und dem Magistrate der Meinung, daß der Weg friedlichen Ausgleiches versucht werden möchte.

Was dann den Vergleichsvorschlag des Herzoglichen Staats-Ministeriums betrifft, so würden wir uns mit demselben eigentlich heute nicht mehr zu befassen

haben, nachdem er von dem Stadtmagistrate im Einvernehmen mit dem Kirchenconvente abgelehnt worden ist. Die Statutencommission möchte aber doch nicht unterlassen, hier zu erklären, daß sie die Stellungnahme des Magistrates in dieser Angelegenheit vollständig billigt und daß sie der Ueberzeugung ist, es werde auch von der verehrlichen Versammlung niemals darin eingewilligt werden, das Allen theure Gemeindewahlrecht, wenn auch nur theilweise, aufzugeben, um einen Vergleich zu Stande zu bringen.

Dagegen möchte die Statutencommission Ihnen empfehlen, den Gegenvorschlag des Magistrates anzunehmen. Wenn wir im vergangenen Jahre commissionsseitig betont haben, daß der Patronat in den beiden neu zu errichtenden Kirchengemeinden als eine sehr erstrebenswerthe Zuständigkeit anzusehen sei, so bleiben wir bei dieser Ansicht auch heute noch bestehen und möchten wünschen, daß der Magistrat nicht in die Lage versetzt würde, auf dieses Recht verzichten zu sollen. Wenn aber nicht erhebliche Bedenken vorliegen, so geht uns das Interesse, die Sache zu fördern, doch über den Wunsch, dieses Recht für den Magistrat zu wahren. Solche erheblichen Bedenken liegen aber nicht vor. Praktisch betrachtet ist das Patronatsrecht des Magistrates nicht von solcher Erheblichkeit. Es besteht dieses Recht, bezüglich der Pfarrstellen bei den gegenwärtig vorhandenen Stadtkirchengemeinden, mit Ausnahme derjenigen zu St. Petri, heute darin, daß die Vertretung der betr. kirchlichen Gemeinde dem Magistrate drei Bewerber vorzuschlagen hat, aus denen dieser den dem Landesherrn zu präsentirenden auswählt. Dieses Verfahren würde nun bei den neuen Kirchengemeinden anders werden insofern, als der Magistrat als Mittelsperson wegfiele und die Präsentation von den Kirchengemeinden anstatt an den Magistrat demnächst direct an den Landesherrn zu ergehen hätte. Den Kirchengemeinden könnte also nur der Nachtheil erwachsen, daß sie vielleicht nicht mehr mit Sicherheit darauf würden rechnen können, daß gerade der an erster Stelle in Vorschlag gebrachte Prediger Bestätigung fände, weil für den Landesherrn bei der Wahl immerhin noch andere Interessen in Frage kommen könnten als für den Magistrat, so z. B. Rücksicht auf die Altersverhältnisse oder die bisherige Gemeinde der Bewerber, sowie, wenn es sich um die Mitbewerbung Fremder handle, die Rücksicht auf die eigenen Landeskinder. Die Commission ist aber mit dem Magistrate der Meinung, daß in dem gemeindlichen Wahlrechte eine sichere Gewähr für die Heranziehung guter Prediger und Seelsorger liegt. Wenn die Gemeinden sich dessen versehen müssen, daß vielleicht nicht immer der an erster Stelle vorgeschlagene Bewerber genommen wird, so haben sie es in der Hand, drei Bewerber zu wählen, welche ihnen gleich lieb sind. Der Einfluß des Magistrates in den neu zu begründenden Gemeinden fällt aber, wie durch den Punkt 2 des Magistratsantrages vorgesehen, auch nicht ganz weg. Da nun außerdem immer berücksichtigt werden muß — wie auch in der Vorlage bemerkt ist —, daß unsere rechtliche Lage sich durch die Gesetzgebung

möglicherweise erheblich verschlechtern kann und in Betracht zu ziehen ist, daß wir vom Staate einen nicht unerheblichen Zuschuß erhalten werden, mithin das Herzogliche Staats-Ministerium auch einen wohlbegründeten Anspruch auf unser Entgegenkommen haben wird, so empfiehlt Ihnen die Statutencommission die Annahme der Magistratsanträge."

Herr Hauswaldt: „Es ist ein sehr bitteres Gefühl, welches uns heute über-schleichen muß, wenn wir bedenken, daß vor ungefähr 150 Jahren der gütige Herzog Carl auf die Eingabe des Magistrates und der Stadtverordneten, wie sie unterm 8. Januar 1891 erlassen ist, sicher geantwortet haben würde: „Das Exer-citium juris praesentandi soll der Magistrat auch fernerhin genießen. Gleichwie aber bei der Wahl eines Predigers niemand mehr als diejenige Gemeinde selbst, welche demselben anvertrauet werden soll, interessirt ist, mithin nichts nöthiger ist, als derselben zu gestatten, ihre Zufriedenheit und Vertrauen gegen den Praesen-tandum hinlänglich zu prüfen: so ist Unser gnädigster Wille, daß die Principa-liores der Gemeinde bei der Wahl derer Praesentandorum concurriren sollen.“ Daß wir heute nach 150 Jahren eine entgegengesetzte Antwort erhalten haben, daß das Consistorium und das Ministerium unseren Antrag zurückgewiesen haben, ist für uns Alle sehr beklagenswerth.

Es ist kaum zu verstehen, aus welchen Gründen dieser unser Antrag, welcher die bescheidenen aber dringenden Wünsche der Braunschweiger Bürgerschaft in sich faßte, hat abgelehnt werden können. Irgend welche juristischen Bedenken hinsichtlich der befürchteten Vergebung von Rechten können bei dieser Entscheidung nicht mitgespielt haben, denn der gütige und weise Herzog Carl hat sich und seinen Nachkommen in seinem Rescripte ausdrücklich das Recht vorbehalten, diese Ordnung nach Be-finden zu ändern und wieder aufzuheben. Es wäre also immer nur ein Zu-geständniß, wenn die Wünsche der Bürgerschaft erfüllt würden und nicht ein Auf-geben von Rechten. Wir müssen deshalb die Gründe darin suchen, daß das Mini-sterium und das Consistorium geglaubt haben, die augenblickliche Lage der Dinge nützen zu müssen, um den liberalen Kirchengemeinden der hiesigen Stadt einen Rappzaun aufzulegen; ich kann mir wenigstens die Sachlage nicht anders erklären. Wenn ich auch selbst sehr damit einverstanden bin, daß man diese Sache in fried-licher Weise zu erledigen und nicht bis zum offenen Kampfe auszutragen suchen soll, so kann ich mich doch nicht mit dem Vorschlage des Herrn Referenten ein-verstanden erklären. Es scheint wohl auf den ersten Blick, als wenn auf diese Weise die unerquickliche Sache am schnellsten aus der Welt geschafft und der kirchliche Nothstand beseitigt werden könnte, man wird indessen bei näherem Ansehen finden, daß mit der einfachen Aufgabe des Patronatsrechtes der Magistrat ein sehr wichtiges Recht der Stadt fortgiebt. Der Magistrat hat wohl noch niemals — oder wie

von anderer Seite gesagt wird nur ein einziges Mal — einen anderen als den an erster Stelle vorgeschlagenen Bewerber dem Landesherrn präsentirt und sich demnach stets vollkommen mit dem Wunsche der Gemeinde gedeckt. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie es in Wirklichkeit bei der Pfarrwahl zugeht, so muß man es einfach für unmöglich erklären, daß die Gemeinde in allen Fällen drei gleich liebe und genehme Candidaten zu präsentiren vermag; es kann dieses vielmehr nur in Ausnahmefällen zutreffen. Meistens geht es bei der Predigerwahl so zu, daß einer der Candidaten der Gemeinde besonders gefällt und dieser daher in erster Linie gewählt wird; die Minorität bestimmt sodann den zweiten Bewerber und schließlich wird noch ein dritter dazu genommen. Es kommt ja auch vor, daß sich nicht einmal drei Bewerber melden und daher so viele Candidaten gar nicht präsentirt werden können. Der Magistrat hat selbst auf die großen Bedenken hingewiesen, welche in der Annahme der Vorlage liegen, indem er sagt: „Nun wird freilich zugegeben werden müssen, daß die Kirchenregierung in der ihr obliegenden Wahrnehmung des Gesamt-Interesses der Landeskirche bezw. mit Rücksicht auf das Lebensalter u. der ihr vorgeschlagenen einzelnen Candidaten sich im Einzelfalle eher wie der Magistrat, würde veranlaßt finden können, nicht den an erster, vielmehr den an zweiter oder dritter Stelle Vorschlagenen zu wählen“. Sehen wir einfach statt „das Lebensalter“ „die kirchliche Richtung“, so werden wir den Nagel auf den Kopf schlagen. Während wir bisher das Vertrauen haben konnten, den an erster Stelle präsentirten Candidaten auch gewählt zu sehen, wird dieses Vertrauen in Zukunft verloren gehen. Die Regierung, welche schon jetzt dem natürlichen Laufe der Dinge widersprochen hat, wird keinen Augenblick zögern, den an dritter Stelle vorgeschlagenen Prediger zu bestätigen, wenn dieser in kirchlicher Richtung convenabler, also nicht so ausgesprochen liberal wäre. Ich muß daher für meine Person ablehnen, für die Vorlage zu stimmen und möchte Sie dringend bitten, dasselbe zu thun.

Leider ist es natürlich, daß durch die Haltung der Regierung auf den ganzen Aufschwung, den das kirchliche Leben in Braunschweig genommen hat, auf das Bestreben, durch die Einrichtung neuer Kirchen und die Schaffung neuer Gemeinden das kirchliche Leben noch mehr zu wecken und zu beleben, ein Mehlthau gefallen ist, der diese fröhliche Schaffenslust ungemein gedämpft, ja getödtet hat. Wenn man jetzt in der Bürgerschaft nachfragt, so hört man allgemein sagen: wir wollen überhaupt keine neuen Kirchen bauen, wir wünschen, daß neue Prediger angestellt werden, wir wünschen, daß von dem Baue neuer Kirche abgesehen werde, da die Regierung nicht der Mühe für werth gehalten hat, uns in unseren dringenden, bescheidenen, aber natürlichen Wünschen entgegenzukommen. Auch diese Ansicht theile ich nicht. Ich würde bedauern, wenn nicht doch schließlich eine Einigung erzielt würde, welche zuließe, neue Kirchen in der Außenstadt zu errichten, die Gemeinden zu verkleinern

und den kirchlichen Nothstand in der früher beschlossenen Weise zu bekämpfen. Ich glaube, es würde sich solche Einigung ermöglichen lassen, wenn man sich den Compromißvorschlag des Magistrates aneignete mit der einen Abänderung, daß nicht drei Candidaten, sondern nur einer in Zukunft von der Gemeinde zu präsentiren wäre. Das Patronatsrecht des Magistrates ist überhaupt eine merkwürdige Eigenthümlichkeit der Stadt, welche anderwärts nicht besteht. Es würde durch meinen Antrag an und für sich das Patronatsrecht nicht hinfällig werden, denn man könnte sich dasselbe auch denken, wenn nur ein Candidat präsentirt würde. Wenn wir das aber erreichen, so haben wir die große Gefahr umgangen, welche der Regierung gegenüber im Präsentiren von drei Candidaten liegt. Ich möchte Sie bitten, die Anträge des Magistrates anzunehmen mit der einzigen Aenderung, daß im Punkte 1 gesagt wird „ . . dem Landesherrn einen Candidaten vorzuschlagen . . .“ Wenn man bedenkt, wie sich die Predigerwahl praktisch vollzieht, so ist es gar keine Frage, daß es immer etwas Feindseliges hat, wenn man drei Candidaten präsentirt und der erste derselben nicht bestätigt wird. Hat aber ein schneidiges Consistorium dieses erst einmal durchgesetzt, so wird sich diese Sitte bald einbürgern, und das könnte doch zu sehr unangenehmen Streitigkeiten mit der Gemeinde führen. Wenn nur ein Candidat präsentirt wird, so hat der Landesherr auch in Zukunft das Recht, diesen einen Bewerber abzulehnen, jedoch ist diese Gelegenheit und Möglichkeit solcher Ablehnung viel schwieriger, da dieser Fall im Allgemeinen nur dann eintreten würde, wenn einmal die Wahl auf einen Unwürdigen gefallen sein sollte, nicht aber kann die kirchliche Richtung des Gewählten ein Grund sein. Ich glaube, wir könnten aus dieser Nothlage durch Annahme meines Antrages am besten herauskommen.“

Herr Rudeloff: „Ich bin nicht für diesen Antrag. Wenn wir einmal dafür stimmen, daß der Magistrat zu Gunsten des Landesherrn auf das Patronatsrecht verzichtet, so sollen wir nicht darangehen, von diesem Rechte noch etwas abzuhandeln und abzuknappen; das kommt mir etwas kleinlich vor. Viel richtiger ist es, man schafft Garantien dafür, daß bei der ganzen Einrichtung keine unliebsamen Zwischenfälle eintreten und solche sind viel eher zu befürchten, wenn nur ein Candidat präsentirt wird. Im letzteren Falle kann es vorkommen, daß der Landesherr aus irgend welchen Gründen bona fide — ich will gar nicht von der Richtung sprechen, denn es können noch andere Gründe maßgebend sein — den allein präsentirten Bewerber ablehnt, dann haben wir die Unannehmlichkeiten einer zweiten Wahl mit ihren Mißdeutungen, Parteiungen &c. Darum ist es besser, wir suchen solche Zwischenfälle zu vermeiden und lassen lieber drei Candidaten präsentiren. Dazu tritt noch der Umstand, daß bei Annahme des Hauswaldt'schen Antrages die Sache nur verzögert wird und wir bei der Landesregierung doch kein Glück damit haben würden. Ich möchte daher anheimgeben, die Vorlage anzunehmen, und dieselbe nicht durch Zwischenanträge zu verschleppen und versumpfen zu lassen. Herr Hauswaldt hat

selbst schon hervorgehoben, was aus einer Sache werden kann, wenn der frische, natürliche Zug aus ihr herausgekommen ist."

Herr Halle: „Als wir vor längerer Zeit diese Sache berathen hatten, waren wir wohl Alle der Meinung, daß, wenn wir dem Baue neuer Kirchen zustimmten, das bei den vorhandenen Stadtkirchen bestehende Verfahren auch für die neuen Kirchen beibehalten würde. Wir sind darin nun aber anders belehrt und überzeugt worden, daß man in dieser Sache einen anderen Cours einschlagen will. Ich habe in der Bürgerschaft viel herumgehört und darf auf Grund meiner Erfahrungen dreist behaupten, daß seit langer Zeit in derselben Nichts solches Mißfallen erregt hat, als diese Angelegenheit in Verbindung mit der Rückäußerung des Herzoglichen Staats-Ministeriums. Wie Herr Hauswaldt schon ausgeführt hat, herrscht jetzt allgemein die Ansicht, daß es besser wäre, überhaupt keine Kirchen zu bauen, sondern lieber mehr Prediger zu beschaffen und mehr Gottesdienst einzurichten. Dem Hauswaldt'schen Antrage kann ich aber trotzdem nicht zustimmen, weil ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß es wünschenswerther sei, die Sache einstweilen ganz auf sich beruhen zu lassen. Eine Nothwendigkeit zum Baue neuer Kirchen kann ich wenigstens nicht anerkennen, weil unsere Kirchen den größten Theil der Woche leer und nur mitunter an den Sonn- und Festtagen einmal auf einige Stunden gefüllt sind; man möge daher noch weitere Gottesdienste einführen. In den katholischen Kirchen wird drei bis vier Mal in der Woche Gottesdienst abgehalten, warum will man hier nicht wenigstens dem Wunsche der Bürgerschaft durch Einrichtung von Abend-Gottesdiensten entgegenkommen?"

Wenn nun weiter gesagt wird, die Prediger sollen überlastet sein, so will ich zugeben, daß dieselben in gewisser Weise allerdings überlastet sind. Eine Entlastung könnte aber leicht in der Weise eintreten, daß die Prediger hinfort keinen Unterricht mehr in den Schulen erteilen und sich dafür wieder mehr ihren Gemeinden widmen. Ich stehe auf dem Standpunkte, einer Vermehrung der Predigerstellen zuzustimmen, mich aber entschieden gegen die Neueinrichtung von Kirchen zu erklären und möchte ich daraufhin den Antrag stellen, die Sache für heute pure abzulehnen."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Ich möchte dringend bitten, der Anregung des Herrn Halle keine Folge zu geben. Auch wir hatten ursprünglich, als wir nämlich im Jahre 1885 die Neuordnung des Kirchenwesens in die Hand nahmen, gemeint, es werde mit der Errichtung selbstständiger neuer Kirchengemeinden und mit der Erbauung neuer Kirchen einstweilen nicht vorzugehen sein, da unsere vorhandenen Kirchengebäude, abgesehen von besonders hohen Festtagen, immerhin noch genügenden Raum für die Andächtigen darböten. Inzwischen aber, m. H., sind sieben Jahre vergangen und in diesen sieben Jahren hat die Bevölkerung der Stadt Braunschweig ganz außerordentlich zugenommen, namentlich haben sich die Kirchen-

gemeinden von St. Magni und St. Catharinen ganz erheblich vergrößert, so daß jetzt die Vertretung unserer Stadtkirchengemeinden es einstimmig als eine Nothwendigkeit bezeichnet, von diesen beiden Gemeinden sofort zwei neue Gemeinden abzuzeigen und für dieselben neue Kirchengebäude zu errichten. Ich glaube, wir können und dürfen diesem Ausspruche unserer Kirchenorgane uns nicht entziehen, zumal da unsere vorhandenen sieben Stadtkirchen sämmtlich inmitten der Stadt liegen, der Bevölkerungszuwachs aber seit Jahrzehnten ausschließlich auf die Außenstadt und ganz besonders auf die weithin sich erstreckenden Pfarrbezirke von St. Catharinen und St. Magni entfällt. Die Bevölkerung der Außenstadt hat bekanntlich diejenige der Innenstadt bereits überflügelt; mit anderen Worten, die Mehrzahl der Einwohner Braunschweigs muß, wenn sie zur Kirche oder zum Prediger will, zunächst den weiten Weg bis zur Stadt selbst zurücklegen und darin liegt offenbar eine bedeutende Erschwerung der Befriedigung des religiösen Bedürfnisses. Es muß dieses in der That als ein Mißstand erkannt werden, wie denn auch der August- und Steinthor-Districts-Verein sich schon vor längerer Zeit mit der dringenden Bitte an den Magistrat gewendet hat, in jenem Theile der Außenstadt neue Kirchengemeinden zu errichten. Nun haben wir uns auf Grund dieser Anschauungen und der Beschlüsse unserer stadtkirchlichen Organe vor Jahresfrist mit den geehrten Herren dahin verständigt, daß wir, wenn wir auch nicht die Rechtspflicht zur Errichtung neuer Kirchengemeinden anerkennen, doch bereit sein würden, die damit verbundenen Kosten unter bestimmten Voraussetzungen zu zahlen. Ich glaube, es würde deshalb augenblicklich wohl nicht zulässig sein, daß die geehrte Versammlung von dieser Vereinbarung, dem Gedankengange des Herrn Halle folgend, einseitig zurückträte. Die Kirchenvisitatoren haben unsere damaligen Vorschläge dem Kirchenregimente, bezw. der Landesregierung unterbreitet, die letztere hat das von dem kirchlichen Organe aufgestellte Programm im Ganzen gebilligt, hat sich mit einer Staats-Beihilfe behufs Erschwingung der Kosten einverstanden erklärt und unseren Anspruch auf den Patronat der neuen Kirchen nicht etwa schon jetzt definitiv zurückgewiesen, sondern nur, auch mit Rücksicht darauf, daß eine Staatsbeihilfe gewährt werden soll, woraus ein Compatronat für den Staat hergeleitet werden müsse, einige Rechte für sich in Anspruch genommen und daraufhin den vorliegenden Vergleichsvorschlag gemacht. So lange nicht die Regierung uns den Patronat endgültig abspricht und sich eben nur auf dem Boden des Vergleiches bewegt, so lange müssen wir, nachdem wir vor Jahresfrist diesen Beschluß vereinbart haben, auf derselben Grundlage weiter arbeiten, d. h. wir können wohl einen Vorschlag der Regierung ablehnen, wir können Gegenvorschläge machen, oder wir können aus der Mitte der Versammlung heraus noch andere Vorschläge zur Erörterung bringen sehen, aber ein Zurückgehen von der im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarung ist bei der jetzigen Lage der Dinge wohl unzulässig.

Es ist — wie in der Vorlage schon gesagt worden — dem Magistrate keineswegs leicht geworden, auf seinen Patronat zu verzichten, aber wir haben die Gründe ausgeführt, welche uns dazu veranlaßt haben. Lassen sie uns die Sache bei dem rechten Lichte besehen. Der Patronat der Stadt zerfällt in die beiden Theile des gemeindlichen Wahlrechtes und des magistratlichen Vorschlagsrechtes. Dieses Vorschlagsrecht des Magistrates ist bisher immer im Sinne der Kirchenorgane ausgeübt und es hat sich dasselbe bislang nur als ein Ehrenrecht herausgestaltet, was allein es auch in Zukunft bleiben wird. Der eigentliche Schwerpunkt liegt bei dem gemeindlichen Wahlrechte und stimme ich den kirchlichen Organen darin bei, daß dieses die Hauptsache sei.

Herr Hauswaldt hat einen Vermittelungsvorschlag darin zu finden gemeint daß er sagt, es solle der Regierung proponirt werden, sich damit einverstanden zu erklären, daß von den Kirchengemeinden nicht drei Candidaten dem Kirchenherrn präsentirt würden, sondern nur einer. Das ist aber kein Entgegenkommen, wie es Herr Hauswaldt bezeichnen zu sollen glaubt, sondern es ist im Gegentheil für die Regierung viel ungünstiger als der gegenwärtige Zustand. Wenn die Regierung einen einzigen Candidaten bestätigen resp. aus bestimmten rechtlichen Gründen die Wahl dieses Einzigen beanstanden soll, dann muß es ihr viel angenehmer sein, diesen einen nicht durch die Kirchengemeinde, sondern durch den Magistrat präsentirt zu sehen, welcher ja dann die Wahl der Kirchenvorstände erst einmal filtrirt hat und in der Lage gewesen ist, zu prüfen, ob der Eine denjenigen Anforderungen entspricht, welche man an einen Geistlichen und Seelsorger stellen muß. Der Vorschlag würde zur Folge haben, daß darnach ein etwaiger Vorwurf für Mißgriffe die Regierung träfe, während er anderen Falls den Magistrat treffen würde. Das ist also ein Vorschlag dessen Annahme vollständig aussichtslos ist."

Herr Hauswaldt: „Der Standpunkt des Herrn Halle entspringt eigentlich dem ganz natürlichen Gefühle und gebe ich zu, daß im großen Ganzen dieser Standpunkt auch in der Stadt getheilt wird. Wir haben anerkannt, sagt man in der Stadt, daß ein kirchlicher Nothstand existirt, wir haben Alles gethan zur Beseitigung desselben, wir sind bereit, auf die Mitglieder der Kirchengemeinden eine Steuer zu übernehmen, um Kirchen zu bauen und Prediger anzustellen und jetzt bleibt die als ganz selbstverständlich erwartete Zustimmung der Regierung aus. Daraus folgert man nun: die Regierung habe allerdings den Wunsch, den kirchlichen Nothstand zu beseitigen, höher stehe ihr aber noch der Wunsch, ihre Macht und den geistlichen Einfluß auf die Stadt Braunschweig zu erhöhen. Hieraus entspringt aber nothwendig das Gefühl, nun überhaupt die ganze Sache fallen zu lassen und ich meine, daß, wenn die Regierung unseren Vorschlag vom 8. Januar 1891 nicht annimmt, rechtlich allerdings die Stadtverordneten in der Lage sind, von den übrigen Vorschlägen zurückzutreten. Wir müssen aber trotzdem dabei

bleiben, daß die Sache auf einen Vergleich hinauslaufen muß. Ich sehe aber einen Vergleich darin, daß die Versammlung nicht dieser ganz natürlichen und begreiflichen Mißstimmung in der Bürgerschaft Rechnung trägt und beschließt, keine Kirchen zu bauen, sondern daß sie einen Mittelweg einschlägt, wie ich ihn hier in Anregung gebracht habe. Wenn Herr Rudeloff daran Anstoß nimmt, daß das Patronatsrecht der Regierung beschnitten überantwortet werden sollte, so könnte man ja auch zugestehen, das Patronatsrecht soll einfach ganz in Fortfall kommen. Der Regierung scheint ja hauptsächlich daran zu liegen, dem Magistrate das Patronatsrecht nicht zuzugestehen! Nachdem ich die Sache in jeder Richtung reiflich überlegt habe, muß ich sagen, daß unabänderlich das Wahlrecht der Gemeinde und die Sicherheit bestehen bleiben muß, daß die Gemeinde wirklich den Prediger bestätigt erhält, den sie zu haben wünscht und dieses ist nicht entweder der an erster, zweiter oder dritter Stelle vorgeschlagene Candidat, sondern allein der an erster Stelle in Vorschlag gebrachte Bewerber. Wenn wir den neu zu gründenden Gemeinden nicht diese Sicherheit verschaffen können, so bin ich für den Compromiß nicht zu haben. Herr Oberbürgermeister Pockels meint, die Lage der Regierung würde durch meinen Vorschlag nur noch erschwert. Nun ist vor Kurzem in der Michaelisgemeinde eine Wahl gewesen, zu welcher sich nur ein Candidat gemeldet hat, der dann auch allein präsentiert ist: es ist dort also das geschehen, was wir wollen. Herr Pastor Verhe hat sich dort nur allein gemeldet, ist allein präsentiert und auch gewählt. Sie sehen also, daß es wohl geht, wenn man nur will. Wenn wir also einen derartigen Vorschlag machen und unsere Bereitwilligkeit documentiren, so wird auch die Regierung nicht weiter gegen den Strom schwimmen wollen.“

Vorsitzender: „Ich glaube, der Herr Oberbürgermeister hat nicht ganz recht, wenn er meint, daß es unzulässig sei, wenn die Versammlung jetzt einen anderen Beschluß faßt, nachdem die Regierung unseren Vorschlag pure anzunehmen sich geweigert hat. Es ist ein allgemeiner Grundsatz, der auch hier gelten muß, daß ein Vorschlag als abgelehnt gilt, wenn ihn der andere Theil nur bedingungsweise annimmt. Der Vorschlag der Versammlung war aber dahin zu verstehen, daß dieselben Verhältnisse in Bezug auf die Predigerwahl Platz greifen sollten, welche hier in den Stadtkirchen vorliegen. Ist dieser Vorschlag abgelehnt, so kann für die Versammlung ein rechtlicher Grund nicht vorliegen, den früheren Beschluß aufrecht zu erhalten.“

Herr Wolff II: „Ich habe mich bemüht, nach allen Richtungen hin Material zu sammeln für meine Meinung und ich möchte constatiren, daß u. A. selbst die extremstliberalen Elemente unter unseren Geistlichen den Vorschlag des Magistrates acceptabel finden. Das ist aber ein bedeutungsvolles Zeichen. Ich erblicke in dem

Vergleichsvorschläge eine sichere Gewähr für eine gesunde Gestaltung der Verhältnisse, soweit solche erreichbar ist und ich kann nicht finden, daß die Präsentation von drei Candidaten den liberalen Sinn zu verkümmern geeignet ist, denn ich bin der Meinung, daß die aufgestellten Candidaten der in der Gemeinde herrschenden kirchlichen Richtung stets entsprechen werden und daß, wenn eine Gemeinde einmal nicht drei Bewerber präsentieren kann, die Ursache hiervon in ganz anderen Dingen als in der kirchlichen Richtung zu suchen ist, hierbei namentlich auch die ungenügende Bezahlung der betr. Stelle eine Rolle spielen mag. Hat aber eine Gemeinde erst einmal drei Candidaten gewählt, welche ihr insbesondere der Richtung nach genehm sind, so kann es für dieselbe von keinem großen Einfluß sein, wenn einer davon zurückgewiesen wird. Sofern Sie dafür sind, daß drei Candidaten gewählt werden, kann der Wahl des ersten nicht mehr die Bedeutung beigelegt werden, wie das Herr Hauswaldt geschildert hat. Außerdem wird die Wahl des ersten Candidaten auch nur in ganz exorbitanten Fällen auf Bedenken stoßen und müssen schon bedeutende Sachen vorliegen, wenn es zu einer Ablehnung desselben kommen soll. Sollte aber einmal die Präsentation von drei Candidaten nicht zu ermöglichen sein, so wird ein Compromiß mit der Regierung unschwer zu erreichen sein. Ich möchte in Rücksicht darauf bitten, dem Vorschlage der Commission beizutreten und auch den Antrag des Herrn Halle abzulehnen, da ich der Ansicht bin, daß wir in gegenwärtiger Zeit bei Berücksichtigung aller staatlichen und kirchlichen Elemente, mit denen wir zu rechnen haben, in dem Magistratsvorschlage das erreichbar Günstigste zu erblicken haben und nichts anderes thun können, als dem Vorschlage des Magistrates zuzustimmen. Ich stehe der ganzen kirchlichen Bewegung fern, bin aber der Meinung, daß wir durch die Annahme der Magistratsvorlage ein Ergebnis schaffen, welches alle Theile zu befriedigen vermag und das als das Höchste bezeichnet werden muß, was sich erreichen läßt."

Herr Nieß: „Ich gehe mit einer großen Scheu an die Besprechung dieser Angelegenheit, möchte mir aber doch an die Herren, welche darüber besser unterrichtet sind, die Frage erlauben, ob das Aufgeben des Patronatsrechtes, welches uns hier zugemuthet wird, so unwesentlicher Natur ist und warum der Magistrat im zutreffenden Falle dieses Recht nicht auch gleich in den anderen Stadtkirchen aufgibt, um auf solche Weise eine einheitliche Kirchenverwaltung zu schaffen. Ich habe das Gefühl — und zwar nicht aus dem Gesichtspunkte, daß einmal ein Geistlicher wegen liberaler kirchlicher Anschauungen zurückgewiesen werden könnte, denn gegenwärtig befindet sich Alles, was liberal heißt, in einer gewissen Gährung, deren Ende noch nicht abzusehen ist, wobei wir aber noch erleben können, daß, was heute liberal heißt, demnächst ganz anders aussieht — daß wir möglicherweise später gar nicht mehr vor der Frage stehen, ob wir einen liberalen oder einen Geistlichen anderer Richtung wählen, weil diese Gegensätze in ihrer jetzigen Schärfe dann vor-

aussichtlich gar nicht mehr auf der Tagesordnung stehen werden. Ich frage also: Dürfen wir in der Stadt Braunschweig mit Rücksicht auf unsere Geschichte und die Entwicklung unseres Kirchenwesens der Regierung nachgeben und das Patronatsrecht opfern, oder thun wir besser, zu warten, ob wir bei der demnächst antretenden Herzoglichen Regierung mehr Entgegenkommen finden werden? Ich nehme die gegenwärtige Vorlage nicht an und bitte, die Besprechung derselben zu vertagen, damit man Zeit gewinnt, die Sache in weitere Ueberlegung zu nehmen."

Herr Oberbürgermeister Poßels: „Ich glaube, nicht gesagt zu haben, daß der Magistrat sein Vorschlagsrecht als ein Recht von unwesentlicher Bedeutung hinstelle, ich habe im Gegentheil erklärt, daß es uns nicht leicht geworden sei, dieses Recht aufzugeben und habe dabei allerdings betont, daß es in Wirklichkeit ein ideales Ehrenrecht sei, auf welches der Magistrat glaube verzichten zu müssen, um dadurch unser kirchliches Leben im Sinne unserer Stadtkirchenorgane zu fördern und gleichzeitig die Stadt vor den Gefahren zu bewahren, die ihr aus der Verschleppung dieser Angelegenheit bis auf ferne Zeiten hin leicht drohen können."

Herr Reiche: „Wenn ich auch fest überzeugt bin, daß Herr Halle nicht gerade einen Vorwurf hat aussprechen wollen, so könnte seine Aeußerung über die hiesigen Geistlichen doch so ausgelegt werden. Sie wissen, daß das Urtheil über die Geistlichen immer ein ziemlich schroffes zu sein pflegt; es ist daher unsere Pflicht, dem nach Kräften entgegenzutreten, weil durch solches Urtheil der Stand wirklich nicht gehoben wird. Herr Halle sagt, es sei nicht nöthig, daß die Prediger an den Schulanstalten Privatunterricht geben. Da ich solche Aeußerungen auch in der Bürgerschaft gehört habe, so ist es mir lieb, dieselben mit ein paar Worten klar zu stellen. Wenn ein Pastor-Adjunct, dem nicht einmal die eigentliche Seelsorge anvertraut ist, ein paar Privatstunden wöchentlich giebt, so kann Niemand etwas dagegen sagen, denn diese Leute erhalten herzlich wenig Gehalt. Wenn aber von den älteren Predigern Jemand berufen ist, in den oberen Classen der höheren Lehranstalten Privatunterricht in der Religion zu erteilen, so gehört dieses zu dessen Functionen. Man stellt doch nicht für 6—8 Stunden wöchentlich einen jungen Theologen an, sondern nimmt hierzu lieber einen bewährten Prediger, dem man solche Stellung gegenüber den Primanern anvertrauen kann. Das ist aber ebenso, als wenn man sagen will, der Geistliche soll keinen Confirmanden-Unterricht mehr erteilen. Ich habe auch niemals gehört, daß die Geistlichen über das zulässige Maß hinausgegangen sind."

Herr Hauswaldt: „Ich bin auch der Ansicht des Herrn Reiche und finde es wünschenswerth, wenn die Geistlichen Zeit finden, an den höheren Classen der Gymnasien zu unterrichten. Die Stadtgeistlichen sind von der Bürgerschaft gewählt und kann es uns daher nur wünschenswerth erscheinen, wenn die Prediger, welche

von den Vätern der Kinder gewählt sind, die Kinder in den Schulen unterrichten. Dieser Standpunkt muß sich nur verbinden lassen mit der Zeit und der Arbeitskraft der Geistlichen. Herrn Wolff II gegenüber habe ich zu erklären, daß nach den von mir an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen der betr. liberale Prediger sich nur dahin ausgesprochen hat, dieses ewige Aufschieben und fortwährende in die Zukunft Verweisen bezüglich der Hebung des kirchlichen Nothstandes sei etwas so Trauriges, daß es nicht schlimmer wäre, die Regierung setze einfach Prediger ein, um der ärgsten Noth erst einmal zu steuern. Es läßt sich die Vorlage also hiermit nicht begründen. Wenn dann der Herr Oberbürgermeister sagte, das Patronatsrecht des Magistrates sei nur ein ideales Ehrenrecht, so habe ich darauf zu bemerken, daß ich, wenn es weiter nichts wäre, der Erste sein würde, welcher bereit wäre, dasselbe im Interesse des lieben Friedens aufzugeben. Es ist aber thatsächlich kein Ehrenrecht allein, denn, wenn der Magistrat, welcher sich als Ausfluß der Bürgerschaft fühlen muß, und sich Gottlob immer gefühlt hat, den an erster Stelle Vorgesetzten weiter präsentirt, so hat der Magistrat nicht nur ein ideales Ehrenrecht ausgeübt, sondern er hat der betr. Gemeinde einen ganz wesentlichen Dienst geleistet; er hat vermittelt, daß der rechte, der gewünschte Pastor der Regierung präsentirt wurde. Ich kann unter keinen Umständen zugeben, daß es ganz egal wäre, einen oder drei Candidaten zu präsentiren und ich kann daher Herrn Wolff II in diesem Punkte nicht folgen. Sehen Sie doch zu, wie es bei jeder Wahl zugeht. Es findet sich bei der Wahl immer eine große Majorität für einen bestimmten Mann; es kommen dann noch zweite und dritte Personen mit in Frage, welche wohl passend wären, aber bei allen unseren Predigerwahlen ist der Wunsch der Gemeinde immer auf eine einzige Person concentrirt, welche dann an erster Stelle vorgeschlagen wird. Ich muß sagen, ich bin nicht ein so großer Optimist, daß ich nicht fürchtete, es würde in Zukunft vorkommen können, daß die Regierung den zuerst vorgeschlagenen ablehnte. Ich möchte Sie also nochmals dringend bitten, meinen Vermittlungsvorschlag anzunehmen“.

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Ich möchte noch betonen, daß wir über den von Herrn Hauswaldt angeregten Punkt gar nicht zu beschließen haben; es würde also der Vorschlag des Herrn Hauswaldt in die Form zu bringen sein, daß wir unsere kirchlichen Organe ersuchten, einen derartigen Gedanken zu prüfen und sich darüber schlüssig zu machen, denn wir würden sonst nicht unser eigenes Vorschlagsrecht erörtern, sondern in die Gemeindevahlrechte der Kirchengemeinden eingreifen, wozu wir nicht befugt sind. Dieses Recht haben die Kirchen nicht von uns, sondern vom Landesherrn bekommen.“

Herr Rimpau: „Ich bitte dringend, den Vermittlungsvorschlag des Herrn Hauswaldt, welcher ein solcher gar nicht ist, abzulehnen und den Commissionsvorschlag

anzunehmen. Es kommt mir vor, als wenn Herr Hauswaldt der Regierung malafides unterschoben und annehmen wollte, daß die Regierung nicht auch das Interesse der Stadt Braunschweig im Auge hätte. Dessen haben wir uns aber von der Regierung nicht zu versehen. Von einem Mitgliede des Staats-Ministeriums ist im Landtage noch kürzlich die Aeußerung gethan, daß die Stadt Braunschweig den vierten Theil der Bevölkerung des ganzen Herzogthums repräsentire und daß dieselbe der Fürsorge der Regierung ebenso bedürfe, wie die anderen drei Viertel; da wird doch dieselbe Regierung, welche im Landtage das Interesse der Stadt wahrnimmt, auch im Uebrigen den Wünschen der hiesigen Einwohnerschaft entgegen kommen. Im Weiteren schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Wolff II an. Wir brauchen nicht liberaler zu sein als unsere liberalen Seelsorger sind und können uns daher ruhig mit dem zufrieden geben, was der Magistrat vorgeschlagen hat. Ich möchte aber noch etwas anderes vorbringen. Es liegt mir nämlich am Herzen, daß diese Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird. Wir haben darüber schon lange genug debattirt und die Ansichten haben sich genügend geklärt, so daß wir endlich zu einem Entschlusse kommen müssen. Wenn wir den Vorschlag der Commission jetzt annehmen, so bitte ich, gleichzeitig folgende Resolution anzunehmen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt: daß sie bezüglich der Ausführung des vorliegenden Planes in erster Linie für erforderlich erachtet, die Neueintheilung der Gemeinden in kleine Bezirke und die Schaffung und die Besetzung entsprechender Seelsorger-Stellen ins Werk zu setzen, daß sie dagegen für durchaus unzweckmäßig halten würde, wenn mit diesen Einrichtungen auf die Fertigstellung neuer Kirchen, für deren Beschaffung ein Bedürfniß zur Zeit nicht allseitig anerkannt wird, gewartet werden sollte.“

Ich meine, es wird auch Herrn Halle's Ideen entsprechen, wenn hier noch besonders betont wird, daß es nothfalls auch noch eine Zeit lang ohne Kirchen weitergehen könnte, daß es aber wünschenswerth erscheint, erst einmal neue Pfarrer anzustellen, damit das kirchliche Leben gehoben wird.“

Herr Nieke: „Ich hätte wirklich geglaubt, dieses Thema wäre schneller erledigt worden. Es kann sich nach meiner Ueberzeugung ganz gleich sein, wer das Präsentationsrecht oder das Patronatsrecht ausübt. Wir haben in dieser internen Angelegenheit nichts zu sagen und sind hier — wie uns bei jeder Gelegenheit ganz zutreffend gesagt wird — nur Gelbbewilligungsmaschinen. Man soll auch auf diesem Gebiete Jedem seine freie Meinung lassen: der Eine geht in die Kirche und erbaut sich, während der Andere die freie Natur aufsucht und denselben Zweck erreicht, das ist reine Privatsache. Eine Privatsache ist es aber nicht, wenn alle Einwohner zu neuen Steuern herangezogen werden sollen. Auch gegen den hier vorgebrachten

kirchlichen Nothstand möchte ich protestiren. Auf wirthschaftlichem Gebiete will Niemand einen Nothstand anerkennen, sondern nur auf religiösem Gebiete, obwohl mit Ausnahme des Weihnachts- und Osterfestes die Kirchen während des ganzen Jahres leer stehen. Ein guter Deconom vergrößert seine Wirthschaft nur nach Bedarf und hier stehen wir auf dem Standpunkte, neue Kirchen bauen zu wollen, weil schon sieben Kirchen leer stehen. Ich werde diese Vorlage daher ablehnen."

Herr Halle: „Herr Reiche hat eine Aeußerung meinerseits angezogen, nach welcher ich es für wünschenswerth hielt, daß die Prediger Unterricht nicht mehr ertheilen. Herr Reiche mag darüber wohl anderer Ansicht sein, wenn aber davon geredet wird, daß die Prediger ihre Gemeinden nicht mehr bewältigen können und das Amt der Seelsorge sie so sehr in Anspruch nehme, so finde ich es ganz natürlich, daß die Lehrthätigkeit in Fortfall komme. Was meinen Antrag anbelangt, so ist derselbe vom Herrn Oberbürgermeister, allerdings nur in formeller Beziehung, nicht gebilligt. Von dem Herrn Vorsitzenden ist diese Sache inzwischen schon klar gestellt und ich glaube, ich befinde mich auf einem vollständig richtigen Standpunkte, wenn ein früher von mir mit beschlossener Antrag auf Errichtung neuer Kirchen von der Regierung abgelehnt wird, daß ich dann in der Lage bin, einen neuen Vorschlag der Regierung gleichfalls abzulehnen. Ich möchte Sie dringend bitten, die Vorschläge des Magistrates und der Regierung zu verwerfen. Gleichzeitig gebe ich meiner Freude Ausdruck, daß ich mit Herrn Rimpau vollständig einer Ansicht bin, denn ich wünsche, wenn überhaupt ein Nothstand vorhanden ist, daß ein oder zwei neue Prediger angestellt werden, welche sich in den beiden großen Gemeinden mit theilen können, wodurch der ganzen Sache und uns geholfen wäre, zumal da in den beiden Kirchen genügender Raum vorhanden ist. Herrn Wolff II gegenüber, welcher die Sache so ernst hingestellt und geschildert hat, was bei Ablehnung der Vorlage für ein schwerer Nothstand über Braunschweig heraufziehen würde, möchte ich bitten, nicht zu schwarz in die Zukunft zu sehen. Jedenfalls sind es keine guten Zustände, wenn die Regierung uns Prediger aufocrotyrt, welche der Gemeinde nicht passen und mit denen die Bürgerschaft nicht zufrieden ist. Dadurch verspreche ich mir keine Hebung des kirchlichen Lebens“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Der Antrag des Herrn Rimpau involvirt ein Zurücktreten von der Vereinbarung, welche Magistrat und Stadtverordnete getroffen haben und hinsichtlich deren der Herr Vorsitzende erklärte, daß ein einseitiges Zurücktreten von ihr wohl zulässig sei. Ueber die Richtigkeit der einen oder der anderen Ansicht wollen wir heute nicht streiten; ich will nur die geschichtliche Entwicklung der Angelegenheit dahin in Erinnerung bringen, daß unsere kirchlichen Organe, vertreten durch das Kirchencassencollegium, es waren, die sich an die städtischen Behörden mit der Erklärung gewandt hatten, das und das sei nöthig und es werde beantragt, das erforderliche Geld zu bewilligen. Die städtischen Be-

hörden erklärten darauf, wir halten eine Verpflichtung für uns nicht vorliegend, wollen das Opfer aber freiwillig bringen. Sodann hat der Magistrat sich mit der Landesregierung nur wegen der Kirchensteuer in Verbindung gesetzt und hat darauffhin allerdings die vorliegende generelle Mittheilung direct erhalten. Eigentlich liegen also nur Verhandlungen zwischen den Stadtkirchen-Organen einerseits und den städtischen politischen Organen anderseits vor.

Es ist hier dann unliebsamer Weise des Umstandes gedacht, daß der eine oder andere Geistliche Religionsunterricht erteilt. Richtig ist nun, daß einzelne Geistliche nicht nur an den oberen Classen der gehobenen Schulen, sondern früher auch an anderen Schulen unterrichtet haben. Das lag aber daran, daß die Einkommensverhältnisse der Geistlichen dazu geradezu drängten. Seitdem aber eine Verbesserung dieser Verhältnisse stattgefunden hat, hat sich die Sachlage meines Wissens dahin geändert, daß momentan nur ganz wenige Geistliche und zwar auf Ersuchen der Oberschulbehörde in den obersten Classen der höheren Lehranstalten unterrichten, weil für dieses Fach andere unterrichtsfähige Männer in der Stadt nicht vorhanden sind.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Hauswaldt habe ich Folgendes zu bemerken. Herr Hauswaldt stützt sich augenscheinlich etwas gar zu stark auf die geschichtliche Entwicklung des Patronatsrechtes und auf das landesherrliche Rescript vom 1. Mai 1745. Das Rescript ist aber ergangen bezüglich der damals bereits bestehenden Kirchen und zur Erledigung von bestrittenen Rechtszuständigkeiten. Hier handelt es sich aber darum nicht, sondern um die Feststellung eines Rechtszustandes für neue Kirchen. Ich muß deshalb das, was der Herr Commissions-Referent bei seinem Vortrage hervorgehoben hat, nochmals in Erinnerung bringen: wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß wir unzweifelhafte Liberalität üben. Die Sache ist einmal bestritten. Wenn sie aber auch nicht bestritten wäre, wie würde es schließlich kommen, wenn kein Vergleich erzielt werden sollte? Die Kirchenregierung würde sich an die Landesregierung wenden müssen, um die Mittel zu diesem, von unseren eigenen kirchlichen Organen als nothwendig erkannten Zwecke zu erreichen und die Landesregierung würde nicht anders können, als dem Antrage stattzugeben und der Stadt die Kosten kraft Gesetzes aufzubürden. Es würde dann aber auch von einem gemeindlichen Wahlrechte keine Rede mehr sein und dazwischen werden wir zu wählen haben."

Herr Rudeloff: „Ich möchte Sie nochmals dringend ersuchen, den Commissionsantrag anzunehmen. Wenn Sie den Antrag Hauswaldt annehmen, so würde die Bürgerschaft es nicht verstehen, daß aus solchem Grunde Sie die Vorlage zurückweisen, denn die Bürgerschaft würde keinen so wesentlichen Unterschied darin finden, ob drei Candidaten zu präsentiren sind oder nur einer. Der Standpunkt des Herrn Halle ist populär, das will ich zugeben. Weshalb haben Sie aber im vorigen Jahre die Vorlage angenommen und kein Wort der Entgegnung gegen das Programm vorgebracht? Wenn Sie im vergangenen Jahre hätten kritisiren

wollen, so hätten wir gewiß dieselbe Debatte gehabt, welche wir heute haben: der Eine würde keine Kirchen haben bauen, der Andere hätte einen bestimmten Stil haben wollen, der Dritte hätte in Bezug auf die Eintheilung der neuen Pfarochien Wünsche gehabt; man kann nicht wissen, was für Beschlüsse gefaßt worden wären und an die Stelle des vom Kirchenconvente aufgestellten Programmes wäre möglicherweise ein ganz anderes gesetzt. Sie haben sich aber des Debattirens über das Programm damals enthalten, weil Sie sich gesagt haben, daß die Feststellung eines solchen lediglich auf das kirchliche Interesse und Bedürfniß gestellten Programms Sache Derjenigen sei, denen die Sorge um das kirchliche Leben anvertraut ist. Für uns ist es doch eine eigene Sache, zu sagen, es liege ein kirchliches Bedürfniß nicht vor. Das können wir gar nicht ermessen. Wenn sich das kirchliche Leben in den neuen Gemeinden erst entfaltet, so wird es kommen können, daß dieselben von selbst auf einen Neubau dringen. Jedes Mitglied dieser Versammlung ist von seiner Verantwortlichkeit in Bezug auf die Finanzen vollständig durchdrungen: ich fühle mich aber außer aller Verantwortlichkeit, wenn ich das bewillige, was die kirchlichen Organe zur wirksamen Durchführung ihres Programmes verlangen. Will man der allgemeinen Stimmung in der Bürgerschaft gegen den Neubau von Kirchen Rechnung tragen, so könnte man die Resolution des Herrn Rimpau neben dem Commissionsantrage annehmen. In solcher Annahme liegt, wenn ich den Herrn Antragsteller recht verstehe, nicht etwa eine Ablehnung des Commissionsvorschlages. Es soll vielmehr nur bezweckt werden, daß die Versammlung sich zu jener Frage äußert und zwar dahin, daß sie in erster Linie für erforderlich hält, auf die Neueintheilung der Gemeinden in kleinere Bezirke Bedacht zu nehmen und hiermit nicht zu warten, bis die neuen Kirchen fertiggestellt sind. Dabei hat dann Herr Rimpau noch einfließen lassen, daß ein Bedürfniß für Beschaffung neuer Gotteshäuser nicht allgemein anerkannt werde. Es kann also die Resolution angenommen werden, ohne daß solcher Beschluß auf eine Ablehnung des Commissionsantrages hinauslaufen würde."

Herr Rimpau: „Da der Herr Oberbürgermeister die von mir beantragte Resolution augenscheinlich nicht richtig aufgefaßt hat, so will ich dieselbe nochmals verlesen. (Geschieht.) Ich beabsichtige also nur, daß wir mit der Anstellung weiterer Prediger nicht warten sollen, bis die neuen Kirchen fertiggestellt sind, weil dieses noch eine Reihe von Jahren dauern würde.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Nach dieser Aufklärung bin ich mit der Resolution vollständig einverstanden. In den von den Kirchenorganen gefaßten Beschlüssen ist aber auch schon gesagt worden: das erste, was wir zu thun haben, ist eine Neubildung der Gemeinden, welche vorerst in die alten Gemeinden zum Gottesdienste gehen und nach Fertigstellung der neuen Gotteshäuser in diese überführt werden.“

Die Verhandlung wird damit geschlossen und zur Abstimmung geschritten, Dieselbe ergibt folgendes Resultat: der Antrag Hauswaldt wird abgelehnt und die Magistratsvorlage mit der Resolution des Herrn Rimpau angenommen, durch welchen Beschluß der Antrag Halle hinfällig geworden ist.

II. Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen.

Auf Antrag der Städtischen Bauverwaltung und im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte ersucht der Magistrat die Aufnahme folgender Straßen, als: Kleine Kreuzstraße, Bammelsburgerstraße, verlängerte Bammelsburgerstraße zwischen Oker und Wendenmashstraße, Wendenmashstraße zwischen der verlängerten Bammelsburgerstraße und Reichenbergstraße, Gertrudenstraße zwischen Salzdahlumer- und Charlottenstraße, Wolfstampe zwischen dem Broihemer Mühlenwege und der Westgrenze des Grundstücks M^{ass.} 3797, Hohestieg, Ebertstraße, Rußbergstraße zwischen Rosenstraße und der projectirten Straße am Hauptgraben, projectirte Straße am Hauptgraben zwischen Rußberg- und Hufarenstraße, und Durchbruchstraße zwischen Wenden- und Kaiserstraße in das Verzeichniß derjenigen Straßen zu genehmigen, auf welche die Vorschriften der §§. 7 bis 12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden. Der Ausbau dieser Straßen steht, so weit er noch nicht vollendet ist, unmittelbar bevor.

Die Baucommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Weber, diesem Antrage zu willfahren.

Herr Reiche fragt an, ob bei dieser Gelegenheit für das Schmerzenskind der Stadt, die Eichthalstraße, nicht ein klein wenig mit abzufallen.

Herr Stadtrath Ketemeyer will, wie bei der vorjährigen gleichen Anfrage des Herrn Reiche nochmals auseinanderlegen, daß mit der Nichtaufnahme einer Straße in das fragliche Verzeichniß nicht deren Ausbau abgelehnt sei, sondern daß es sich hierbei nur um eine formelle Vorschrift drehe, welche zu dem Zwecke erlassen sei, um einen bestimmten Zeitpunkt festzusetzen, von welchem ab die Stadt berechtigt sei, von den Anliegern Straßenbaukosten einzuziehen. Was die Eichthalstraße betreffe, so könne dieselbe unmöglich schon aufgenommen werden, denn man wolle nur solche Straßen aufnehmen, deren Ausbau, wenn nicht bereits beschlossen, so doch in naher Aussicht stehe. Das sei dort aber nicht der Fall, weil die Straße nicht eher entwässert werden könne, bis der Hauptcanal fertiggestellt sei.

Die Vorlage wird angenommen.

III. Gesuch um Stundung von Kosten für Wasseranschluß.

Der Arbeiter Ludwig Lüddecke bittet um einstweilige Stundung der von ihm im Betrage von 183,91 M zu tragenden Kosten für den Anschluß seines, Grünstraße

Nr. 5 gelegenen Hauses an das Hauptrohr der Wasserleitung, da es ihm zu schwer werde, diesen Betrag auf ein Mal zu entrichten und er auf eine entsprechende Vorstellung von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke abschlägig beschieden sei.

Die Finanzcommission ist, wie Herr Sievers berichtet, der Ansicht, daß es zu weit gehen würde, wenn die Versammlung sich in diese geschäftlichen Verhältnisse zwischen einer städtischen Dienststelle und den Bürgern einmischen wollte und schlägt vor, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Rieke giebt anheim, das Gesuch wenigstens dem Magistrate zu überweisen und zwar mit der Motivirung, daß derselbe die Direction der Gas- und Wasserwerke entsprechend in Kenntniß setze. Mit einem einfachen Uebergange zur Tagesordnung sei den Leuten, welche gern zahlen wollten, aber z. B. nicht die Mittel besäßen, nicht gebietet, sondern die Menschenpflicht gebiete, solchen Bürgern entgegenzukommen, wie das bei den Anwohnern der Friesenstraße auch geschehen sei.

Herr Reiche kann in dem Commissionsantrage keine Ablehnung des Gesuches, sondern nur einen Hinweis darauf erblicken, daß sich der Mann nicht an die richtige Instanz gewendet habe.

Der Herr Vorsitzende schlägt vor, die Eingabe dem Magistrate zur Prüfung zu überweisen.

Herr Wolff I bemerkt, für den Commissionsbeschluß sei allein die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Versammlung als solche sich nicht um derartige Einzelheiten des städtischen Betriebes kümmern könne, da sie gar nicht die Organe besitze, um thatsächliche Angaben und Behauptungen einzelner Einwohner feststellen zu lassen. Wenn Herr Rieke den Gesuchsteller zufällig kenne und denselben für würdig halte, so könne er seinen Einfluß bei dem Magistrate geltend machen. Die Versammlung sei indeß nicht in der Lage, darüber zu befinden, weshalb er um Annahme des Commissionsvorschlages bitte.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß er bei Annahme dieses Vorschlages in Zukunft alle derartigen Eingaben einfach an den Magistrat abgeben werde, ohne die Versammlung davon weiter in Kenntniß zu setzen.

Herr Nieß hält ein solches Verfahren nicht für angezeigt und bittet daher um Genehmigung des vom Herrn Vorsitzenden gemachten Vorschlages, welcher darauf auch von der Versammlung angenommen wird.

IV. Druckkosten für den Handschriften-Katalog der Stadtbibliothek.

Der Dr. Rentwig ist mit der Ordnung und Katalogisirung des älteren Theiles der Stadtbibliothek, nachdem im Sommer vorigen Jahres die Veröffent-

lichung des Kataloges der sogenannten Wiegendrucke (Incunabeln) erfolgt und in wissenschaftlichen Kreisen mit Beifall aufgenommen ist, jetzt einen weiteren wesentlichen Schritt vorwärts gelangt, indem das Verzeichniß der mittelalterlichen Handschriften von ihm für den Druck fertiggestellt wurde. Zur Ausführung des Druckes dieses Verzeichnisses, welchen der Zwißler'sche Verlag in Wolfenbüttel übernehmen wird, ersucht der Magistrat um Bewilligung eines Zuschusses bis zu 750 M.

Die Statutencommission giebt nach dem Berichte des Herrn Rudeloff anheim, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Lord richtet die Frage an den Stadtmagistrat, wie lange derartige Druckkosten sich noch wiederholen werden. Im vergangenen Jahre habe die Versammlung die Kosten für den Druck des Katalogs der Incunabeln bewilligt und jetzt folge der Katalog der alten Handschriften; es sei also die Frage aufzuwerfen, ob etwa die ganze Stadtbibliothek mit der Zeit katalogisirt werden solle. Wenn die Sache auch ganz wünschenswerth sei, so könne er sie doch nicht für durchaus nothwendig halten.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, augenblicklich nicht in der Lage zu sein, eine bestimmte Auskunft darüber ertheilen zu können, wenn er auch glaube, daß weitere Unkosten nicht entstehen werden. Die Katalogisirung der Bibliothek werde in einheitlicher Weise zu Ende geführt, ohne daß voraussichtlich noch Druckkosten erwachsen werden. Er möchte aber bitten, keinen Anstand zu nehmen und die jetzt geforderte Summe zu bewilligen, denn die Ausarbeitungen besitzen noch den besondern Werth, der Stadtbibliothek die Mittel zu bieten, um auch von anderen Bibliotheken deren Erscheinungen zu bekommen. Bis jetzt sei von der Stadt nur dreierlei veröffentlicht: Das Werk über die Burg Dankwarderode, die Bugenhagen'sche Kirchenordnung und der Incunabeln-Katalog, während sie von anderen Städten öfter Zuwendungen erhalte, welche es dringend wünschenswerth erscheinen lassen, sich einmal zu löffeln.

Herr Reiche steht auf einem anderen Standpunkte als Herr Lord, indem er eine Bibliothek ohne Katalog, wie ein Haus ohne Thür ansehe, in welches man nicht hineingehen könne. Die vielen unbezahlbaren Sachen der Bibliothek kenne man gar nicht, wenn sie nicht durch einen Katalog zugänglich gemacht werden. Der Katalog der Wolfenbüttler Bibliothek werde beispielsweise zu seiner Fertigstellung 20 Jahre in Anspruch nehmen. Die Stadt müsse sich anderen Städten gegenüber schämen, wenn sie nicht einmal einen Katalog schicken könne. Er möchte bitten, über diesen Punkt nicht lange zu debattiren, da solches den Ruf der Stadt für ein derartiges Streben nicht gerade erhöhen könne.

Herr Lord will zur Richtiggstellung erklären, daß er die hier geforderten Kosten selbstverständlich bewilligen werde, daß ihm indessen daran gelegen habe,

vom Magistrate zu erfahren, ob eine Drucklegung des Katalogs der ganzen Stadtbibliothek, welche er wohl für wünschenswerth, nicht aber für nothwendig halte, beabsichtigt werde.

Die Vorlage wird genehmigt.

V. Instandsetzung der Friedhoffstraße.

Der Kaufmann Ernst Camehl hat das an der Ecke von Hamburger- und Friedhoffstraße belegene bisherige Taubstummen-Anstaltsgebäude angekauft und beabsichtigt, dasselbe zu bebauen. Um die Genehmigung zur Errichtung von Wohnhäusern an der noch nicht befestigten Friedhoffstraße zu erlangen, hat sich Herr Camehl erboten, die Kosten des Ausbaues der letzteren entlang der Frontlänge seines Grundstückes zu tragen. Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge sollen der Friedhoffstraße, um dieselbe auf 14 m zu verbreitern, Theilflächen des Camehl'schen und des gegenüberliegenden Kallmeyer'schen Grundstückes, von letzterem insbesondere eine mit einem Hause bebaute Fläche zugelegt werden. Da auf baldige Beseitigung des letzteren nicht zu rechnen ist, so erschien es dem Magistrate angezeigt, die Ausmündung der Friedhoffstraße so weit nach Süden zu verschieben, daß das Kallmeyer'sche Hauptgebäude unberührt bleibt. Das Stadtbauamt hat sich mit dieser Abänderung des Ortsbauplanes einverstanden erklärt und eine anderweite Baulinie in Vorschlag gebracht. Die Versammlung wird nunmehr ersucht, die fragliche Aenderung des Ortsbauplanes, sowie den mit Camehl wegen Ausbaues der Friedhoffstraße abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, geschieht.

VI. Verkauf der Maschgebäude auf Abbruch.

Die vom Grundstücke der vormaligen Schützenmasch verfügbar gebliebene, am Neustadtringe belegene Fläche beabsichtigt der Magistrat zu Bauzwecken öffentlich meistbietend zu versteigern. Da es sich empfiehlt, die Fläche vor der Versteigerung in angemessene Bauplätze einzutheilen, so muß, bei der Ungewißheit darüber, ob das ganze Terrain in eine Hand übergehen wird, zunächst das auf demselben stehende Schützenzelt sammt Nebengebäude beseitigt werden. Das Ersuchen des Restaurateurs Jäger um Aufstellung des Zeltes im Stadtparke bittet die Städt. Bauverwaltung abzulehnen, weil die Ausführung dieses Projectes die Beseitigung mehrerer schöner Parkbäume bedingen würde. Auch der Magistrat hält nicht für angezeigt, dem Ansuchen Jägers zu entsprechen, jedoch ist die Städt. Bauverwaltung zu einer Aeußerung darüber veranlaßt, ob sich nicht die Aufstellung des Zeltes im Bürgerparke zur Schaffung einer einfachen Gartenwirthschaft empfehle.

Von dieser ist das Projekt nun zwar für sehr wohl ausführbar bezeichnet, die dadurch erwachsenden, zu 23 000 M veranschlagten Kosten aufzuwenden, muß der Magistrat indessen Bedenken tragen, zumal da die Aufführung eines entsprechenden Gebäudes, vielleicht nach Erweiterung der Parkanlagen auf der Ostseite der Oker, an einer anderen, von der Stadt entfernter liegenden Stelle den Vorzug verdienen würde. Aus diesen Gründen hält der Magistrat es für zweckmäßig, die Gebäude — ausschließlich der zu anderen Bauten sehr wohl verwendbaren Grund- und Schwellmauern des Schützenzeltes — auf Abbruch zu verkaufen und ersucht um Genehmigung hierzu.

Wie Herr Weber berichtet, beantragt die Baucommission: in der Erwägung, daß der Promenaden-Inspector Kreiß sich gegen den Aufbau des Zeltes im Stadtparke ausgesprochen habe und auch der Restaurateur Jäger jetzt davon abgekommen sei, seinen Wunsch erfüllt zu sehen; in der Erwägung ferner, daß der von der Städt. Bauverwaltung für den Aufbau des Zeltes im Bürgerparke veranschlagte Betrag der Commission zu hoch erscheine, namentlich wenn man berücksichtige, daß aus dem Verkaufe des Zeltes noch 2000—3000 M erzielt werden würden, eine Nothwendigkeit zur Aufstellung eines Gebäudes im Bürgerparke aber auch noch nicht vorliege — den öffentlich meistbietenden Verkauf des Schießhauses zu genehmigen.

Herr Halle kann sich mit dem Commissionsbeschlusse nicht ganz einverstanden erklären. Der zu 23000 M veranschlagte Preis der Umstellung des Gebäudes komme ihm sehr hoch vor und glaube er, daß sich diese Arbeit wohl billiger herstellen lasse. Für die Aufstellung des Zeltes im Stadtparke könne er auch nicht eintreten, wohl aber würde er gern sehen, wenn dasselbe im Bürgerparke Verwendung fände. Es werde doch nicht mehr lange dauern, dann müsse in den ausgedehnten Parkanlagen ein Unterkommen für das Publicum geschaffen werden. Wenn das noch in gutem baulichen Zustande befindliche Gebäude wirklich an Ort und Stelle 25 000 M koste, so würde sich dasselbe durch die Pacht doch gut verzinsen und habe die Stadt keinen Schaden zu befürchten. Sofern demnächst die Nothwendigkeit an die Stadt herantrete, im Bürgerparke ein Haus zu errichten, werde man die doppelten oder dreifachen Kosten für ein neues Gebäude aufwenden müssen, während man hier für billiges Geld ein Unterkommen schaffen könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Man könne zweifelhaft sein, ob man gutthue, das Haus wegzugeben oder es im Bürgerparke wieder aufzubauen; richtig sei aber nicht, daß ein Neubau den doppelten oder dreifachen Preis kosten würde, denn die Städt. Bauverwaltung habe ausdrücklich erklärt, daß ein Neubau ungefähr 40 % theurer zu stehen komme als dieser Umbau. Wenn das Haus auch noch ganz gut sei, so könne man es doch nicht sehr schön nennen und würde dasselbe jedenfalls zur Verschönerung des Parkes nicht beitragen. Da nun ein dringendes Be-

dürfniß für den Bürgerpark noch nicht vorliege, die Stadtverwaltung auch in die Wiesen desselben noch erhebliche Summen hineinstecken müsse, so halte es der Magistrat für richtig, das Schützenzelt zu verkaufen.

Herr Blasius ist der Ansicht des Herrn Halle und empfiehlt, das Haus in den Bürgerpark zu stellen, da dasselbe noch in gutem Zustande sei und ein Bedürfniß für diesen Park schon jetzt vorliege.

Herr Lord bittet, das alte Schießhaus schießen zu lassen, weil dasselbe doch nicht mehr schön genug sei und man in den Bürgerpark bei eintretendem Bedürfnisse einen Neubau stellen könne.

Herr Weber will noch darauf hinweisen, daß die Räumlichkeiten des Schießhauses schon jetzt nicht genügen würden und sofort eine Küche angebaut werden müßte. Man würde bei Verwendung desselben also niemals etwas Einheimisches und Schönes bekommen: es bleibe ewig Flickwerk. Er bitte, es auf die paar tausend Mark später nicht anzusehen.

Herr Lange hält die Schaffung einer Unterkunft für die Besucher des Bürgerparks auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen für durchaus nothwendig. Wenn Herr Weber solche Nothwendigkeit verneine, so liege dieses wohl daran, daß derselbe den Bürgerpark zu wenig besuche. Die Stadt könne späterhin, wenn sie einmal recht viel Geld habe, immer noch einen stilvollen Pavillon in den Park stellen. Die für den Umbau veranschlagte Summe von 23 000 M komme ihm auch zu hoch vor und glaube er, daß ein Bauunternehmer diesen Umbau billiger bewerkstelligen würde. Die Größe des Gebäudes erscheine ihm vorläufig ausreichend zu sein.

Herr Uhe tritt für die Annahme des Commissionsvorschlages ein, da er finde, daß man den Bürgerpark nicht von vornherein verunzieren solle. Wenn die Stadt bei der Baumlosigkeit des Parkes etwas zum Schutze des Publicums thun wolle, so brauche nicht gleich eine Kneipe errichtet zu werden, sondern es genüge vorläufig eine provisorische Bretterwand mit einem Dache, welche sich für wenige tausend Mark beschaffen lasse.

Herr Nieß: Wenn man nur eine Kaffeeküche und eine Milchausgabe herstellen wolle, so lasse sich dieses für eine geringe Summe beschaffen, aber bei der Errichtung eines Hauses habe man auch mit den Grundverhältnissen an Ort und Stelle zu rechnen. Sehr vertheuert würde der angeregte Bau durch die Aushebung und den Transport des Materiales werden, weil zu letzterem Zwecke sogar eine Brücke über die Oker geschlagen werden müsse. Wenn er nun auch den Gedanken des Herrn Blasius beistimme, so fürchte er bei Annahme dieses Vorschlages doch, daß der Bürgerpark dann überhaupt kein ordentliches Gebäude erhalten werde und bitte er, den Commissionsvorschlag anzunehmen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

VII. Erwerb von Straßenflächen an der Gertrudenstraße.

Zur Durchführung des Ausbaues der Gertrudenstraße ist vom Magistrate mit den Anliegern Roloff & Nette, Klie und Sack ein Abkommen erzielt dahin gehend, daß dieselben die zur Straße erforderlichen Grundflächen im Gesamtumfange von 8,77 a der Stadt zum Preise von 11062 M 50 S (also 12,50 M für den qm) überlassen. Die außerdem von dem Schomburg'schen Grundstück abzutretende 2,69 a haltende Theilfläche wollen die Eigenthümer gesondert nicht abtreten, verlangen vielmehr Uebernahme des ganzen Grundstückes zum Preise von 25000 M. Obwohl daraufhin dieses Grundstück bereits von einem Mitgliede des Magistrates unter entsprechendem Vorbehalt angekauft ist, muß letzterer doch Bedenken tragen, diesen Ankauf zu genehmigen, weil nach Wiederverkauf des zur Straße nicht erforderlichen Terrains die zu erwerbende Straßenfläche auf ungefähr 11000 M, also auf einen Einheitspreis von 37,14 M zu stehen kommen würde, welchen Werth der Grund und Boden in jener Gegend nicht besitze. Da die Schomburg'schen Theileute von ihrer Forderung nicht heruntergehen wollen, so ersucht der Magistrat, ihn zur Einleitung des Expropriationsverfahren hinsichtlich dieses Grundstückes zu ermächtigen, im Uebrigen aber den mit den Anliegern Roloff & Nette, Klie und Sack abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt diesen Anträgen auf Befürwortung der Baucom-mission, für welche Herr Weber berichtet, zu.

VIII. Wahl eines Stadtverordneten in den Schulvorstand der katholischen Schule.

Nachdem Herzogliches Staatsministerium das von den städtischen Behörden aufgestellte Regulativ für die katholische Schule genehmigt hat, ersucht der Magistrat, ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung zum Mitgliede des nunmehr zu bildenden Schulvorstandes zu erwählen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hat die Statutencom-mission hierzu Herrn Rimpau in Vorschlag zu bringen.

Da indessen Herr Rimpau bittet, von seiner Wahl abzusehen, wird Herr Rudeloff in den Schulvorstand gewählt.

IX. Erwerb einer Straßenfläche an der Klosterstraße.

Zu dem bereits erfolgten Ausbau der Klosterstraße ist außer dem schon früher stadtheitig erworbenen Terrain noch eine 3,60 a große Theilfläche erforderlich, welche sich im Eigenthume des Thomästiftes befindet. Der Provisor dieses Stiftes

hat für Abtretung der Fläche eine Entschädigung von 6 M für den qm gefordert und hat sich das Gemeinde-Stifts-Cassen-Collegium mit dem Verkaufe einverstanden erklärt. Da der Preis ein angemessener ist, wird die Versammlung ersucht, diesen Terrainerwerb zu genehmigen.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Uhde mit dem Erwerb einverstanden und giebt anheim, demselben zuzustimmen,
was geschieht.

X. Erwerb einer Straßenfläche an der Wallstraße.

Der Tischler Wilhelm Behrens hat von seinen Wallstraße 17 und 18 gelegenen Grundstücken 4 qm zur Straße abgetreten, während denselben 1 qm zu-gelegt ist. Behrens ist bereit, die von ihm abzutretenden 3 qm der Stadt gegen Uebernahme der Hälfte der vor den betr. Grundstücken entstandenen Pflasterkosten mit 88,32 M abzutreten und ersucht der Magistrat, dieses Abkommen zu genehmigen.

Herr Uhde beantragt namens der Baucommission die Vorlage zu genehmigen und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Einspruch gegen die Baulinie an der Kaiserstraße.

Der Herzogliche Hof-Hufschmied F. Feuer erhebt Einspruch gegen die neuerdings festgesetzte Baulinie an der Kaiserstraße mit der Begründung, daß ihm bei einem etwaigen Neubau von seinem Grundstücke ein so bedeutender Theil genommen werden würde, um den Rest des Grundstückes für sein Geschäft nicht mehr gebrauchen zu können. Der Magistrat giebt anheim, diese Einsprache zu verwerfen, weil die Stadt verpflichtet sei, das ganze Grundstück zu erwerben, sobald der p. Feuer bei Durchführung der Baulinie wirklich den ihm verbleibenden Rest seines Grundstückes nicht weiter sollte verwerthen können. Außerdem könnten aber auch die Privatinteressen einzelner Anlieger die im öffentlichen Interesse erfolgende Feststellung und Durchführung neuer angemessener Baulinien nicht wohl hindern.

Die Baucommission hat sich nach dem Bericht des Herrn Uhde dieser Ansicht des Magistrates voll und ganz angeschlossen und giebt anheim, die Einsprache zu verwerfen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XII. Verpachtung von Schul-Kellerräumen.

Die Versammlung wird ersucht, die fernerweite Verpachtung von drei verfügbaren Kellerräumen unter dem Schulgebäude an der Südlichen Wilhelmstraße auf die sechs Jahre von Ostern 1892 bis dahin 1898 an die seitherigen Pächter, Kauf-

mann Julius Speth, Wittwe Altendorf und Bäckermeister H. Müller zu dem jährlichen Miethpreise von bezw. 18, 15 und 20 M zu genehmigen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Verpachtung durch Herrn Wolff I empfehlen

und die Versammlung beschließt dieselbe.

XIII. Ausgabe weiterer Stadtoobligationen.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kreiscommunalverband Braunschweig den Nennwerth von 300 000 M seiner 1891er Obligationenanleihe zum Course von 96 % an das hiesige Bankconsortium verkaufe und die aus der Begebung dieser Schuldverschreibungen erzielten Beträge als ein im Nennwerth mit $3\frac{1}{2}$ % verzinsliches und vom Jahre 1897 ab mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den durch die eingelösten Schuldverschreibungen ersparten Zinsen zurückzahlbares Darlehn der Stadt vorleihe, die Stadtgemeinde aber dieses Darlehn zu Lasten der Stadtcasse annehme.

Herr Wolff I berichtet namens der Finanzcommission, daß in Folge eingetretenen Bedarfs an Geldmitteln der Magistrat mit der Commission übereingekommen sei, die Begebung von weiteren 300 000 M Stadtoobligationen ins Werk zu setzen. Die Finanzcommission habe geglaubt, hierauf um so eher eingehen zu können, als der Cours ein sehr günstiger sei und die Nothwendigkeit zur Beschaffung von Geld vorgelegen habe. Dem Ersuchen, nachträglich die Genehmigung zu diesem Geldgeschäfte zu geben,

wird seitens der Versammlung entsprochen.

XIV. Veränderte Benutzung von Räumen im Feuerwehrgebäude.

Nachdem die bei dem Neubau des hiesigen Feuerlöschgebäudes für die Unterbringung der Feuerwehrleute geschaffenen beiden Räume bei der eintretenden Vergrößerung des Mannschafstbestandes nicht mehr genügten, wurde im Jahre 1888 insofern eine Aenderung getroffen, als den Mannschaften die beiden Zimmer als Arbeits- und Aufenthaltsräume und ein bis dahin als Remise benutzter Raum als Schlaflocal angewiesen wurden. Da indessen dieser Raum durchaus nicht geeignet ist, dauernd als Schlaflocal benutzt zu werden, so beantragt der Magistrat, eine Abhilfe in der Weise vorzunehmen, daß die bisher von dem Werkmeister Franz bewohnten Räumlichkeiten baldmöglichst von demselben geräumt und dem Brandmeister Wieders als Dienstwohnung angewiesen und daß dann die diesem bisher zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten den Feuerwehrleuten zu Schlafräumen und auch zur Benutzung einer kleinen Küche überwiesen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Verlegung der Schlafräume der Feuerwehrleute in das erste Obergeschoß aus

dienstlichen Gründen unbedenklich erscheint, ersucht der Magistrat, die mit dieser Aenderung verbundenen Kosten für verschiedene kleinere bauliche Herrichtungen im Betrage von bis zu 900 M. zu genehmigen. — Da es nun außerdem nothwendig erscheint, dem Wertmeister Franz aufzugeben, sich eine Privatwohnung in nächster Nähe des Feuerlöschgebäudes zu miethen, so ist dem Genannten fortan nicht nur der normaletatmäßig bisher auf seine Dienstwohnung mit 300 M. angerechnete Betrag baar auszuführen, sondern es sind demselben aus Gründen der Billigkeit auch die voraussichtlichen Mehrausgaben an Miethe für eine seinen jetzigen Verhältnissen entsprechende Privatwohnung über den Betrag von 300 M. hinaus zu vergüten.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Sievers die Vorlage durchberathen und empfiehlt in Anerkennung der Nothwendigkeit dieser Maßregel die Annahme der sämtlichen Magistratsanträge.

Herr Blasius bittet dringend, die Vorlage zu genehmigen, da es nothwendig sei, den Feuerwehrleuten im Interesse der Erhaltung ihrer Gesundheit andere Schlafräume zu überweisen.

Herr Hauswaldt bedauert, daß in einem neuen städtischen Gebäude solche Mängel auftreten können. Er bitte, zu erwägen, ob sich die Mängel durch Trocknung der Schlafräume nicht beseitigen lassen, da er es für besser halte, die Feuerwehrleute im unteren Geschoße zu belassen.

Herr Sievers weist darauf hin, daß die Leute z. B. gar nicht im Hauptgebäude schlafen, sondern hierzu eine frühere Wagenremise benutzt werde, an der sich nichts ändern lasse.

Die Herren Halle und Lange treten ebenfalls für die Vorlage ein, Letzterer wünscht jedoch, daß die an Franz zu zahlende Entschädigung nach oben hin festgesetzt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, dem Magistrate das Vertrauen zu schenken, diese Entschädigung selbstständig festzusetzen, da sich z. B. die Höhe derselben noch gar nicht ermitteln lasse.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

XV. Aufnahme eines Processes.

Der Kaufmann E. Baron schuldet der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke einen Betrag von 308,19 M. Da Zahlung nicht zu erlangen, auch die Klage wegen Dringlichkeit der Sache bereits eingereicht ist, so ersucht der Magistrat um nachträgliche Genehmigung dieser Proceßführung,

welche auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, beschlossen wird.

XVI. Zuschuß für den Hanfsichen Geschichtsverein.

Auf Ansuchen des Ausschusses zur Vorbereitung der um Pfingsten d. Js. hier stattfindenden Jahresversammlung des Hanfsichen Geschichtsvereins und des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung beantragt der Magistrat die Mittel zur Ausschmückung und Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses, in dessen Saal die Verhandlungen des Vereins stattfinden werden, bis zum Betrage von 250 M. und außerdem für die sonstigen Unkosten, insbesondere für die Herausgabe einer Festschrift über hanfsiche Beziehungen Braunschweigs einen Betrag von 500 M. zu bewilligen. Bisher ist dem Hanfsichen Geschichtsvereine aus städtischen Mitteln bereits ein Jahresbeitrag von 150 M. gewährt worden.

Die Statutencommission giebt nach dem Berichte des Herrn Blasius anheim die geforderten Beträge zu bewilligen,
was geschieht.

XVII. Aufhebung eines weiteren Theiles der alten Hagen- und der Brunnenstraße, sowie Veräußerung von Straßenflächen daselbst.

Nachdem bereits im März 1891 vom Magistrate die Aufhebung desjenigen Theiles des alten Interessentenweges „Hagenstraße“ verfügt ist, welcher von der Kaiser-Wilhelm- bis zur Brunnenstraße führt, haben die Unternehmer Meyer und Till ferner beantragt, auch den zwischen Brunnen- und Fasanenstraße belegenen Theil der alten Hagenstraße und denjenigen damit zusammenhängenden Abschnitt der Brunnenstraße, welcher westlich von der Ringstraße liegt, aufzuheben. Die Städtische Bauverwaltung hat sich für den im Ortsbauplane vorgesehenen Wegfall dieser Strecken ausgesprochen, nachdem zwischen Kaiser-Wilhelm- und Brunnenstraße eine vorläufige Verbindung auf Kosten der genannten Unternehmer hergestellt worden sei und die Verwaltungs-Deputation der Feldmarks-Interessentschaft Hagen ist hiermit gleichfalls einverstanden. Der bei dieser Angelegenheit unmittelbar betheiligte Arbeiter Julius Behrens ist bereit, in die Aufhebung zu willigen, sofern ihm von dem Gebiete der Brunnenstraße 64 qm zum Einheitspreise von 10 M. käuflich überlassen werden.

In Folge bezüglichlicher Aufforderung haben verschiedene Anwohner des Theiles der Brunnenstraße, welcher vom geplanten Ringe ostwärts zum Stadtpark führt, der Aufhebung erst dann zustimmen zu können erklärt, wenn ihnen nach der Fasanenstraße zu ein anderweiter Zugang geschaffen werde. Nach dem Dafürhalten des Magistrates liegt aber die ziemlich kostspielige Schaffung eines solchen nicht im öffentlichen Interesse, da die betr. Anwohner an Stelle des jetzigen, fast gar nicht benutzbaren Weges ohne übermäßige Beschwerung ihren Weg über die Kaiser-Wilhelmstraße und die neue Hagenstraße nehmen können. Der vorerwähnte Arbeiter

Behrens, welcher diese Eingabe ursprünglich mit unterschrieben hatte, ist von dem erhobenen Widerspruche hinterher bei Erfüllung seiner vorhin erwähnten Bedingungen zurückgetreten. Der Magistrat giebt daher anheim, sich mit der Aufhebung der genannten Straßenstrecken einverstanden zu erklären.

Was die Verwerthung des Straßengebietes anlangt, so ist die sogen. kleine Hagenstraße der Herzoglichen General-Hof-Intendantur, bezw. den Unternehmern Meyer und Till vertragsmäßig unentgeltlich zu überweisen. Außerdem hält der Magistrat für billig, wenn denselben Unternehmern, auf deren Kosten die Kaiser-Wilhelmstraße fortgeführt und provisorisch mit der Brunnenstraße verbunden ist, ein Theil der letzteren ohne Entgelt überwiesen wird und ist denselben seitens des Magistrates unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung eine entsprechende Zusicherung bereits ertheilt. Demnach giebt der Magistrat ferner anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die nördliche Hälfte des Brunnenstraßenterrains im Umfange von 1,45 a, sowie zur Vermeidung doppelter Auffassung der nördlich der Japanenstraße liegende Theil der alten Hagenstraße direct den pp. Meyer und Till ohne Entgelt aufgelassen werde.

Die Anlieger der südlichen Seite der Brunnenstraße sind zum käuflichen Erwerbe der vor ihren Grundstücken liegenden Streifen bereit und wollen von denselben Behrens 10 M, die übrigen Betheiligten, nämlich der Postsecretair Preen, der Finanzsecretair Schönhoff und der Maurermeister Wedler unter Hinweis darauf, daß die ihren Grundstücken zuzulegenden Streifen zu 31, 37 und 12 qm weiter von der Front abliegen und nur als Gartenland benutzt werden können, sowie vorher urbar gemacht und umfriedigt werden müssen, nur 5 M pro qm zahlen. Der Magistrat ersucht daraufhin, die Veräußerung der Flächen unter diesen Bedingungen zu genehmigen.

Die Statutencommission findet, wie Herr Halle berichtet, nichts gegen die Vorlage einzuwenden und giebt anheim, derselben zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XVIII. Einrichtung von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter.

Nachdem sich die Straßeneisenbahn-Gesellschaft dem Wunsche der Stadtverordneten-Versammlung gemäß bereit erklärt hat, der Stadt die Benutzung eines Theiles der Wartehalle auf dem Kohlmarke zur Herrichtung einer Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter zu überlassen, hat der Magistrat die Städtische Bauverwaltung beauftragt, ein Project nebst Kostenanschlag für die Herrichtung von zwei Closets auszuarbeiten. Eine größere Anzahl von Closets ist bedauerlicherweise in dem zur Verfügung gestellten Raume nicht unterzubringen. Da aber mit einer derartigen Anstalt wenig gedient sein würde, so hat der Magistrat ferner noch ein

Project wegen Errichtung einer Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter auf dem Hagenmarke in der Nähe des vormals Huch'schen Hauses ausarbeiten lassen. Um der Stadt die auf 8500 M veranschlagten Kosten, sowie die eigene Verwaltung der Anstalt zu sparen, hat der Magistrat versucht, die Errichtung und den Betrieb derselben — wie in anderen Städten — einem Unternehmer zu übertragen, doch sind die dieserhalb geführten Verhandlungen ohne Erfolg geblieben. Insbesondere glaubt der Magistrat nicht auf eine ihm vom Subdirector Proß in Berlin gemachte Offerte, nach welcher neben Ertheilung einer ausschließlichen Concession die stadtseitige Garantierung einer täglichen Einnahme von 5 M für die Anstalt gefordert wird, eingehen zu können, weil sich zur Zeit der Umfang der Benützung derartiger Anstalten noch gar nicht übersehen lasse. Hiernach ersucht der Magistrat, zur Ausführung des Projectes den Betrag von 8500 M zu verwilligen, indem sich derselbe über die Art der demnächstigen Betriebsführung eine weitere Vorlage vorbehält.

Wie Herr Südel namens der Finanzcommission berichtet, hat der Magistrat in der Commissionsberatung mitgetheilt, daß in Aussicht genommen sei, eine größere Anstalt auf dem Kohlmarke selbst, oder auf dem Plage vor dem Postgebäude zu errichten, da zwei Closets für den Kohlmarkt nicht genügen. Diese Sache werde die Versammlung indessen erst später beschäftigen. Für den Hagenmarkt wolle man 8 Closets — 4 für Männer und 4 für Frauen — herrichten, von denen je die Hälfte einfacher und die andere Hälfte mit einer Toilette ausgestattet werden sollten. Für das Gebäude sei nach dem Vorbilde anderer Städte ein Holzbau in Aussicht genommen. Die Commission theile die Meinung des Magistrates, daß ein Abkommen mit einem Unternehmer unter Bewilligung der oben mitgetheilten Bedingungen nicht anzunehmen sei. Die Vorlage werde demnach zur Genehmigung empfohlen.

Herr Lange ist erfreut über das letztere Project, wenn ihm auch die veranschlagten Kosten etwas hoch erscheinen, er hätte indessen gewünscht, daß gleichzeitig das Project wegen der Warthalle auf dem Kohlmarke mit vorgelegt sei. Er verstehe nicht, daß man sich hier auf 2 Closets beschränken wolle, da doch die Pferdebahnlinie über die Münzstraße nur unter der Bedingung genehmigt sei, daß entweder das Südel'sche oder sein eigenes Project auf Herrichtung von mindestens vier Closets in der Warthalle zur Durchführung komme. Die städtischen Behörden hätten hier zu bestimmen gehabt, nicht aber die Pferdebahn-Gesellschaft. Jedenfalls habe man damals nicht beabsichtigt, auf dem Kohlmarke noch eine zweite Halle für 8500 M zu errichten und bitte er den Magistrat, in dieser Angelegenheit ganz energisch bei der Pferdebahn-Gesellschaft, welche hier schon wieder einen Hafen schlagen wolle, vorzugehen, damit dieselbe die gestellten Bedingungen erfülle.

Herr Stadtrath Kete meyer erwidert, daß seiner Erinnerung nach damals der Pferdebahn-Gesellschaft nur die Bedingung auferlegt sei, Uebergangskarten für

die neue Strecke einzuführen und einen Theil der Wartehalle zur Einrichtung von Closets herzugeben, während man die Größe des abzugebenden Raumes nicht festgesetzt habe. Nachdem von der Städtischen Bauverwaltung Vorschläge zur Durchführung des Projectes gemacht seien, habe der Magistrat geglaubt, der Pferdebahn-Gesellschaft die Concession für die neue Strecke in Aussicht stellen zu können. Der Magistrat habe sich bei Anordnung der Bearbeitung des Projectes gesagt, man dürfe der Pferdebahn nicht so viel Raum wegnehmen, daß sie die Halle dann überhaupt nicht mehr benutzen könne. Der beste Ausweg sei, eine Bedürfnisanstalt vor dem Postgebäude aufzustellen. Das Project der neuen Pferdebahnlinie über die Münzstraße im Interesse von zwei Closets aufzugeben, könne wohl nicht in der Absicht der Versammlung liegen, denn so viel seien dieselben nicht werth, zumal da der Hauptverkehr der Pferdebahn während des ganzen Sommers mit Rücksicht auf die Pflasterung des Bohlweges still liegen würde, wenn man den Bau der neuen Linie nicht zulassen wolle.

Herr Halle giebt anheim, die Anstalt auf dem Hagenmarke so zu stellen, daß die Einfahrt nach dem Huch'schen Hause eine genügende Breite von mindestens 14 m behalte und die Anstalt durch Postlets entsprechend zu verdecken.

Herr Fiedel hat hierauf zu bemerken, daß auf eine genügende Breite der Fahrstraße Rücksicht genommen sei. Auf die für den Kohlmarkt projectirte Anstalt sei er nicht näher eingegangen, weil dieselbe noch gar nicht zur Besprechung stehe.

Herr Lange will noch hervorheben, daß bei den früheren bezüglichlichen Verhandlungen wenigstens dem Sinne nach von der Pferdebahn-Verwaltung so viel Raum beansprucht sei, um in die Wartehalle mindestens das kleinste der beiden vorgelegten Projecte mit vier Closets verlegen zu können, so daß es dem Sinne des damaligen Beschlusses der Versammlung nicht entsprechen würde, wenn jetzt nur zwei Closets angelegt werden sollten. Im Uebrigen möchte er dringend bitten, den Kohlmarkt als den geeignetsten Platz für eine Bedürfnisanstalt festzuhalten und von dem Plage vor dem Postgebäude — gegen dessen Benutzung wohl auch die Ober-Postdirection energisch Verwahrung einlegen werde — abzusehen. Der Kohlmarkt bilde gewissermaßen den Centralpunkt des ganzen städtischen Verkehrs und die Stadt solle das hier von der Pferdebahn-Verwaltung erworbene Recht nicht so leicht aufgeben.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

XIX. Zwangsenteignung einer Straßenfläche am Bohl- und Steinwege.

Der Kaufmann Karl Wolff muß in Veranlassung der von ihm unternommenen Neubebauung seines an der Ecke von Bohlweg und Steinweg gelegenen Grundstückes zur Verbreiterung und Begrabigung der beiden genannten Straßen eine

24,5 qm haltende Theilfläche abtreten und fordert derselbe dafür, unter Ablehnung des magistratsseitig gemachten Angebots von 350 M pro qm, eine Entschädigung von 800 M für den Quadratmeter. Da dieser Preis in jener Stadtgegend unter gleichen Verhältnissen noch niemals auch nur annähernd bezahlt worden ist, so ersucht der Magistrat ihn zur Beantragung des Expropriationsverfahrens in der Wolff'schen Sache zu ermächtigen. Nach der Ansicht der Städt. Bauverwaltung wird das dem Besitzer verbleibende Restgrundstück durch die Abtrennung der zur Straße erforderlichen Theilfläche keineswegs so wesentlich geschädigt, daß die Zubilligung einer Entschädigung von 800 M pro qm gerechtfertigt erscheinen könnte.

Die Statutencommission ist — wie Herr Halle berichtet — ebenfalls der Meinung, daß hier nur im Wege der Zwangsenteignung vorgegangen werden könne und empfiehlt daher die Magistratsvorlage zur Genehmigung.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XX. Austausch von Straßenflächen an der Wenden- und Wilhelmstraße.

Der Gastwirth Hinkelmann beabsichtigt, seine an der Ecke der Wenden- und nördl. Wilhelmstraße gelegenen Gebäude niederzulegen und auf dem Terrain einen Neubau zu errichten. Nach dem bestehenden Ortsbauplane hat Hinkelmann bei dieser Gelegenheit 0,9 qm an die Stadt abzutreten, während seinem Grundstücke 10,3 qm Straßenfläche anzuschneiden sind. Der Magistrat ersucht, den Antrag des p. Hinkelmann auf Ueberweisung der nach Abzug der abzutretenden Fläche verbleibenden Restfläche von 9,4 qm gegen Zahlung einer Entschädigung von 300 M zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Uhde diesen Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

XXI. Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppenstedterstraße.

Bei der Neubebauung des an der Schöppenstedterstraße gelegenen Grundstückes der Wittve Senje hat Letztere eine 1,4 qm große Fläche zur Straße abgetreten. Dem Ersuchen des Magistrates, der Wittve Senje hierfür eine Entschädigung von 50 M zu zahlen,

stimmt die Versammlung auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, zu.

XXII. Wahl zur Commission für die Einschätzung der Gebäude behufs Einquartierung.

An Stelle des früheren Stadtverordneten Herrn Ramdohr wird Herr Halle als Mitglied in die Commission gewählt.

Die Verhandlungen der öffentlichen Sitzung sind damit beendet.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die freiwillig erbetene Pensionirung des Lehrers J. Tellgmann und die Erhöhung der Remuneration des Lehrers Kielhorn von 250 M auf 500 M für die Oberleitung der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder. Nachdem dann noch das Steuer-Reclamationsgesuch eines hiesigen Einwohners der zuständigen Einschätzungscommission überwiesen war, wird schließlich in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels beschlossen, die in hiesiger Stadt wohnenden Fremden auch im Jahre 1892 in der bisherigen Art zur Communalsteuer heranzuziehen.

Schluß 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. April 1892.

Öeffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Maschstraße	Seite 100
II. Wahl einer Deputation behufs Errichtung einer Markthalle	" 101
III. Einrichtung einer Schulaula als Sitzungsaal für die Stadtverordneten	" 101
IV. Unterstützung des Canalbauvereins in Hannover	" 104
V. Aufnahme eines Processus	" 108
VI. Rohranlagen für Gas und Wasser	" 108
VII. Stadthausbau	" 109
VIII. Erwerb von Straßenflächen an der Juliusstraße	" 119
IX. Erwerb von Straßenflächen an der Goslarischenstraße	" 120
X. Baulinie im Delschlägern	" 120
XI. Erstattung von Wasserrohrkosten	" 120
XII. Baulinie an der Friesenstraße	" 121
XIII. Anschaffung von Schneepflügen und Ergänzung von Abfuhrwagen	" 121
XIV. Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft	" 124
XV. Bedürfnisanstalt am Magnithore	" 125
XVI. Erwerb von Grabenflächen zc. an der Roßstraße	" 126
XVII. Plan für den Bürgerpark	" 126
XVIII. Selbstst. Antrag des Herrn Lange u. Gen. auf Errichtung des Schützenzettes im Bürgerparke	" 129

XIX. Austausch von Grundflächen am Altemwiekringe	"	132
XX. Baulinie an der Hamburgerstraße	"	132
XXI. Anfrage des Herrn Nieß wegen des Standes der Straßenausbauges- legenheit am Riddagshäuserwege	"	133

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer sowie Assessoren von Frankenberg und Boden.

Entschuldigt die Herren Ding und Meyer.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, genehmigt dieselbe zunächst das Protocoll **Nr. 2** und schreitet sodann zur Verathung der Tagesordnung

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Maschstraße.

Wie Herr U h d e berichtet, hat die Baucommission einstimmig beschlossen, zu beantragen, den in der Sitzung vom 3. März d. Js. (Seite 59 des Prot.) gestellten Antrag: „Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu machen behufs Ankaufes des Hauses Maschstraße **Nr. 35** zum Zwecke der Verbreiterung dieser Straße“, dem Magistrate zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung zu überweisen. Die Commission habe die Nothwendigkeit zur Verbesserung der Verhältnisse in der Maschstraße vollständig anerkennen müssen und sei der Meinung, daß die Straße im Laufe der Zeit in ihrem ganzen Tractus verbreitert werden müßte. Da sich solche Verbreiterung schon mit Rücksicht auf die Kosten nicht in kurzer Zeit durchführen lasse, so empfehle es sich, dieselbe, wenn nicht im nächsten, so doch in den folgenden Jahren zur Ausführung zu bringen.

Herr Reiche will zur Begründung des Antrages noch weiter anführen, daß das fragliche Haus über die Hälfte der Straße einnehme und eine Verbreiterung derselben schon mit Rücksicht auf den erheblich gesteigerten Verkehr nothwendig sei. Wenn er auch damit einverstanden sei, daß die Verbreiterung erst in dem nächsten Etatsjahre durchgeführt werde, so müsse er doch bitten, dieselbe mit Rücksicht auf ihre Dringlichkeit nicht noch weiter hinauszuschieben. Der jetzige Zustand schließe insofern eine Gefahr in sich, als an jener Stelle zwei Wagen einander nicht ausbiegen können, ohne an beiden Seiten auf die Bürgersteige fahren zu müssen.

Herr Sch u m b u r g tritt ebenfalls für eine baldige Instandsetzung des Straßentheiles ein und bittet, damit nicht mehr allzulange zu warten. Die theilhaftigen Anwohner hätten ihm schon verschiedene Petitionen an die Versammlung überreicht, in welchen um Besserung der Straßenverhältnisse gebeten werde, er habe jedoch die Absendung dieser Bittschriften mit Rücksicht darauf zu verhindern gesucht, daß in der Sache recht bald etwas geschehen solle.

Herr Bültmann bemerkt, die Commission habe ihren Beschluß hauptsächlich in der Erwägung gefaßt, daß Herr Oberbürgermeister Pockels in der Commissionsberatung erklärt habe, es lasse sich der Ankauf des Hauses jetzt, mitten im Etatsjahre, nur sehr schwer bewerkstelligen.

Der Antrag der Commission wird darauf angenommen.

II. Wahl einer Deputation behufs Errichtung einer Markthalle.

In Sachen betr. die Errichtung einer Markthalle in der Nähe des Hagenmarktes war die Städt. Bauverwaltung beauftragt, zunächst einen Vorentwurf auszuarbeiten und die Kosten der Ausführung annähernd zu veranschlagen. Die Städt. Bauverwaltung hat sich nun gutachtlich über den Umfang, die Construction und Einrichtung der Markthalle sammt Nebengebäuden geäußert und die aufzuwendenden Kosten zu einer Million Mark veranschlagt. Man wird sich nach der Ansicht des Magistrates nicht dazu verstehen können, diese Summe für das Unternehmen aufzuwenden, dazu aber auch keineswegs gezwungen sein. Die Zahl und der räumliche Umfang der Verkaufsstände wird sich mit Rücksicht auf den nach Errichtung der Halle an jedem Wochentage stattfindenden Marktverkehre nicht unwesentlich einschränken lassen. Um hierüber und ebenso über die sonst für die Ausarbeitung des Projects maßgebenden Fragen Aufschluß zu erhalten, dürfte sich die Einsetzung einer gemischten Deputation, bestehend aus 3 Stadtverordneten und 2 Magistratsmitgliedern, empfehlen, deren Gutachten die Grundlage für die weiteren Entschliefungen zu bilden haben würde. Der Magistrat ersucht demgemäß, sich mit diesem Vorgehen einverstanden zu erklären und die erforderliche Wahl vorzunehmen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hält die Statutencommission diesen Vorschlag für sehr praktisch, weil dann die sehr wichtige Sache von vornherein unter möglichster Verständigung der beiden städtischen Organe zu Stande gebracht werde. Die Commission schlägt zu solchem Zwecke die Herren Uhde, Lange und Fiedel vor.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Magistratsantrage einverstanden und wählt die bezeichneten drei Herren durch Zuruf in die Deputation.

III. Einrichtung einer Schulaula als Sitzungsaal für die Stadtverordneten.

Ungeachtet der dem Sitzungsaaule der städtischen Behörden in Bezug auf Raum- Luft- und Wärmeverhältnisse anhaftenden erheblichen Mängel hat der Magistrat die Ersetzung desselben durch geeignete Localitäten seither der Aufführung des geplanten Stadthausbaues vorbehalten zu sollen geglaubt. Wenn nun aber jetzt schon der Umstand, daß der dem Landtage vorliegende Entwurf einer zum 1. April f. Js. in Wirksamkeit zu setzenden Städteordnung die Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten für hiesige Stadt von 27 auf 36 vorgesehen hat, dazu auffordert, recht-

zeitig ein anderes Sitzungszimmer für die Zeit bis zur Fertigstellung des Stadthaus=hauses in Bereitschaft zu setzen, so zwingt zu dessen sofortiger Bereitstellung der Umstand, daß die Stadtbibliothek und das städtische Museum, deren Sammlungen sich in neuester Zeit bekanntlich stark vermehrt haben, des jetzigen Sitzungszimmers nicht länger mehr entbehren können. Einen zu vorübergehender Benützung als Sitzungssaal geeigneten Raum bietet die Aula im Schulgebäude am Sandwege. Dieselbe wird zwar gegenwärtig schulseitig zur Abhaltung von Frei- und Ordnungs=übungen benutzt, die Schulleitung erachtet aber für zulässig, daß in einer Uebergangs=periode die Schulkinder zu jenen Übungen die Turnhalle der Schule an der Ottmer=straße benutzen. Die hier in Frage stehende Aula mit dem dazu gehörigen Neben=raume bietet eine Fläche von 138,80 m, während das jetzige Sitzungszimmer 94,90 m groß ist. Die Kosten der erforderlichen Einrichtung sind von der Städt. Bau=verwaltung auf 2000 M berechnet. Die Versammlung wird ersucht, diesen Kosten=betrag zu bewilligen.

In der Baucommission ist, wie Herr Uhlde vorträgt, verschiedentlich darüber gesprochen, ob sich zu diesem Zwecke nicht ein anderer Saal finden lasse, und sei bei der Gelegenheit auch der sogenannte Kunstsaal im Altstadt-Rathhause in Vorschlag gebracht; man habe jedoch nach Berücksichtigung aller Verhältnisse eingesehen, daß kein Saal so gut passe, wie gerade die betreffende Aula. Aus diesem Grunde habe die Baucommission beschlossen, die Aula am Sandwege der Versammlung als interimistischen Sitzungssaal zu empfehlen und die Bewilligung der durch solche Einrichtung erwachsenden Kosten zu befürworten. Es handle sich hierbei wesentlich um einen Thürdurchbruch, um die Aenderung des Gefühls, sowie die Beschaffung eines Schranke. Der für letzteren erforderliche Betrag von 120 M sei in der Anschlagssumme der Städt. Bauverwaltung noch nicht enthalten, so daß sich diese Summe auf 2120 M erhöhe. Die Commission wolle dabei zugleich dem Wunsche Ausdruck geben, daß die vorhandenen Stühle ungefähr in gleicher Weise wie jetzt, jedenfalls aber nicht enger aufgestellt werden möchten, weil man hier schon eng genug sitze.

Herr Hauswaldt kann sich mit dem Gedanken nicht befreunden, daß die Versammlung in jene Aula ziehen solle. Aus den Auslassungen des Vorredners sei ihm nicht ganz klar geworden, ob die am 1. April k. Jz. ins Leben tretende neue Städte=ordnung oder die Unterbringung der städtischen Bücherschätze das Hauptmotiv zu der Vorlage gewesen sei. Er theile die Ansicht, man müsse die Stadtverordneten=Versammlung möglichst an einem Orte tagen lassen, an dem sie hervortrete und dürfe sie nicht in ein beliebiges Local stecken. Darum wolle er einmal anfragen, ob es nicht möglich sei, in diesem alten Sitzungszimmer, welches allerdings viele Mängel habe, ein anderes Arrangement vielleicht in der Weise zu treffen, wie solches im Schwurgerichtssaale hinsichtlich der Geschworenenbänke bestehe. Bei einer solchen

amphitheatralischen Anordnung der Sitzplätze werde es möglich sein, in dem jetzigen Sitzungszimmer auch für die erhöhte Anzahl von Stadtverordneten Sitzplätze zu schaffen. Andererseits halte er es aber für besser und richtiger, die Bücherschätze anderweit provisorisch unterzubringen, als die Stadtverordneten.

Herr Oberbürgermeister Bockels: Die Rücksicht auf die Nothwendigkeit, für die Unterbringung derjenigen Sammlungen, welche der Stadt für die Bibliothek und das Museum zugewandt worden, Räume zu bekommen, sei nicht maßgebend gewesen für die Einbringung des vorliegenden Antrages, sondern es komme hierbei für den Magistrat nur die absolute Nothwendigkeit in Betracht, zum 1. April f. Js. für die dann vergrößerte Versammlung ein anderes provisorisches Heim zu schaffen. Wenn Herr Hauswaldt meine, es lasse sich durch eine anderweite Einteilung dieses Zimmers genügender Raum schaffen, so wolle er gern der Versammlung überlassen, darüber zu befinden, sofern dieselbe nicht das Bedürfnis fühle, auch in der um 9 Köpfe vergrößerten Zahl in ein anderes Zimmer zu kommen. Nach den bisherigen Verhandlungen habe er annehmen müssen, daß es der Versammlung angenehm wäre, je eher je lieber aus dem Locale heraus zu kommen. An und für sich sei allerdings dieses Zimmer schon vermöge seiner alten historischen Bestimmung viel mehr geeignet zu einem Sitzungslocale der Versammlung, aber im Allgemeinen dürfte doch die Würde derselben von solchen äußerlichen Dingen weniger abhängig sein, als Herr Hauswaldt meine. Die Aula sei nach ihren Dimensionen und Einrichtungen sehr wohl geeignet, für einige Jahre ein der Versammlung würdiges Heim zu bieten. Das auf dem vorliegenden Plane mit skizzirte Project einer probeweisen Unterbringung der Versammlung im Altstadt-Rathhause habe der Magistrat nicht verfolgen können, weil der kleinere sogen. französische Saal nicht den nöthigen Raum gewähre und der größere Saal in seinen Licht- und Beleuchtungsverhältnissen absolut ungeeignet erscheine, und weil auch, wie der Versammlung vielleicht nicht durchgehends bekannt sein werde, der Stadt das Altstadt-Rathhaus in Folge Vertrages von der Regierung mit der ausdrücklichen Verpflichtung überwiesen sei, den großen Saal desselben zu öffentlichen Vorträgen, Aufführungen 2c. bereit zu halten, daß also die städtischen Behörden nur mit Erlaubniß der Regierung in der Lage sein würden, den Saal diesem Zwecke zu entziehen.

Herr Hauswaldt will nunmehr den Antrag stellen, die Frage noch einmal an die Commission zurückzuverweisen und dieselbe, im Hinblick auf die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, daß der Hauptbeweggrund zu dem Wechsel des Sitzungsraumes in der bevorstehenden Erhöhung der Anzahl der Stadtverordneten liege, aufzufordern, ein Project vorzulegen, nach welchem die Versammlung durch eine anderweitige Anordnung der Sitzplätze in dem jetzigen Zimmer verbleiben könne. Es sei nun einmal eine alte Sitte der Braunschweiger, in einem schlecht ventilirten Raume zu sitzen, denn man sage sich, in guter Luft zu sitzen sei keine Kunst, aber in schlechter

Luft zu sitzen sei verdienstlich. Durch das Hinzukommen von 9 weiteren Stadtverordneten werde überdies die Luft nicht so viel schlechter werden, um deshalb einen Wechsel im Locale eintreten lassen zu müssen. Wenn die Sitzplätze hier so angeordnet würden, wie im hiesigen Schwurgerichtssaale, so werde die Versammlung in dem jetzigen Zimmer auch in erhöhter Zahl angenehmer und bequemer sitzen als bisher. Sollte es möglich sein, die Versammlung in diesem ehrwürdigen Saale weiter zu belassen, so sei er dafür eingenommen, hier zu bleiben und nicht in die Aula auszuwandern.

Herr Uhde bittet nochmals um Annahme der Magistratsvorlage, durch welche eine wesentliche Besserung für die Versammlung herbeigeführt werde. Der jetzige Saal sei zu klein, man möge die Sitze aufstellen wie man wolle.

Herr Wolf II hat keine Empfindung dafür, daß die Versammlung in der Aula irgendwie an Würde verlieren könnte, wohl aber würde er unangenehm empfinden, wenn man die Sitzplätze in der von Herrn Hauswaldt gewünschten Weise anordnen wollte. Man würde sich die Sache ungefähr so zu denken haben, daß bei dieser Einrichtung der Vorsitzende den Stadtverordneten wie ein Lehrer gegenüber sitze und zu seiner Rechten und Linken vielleicht die Magistratsmitglieder Platz nehmen, alles Uebrige sei ihm unklar. Es sei aber von größtem Werthe, daß man sich in der Versammlung gegenseitig sehen und die Worte vom Munde ablesen könne. Er lege mehr Werth darauf, in der bisherigen Anordnung sitzen zu bleiben, als einen Wechsel des Locales zu umgehen.

Herr Reiche tritt für die Magistratsvorlage ein, da voraussichtlich mit dem 1. April f. Js. auch die Zahl der Magistratsmitglieder erhöht werde und es außerdem höchst wünschenswerth erscheine, die der Stadt zugefallenen Bibliotheksschätze in einem passenden Raume unterzubringen.*

Herr Lange bittet ebenfalls, der Anregung des Herrn Hauswaldt nicht zu folgen. Die Anordnung der Sitze in der von demselben vorgeschlagenen Weise sei namentlich ungünstig für solche Mitglieder der Versammlung, welche schwer hören und halte er für sehr wichtig, seinen Gegner sehen und ihm die Worte vom Munde ablesen zu können. Darum erscheine es ihm ungemein wünschenswerth, die bisherige Anordnung der Sitze beizubehalten.

Herr Hauswaldt zieht seinen Antrag mit Rücksicht darauf zurück, daß in der Versammlung für denselben keine Stimmung zu sein scheine, obwohl er die beiden gegen den Antrag angeführten Gründe nicht für stichhaltig ansehen könne.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IV. Unterstützung des Canalbauvereins in Hannover.

Der Vorstand des Vereins für Hebung der Fluß- und Canalschiffahrt für Niedersachsen in Hannover, welcher mit der Geschäftsführung des Vereins zur För-

derung des Baues des Rhein=Wefer=Elbe=Canals beauftragt ist, hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, das Interesse der Stadt Braunschweig durch einen Beitrag zu den Kosten der Vorarbeiten zu dem genannten Canale in Höhe von etwa 5000 M zu bekunden. Das Project, den Rhein durch eine Wasserstraße mit der Elbe zu verbinden, hat während einer längeren Reihe von Jahren nicht vorwärts kommen wollen, wesentlich wohl dadurch, daß die betreffenden Staatsregierungen nicht genügendes Interesse gezeigt haben. Dazu kam, daß bezüglich der Richtung der Canalanlage in den betheiligten Kreisen Meinungsverschiedenheiten obwalteten darüber, ob der Canal ab Lehrte über Peine=Braunschweig=Wolfenbüttel=Oschersleben=Magdeburg die sogenannte südliche Linie einschlagen sollte, oder ob die nördliche Linie von Lehrte über Meinerjen=Wolmirstedt nach der Elbe vorzuziehen sei. Erst im Jahre 1889 ist die Angelegenheit wieder in Fluß gekommen und zwar dadurch, daß in einer am 26. April 1889 in Hannover stattgehabten größeren Versammlung von Interessenten bezüglich wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Zu dieser Versammlung hatte der Magistrat auch einen Vertreter entsandt, welcher, da die südliche über Braunschweig führende Linie wegen der wesentlich höheren Anlagekosten, der schwierigen Wasserzuführung, sowie wegen des schwierigen und theuern Betriebes fallen gelassen war, den Antrag gestellt hat, einen Stichcanal vom Hauptcanal nach Braunschweig mit in das Project aufzunehmen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil man der Meinung war, daß derartige Vorarbeiten seitens der Interessenten veranlaßt werden müßten. Inzwischen ist dem Rhein=Wefer=Elbe=Canal von dem preussischen Minister für öffentliche Arbeiten mehr Interesse zugewendet. Derselbe hat sich bereit erklärt, die nöthigen Vorarbeiten fertigen zu lassen, wenn ihm die dafür aufzuwendenden Kosten im Betrage von 135 000 M zur Verfügung gestellt würden. Dieses Anerbieten wurde seitens des betreffenden Vereins angenommen und die bereits angesammelten 55 000 M sind darauf überwiesen. Von den noch fehlenden 80 000 M hat eine Anzahl von Städten bereits 65 500 M gezeichnet (darunter Hannover 14 000 M, Magdeburg 7 000 M, Berlin 6 000 M, Osnabrück 4 000 M, Minden und Peine je 3 000 M u.), während noch 14 500 M aufzubringen sind.

Der Magistrat hält es nun für angezeigt, daß auch die Stadt Braunschweig einen Zuschuß zu den fraglichen Vorarbeiten unter der Bedingung gewähre, daß auch die Vorarbeiten für den Stichcanal von dem Hauptcanale nach Braunschweig seitens des vorbenannten Vereins zu Ausführung gebracht werden, wozu eine Bereitwilligkeit vorhanden zu sein scheint. Da der hiesige Canalverein bereits 10 000 M für die Vorarbeiten des Stichcanals gesammelt haben soll, so hält der Magistrat einen Zuschuß von 3 000 M für ausreichend. Mit der Leitung der Vorarbeiten ist von dem preussischen Minister der Regierungs- und Baurath Mefferschmidt in Hannover betraut und sind die Feldarbeiten für eine Strecke von etwa 150 km bis zur Wefer bereits erledigt, während die Strecke von der Wefer bis zur Elbe unverzüglich in Angriff genommen

werden soll. Der Magistrat beantragt, die Genehmigung zur Herausgabe der 3000 M unter den vorerwähnten Bedingungen zu ertheilen.

In erster Linie ist — wie Herr Seele namens der Finanzcommission berichtet — in Berücksichtigung zu ziehen, daß die 135 000 M lediglich für die Vorarbeiten zu dem Hauptcanale bestimmt sind, denn wenn bei diesen Vorarbeiten auch eine gewisse Rücksicht auf die Stichcanäle genommen werde, so seien die Kosten für die Vorarbeiten zu den letzteren doch von den Interessenten aufzubringen. Die Commission halte es daher nicht für angängig, einen Zuschuß unter dem Vorwande zu bewilligen, daß auch die Kosten für die Vorarbeiten zu dem Stichcanale nach Braunschweig mit eingeschlossen sein sollen. Diese Kosten würden sich allein ungefähr auf 10 000 M belaufen, so daß das Anerbieten der Stadt Braunschweig zur Zahlung von 3000 M naturgemäß zurückgewiesen werden müßte. Anders liege die Sache, wenn dem Wunsche Ausdruck gegeben würde, daß bei der Tracirung des Hauptcanals die nöthige Rücksicht auch auf die Lage des Stichcanals genommen werden möchte. Ferner sei in der Commission die Ansicht zum Durchbruch gekommen, daß es wünschenswerth erscheine, die Stadt Braunschweig durch einen etwas höheren Beitrag in der Sammlung vertreten zu sehen, um hierdurch das Interesse zu documentiren, welches die Stadt an der günstigen Lage des Canals haben müsse. Die Finanzcommission sei nun mit Rücksicht auf diese Erwägungen zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung einen Antrag zur Annahme zu empfehlen, dahingehend, daß eine Summe von 5000 M als Zuschuß in der Erwartung bewilligt würde, daß bei der Tracirung des Hauptcanals auf eine möglichst günstige Verbindung mit der Stadt Braunschweig Rücksicht genommen werde. Der vom Magistrat gewünschte Vorbehalt falle damit fort.

Herr Hauswaldt ist überrascht, daß die Finanzcommission so ungeheuer splendide bei der Bemessung des Beitrages gewesen sei. Nach seiner Auffassung von der Lage der Dinge stelle sich dieser Beitrag für die Stadt Braunschweig als eine reine Ehrenaussgabe dar, welche man nicht höher zu bemessen habe, als um mit Ehren aus der Sache herauszukommen. Der Canal werde nicht nach den Interessen der Stadt Braunschweig, sondern nach denen der andern größeren Betheiligten gelegt werden. Die Interessen der hiesigen Stadt kommen eigentlich nur bei der demnächstigen Anlegung des Stichcanals in Frage, weshalb er beantrage, die Beitragssumme dem Wunsche des Magistrats gemäß auf 3000 M festzusetzen.

Herr Stadtrath Haake bemerkt, daß der dem Canalverein in Hannover noch fehlende Betrag von 14500 M inzwischen durch die Provinz Sachsen gezeichnet sein solle. Die Verzögerung in der Bewilligung sei dort durch die widerstreitenden Interessen des nördlichen und südlichen Theiles der Provinz herbeigeführt, indem der nördliche Theil ein erhebliches Interesse an dem Canale besitze, während der südliche Theil in demselben eher eine Schädigung namentlich bezüglich des Braunkohlen-

absages, welcher unter der billigen Wasserfracht für Steinkohlen leiden werde, erblicke. Gegenüber den Zeichnungen der Städte Hannover und Magdeburg, deren Interessen durch den Hauptcanal ganz wesentlich gefördert werden, reiche der magistratsseitig in Aussicht genommene Zuschuß von 3000 M vollkommen aus. Die Stadt Braunschweig sei gezwungen, noch weitere erhebliche Summen auszugeben, um wenigstens einen Stichcanal zu bekommen.

Herr Fiedel: Bei dem Vorschlage von 5000 M sei die Mehrheit der Finanzcommission von der Ansicht ausgegangen, daß es sich hier nicht um eine reine Ehrengabe der Stadt handle. Wenn der Canal auch voraussichtlich nicht in allernächster Nähe der Stadt Braunschweig vorbeiführen werde, so sei doch die Trace noch nicht ganz festgelegt und erscheine es daher sehr wohl möglich, daß, wenn die Stadt Braunschweig ein höheres Interesse bekunde, der Canal ohne erhebliche Belastung um einige Kilometer näher an die Stadt herangerückt werden könne, worin für Braunschweig ein bedeutender Vortheil liege. Je mehr Interesse die Stadt Braunschweig an den Vorarbeiten bekunde, desto mehr werde sich der Regierungs- und Baurath Messerschmidt bemühen, eine für die Stadt möglichst günstige Trace für den Hauptcanal festzulegen. Den vom Magistrate beantragten Vorbehalt, welcher schon früher Anstoß erregt habe, möge man fallen lassen, damit nicht maßgebende Persönlichkeiten sich dadurch veranlaßt finden, gegen die Interessen der Stadt aufzutreten.

Herr Sievers tritt ebenfalls für die Bewilligung einer höheren Summe ein, weil dieselbe auf die Richtung des Hauptcanals immerhin einen wesentlichen Einfluß zu Gunsten der hiesigen Stadt ausüben werde.

Herr Natalis schließt sich diesen Ausführungen an. Bei einer so bedeutenden Frage dürfe es unmöglich auf einige tausend Mark ankommen. Der hiesige Canalbauverein habe zu dem fraglichen Zwecke nicht etwa, wie hier und da angenommen werde, nur 500 M gezeichnet, sondern es sei dieses die Beitragssumme, welche den Verein befähige, als Mitglied des Hauptvereins sein Stimmrecht ausüben zu können. Das große Interesse des hiesigen Zweigvereins an dem Zustandekommen des Hauptcanals habe sich am besten durch die ungefähr 10000 M betragenden Zeichnungen hiesiger Industriellen bethätigt. Wenn die Stadt aber ihr Interesse nicht besser bekunden wolle, als durch eine so kleine Zahlung, so werde sie auch nicht auf ein Entgegenkommen in dieser Sache rechnen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat würde wohl in der Lage sein, auf den Vorbehalt zu verzichten, wenn aber die Finanzcommission den Antrag auf Subventionirung mit einer erhöhten Summe stelle, so würde die Folge sein, daß, falls der Magistrat mit dieser Erhöhung nicht einverstanden sein sollte, die Sache dann einstweilen im Sande verlaufe. Er bitte, in Erwägung zu ziehen, ob

nicht bei der Abstimmung darauf Rücksicht genommen werden könnte, daß, im Fall der Magistrat einer erhöhten Subvention zuzustimmen Bedenken tragen sollte, wenigstens eine solche von 3000 M gutgeheißen werde.

Herr Hauswaldt kann sich zu einer Aenderung seiner Meinung nicht verstehen, indem er nicht glaube, daß mit einer Summe von 5000 M die maßgebenden Persönlichkeiten veranlaßt werden könnten, den Canal auch nur um einen Millimeter näher an die hiesige Stadt heranzulegen. Die Braunschweiger Interessen seien bei der Tracirung des Hauptcanals niemals in Frage gekommen und werde letzterer so gelegt werden, wie die großen Interessen solches erheischen. Die hiesige Stadt müsse daher ihre Kraft und ihr Geld für den Anschlußcanal aufsparen. Wenn er sich der Hoffnung hingeben könnte, den Hauptcanal für eine größere Summe einige Kilometer südlicher zu bekommen, so würde er gern für die Bewilligung eintreten. So aber theile er die Ansicht, daß das mehr bewilligte Geld aus dem Fenster geworfen sei und es sich nur um eine Ehrengabe handle. Wenn der Verfasser des Schreibens an den Magistrat in wirklich charmanter Naivetät eine Summe von 5000 M fordere, so nehme ihn das persönlich wohl für den Mann ein, aber es könne ihn noch nicht bestimmen, auch diese Summe herzugeben. Er bitte dringend, der Sache mit 3000 M Genüge geschehen zu lassen, zumal da die Stadt zu den Vorarbeiten des Stichcanals doch noch manche Mark opfern müsse.

Herr Seele glaubt, daß die Finanzcommission wohl damit einverstanden sein würde, wenn ihr Vorschlag dahin abgeändert würde, dem Magistrat zu empfehlen, eine Summe von 3000—5000 M in der Erwartung zu bewilligen, daß bei der Tracirung des Hauptcanals auf eine möglichst günstige Verbindung mit der Stadt Braunschweig Rücksicht genommen werden möchte. (Zustimmung.)

Der Antrag wird in dieser Fassung von der Versammlung angenommen.

V. Aufnahme eines Processes.

Gegen den Weinstubenbesitzer Lüdecke, welcher der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke 9 M schuldet, ist Klageerhebung erforderlich. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung dieser Proceßführung

wird seitens der Versammlung stattgegeben, nachdem der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

VI. Rohranlagen für Gas und Wasser.

Die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke hat unter Zustimmung der betr. Deputation beantragt, die nachbezeichneten Rohranlagen für die Gas- und Wasserleitung zur Ausführung zu bringen:

1) die Verlegung und theilweise Umlegung von Röhren im Altewiefenring zwischen der Kastanien-Allee und der Husarenstraße mit einem Aufwande von 5798,80 M für die Gasröhren und 7079,60 M für die Wasserröhren.

2) Die Verlegung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Limbeckerstraße auf der Strecke zwischen der Campe- und Charlottenstraße mit einem Aufwande von 1206,40 M und 2130,10 M.

3) Die Verlegung bezw. Auswechselung von Wasserröhren in dem Straßenzuge Monumentsplatz—Brücke—Dttmerstraße—Campestraße, einerseits bis zur Limbeckerstraße, andererseits bis zur kleinen Campestraße, und Auswechselung einer kurzen Rohrstraße in der Leonhardstraße mit einem Kostenaufwande von 12 818 M.

4) Die Belegung der Nebenstraße vom Mittelwege bis zur Nationalbrauerei mit Gasrohr unter Anwendung eines Kostenbetrages von 10 286,40 M.

5) Die Belegung des Straßenzuges Hamburgerstraße (von Bocks Keller an) — am Wendenthore—Werder bis zur verlängerten Kaiserstraße mit weiteren Gasröhren, laut Anschlag = 12 229,60 M.

6) Die Verlegung eines Gasrohres in der Kramerstraße vom Hauptrohre bis zur Ebertstraße, laut Anschlag = 642 M.

Der Magistrat schließt sich diesen Anträgen an und ersucht, die Ausführung der betr. Arbeiten zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Ausführungskosten zu bewilligen.

was geschieht, nachdem Herr Sievers die Vorlage namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

VII. Stadthausbau.

Im Einverständnisse mit den von der Versammlung am 1. Juli 1891 bezüglich der Gestaltung des Bauprogramms und des Grundrisses für den Neubau eines Stadthauses auf den Grundflächen zwischen der Dankwardstraße und dem Langenhofe gefaßten Beschlüssen hatte der Magistrat der Städt. Bauverwaltung den Auftrag erteilt, nach Anleitung jener Beschlüsse einen neuen Bauplan zu entwerfen. Daneben war vom Magistrate erklärt, daß, falls das keilförmige Einschneiden der westlichen Ecke des zum Hause des Porzellanhändlers Borchers am Langenhofe gehörigen Hinterlandes in den Bauplatz eine günstige Entwicklung des Gebäudemittelpunktes unmöglich machen sollte, der Magistrat nicht abgeneigt sei, mit Borchers wegen Ankaufes bezw. Austausches eines kleinen Theiles dieser Ecke in Verhandlung zu treten. Die Städt. Bauverwaltung hatte darauf am 26. October 1891 einen Bauentwurf überreicht, dessen Ausführbarkeit den Erwerb einer 272 qm großen Fläche des Borchers'schen Hinterlandes voraussetzte. Obwohl dieser Entwurf die Forderungen des Bauprogramms in vollbefriedigender Weise erfüllte und sowohl hinsichtlich der gewählten Grundform des Gebäudes, als auch in der architektonischen Gestaltung desselben den Beifall des Magistrats fand, so hat letzterer doch mit Rücksicht auf die übertriebene Forderung von Borchers — welcher eine Geldentschädigung von 50000 M und daneben unentgeltliche Ueberweisung einer für den

Stadthausbau entbehrliehen Fläche von 49 qm verlangte, den eingereichten Plan verworfen und die Städt. Bauverwaltung aufgefordert, einen anderweitigen, die Heranziehung einer Theilfläche des Borchers'schen Grundstückes vermeidenden Bauentwurf auszuarbeiten. Nachdem die Städt. Bauverwaltung einen entsprechend abgeänderten Grundplan zum Stadthausbau eingereicht hatte, machte sie Mittheilung davon, daß Borchers sich geneigt erklärt habe, seine frühere Forderung zu ermäßigen. Da dieser neueste Grundplan Mängel, namentlich bezüglich der Lage einzelner Geschäftsräume aufwies, die zwar vom dienstlichen Standpunkte aus nicht gerade hoch anzuschlagen sind, aber gleichwohl in Anbetracht der von der Versammlung dringend gewünschten Verbindung des großen Sitzungsjaales mit den zugehörigen Commissionenzimmern zu berücksichtigen waren, und da ferner mit der Annahme dieses neuesten Entwurfes im Vergleiche zu dem früheren eine Vergrößerung der zu bebauenden Grundfläche und hiermit zugleich eine Erhöhung der Baukosten um 28000 M verbunden gewesen sein würde, so ist der Magistrat mit Borchers wegen Abtretung der fraglichen Dreiecksfläche in erneute Verhandlungen getreten und hat nunmehr mit demselben am 31. März d. J. einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem Borchers von seinem Grundstück eine Theilfläche von 272 qm an die Stadt, letztere dagegen an Borchers eine 86 qm große Fläche abtritt und demselben daneben eine Gesamtentschädigung von 40000 M zahlt. Der Magistrat glaubt, die Annahme dieses Vertrages empfehlen zu sollen.

Unter Vorlegung der erwähnten beiden Bauentwürfe stellt der Magistrat nun folgende Anträge:

Die Versammlung wolle

1) die (im Principe bereits bei Veräußerung des Baugrundes für das städtische Behördenhaus genehmigte und bei Bearbeitung des Stadthausbaues schon berücksichtigte) Verlegung der Baulinie im Westen der Stadthausbauflächen in die gerade Verlängerung der östlichen Grenzlinie der Münzstraße endgültig beschließen;

2) zu dem mit dem Porzellanhändler Borchers unterm 31. März abgeschlossenen Kaufvertrage die Zustimmung ertheilen und den Magistrat zur Zahlung von 40000 M Entschädigung an Borchers ermächtigen;

3) den in dem Berichte der Städt. Bauverwaltung vom 26. October 1891 entwickelten Bauentwurf unter Bewilligung einer Bausumme von 1161000 M (d. i. ein Preis von 375 M pro Quadratmeter der zu bebauenden Grundfläche von 3095 qm) mit dem Beding genehmigen, daß die speciellen Bauentwürfe und Kostenanschläge seitens des Magistrats mit Zustimmung der Baucommission festzustellen seien.

Namens der Baucommission berichtet über diese Vorlage Herr U h d e: Er befinde sich in der außerordentlich angenehmen Lage, hier Beschlüsse der Commission vortragen zu können, welche einstimmig gefaßt seien. So divergirend die Meinungen

in der Commission anfangs auch gewesen seien, so einträchtig scheinen sie sich in außerordentliche Freundschaft und Einhelligkeit schließlich zusammengefaßt zu haben und rücke man hierdurch der Ausführung des Planes der Stadthauserbauung in einer Richtung und zwar mit großer Schnelligkeit entgegen, welche wohl alle Parteien befriedigen werde. Zuerst handle es sich um die Feststellung der Baulinie, welche, wenn auch schon früher beschlossen, so doch noch der formellen Genehmigung harre. Der ausliegende Lageplan zeige die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Aenderung.

Die zweite, höchst wichtige Frage sei die Regulirung des Bauplatzes. Zur Erzielung eines abgerundeten Bauplatzes und Grundrisses habe der Magistrat mit dem Porzellanhändler Borchers einen Vertrag abgeschlossen, welcher ermögliche, daß das städtische Grundstück auch nach der hinteren Seite eine gerade Linie als Grenze erhalte. Der mit Borchers vereinbarte Kaufpreis von 40000 M setze sich wie folgt zusammen: 1) Kosten für ein neu zu errichtendes Lagerhaus, ein Brennhaus, Abortgebäude zc. 18000 M; 2) Miethsverlust von jährlich 400 M, capitalisirt auf 8000 M und 3) Werth des abzutretenden Grund und Bodens im Umfange von 272 qm zu einem Einheitsfusse von 75 M mache 20400 M, zusammen also 46400 M, von welcher Summe 6400 M für 86 qm Grundfläche, die Borchers von dem städtischen Terrain überwiesen erhalte, abzurechnen seien, so daß eine Baarentschädigung von 40000 M verbleibe. Diese Summe könne die Stadt umso mehr zahlen, als sie ihr bei der ganzen Grundrißanlage durch Verminderung der zu bebauenden Fläche wieder zu Gute komme.

Hinsichtlich des Baues selbst handle es sich bei der Disposition des jetzigen Grundrisses nur noch darum, den Bedürfnissen des Magistrates nachzukommen. Aus dem vorliegenden Grundriß gehe die zweckmäßige Anordnung der einzelnen Räume übersichtlich und klar hervor und könne man mit demselben voll und ganz zufrieden sein, wenn sich im Laufe des Baues vielleicht auch noch einzelne Aenderungen ergeben würden. Die Baucommission habe sich denn auch einstimmig für annähernde Beibehaltung der ganzen Disposition des Grundrisses ausgesprochen.

Was die äußere Anlage betreffe, so habe man sich gesagt, es sei ein Stadthaus zu bauen, welches der Würde der alten, ehrwürdigen Stadt Braunschweig entspreche, ohne über das ganze Gebäude einen gewaltigen Luxus zu verbreiten, zu dem die Stadt kein Geld habe. Um den Charakter des Rathhauses auch äußerlich zu documentiren, sei die Commission der Meinung, daß die Beibehaltung des projectirten Thurmes in der einen oder anderen Form und an der architektonisch und künstlerisch richtigen Stelle gewünscht werden müsse. Ferner müsse die schräg coupirte Ecke nach dem Wilhelmsplatze hin, in welcher der Thurm das Mittelstück werde, zur Hauptfront genommen werden, wenigstens was die architektonische und künstlerische Entfaltung anlange. Diese Front müsse demnach im Gegensatz zu den

anderen langen Fronten eine reichere architektonische Ausbildung haben, sei es durch Arcaden, Emporen oder irgend welchen anderen plastischen künstlerischen Schmuck. Die Commission sei einstimmig der Ansicht gewesen, daß man im Anschluß an die früheren Pläne eine reichere Gestaltung der Außenseite des Gebäudes zu erstreben habe.

Bezüglich des Kostenpunktes habe man sich an andere hiesige Gebäude, wie das Reichspostgebäude, Polizeigebäude u. angelehnt, welche nicht ganz 400 M pro qm bebauter Fläche gekostet haben und daraufhin einen Einheitsfuß von 375 M für den Quadratmeter bebauter Fläche angenommen. Dabei sei aber von vornherein gesagt, daß eine reichere Gestaltung der Fagaden, die Errichtung eines Thurmes u., sowie etwaige ausgedehntere Fundamentirungsarbeiten noch besonders in Rechnung gestellt werden müßten. Mit Rücksicht darauf, daß sich eine feste Norm für den Baupreis noch nicht ermitteln lasse, da man namentlich auch nicht wisse, ob die damaligen Preise noch heute gezahlt werden, schlage die Commission vor, die Feststellung des Preises einer weiteren Beschlußfassung nach Ausarbeitung eingehender Projecte und Kostenanschläge vorzubehalten.

Endlich wünsche die Commission noch, daß der Chef des städtischen Bauwesens, dem die Fertigstellung des Planes obliege, in der nächsten Zeit, vor oder während der Bearbeitung desselben, möglichst umfängliche Reisen mache, um sich über das in Deutschland und anderen Ländern vorliegende bezügliche Material zu orientiren. Jeder, der schon solche Reisen gemacht habe, wisse, daß dieselben meistens zu Gunsten der Schönheit des Gebäudes und auch zu Gunsten des Stadtfäckels ausfallen. Bei dieser Gelegenheit könnte sich der Baurath Winter vielleicht auch Markthallen und sonstige die Stadt interessirende Sachen ansehen. Auch diesen Antrag empfehle die Commission einstimmig zur Annahme.

Die Versammlung tritt nunmehr in die Berathung der einzelnen Anträge des Magistrats bzw. der Baucommission.

Der erste Antrag — Festsetzung der Baulinie — wird ohne Besprechung genehmigt.

Zu dem zweiten Punkte — Genehmigung des Vertrages mit Borchers — bemerkt Herr Lord, daß sich die Stadt dem Anlieger Borchers gegenüber allerdings in einer Zwangslage befinde, da sie den in die Baufläche einschneidenden Zwickel des Borchers'schen Grundstückes nothwendig gebrauche. Andererseits dürfe aber dem Verkäufer dieses Zwickels nicht erspart werden, hier festzustellen, daß der von ihm geforderte Preis ein ganz ungeheurer sei. Es scheine ihm, als ob es nicht allein die Schlachter und Bäcker seien, welche bei Gelegenheit aus dem Stadtfäkel Nutzen zu ziehen suchen.

Herr Hauswaldt hält sich für verpflichtet, zu dieser Aeußerung nicht zu schweigen, nachdem der Porzellanhändler Borchers hier geradezu an den Pranger

gestellt sei. Nach den von ihm eingesehenen Berechnungen habe Borchers nicht mehr verlangt und erhalten, als er absolut haben müsse, um nicht zu Schaden zu kommen. Die Firma Fröhlich & Baumkauff erhalte allein für den Wiederaufbau der niederzulegenden und für das Geschäft nothwendigen Gebäude nach dem Anschlage 18000 M. Wenn man dann ferner bedenke, daß der Borchers'sche Hof durch die Aufgabe des Zwifels eine Taille von 3 m Breite erhalte und die neuen Hintergebäude hinter die Taille zu liegen kommen, so werde man nach reiflicher Ueberlegung selbst finden, daß das Geschäft für Borchers nicht allzu einträglich ausgefallen sei. Es erscheine ihm aber recht und billig, daß man sich über alle einschlägigen Verhältnisse erst gehörig orientire, ehe man einen Mitbürger öffentlich an den Pranger stelle.

Herr Uhde hält den an Borchers zu zahlenden Einheitspreis von 75 M für den Quadratmeter nicht für übermäßig und giebt nochmals anheim, den Kaufvertrag zu genehmigen.

Herr Lord will noch hervorheben, daß den zuerst von Borchers geforderten Preis wohl jedes Mitglied der Versammlung mit dem Magistrate für horrend gehalten habe. Nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen erscheine es lächerlich, eine Summe von 18000 M zu nennen und wenn diese Summe wirklich sollte gezahlt werden müssen, so sei doch zu berücksichtigen, daß Borchers für sein zum größten Theile altes Gerümpel (Widerpruch) neue, gut construirte und ausreichende Räume bekommen werde. Auch der Einheitspreis von 75 M sei seiner Ansicht nach für Hinterland unverhältnißmäßig hoch.

Herr Wolff II muß es für bedenklich halten, in einer Versammlung, woselbst sich der angegriffene Theil nicht vertheidigen könne, auf Grund von Darlegungen, die, was das Borchers'sche Interesse betreffe, nicht erschöpfend seien, einen Mitbürger derartig anzugreifen. Sofern aber Herr Lord mehr als seine persönliche Meinung hier sollte ausgesprochen haben, müsse er dagegen protestiren.

Herr Weber will seinem Bedauern Ausdruck geben, daß hier die Schlachter und Bäcker als auf den Stadtfäkel speculirende Einwohner angesehen werden.

Der Vertrag mit Borchers wird darauf gutgeheißen.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Wolff II theilt

Herr Oberbürgermeister Pockels noch mit, daß nicht beabsichtigt werde, die area des gesammten Meyer'schen Grundstückes in den Stadthausbau hineinzuziehen, sondern daß noch 4 m Front disponibel bleiben werden. Wegen der Verwerthung dieser vielleicht 124 qm großen Fläche seien mit Borchers bereits Verhandlungen gepflogen, der Magistrat habe aber geglaubt, auf dessen Gebot von 105 M pro qm nicht eingehen zu sollen, weil sich dieselbe unzweifelhaft noch vortheilhafter werde verwerthen lassen.

Bezüglich der Grundrißgestaltung erinnert Herr U h d e daran, daß nicht allein die vom Herrn Oberbürgermeister bezeichnete, sondern auch noch eine weitere in der Verlängerung der Dankwardstraße bis zum Bohlwege liegende Baufläche im Besitze der Stadt verbleibe. Hierüber stehe indessen der heutigen Versammlung eine Beschlußfassung noch nicht zu. Die Grundrißdurchbildung für das Stadthaus beziehe sich nur auf das Programm, welches schon früher von der Versammlung genehmigt und anerkannt sei. Die beiden vorerwähnten, der heutigen Beschlußfassung noch nicht unterliegenden Plätze seien für die Stadt als Lagerplätze noch erforderlich und könnte schon aus diesem Grunde noch nicht über dieselben verfügt werden. Dagegen erscheine es wünschenswerth, zu beschließen, daß man auf Grund des vorliegenden Dispositionsplanes die weiteren bautechnischen Arbeiten fortsetzen und ein eingehenderes Project ausarbeiten lassen wolle.

Herr H a l l e bittet, darüber abstimmen zu lassen, daß der Grundriß genehmigt werde und man ein Mehr an Grund und Boden nicht für nöthig halte. Sodann gebe er aber anheim, den Bauplatz an der Bohlwegsecke nicht noch 5—6 Jahre liegen zu lassen, sondern denselben bald zu verkaufen, um Nutzen daraus zu ziehen. Das Stadthaus lasse sich auch ohne den theuren Lagerplatz bauen, zumal da zu solchem Zwecke in der Nähe verschiedene Plätze vorhanden seien.

Herr U h d e würde diesen Verkauf für unzweckmäßig halten, da die aus der Kaufsumme sich ergebende Rente viel geringer sei, als die durch den Verkauf der Fläche erwachsenden Mehrkosten für den Transport des Baumaterials nach dem Bauplatze. Wenn man bedenke, welche große Fläche schon das Behördenhaus in Anspruch nehme, so werde man sich vorstellen können, wie der Stadthausbau bei dem Fehlen des anstoßenden Lagerplatzes den Straßenverkehr beengen und voraussichtlich selbst den Pferdebahnverkehr lahm legen müsse. Er möchte daher dringend warnen, schon jetzt Beschlüsse über die Restflächen zu fassen und dagegen empfehlen, bei der Construction des Stadthausbaues nach dem vorliegenden Programme zu bleiben.

Die Versammlung erklärt sich sodann damit einverstanden, daß der Bauplatz so ausgenutzt werde, wie der vorliegende Plan zeige, vorbehaltlich der im Laufe des Baues etwa nothwendig werdenden Aenderungen.

Zu dem Aeußeren des Gebäudes übergehend, weist Herr U h d e im Weiteren darauf hin, daß das Aeußere die Kosten eines Gebäudes vielfach mit bedinge und demnach die Höhe der Kosten von dem Aeußeren wesentlich abhängig sei. Die Commission habe geglaubt, erst einmal als Bedingniß des Aeußeren und zur schöneren Ausgestaltung des Stadthauses einen Thurm als Characteristicum des Baues wünschen zu sollen, sowie ferner darauf halten zu müssen, daß ein kleiner Theil der Hauptfaçade reicher ausgestaltet werde. Was nun den Zusammenhang dieser Wünsche mit dem Kostenanschlage anbelange, so habe der Magistrat unter Zu-

grundelegung des Einheitsfußes von 375 M und einer zu bebauenden Fläche von 3095 qm eine Bausumme von 1161000 M gefordert, während die Stadt. Bauverwaltung 1250000 M verlange, wenn auf unvorhergesehene Vorfälle, auf eine reichere Gestaltung der Fassade und eine bessere Fundamentirung Rücksicht genommen werden solle. Natürlich könne Niemand auf Grund eines so gegriffenen Voranschlages die Garantie übernehmen, daß die magistratsseitig geforderte Summe für den fraglichen Zweck auch ausreiche. Dieselbe solle nur einen vorläufigen Wegweiser für die Aufwendungen bilden, welche zu erwarten seien. Ob der Bau viel theurer werde zu stehen kommen, könne man noch nicht übersehen, aber billiger werde er wohl nicht werden. Da sich also jetzt eine genauere Festlegung der Summe doch nicht ermöglichen lasse, so hege die Commission die Meinung, daß vorläufig, ehe eine genauere Ausarbeitung der Grundrisse und Kostenanschläge, sowie der Fasadengestaltung nicht vorliege, keine feste Summe genannt werden könne. Schon der Umstand, ob man tannene oder eichene oder Parquet-Fußböden nehme, habe einen Unterschied von 50000 M im Gefolge, woraus hervorgehe, daß sich die Bausumme noch gar nicht so genau feststellen lasse. Die städtischen Behörden seien und bleiben Bauherren und könnten daher nach demnächstiger Durchsicht der genauen Kostenanschläge immer noch Aenderungen beschließen und Wünsche bezüglich einzelner Gestaltungen äußern, woraufhin sich dann der genaue Bauplan ausarbeiten lasse.

Der Herr Vorsitzende hält es für bedenklich, jetzt vielleicht eine reichere Gestaltung der Fasadengestaltung zu beschließen, ohne zu wissen, wie viel dieser Beschluß koste. Man bilde hier im Wesentlichen eine geldverwilligende Versammlung und könne daher nicht solchen Sprung ins Dunkle wagen.

Herr Rieke beantragt, zunächst 50000 M zu bewilligen und den Magistrat zu veranlassen, mit dieser Summe die Fundamentirungsarbeiten beginnen zu lassen; später könne dann weiter bewilligt werden. Früher sei schon einmal ein Betrag von 900000 M für das Stadthaus in den Etat eingestellt worden, es gewinne also den Anschein, als ob der Bau mit jedem Jahre theurer werde. Die Hauptsache bleibe immer, daß der Neubau in seinem Innern praktisch eingerichtet werde und das scheine ihm nach dem Grundrisse der Fall zu sein, wenigstens sei für Luft und Licht genügend gesorgt. Ob aber ein Thurm so durchaus nothwendig sei, möchte er bezweifeln, zumal da das Stadthaus schon in das Thurmviertel komme und es wohl nicht nöthig sei, dort noch einen Thurm hinzustellen. Im Uebrigen scheine der Stadtbaurath Winter schon Studienreisen gemacht zu haben, denn das vorliegende Project ähnele dem Rathhause in Pöbneck ungemein. Wenn einmal ein Thurm oder Arcaden und Gallerien der heutigen Geschmacksrichtung entsprechen, so lasse sich dieselbe allerdings nicht umgehen, aber gefallen könne sie ihm gerade nicht. Nothwendig sei es dagegen, daß der Platz dort nicht länger mehr wie eine Wüste liegen bleibe und daß

man bis zum Winter möglichst noch aus dem Grunde herauskomme, um die Hoff-
nung zu haben, den Bau in 3—4 Jahren fertiggestellt zu sehen.

Herr Wolff I hat den Commissionsantrag dahin verstanden, daß die Ver-
sammlung sich die Bewilligung der Bau Summe vorbehalten und sich in dieser Be-
ziehung noch nicht festnageln solle. Wohl aber erwarte man von ihr, daß sie sich
in Bezug auf die Ausgestaltung desjenigen Theiles der Fagade, welcher nach dem
Wilhelmsplaze zu liege, festnagelte. Er halte es nun für bedenklich, heute schon
einen unbedingt bindenden Beschluß in dieser Richtung zu fassen, da in demselben
doch wohl eine feste Weisung für den Baumeister liege, die südwestliche Fagade
reichlicher auszugestalten. Um nun hinsichtlich des Kostenpreises keine Zweifel in
der Versammlung zu lassen, möchte er bitten, bestimmt zum Ausdruck zu bringen,
daß der Einheitspreis von 375 M lediglich den Preis für den Bau und nicht auch
für den Grund und Boden darstelle. Bei Bemessung des Werthes für den Grund
und Boden auf rund 320000 M erhalte man schon eine Bau Summe von 1570000 M,
wenn man die Veranschlagung der Stadt Bauverwaltung der Berechnung zu Grunde
lege, während im Jahre 1887 für den Bau nur 900000 M gefordert seien. Sein
Wunsch gehe dahin, daß, nachdem sich die Versammlung im Wesentlichen mit dem
Grundrisse einverstanden erklärt habe, sie weiteren Vorlagen des Magistrats
entgegensehe und sich ihre Beschlußfassung hinsichtlich der Ausstattung der Fagade
noch frei halte.

Herr Blasius erklärt, daß das Project hinsichtlich der Fagade und des Thurmes
seinen vollen Beifall finde, wenn er den Thurm auch noch mehr architektonisch aus-
gebildet wünschte, was sich aber später noch ermöglichen lasse. Da indessen die
Versammlung erst einmal eine bestimmte Summe verwilligen müsse, und die vom
Magistrate geforderte Summe auf jeden Fall erforderlich sei, so bitte er, den Antrag
3 des Magistrates ebenfalls pure anzunehmen. Praktisch würde er es finden, diesen
Antrag dahin zu ergänzen, daß die speciellen Bauentwürfe und Kostenanschläge
seitens des Magistrats mit Zustimmung der Bau- und Finanzcommission festzu-
stellen seien, was er hiermit beantragen wolle. Die Versammlung könne unmöglich
ins Blaue hinein bewilligen, ohne dabei eine bestimmte Summe festzusetzen.

Herr Wolff II fragt an, ob bei Annahme dieses Antrages das Plenum nichts
mehr zu dem Baue im Einzelnen zu sagen haben solle. (Zustimmung.)

Herr Nieß: Die Besprechung des Kostenpunktes habe auch den größten Theil
der gestrigen Commissionsverhandlungen ausgefüllt, und habe man sich, ohne noch
besondere Wünsche zum Ausdruck zu bringen, nur an die Magistratsvorlage gehalten.
Die Commission sei in Uebereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister dahin
gefangen, den Vorschlag gutzuheißen, daß die Kostenfrage vorläufig aus der Beschluß-
fassung gelassen und der Versammlung nur eine Mittheilung über die ungefähre
Höhe der entstehenden Kosten gemacht werde, damit nicht hinterher vielleicht eine

geringe Ueberschreitung und damit eine Nachverwilligung sich als nothwendig erweise. Die Commission wolle hierdurch auch verhindern, daß die Versammlung vielleicht später einmal genöthigt werde, um 50000 M mehr oder weniger einen ihr sonst gefallenden Bauplan zu verwerfen. Aus diesem Grunde erscheine es angezeigter, mit der Bewilligung der Bausumme zu warten, bis die genaueren Kostenanschläge vorliegen. Herr Uhde sei in Geldsachen zu ängstlich, damit solle indeß nicht gesagt sein, daß derselbe keine Reigung besitze, für ein stolzes Stadthaus das erforderliche Geld zu bewilligen. Da die Werkmeister sehr zufrieden sein würden, wenn sie die für das Justizgebäude gezahlten Preise auch jetzt noch erhielten, so glaube er, daß die veranschlagte Bausumme ausreichen und eine Nachverwilligung nicht nöthig werde. Aus diesem Grunde könnte er auch nichts darin finden, wenn die Versammlung schon heute die Bausumme von 1161000 M, bezw. 1250000 M verwilligte. Nach dieser Summe würde sich ein Architekt bei der Aufstellung des Bauplanes sehr wohl richten können und sei darum gegen den Blasius'schen Antrag nichts einzuwenden.

Herr Uhde hält die Angelegenheit noch gar nicht für so weit gediehen, als daß das Plenum der Versammlung von der weiteren Beschlußfassung schon entbunden und diese der Commission übertragen werden könnte. Erwünscht wäre es, jetzt dem Architekten des Stadthauses die Zusage zu ertheilen, auf Grund der Grundrissdisposition weiter bauen zu können und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß man im Allgemeinen das Äußere nach den vorliegenden Plänen, welche indessen zur Ausführung und Beurtheilung des Baues noch genauer ausgearbeitet werden müßten, behandelt wissen wolle. Bezüglich der Fassade wünsche man noch, einen kleinen, am meisten vor dem südwestlichen Plaze liegenden Theil einer weiteren architektonischen Durchbildung zu unterziehen und hierdurch dem Charakter des Gebäudes Ausdruck zu geben. Die weitere geschäftliche Behandlung könnte allerdings, wenn solches beliebt werden sollte, nach Fertigstellung der speciellen Kostenanschläge und Pläne — welche noch vom Plenum zu genehmigen seien — in die Hände der vereinigten Bau- und Finanzcommission gelegt werden. Die Festsetzung der ganzen Bausumme schon jetzt vorzunehmen, erscheine unmöglich, weil die Höhe derselben ganz wesentlich von den weiteren Beschlüssen der Versammlung abhängig sei; außerdem liege eine Nothwendigkeit zu solcher sofortigen Bewilligung nicht vor, da nach Genehmigung des Grundrisses mit der Aushebung des Grund und Bodens begonnen werden könne und der Beginn der Bauausführung doch erst nach Monaten stattfinden werde, während in der Zwischenzeit der genaue Grundriß gefertigt werden könnte. In dem Commissionsantrage finde sich also der Wunsch ausgedrückt, die Angelegenheit nach Fertigstellung der detaillirteren und durchgearbeiteteren Pläne noch weiter im Plenum zu besprechen. Gegen die Bewilligung einer beliebigen Abschlagssumme an den Magistrat sei aber auch nichts einzuwenden.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, für den Magistrat sei es nicht von solcher Bedeutung, daß die Versammlung heute schon einen Beschluß über die äußere Gestaltung der Fagade des Stadthauses und über den Einheitspreis der aufzunehmenden Kosten, bezw. die Gesamtsumme der Baukosten fasse, als daß erst einmal — wie geschehen — der Grundriß festgelegt werde. Aus dieser Rücksicht habe er sich mit dem Vorgehen der Baucommission einverstanden erklärt.

Nachdem die Grundrißform festgestellt sei, brauche sich der Magistrat im Laufe der nächsten Zeit nicht etwa nur auf die Aushebung des Grund und Bodens zu beschränken, sondern er könne auch mit der Fundamentirung beginnen lassen. Eines besonderen Antrages auf Bewilligung einer Summe für die Fundamentirungsarbeiten werde es gar nicht bedürfen, weil der laufende Etat schon 100 000 M. als erste Baurate auswerfe und diese Summe durch Genehmigung des Grundrisses als fest bewilligt angesehen werden könne. Außerdem lasse sich bei Fundamentirungsarbeiten mit 50 000 M., — welche Summe Herr Rieke beantragt habe — nicht weit kommen. Er bitte, das Einverständniß der Versammlung zu constatiren, daß der Magistrat jezt, nach Festlegung der Grundrißform befugt erscheinen solle, die im Etat vorgesehenen 100 000 M. zu verwenden. In der Zwischenzeit könnten dann die Detailpläne und Anschläge gemacht werden und hoffe er, daß durch Fertigung derselben eine Verzögerung im Bau nicht eintreten werde.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, daß durch diese Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters die Magistratsvorlage entsprechend geändert und jezt zunächst nur die im Etat vorgesehene erste Baurate von 100 000 M. als bewilligt angesehen werden solle.

Herr Wolff I würde es für das Wichtigste halten, den Antrag der Commission mit dem Zusaze anzunehmen, daß die Versammlung sich nach den vorhin gefaßten Beschlüssen mit der Verwendung der 100 000 M. einverstanden erkläre, damit sie in der Lage sei, bei endlicher Gestaltung des Stadthausbaues noch ein Wort mitzureden.

Nachdem sich noch die Herren Hauswaldt und Nieß zur Klarstellung des zu fassenden Beschlusses geäußert und die Herren Blasius und Rieke ihre Anträge zurückgezogen hatten,

beschließt die Versammlung, daß mit der Genehmigung des Grundrisses zugleich die im Etat vorgesehene Summe von 100 000 M. als bewilligt angesehen werde.

Endlich hatte — wie Herr Uhde weiter berichtet — die Commission noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß bei der Wichtigkeit des Bauobjectes der Stadthaurath Winter in die Möglichkeit versetzt werden möchte, das einschlägige neuere Material besichtigen zu können und derselbe daher seitens des Magistrates den Auftrag erhalten möchte, dieses Material an Ort und Stelle anzusehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, bei Annahme dieses Antrages auch das Ziel der Reise zu bestimmen, weil der Stadtbaurath nicht so lange in der Welt herumreisen könne, bis er etwas finde, was er gebrauchen könne.

Herr Nieß bemerkt, daß, wenn der Magistrat sich mit dem Wunsche der Baucommission einverstanden erkläre, auch das Ziel der Reise leicht mit Winter festgestellt werden könne. Empfehlenswerth sei es, Wiesbaden, München und vielleicht auch England zu bereisen. Er möchte wünschen, daß sich die Versammlung dem Antrage anschließe und das Weitere dem Magistrate überlasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist der Meinung, daß, nachdem einmal der Grundriß für das Stadthaus festgelegt sei, eine derartige Instructionsreise nur die Wirkung haben könnte, in Bezug auf die äußere Gestaltung dieses oder jenes Vorbild für das Stadthaus zu nehmen. Zu solchem Zwecke würden aber wohl die Abbildungen genügen, welche die Stadt. Bauverwaltung besitze. Gegenüber dem Wunsche, den Stadtbaurath auch nach England zu schicken, bemerke er, daß er es dahingestellt sein lassen wolle, ob es sich empfehle, gerade den englischen Baustyl zu wählen.

Herr Uhde giebt anheim, den Stadtbaurath auch nach Birmingham zu schicken, weil dort ein neues Verwaltungsgebäude errichtet werde, welches noch nicht publicirt sei. Es komme dabei nicht nur auf den Grundriß, sondern auch auf die Ausführung im Hochbau an.

Herr Rudeloff glaubt, daß ein Beschluß, Herrn Winter nach Birmingham zu schicken, einzig dastehen würde. Besser sei es doch, bezüglichliche Wünsche von Herrn Winter abzuwarten, da dieser am besten wissen werde, wo er das nöthige Material finde.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, den Antrag der Commission aus dem Grunde abzulehnen, weil, wenn der Magistrat solche Reisen für wünschenswerth oder nothwendig erachten sollte, er sich auch für befugt halten müsse, die Kosten aus der Bausumme selbstständig zu bestreiten. (Zustimmung.)

Herr Halle erklärt sich mit diesen Ausführungen einverstanden, will aber gleichzeitig empfehlen, so schnell wie möglich mit dem Stadthausbau ins Reine zu kommen, da es ihm scheine, als ob der Bau bei dem jetzigen Vorsitzenden der Baucommission immer noch theurer werde.

Da die Baucommission inzwischen ihren Antrag zurückgezogen hatte, ist die Berathung dieses Gegenstandes damit geschlossen.

VIII. Erwerb von Straßenflächen an der Juliusstraße.

Der Ankauf der zum Ausbau der Juliusstraße erforderlichen, 27,5 qm großen Theilfläche des Stellfeldt'schen Grundstückes zum Einheitspreise von 10 M. wird magistratsseitig beantragt.

und von der Versammlung genehmigt, nachdem derselbe von Herrn Weber namens der Baucommission befürwortet war.

IX. Erwerb von Straßenflächen an der Goslarischenstraße.

Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge hat der Civil-Ingenieur Königsdorf von seinen beiden an der Goslarischenstraße belegenen Grundstücken Theilflächen von 42 und 43 qm zu der genannten Straße abgetreten. Es ist vereinbart, daß die Abtretung unentgeltlich gegen Zusicherung der Befreiung der Restgrundstücke von den Terrainerwerbskosten erfolge, daß aber, wenn für die von den Nachbargrundstücken abzutretenden Theilflächen stadtseitig sollte Entschädigung gewährt werden müssen, die Befreiung der in Rede stehenden Grundstücke von den Terrainerwerbskosten zwar wegfällt, dafür aber auch nachträglich für die jetzt unentgeltlich an die Stadt abgetretenen beiden Flächen die im Durchschnitt für die gegen Entgelt erworbenen Flächen gezahlte Entschädigung gewährt wird. Der Magistrat beantragt, den dieserhalb abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

was von Herrn Weber namens der Baucommission befürwortet und von der Versammlung beschlossen wird.

X. Baulinie im Delschlägern.

In Veranlassung eines vom Maurermeister Nette eingebrachten Antrages auf Feststellung der Bauluchtklinie für das im Delschlägern belegene Rossmann'sche Grundstück wird ein Ortsbauplan für die Regulirung dieser Straße vom Stadtmagistrate zur Genehmigung vorgelegt.

Die Baucommission giebt nach dem Berichte des Herrn Weber anheim, die neue Baulinie zu genehmigen und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Erstattung von Wasserrohrkosten.

Der Bauunternehmer Bannow hat gebeten, ihm die für Belegung der drei auf seine Kosten ausgebauten Straßen mit Gas- und Wasserrohren, als der Reichenberg- und Lampestraße, sowie eines Theiles der Wendenmashstraße verausgabten Beträge mit den Canalisationskosten zu ersetzen. Der Magistrat hält für billig und zulässig, daß dem Unternehmer schon vor der stadtseitigen Uebernahme der Straßen diejenigen Summen ausgezahlt werden, welche sich durch die Canalsteuer und den Privatconsum an Gas- und Wasser mit 4 % verzinßen. Für die einzelnen Anlagen sind an Kosten aufgewandt in der

	für den Canal	für das Gasrohr	für das Wasserrohr
Reichenbergstraße	2396,15 M	1246,45 M	1501,80 M
Lampestraße	3926,38 "	656,60 "	1151,70 "
Wendenmashstraße	3721,91 "	848,90 "	1342,50 "

Von diesen Beträgen verzinsen sich zur Zeit mit 4 % die Kosten des Canals in der Reichenbergstraße, sowie die drei Posten für Wasserrohr zu 6392,15 M. Da indessen Bannow der Canalbaucaffe noch 2598,29 M schuldet und gebeten hat, von Einziehung dieser Summe mit Rücksicht darauf Abstand zu nehmen, daß dieselbe schon in nächster Zeit ihm wieder ausbezahlt werden müßte, so erscheint es dem Magistrate angezeigt, dem Antragsteller nur insoweit entgegenzukommen, daß ihm zur Zeit lediglich die Kosten für die Wasserröhren mit zusammen 3996 M zurückgezahlt werden. Der Magistrat ersucht daher, diese Summe zu verwilligen, was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, geschieht.

XII. Baulinie an der Friesenstraße.

Die katholische Gemeinde beabsichtigt, auf ihrem an der Friesenstraße gelegenen Grundstücke ein neues Schulgebäude zu errichten und hat das Stadtbauamt deshalb für die genannte Straße eine neue Baulinie in Vorschlag gebracht. Nachdem sich der Kirchenvorstand zu St. Nicolai bereit erklärt hat, das neue Schulgebäude ohne besondere Entschädigung so weit hinter die projectirte östliche Fluchtlinie zurückzusetzen, daß eine Inanspruchnahme von Straßenflächen und damit eine zeitweilige Verengung der Straße vermieden wird, findet der Magistrat gegen die Feststellung der für die Ostseite der Friesenstraße in Vorschlag gebrachten Baulinie nichts einzuwenden und ersucht, dieselbe zu genehmigen. Wegen Feststellung einer Baulinie für die Westseite der Straße behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Die Baucommission läßt die neue Baulinie durch Herrn Bültemann zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt dieselbe.

XIII. Anschaffung von Schneepflügen und Ergänzung von Abfuhrwagen.

Die Straßenreinigungs-Deputation hat beantragt, 1) für den Ankauf der beiden Rothe'schen Schneepflüge, welche bei dem letzten starken Schneefalle probeweise benutzt sind und sich gut bewährt haben, 1450 M zu verwilligen; 2) die Unterwagen von 10 Stück der eisernen Abfuhrwagen an den Fuhrherrn L. Fricke zum Preise von 250 M für das Stück zu verkaufen, an Stelle derselben neue Unterwagen ohne Federn, jedoch mit höheren Rädern, gleich denen der beiden lezthin angeschafften hölzernen Abfuhrwagen, zum Preise von je 350 M anzuschaffen und zur Bestreitung der sich aus der Differenz ergebenden Mehrkosten, sowie der Transportkosten den Betrag von 1100 M zu verwilligen. Die Anschaffung der Schneepflüge hält der Magistrat im Interesse der Aufrechterhaltung des Verkehrs bei starken Schneefällen für angezeigt, auch den geforderten Preis für angemessen. Was die Unterwagen der Abfuhrwagen betrifft, so sind dieselben schwer gebaut und erfordern, da die Räder

sehr niedrig sind, auf den Abladeplätzen eine Kraftanstrengung der Pferde, welche im Interesse der Schonung der letzteren vermieden werden muß. Danach ersucht der Magistrat, den Betrag von zusammen 2550 M zu verwilligen und die Veräußerung von 10 Stück Unterwagen der eisernen Abfuhrwagen an den Fuhrherrn Fricke zum Preise von je 250 M zu genehmigen.

In Veranlassung des von der Versammlung in der Sitzung vom 28. December v. J. an den Magistrat gerichteten Ersuchens wegen Anschaffung eines zweirädrigen Rippfarrens und eines vierrädrigen Rippwagens nach Breslauer Muster hat der Magistrat über diese Geschirre bei dem Magistrate in Breslau Erkundigungen eingezogen. Aus dem Schreiben der letzteren Behörde geht hervor, daß man in Breslau die Benutzung zweirädriger Karren wegen der damit verbundenen mancherlei Nachteile gänzlich aufzugeben beschloßen hat und in 2—3 Jahren nur noch vierrädrige Rippwagen (mit 2 cbm Inhalt) gebrauchen wird. Mit Rücksicht hierauf und da auch die Straßenreinigungs-Deputation sich gegen die Anschaffung zweirädriger Rippfarren ausgesprochen hat, kann der Magistrat sich nicht dazu verstehen, eine solche anzukaufen. Ein vierrädriger Rippwagen ist inzwischen behufs Abfuhr des Straßenschlammes angeschafft und die Deputation vom Magistrate aufgefordert, sich gutachtlich über dessen Brauchbarkeit zu äußern. Sobald diese Äußerung erfolgt ist, wird der Magistrat darüber weitere Mittheilung machen.

Namens der Finanzcommission berichtet über diese Vorlage Herr Natalis: Die beiden Rothe'schen Schneepflüge seien nur so kurze Zeit in Thätigkeit gewesen, daß man über deren praktische Verwendbarkeit sich noch kein abschließendes Urtheil habe bilden können. Ob die Schneepflüge für eine Stadt wie Braunschweig mit ihren vielen engen und breiten Straßen überhaupt nutzbringend verwerthet werden könnten, sei noch eine offene Frage und müßte man jedenfalls Pflüge mit verstellbaren Schenkeln haben, um namentlich bei engeren Straßen nicht zweimal in dieselbe Furche zu gerathen. Eine nützliche Wirkung der Schneepflüge sei überhaupt nur bei frisch gefallenem Schnee, welcher sich leicht bei Seite schieben lasse, denkbar. Das einfachste Mittel zur Beseitigung solcher Schneemassen bestehe in der sofortigen Abstoßung derselben mittelst Handarbeit in die Canalschachte und lasse sich dieses wohl billiger erreichen als bei der Benutzung von Schneepflügen. Ein großes Moment trete noch bestimmend hinzu, indem diejenigen Arbeiter, welche im Winter feiern müssen, mit großem Wohlbehagen den Schnee fallen sehen, weil sie dadurch etwas Verdienst bekommen und man nun nicht darauf sehen solle, ihnen diesen Verdienst mittelst maschineller Vorrichtungen zu nehmen. Wenn aber einmal Schneepflüge zur Verwendung kommen sollen — was sich für die Außenstadt sehr wohl empfehlen möchte — so würde es auch darauf ankommen, diese so zweckmäßig wie möglich und unter Ausnutzung aller auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen zu wählen. Beispielsweise benutze man in Blankenburg Blochhorst'sche Schneepflüge, welche, auf Rollen laufend,

eine dünne, zur Schlittenbahn ausreichende Schicht Schnee liegen lassen und die in Folge dieses Rollenystems so leicht laufen, daß sie mit 3—4 Pferden fortzubewegen seien, während man mit anderen Pflügen wohl 6—8 Pferde gebrauchen würde. Da nun außerdem der Commission der für diese Schneepflüge geforderte Preis gegenüber den ortsüblichen Preisen von 300—500 M. zu hoch vorgekommen sei, so beantrage sie einstimmig, die Verwilligung der Summe für die Beschaffung von Schneepflügen zu versagen. — Dagegen könne die Commission den Punkt 2 der Magistratsvorlage zur Annahme empfehlen, da das Abkommen mit Fricke ein annehmbares sei und eine Umänderung der Unterwagen nothwendig erscheine.

Herr Stadtrath Kete meyer bemerkt, daß der Magistrat auf die Beschaffung der beiden Schneepflüge ein so erhebliches Gewicht nicht lege und die Vorlage nur auf Veranlassung der Deputation für das Straßenreinigungswesen eingebracht sei. Im Uebrigen haben sich die Schneepflüge in jeder Beziehung bei der probeweisen Benutzung bewährt. Eine Entziehung von Arbeitsgelegenheit durch dieselben könne nur in gewissem Umfange zugegeben werden, denn die Fortschaffung des Schnees aus den Straßen bleibe auch fernerhin nöthig. In erster Linie sei aber darauf zu halten, daß der Verkehr auf den Straßen der Stadt im Gange bleibe und nicht, daß die Arbeiter Arbeitsgelegenheit bekommen. Die Construction der Schneepflüge sei übrigens eine recht gute und treffen die hier vorgebrachten Mängel nicht zu, indem zur Fortbewegung derselben bei dem einen Pfluge nur 4, bei dem anderen aber nur 2 Pferde nöthig gewesen seien und die Pflüge ebenfalls auf Rollen laufen. Man habe es hier mit einer den hiesigen Schlammmaschinen ähnlichen Construction zu thun, die sich in jeder Beziehung bewährt habe. Er sehe auch nicht ein, weshalb der Pflug immer in derselben Spurrille laufen müsse. Bezüglich des Preises wolle er noch erwähnen, daß Herr Commerzienrath Schöttler denselben für billig halte.

Herr Halle ist auch in der Deputation nicht für die Beschaffung der Pflüge gewesen, da sie seiner Meinung nach zu leicht und nicht im Stande seien, größere Schneemassen zu beseitigen, auch ihnen Constructionsmängel anhaften. Da nun außerdem die Stadt gerade zu Zeiten von Schneefällen immer Arbeitskräfte in genügender Zahl erhalten könne, so vermöge er nicht für die Beschaffung von Schneepflügen einzutreten.

Herr Bültmann will dem gegenüber hervorheben, daß er bei einem Begange der Straßen sich von dem guten Arbeiten der Schneepflüge überzeugt habe. Da nun in einer Großstadt Werth darauf gelegt werden müsse, den Schnee recht schnell von den Straßen fortzuschaffen, so habe er für den Ankauf gestimmt.

Herr Wolff I macht darauf aufmerksam, daß die Finanzcommission nicht grundsätzlich gegen jede Beschaffung von Schneepflügen eingenommen sei, sondern daß sie nur diese Schneepflüge nicht für so vorzüglich halte, um namentlich im Hinblick auf die jetzige Jahreszeit eine sofortige Beschaffung für nöthig zu erachten. Da

nun außerdem von der Firma Alb. Blochhorst, welche solche Pflüge als Specialität baue, Zeichnungen vorgelegt seien, deren Ausführung noch billiger zu stehen komme, so empfehle die Commission, vorerst eine abwartende Stellung dieser Frage gegenüber einzunehmen und noch weitere Proben anzustellen.

Herr Stadtrath Metemeyer erklärt, daß diese Frage bereits eingehend erwogen und man zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Blochhorst'schen Pflüge für innenstädtische Zwecke nicht gebraucht werden können, weil sie immer in derselben Spurrille weiter laufen und sie auch den Schnee in compacterer Masse nicht werden zur Seite schaffen können.

Herr Natalis möchte dem gegenüber hervorheben, daß Schneepflüge überhaupt für die außerstädtischen und die Landstraßen wohl sehr nützlich würden sein können, daß aber für innenstädtische Zwecke nur in der Spurweite verstellbare Pflüge wie die Blochhorst'schen verwendbar sein würden.

Herr Wilke ist gegen die Beschaffung der Schneepflüge, welche doch nur selten gebraucht werden und zu ihrer Instandhaltung im Sommer einen Mann erfordern, der sie zu schmieren habe. Außerdem müßten sie auch in einem Schuppen untergebracht werden, damit sie nicht fortwährend den Unbilden der Witterung ausgesetzt seien. Man solle die Schneepflüge den Chausseen überlassen und für die Stadt das bisherige Verfahren beibehalten.

Herr Wolff I hält dafür, heute noch nicht in eine Beschlußfassung zu treten, sondern diesen Punkt der Vorlage noch einmal an die Commission zurückzuverweisen.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Wolff I abgelehnt und dem Antrage der Finanzcommission auf Nichtbewilligung der für die Beschaffung von Schneepflügen geforderten Summe, sowie auf Genehmigung der beantragten Umänderung der Abfuhrwagen zugestimmt.

XIV. Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat den Magistrat ersucht, sie in ihrem Bestreben auf Beschaffung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen dadurch zu unterstützen, daß die auf die einzelnen Grundstücke der Genossenschaft entfallenden Straßenbaukosten ermäßigt würden. Wenngleich der Magistrat die Gemeinnützigkeit des fraglichen Unternehmens anerkennen muß, so erscheint es ihm doch nicht zweckmäßig, dasselbe durch Ermäßigung der Straßenbaukosten zu unterstützen, einestheils der unvermeidlichen Berufungen wegen, sodann aber auch, weil eine völlig sichere Gewähr dafür, daß die Ermäßigung der Beiträge in jedem Falle ausschließlich der Genossenschaft zu Gute kommen würde, nicht geboten werden kann. Der Magistrat hält es für richtiger, der Genossenschaft bis auf Weiteres eine widerrufliche Baargeldunterstützung und zwar für das laufende Jahr eine solche in Höhe von 1000 M zu gewähren und ersucht, diesen Betrag aus den verfügbaren Mitteln der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde zu verwilligen.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff II zur Annahme empfehlen und
die Versammlung genehmigt dieselbe.

XV. Bedürfnisanstalt am Magnithor.

Unter der Mittheilung, daß das Herzogliche Staatsministerium die von der Versammlung gewünschte Freigabe eines Theils des vor dem von Eschwege'schen Grundstücke gelegenen Platzes zum Zwecke der Errichtung einer Bedürfnisanstalt abgelehnt und anheimgegeben hat, solche Anstalt demnächst auf einem der benachbarten militairfiscalischen Grundstücke aufzustellen, wiederholt der Magistrat seinen früheren Antrag wegen Errichtung der Anstalt auf dem Platze vor der Magnikirche und ersucht um entsprechende Beschlußfassung mit dem Bemerken, daß er mit der Bestimmung einer zweckentsprechenderen als der von ihm früher vorgeschlagenen Stelle einverstanden sein würde. Die Anstalt demnächst auf dem jetzigen militairfiscalischen Terrain aufzustellen, hält der Magistrat mit Rücksicht auf den Werth desselben für unthunlich.

Die Finanzcommission hat sich — wie Herr Jüdel berichtet — mit Mehrheit für die Aufstellung der Anstalt in der Mitte des Platzes, jedoch näher hin zu dem Fußwege der Straße im Delschlägern erklärt und beantragt daher, zu beschließen, daß die Anstalt an diese Stelle gesetzt werde. Die Minderheit der Commission habe sich für den Platz westlich vom Thurme entschieden.

Herr Halle möchte bitten, dem Commissionsantrage zuzustimmen, damit die Sache endlich aus der Luft komme. Die Entscheidung der Herzoglichen Bau-Direction bedaure er umsomehr, als jener Platz an der Wallpromenade am geeignetsten für den Zweck gewesen sein würde.

Herr Günther hält den Platz vor der Magnikirche für vollständig unzumänglich und beantragt, den Commissionsantrag abzulehnen, mit der Aufstellung einer Bedürfnisanstalt aber zu warten, bis ein besserer Platz in der Nähe der jetzigen Husarencaserne gefunden sei. Wenn die Anstalt hauptsächlich den Passanten der Wallpromenade dienen solle, so empfehle sich der Platz an der Magnikirche in keiner Weise und deshalb sei es besser, die Vorlage ganz abzulehnen, als einen ungeeigneten Platz für die Anstalt zu wählen.

Herr Hauswaldt kann sich ebenfalls nicht für die Wahl des Platzes an der Magnikirche aussprechen, da die Anstalt dort die Kirche verunziere. Man könne ruhig warten, bis das Grundstück der Husarencaserne im nächsten Jahre der Stadt überwiesen sei und dann die Anstalt dort hinstellen.

Herr Wolff I vermag diese Ansicht nicht zu theilen. Wenn man ein nettes, anständiges Häuschen dort hinsetze, so könne er nicht einsehen, daß dieses den Platz und die Kirche verunziere, abgesehen davon, daß die Kirche vielleicht gar nicht so sehr

schön sei. Für die Spaziergänger auf den Wallpromenaden solle die Anstalt keineswegs allein aufgestellt werden, sondern man habe die große Zahl der Passanten, welche von der Innenstadt nach der Außenstadt und umgekehrt das Magnithor berühren, mit zu berücksichtigen und für diese liege die Anstalt dann sehr bequem. Er sei mehr dafür, eine Anstalt auf einem nicht so ganz geeigneten Plage zu erhalten, als auf dieselbe vielleicht eine ganze Reihe von Jahren zu verzichten.

Während Herr Jüdel nochmals für die Genehmigung des Commissionsantrages eintritt,

bittet Herr Günther wiederholt um Ablehnung der Vorlage, bemerkend, daß ihm die Stelle an der Ostseite des Monumentsplatzes, an welcher die Trinkbude stehe, viel geeigneter für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt erscheine.

Die Versammlung genehmigt darauf den Antrag der Finanzcommission mit 12 von 23 Stimmen.

XVI. Erwerb von Grabenflächen u. an der Roßstraße.

Da bei einem späteren Ausbau der Roßstraße es für die Stadt erforderlich ist, den an der Westseite der Straße ziehenden Graben, sowie den zwischen diesem und der Straße belegenen Sicherheitsstreifen mit den an derselben gepflanzten Obstbäumen eigenthümlich zu besetzen, so ist der Magistrat mit der Verwaltungs-Deputation der Feldmarks-Interessenschaft Neupetritbor in bezügliche Verhandlung getreten, welche schließlich zu dem Ergebniss geführt haben, daß die Deputation bereit ist, die fraglichen Eigenthumsverhältnisse an die Stadt gegen eine einmalige Entschädigung von 200 M. zu übertragen. Mit dem Ersuchen um Genehmigung dieses Abkommens macht der Magistrat noch davon Mittheilung, daß die Stadt nicht nur künftig für die Entwässerung des Grabens Sorge zu tragen, sondern auch in die seitens der Verwaltungs-Deputation mit dem Händler Ehlers, dem Finanz-Revisor Herrmann und dem Feldhüter Wiehe bezüglich der Geländestreifen abgeschlossenen, bis Ostern 1896 laufenden Pachtverträge einzutreten haben werde. Die Zinserträge belaufen sich jährlich auf 10,50 M.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff II befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XVII. Plan für den Bürgerpark.

Nachdem der von den städtischen Behörden beschlossene Ankauf der sämmtlichen zwischen der Wolfenbüttlerstraße und der Oker belegenen Wiesen nunmehr zum Abschluß gekommen ist, erscheint es angezeigt, das Programm wegen Umwandlung derselben in Parkanlagen festzustellen, nicht sowohl um schon in diesem Jahre mit den Arbeiten zu beginnen — denn in Folge der im vorigen Jahre den städtischen Gebäuden zugefügten umfangreichen Hagelschäden wird die Stadtcassenrechnung vom

Jahre 1891 voraussichtlich mit einem Deficit abschließen — als vielmehr, um bei den bereits begonnenen Aufschüttungen nach einem bestimmten Plane vorgehen und andererseits die einstweilen unberührt bleibenden Wiesenflächen noch angemessen ausnützen zu können. — Bekanntlich hat der Promenaden-Inspector Kreiß die Umwandlung der Wiesen in Parkanlagen in einem größeren Projecte zur Darstellung gebracht, bei dessen Durchführung Anlagen entstehen würden, die der Stadt zur Zierde gereichen und allen Erholungsbedürftigen einen angenehmen Aufenthalt bieten würden. Der Magistrat ist mit dem Projecte im Allgemeinen und abgesehen von der Errichtung der verschiedenen Bauten, worüber die Beschlußfassung vorbehalten bleibt, einverstanden, beabsichtigt aber, mit Kreiß wegen einer unbedeutenden Aenderung der Zeichnung, welche der hiesige Eisbahn-Verein erbeten hat, noch in Verhandlung zu treten. Die Kosten der Ausführung des Projectes sind, abgesehen von den im Plane vorgesehenen Gebäuden, von Kreiß zu einer Mark für den Quadratmeter veranschlagt, vorausgesetzt, daß alle Aufschüttungen unentgeltlich erfolgen, so daß, da es sich im Ganzen um ca. 25 ha handelt, der Gesamtaufwand rund 250000 M betragen würde. Dieser Aufwand erscheint dem Magistrate angemessen, wie denn auch die auf der Westseite der Oker belegenen Anlagen den gleichen Aufwand verursacht haben. Für die Ausarbeitung des Projectes hat Herr Kreiß eine besondere Entschädigung nicht beansprucht, vielmehr lediglich um Ersatz seiner baaren Auslagen mit rund 150 M ersucht. Die erforderlichen Absteckungen und die Leitung der auszuführenden Arbeiten ist er bereit, gegen ein Honorar von 5 pCt. der in jedem Jahre aufgewandten Ausführungskosten zu übernehmen. — Das Ersuchen des Magistrates geht nun dahin:

- 1) das vorgelegte Project — abgesehen von Ausführung der Bauten und vorbehaltlich einzelner Aenderungen — gutzuheißen,
- 2) zu genehmigen, daß die Vornahme der erforderlichen Absteckungen und die Leitung der auszuführenden Arbeiten dem Promenaden-Inspector Kreiß gegen Zubilligung eines Honorars von 5 pCt. der in jedem Jahre verausgabten Summe übertragen werde und
- 3) den Betrag von 150 M zur Entschädigung von Kreiß für dessen baare Auslagen zu verwilligen.

Ueber die Nutzung der vorläufig verfügbar bleibenden Wiesenflächen sind weitere Anträge vorbehalten.

Wie Herr U h d e berichtet, hat die Statutencommission der Vorlage im Allgemeinen zugestimmt, wenn sie auch einige Aenderungen und Ergänzungen wünsche.

Die Commission stelle auf Grund ihrer Berathungen folgende Anträge:

„Die Versammlung wolle beschließen:

- 1) das Kreiß'sche Project, abgesehen von Ausführung der Bauten und vorbehaltlich einzelner Aenderungen, gutzuheißen, dabei jedoch dem Wunsche

Ausdruck zu geben, daß in das Project verschiedene Waldpartien von Laub- und Nadelholz Aufnahme finden,

- 2) zu genehmigen, daß die Vornahme der erforderlichen Absteckungen und die — jedoch frei widerrufliche — Leitung der auszuführenden Arbeiten dem Promenaden=Inspector Kreiß gegen Zubilligung eines Honorars von 4 pCt. der in jedem Jahre verausgabten Summe übertragen werde und
- 3) den Betrag von 2500 M zur Entschädigung des p. Kreiß für die Ueberlassung des Projectes einschließlich der von demselben annoch zu beschaffenden Veränderungen und Nivellementszeichnungen zu verwilligen."

Zu diesen Anträgen solle noch bemerkt werden, daß man in der Commission der Meinung gewesen sei, es würden nach dem vorliegenden Projecte zu wenig Waldpartien angelegt werden und man wünschen müßte, nicht allzu sehr geöffnete Parkanlagen, sondern mehr schattenspendende Partien zu erhalten. Da nun außerdem für die Ausführung eines solchen Parkprojectes nicht allein die horizontale Projection genüge und es für die Schönheit der Parkanlagen eine wesentliche Bedingung sei, daß die Undulation mit in das Project hineinkomme, so wünsche die Commission ein Quer=Nivellement zu haben.

Herr Hauswaldt kann sich diesen Ausführungen nur anschließen. Das der Versammlung vorgelegte Bild sei künstlerisch schön, besitze aber nichtsdestoweniger auch Mängel. So z. B. wünsche er nicht, daß der Park Reitwege erhalte, weil derselbe hierzu viel zu klein sei und die Spaziergänger durch die Reiter nur belästigt werden würden. Er möchte der Versammlung empfehlen, behufs näherer Ausarbeitung des Projectes und weiterer Förderung des wohl Allen am Herzen liegenden Bürgerparkes eine mit aus 4 Stadtverordneten bestehende Deputation einzusetzen, wie solches bei der Markthallen=Angelegenheit und in sonstigen Fällen mit gutem Erfolge geschehen sei. In den Händen dieser Deputation würde dann die ganze Bürgerparks=Angelegenheit verbleiben. Besonders wolle er noch anheimgeben, mehr Spielplätze für den Bürgerpark vorzusehen.

Herr Stadtrath Kete Meyer erwähnt, daß der Magistrat seinerseits auch schon beschloffen habe, die Reitwege zu beanstanden.

Herr Rimpau fragt an, ob es nicht angängig sei, der Deputation das Recht der Cooptation beizulegen, damit Bürger, welche sich besonders für die Sache interessieren, mit beschließender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß es nach §. 110 der rev. Städteordnung lediglich bei der Versammlung liege, Herren aus der eigenen Mitte oder auch aus der weiteren Bürgerschaft in die Deputation zu wählen.

Herr Hauswaldt glaubt, daß der von Herrn Rimpau erstrebte Zweck sich auch erreichen lasse, wenn man Herren aus der Bürgerschaft einlade, den Verhandlungen der Deputation beizuwohnen.

Herr Wolff I möchte vorschlagen, die Wahl der Deputationsmitglieder heute noch auszusetzen, damit die Auswahl der Personen mit Ruhe bedacht werden könne.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der Einsetzung einer Deputation einverstanden, genehmigt das Parkproject im Allgemeinen und stimmt auch der von der Statutencommission vorgeschlagenen Honorirung des Promenaden-Inspectors Kreiß zu. Die Wahl der Deputationsmitglieder wird in der folgenden Versammlung vorgenommen werden.

XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange und Gen. auf Errichtung des Schützenzeltes im Bürgerparke.

Der mit Unterstützung der Stadtvv. Blasius, Brückmann, Hauswaldt, Wille, Bültmann und Schumburg eingebrachte Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, den Zuschlag zum Verkaufe des alten Schützenhauses nicht ertheilen zu wollen, dasselbe vielmehr unter Berücksichtigung der veränderten Umstände in dem Bürgerparke durch den Maurermeister A. Moß für die Summe von 7500 M aufstellen lassen zu wollen, behufs Beschaffung eines Schutzes bei schlechtem Wetter und behufs Beschaffung einer Wohnung für einen Parkwärter, event. auch zur Anlage einer Restauration.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Lange Folgendes aus: Er habe mit großer Freude der Entwicklung des neuen Bürgerparkes entgegengeesehen und mit Genugthuung die Vorlage des neuen erweiterten Planes, welcher allen Ansprüchen an Schönheit genügen werde, begrüßt. Aber allen Freunden des Parkes müsse es dringend erwünscht sein, daß die schönen Anlagen auch erhalten bleiben und daß solche Rohheiten und Flegeleien, wie sie unlängst dort vorgekommen seien, möglichst vermieden werden. Das lasse sich aber nur durch eine ständige Beaufsichtigung des Parkes erreichen und hierzu sei unerlässlich, daß ein Wärter im Parke selbst Wohnung erhalte. Dieser und der Grund der Nothwendigkeit, ein Unterkommen im Parke für die vielen Besucher desselben bei plötzlich eintretendem Wetterumschlage zu erhalten, veranlassen ihn, die Aufmerksamkeit der Versammlung nochmals auf das in der vorigen Versammlung behandelte Schützenzelt zu lenken. Wenn auch der Verkauf des Zeltes bereits beschlossen sei, so habe der Magistrat doch mit Rücksicht auf das außerordentlich niedrige Gebot von 1500 M, welches abgegeben sei, den Zuschlag noch nicht ertheilt, so daß sich der Beschluß noch rückgängig machen lasse. Wesentlich bestimmend bei der Fassung des Beschlusses sei für die Versammlung der Umstand gewesen, daß die Städt. Bauverwaltung für den Wiederaufbau des Zeltes eine

Summe von 23000 M gefordert habe. Um nun eine genaue Prüfung der Höhe der erforderlichen Bau Summe vornehmen zu können, habe er das fragliche Gebäude durch einen hiesigen Sachverständigen aufnehmen und sich einen Kostenanschlag für die Einrichtung einer Parkwärterwohnung, die erforderlichen Ausbesserungen am Gebäude selbst, die Neugestaltung der Aborte zc. fertigen lassen. Wenn das Haus nach dem hier vorliegenden Grundrisse auf- und ausgebaut werde, so enthalte es reichliche Räume und werde dem Parke auch zur Zierde gereichen. Es sei angenommen, den rechten Flügel zu Restaurationsräumen zu nehmen, während der linke Flügel für eine Aufenthaltshalle von Kindern und Mädchen bestimmt sein solle, die etwaigen Bedarf an Milch direct aus der Küche beziehen können. Vorn erhalte das Haus eine Veranda, eine Parkwärterwohnung sei vorhanden und es müsse nur noch eine Küche gebaut werden. Nach dem von dem Maurermeister Moß und dem Zimmermeister Jacobs angefertigten Kostenanschlage würde die Dislocation des Gebäudes mit allen Ausbesserungen, einschließlich Verglasung und Oelfarbenanstrich für 7500 M von dem Maurermeister Moß übernommen werden. Da der Anschlag jedenfalls billig sei, die Nothwendigkeit zur Aufführung eines Baues im Bürgerparke aber vorliege und er auch nöthigenfalls schon einen Pächter für die Restauration bezeichnen könne, welcher eine Pachtsumme zahlen wolle, die der Verzinsung des Capitals entsprechen würde, so bitte er um Annahme seines Antrages.

Herr Hauswaldt will den Antrag dringend unterstützen, zugleich aber auf Grund der von ihm eingezogenen Erkundigungen beantragen, die Bau Summe auf etwa 8000—9000 M zu erhöhen, da das Gebäude zum Theil neue Fußböden erhalten müsse.

Herr Gütther fragt an, ob das Haus schon näher untersucht und festgestellt sei, daß sich dasselbe zum Wiederaufbau auch lohne.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß das Gebäude nach den Ermittlungen der Städt. Bauverwaltung durchaus gesund und zum Wiederaufbau geeignet sei. Die erhebliche Differenz zwischen dem Anschlage der Städt. Bauverwaltung und dem von Herrn Lange vorgelegten Anschlage liege einmal in dem zuerst geplanten größeren Anbau und in dem Umstande, daß die Städt. Bauverwaltung Pilotage vorgesehen habe, welche der Maurermeister Moß nicht für nöthig halte. Der Magistrat werde wohl gern bereit sein, die Sache nach dieser Richtung hin prüfen zu lassen, da er bei seinem früheren ablehnenden Beschlusse sich nur von der Rücksicht auf die Höhe der Bau Summe habe leiten lassen.

Herr Lange möchte bezüglich des Baugrundes noch erwähnen, daß die in Höhe von 2 m vorgenommenen Aufschüttungen im Parke durch den Einfluß der Witterung ein Gefüge angenommen haben, welches dem Beton gleichkomme, so daß das Zelt sehr wohl auf diesen Untergrund gestellt werden könne. (Widerspruch.) Zu erwägen möchte noch sein, ob nicht der Magistrat außer der veranschlagten Bau-

summe auch die Kosten für Fußböden, welche im Schützenzelt ruinirt sein sollen, zubilligen wolle.

Herr Wilke kann bestätigen, daß das im Jahre 1862 von dem verstorbenen Stadtbaurath Tappe neuerbaute Haus sich noch in vorzüglich gutem Zustande befinde. Die Fußböden könnten höchstens in den Schießständen schlecht sein, während alle übrigen noch gut erhalten sein müßten. Namentlich sei die Fundamentirung durchaus solide und werthvoll. Er bitte um Annahme des Antrages.

Herr Weber erwähnt, daß die Baucommission sich bei ihrem ablehnenden Votum von dem hohen Anschlage der Städt. Bauverwaltung habe leiten lassen. Der Unterschied zwischen den beiden Anschlägen liege im Wesentlichen darin, daß der betreffende Maurermeister sich nur verpflichtet habe, das Schützenzelt in seinem jetzigen Zustande wieder aufzubauen, während die Städt. Bauverwaltung noch Ergänzungsbauten in ihren Anschlag einbezogen habe. Nach seiner Ansicht wäre es richtiger gewesen, letztere auch gleich mit in den Kostenanschlag aufzunehmen, um eine Uebersicht über die Gesamtkosten zu erhalten. Er bitte daher, den Anschlag durch Herrn Moß noch entsprechend ergänzen zu lassen und erst dann über den Antrag zu beschließen.

Herr Nieß ist der Meinung, daß die Sache auf dieser Basis nicht geschäftsmäßig behandelt werden könne und sich nur in der Weise vorgehen lasse, daß die Versammlung den Magistrat ersuche, die Sache noch einmal zu prüfen und daraufhin der Versammlung eine neue Vorlage zu machen. Es sei unmöglich, hier aus der Versammlung heraus mit Jemandem zu accordiren und einen Vertrag abzuschließen, das müsse dem Magistrate als der ausführenden Behörde überlassen bleiben. Wenn es ihm auch gleichgültig sei, ob die Versammlung dem Antrage zustimme, oder ihn ablehne, so wolle er doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß man lange auf die Errichtung eines für den Park wirklich passenden Gebäudes werde warten können, wenn man dieses verhältnißmäßig unpassende Haus dort hinsetze. Wenn der von ihm als liebenswürdiger und genialer Gartenkünstler geschätzte Promenaden-Inspector Kreiß behauptet habe, der aufgetragene Boden des Parkes sei fest genug, um den Aufbau eines Hauses ohne Weiteres zu gestatten, so habe derselbe etwas gesprochen, was nicht in seinen Kreis passe, denn aufgetragener Boden gehöre zu dem ungünstigsten Baugrunde, und müsse bis auf den ausgewachsenen Grund weggeschafft werden. Man könne ja schließlich eine Reihe von Pfählen in den Boden schlagen, Schwellen darüber legen und an diesen den Fußboden befestigen, aber es sei fraglich, wie lange sich ein solches Gebäude halten werde. Zu solcher Bauausführung vermöge er seine Zustimmung nicht zu geben und bitte er deshalb, den Antrag auf dieser Basis dem Magistrate zur Vorprüfung zu überweisen.

Herr Uhde will beantragen, dem Magistrate eine Summe von 9000—10 000 M für den Umbau des Gebäudes mit sämmtlichen wünschenswerthen Ergänzungsbauten

zur Verfügung zu stellen. Diese Summe sei das Gebäude als Provisorium wohl werth. Da es sich hier nicht um einen Monumentalbau handle, so brauche auch nicht fundamementirt zu werden, selbst auf die Gefahr hin, daß das Gebäude sich einmal etwas senke.

Der Antrag Nieß auf Ueberweisung des Antrages Lange an den Magistrat zur Prüfung und eventuellen Unterbreitung eines anderweiten Projectes wird darauf von der Versammlung angenommen.

XIX. Austausch von Grundflächen am Altwiefringe.

In Veranlassung des Ausbaues des Altwiefringes auf der Strecke zwischen Kastanienallee und Husarenstraße ist von dem Grundstücke des Drehermeisters Hoffmann eine 3 qm große Theilfläche zum Altwiefringe abzutreten, während dem Grundstücke von dem benachbarten expropriirten Stiller'schen Grundstücke eine Fläche von 6 qm zuzulegen ist, so daß Hoffmann noch 3 qm zu erhalten würde. Letzterer behauptet nun aber, daß die Grenze zwischen seinem und dem vorm. Stiller'schen Grundstücke unrichtig gezogen und ihm eine Fläche von etwa 13 qm s. Z. zu wenig übergeben sei. Da die Richtigkeit dieser Behauptung ziemlich wahrscheinlich gemacht ist, so hält es der Magistrat für angezeigt, dem p. Hoffmann entgegenzukommen. Dieser ist bereit, in den Austausch der beiden eingangs bezeichneten Flächen zu willigen, sowie die sonst dem Magistrate zur Last fallende Einfriedigung seines Grundstückes am Altwiefringe auf seine Kosten herzustellen und auf alle weiteren Ansprüche zu verzichten, wenn ihm die zu einem Werthe von 150 — 200 M geschätzte eiserne Einfriedigung des Stiller'schen Grundstückes gegen Erlegung eines Kaufpreises von 50 M überwiesen werde. Nach Lage der Umstände ersucht der Magistrat, den Austausch der beiden Theilflächen unter den vorstehenden Bedingungen zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, geschieht.

XX. Baulinie an der Hamburgerstraße.

Wegen der bevorstehenden Neubebauung des ehemaligen Grundstückes der Taubstummen-Anstalt ist es erforderlich, für die Hamburgerstraße auf der Strecke zwischen Friedhof- und Schleinitzstraße eine angemessene Baulinie festzustellen. Der Magistrat befürwortet die Festsetzung einer anderweiten, die Straße auf 16,15 m verbreiternden Baulinie, deren Durchführung zur Hälfte die Staatscasse zu zahlen hat. Die Straße noch mehr zu verbreitern hat Herzogliche Baudirection um deswillen abgelehnt, weil ihre Breite auf der Strecke zwischen der Schleinitzstraße und dem Wendenthore nach Einziehung der daselbst gelegenen Vorgärten auch nur auf höchstens 16,15 m würde gebracht werden können. Um dies zu ermöglichen,

erscheint es dem Magistrate im Einvernehmen mit der Herzoglichen Baudirection angezeigt, schon jetzt die Flucht der dort befindlichen Gebäude als Baulinie festzustellen, aus welchem Grunde er um Genehmigung der beantragten Baulinie ersucht.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Weber empfehlen und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XXI. Anfrage des Herrn Nieß wegen des Standes der Straßenausbauangelegenheit am Niddagshäuserwege.

Auf die Anfrage des Herrn Nieß, ob sich der Magistrat bereits mit der Angelegenheit des durch das Banterrain der Baugenossenschaft projectirten Straßenausbauens am Niddagshäuserwege befaßt habe, erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß die Sache im vollen Gange sei und in kurzer Zeit ihre Erledigung finden werde.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Mai 1892.

Öeffentlich:

I.	Uebersicht der Kosten für Zwangseinteignungen an der Ferdinandstraße .	Seite 136
II.	Grundsätze für Legung von Gas- und Wasserrohren	" 136
III.	Erwerb von Straßenflächen an der Reichenbergstraße	" 137
IV.	Abkommen wegen der alten Pferdeställe am Giersberge	" 138
V.	Vertrag mit Wilke wegen der Anschlagssäulen	" 138
VI.	Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Campestraße . .	" 140
VII.	Prämien für das sächsische Provinzial-Bundeschießen	" 140
VIII.	Straßenbaukosten der Döringstraße	" 141
IX.	Selbstst. Antrag des Herrn Lange auf Anlegung eines Spielplatzes an der Luisestraße	" 141
X.	Wahl von Mitgliebern der Deputation für den Bürgerpark	" 142
XI.	Selbstst. Antrag des Herrn Weber auf Instandsetzung der Cellerstraße .	" 142
XII.	Zwangseinteignung von Straßenflächen in der Petristraße	" 144
XIII.	Unterstützung des Vereins gegen Bettelerei	" 144
XIV.	Anpflanzung der Wiesen vor dem Augustthore	" 150
XV.	Aufnahme eines Processus	" 151
XVI.	Wahl von Abgeordneten zum Städtetage	" 151
XVII.	Änderung der Baulinie am Hohenstiege	" 151

Vertraulich:

Anstellung eines Werkmeisters und zweier Schreiber	Seite 151
Anstellung einer Lehrerin an der städt. höheren Mädchenschule	" 152
Desgl. eines Lehrers daselbst	" 152
Wahl eines Schlachthaus-Directors	" 152
Wahl eines Schuldieners	" 152
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.	
Reclamationen in der Recurs-Instanz	" 152

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Meyer und Ramdohr, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Meyer, Schumburg, Seele und Sievers.

Unter dem Vorsitze des Herrn Semler schreitet die Versammlung sofort zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Uebersicht der Kosten für Zwangsenteignungen an der Ferdinandstraße.

Nachdem das Verfahren betr. die Zwangsenteignung der nördlichen, von Osten nach Westen ziehenden Theilstrecke der Ferdinandstraße und bezw. der 4 a 91 qm großen Theilfläche des Brüning'schen Grundstückes beendet, auch die genannte Straße mit der Sophienstraße durch eine Brücke verbunden ist, übersendet der Magistrat eine Abrechnung über die erwachsenen Kosten, welche sich auf 35 262,37 M belaufen, zur Kenntnißnahme. An größeren Ausgaben sind entstanden: für den eigentlichen Brückenbau 5416,87 M, Entschädigung für die enteignete Fläche des Brüning'schen Grundstückes mit Zinsen 22 868,34 M, Entschädigung für die Anlieger nebst Zinsen 22 559,16 M, während von verschiedenen Anwohnern 6313,15 M Beiträge eingegangen sind und der Werth des zur Errichtung des Volks-Brausebades benutzten Bauplatzes zu 10 000 M geschätzt ist.

Nachdem Herr Halle namens der Statutencommission die Einzelheiten des Magistratschreibens vorgetragen hatte, wird dasselbe als erledigt betrachtet.

II. Grundsätze für Legung von Gas- und Wasserröhren.

Die Städt. Bauverwaltung hat gebeten, darauf Bedacht zu nehmen, daß der oberirdische Ausbau der Straßen nicht weiter durch die ausstehende Verwilligung der Kosten für Gas- und Wasserröhren verzögert, sowie daß die Aufstellung der Laternen=Candelaber sofort beim Ausbau der Straße vorgenommen werde. Schon seit längerer Zeit ist der Grundsatz befolgt, daß die Straßen vor ihrem oberirdischen

Ausbau auch mit Gas- und Wasserröhren belegt werden, selbst dann, wenn die im §. 14 des Ortsbaustatuts aufgestellten Voraussetzungen für Legung der Röhren noch nicht zutrafen, weil die durch das Wiederaufreißen dem Straßenkörper erwachsenden Nachteile die etwaigen, sich aus der vorzeitigen Legung der Röhren ergebenden Nachteile überwiegen. Mit Rücksicht hierauf und da die Stadt die Röhren durch ihre eigenen Organe legen läßt, dürfte es nach der Ansicht des Magistrates unbedenklich sein, daß die Versammlung denselben allgemein ermächtigt, solche Straßen, deren Ausbau die städtischen Behörden beschlossen haben, regelmäßig auch mit Gas- und Wasserröhren belegen zu lassen und zwar in eiligen Fällen ungeachtet der noch nicht erfolgten Verwilligung der Kosten für solche Anlagen, jedoch nach Anhörung der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke. Die Nachverwilligung solcher Kosten soll jedoch in jedem einzelnen Falle beantragt werden. Gegen sofortige Aufstellung der Candelaber hat sich die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke mit dem Bemerken ausgesprochen, daß der beabsichtigte Zweck schon dadurch nahezu erreicht werde, wenn bei Legung des Hauptröhres die für die künftig aufzustellenden Candelaber erforderlichen Zweigröhren gelegt würden, wie solches bereits in verschiedenen Fällen geschehen sei. Dieser Ansicht schließt sich der Magistrat an und vermag der sofortigen Aufstellung der Candelaber nicht zuzustimmen.

Die Berathung der Finanzcommission hat — wie Herr Wolff I berichtet — die vollständige Zustimmung zu dem vom Magistrat ausgesprochenen Grundsatz ergeben. Es genüge auch vollständig, wenn zunächst nur die Anschlüsse für die einzelnen Beleuchtungskörper gelegt werden, ohne die Candelaber selbst gleich aufzustellen, da ein nicht beleuchteter Candelaber für die Passanten unter Umständen recht gefährlich werden könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Erwerb von Straßenflächen an der Reichenbergstraße.

Der Bauunternehmer Bannow hat von seinem an der Reichenbergstraße gelegenen Grundstücke eine 10 a 42 qm haltende und zur Anlage einer von der Reichenbergstraße nach Westen abzweigenden projectirten Straße bestimmte Grundfläche an die hiesige Stadt mit der Maßgabe abgetreten, daß der Kaufpreis gleich sein solle dem Durchschnittspreise, welcher demnächst für das übrige zu der fraglichen Straße erforderliche Terrain zu zahlen sei und daß solcher Kaufpreis nicht baar gezahlt, sondern in und mit den Straßenbaukosten verrechnet werde. Die magistratsseitig in Antrag gestellte Genehmigung des Vertrages

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission -- für welche Herr Uhde berichtet — beschlossen.

IV. Abkommen wegen der alten Pferdeställe am Giersberge.

Die Königliche Garnison-Bauverwaltung beabsichtigt, alsbald bauliche Aenderungen an den beiden zur Zeit noch der Stadt gehörenden Pferdeställen am Giersberge vorzunehmen und hat deshalb gebeten, es möge der zwischen ihr und dem Magistrate unterm 12. October 1889 abgeschlossene Vertrag durch Hinzufügung von vier Zusatzbestimmungen ergänzt werden. Danach bleiben die Einnahmen der Stadt für Servis und Dünger unverändert, die Unterhaltungslast geht aber in Ansehung der Ställe schon mit dem Beginne der baulichen Aenderungen auf die Militär-Verwaltung über. Das Abkommen ist also für die Stadt durchaus nicht unvortheilhaft und da der Eigenthumsübergang voraussichtlich im Jahre 1893 erfolgen wird, so erscheint es dem Magistrate völlig unbedenklich, dem Antrage zu entsprechen. Der Magistrat ersucht daher, die in Rede stehende Ergänzung des fraglichen Vertrages zu genehmigen.

Die Statutencommission kann nach dem Berichte des Herrn Wolff II in dem Abkommen nichts Bedenkliches für die Stadt erblicken und empfiehlt daher die Genehmigung des Magistratsantrages,

welche auch von der Versammlung beschlossen wird.

V. Vertrag mit Wille wegen der Anschlagssäulen.

Der Fabrikant August Wille ist als Eigenthümer der hiesigen Anschlagssäulen ersucht, jezt auch in der Außenstadt Plakatsäulen aufzustellen, will sich jedoch dazu nur dann verstehen, wenn der zwischen ihm und der Herzoglichen Polizei-Direction mit Zustimmung der städtischen Behörden am 1. Januar 1869 abgeschlossene und am 1. Januar 1894 ablaufende Vertrag wegen Errichtung von Anschlagssäulen um weitere 25 Jahre verlängert werden sollte. Der Magistrat hält es mit der Herzoglichen Polizei-Direction für unbedenklich, diesem Antrage zu entsprechen, wünscht aber, daß die Bestimmung der Plätze, an welchen Säulen aufgestellt werden sollen, in Zukunft nicht mehr seitens des Stadtbauamts, sondern durch den Magistrat und, soweit es sich um Staatsstraßen handelt, durch Herzogliche Bau-Direction im Einvernehmen mit Herzoglicher Polizei-Direction erfolge und daß ferner der §. 7 des Vertrages, inhalts dessen die öffentlichen Plätze und Gebäude während der Dauer des Vertrages einem anderen Unternehmer zu gleichem Zwecke nicht eingeräumt werden dürfen, durch die Bestimmung ergänzt werde, daß der Stadt das Recht vorbehalten bleibe, sogenannte Uraniasäulen, welche nicht sowohl zum Ankleben von Bekanntmachungen, sondern zur Aufnahme von in der Regel automatisch bewegten, für eine längere Dauer bestimmten geschäftlichen Empfehlungen dienen, auch während der Vertragsdauer zuzulassen. Die Betheiligten sind mit dieser Aenderung einverstanden. Endlich wird auch §. 43 des Vertrages den jezt gültigen gesetzlichen

Vorschriften gemäß zu ändern sein. Der Magistrat ersucht, die von Wille erbetene Verlängerung des Vertrages um weitere 25 Jahre mit den eben erwähnten Aenderungen und Ergänzungen zu genehmigen.

Wie Herr Rudeloff namens der Statutencommission ausführt, finden sich gegen die Verlängerung des Vertrages keine Bedenken zu erheben, so daß die Commission empfehle, die Verlängerung mit den beantragten Aenderungen und Ergänzungen genehm zu halten.

Herr Günther will, ohne gegen die Verlängerung des Vertrages etwas einzuwenden, einen Punkt zur Sprache bringen, der ihm im Hinblick auf den vorliegenden Vertrag sonderbar vorkomme. Er habe bislang geglaubt, die Säulen seien Eigenthum der Herzoglichen Polizei-Direction und sei in diesem Glauben durch den Umstand bestärkt, daß dieselbe über die Zulassung von Placaten Bestimmung treffe. So müßten sämtliche in seiner Druckerei hergestellten Placate und wenn es nur einfache Anzeigen wären, der Polizei-Direction unterbreitet werden, weil sonst deren Anschlag seitens des Intelligenz-Comptoirs beanstandet würde. Darin liege aber ein Widerspruch mit dem hier abzuschließenden Vertrage, denn die Herzogliche Polizei-Direction habe mit den Anschlagssäulen eigentlich gar nichts zu thun. Man könne auch nicht sagen, daß letztere nur deshalb mit einzureden habe, weil sie den Anschlag von Placaten aufrührerischen Inhalts verhindern müsse, denn hierbei kommen wieder die Bestimmungen des Preßgesetzes, nach welchem der Drucker und Verfasser verantwortlich für den Inhalt einer Drucksache seien, in Frage. Er bitte daher um Aufklärung darüber, ob die Herzogliche Polizei-Direction berechtigt sei, sich in diese Angelegenheit zu mischen.

Herr Rudeloff entgegnet, daß die Befugniß der Herzoglichen Polizei-Direction in dieser Richtung auf den Bestimmungen des Polizei-Strafgesetzbuches beruhe, wofelbst es in §. 10 unter A. 7 heiße:

„Mit Geldstrafe bis zu 50 Thlr. oder mit Haft wird bestraft:

1—6 u. 7. Wer Anschlagzettel oder Placate, welche einen anderen Inhalt haben, als: Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen und Festlichkeiten, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde öffentlich anschlägt, anheftet oder ausstellt,“

Herrn Günther scheint diese Bestimmung auf die von ihm bezeichneten Placate nicht anwendbar zu sein, denn es handle sich dabei wesentlich um ganz einfache Anzeigen von Gewerkschafts-Versammlungen u. dgl., also um ganz gleichgültige Dinge und trotzdem gestatte sich die Herzogliche Polizei-Direction, zu fordern, daß

vor dem Anschlage ihre Genehmigung eingeholt werde. Darin liege eine Vertragswidrigkeit, der entgegengetreten werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Pockels rät Herr Günther an, den Weg der Beschwerde zu betreten, wenn er sich bedrückt fühle, da die Versammlung ihm nicht behülflich sein könne.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

VI. Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Campestraße.

Für den Ausbau der Salzdahlumerstraße zwischen Leisewitz- und Campestraße waren im Jahre 1887 durch den Neubauetat 12 000 M. verwilligt worden. Da die Summe namentlich in Folge der auf diesen Fonds genommenen Kosten der Verbreiterung und Instandsetzung der Campestraße vor dem Hillegeist'schen Grundstück im Betrage von 2700 M. um 2726,96 M. überschritten ist, so ersucht der Magistrat um Nachverwilligung dieses Betrages,

welche von der Statutencommission — für die Herr Halle berichtet — beantwortet, und von der Versammlung genehmigt wird.

VII. Prämien für das sächsische Provinzial-Bundesschießen.

Auf bezügliche Vorstellung der Schafferei des hiesigen Schützenwesens beantragt der Magistrat, als Ehrengabe der Stadt für die Festscheiben des in der Zeit vom 19.—23. Juni in hiesiger Stadt abzuhaltenden XIII. sächsischen Provinzial-Bundesschießens den Betrag von 300 M. zu verwilligen.

Wie Herr Rudeloff berichtet, hat die Statutencommission gegen die Verwilligung um so weniger etwas einzuwenden, als auch im vergangenen Jahre seitens der Stadt ein gleicher Betrag für das hier abgehaltene nordwestdeutsche Bundesschießen gewährt worden sei.

Herr Günther muß sich gegen die Bewilligung dieser an sich allerdings geringfügigen Summe erklären, da er der Meinung sei, daß die Stadt solchen „Klimbim“ nicht noch unterstützen solle. Es handle sich bei diesem Feste um nichts Anderes als um einen Skat- oder sonstigen Congreß, denn Bedeutung besäßen diese Schützenfeste gar nicht mehr. Man könne bei den großen Turner- und Sängereisen wenigstens noch einen Zweck, beispielsweise die Gesundheitspflege, die Pflege des Kunstgesanges u. dergl. anführen, aber bei dem Schießen lasse sich thatsächlich nichts Derartiges herausfinden, das Schützenschießen habe für die ganze Menschheit durchaus keinen Zweck. (Heiterkeit.) Irgend ein Nutzen lasse sich für den Menschen nicht aus dem Schützenwesen erzielen, denn zum Schießen würden heute ganz andere Leute ausgebildet.

Darum sei er gegen die Verwilligung der 300 M. Außerdem werde bei jeder Gelegenheit gesagt, die Stadt habe kein Geld und da meine er, daß man wenigstens hier sparen könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Magistrat nicht die Absicht gehabt habe, durch diese Ehrengabe das Schießen als solches zu fördern, denn man könne über die Zweckmäßigkeit solcher Veranstaltungen ja verschiedener Meinung sein. Der Magistrat habe sich gesagt, wenn einmal solche Feste gefeiert werden, es nicht unangebracht sei, für dieselben eine Ehrengabe zu bewilligen.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

VIII. Straßenbaukosten der Döringstraße.

Die Kosten des Ausbaues der verlängerten Döringstraße auf der Strecke zwischen Hedwig- und Juliusstraße sind von der Städtischen Bauverwaltung zu insgesammt 27550 M. ermittelt, so daß bei einer Gesamtfrontlänge von 198,79 m auf den laufenden Meter ein Kostenbeitrag von 138,60 M. entfallen würde. Dem Ersuchen des Magistrates, die Kosten demgemäß festzustellen,

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, stattgegeben.

IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Anlegung eines Spielplatzes an der Luisenstraße.

Der in der Sitzung vom 5. Februar 1891 (Seite 83 des Prot.) gestellte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, bei der Einrichtung von Spielplätzen den im Ortsbauplane bereits vorgesehenen, zwischen Juliusstraße und Altstadttring und zwischen Broitzemer- und Blumenstraße belegenen Platz als dringend nothwendig in erster Linie berücksichtigen zu wollen.“

Ueber den Antrag ist nach dem Berichte des Herrn Uhlde in der vereinigten Statuten- und Finanzcommission eingehend berathen, auch haben verschiedene locale Besichtigungen stattgefunden. Im Einverständnisse mit dem Antragsteller sei indessen beschloffen worden, von der Anlegung dieses Spielplatzes vorläufig Abstand zu nehmen, weil einerseits die zu 100 000 bis 150 000 M. geschätzten Kosten zu hoch seien und andererseits die Stadt in dieser Richtung bereits in der Schaffung des Bürgerparkes und des Platzes an der Amalien- und Cellerstraße Erhebliches geleistet habe, ihr aber eine sofortige weitere Aufwendung von vielleicht 150 000 M. nicht zugemuthet werden könne. Wenn es nun auch wünschenswerth sei, die An-

legung dieses Spielplatzes fortgesetzt im Auge zu behalten, so möchte doch im städtischen Interesse von der alsbaldigen Ausführung Abstand zu nehmen sein.

Die Sache wird damit als erledigt betrachtet.

X. Wahl von Mitgliedern der Deputation für den Bürgerpark.

Nach einem in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusse war die Wahl der vier Mitglieder, welche die Versammlung in die neu zu bildende Deputation zur Förderung des Bürgerparkes abzuordnen hat, einstweilen verschoben worden. Die Statutencommission bringt nun, wie der Herr Vorsitzende mittheilt, die Stadtverordneten Hauswaldt, Lange und Rimpau, sowie den Bankier Carl Magnus für diese Wahl in Vorschlag

und werden diese vier Herren, da andere Vorschläge nicht gemacht sind, von der Versammlung durch Zuruf in die Deputation gewählt.

XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf Instandsetzung der Cellerstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, die Instandsetzung der Cellerstraße noch in diesem Jahre vornehmen zu lassen.“

führt Herr Weber Folgendes aus: Nachdem schon jahrelang über den unleidlichen Zustand der Cellerstraße auch in den Tagesblättern geklagt sei, habe Herr Wolff-I am 23. October 1890 einen Antrag auf Instandsetzung der Fußwege an verschiedenen Straßen, zu denen auch die Cellerstraße gehörte, gestellt, welchen die Versammlung am 13. November 1890 angenommen habe. Am 16. April 1891 sei dann von demselben Herrn angefragt worden, welche Schritte zur Ausführung des Antrages gethan seien und welche Erfolge dieselben gehabt haben. Der Magistrat habe darauf erwidert, daß eine Entschließung der staatlichen Behörden hinsichtlich der Celler- und Wolfenbüttlerstraße noch nicht erfolgt sei und daß, wenn von dem Magistrate als selbstverständlich vorausgesetzt sei, daß die Anlieger auf das für sie völlig werthlose Wegeterrain ohne jeden Vorbehalt verzichten würden, er dieses jetzt leider bezweifeln müsse.

Diese Aeußerung habe Redner veranlaßt, sich mit den Anwohnern der Cellerstraße in Verbindung zu setzen und dabei gefunden, daß dieselben alle opferwillig seien und das Terrain gern kostenlos abtreten wollen, wenn die Stadt nur bald zur Instandsetzung der Cellerstraße schreiten möchte und ihnen weitere Unkosten

nicht mehr erwachsen. Da nun die Cellerstraße eine Staatsstraße sei, so habe er auch Veranlassung genommen, sich mit Herrn Geheimrath Hartwig über den Gegenstand zu unterhalten. Auf die Einwendung desselben, daß die Anlieger Schwierigkeiten machen, habe er dieselbe beruhigende Auskunft geben können, worauf der Herr Geheimrath gemeint habe, daß die Sache, selbst wenn noch einzelne Differenzen zwischen dem Herzoglichen Staatsministerium und dem Stadt-Magistrate obwalteten, bald in Fluß kommen würde. Inzwischen sei nun wiederum ein Jahr verflossen, ohne daß ein Spatenstich dort gemacht sei. Die Cellerstraße müßte man schon seit langen Jahren als ein Stiefkind der Stadt betrachten, denn die dort herrschenden Zustände seien im Sommer und im Winter ganz unerträglich. Im Winter leide man unter einem entsetzlichen Schmutze und im Sommer schon bei dem geringsten Windhauche unter einem fortwährenden Staube. Er bitte um Unterstützung seines Antrages.

Ueber den genügend unterstützten Antrag tritt die Versammlung sofort in Berathung.

Herr Stadtrath Netemeyer will zur Richtigestellung bemerken, daß mit den Anliegern der Cellerstraße über die Abtretung des Terrains noch gar nicht verhandelt sei. Der Irrthum sei dadurch hervorgerufen, daß der Antrag des Herrn Wolff I sich auf die Celler-, Wolfenbüttler- und Roßstraße bezogen habe und der Magistratsvertreter auf die Mittheilung des Herrn Weber, daß die Anwohner der Cellerstraße bereit seien, das Vorterrain frei abzutreten, geringe Zweifel ausgesprochen und darauf hingewiesen habe, daß die Anlieger der Wolfenbüttlerstraße auch heute noch nicht sämmtlich bereit seien, das Terrain bedingungslos abzutreten. Auch ein Mitglied der Versammlung werde bestätigen, daß es nicht ohne Gegenbedingung sein Vorterrain abtreten wolle. (Herr Hauswaldt: „Sehr richtig.“) Inzwischen sei das Project wegen der Roßstraße ausgearbeitet und werde in nächster Zeit zur Ausführung kommen. Die Projecte über die beiden anderen Straßen seien dagegen noch nicht eingegangen. Auf eine bezügliche Anfrage habe der Baumeister Menadier erklärt, daß die Sache keineswegs so sehr einfach liege, indem es sich um eine Staatsstraße handle und auch noch technische Schwierigkeiten vorhanden seien.

Herr Weber bittet, nicht die Wolfenbüttler- mit der Cellerstraße zu verquickeln, denn er könne nicht einsehen, daß die Anwohner der Cellerstraße mit darunter leiden müßten, wenn die Anwohner der Wolfenbüttlerstraße sich weigerten, ihr Vorterrain herzugeben.

Herr Wolff I bittet ebenfalls, sich der Cellerstraße anzunehmen, da es im Interesse der ganzen Stadt liege, wenn diese viel begangene Straße endlich in Stand gesetzt werde.

Herr Reiche wünscht, auch die Koffstraße mit in das Programm aufgenommen zu sehen. Die von den Anwohnern gewünschte Canalisation, Wasserversorgung und Instandsetzung sei dringend nothwendig, indem dort beispielsweise das Brunnenwasser zum Kochen und Trinken gar nicht verwendet werden könne. Man habe einmal angefangen, die Straße aufzureißen, sei aber wieder davon zurückgekommen und habe nach kurzer Arbeit die Böcher wieder zugeschüttet.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß auf eine Eingabe der Anwohner der Koffstraße jenseits der Landeseisenbahn die Canalbau-Verwaltung sich geäußert habe, es sei die Canalisation der Koffstraße nach der Hildesheimerstraße zu aus-geschlossen und es müsse nach Delper zu durch eine dort projectirte, aber noch nicht vorhandene Straße canalisirt werden. Aus diesem Grunde lasse sich die Canalisation zur Zeit noch nicht ausführen.

Der Antrag des Herrn Weber wird darauf angenommen.

XII. Zwangsenteignung von Straßenflächen in der Petristraße.

Bei Anlage der Petristraße ist auch eine 2,92 a haltende Fläche, welche im Jahre 1870 durch den Maschinenfabrikanten Borchers zum Zwecke der Verbreiterung der Hundetwete angekauft und dieser auch thatsächlich zugelegt ist, mit ausgebaut worden. Die Hoffnung des Magistrates, diese Fläche unentgeltlich für die Stadt zu erhalten, ist getäuscht, denn die eingetragenen Eigenthümer des Grundstückes, nämlich die Ehefrau des Pferdehändlers August Wippermann und der Post-Wagenmeister Heinrich Grünhagen fordern jetzt einen Preis von 10 bzw. 8 M pro qm. Da dieser Preis dem Magistrate viel zu hoch erscheint, bittet er, der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens zuzustimmen, was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, geschieht.

XIII. Unterstützung des Vereins gegen Bettelei.

Die Finanzlage des Vereins gegen Bettelei ist nach einer Eingabe des Vereins-Vorstandes zur Zeit so schlecht, daß er, wenn nicht anders seine Existenzfähigkeit in Frage gestellt werden soll, einer Unterstützung bedarf. Der ungünstige Stand der Vermögensverhältnisse ist vorzüglich auf die durch stete Minderung der Vereinsmitglieder herbeigeführte Herabsetzung der regelmäßigen Einnahmen und auch auf die gleichzeitige, durch erhöhte Anforderungen hervorgerufene Vermehrung der Ausgaben zurückzuführen. Es ist nach der Ansicht des Magistrates nicht zu verkennen, daß der Verein durch seine umsichtige Thätigkeit sowohl bei Unterstützung Durchreisender als auch Einheimischer die Armenverwaltung nicht unerheblich entlastet, sowie, daß er thatsächlich durch die mit der Armendirection

getroffene Vereinbarung wegen Abgabe der Kohlen eine nicht unerhebliche Vergrößerung der Verwaltungskosten gehabt hat.

Die ausweislich der jährlichen Verwaltungsberichte des Vereinsvorstandes für hiesige Bedürftige aufgewandten Summen für Beschaffung von

	in den Jahren:	1883	1887	1888	1889	1890	1891
Mittageffen	M	1876	1235	764	1610	1534	2693
Brot	"	1801	2505	2714	3393	3033	4289
Feuerungsmaterial	"	1283	1716	1843	1527	2148	3067

zusammen M 4960 5456 5321 6530 6715 10049,

lassen erkennen, wie sehr die an den Verein von Einheimischen gestellten Anforderungen in den letzten Jahren gewachsen sind. Man wird also einräumen müssen, daß diese Aufwendungen, welche zum überaus größten Theile durch Armenpfleger veranlaßt sind, der Armencaffe nicht unwesentliche Dienste geleistet haben. In dieser Erwägung hält der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Armendirection die Unterstützung des Vereins für wünschenswerth und zwar derart, daß dem Vereine

- 1) fortan nicht nur zwei Dritttheile der für Fremde aufgewandten Unterstützungen erjezt werden, sondern der volle Betrag derselben nach Abzug des durch die Arbeit der Wanderer erzielten Gewinnes,
- 2) eine einmalige Beihülfe von 3000 M aus den Mitteln der Kreis-Comunalcaffe bewilligt werde.

Der Magistrat ersucht, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Herr Wolff II glaubt, daß man diesem Antrage unter den obwaltenden Umständen dringend zur Annahme empfehlen müsse, da die Existenz des Vereines durchaus im öffentlichen Interesse liegen dürfte. Besonders in Fällen größerer Noth würde es schmerzlich empfunden werden, wenn der Verein seine Thätigkeit aufgeben müßte. Er bitte deshalb, dem Antrage des Magistrates, welcher in jeder Beziehung annehmbar erscheine, zuzustimmen.

Herr Günther: Es sei jedenfalls eine schöne Sache, die Armen und Bedürftigen zu unterstützen und man könne dem Vereine auch nicht absprechen, daß er sich eine gewisse Wohlthätigkeit von Anfang an zum Ziele gesetzt habe. Die von dem Vereine verbrauchten geringen Summen sollten aber doch wohl von den vielen reichen Leuten, aus welchen derselbe zusammengesetzt sei, selbst aufgebracht werden können. Die Unterstützungen des Vereins, welche dem Hauptzwecke desselben, der Bettelei zu steuern, dienen sollen, seien indessen so geringfügig, daß sie gar nicht in Betracht kommen; ja, die reisenden Handwerksgefelln müssen für die 25 Pfennige noch einige Stunden arbeiten, damit sie den geringen Betrag nicht umsonst erhalten.

Unter solchen Verhältnissen noch eine städtische Unterstützung zu verlangen, halte er nicht für richtig, wenn er auch sonst es nicht unangebracht finden würde, einen Verein mit solcher Tendenz städtischerseits zu unterstützen, weil durch denselben die Armenkasse entlastet würde. Es gebe in hiesiger Stadt andere Vereinigungen, welche die Armenkasse weit mehr entlasten, das seien die Arbeiter-Organisationen. Dort werden mit den geringen Mitteln der Arbeiter ganz andere Opfer gebracht und Unterstützungen gezahlt, als hier von den reichen Leuten geschehe. Dort zahle man nicht lumpige 25—30 Pfennige, sondern 50—60 Pfennige, um die Leute kurze Zeit über Wasser zu halten und nicht sofort wieder über das Weichbild der Stadt zu bringen, nachdem man sie eben satt gefüttert habe. Hier liege demnach für die Stadt mehr Grund vor, diese Vereine zu unterstützen, als sich des Vereins gegen Bettelerei anzunehmen. Er glaube aber nicht, daß die Stadt sich auf ein desfallsiges Ansuchen herbeilassen würde, diese Vereine, mit deren Cassen es oft sehr schlimm stehe, zu unterstützen. Welche großen Summen von denselben geopfert werden, könne man schon daraus entnehmen, daß allein die Buchdrucker jährlich 150 000 M an Reiseunterstützungen zahlen. Hierdurch werde aber der Bettelerei wirksamer entgegengetreten, als durch den Verein gegen Bettelerei. Wenn ein mittelloser Handwerksgehilfe hierher komme und nur ein Nachtlager erhalte, so bleibe ihm nichts Anderes übrig, als weiter zu betteln, also werde der Bettelerei durch den Verein nicht genügend gesteuert. Ein Haupthinderniß für eine gedeihliche Entfaltung desselben liege, wie dieser selbst zugestehet, in der Höhe der Verwaltungskosten, welche in einem Jahre fast mehr betragen haben, als die gesammten Unterstützungen. Wenn die Arbeiter ihre Beamten in solcher Weise bezahlen wollten, würden sie auch nicht so hohe Unterstützungen aufwenden können.

Herr Wolff II will zur Widerlegung der lebhin gethanen Aeußerung hervorheben, daß im 12. Rechnungsjahre der Verein bei einer Einnahme von 16 819 M 28 S eine Ausgabe von 16 656 M 83 S und darunter 3922 M 86 S Verwaltungskosten gehabt habe. Er meine, wenn von Seiten des Magistrates und der Armendirection anerkannt werde, daß die Thätigkeit des Vereines eine wünschenswerthe und segensreiche Ergänzung der Armenpflege bilde, so könne sich die Versammlung nur auf denselben Standpunkt stellen und den Verein in seiner Existenz unterstützen, um ihm diese weiter zu ermöglichen. Wenn Herr Günther die Thätigkeit des Vereines als einen wesentlichen Theil der Armenunterstützung der reichen Leute bezeichne, so werde er mit dieser Ansicht wohl ziemlich allein in der Versammlung stehen. Die Unterstützung der Armen durch die Reichen sei gerade in hiesiger Stadt keine geringe und man brauche über solche Behauptung, daß die Wohlthätigkeit der Reichen auf den Verein beschränkt bleibe, kein Wort zu verlieren.

Herr Wolff I: Auf eine vollständige Widerlegung der Behauptungen des Herrn Günther wolle er nicht eingehen, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Eine

Vergleichung der Fachvereine mit dem Vereine gegen Bettelerei erscheine kaum zulässig, denn jene beruhen zum großen Theil auf politischen Grundlagen und dieser verfolge rein menschliche Zwecke. Es sei zu bedauern, daß die Sympathie der Bevölkerung für den Verein im Allgemeinen abgenommen habe, so daß es im Winter 1891 besonderer Anstrengungen bedurft habe, um mit den Mitteln des Vereines durchzukommen. Im Winter 1892 sei es verhältnißmäßig besser gegangen und doch habe der Verein so große außerordentliche Schwierigkeiten gehabt.

Was nun den ersten Theil des Antrages in Bezug auf die volle Uebernahme der Unkosten für auswärtige Wanderer anlange, so habe er zu bemerken, daß in Gemäßheit der vom Niedersächsischen Verpflegungs-Verbande neuerdings gefaßten Beschlüsse, welchen sich auch der hiesige Verein angeschlossen habe, die fremden Wanderer nicht nur Morgens oder Abends, sondern für einen vollen Tag unterstützt werden; dieselben erhalten ein ausreichendes Mittagbrot in der Volksküche, Abends ein Nachtquartier und am anderen Morgen ein bescheidenes Frühstück. Das geschehe in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der sämtlichen deutschen Verpflegungsstationen. Braunschweig bilde aber in dem großen Reize derselben eine Station und es würde unzweifelhaft der Stadt obliegen, eine derartige Station hier ins Leben zu rufen und zu unterhalten, wenn der Verein solches nicht schon gethan hätte. Wenn der Verein unter solchen Verhältnissen bitte, ihm statt der bisher gewährten zwei Dritttheile die ganzen Unkosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten, welche er auch ferner selbst zu tragen gesonnen sei, zu erstatten, so liege darin nichts Unbilliges. Die von den Wanderern zu leistenden Arbeiten bilden in Wirklichkeit nur einen ganz kleinen Bruchtheil der durch sie entstehenden Kosten. Es solle hierdurch einerseits das Ehrgefühl geweckt werden, damit die Leute sagen können: was wir bekommen, erarbeiten wir uns auch und andererseits wolle man dadurch den Zuzug fauler, nichtsnußiger Subjecte abhalten. Der Verein befinde sich damit auf einer Grundlage, welcher jeder Stadtverordnete beipflichten könne.

Wenn Herr Günther die Höhe der Verwaltungskosten bemängelt habe, so wolle er dazu bemerken, daß die gesammte Thätigkeit aller Organe des Vereins eine freiwillige sei mit Ausnahme der Bureaubeamten und Boten des Vereins, deren aufreibende Thätigkeit nicht umsonst verlangt werden könne. Die große mühselige Verwaltung des Vereins, die Begutachtung der eingehenden Gesuche 2c. werde vollständig frei besorgt und könne die Verwaltung kaum billiger geführt werden, wenn man auch versuchen wolle, noch weitere Ersparnisse zu erzielen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß der Verein noch einen Theil der Arbeit der Armendirection, nämlich die Vertheilung von Materialien 2c. mit übernommen habe, was natürlich auch wieder Kosten verursache. Wenn die Versammlung aber die Zuwendungen ablehne, so werde der Verein in seiner Existenz geradezu bedroht,

denn es sei ihm dann kaum möglich, daß er noch weiter bestehen könne. Jedenfalls solle Alles aufgeboten werden, um die Mittel des Vereins wieder zu heben und sei auch in Aussicht genommen, im nächsten Herbst nochmals einen kräftigen Aufruf zu erlassen. Mit den hier erbetenen 3000 M. werde eigentlich nur das alte Loch zugestopft.

Wenn der Magistrat in seinem Begleitschreiben zum Etat für 1892 sage, daß der früher gestellte Antrag auf Erhöhung der niedrigsten Einheitsätze für Arme von verschiedenen Unterstützungscommissionen nicht gebilligt sei, einmal weil in besonders dringenden Fällen ohnehin schon die Armendirection mehr als die niedrigsten Sätze leiste und weil es ferner jeder Armenbezirks-Commission unbenommen sei, eine höhere Unterstützung zu bewilligen, so müsse hervorgehoben werden, daß drei Vierteltheile der an hiesige Arme bewilligten Unterstützungen solche Fälle betreffen, in welchen die städtische Armenpflege sich als ungenügend erwiesen habe. Der Verein sei demnach ergänzend für die städtische Armenpflege eintreten und habe diese ebenso wie die Bevölkerung entlastet, so daß derselbe als ein Glied der städtischen Armenpflege mitgewirkt habe. Wenn unter solchen Verhältnissen der Verein in Noth komme und nicht mehr weiter könne, so sei es Pflicht der Stadt, ihn zu unterstützen.

Herr Reiche möchte Herrn Günther gegenüber noch darauf hinweisen, daß es einem hier arm und mittellos ankommenden Fremden nur lieb sein könne, wenn er für die ihm zu Theil werdende Unterstützung eine Gegenleistung an Arbeit zu bieten vermöchte, da er dann das Gefühl besäße, kein Almosen erhalten zu haben, und das erhöhe das Selbstbewußtsein des Bedürftigen wieder. Der weiter von Herrn Günther ausgesprochenen Ansicht gegenüber, daß die reichen Leute die Lasten des Vereins selbst tragen könnten, wolle er daran erinnern, daß Herr Günther in anderen Fällen als ein Gegner der Privatwohlthätigkeit auftrate, so z. B. bei der Badeanstaltsfrage, welche er nur von der Stadt gebaut und unterhalten wissen wollte.

Herr Rieke würde von seinem Standpunkte als Armenpfleger wünschen, daß der Verein gegen Bettelerei überhaupt nicht bestände. Wenn die Armenpflege einmal die Nothleidenden unterstütze, so könne es auch gleich in einer Summe geschehen. Den Armenpflegern erwachsen aus dem Vereine nur Plackereien, denn wenn dieselben die Gesuche an den Verein nicht ordentlich ausmalen, dann gebe es auch nichts darauf. Es solle dem Vereine damit kein Vorwurf gemacht werden, weil er ja nichts geben könne, wenn er selbst nichts habe. Die in den beiden letzten Wintern bewilligten großen Unterstützungen seien der überall herrschenden großen Noth zuzuschreiben. Mit der Anschauung, daß die von den Fremden verlangte Gegenleistung an Arbeit das Sittlichkeitsgefühl heben solle, könne er sich nicht einverstanden erklären, weil von den Fremden die Unterstützung als das angenommen

werde, was sie sei: als ein Mosen. Der Arbeiter, aus dem noch nicht alle Funken von Ehrgefühl verschwunden seien, fühle, wenn er für 10 „Bantarbeit“ machen müsse, sein Elend voll und ganz und lasse sich darüber nicht wegtäuschen. Sofern man den Verein mit der Armenpflege zusammenwerfe, spare man wenigstens die Verwaltungskosten, welche dem Vereine selbst zu hoch seien, denn er habe bereits Umfrage gehalten, ob nicht die städtische Armenpflege die Annahme der Bittgesuche mit übernehmen wolle, um hierdurch einen Beamten zu sparen. Gegen die Deckung des in der Vereinskasse entstandenen Deficits habe er nichts einzuwenden, andererseits aber wünsche er, daß die Mittel des Vereins der städtischen Armenverwaltung zugewiesen werden. Die von Herrn Wolff I gemachte Angabe, daß drei Vierteltheile der vom Vereine bewilligten Unterstützungen an solche Bedürftige gegeben seien, welche auch von der städtischen Armenpflege Beihilfen erhalten haben, könne schon richtig sein, weil man den statutmäßigen Höchstfuß von 12 M nur in den dringendsten Fällen zu zahlen pflege. Er möchte darum ersuchen, die einmalige Unterstützung von 3000 M zu bewilligen, von weiteren Unterstützungen aber abzusehen. Herrn Reiche gegenüber, der die Ausführungen des Herrn Günther nicht verstanden zu haben scheine, wolle er bemerken, daß die Arbeitervereine viel mehr leisteten, als der Verein gegen Bettelerei und darum die Communalbehörde die zehnfache Verpflichtung besitze, jenen unter die Arme zu greifen, weil die Armenkasse durch sie bedeutend entlastet werde.

Herr Rudeloff ist der Ansicht, daß der Verein gegen Bettelerei sich noch bedeutend vergrößern könne, wenn er mehr an die Oeffentlichkeit trete und seine Ziele mehr bekannt gebe. Eine große Menge hiesiger Einwohner meine, daß es sich bei dem Vereine nur um die Unterstützung durchreisender Fremder handle, aus welchem Grunde er anheingeben möchte, nach der Richtung hin noch mehr Aufklärung zu schaffen. Dazu möchte er noch wünschen, daß der Verein sich einen anderen Namen beilege, denn es liege für Diejenigen, welche ohne ihre Schuld gezwungen seien, den Verein in Anspruch zu nehmen, etwas Verlegendes darin, sich an einen „Verein gegen Bettelerei“ wenden zu müssen. In anderen Städten habe man passendere Namen, wie: „Verein gegen Armennoth“, „Verein zur Bekämpfung der Armennoth“ u. s. w. gewählt.

Herr Günther verwahrt sich dagegen, auf der einen Seite die Privatwohlthätigkeit und auf der anderen Seite die communale Wohlthätigkeit in den Vordergrund geschoben zu haben, denn seine bezügliche Aeußerung sei nur dahin gegangen, daß er meine, es sollte den reichen Leuten des Vereins eine Kleinigkeit sein, dieses Deficit von 3000 M selbst zu decken. Herrn Riecke gebe er darin Recht, daß es zweckmäßiger sei, die durch Privatwohlthätigkeit aufgebrachten 18000 M der städtischen Armenverwaltung zu überweisen, als sie in eigene Verwaltung zu

nehmen. Herrn Wolff II gegenüber erkenne er gern die in hiesiger Stadt herrschende große Armenwohlthätigkeit an, indem er der Meinung sei, daß es wohl keine Stadt in Deutschland gebe, welche, selbst abgesehen von den milden Stiftungen, in dieser Beziehung so viel leiste. Die Thätigkeit des Vereins gegen Bettelerei trete aber der städtischen Armenpflege nur hindernd in den Weg, weil derselbe auch Leute unterstütze, welche es nicht so sehr verdienen, wenn sie nur ordentlich zu betteln verstehen, während bescheidenere Leute nichts erhalten. Darum wäre es besser, der Verein hätte nur sein erstes Ziel, die Unterstützung der fremden Handwerksgehlen, im Auge und überlasse die eigentliche Armenpflege der Stadt. Gegenüber Herrn Reiche habe er hinsichtlich der von den Handwerksgehlen zu leistenden Arbeit noch zu erklären, daß er nicht wünsche, die Arbeit solle wegfallen, sondern daß er dieselbe nur in Verbindung gebracht habe mit dem kleinen Betrage der Unterstützung, denn es sei an sich durchaus nicht von Schaden, wenn die Leute ein bis zwei Stunden arbeiten, statt daß sie sich während der Zeit in den Chaussee-graben legen. Sodann habe er noch zu bemerken, daß die Wohlthätigkeitsvereine einen Vergleich mit den Arbeitervereinen nicht aushalten und daß diese durchaus keinen politischen Vordergrund besitzen. Ursprünglich sei der Zweck derselben die Wander-Unterstützung gewesen, ohne irgend welche politische Thätigkeit zu entwickeln und das sei doch auch nur ein Humanitätszweck. Er habe diese Vereine nur vorgeführt, um sie in Gegensatz zu stellen zu den geringen Leistungen eines solchen Vereines, dem so viele reichen Leute angehören.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XIV. Nutzung der Wiesen vor dem Augustthore.

Von den vor dem Augustthore belegenen städtischen Wiesen beabsichtigt der Magistrat vorläufig nur die beiden gegenüber der Wolters'schen Brauerei und neben der Militair-Badeanstalt belegenen Theilflächen auffüllen zu lassen, so daß der ganze übrige Complex einstweilen wie bisher genutzt werden kann. Die bezüglich der vor-maligen Cammerwiesen und des Terrains der Militair-Badeanstalt von den Vorbesitzern abgeschlossenen Pachtverträge laufen noch bis zum 1. October 1900, bezw. bis Michaelis 1896 und müssen daher ausgehalten werden; alle übrigen Flächen sind dagegen pachtfrei. Da es dem Magistrate nicht angängig erscheint, im Voraus Bestimmung darüber zu treffen, wann die einzelnen Flächen behufs Herrichtung der Parkanlagen in Angriff genommen werden sollen, so empfiehlt es sich, dieselben zunächst weiter zu nutzen. Bezüglich der Art solcher Weiternutzung möchte der Magistrat freie Hand behalten und ersucht, ihn hierzu zu ermächtigen.

Der Herr Vor-sitzende giebt anheim, diese Ermächtigung generell zu ertheilen und die Versammlung beschließt demgemäß.

XV. Aufnahme eines Proceßes.

Gegen den General-Agenten Heinrich Roesen, welcher der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke 30,65 M schuldet, ist Klageerhebung erforderlich und ersucht der Magistrat um Genehmigung dieser Proceßführung,

welche seitens der Versammlung auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden beschlossen wird.

XVI. Wahl von Abgeordneten zum Städtetage.

Auf Ersuchen des Magistrates um Bestimmung derjenigen beiden Mitglieder der Versammlung, welche auf dem am 17./18. Juni d. Js. in Schöppenstedt stattfindenden neunten braunschweigischen Städtetage stimmberechtigt sein sollen,

wählt die Versammlung die Herren Hauswaldt und Uhde zu ihren Vertretern, während die Herren Stadtrath Ramdohr und Assessor von Frankenberg als Vertreter des Magistrates gewählt sind.

XVII. Aenderung der Baulinie am Hohenstiege.

Zur Vermeidung von Störungen, welche der neu zu errichtenden Schule am Hohenstiege durch die wieder in Betrieb genommene benachbarte Tischlerei des Tischlermeisters Bartels drohen, bittet die Städtische Bauverwaltung, eine Verschiebung des Schulhauses nach der Goslarischenstraße hin in der Weise zu genehmigen, daß an der Westseite des Grundstückes Platz für die Errichtung der Turnhalle und des Abortgebäudes gewonnen werde. Wenn letztere Gebäude alsdann mit den Brandgiebeln gegen die Werkstättengebäude gerichtet aufgeführt werden, so dürfte eine nennenswerthe Uebertragung des durch die Maschinen erzeugten Geräusches nicht mehr zu befürchten sein. Hierdurch wird aber eine geringe Aenderung der lezt hin erst festgesetzten Straßenlinie für den Hohenstieg erforderlich, um deren Genehmigung der Magistrat ersucht.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Uhde zur Annahme empfehlen und

die Versammlung genehmigt dieselbe.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung beräth und beschließt die Versammlung über folgende Personalveränderungen:

Die Anstellung des bisherigen Aufsehers Hillebrand als zweiter Werkmeister, sowie der bisherigen Büreaugehülfen Amelung und Pfeil als Schreiber wird genehmigt.

Ebenso die Anstellung von Fräulein Emma Schubart in Stuttgart als Lehrerin für die städtische höhere Mädchenschule.

Dagegen wird die Anstellung des Lehrers Dr. phil. Girgensohn in Berlin als wissenschaftlich gebildeter Lehrer an der städtischen höheren Mädchenschule nach längerer Besprechung mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Zum Schlachthaus-Director wählt die Versammlung den bisherigen ersten Schlachthaus-Thierarzt Koch, demselben gleichzeitig für die längerzeitige Vertretung seines verstorbenen Vorgängers eine Remuneration von 600 M bewilligend.

Endlich wird noch der frühere Monteur Hermann Fricke zum Schuldiener der 2. unteren Bürgerschule gewählt.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten kommen schließlich noch zwei Recurs-Reclamationen zur Erledigung.

Schluß 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. Juni 1892.

Öeffentlich:

I.	Abkommen wegen eines Canals an der Hilbesheimerstraße	Seite 154
II.	Unterstützung der Arbeiter-Colonie Kästorf	" 155
III.	Verkauf des Turnhallenterrains an der Petritthorpromenade	" 155
IV.	Ausbau der verlängerten Thomästraße	" 156
V.	Aufnahme eines Processus	" 156
VI.	Erwerb einer Straßenfläche an der Langenstraße	" 157
VII.	Anlauf des Heike'schen Grundstücks am Markalle	" 157
VIII.	Einstweilige Benützung des Brauereigrundstücks an der Wendenstraße	" 158
IX.	Wahl eines Mitgliedes der Einquartirungs-Commission	" 160
X.	Uebnahme eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße als Ortsstraße	" 160
XI.	Uebnahme der Riedestraße als Ortsstraße	" 160
XII.	Neuordnung des Kirchenwesens	" 161
XIII.	Aufnahme eines Processus gegen eine Ortskrankencasse	" 162
XIV.	Canalisation des Langenhofes und der Opfertwete	" 162
XV.	Kosten der Kl. Campestraße und der Lachmannstraße	" 163
XVI.	Bergößerung des Schulbauplazes am Hohenstiege	" 163
XVII.	Aufstellung neuer Laternen	" 165
XVIII.	Aufnahme eines Processus	" 166

XIX.	Ausgabe weiterer Stadtoobligationen	Seite 167
XX.	Anfrage des Herrn Lord wegen des Verbindungsweges zwischen dem Bülden und dem Querumer Holze.	" 167

Vertraulich:

Entschädigung für Cassenverluste an den Stadt-Cämmerer	" 168
Wahl eines anderweiten Mitgliedes zum Städtetage.	" 168
Steuer-Reclamationen nach den Verzeichnissen I und II von 1892.	" 168
Mittheilungen verschiedener Art.	" 168

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake und Metemeyer, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Günther, Jasper, Meyer, Natalis, Sievers und Wilke; außerdem fehlt Herr Kiefe.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Vom Herzoglichen Staatsministerium ist ein Allerhöchstes Dankschreiben für die Sr. Königlichen Hoheit dargebrachten Glückwünsche zum Geburtstage eingegangen, welches in der Versammlung herumgereicht wird.
- 2) Die wissenschaftlichen Lehrer der städt. Ober-Realschule sprechen in einem Schreiben für das ihnen bei Festsetzung des neuen Normalstats bewiesene Wohlwollen den städtischen Behörden ihren Dank aus und bemerken, daß ihre früher ausgesprochenen bezüglichlichen Wünsche nunmehr in vollem Umfange erfüllt seien.
- 3) Achter Bericht des Sparvereins für Confirmanden zu Braunschweig, welcher zur Vertheilung gelangt.

Nachdem darauf noch das Protocoll *N* 3 genehmigt war, wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Abkommen wegen eines Canals an der Hildesheimerstraße.

Auf Antrag der Fabrikanten Albert Sazinger und Henri Wittenberg ist der in der Hildesheimerstraße hergerichtete Abzugscanal bis zu den daselbst gelegenen Grundstücken derselben auf ihre Kosten fortgeführt. Die beiden Anlieger haben gebeten, ihnen die in Höhe von 3200 M entstandenen Kosten alsbald zurückzugeben und sich für diesen Fall verpflichtet, der Stadt einstweilen die Zinsen des Anlagecapitals zu 4 % jährlich einschließlich der von ihnen zu entrichtenden Canalsteuer

zu zahlen, auch wegen Sicherung der Stadtgemeinde entsprechende Caution zu stellen. Der Magistrat hält für unbedenklich, diesem Antrage zu entsprechen und ersucht um Genehmigung desselben.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

II. Unterstützung der Arbeiter-Colonie Rästorf.

Mit Rücksicht darauf, daß die Colonie Rästorf, deren gedeihliche Fortentwicklung naturgemäß auf öffentliche und private Beihülfe angewiesen ist, wieder besonderer Mittel bedarf, beantragt der Magistrat, derselben ebenso wie im Jahre 1889 einen Betrag von 700 M aus den Mitteln der Kreis-Communalcasse zu verwilligen. Da das Bestreben der Colonie, die Colonisten dem bürgerlichen Leben wieder zuzuführen, die volle Sympathie des Magistrats besitzt, so will derselbe zur Begründung der Forderung aus dem Jahresberichte der Colonie noch besonders hervorheben, daß letztere mit Erfolg bemüht gewesen ist, den entlassenen Colonisten Stellen nachzuweisen.

Die Statutencommission giebt nach dem Berichte des Herrn Rudloff anheim, die geforderte Summe zu verwilligen. Nach dem vorliegenden Jahresberichte der Colonie seien bis Ende März 1891 aus derselben 3006 Personen und zwar 1013 mit Stellennachweis ausgeschieden.

Der Antrag wird genehmigt.

III. Verkauf des Turnhallenterrains an der Petritthorpromenade.

Nachdem der Neubau der städtischen Turnhalle auf dem Grundstücke der Schule an der Osterstraße vollendet, hielt der Magistrat es für angezeigt, das verfügbare Terrain des früheren Turnhallengrundstückes an der Petritthorpromenade zu veräußern, ausschließlich eines 4 m breiten Streifens an der Südseite des Grundstückes, welcher erforderlich ist, um auch von der Promenade aus einen angemessenen Zugangsweg zu der neuen Turnhalle zu schaffen. Dabei erschien es dem Magistrat auch zweckmäßig, eine angemessene Regulirung der straßenseitigen Grenzlinie durch Feststellung einer anderweiten Baufluchtlinie vorzunehmen, aus welchem Grunde zwei zusammen 33 qm haltende Theilflächen vom Verkaufe ausgenommen und dieselben, in Anerkennung des der Stadt seitens des Staates bei Regulirung des Sandweges bewiesenen Entgegenkommens, der Herzoglichen Baudirection behufs Verbreiterung des Fußweges der Promenade unentgeltlich angeboten sind. Die übrige, zusammen 15 a 79 qm große Fläche ist am 7. Mai unter der Bedingung versteigert,

daß die Baupläge nur bis auf 4 m von der südöstlichen Eigenthumsgrenze entfernt bebaut werden dürfen. Während nun bei der Versteigerung im Einzelnen zusammen nur 23 300 M geboten wurden, hat auf das Gesamtgrundstück der Kaufmann Fritz Fulst das Höchstgebot mit 42 100 M abgegeben. In den diesjährigen Stadthaushaltsplan war der Erlös mit 42 000 M eingestellt. Daß kein höherer Preis erzielt ist, liegt wesentlich an der geringen Tiefe des Grundstückes. Die Anträge des Magistrates gehen nun dahin,

1) die anderweite Baulinie,

2) die unentgeltliche Abtretung der etwa 33 qm großen Theilflächen an den Staat und

3) die Veräußerung der 15 a 79 qm großen Grundfläche an den Kaufmann Fritz Fulst zum Preise von 42 100 M

zu genehmigen.

Die Finanzcommission läßt die Annahme dieser Anträge durch Herrn Seele befürworten

und die Versammlung beschließt dieselbe.

IV. Ausbau der verlängerten Thomästraße.

Der Kaufmann Hermann Witte hat gebeten, die im Ortsbauplane vorgesehene verlängerte Thomästraße auf der Strecke zwischen Petri- und Glücksstraße auf seine Kosten als Ortsstraße ausbauen zu lassen. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb mit Witte abgeschlossenen Vertrages,

welche von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Weber berichtet, beschlossen wird.

V. Aufnahme eines Processes.

Der Bierhändler Bähre, welchem zur Bezahlung der Miethe von 80 M für das Erdgeschoß des Hauses *Nr.* 21 am Markstalle für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April Frist bis zum 15. Mai ertheilt war, ist bis jetzt seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Der Magistrat beantragt daher Klageerhebung gegen Bähre

und die Statutencommission läßt diesen Antrag durch den Herrn Vorsitzenden zur Annahme empfehlen.

Herr Reiche fragt an, ob es nicht für angezeigt gehalten werde, derartige Sachen in die vertrauliche Sitzung zu verlegen, weil Klage darüber geführt sei, daß einzelne Personen durch die Verhandlung in öffentlicher Sitzung in ihren Creditverhältnissen schwer geschädigt seien.

Herr Wolff II möchte sich mit aller Entschiedenheit gegen solche Maßnahme aussprechen, da er es als einen Segen betrachte, daß diese Sachen in öffentlicher Sitzung zur Sprache kommen. Wenn im Einzelfalle einmal Jemand irrtümlich durch die öffentliche Verhandlung gekränkt werde, so liege es in seiner Hand, seinen guten Ruf wieder herzustellen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

VI. Erwerb einer Straßenfläche an der Langenstraße.

Der Schlossermeister Louis Göhe hat von seinem an der Langenstraße gelegenen Grundstücke eine 6,6 qm große Theilfläche an die Stadt abzutreten und fordert dafür eine Entschädigung von 50 M für den Quadratmeter. Wenngleich der Werth von Grund und Boden in jener Gegend höchstens auf 30 M pro qm zu bemessen ist, und die Städt. Bauverwaltung empfohlen hat, die dem Göhe zu gewährende Entschädigung auf höchstens 250 M festzustellen, so trägt der Magistrat doch Bedenken, auf Einleitung des Expropriationsverfahrens Bedacht zu nehmen, weil das ganze Göhe'sche Grundstück nur 186 qm groß ist und daher eine Minderung des Werthes des Restgrundstückes thatsächlich vorliegt. Das Ersuchen des Magistrates geht demnach dahin, ihn zum Ankaufe der fraglichen Fläche gegen Zahlung einer Entschädigung von 50 M pro qm zu ermächtigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, geschieht.

VII. Ankauf des Heise'schen Grundstückes am Markstalle.

Seitens des Schlachtermeisters Heise, als Eigenthümers des am Markstalle belegenen Wohnhauses *N. ass.* 2825, von dessen Grundfläche nach Niederlegung des Gebäudes 33 qm zur Verbreiterung des Markstalles abgetreten werden müssen, ist eine besondere, im Expropriationsverfahren nach dessen Natur außer Betracht bleibende Entschädigung von 25000 M beansprucht, sofern das Restgrundstück an seiner Ostseite in Folge der Bebauung des vom Ruhfäutchenplatze an Herzogliche General-Hof-Intendantur abgetretenen Theiles bei einem demnächstigen Neubau nicht mit Lichtöffnungen versehen werden könne. Obwohl diese Forderung eine übertrieben hohe genannt werden muß, war doch auf eine Ermäßigung derselben nicht zu rechnen und die Möglichkeit, im Expropriationsverfahren Abtretung des ganzen Grundstückes zu fordern, war nach der Sachlage ebenfalls ausgeschlossen. Der Magistrat hat es daher für zweckmäßiger gehalten, das ganze Grundstück käuflich zu erwerben, als dem Heise neben einer Gesamtentschädigung von rund 38000 M das auf mindestens 16500 M zu bewerthende Restgrundstück zu belassen.

Der Magistrat empfiehlt daher die Genehmigung des mit Heise abgeschlossenen Kaufvertrages, laut dessen das Grundstück zum 1. Juli d. Js. für 58000 M an die Stadtgemeinde abgetreten werden soll, mit dem Bemerken, daß Herzogliche General = Hof = Intendantur inzwischen sich mit diesem Ankaufe einverstanden erklärt hat. Wenn auch der Preis den wahren Werth des Grundstückes erheblich übersteigt, so darf doch nicht unberücksichtigt bleiben, daß erst durch die Erwerbung des ganzen Heise'schen Besitzthums die Möglichkeit gewonnen wird, über die damit zusammenhängenden Flächen der früheren Dienstbotenanstalt und des von Belthheim'schen Hauses uneingeschränkt zu verfügen.

Herr Halle giebt namens der Statutencommission anheim, den auf Kosten der Herzoglichen General = Hof = Intendantur abzuschließenden Kaufvertrag zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Einstweilige Benutzung des Brauereigrundstückes an der Wendenstraße.

Nach einem Berichte der Städt. Bauverwaltung über die angemessenste Verwendung des in den Besitz der Stadt übergegangenen Brauereigrundstückes an der Wendenstraße, befinden sich sämmtliche Gebäude in einem ziemlich verwahrlosten Zustande, indem seit Jahren zur baulichen Instandhaltung derselben nichts geschehen ist, alle brauchbaren Gegenstände wie Thüren, Fenster, Pferdekrippen, Planken, Bretter 2c. entfernt sind und die Zugen außerdem das Zerstörungswerk durch Ausbrechen von Wandfachen, Einwerfen von Fensterscheiben 2c. fortgesetzt hat. Es ist deshalb nothwendig, hier Wandel zu schaffen, was sich dadurch am besten erreichen lasse, daß nach Ablauf des mit dem Gastwirth Hinkelmann geschlossenen Pachtvertrages ein Theil der hofwärts gelegenen Gebäude für Zwecke des Straßenreinigungs-Institutes, für Unterbringung von Geräthen und Utensilien, zum Aufenthaltsraume für die Arbeiter u. s. w. eingerichtet werde und ein Aufseher eine Dienstwohnung unentgeltlich überwiesen erhalte mit der Bedingung, daß er die Interessen des Hausbesizers nach jeder Richtung hin zu vertreten und Ordnung auf dem ganzen Grundstücke aufrecht zu erhalten habe. Das am ehemaligen Ofergraben gelegene Wohnhaus nebst dem angrenzenden Stallgebäude, sowie die das Kühlhaus umfassenden Anbauten würden, da sie in baulicher Beziehung am schlechtesten, auch sonst wenig nutzbringend sind, am zweckmäßigsten baldthunlichst abzubauen sein. Die ehemaligen Gärkeller, welche einstweilen seitens des zeitigen Pächters Hinkelmann den Hof = Weinhändlern Pappée & Büschhoff überlassen sind, könnten auch fernerhin an genannte Firma vermietet werden und beträgt der Miethwerth ungefähr 500 M jährlich. Das neben den Gärkellern gelegene Wohn- und Werkstättengebäude, sowie der Pferdestall am Ausgange nach dem Werder und

ein am Okergraben gelegener Stall könnten der Straßenreinigungs-Anstalt zuge-theilt, alle übrigen Gebäude aber wieder an einen Pächter zum Gastwirthschafts-betriebe übertragen werden, sofern nicht etwa für den Aufseher der Straßenreini-gungs-Anstalt eine Wohnung im Erdgeschoße des linken Seitengebäudes davon auszuschließen wäre. Da es nothwendig erscheint, die Gebäude wenigstens einiger-maßen in Dach und Fach herzustellen und geringe Verbesserungen im Innern zu beschaffen, so wird hierzu nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von etwa 2000 M in Anspruch zu nehmen sein.

Der Magistrat bemerkt hierzu, daß im Falle der Errichtung einer Markthalle auf dem vormals Huch'schen Grundstücke einstweilen jedenfalls nur ein Theil des Brauereigrundstückes in Anspruch genommen werde und daher auf dessen thunlichst beste Ausnutzung Bedacht zu nehmen sein dürfte. Aus diesem Grunde hat der Magistrat dieses Grundstück bis zum 1. October an den Gastwirth Hinkelmann für 2000 M jährlich vermietet und ersucht nun

- 1) ihm die Entscheidung darüber, wie das Grundstück weiterhin am besten zu verwerthen sei, zu überlassen,
- 2) den Abbruch der nach vorstehendem Berichte zu beseitigenden Gebäude zu genehmigen und
- 3) die Mittel zur Wiederinstandsetzung der Gebäude in Höhe von ungefähr 2000 M zu verwilligen.

In der Finanzcommission ist — wie Herr Rimpau berichtet — der Befürch-tung Ausdruck gegeben, daß durch diese Maßnahmen der Bau der Markthalle in unliebsamer Weise verzögert werden könnte. Von dem Vertreter des Magistrates sei darauf jedoch erwidert, daß eine solche Verzögerung nicht eintreten werde, weil die einzugehenden Miethverträge nur auf ein Vierteljahr abgeschlossen seien. Nach dieser Erklärung habe die Commission ihre Bedenken fallen gelassen und beschlossen, die Genehmigung der Magistratsvorlage zu empfehlen.

Herr Stadtrath Metemeyer macht darauf aufmerksam, daß der Pachtvertrag mit Hinkelmann nicht auf ein Vierteljahr, sondern mit vierteljährlicher Kündigung abgeschlossen sei. Auch stehe noch nicht fest, ob dieser Vertrag über den 1. October hinaus verlängert werden würde.

Herr Lange findet es gerechtfertigt, wenn die betr. Räume bis zu ihrer ander-weisen Inanspruchnahme angemessen verwerthet werden, er könne indessen der Vorlage nur dann zustimmen, wenn durch dieselbe Verzögerungen irgend welcher Art hin-sichtlich des Markthallenbaues nicht entstehen. Das Grundstück sei zum Zwecke der Errichtung einer Markthalle erworben und dieser Zweck müsse sobald als möglich zu erreichen gesucht werden. Da er auch als Mitglied der für die Errichtung einer

Markthalle eingesetzten Deputation noch nichts über den Stand der Angelegenheit vernommen habe, so richte er das Ersuchen an den Magistrat, so schnell wie möglich mit einem Plane und einem Kostenanschlage für die Markthalle hervorzutreten. Das privatim vernommene Gerücht, nach welchem bei dem Magistrate ein Kostenanschlag in Höhe von einer Million Mark eingereicht sei, könne kaum auf Wahrheit beruhen.

Herr *Rimpau* bestätigt die Auslassung des Herrn Stadtrath Ketemeyer, nach welcher der Miethvertrag mit Hinkelmann unter vierteljährlicher Kündigungsfrist abgeschlossen sei.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IX. Wahl eines Mitgliedes der Einquartirungs-Commission.

Der Stadtverordnete, Herr Meyer, hat gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine Kränklichkeit von dem Amte eines Mitgliedes der Commission zur Abschätzung der Gebäude zwecks Bemessung der Einquartirungslasten zu entbinden und vorgeschlagen, an seine Stelle Herrn Wilke in die Commission zu wählen.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden gegen diesen Antrag nichts einzuwenden und auch die Versammlung stimmt demselben zu.

X. Uebernahme eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße als Ortsstraße.

Auf Antrag des Architekten Till und des Ziegelei-Besizers Meyer ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die auf Kosten der Genannten ausgebaute Strecke der Kaiser-Wilhelmstraße zwischen Hagenstraße und Hagenring als Ortsstraße übernommen werde und die Unternehmer die verauslagten Kosten mit 17566 M 12 S für den Abzugscanal, mit 3033 M 90 S für das Wasserrohr und mit 1737 M für das Gasrohr zurückgezahlt erhalten.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Bültemann empfehlen

und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Uebernahme der Niedestraße als Ortsstraße.

Die Erben der verstorbenen Ehefrau des Hof-Schauspielers a. D. Oscar Fischer haben gebeten, die auf Kosten der Ehefrau Fischer ausgebaute Niedestraße als Ortsstraße zu übernehmen. Da die Vorbedingungen zur Uebernahme dieser Straße erfüllt sind, ersucht der Magistrat, dem Antrage stattzugeben. Ebenso beantragt derselbe, die Kosten des Abzugscanals mit 2617 M 69 S und des Wasserrohrs mit 1349 M 40 S an die Fischer'schen Erben zurückzuzahlen, dagegen die Kosten des Gasrohrs mit 870 M 20 S einstweilen noch zurückzubehalten, weil Privatabnehmer von Gas in jener Straße noch nicht vorhanden sind.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen Anträgen auf Befürwortung der Bau-commission, für welche Herr Bültmann berichtet, einverstanden.

XII. Neuordnung des Kirchenwesens.

Dem Herzoglichen Staatsministerium ist bekanntlich seitens des Stadtmagistrats in Sachen der Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens folgender Vorschlag unterbreitet: „Die Stadtgemeinde Braunschweig übernimmt in Erhoffung von Staatsbeihülfen freiwillig die aus der programmäßigen, im Besonderen auch die Cantorate als Hauptämter beseitigenden Neuordnung des Kirchenwesens der Stadt erwachsenden Kosten und läßt ihren Anspruch auf das Recht der Präsentation der bei den beiden neuen Gemeinden anzustellenden Prediger fallen, dafern

- 1) diesen neuen Gemeinden das Recht, bei jeder Besetzung einer ihrer Predigerstellen dem Landesherrn drei Candidaten vorzuschlagen, zugesichert und
- 2) das dem Stadtmagistrate bezw. dem Kirchencassen-Collegium bezüglich der sieben vorhandenen Stadtkirchengemeinden gesetzlich zustehende Schutz- und Aufsichtsrecht auf die neuen Gemeinden unter Aufnahme derselben in den Cassenverband der älteren Stadtkirchen ausgedehnt wird.“

Das Herzogliche Staatsministerium stellt in seiner hierauf erfolgten Erklärung zunächst fest, daß es sich selbstverständlich bei den „beiden neuen“ Kirchengemeinden nur um die von der St. Magni- und St. Catharinen-Gemeinde abzweigenden neuen Gemeinden handeln könne und daß unter den entstehenden Kosten neben den Kosten für Erbauung von Kirchen in den beiden neu zu gründenden Kirchengemeinden auch solche für Ausstattung der beiden neuen Kirchen, sowie für Bereitstellung angemessener Wohnungen für die anzustellenden Geistlichen und unteren Kirchendiener, sowie die Kosten der Dotirung der darin zu errichtenden Kirchenämter mit angemessenem Einkommen zu verstehen seien. Wie nun das Herzogliche Staatsministerium weiter mitzutheilen in der Lage ist, haben Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen zc., Regent des Herzogthums Braunschweig, in der Eigenschaft als Landesherr und als oberster Bischof, geleitet von dem Wunsche nach einer den anderweiten Austrag streitiger Punkte vermeidenden baldigen und friedlichen Lösung der in dieser Angelegenheit aufgetauchten, in das kirchliche Gebiet und das kirchliche Leben tief eingreifenden Fragen, gnädigst geruht, das Staatsministerium zu ermächtigen, dem Stadtmagistrate auf den vorstehend bezeichneten Vorschlag folgende Erklärung abzugeben:

„Der vorstehend bezeichnete Vorschlag wird seitens des Staates und seitens der Kirche, soweit es jenen und diese angeht, unter Vorbehalt der höchsten Entschliebung in künftigen Fällen der Gründung neuer städtischer Kirchengemeinden, angenommen: demgemäß wird den beiden vorerwähnten neu zu gründenden Kirchengemeinden das

Recht zugesichert, bei jeder Besetzung einer ihrer Predigerstellen in derselben Weise, wie es in den jetzigen städtischen Kirchengemeinden — ausgenommen die Gemeinden des Doms, St. Petri und St. Crucis — gegenüber dem Stadtmagistrate geschieht, so gegenüber dem Landesherrn drei Candidaten zur Auswahl eines Predigers vorzuschlagen; auch werden die Gesetzgeberischen Maßregeln, welche zur Herbeiführung der oben zu 2 bezeichneten künftigen Stellung der mehrerwähnten beiden neuen Kirchengemeinden erforderlich sind, soweit es an der Herzogl. Landesregierung und an dem Kirchenregimente liegt, sobald als möglich getroffen werden.“

Von dieser Erklärung, durch welche die Angelegenheit in erfreulicher Weise ihrer Erledigung entgegengebracht wird, nimmt die Versammlung aus dem Berichte des Herrn Rudloff Kenntniß.

XIII. Aufnahme eines Processes gegen eine Ortskrankencasse.

Die Wittve des Zimmermanns Horn ist am 23. Juni 1891 für Rechnung der hiesigen Ortskrankencasse für Arbeiter in Conserven-Fabriken in das Herzogliche Krankenhaus aufgenommen und am 12. October 1891 daselbst gestorben. Die durch die Aufnahme entstandenen Kosten sind für die ersten 78 Tage von der genannten Ortskrankencasse, für den Rest der Zeit aber von der hiesigen Armenverwaltung getragen. Die Armendirection glaubt nun Anspruch auf Ersatz für die während der ersten 13 Tage nach Einstellung der Zahlung seitens der Casse aufgewandten Kosten gegen dieselbe zu haben. Da letztere sich weigert, diese in Höhe von 13 M entstandenen Kosten zu zahlen, so ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß gegen die bezeichnete Ortskrankencasse wegen des fraglichen Betrages Klage erhoben werde.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hat die Statutencommission beantragt, die Ermächtigung auszusprechen, was seitens der Versammlung geschieht.

XIV. Canalisation des Langenhofes und der Opfertweete.

Im Einverständnisse mit der Canalbau-Deputation beantragt der Magistrat, die alsbaldige Canalisation des Langenhofes und der Opfertweete zu genehmigen und die hierfür erforderlichen Mittel von 2800 M und bezw. 1150 M zu verwilligen.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Seele Genehmigung der Vorlage.

Herr Hauswaldt möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, zu ermöglichen, daß bei dem Ausbuddeln des Grund und Bodens die Passage wenigstens nothdürftig aufrecht erhalten werde, was sich bei gutem Willen wohl durchführen lasse. Beispielsweise sei es jetzt in der Leopoldstraße ganz unmöglich,

auf der einen Seite der Straße entlang zu kommen und werde sich die Kleinkinder-Bewahranstalt wohl gezwungen sehen, ihre Thätigkeit vorläufig einzustellen, weil es nicht möglich sei, die Kinder über die Straße zu befördern. Selbst wenn durch die Abstellung dieses Uebelstandes mehr Kosten entstehen sollten, würden diese doch nicht geachtet werden dürfen, um die Circulation auf den Straßen aufrecht zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß er sich bei der Canalbau-Verwaltung erkundigen wolle, wie dem Uebelstande abzuhelpen sei, wenn er auch nicht glaube, daß sich derselbe vollständig werde vermeiden lassen. Er persönlich sehe keinen anderen Ausweg zur Milderung der hier und da entstehenden Härten, als daß man die bedeutenden Erdmassen auf zum Theil recht entfernte Lagerplätze befördern lasse, welche Maßregel indeß mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XV. Kosten der Kl. Campestraße und der Lachmannstraße.

Die durch die Anlage der Kl. Campe- und der Lachmannstraße erwachsenen Kosten hat die Städt. Bauverwaltung auf insgesamt 46 174,28 M und hiernach den Beitrag für den Meter Frontlänge auf 89,65 M festgesetzt.

Dem Antrage des Magistrates, diese Kostenberechnung zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

XVI. Vergrößerung des Schulbauplatzes am Hohenstiege.

Die Versammlung hat auf Antrag des Magistrats genehmigt, daß die für den Hohenstiege festgestellten Baulinien geändert werden, um dadurch die Möglichkeit zu erlangen, das neue Schulgebäude weiter nach der Goslarischenstraße zu aufzustellen und hierdurch, sowie durch die jetzt geplante Errichtung der Turnhalle dicht vor dem mit einer Kreissäge und anderen, störendes Geräusch verursachenden Maschinen versehenen Werkstättengebäude des Tischlermeisters Bartels thunlichst die Störung des Unterrichts durch jenen Betrieb zu verhindern. Da sich inzwischen der Tischlermeister Bartels bereit erklärt hat, von seinem benachbarten Grundstücke eine circa 21 a 30 qm haltende Theilfläche — ohne die darauf stehenden Gebäude — der Stadt zu dem als angemessen zu erachtenden Preise von 60 000 M zu verkaufen, so beantragt der Magistrat, den wegen Ankaufs dieser Fläche mit Bartels abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen. Bei dem Ankaufe jener Fläche würde die Stadt von dem Gesamtgrundstücke voraussichtlich einige Bauplätze in einer Größe von zusammen etwa 22 a wieder veräußern können und daraus vielleicht 30 000 M erzielen, so daß der Erwerb des ganzen Schulgrundstücks rund 85 000 M Kosten verursachen würde, welcher Preis nach der Ansicht des Magistrats als ein mäßiger zu bezeichnen ist.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, ist die Schulcommission bei Berathung der Vorlage zu einem anderen Resultate als der Magistrat gekommen. Wenn auch die Commission allgemein von dem Wunsche beseelt sei, von der Schule jedes störende Geräusch fernzuhalten, so hätte sie doch nicht einwilligen können, für die eventuelle und vielleicht doch auch nur auf kurze Zeit vorkommende geringe Störung einen so exorbitanten Preis zu bewilligen. Auch die Städt. Bauverwaltung habe die ungerechtfertigte Höhe dieses Preises anerkannt, indem sie bei dem Wiederverkaufe einer ungefähr gleich großen Fläche als Erlös nur die Hälfte des hier geforderten Preises in Aussicht gestellt habe. Bei Ablehnung der Vorlage sei die Schulcommission auch noch von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei der jetzigen Neuordnung der Gebäude eine wirkliche Schädigung des Unterrichtes nicht zu befürchten sein dürfte, umsomehr, als Bartels die Kreissäge dem Gesetze nach in einen geschlossenen Raum legen und überhaupt Alles aufbieten müsse, um ein die Nachbarschaft störendes Geräusch zu vermeiden. Außerdem werde es vielleicht nur eine Frage der Zeit sein, daß die Kreissäge dort auch ohne den Ankauf des Grundstückes verschwinde und gebe die Commission daher anheim, die Vorlage abzulehnen.

Herr Lange hält es für bedenklich, wenn man ein derartiges Geräusch, wie es eine Kreissäge verursache, als Grund zur Verlegung einer Schule annehmen wolle; denn rückwirkend folge daraus, daß solche Sägen niemals in der Nähe einer Schule aufgestellt werden dürfe und alle Gewerbe, welche Geräusch erzeugen, wie eine Schmiede u., in der Umgebung einer Schule zu verbieten seien. Was sollte aber wohl aus der ganzen westlichen Stadtseite, in welcher sich vier Bürgerichulen befinden, werden, wenn man solche Grundsägen aufstelle. Es würde der ganze große Stadttheil dadurch entwerthet. Das halte er für absolut unzulässig und darum müsse man Mittel und Wege schaffen, daß auch bei solchem Geräusche Unterricht erteilt werden könnte.

Herr Blasius muß es nicht nur für zulässig, sondern sogar für nothwendig halten, daß man für die Umgebung der Schulen Ruhe verlange. Es dürfe in der Nähe der Schulen unter keinen Umständen irgend welches Geräusch geduldet werden, weil sonst die Schulen ihren Zweck, die Jugend mit Kenntnissen auszustatten, nicht erfüllen könnten und müsse daher die Industrie in dieser Beziehung zurücktreten. Wenn sich auch das Geräusch der Kreissäge mildern lasse, so stehe für ihn doch fest, daß es unmöglich sei, in der Nähe einer solchen Schulfunden abzuhalten.

Herr Halle befürwortet den Antrag der Schulcommission, da eine wesentliche Beeinträchtigung des Unterrichtes bei der jetzt geplanten Aufstellung der Turnhalle nicht zu erwarten stehe und man sich schließlich auch an das Geräusch gewöhnen werde. Wenn sich heutzutage ein neues Industrieunternehmen an irgend einer Stelle der Stadt niederlasse, so suche die Nachbarschaft die erste beste Gelegenheit zu ergreifen, um der Industrie Fesseln anzulegen. Da nun außerdem der Stadt

genügende gesetzliche Mittel zur Verfügung stehen, um einer mißbräuchlichen Benutzung der Kreissäge entgegenzutreten, so könne er sich nicht dafür aussprechen, den Schulbauplatz durch den Ankauf des Nachbargrundstückes noch mehr zu vertheuern.

Herr Lange kann der Ansicht des Herrn Blasius, daß die Industrie gegen die Schule zurücktreten müsse, nicht beipflichten. Wenn letztere ein solches Geräusch nicht vertragen könne, so sei sie in andere Gegenden zu verlegen, denn an irgend einer Stelle müsse sich die Industrie doch ausdehnen können. Die Industrie, welche eine Stadt groß mache, sei nach jeder Richtung hin zu unterstützen und da nun einmal der Westen der Stadt das Industrieviertel bilde, so solle man vermeiden, Schulen dorthin zu verlegen.

Der Herr Vorsitzende bittet, über den Vorrang der Industrie oder der Schule nicht weiter zu streiten, da dieses hier nicht zur Sache gehöre.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

XVII. Aufstellung neuer Laternen.

Zur Erweiterung bezw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung hat die Deputation für die städt. Gas- und Wasserwerke empfohlen, 65 Candelaber- = Gaslaternen, 5 Wand-Gaslaternen und eine Petroleum-Laterne neu aufzustellen, sowie 11 Candelaber-Laternen und 4 Wandlaternen zu versehen, wodurch an Einrichtungskosten 7865 M und an Beleuchtungskosten jährlich 4380 M erforderlich werden. Der Magistrat hält die Vorschläge mit der Herzogl. Polizei-Direction für zweckmäßig und ersucht, dem Antrage auf Bewilligung der Kosten zuzustimmen. — Ferner hat die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke berichtet, daß die Bäume der Lichtwirkung der Laternen namentlich in denjenigen Straßen hinderlich seien, wo erstere nach Aufstellung der Laternen gepflanzt worden sind. Eine Besserung der Beleuchtung würde aber durch Verziehung einzelner Laternen herbeigeführt werden können und lasse sich nur bei voller Belaubung der Bäume feststellen, wo solches zweckmäßig erscheine. Um im Laufe des Sommers die nöthigen Arbeiten vornehmen zu können, wird nun gebeten, eine Summe von etwa 500 M aus dem Reservefonds des Gaswerkes zu solchem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat schließt sich auch diesem Antrage an.

Die Laternen sollen ihren Platz an folgenden Straßen, bezw. Plätzen der Stadt erhalten:

I. Neue Laternen: a. Candelaber- = Gaslaternen: Verlängerte Rosenstraße 6, Rußbergstraße zwischen Rosenstraße und Altwiekering 3, Grünstraße 4, Herderstraße 1, Helmstedterstraße 1, Bertramstraße 4, Fallerleberthor = Promenade 1, am Fallerleberthore 2, am Hohenthore innerhalb und außerhalb des Umfluthgrabens 4, Madamenweg 4, Sophienstraße 3, Limbeckerstraße 3, Bohlweg 2, Rußhäutenplatz 1

(Intensivlaterne), Taubenstraße 1, Petristraße 1, Thomästraße 2, Friedr.=Wilhelmstraße 1, Steinthorpromenade 1, Landstraße 1, Gertrudenstraße 2, Petri Thor = Promenade (Weg nach der Turnhalle) 1, Neustadt- und Wendenring 5, Burgplatz 1, Leisewitzstraße 2, Platz am Theater 4, Karlstraße 2, Lampestraße 2 Laternen. b. Wand-Gaslaternen: Eiermarkt 1, Breitestraße 1, Sack und vor der Burg 2 und Karlstraße 1 Laterne; c. Petroleum-Laternen: Königstiege 1 Laterne.

II. Umzusetzende Laternen: a. Candelaber = Gaslaternen: Helmstedter-, Bertram-, Friedrich-Wilhelm-, Limbeckerstraße, Burgplatz, am Fallersleberthore, am Hohenthore (außerhalb der Umfluthgräben) je 1 Laterne, Königstiege und Leisewitzstraße je 2 Laternen. b. Wand-Gaslaternen: Eiermarkt, Breitestraße, Sack bezw. vor der Burg, Carlstraße je 1 Laterne.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Fiedel Genehmigung der Vorlage und giebt außerdem anheim, noch je 2 oder 3 Laternen an der Limbecker- und der Al. Kreuzstraße aufzustellen. Darnach würden sich die Kosten für Aufstellung der Laternen auf 8390 M und für Unterhaltung derselben jährlich auf 4680 M erhöhen. Die Commission schlägt ferner vor, hiervon 8055 M aus dem Reservefonds und 335 M aus dem Erneuerungsfonds des Gaswerkes zu verwilligen, sowie die weiter beantragten 500 M nicht dem Reservefonds, sondern dem Erneuerungsfonds des Gaswerkes zu entnehmen.

Herr Stadtrath Haake giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat mit den Anträgen der Finanzcommission einverstanden sei.

Herr Weber vermißt in der Vorlage die Hildesheimer- und die Goslarischestraße in ihrem oberen Theile und bittet, auch auf diese Bedacht zu nehmen.

Herr Reiche hält die Roßstraße an dem Bahnübergange, welcher bei dem Durchfahren der Züge nicht abgesperrt werde, für ungenügend beleuchtet und giebt anheim, hier noch für weitere Beleuchtung zu sorgen.

Herr Stadtrath Haake sagt eine Prüfung dieser Wünsche zu.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit der von der Finanzcommission beantragten Erweiterung und Abänderung genehmigt.

XVIII. Aufnahme eines Processes.

Der Maurer Gesch. schuldet der Direction der städt. Gas- und Wasserwerke für Arbeiten an der Wasserleitung 863,01 M und ist dieserhalb Klageerhebung erforderlich. Der Magistrat giebt anheim, hierzu die erforderliche Genehmigung zu ertheilen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.

XIX. Ausgabe weiterer Stadtoobligationen.

Das Extraordinarium des diesjährigen Stadthaushalts hat die Aufnahme einer Anleihe von 200 000 M bei dem Kreisfonds mit der Maßgabe vorgeesehen, daß letzterer diese Summe durch den Verkauf eines entsprechenden Theiles seiner $3\frac{1}{2}$ procentigen Anleihe von 1891 beschaffen solle. Nachdem dieser Bedarf hinterher durch den Ankauf des Grundstückes der Nationalbrauerei an der Wendenstraße zu 170 000 M und der in das Stadthausareal einschneidenden Fläche des Borchers'schen Grundstückes zu 40 000 M auf zusammen 410 000 M erhöht worden ist, hat der Kreisfonds zum 1. April d. Js. 300 000 M Obligationen versilbert und den Erlös in Höhe von 96 % an die Stadt dargeliehen. Eine Mindereinnahme des Extraordinarii im Betrage von nahezu 90 000 M wird dadurch eintreten, daß der etatisirte Wiederverkauf der entbehrlichen Theile der zum Durchbruch der Dankwardstraße und bezw. zum Stadthausbau erworbenen Grundflächen im laufenden Jahre nur zu einem geringfügigen Theile zur Ausführung gebracht werden kann, indem die Stadt-Bauverwaltung erklärt, den größeren und werthvolleren Theil jener Flächen nothwendig zur Lagerung und Bearbeitung von Materialien für den Stadthausbau benutzen zu müssen.

Zur Deckung der sich hiernach in Höhe von 200 000 M ergebenden Fehlsomme des diesjährigen Extraordinarii wird der Stadtcasse einstweilen eine Summe von etwa 150 000 M zugeführt werden müssen. Das Ersuchen des Magistrates geht deshalb dahin, sich damit einverstanden zu erklären,

1) daß der Kreis-Communalverband den Nennwerth von 150 000 M seiner 1891er Obligationenanleihe zu einem mit der Finanzcommission zu vereinbarenden Course verkaufe und den Erlös als ein im Nennwerth mit $3\frac{1}{2}$ % verzinsliches und vom Jahre 1897 ab mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen rückzahlbares Darlehn vorleihe,

2) daß die Stadtgemeinde dieses Darlehn zu Lasten der Stadtcasse annehme.

Die Vorlage wird von Herrn Wolff I namens der Finanzcommission befürwortet und von der Versammlung angenommen.

XX. Anfrage des Herrn L o r d wegen des Verbindungsweges zwischen dem Bülten und dem Querumer Holze.

Zur Begründung der Anfrage:

„Liegt es in der Absicht des Magistrates, den directen Verbindungsweg zwischen dem Bülten und dem Querumer Holze, für den im diesjährigen Stadthaushaltsplane die Mittel bereits vorgesehen sind, noch in diesem Jahre ausbauen zu lassen?“

führt Herr Lord Folgendes aus: Bekanntlich seien im diesjährigen Stadthaushaltsplane 3000 M zur Verlängerung des Weges am Bülden nach dem Querumer Holze vorgesehen, um dort eine directere Verbindung der Stadt mit der schönen Waldung des Querumer Holzes zu schaffen. Die Bürgerschaft namentlich aus dem nördlichen Theile der Stadt habe an solcher Verbindung ein besonders lebhaftes Interesse, weil das Holz wirklich schön und besuchenswerth sei. Nach einem umlaufenden Gerüchte solle nun in der Anlegung des Weges eine Verzögerung dadurch eingetreten sein, daß die Militairbehörde den Wunsch geäußert habe, in dem Querumer Holze Schießstände zu errichten. Eine derartige Maßnahme würde im Interesse der Stadt zu bedauern sein, weil das Holz als Ausflugsort dann verloren sein dürfte. Er möchte daher fragen, ob sich das erwähnte Gerücht bestätige.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dem Magistrate von den Schwierigkeiten, welche der Ausführung des Verbindungsweges entgegenstehen sollen, absolut nichts bekannt sei. Die Herstellung des Weges, bezw. die Ueberbrückung der Schunter sei in dem diesjährigen Etat in Aussicht genommen, so zwar, daß einstmals eine nur gegriffene Pauschalsumme von 3000 M eingestellt sei mit dem Bemerken, daß die Städt. Bauverwaltung ein der Versammlung zur Genehmigung vorzulegendes Project noch ausarbeiten werde. Dieses Project sei aber noch nicht überreicht, jedoch werde er sich in Folge der hier gegebenen Anregung nach dem Stande der technischen Vorarbeiten erkundigen. In der Absicht des Magistrates liege es, die Verbindung so bald als möglich herzustellen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung bewilligt die Versammlung dem Stadtkämmerer Gerloff die übliche Vergütung von 120 M jährlich für etwaige Rassenverluste, wählt an Stelle des verhinderten Herrn Uhde den Stadtverordneten Herrn Rimpau neben Herrn Hauswaldt zum Vertreter der Versammlung auf dem braunschweigischen Städtetage und erledigt die Verzeichnisse I und II von Steuer-Reclamationen für 1892. Nachdem darauf noch von Herrn Wolff II dem Wunsche Ausdruck gegeben war, daß der neue Stadthausplan dem Publicum zur Befichtigung zugänglich gemacht werden möchte und der Herr Vorsitzende mitgetheilt hatte, daß die Fertigstellung der Protocolle über die beiden letzten Sitzungen durch die außerordentliche Belastung der Waisenhausdruckerei verzögert werde, wird die Sitzung geschlossen.

Schluß nach 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Juni 1892.

Öeffentlich:

I.	Erwerb von Straßenflächen an der Wörth- und Leonhardstraße	Seite 170
II.	Gesuch von Anwohnern des Büstenweges	" 170
III.	Verkauf der nördlichen Husarenställe am Sandwege	" 171
IV.	Bedellen-Wohnung am Prinzenwege	" 173
V.	Canalisirung eines Theiles des Burgmühlengrabens, sowie der Hutfiltern- und Stobenbrücke	" 173
VI.	Herstellung eines lithographirten Stadtplanes	" 175
VII.	Wahlbezirk-Eintheilung der Stadt	" 176
VIII.	Zwangsenteignung von Straßenflächen an der Ebertstraße	" 178
IX.	Aufnahme eines Proceßes gegen Königsdorf	" 179
X.	Stadthausbau	" 179
XI.	Verkauf einer Grundfläche	" 186
XII.	Baulinie für die Küchen- und die Föddenstraße	" 187
XIII.	Aufwendungen für die Ober-Realschule	" 187
XIV.	Aufnahme eines Proceßes	" 187
XV.	Wiederherstellung eines Verbindungsweges zwischen Carlstraße und Stadt- park	" 187
XVI.	Canalbauten in der Innenstadt	" 188

XVII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße	Seite 188
XVIII.	Anfrage des Herrn Günther wegen Beendigung der städtischen Canal=arbeiten	" 189
	Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten. Wahl der Beisitzer im Ausschusse zur Wahl von Schöffen und Geschworenen	" 190
Vertraulich:		
	Anstellung eines Schuldieners	" 190
	Anfragen des Herrn Nieß	" 190
	Wahl eines Armenpflegers	" 190
	Mittheilungen	" 190

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Meyer und Ramdohr, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Jasper, Jüdel, Meyer, Natalis, Rimpau, Sievers, Weber und Wilke.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff II, eröffnet.

I. Erwerb von Straßenflächen an der Wörth- und Leonhardstraße.

In Eachen, betr. die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Wörth- und Leonhardstraße hat der Magistrat zwecks Erwerbes des zu der fraglichen Straße erforderlichen Terrains im Einvernehmen mit dem Schlossermeister Krohne, auf dessen Kosten die fragliche Straße ausgebaut wird, mit den theilhaftigen Grundeigenthümern Verträge abgeschlossen, um deren Genehmigung ersucht wird.

Die Baucommission giebt die Annahme der Verträge durch Herrn U h d e anheim und die Versammlung beschließt dieselbe.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

II. Gesuch von Anwohnern des Bültenweges.

Eine Anzahl Grundbesitzer des Bültenweges und der anliegenden Straßen hat die Versammlung gebeten, möglichst bald die Fußwege des Bültenweges an dem botanischen Garten entlang bis zur Spielmannsstraße mit Platten zu belegen. Es wird dabei bemerkt, daß eine Petition ähnlichen Inhalts schon einmal Ende des vorigen Jahres eingereicht sei, Berücksichtigung aber nicht gefunden habe, während andere Straßen mit geringerem Verkehr, wie die Carlstraße, schon einen

Plattenbelag erhalten haben. Die Versammlung wird deshalb gebeten, bei dem Magistrate dahin zu wirken, daß die Instandsetzung des Bültenweges auf der obengenannten Strecke möglichst sofort in Angriff genommen werde.

Wie Herr Nieß berichtet, hat die Baucommission nicht lange über diese Eingabe zu berathen gehabt, weil vom Magistrate die Erklärung abgegeben sei, daß alsbald nach der Genehmigung der bezüglichen abändernden Bestimmungen der Landesbauordnung die Vorlage in Betreff der Belegung der außenstädtischen Fußwege fertiggestellt sei und binnen Kurzem an die Versammlung gelangen werde. Durch die Vorlage würde außer dem Bültenwege noch eine Reihe weiterer Straßen berührt werden. Da demnach die Erfüllung des in der Eingabe ausgesprochenen Wunsches in Aussicht stehe, so werde Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

III. Verkauf der nördlichen Husarenställe am Sandwege.

Nachdem der südliche Theil der vormaligen Husarenstallungen 4 und 5 am Sandwege an die katholische Gemeinde zum Preise von 38 M pro qm verkauft worden, war der Magistrat wegen Veräußerung des nördlichen Theiles derselben mit Einschluß des dazu gelegten Streifens der Sandweg-Promenade mit den Besitzern der an diese Flächen grenzenden Grundstücke der Ehrenbrecht- und bezw. Friesenstraße in Verhandlung getreten. Als einige Anlieger den Ankauf abgelehnt hatten, erklärte sich der Rentner Quidde bereit, den Gesamtcomplex von zusammen 247 qm für den geforderten Einheitspreis von 38 M zu erwerben. Hinterher haben die Besitzer eines anliegenden Grundstückes gebeten, ihnen die an das letztere stoßende Theilfläche von 89 qm und zwar zum Preise von 39 M zu überlassen, wogegen Quidde Einwendungen nicht erhoben hat. Die Versammlung wird daher ersucht, sich mit der Veräußerung der in Rede stehenden Grundstücke unter folgenden Festsetzungen einverstanden zu erklären.

1. Der Rentner Quidde erhält die Fläche von 158 qm mit den darauf stehenden Gebäudetheilen zum Einheitspreise von 38 M. Die Gebäudetheile müssen binnen 6 Wochen nach erfolgter Auflassung abgebrochen sein. Derselbe verpflichtet sich, die Grundfläche nach der Promenade zu sofort einzufriedigen. Einstweilen genügt hierzu eine Bretterplanke, dafern und insoweit jedoch die Bebauung der Grundfläche nicht binnen Jahresfrist in Angriff genommen sein sollte, ist dieselbe mit einer schmiedeeisernen Staketterrie auf Quadersockel einzufriedigen. Quidde verpflichtet sich grundbuchamtlich, die von seinen Grundstücken zur ortsbauplanmäßigen Verbreiterung der Friesenstraße abzutretenden Flächen von etwa 38,5 qm an die Stadt zum Einheitspreise von 38 M zu überweisen, sobald die auf diesen Grundflächen befindlichen Gebäude zum Abbruch gelangen werden. Sofern vor Neubebauung des Grundstückes 1918/2201 stadtseitig eine Grenzregulirung an den

gegen die Ehrenbrechtstraße und den Sandweg grenzenden Seiten mit der Wirkung erfolgen sollte, daß diesem Grundstücke Straßenflächen werden zugelegt werden, so muß Quidde dieselben bis zu einem Gesamtumfang von 50 qm für den Preis von 38 M, jedoch erst dann annehmen, wenn und sobald das fragliche Grundstück neu bebaut wird.

2. Die Eigenthümer des Grundstückes M. 2205 erhalten eine Fläche von 89 qm mit den darauf stehenden Gebäudetheilen zum Einheitspreise von 39 M und finden hierauf die vorstehend unter 1 aufgeführten Bedingungen sinngemäße Anwendung.

Vor Berathung der Vorlage giebt Herr Oberbürgermeister Pockels die Erklärung ab, daß einer der beiden Contrahenten hinsichtlich des nur mündlich beschlossenen Vertrages Bedenken geltend gemacht habe und es daher nöthig sein werde, die Vorlage entsprechend zu modificiren. Es würde aber in Frage kommen, ob nicht gleichwohl schon zu verhandeln sei in Bezug auf den mit der Vorlage im Zusammenhange stehenden anderen Interessenten, da Letzterem wegen beabsichtigten Neubaus an der baldigen Herbeiführung einer Entscheidung gelegen sei. Der Rentner Quidde habe nämlich gewünscht, aus dem abzuschließenden Vertrage die Bestimmungen wegen Abtretung bezw. Ankaufs von Straßenflächen an der Friesen- bezw. Ehrenbrechtstraße fortzulassen, oder wenigstens die Abschließung eines dergartigen Vertrages bis zur Festsetzung der Baufluchtlinie für die Ehrenbrechtstraße zu verschieben. Es erscheine ihm unbedenklich, das Abkommen mit Quidde aus der Vorlage zunächst fortzulassen und dieselbe nur bezüglich des zweiten Interessenten zu behandeln.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, die Vorlage mit Rücksicht auf diese Erklärung ganz von der Tagesordnung abzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, mit den beiden Interessenten zunächst Verträge mit Rechtswirkung unter Vorbehalt der Genehmigung der Versammlung zu vereinbaren.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich namens des Magistrates auch hiermit einverstanden

Nachdem sich darauf die Herren Rieß, Wolff II, Bültmann, Halle, Rieke und Rudeloff theilweise wiederholt über die geschäftsmäßige Behandlung der Vorlage geäußert hatten,

macht der Herr Vorsitzende den Vorschlag, die Magistratevorlage pure anzunehmen und hierdurch den Magistrat zum Abschlusse bezüglich der Verträge mit den beiden Interessenten zu ermächtigen. Jedenfalls werde sich Quidde reiflich überlegen, ob er den Abschluß eines solchen Vertrages verweigere, da er unmöglich erwarten könne, für das Terrain an der Friesenstraße mehr herauszuschlagen, als er an der Ehrenbrechtstraße, bezw. am Sandwege zu zahlen haben werde.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und nimmt die Magistratsvorlage an.

IV. Bedellen = Wohnung am Prinzenwege.

Der Magistrat richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Ausführung des auf Grund eines früheren Ueberschlages mit 8000 M etatisirten, jetzt zu 12800 M eventl. 11300 M veranschlagten Bedellenhauses am Prinzenwege wegen allzu großer Kostspieligkeit einstweilen unterbleibe und daß dem Bedellen an Stelle einer mit freiem Heizmateriale zc. verbundenen Dienstwohnung eine Entschädigung von jährlich 360 M zur Ermietung einer in nächster Nähe des Schulhauses gelegenen Privatwohnung, welcher Betrag demselben für das laufende Schuljahr vom Magistrate bereits bewilligt worden ist, gewährt werde.

Die Schulcommission hat die Vorlage nach dem Berichte des Herrn Blasius berathen und giebt Genehmigung derselben anheim.

Herr Hauswaldt möchte empfehlen, nicht 360 M, sondern 360—390 M für den fraglichen Zweck zu verwilligen, da dem Vernehmen nach der Bedell für den Preis von 390 M eine Wohnung gerade der Schule gegenüber erhalten könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann dazu mittheilen, daß der Bedell in der Nähe der Schule eine Privatwohnung bis Ostern nächsten Jahres gemiethet habe und für dieselbe eine Summe von 360 M ausreiche. Sofern aber für das nächste Schuljahr eine höhere Summe erforderlich sei, werde dieselbe in den nächstjährigen Etat eingestellt werden.

Herr Hauswaldt hat dem gegenüber in Erfahrung gebracht, daß der Bedell am Madamenwege, also sehr weit ab von der Schule wohne, was nicht im Interesse derselben liegen könne. Es möchte sich deshalb empfehlen, den Mann mehr in der Nähe der Schule unterzubringen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, hierüber Erkundigungen einziehen zu wollen, jedoch sei es nicht nöthig, augenblicklich in der Sache ein Weiteres zu thun.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

V. Canalisirung eines Theiles des Burgmühlengrabens, sowie der Gutfiltern- und Stobenbrücke.

Die Herstellung der projectirten Verbindungsstraße zwischen der Kaiser- und Wendenstraße bedingt, daß der Burgmühlengraben im Zuge der neuen Straße entweder überbrückt oder canalisirt werde. Der Magistrat schließt sich der Ansicht der Städt. Bauverwaltung und des Obergeringieurs Witgau an, nach welcher die Canalisation vorzuziehen sei, kann aber nicht für angezeigt erachten, den fraglichen

Okergraben in einer größeren Strecke als in der Breite der projectirten Straße zu canalisiren, da in denselben voraussichtlich schon Ende 1893 Hausabwässer nicht mehr werden eingeleitet werden. Die für den Canal aufzuwendenden Kosten sind zu 3700 M veranschlagt und giebt der Magistrat anheim, diesen Betrag zu verwilligen.

Auf Grund der Berathung in der Finanzcommission empfiehlt Herr Wolff I, die Magistratsvorlage unverändert anzunehmen.

Herr Nieß giebt bekannt, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung die theilhaftigen Anlieger der Wendenstraße zc. den Wunsch ausgesprochen haben, es möchte gleich bis zur Bammelsburgerstraße canalisirt werden und seien die Anlieger bereit, die Kosten der Canalisirung gegen Uebernahme der freiwerdenden Theilgrundstücke zu tragen. Es sei ihm wünschenswerth, zu erfahren, ob hierüber etwas in den Acten stehe, denn es liege nicht nur im Interesse der Anlieger, sondern im Interesse der ganzen Stadt, daß dort eine Aenderung zum Bessern eintrete.

Herr Wolff I erklärt, daß nach dem in den Acten befindlichen Schriftstücke die Anlieger sich nicht unbedingt zur Tragung der Kosten verpflichtet hätten.

Herr Stadtrath Kete Meyer macht darauf aufmerksam, daß die Anlieger zur Erreichung dieses Zieles sich zusammenthun und bei der Herzoglichen Kreisdirection den Antrag auf Einleitung des Verfahrens wegen des Fortfalls der Wassernutzung stellen müssen, was bis jetzt noch nicht geschehen sei.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

Im Anschluß hieran will Herr Stadtrath Kete Meyer namens des Magistrates eine Erklärung in Bezug auf zwei andere Canalbauten abgeben. Einmal handle es sich um den Bau des Canals im Hutfiltern. Es werde nämlich beabsichtigt, an dem Okergraben, welcher unter der ehemaligen Hutfilternbrücke durchgehe, einen Einsteigeschacht und einen Rothauslaß einzurichten, zu welchem Zwecke es nöthig gewesen sei, das Gewölbe des vorhandenen Canals zu öffnen und dasselbe anders zu construiren. Gleichzeitig werde beabsichtigt, in dem Canale eine Stauvorrichtung anzubringen, damit bei Schließung derselben die Canäle durch das Okerwasser gespült werden können. Die Kosten hierfür seien im Etat vorgesehen. Der Magistrat habe sich nun dieserhalb an die Herzogliche Bau-direction gewandt, welche die Aenderungen auch gestattet habe unter Bedingungen, auf die der Magistrat seinerseits wohl eingehen könne. Nur eine Bedingung sei gestellt, welche möglicherweise Bedenken zu erregen vermöge, nämlich die Verpflichtung der Stadt zur Erhaltung der neuen Wölbung in Bau und Besserung. Hier werde also eine Aenderung des bezüglich der Unterhaltung der Okergräben überhaupt bestehenden Vertrages angestrebt, durch welche die Stadt eine dauernde Verpflichtung zu übernehmen habe. Gleichwohl lasse sich diese Aenderung nicht

umgehen, weil die Herzogliche Baudirection den Standpunkt einnehme, daß die Stadt eine Gewähr für die gute Ausführung übernehmen müsse. Der Magistrat sei nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig eine bezügliche Vorlage an die Versammlung zu bringen, er hege indessen die Hoffnung, daß einer solchen Vorlage demnächst kein Widerspruch aus der Versammlung entgegengebracht werde. (Zustimmung.)

Nicht ganz so klar liege die Sache auf dem Bohlwege. Es sei bereits ein Canal in der Langedammstraße eingerichtet, welcher die Fortsetzung des Canals im Bohlwege werden solle, und zwar laufen die Abwässer von der Friesenstraße her über die Langedammstraße und den Bohlweg in den Canal am Hagenmarkte. Diese beiden Canäle müßten nun auf dem Bohlwege verbunden werden, und sei zu solchem Zwecke ein Düker einzurichten, welcher unter der alten Stobenbrücke in der Nähe des Jürgens'schen Hauses durchgeführt werde. Um dieses ausführen zu können, sei an der betreffenden Stelle der große gewölbte Canal, bezw. die alte Brücke zu beseitigen. Die Canalbau-Verwaltung habe nun die Erklärung abgegeben, daß es dringend wünschenswerth sei, die ganze Stobenbrücke zu beseitigen, weil sie einen Pestherd und einen Aufenthaltsort für Ungeziefer aller Art bilde. Die Beseitigung dieser Brücke, bezw. deren Umwandlung in einen Canal sei indessen eigentlich Sache des Staates. Gleichwohl habe die Canalbau-Verwaltung gebeten, die Arbeit selbst ausführen zu dürfen, woraufhin der Magistrat sich der Herzoglichen Baudirection gegenüber bereit erklärt habe, die Ausführung dieser Arbeit stadtseitig gegen Bewilligung eines Zuschusses von 7000 M übernehmen zu wollen. Er habe nun aber in Erfahrung gebracht, es solle auch hier seitens der Herzoglichen Baudirection ausbedungen werden, daß die Stadt den neu herzustellenden Canal ebenfalls für die Zukunft zu unterhalten habe, eine Verpflichtung, die der Magistrat nur mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung übernehmen könne. Da auch hier Eile geboten sei und eine Vorlage nicht mehr habe fertiggestellt werden können, so gebe sich der Magistrat der Hoffnung hin, daß die später erscheinende Vorlage ebenfalls nicht auf Widerspruch stoßen werde, zumal da Reparaturkosten sobald nicht vorkommen würden. (Zustimmung.) Die Reinigungspflicht bezüglich des Canals behalte die Herzogliche Baudirection.

VI. Herstellung eines lithographirten Stadtplanes.

Die Städtische Bauverwaltung hat bei dem Magistrate in Antrag gestellt, den Neudruck des veralteten und ungenauen lithographirten Stadtplanes, in welchem die Unterhaltungspflicht der Straßen des inneren Stadtgebietes farblich dargestellt ist, im dienstlichen Interesse zu veranlassen. Es wird gleichzeitig empfohlen, den im Jahre 1885 herausgegebenen Plan der Innenstadt im Maßstabe 1 : 1500 bis zur Gegenwart zu vervollständigen, denselben alsdann auf photographischem Wege

zu reduciren und hiernach eine neue Lithographie herzustellen. Die Gesamtkosten für 100 Exemplare sind auf 285 Ml veranschlagt. Der Magistrat giebt anheim, diesen Betrag zu verwilligen.

Die Statutencommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Halle Genehmigung des Antrages, zugleich dem Wunsche Ausdruck gebend, daß statt der beantragten 100 Exemplare deren 150 oder 200 hergestellt würden, sofern hiermit nicht erhebliche Kosten verbunden seien. Es werde dadurch die Möglichkeit geschaffen, Exemplare dieses Planes an Interessenten oder Liebhaber käuflich zu überlassen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

VII. Wahlbezirk-Eintheilung der Stadt.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erlaß der zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der Landesversammlung vereinbarten Städteordnung, welche die Zahl der hiesigen Stadtverordneten auf 36 festsetzt, hat der Magistrat zu rechtzeitiger Vorbereitung der demnächstigen Stadtverordnetenwahlen eine Eintheilung der Stadt in vier Wahlbezirke, sowie der letzteren in je zwei Wahlbezirke vorgesehn.

Nach dieser Eintheilung umfaßt

- der I. Wahlbezirk den August- und Magnithor-District,
- der II. Wahlbezirk den Stein- und Fallerleberthor-District,
- der III. Wahlbezirk den Wenden- und Petritthor-District,
- der IV. Wahlbezirk den Hohe- und Wilhelmithor-District.

Die einzelnen Straßen vertheilen sich auf diese Districte in folgender Weise:

Augustthor-District. Ackerstraße, Aegidienkirchhof, Aegidienmarkt, Aegidienstraße, Hintern Aegidien, Augustplatz, Auguststr., Augustthorpromenade, Autorstr., Badetwete, Campestr., Charlottenstr., Damm, Elmstr., Hintern lieben Frauen, Friedrichstr., Gertrudenstr., Heitbergstr., Hennebergstr., Gutfiltern, Johannishof, Katreppeln, Klausenstr., Lämmchenteich, Leisewitzstr., Leopoldstr., Lessingplatz, Limbeckerstr., Lutterstr., Mönchstr., Münzstr., Obergstr., Othilientheil, Riebestr., Rosenhagen, Salzdahlumerstr., Schuhstr., Siegesplatz, Viwegstr., Wolfenbüttlerstr.

Magnithor-District. Ackerhof, Adolfsstraße, Bertramstr., Al. Bertramstr., Bohlweg, Al. Burg, Vor der Burg, Burgplatz, Al. Campestr., Casparistr., Friesenstr., Hagenscharrn, Herrendorfswete, Jedoutenstr., Karrenführerstr., Klint, Körnerstr., Kuhstr., Kurzestr., Lachmannstr., Langedammstr., Langerhof, Leonhardsplatz, Leonhardstr., Hinter der Magnikirche, Magnikirchstraße, Am Magnithore, Mandelstraße, Marstall, Marthastr., Monumentplatz, Monumentstr., Delschlägern, Ottmerstr., Papenstieg, Ritterstr., Ruhfäutchenplatz, Schillstr., Steinthorpromenade, Stobenstr., Täschenstr., Willierstr., Wilhelmplatz, Wörthstr., Wüsteworth.

Steinthor-District. Abelnkarre, Altwiekring, Bergstr., Bienenstr., Bismarckstr., Brunnenstr., Ehrenbrechtstr., Fasanenstr., Giersbergstr., Grünstr., Gildentlinke, Kl. Hagenstr., Helmstedterstr., Herderstr., Hochstr., Hopfengarten, Hinter dem Hopfengarten, Howaldtstr., Husarenstr., Kaiser-Wilhelmstr., Kasernenstr., Kastanienallee, Landstr., Marienstr., Mauernstr., Moltkestr., Rußbergstr., Olfermannstr., Herzogl. Park, Parkstr., Ribdagshäuserweg, Ritterbrunnen, Rosenstr., Sandweg, Schöppenstedterstr., Am Steinhore, Steinweg, Theaterpromenade, Wiesenstraße.

Fallersleberthor-District. Bindefstraße, Bodstwete, Am Bülden, Büldenweg, Domesee, Drafewigtwete, Eschenburgstr., Kl. Exercierplatz, Fallersleberstr., Am Fallersleberthore, Fallersleberthorpromenade, Friedhofsstr., Gaußplatz, Gaußstraße, Gehsostr., Gliesmaroderstr., Hagenbrücke, Hagenmarkt, Hagenstr., Heinrichstr., Höhe, Jerusalemstr., Jöddenstr., Karlstr., An der Katharinenkirche, Neue Knochenhauerstr., Küchenstr., Langercamp, Meinhardshof, Mittelweg, Neue Promenade, Nordstr., Packhoffstr., Nebenstr., Schild, Schleinitzstr., Spargelstr., Spielmannstr., Stecherstr., Taubenstr., Wabestr., Wendenthorpromenade, Wilhelmstr., Zimmerstr.

Wendenthor-District. An der Andreaskirche, Bammelsburgerstraße, Bedenwerperstr., Am Gaußberge, Geiershagen, Gr. Hof, Hamburgerstr., Hasenwinkel, Käthgenhagen, Kaiserstr., Kröppelstr., Kupferiwete, Lampestr., Ludwigstr., Münzberg, Neuerweg, An der Neustadtmühle, Nickelnkult, Oerstr., Opfertwete, Petrihor-Promenade, Reichenbergstr., Reichenstr., Reiherrstr., Rehnstoben, Rosentwete, Alte Waage, Weberstr., Wendenmaschstr., Wendenring, Wendenstr., Am Wendenthore, Werder, Wollmarkt.

Petrihor-District. Amalienstraße, Bäckerflint, Bruderstiege, St. Brüdern, Cellerstr., Derenburgtwete, Eichthalstr., Eulenstr., Feldstr., Fuchstwete, Gartenstr., Glückstr., Goslarstraße, Gildesheimerstr., Höfenstr., Kälberwiese, Kammengießerstr., Klosterstr., Königstiege, Langestr., Maibaumstr., Maienstr., An der Masch, Hinter der Masch, Maschstr., Neuestr., Neustadttring, An der Petrikirche, Petristr., Am Petrihore, Am alten Petrihore, Am neuen Petrihore, Pflegehausstr., Radeflint, Rennebergstr., Rosenthal, Roßstr., Sack, Schützenstr., Schweineanger, Spinnerstr., Südklint, Thomaestr., Wehrstr., Alter Zeughof.

Hobethor-District. Altfeldstraße, Altstadtmarkt, Brabantstr., Breitestr., Broihemerstr., Echternstr., Eiermarkt, Garküche, Girdelingerstr., Gildenstr., Heinenstr., Am Hohenthore, Hohestiege, Hobethor-Promenade, Kaffeetwete, Kreuzstr., Kl. Kreuzstr., Lindentwete, Madamenweg, Malertwete, An der Martinikirche, An der Michaeliskirche, Pawelstr., Petersilienstr., Pfingststr., Poststr., Scharnstr., Seebazar, Sidonienstr., Sonnenstr., Steinstr., Turnierstr., Am Weinberge, Weinbergstr., Wilhelmithor-Promenade.

Wilhelmithor-District. Bahnhof, Am Bahnhofs, Bahnhofstraße, Bankplatz, Bergfeldstr., Blumenstr., Bruchstr., Am Bruchthore, Bruchthor-Promenade, Bugenhagenstr., Cammannstr., Döringstr., Kleine Döringstr., Eisenbütlerstr., Ebertstraße, Fabrikstr., Ferdinandstr., Frankfurterstr., Friedrich-Wilhelmsplatz, Friedrich-Wilhelmstr., Am Gieseler, Hedwigstr., Helenenstr., Jacobstr., Juliusstr., Kalandstr., Alte Knochenhauerstr., Kohlmarkt, Kramerstr., Louisestr., Prinzenweg, Sophienstr., Südstr., Wallstr., Westbahnhof, Am Wilhelmithore, Wolfscamp, Ziegenmarkt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird um Prüfung und Begutachtung der geplanten Eintheilung ersucht.

Wie Herr Wolff II berichtet, empfiehlt die Statutencommission der Versammlung, sich in gutachtlicher Hinsicht zustimmend zu äußern. Die neue Eintheilung sei namentlich gegenüber der bisherigen Eintheilung eine sehr gleichmäßige und auch gerechte. Nach der Volkszählung vom 1. December 1890 zähle die Stadt 101 047 Einwohner, welche sich nach Abzug von 1684 Militairpersonen auf 99 363 Civilpersonen vermindere. Von dieser Zahl entfallen auf den

I. Wahlbezirk	24 794	Einwohner,
II.	25 094	"
III.	24 584	"
IV.	24 891	"

so daß die Vertheilung als eine äußerst gleichmäßige anerkannt werden müsse.

Herr Nieß will den Wunsch aussprechen, die neue Eintheilung in dem Sitzungsprotocolle zu veröffentlichen, damit sich jeder theilhabende Einwohner zu orientiren vermöge, sofern nicht die Drucklegung bereits in anderer Weise beabsichtigt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält eine Veröffentlichung der neuen Wahlbezirkseinteilung ebenfalls für geboten. Es sei auch schon ein Vertreter der Tagespresse bei ihm gewesen, welcher sich bereit erklärt habe, die Sache zu veröffentlichen, so daß die Mitglieder der Versammlung die Eintheilung auch aus den Tagesblättern ersehen könnten.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

VIII. Zwangsenteignung von Straßenflächen an der Ebertstraße

Der Ausbau der Ebertstraße bedingt den stadtseitigen Erwerb einer 1 a 76 qm und bezw. 1 qm haltenden Theilfläche des daselbst gelegenen Grundstückes der Braunschweigischen Maschinenbau-Anstalt, während eine 2 qm große Fläche diesem Grundstück zuzulegen ist. Da eine freiwillige Veräußerung der zu erwerbenden beiden Flächen nicht zulässig ist, so müssen dieselben enteignet werden, jedoch läßt sich dabei annehmen, daß die Entschädigung im Wege gültlicher Verein-

barung festgestellt werden wird. Der Magistrat ersucht daher, zu genehmigen, daß behufs Erwerbes der beiden an die Stadt abzutretenden Flächen die Zwangseignung stattfinde und ihn außerdem zu ermächtigen, in dem einzuleitenden Verfahren sowohl die Entschädigung für diese Flächen, als auch die Bedingungen, unter denen die 2 qm große städtische Fläche an die Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt abgetreten werden soll, im Wege gütlicher Vereinbarung festzustellen.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, wird die Vorlage angenommen.

IX. Aufnahme eines Processes gegen Königsdorf.

Der Civil-Ingenieur Königsdorf ist nach §. 8 des mit ihm abgeschlossenen Vertrages, betr. den Ausbau der Eschenburgstraße, verpflichtet, behufs Sicherung der der Stadtgemeinde aus jenem Vertrage erwachsenden Rechte eine Caution in Höhe von 5000 M zu hinterlegen. Da Königsdorf dieser Verpflichtung, mehrfacher Aufforderung ungeachtet, bislang nicht nachgekommen ist, so bleibt nur übrig, die Hinterlegung der Caution im Wege der Klage zu erzwingen und ersucht der Magistrat, ihn hierzu zu ermächtigen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff II diesen Antrag befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

X. Stadthausbau.

Nachdem die Versammlung eine vom Magistrate im April d. Js. vorgelegte Skizze zur Grundrißform des geplanten Stadthausneubaus in der Sitzung vom 28. April d. Js. (Seite 109 ff. des Prot.) genehmigt hatte, ist der Städt. Bauverwaltung der Auftrag erteilt, hiernach einen endgiltigen Bauentwurf zu bearbeiten. Letztere ist hierbei zur Aufstellung eines anderweitigen Entwurfes gelangt, der eine veränderte Anordnung des Grundrisses in Aussicht nimmt. Der Magistrat ist der Ansicht, daß dieser neue Entwurf Verbesserungen des vorigen aufzeige. Besonders sei anzuerkennen, daß der neue Entwurf sich gegen letzteren durch eine den Verkehr mit den verschiedenen Dienststellen und die Controle über die letzteren erleichternde Einteilung des Gebäudes vortheilhaft auszeichne. Dazu komme noch, daß der neue Entwurf die Zahl der verfügbaren Räume im Erdgeschoße um 1 und in den beiden Obergeschoßen um je 3 vermehre. Auf der anderen Seite sei allerdings zu berücksichtigen, daß bei Annahme dieses verbesserten Entwurfes die Baukosten sich um den erheblichen Betrag von rund 74 000 M erhöhen werden, indem darnach

- 1) die zur Veräußerung übrig bleibenden durch Hinterland gebildeten Flächen des Grundstücks-Complexes von 916 qm auf 519 qm, also um 397 qm

- verringert werden und bei Annahme eines Verkaufswerthes von 75 M pro qm einen Einnahmeausfall von 29775 M herbeiführen;
- 2) die behaute Grundfläche ohne die jetzt vorgesehenen Arcadenbauten um 65 qm vergrößert werde, also, bei Annahme einer Bausumme von 375 M pro qm, den Bauaufwand um 24375 M und mit Einschluß der zu 20000 M überschlagenen Kosten der Arcadenbauten um insgesamt 44375 M sich erhöhen werde.

Der Magistrat hält dafür, daß die Aufwendung der allerdings recht erheblichen Mehrkosten durch die Vorzüge des Entwurfs wohl gerechtfertigt seien und ist hiernach zu dem Entschlusse gelangt, der Versammlung die Annahme desselben zu empfehlen.

Auf Grund eingehender Berathung in der Baucommission berichtet über diese Vorlage Herr Uhde: Wie aus den im Saale ausgehängten beiden Grundrissen des früheren und des jetzigen Bauplanes hervorgehe, sei die äußere Situation eine andere geworden. In dem früheren Plane haben sich die Fronten der Dankwardstraße und derjenigen des Langenhofes in stumpfen resp. spitzen Winkeln an diejenige gegenüber der Burg — der verlängerten Richtungslinie der Münzstraße — angeschlossen und sich das Innere um zwei kleine Höfe gruppiert. Ebenso haben sich in unschöner Weise die Facaden am Langenhof und an der Dankwardstraße unmittelbar an die Nachbarhäuser angeschlossen.

Die neue Planlage sei dagegen so gestaltet, daß wohl die Richtungen der Fronten der Dankward- und der verlängerten Münzstraße, nicht aber diejenige des Langenhofes beibehalten seien. Statt letzterer habe man von dem Borchers'schen Grundstücke im Langenhofe ab die neue Front rechtwinklig auf die Richtung der Münzstraße gerichtet, dadurch den Wilhelmsplatz vergrößert, resp. den Langenhof keilförmig aufgeweitet. Durch diese äußere veränderte Disposition habe sich auch das Innere erheblich verschoben, indem dies jetzt wesentlich aus einem großen rechteckigen Hofe und einem zweiten kleinen nach der Dankwardstraße offenen ungleichschenkligen Hofe bestehe. Auch sei der ganze Bau von den Nachbargrundstücken des Bohlwegs und Langenhofes durch einen etwa 5 Meter breiten Gang getrennt, der straßenseitig freilich durch Arcaden geschlossen, den Facaden des Stadthauses aber ihre künstlerische Selbstständigkeit bewahre.

An dem so vergrößerten Wilhelmsplatz, von dem aus das Gebäude am vollständigsten übersehen werden könne, sei naturgemäß die Hauptfront mit dem Haupteingange, auch über diesen der Hauptraum des Gebäudes, der Sitzungsaal der Stadtverordneten, gelegt und dadurch das Innere und das Äußere in künstlerischen Einklang gebracht.

Weiter schlossen sich an den Haupteingang die Treppenhäuser und Corridore, an welche letzteren sich in übersichtlicher Weise um den großen viereckigen Hof

herum die Büroräume in langen zusammenhängenden Reihen anlegten, meist hofseitig gelegen und dadurch den Beamten ruhige Arbeitsplätze gewährend. Der zweite nach der Dantwardstraße offene oder nur durch Arcaden geschlossene Hof bilde Ein- und Vorfahrt für das in diesem Theile liegende Standesamt und zugleich Durchfahrt nach dem großen Haupthofe.

Die Vortheile des neuen Planes seien so bedeutend, daß dem gegenüber die Nachtheile vollständig verschwinden. Letztere bestehen in der finanziellen Lage, indem eine, allerdings nur gegriffene Mehraufwendung von rund 74 000 M entstehen werde. Die Baucommission habe sich indessen dem Magistratsantrage auch in dieser Beziehung einstimmig angeschlossen und gebe ebenfalls anheim, auch dieser Grundlage für den Bau zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will noch ergänzend hinzufügen, daß nicht die Vortheile des jetzigen Planes in Bezug auf die äußere Erscheinung, welche der Herr Berichterstatter vorwiegend beleuchtet habe, sondern gerade die inneren Vortheile des neuen Planes den Magistrat bestimmt haben, die jetzige Vorlage zu machen. Man könne aus dem Grundplane ohne Weiteres ersehen, daß die Anordnung der einzelnen Dienstzweige eine viel übersichtlichere und in Folge dessen der Verkehr des Publicums mit den einzelnen Dienstzweigen, sowie dieser unter einander ein viel einfacherer, auch die dienstliche Controle eine leichtere sei. Dann spreche noch für die neue Vorlage der Umstand, auf welchen namentlich von der Versammlung ein besonderes Gewicht gelegt sei, daß die Zahl der verfügbaren Räume vermehrt werde. Nach dem früheren Projecte sei diese Zahl seiner Erinnerung nach auf 17 bemessen gewesen, während nach dem neuen Projecte noch 7 weitere Räume dazutreten.

Herrn Lange erscheint es zweifellos, daß der neue Plan sowohl in der Grundidee, als auch in der Ausbildung bedeutend besser sei, als der früher genehmigte Plan. Nicht gefallen könne ihm indessen, daß eine größere bebaute Fläche mit einem Mehrkostenbetrage von 44 000 M vorgesehen worden sei; jedenfalls berühre es ihn unangenehm, wenn man schon vor dem Beginne des Baues eine derartige Vermehrung der Baukosten für nothwendig erachte. Deshalb habe er die Frage geprüft, ob es nicht möglich sei, unter Beibehaltung der äußeren Ausbildung, sowie des neuen Planes und Grundrisses mit derselben Grundfläche und mithin demselben Kostenbetrage wie bei dem ersten Plane den Bau auszuführen. Auf Grund eingehender Prüfung glaube er nun, daß solche Möglichkeit vorliege, wenn die nach der Münzstraße zu liegende Front des Gebäudes so weit zurückgeschoben werde, daß die Schnittlinie derselben mit der Fluchtlinie des Langenhofes in den Anfang des Vorhers'schen Grundstückes zu liegen komme. Hierdurch rücke die Front nach der Münzstraße um 5 m zurück, so daß man eine Fläche von ungefähr 100 qm gewinne, welche die gewünschte Ersparniß herbeiführe und eine Ueberschreitung der bereits genehmigten

Grundfläche unnötig mache. Außerdem werde dadurch der Platz vor der Hauptfront des Gebäudes noch vergrößert und die Aussicht bedeutend verbessert, welche Aenderungen nicht zu unterschätzen seien. Auch der Stadtbaurath Winter habe gegen diese Aenderungen technische Bedenken nicht zu erheben, nur wünsche derselbe, den abändernden Antrag so gestellt zu sehen, daß er durch letzteren nicht direct gebunden sei, weil er noch nicht übersehen könne, ob sich der Antrag ohne Schädigung der Eintheilung des Gebäudes praktisch durchführen lasse. Aus diesem Grunde habe er seinen Antrag in die Form einer Erwägung gekleidet und beantrage:

„Der Stadt-Magistrat wolle die Stadt. Bauverwaltung veranlassen, bei der Ausführung des Grundrisses für das neue Stadthaus ein Zurückschieben der nach der Münzstraße gelegenen Frontlinie, derart, daß der Schnittpunkt dieser Frontlinie mit der Fluchtlinie des Langenhofes in den Anfang des Borchers'schen Hauses zu liegen kommt, in Erwägung zu ziehen und möglichst zur Ausführung zu bringen.“

(Pause.)

Herr Uebe ist der Ansicht, daß man diesen Antrag annehmen könne, weil derselbe keine principielle Verschiebung des Grundrisses und der Disposition in sich berge und demnach Schwierigkeiten nicht entstehen könnten. Man müsse sich darüber klar sein, daß durch die Annahme des Antrages der Platz nach dem Langenhof zu um 5 m in der Breite größer werde und demnach der Blick auf die Gebäude sich um 5 m verlängere, also günstiger werde. Andererseits würden aber 6 Zimmer aus dem Plane herausfallen und zwar in der Hoffront, woselbst sie sehr brauchbar seien und einen günstigen Nulleffect geben würden. Da alles Andere aber gebaut werden müsse, so entfalle auf diese 6 Zimmer nur die verhältnißmäßig geringe Summe von 44 000 M., für welche man im Bedarfsfalle die 6 Räume nicht herstellen könne. Immerhin bleibe auch zu erwägen, ob es nicht möglich sei, den ersparten Raum dadurch wieder zu gewinnen, daß man die Axen verkleinere, um den vorhandenen Räumen in der Breite etwas zu nehmen; auch gebe es noch die Möglichkeit, zwischen diesen beiden Extremen zu wählen und den Platz vielleicht nicht um 5 m, sondern nur um 2—3 m zu vergrößern, um so noch Raum genug zur Ausführung der jetzt projectirten Zimmer zu behalten, wenn dieselben dann auch um einige Centimeter verkleinert würden. Nehme die Versammlung den Antrag Lange an, so werde derselbe bei der Bearbeitung des definitiven Bauplanes auch die nöthige Berücksichtigung finden. Ein abschließendes Urtheil über die Zweckmäßigkeit der durch den Antrag geplanten Aenderung lasse sich erst bei genauer Ausarbeitung des Planes bilden.

Herr Hauswaldt hält das jetzige Stadium, in welchem sich die Feststellung des Bauplanes befinde, für den richtigen Zeitpunkt, um den Baurath Winter zu veranlassen, sich in anderen Städten mit geeigneten Rathhausgebäuden umzusehen

und dort Studien zu machen, welche zum Segen des neuen Gebäudes ausfallen würden. Wenn auch die Stellung eines besonderen Antrages im Hinblick darauf überflüssig erscheine, daß dem Magistrate in seinem Dispositionsfonds genügende Mittel zur Verfügung stehen, um die Reisekosten für Herrn Winter zu decken, so sei es doch nothwendig, Letzteren mit einem gewissen sanften Drucke zu einer solchen Studienreise zu veranlassen, da Herr Winter selber vermuthlich einen derartigen Antrag nicht stellen werde, eine solche Studienreise aber selbst von sachverständiger Seite dringend gewünscht werde.

Herr Halle möchte empfehlen, auf diesen Antrag nicht wieder zurückzukommen, da derselbe bei der letzten Berathung des Stadthausbaues nach der magistratsseitig abgegebenen Erklärung abgethan sei. Es werde Zeit, daß einmal mit dem Ausarbeiten von Plänen aufgehört und der Bau selber endlich begonnen werde, denn jeder Plan koste wieder einige tausend Mark mehr und der Bau werde nicht gefördert.

Herr Nieß glaubt, daß Herr Halle die Anregung des Herrn Hauswaldt in einem Punkte nicht richtig aufgefaßt habe. Letzterer habe angenommen, daß der Stadtbaurath Winter niemals den Antrag stellen werde, ihn auf eine Studienreise zu schicken und daß es daher zweckmäßig sei, wenn der Magistrat in Folge der hier gegebenen Anregung Herrn Winter als seinen Beamten auffordere, eine solche Reise zu unternehmen, um die Einzelheiten derartiger Bauwerke zu studiren. Was Herr Winter bei dieser Gelegenheit sehe, falle zu Gunsten des Stadthausbaues aus und die Stadt habe dann auch die Gewißheit, das Beste zu erhalten, was die Neuzeit in dieser Beziehung biete. Da die Grundzüge des Baues jetzt festgelegt seien, so handle es sich nur noch um die Einzelheiten desselben und namentlich um Studien der praktischen Einrichtung des Hausinnern. Er möchte deshalb in den Vorwurf des Herrn Halle, daß man an dem Stadthausbau jahrelang arbeite, ohne daß mit dem Bau selbst begonnen werde, nicht einstimmen, zumal da die eingetretenen Verzögerungen noch stets zu Gunsten der Verbesserung des Bauprojectes ausgefallen seien. Jede Verbesserung müßte aber freudig begrüßt werden, da es sich um einen Bau handle, der muthmaßlich das nächste Jahrhundert überdauern werde und der den Standpunkt feststelle, welchen die Technik und die Architectur zu dieser Zeit in der Stadt Braunschweig eingenommen habe. Er gebe deshalb ebenfalls anheim, den Stadtbaurath Winter durch den Magistrat ersuchen zu lassen, Studienreisen für den inneren Ausbau des Stadthauses vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann den Antrag Lange nur zur Annahme empfehlen, da er denselben für der Erwägung würdig halte. Was die Anregung des Herrn Hauswaldt anlange, so würde er, wenn der Stadtbaurath Winter nicht abwesend gewesen wäre, denselben in diesen Tagen schon gefragt haben, ob und event. welchen Nutzen er sich von solcher Studienreise verspreche. Sobald der Ge-

nannte erkläre, daß er allerdings in dieser oder jener Richtung Nutzen erwarten könne, werde der Magistrat nicht anstehen, ihn sofort auf Reisen zu schicken, da die Mittel hierzu in der Bansumme selbst zur Verfügung stehen. (Zustimmung.)

Herr Uhde will sich gegen den Vorwurf des Herrn Halle verwahren, daß die Bauangelegenheit verschleppt sei. Sowohl das Stadtbauamt, als auch die Baucommission habe die Sache mit der größten Eile betrieben, aber den früheren Bauplan habe die Commission zur Annahme nicht empfehlen können, weil durch denselben viel Geld auf die Straße geworfen sein würde. Den jetzt vorliegenden Plan empfehle dagegen die Baucommission mit aufrichtigem Herzen zur Annahme und werde an dem Grundgedanken dieses Planes nichts mehr geändert werden, wenn es sich auch von selbst verstehe, daß möglicherweise kleine unwesentliche Aenderungen sich nicht werden umgehen lassen.

Herr Hauswaldt ist durch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in seinem Wunsche hinsichtlich der Studienreise befriedigt. Da indessen die Mitbürger sich lebhaft für den neuen Stadthausplan interessieren, so wolle er dem ferneren Wunsche Ausdruck geben, daß die hier ausgestellten Skizzen mit den jetzt verworfenen ersten Skizzen in einem Zimmer des Stadthauses oder des Altstadt-Rathhauses für einige Tage ausgestellt werden, damit sich auch jeder Bürger die Ueberzeugung verschaffen könne, daß mit dem neuen Plane ein großer Schritt vorwärts gemacht sei.

Herr Niese ist der Meinung, daß Niemanden ein Verschulden hinsichtlich der Verzögerung des Stadthausbaues treffe und daß auch bis jetzt noch nichts versäumt sei. Den jetzt vorliegenden Plan habe sein Schöpfer mit vielem Interesse für die Stadt und mit großem Geschick hergestellt. Da die Grundzüge des Baues nunmehr festgestellt seien, so könnte wohl auch mit den Ausschachtungsarbeiten begonnen werden und empfehle es sich nicht, den Beginn solcher Arbeiten durch eine Reise des Herrn Winter noch weiter zu verzögern, zumal da es an Beschäftigung für die hiesigen Banhandwerker fehle. Er stehe auf dem Standpunkte, daß der Bau in seiner Gesamtheit wohl $1\frac{1}{2}$ Millionen kosten werde, ob nun der Stadtbaurath Winter eine Studienreise mache oder nicht. Eine solche Reise halte er im Interesse des Baues selbst und auch aus anderen Gründen für durchaus wünschenswerth und wenn weiter nichts dabei herauskomme, als daß vielleicht verbesserte Schloßvorrichtungen oder Fußböden gewählt werden und daß Herr Winter seine Erfahrungen auf dem Polytechnikum bei seinen Vorlesungen verwerthe. Höchst wünschenswerth erscheine es ihm aber, wenn recht schnell die Säuberungsarbeiten auf dem Bauplätze erledigt werden und die Niederlegung des alten Reitgebäudes schneller von Statten gehe, zumal da eine Menge Leute vorhanden seien, welche gern Arbeit hätten.

Herr Halle bemerkt, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, Jemanden für die Verzögerung des Baues verantwortlich zu machen. Mit dem Bauprojecte sei man indessen immer ein Stückchen weiter gekommen, denn während früher gewünscht worden, ein großes monumentales Bauwerk, sondern einen zweckmäßigen Stadthausbau zu errichten, sei man jetzt von diesem Ziele schon recht erheblich abgewichen. Im Uebrigen halte er die Hauswaldt'sche Anregung auch jetzt noch für überflüssig, da der Herr Oberbürgermeister soeben eine gleiche Erklärung wie bei der letzten Berathung abgegeben habe.

Herr Wolff I möchte Auskunft darüber haben, ob mit der heutigen Genehmigung der Fagade auch gleichzeitig der Kostenanschlag genehmigt werden solle, da über diesen Punkt noch keine Klarheit herrsche.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die heutige Vorlage keineswegs eine Entschließung der Versammlung über die dem zukünftigen Stadthausgebäude zu gebende Fagade bezwecke. Der Herr Vorredner werde zu dieser Annahme verführt sein durch die hübsche perspectivische Ansicht, welche, im Saale aushängend, Herr Winter in 2—3 Tagen zu dem Zwecke angefertigt habe, um der Versammlung die zukünftige Erscheinung des Gebäudes zu veranschaulichen. Die demnächstige definitive Ausarbeitung dieser Skizze werde erst ergeben, ob und inwieweit diese Fagade beizubehalten sei. Die heutige Vorlage bezwecke lediglich, die Versammlung zu befragen, ob die in der vorigen Sitzung beschlossene Grundrißform aufgegeben und an Stelle derselben der jetzt vorgelegte Grundriß genehmigt werden solle. Nach Genehmigung desselben werde die Städt. Bauverwaltung den Auftrag erhalten, ein speciellcs Project auszuarbeiten und einen Kostenanschlag zu überreichen, über welchen dann die Versammlung mit dem Magistrate zu befinden haben werde.

Herr Wolff II will im Anschluß an diese Erklärung noch hervorheben, daß seiner Ansicht nach alle Wünsche in Bezug auf die Ausführung einzelner Fagadetheile heute gar nicht am Platze seien, sondern später noch vorgebracht werden können. (Zustimmung.)

Herr Reiche kann für den Lange'schen Antrag nicht stimmen, weil durch denselben nach der Aeußerung des Herrn Berichterstatters 7 Zimmer weniger geschaffen würden, welche sich für die dadurch ersparte Summe nicht herstellen lassen.

Herr Lange glaubt, dieser Befürchtung keine so große Bedeutung beimessen zu sollen, weil der Stadtbaurath Winter erklärt habe, daß sich ohne Vermehrung der Kosten das Dachgeschoß des Gebäudes jetzt so einrichten lasse, um später im Bedarfsfalle durch Ausbau desselben die erforderlichen Zimmer — wie das auch in Wiesbaden geschehen sei — zu beschaffen.

Herr Günther würde dem Lange'schen Antrage nur zustimmen, wenn durch denselben die Zahl der verfügbaren Zimmer nicht verringert werde, da man heute

noch gar nicht wissen könne, wie viele Zimmer man später gebrauche. Er hätte überhaupt gewünscht, daß die Hauptfront des Gebäudes in die Dankwardstraße verlegt wäre und man die alten Baracken am Bohlwege mit fortgenommen hätte, da hierdurch der Bau nicht theurer, wohl aber praktischer ausgefallen wäre. An dem jetzigen Plane gefalle ihm auch nicht, daß man von der Dankwardstraße aus in einen schmalen Gang werde sehen können, wenn man denselben nicht durch Fagadebauten zu verdecken suchen werde.

Der Herr Vorsitzende hält nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters eine Abstimmung über den Lange'schen Antrag nicht für erforderlich, da die in demselben gewünschten Erhebungen hinsichtlich der Zurückziehung des Gebäudes seitens der Städt. Bauverwaltung auch ohne formelle Annahme des Antrages angestellt werden würden.

Herr Lange erklärt sich eventuell hiermit einverstanden.

Herr Reiche würde es für zweckmäßig halten, wenn wenigstens die Ansichten über den Lange'schen Antrag ausgetauscht würden, weil er sich nicht für denselben aussprechen könne, sobald dadurch 7 Zimmer verloren gehen oder in das Dachgeschloß verlegt werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß gegenüber den wider den Lange'schen Antrag erhobenen Bedenken bezüglich des Verlustes von 7 Zimmern, zu erwägen sei, daß die 7 Zimmer erst durch das neue Project geschaffen werden sollten und diese Schaffung nicht der Zweck, sondern nur eine Folge der neuen Grundrißform gewesen sei. Nach dem früher festgestellten Grundrißplane seien 17 Zimmer als disponibel vorgesehen, während sich in der veränderten Form des Grundrisses die Möglichkeit ergeben habe, noch weitere 7 Zimmer zu schaffen. Dieser Grund könnte also eigentlich keine Veranlassung geben, gegen den Antrag zu stimmen.

Herr Wolff II bittet, über den Lange'schen Antrag mit Rücksicht auf die Wichtigkeit desselben mit abzustimmen, da ein Votum der Versammlung ein größeres Gewicht besitze, als der Wunsch einzelner Mitglieder derselben.

In der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage und der Antrag des Herrn Lange von der Versammlung angenommen.

XI. Verkauf einer Grundfläche.

Der Magistrat giebt anheim, an Frau Wittwe Mumme eine etwa 99 qm große Theilfläche des Terrains der früheren Reithahn zum Einheitspreise von 75 M zu überlassen. Die Städt. Bauverwaltung hat sich für den Verkauf unter der Bedingung ausgesprochen, daß die von dem Porzellanhändler Borchers gewünschte Grenzregulirung gegen das Mumme'sche Grundstück auch wirklich zur Ausführung komme.

Die Baucommission läßt die Vorlage einschließlich der von der Städt. Bauverwaltung gestellten Bedingung durch Herrn Nieß zur Genehmigung empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Baulinie für die Küchen- und die Jöddenstraße.

Für einen Theil der Küchen- und der Jöddenstraße sind vom Stadtbauamte neue Baulinien festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt, und die Versammlung, auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, beschließt.

XIII. Aufwendungen für die Ober-Realschule.

Für die städtische Ober-Realschule ist in Folge vollständiger Trennung der Classen O. II und U. II B., sowie in Folge der vom Reichsamte des Innern gegebenen Vorschriften die Annahme zweier Neu-Philologen — für welche inzwischen ein seminaristisch gebildeter Lehrer aus dem Lehrercollegium ausgeschieden ist — und die Einrichtung eines neuen Classenzimmers, sowie eine Beleuchtungsanlage für den Zeichenaal erforderlich geworden. Der Magistrat ersucht daher, die Annahme zweier Neu-Philologen zu genehmigen und die im Betrage von 735 M veranschlagten Kosten für Subsellien und eine Gasleitung zu verwilligen.

Namens der Schulcommission empfiehlt Herr Blasius, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, da die Durchführung derselben absolut nothwendig sei. Der Antrag wird angenommen.

XIV. Aufnahme eines Processes.

Der Speisewirth Schubode schuldet der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für Ausführung der den Anschluß seines Grundstückes an den Straßen-canal betreffenden Arbeiten 88 M 98 S. Da wiederholte Mahnungen fruchtlos geblieben sind, erscheint Klageerhebung, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt, erforderlich.

Der Antrag wird von dem Herrn Vorsitzenden namens der Statuten-commission befürwortet und von der Versammlung angenommen.

XV. Wiederherstellung eines Verbindungsweges zwischen Carlstraße und Stadtpark.

Der Vorstand des Bürgervereins hat in einer an die Versammlung gerichteten Eingabe gebeten, in geeigneter Weise im Interesse des öffentlichen Verkehrs auf eine baldige Wiedereröffnung des Fußweges am Adamsgraben hinzuwirken, oder ungehäumt Schritte zu thun, welche die Eröffnung einer Verbindungsstraße zwischen

jenen Stadttheilen, bezw. der Carlstraße und dem Stadtparke in nahe Aussicht stellen.

Da nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden ein gleiches Gesuch auch an den Stadtmagistrat gerichtet ist, so wird die Eingabe nach der bisher befolgten Praxis zu den Acten genommen.

XVI. Canalbauten in der Innenstadt.

Die Canalbau-Ausführungen sind nach dem Berichte des Ober-Ingenieurs Mitgau in der ersten Hälfte dieses Jahres bereits derart gefördert, daß es sehr wahrscheinlich ist, daß die für das laufende Jahr vorgesehenen Bauten im Monat September beendet werden können. Da nun die bereits genehmigten Canalbauten auf verschiedenen Straßen wegen der noch vorzunehmenden Grunderwerbungen im laufenden Jahre höchstwahrscheinlich nicht zur Ausführung gebracht werden können, so wird beantragt, zu genehmigen, den für die fraglichen nicht zur Ausführung kommenden Canalbauten bewilligten Betrag von 74 100 M für die Weiterführung des Sammlers in der westlichen Innenstadt und zwar im Zuge der Beckenwerperstraße, des Rade-, Bäcker- und Südklintes bis zur Gildenstraße verwenden zu dürfen. Hierdurch würden die von dem Sammler berührten Straßenzüge eine erheblich bessere Vorfluth erhalten und würde es ferner ermöglicht werden, dem der Canalisirung so dringend bedürftigen südlichen Theile der Gildenstraße bereits im nächsten Jahre die Wohlthat der Canalisirung theilhaftig werden zu lassen.

Nach dem Berichte des Herrn U h d e empfiehlt die Baucommission die Genehmigung der Vorlage,
welcher darauf von der Versammlung zugestimmt wird.

XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn N i e ß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den zwischen der Kreuz- und der Ringstraße liegenden freien Platz westwärts bis zur nächsten projectirten Straße auszu dehnen und den Ortsbauplan entsprechend zu verändern.“

Herr N i e ß möchte die Versammlung bitten, diesen Antrag, durch welchen Kosten nicht entstehen, zu unterstützen, damit nicht der Stadt später, wenn es wünschenswerth sein sollte, den Platz zu vergrößern, hieraus höhere Kosten erwachsen. Da bei früheren Verathungen der Wunsch nach Vergrößerung des Platzes schon geltend gemacht worden, so wolle er auf eine weitere Begründung für heute verzichten.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XVIII. Anfrage des Herrn G ü n t h e r wegen Beendigung der städtischen Canalarbeiten.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist es wahr, daß die städtischen Arbeiten im Monat August fast sämtlich beendet sein werden, und ist der Magistrat eventuell in der Lage, neue Arbeiten vornehmen zu lassen resp. in Aussicht zu stellen?“

führt Herr G ü n t h e r aus, daß unter der hiesigen Bürgerschaft das Gerücht verbreitet werde, die städtischen Canalarbeiter würden mit Beendigung der Canalarbeiten im Monat August brotlos werden. Da nun schon das ganze Bau-
fach darniederliege und in Folge dessen auch unter den Malern und Tapezirenn eine große Arbeitslosigkeit herrsche, so würden die Canalarbeiter einer traurigen Zukunft entgegengehen, falls sich das erwähnte Gerücht bestätigen sollte. Aus diesem Grunde habe er die Anfrage gestellt und könne der Magistrat, als die maßgebende Stelle, eine bündige Antwort darauf ertheilen. Aus der Vorlage zu Punkt XVI der Tagesordnung habe er schon gesehen, daß sich die Sache etwas anders verhalte, als das Gerücht annehme, immerhin wisse man aber nicht, wie lange Zeit jene Arbeiten in Anspruch nehmen. Sofern der Herbst sich in erwünschter Weise etwas länger, vielleicht bis in den November hinein ziehen sollte, möchte es angezeigt erscheinen, wenn der Magistrat noch andere Arbeiten in Erwägung nehme. Vielfach sei auch getadelt, daß Nachts und am frühen Morgen gearbeitet werde, obwohl noch sehr viele beschäftigungslose Arbeiter vorhanden seien. Wenn möglicherweise auch eine technische Nothwendigkeit zu solcher Maßnahme vorliegen könnte, so erscheine es ihm doch besser, mehr Arbeiter einzustellen, als einzelne Arbeiter zu überlasten.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die Anfrage eigentlich durch die Vorlage zu *Nr.* XVI der Tagesordnung schon beantwortet sei. Wie die bezeichnete Vorlage ausweise, sollen die in diesem Jahre noch auszuführenden Arbeiten voraussichtlich bis Mitte September erledigt sein. Die verhältnißmäßige Beschleunigung der Ausführung dieser Arbeiten habe man dem günstigen Bauwetter zuzuschreiben, welches eine frühere Fertigstellung der Canäle ermöglicht habe. Da nun der Magistrat ermächtigt sei, noch weitere Canalarbeiten ausführen zu lassen, so sei ein Weiteres augenblicklich nicht nöthig. Wenn Herr G ü n t h e r darauf hinweise, daß es nicht wünschenswerth sei, des Nachts arbeiten zu lassen, so wolle er dem gegenüber bemerken, daß der Magistrat fortwährend Gesuche von den Anwohnern der zu canalisirenden Straßen erhalte, in denen Klage geführt werde, daß sie durch die Canalisation in ihrem Gewerbe gehindert werden. Demnach scheine es ihm im

allgemeinen Interesse wünschenswerther zu sein, die Arbeiten möglichst schnell fertigzustellen, als daß noch einige weitere Arbeiter Beschäftigung erhalten. Herr Günther müsse berücksichtigen, daß bei den großen Bauunternehmungen der Stadt eine Menge Arbeiter künstlich von außen hergezogen seien, welche die Stadt nach Beendigung ihrer Arbeiten unmöglich weiter beschäftigen und unterhalten könne. Diese Arbeiter müßten sich dann eben nach anderer Arbeit umsehen und würden solche auch wohl finden.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wählt die Versammlung unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels auf Antrag des Berichterstatters, Herrn Stadtrath Meyer, die Herren Provisor Karl Schrader, Provisor Heinrich Ahrens, Provisor Otto Schrader, Commercienrath Rittmeyer, Kaufmann Karl Adolf Müller und Particulier Hermann Winter wieder, sowie Herrn Particulier Heinrich Bäte neu als Beisitzer in den Ausschuß zur Wahl von Schöffen und Geschworenen für das laufende Jahr.

In vertraulicher Sitzung der Stadtverordneten wird zuerst die feste Anstellung des provisorischen Schuldieners Heinrich Büttcher genehmigt. Darauf kommen verschiedene Anfragen des Herrn Nieß zur Erledigung. Sodann wird für den verstorbenen Armenpfleger Engelle der Hof-Schuhmacher Otto Woraz zum Armenpfleger und der Rentner Friedrich Wilcke zum stellvertretenden Bezirks-Vorsteher gewählt. Schließlich nimmt die Versammlung noch einige Mittheilungen bezüglich des Steuer-Einschätzungs-Verfahrens entgegen.

Schluß 7¹/₄ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. September 1892.

(In der Schule am Sandwege.)

Öeffentlich:

I.	Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten	Seite 192
II.	Canaleinsteigeschacht im Putzfiltern	" 193
III.	Änderung des Ortsbauplanes	" 194
IV.	Baulinie für die Gliesmaroderstraße	" 194
V.	Breite der westlichen Ringstraße	" 194
VI.	Verkauf von Theilflächen am alten Polytechnicum	" 195
VII.	Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarke	" 196
VIII.	Aufnahme eines Processes	" 197
IX.	Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppenstedterstraße	" 197
X.	Verkauf einer Straßenfläche an der Wallstraße	" 197
XI.	Abkommen mit dem Staate wegen der Stobenbrücke	" 197
XII.	Verpachtung eines Landstreifens am Dom-Friedhofe	" 198
XIII.	Theilortsbauplan am Sandwege	" 199
XIV.	Rückzahlung von Canal- zc. Kosten	" 199
XV.	Theilstat für das erste Vierteljahr 1893	" 199
XVI.	Aufnahme eines Processes	" 200

XVII.	Ausbau eines Straßenzuges an der Elbertstraße	Seite 201
XVIII.	Berlegung des Pferdebahngleises im Saale rc.	" 201
XIX.	Änderung des Ortsbauplanes vor dem Fällersleberthore	" 202
XX.	Selbstst. Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Höfenstraße	" 202
XXI.	Credit für die Bekämpfung der Cholera	" 204
XXII.	Selbstst. Antrag des Herrn Rieß auf Einbeziehung verschiedener Straßen in den Bezirk der Kehrrietafuhre	" 214

Vertraulich:

Anstellung eines Marstall-Verwalters	" 216
Anstellung von drei Straßenreinigungs-Aufsichtern	" 216
Wahl eines Commissionsmitgliedes für Vertilgung des Franzosenkrautes	" 216
Anstellung eines technischen Hilfsbeamten	" 216
Gesuch um Erlaß einer Abgabe zur Armencaffe	" 216

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Meyer und Randoehr, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister.

Entschuldigt die Herren Blasius, Ding, Jasper und Wolff I.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Versammlung und heißt dieselbe in dem neuen Raume willkommen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß es der Versammlung in demselben während der Uebergangszeit gefallen möge. Da es ihm scheinen wolle, als ob das Sprechen in diesem Raume seine Schwierigkeiten haben werde, so bitte er, langsam und deutlich zu sprechen, damit die Reden auch zu verstehen seien.

Ferner habe er mitzutheilen, daß an Stelle des Assessors Boden, welcher als Hilfsarbeiter in das Ministerium berufen sei, der Assessor Reidemeister bei dem Magistrate beschäftigt und an den Sitzungen theilnehmen werde.

Nachdem Johann noch die Protocolle Nr 4—7 genehmigt waren, wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I. Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten.

Der Lehrer Herbst hat vor Erbauung seines an der Ecke von Leonhardstraße und Leonhardplatz gelegenen Wohnhauses die antheiligen Straßenkosten in Höhe von 775,20 M für die Leonhardstraße und 969,12 M für den Weg am Leonhardplatz sicher gestellt. Während die Kosten der ersteren Straße schon früher festgestellt und bezahlt sind, hat die Städt. Bauverwaltung die Kosten des letztbezeichneten Weges, bezw. der Al. Bertramstraße jetzt auf 3780 M ermittelt. Die erhebliche Differenz zwischen dem Anschlage und dem wirklichen Betrage der Kosten ist dadurch hervorgerufen, daß ursprünglich die Grunderwerbskosten nicht berücksichtigt waren. Herr Herbst hat gebeten, die bezeichneten Straßenkosten zu ermäßigen, indem er auf Grund einer vor Erbauung seines Hauses eingezogenen

Mittheilung des betr. Magistratsdecernenten in seiner Berechnung der Baukosten getäuscht sei. Die Möglichkeit dieses Irrthums zugebend, ersucht der Magistrat, die Summe der Baukosten von 3780 M auf 2700 M zu ermäßigen.

Die Statutencommission ist, wie Herr Wolff II berichtet, der Ansicht, daß unter den vorgetragenen Umständen die Genehmigung des Magistratsantrages empfohlen werden könne.

Herr Bültmann weist darauf hin, daß er hinsichtlich seines, neben dem Herbst'schen gelegenen Grundstückes sich in gleicher Lage befinde. Bei dem Verkauf seines Eckgrundstückes habe er sich zur Uebernahme der Hälfte der Straßenbaukosten in der Annahme bereit erklärt, daß solche überhaupt nicht entstehen könnten, weil das Grundstück gar nicht direct an den Leonhardplatz grenze, sondern noch ein keilförmiger Platz zwischen beiden liege, welcher der Gemeinde gehöre. Später habe dann aber Herr Stadtrath Ketemeyer gemeint, daß die Kosten erhoben werden würden und ein Erlaßgesuch aussichtslos sei. Wenn er nun auch nichts dagegen einzuwenden habe, daß Herrn Herbst die Straßenbaukosten ermäßigt würden, so bitte er aber andererseits, auch ihm demnächst entgegen zu kommen.

Der Herr Vorsitzende bringt mit Rücksicht auf diese Darlegung in Vorschlag, die Sache für heute von der Tagesordnung abzusetzen, weil die Commission diese Consequenzen nicht gekannt habe, was geschieht.

II. Canaleinsteigeschacht im Gutfiltrern.

Es hat sich als nothwendig herausgestellt, in dem im Gutfiltrern gelegenen Theile des canalisirten Burgmühlengrabens einen Einsteigeschacht mit Nothauslaß herzustellen. Die Herzogliche Baudirection hat sich mit dieser Einrichtung unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Stadt die gesammten Kosten und auch die Verpflichtung, den zu überwölbenden Oflercanal in Bau und Besserung zu erhalten, übernehme. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die seinerseits bereits erfolgte Uebernahme dieser Bedingungen nachträglich zu genehmigen.

Herr Natalis giebt namens der Finanzcommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Günther will bei dieser Gelegenheit anregen, den bis zum „Weißen Roffe“ führenden Canal der Cellerstraße in solcher Ausdehnung weiterzuführen, daß derselbe die Abwässer des neuen Krankenhauses aufzunehmen vermöge.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß wegen der Fortführung des Canals bis zu dem Neubau des Krankenhauses bereits Verhandlungen schweben und der Versammlung voraussichtlich in nicht zu ferner Zeit eine bezügliche Vorlage zugehen werde.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Aenderung des Ortsbauplanes.

In Folge der Neubebauung des städtischen Grundstückes, Taubenstraße **Nr. 8** (Verwaltungshof für das städtische Fuhrwesen), ist die Aenderung des Ortsbauplanes, Section IX, erforderlich. Das Stadtbauamt legt die fragliche Aenderung, durch welche eine das bezeichnete Grundstück schneidende projectirte Straße aufgehoben und durch eine andere ersetzt wird, mit dem Anheingeben vor, diese Aenderung zu genehmigen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an

und die Versammlung erhebt denselben zum Beschlusse, nachdem Herr Bültemann namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

IV. Baulinie für die Giesmaroderstraße.

In Veranlassung eines von dem Fabrikbesitzer Aug. Jung eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für sein an der Nordseite der Giesmaroderstraße gelegenes Grundstück hat das Stadtbauamt einen Ortsbauplan für die Regulirung eines Theiles dieser Straße aufgestellt und beantragt der Magistrat, die Genehmigung desselben zu ertheilen.

Die Baucommission läßt auch diese Vorlage durch Herrn Bültemann befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

V. Breite der westlichen Ringstraße.

Das Stadtbauamt hat sich gutachtlich dahin geäußert, daß es für die westliche Ringstraße eine Breite von 30 m für erforderlich halte, während der Magistrat eine solche von 26 m, entsprechend der von der Versammlung beantragten Breite des Wenden- und Neustadttringes, für genügend erachtet. Der Magistrat begründet diese Ansicht damit, daß der Hauptverkehr sich in der Regel nicht auf der Ringstraße entlang, sondern diese durchschneidend nach und von der Innenstadt bewegen werde, für die Schaffung von frischer Luft aber eine 26 m breite Straße vollauf genüge und außerdem die Kosten des 4 m breiten Streifens der Stadt dauernd zur Last fallen würden. Auch dem Vorschlage der Städt. Bauverwaltung auf Anordnung von 4 m breiten Vorgärten neben einer Straßenbreite von 26 m kann der Magistrat nicht zustimmen, weil nach der Vorschrift im §. 7 der Landes-Bauordnung die Vorgärten in der Regel nicht tiefer als 3 m angeordnet werden sollen und diese Anordnung auch den Anliegern erhebliche Beschränkungen auferlegen würde. Der Magistrat ersucht nun, vor der Ausarbeitung eines anderen Bauplanes, vorläufig erst im Princip zu genehmigen, daß die Breite der Ringstraße auf der Westseite der Stadt von 30 m auf 26 m reducirt, von der Anordnung von Vorgärten aber abgesehen werde.

Wie Herr Weber berichtet, kann sich die Baucommission mit der Ansicht des Magistrates nicht einverstanden erklären, sondern neigt mehr derjenigen des Stadtbauamtes und der Städt. Bauverwaltung zu, nach welcher wenigstens zwischen den Häusern der betr. Straße eine Breite von 30 m festgesetzt werden möchte. Wenn auch eine Straßenbreite von 26 m zur Zeit dem geschäftlichen und privaten Verkehr unter allen Umständen genüge, so lasse sich doch heute noch nicht voraussagen, wie sich dieser Verkehr später auf der Ringstraße gestalten werde, umsomehr, als gerade dieser Theil demnächst sehr viel als Promenadenweg werde benutzt werden. Um der Zukunft in diesem Falle Rechnung zu tragen, ohne dadurch der Stadt schon jetzt Kosten aufzubürden, bringe die Baucommission in Vorschlag, die Magistratsvorlage abzulehnen, dagegen zu genehmigen, daß die Ringstraße der westlichen Außenstadt in einer Breite von 24 m mit beiderseitigen, 3 m tiefen Vorgärten festgesetzt werde. Bei solcher Anordnung sei die Möglichkeit geboten, im Falle eintretenden Bedürfnisses leicht eine 30 m breite Straße schaffen zu können.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

VI. Verkauf von Theilflächen am alten Polytechnicum.

Wenngleich der am 25. Juni d. Js. abgehaltene öffentliche Termin zur Veräußerung der Hauptflächen des alten Polytechnicums zu einem annehmbaren Gebote nicht geführt hat, so ist der Magistrat doch in der Lage, hinsichtlich einiger kleinen Nebentheile des Grundstückes der Versammlung notarielle Kaufverträge mit dem Ersuchen um deren Genehmigung zu unterbreiten. Es handelt sich hierbei in erster Linie um ein Abkommen mit dem Schuhmacher Götting, dem Tischler Haring und der Wittve des Amtmanns Dieckmann wegen Verkaufs des zum alten Collegium Carolinum gehörigen Hinterlandes ihrer am Hagenscharrn liegenden Grundstücke zu 19, 38 und 54 qm, wogegen dieselben diejenigen Theilflächen ihrer Grundstücke zu 1, 3 und 7 qm, welche ortsbauplanmäßig zur Straße zu legen sind, eintauschen und für den Ueberschuß als Kaufpreis 810 M, 1575 M und 2115 M (= 45 M für den Quadratmeter) zahlen wollen.

Ferner hat der Hoflieferant Kohlmann als Eigenthümer des Grundstückes an der Ecke des Bohlweges und Hagenmarktes gebeten, ihm einen 17,6 qm haltenden Streifen an der Südseite seines Hauses nebst der darauf stehenden Brandmauer käuflich zu überlassen, weil die Niederlegung der letzteren sein eigenes, damit verbundenes Gebäude gefährden würde. Da das Gebot von 4600 M dem Werthe des Grund und Bodens, einschließlich des halben Neubauwerthes der Brandmauer entspricht, so ist mit Kohlmann ebenfalls ein notarieller Kaufvertrag abgeschlossen, in welchem gleichzeitig Vereinbarungen getroffen sind über einen 1 qm haltenden Streifen, welchen Kohlmann von der Ostseite seines Grundstückes ortsbauplanmäßig der Stadt abtritt und über eine fernere Fläche von 2,5 qm am Hagenmarkte, die

dem Kuhlmann'schen Grundstücke im Falle eines Neubaus anzuschneiden ist. Unter Annahme eines Einheitspreises von 175 M für den qm sind demnachst von Kuhlmann für diesen Austausch noch 262 M 50 S herauszuzahlen.

Wie Herr Weber berichtet, empfiehlt die Baucommission die Genehmigung des mit den pp Göting, Häring und Dieckmann abgeschlossenen notariellen Vertrages. Hinsichtlich des mit Kuhlmann vereinbarten Vertrages sei indessen die Commission zu dem Ergebnisse gekommen, daß die Genehmigung desselben der Stadt in keinem Falle zum Nutzen reichen könnte. Die Commission nehme an, daß der demnachstige Käufer des alten Polytechnicums die 17,6 qm große Fläche ebenso theuer bezahlen werde als Kuhlmann und daß sich heute noch gar nicht feststellen lasse, ob die Mauer zu erhalten sei, wenn das Polytechnicumsgebäude abgebrochen werde, oder aber die Ausschachtungen für das neue Gebäude stattfinden. Lasse sich die Mauer nicht erhalten, so könne auch dem p. Kuhlmann der ihm vom Magistrate zugedachte Schutz nicht zu Theil werden, während der Stadt in solchem Falle nicht unbedeutende Kosten erwachsen könnten. Die Commission empfehle daher Ablehnung dieses Kaufvertrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß auch dem Magistrate nachträglich bekannt geworden sei, es könnte der Verkauf der Brandmauer an Kuhlmann bedenklich werden insofern, als man nicht wisse, wie diese Brandmauer fundamentirt sei. Gleichzeitig wolle er noch mittheilen, daß nachträglich von einem Kauflustigen ein Gebot von 220 000 M auf das alte Polytechnicum gemacht sei, welches derselbe unter Hinzuziehung der fraglichen Brandmauer auf 225 000 M erhöht habe. Die von einem Sachverständigen hervorgehobenen Bedenken, daß bei Ausbringung der Baugrube für das an Kuhlmann grenzende Areal die Brandmauer gefährlich werden könne, theile die Stadt. Bauverwaltung ebenfalls, mit dem Hinzufügen, daß sich jetzt noch gar nicht beurtheilen lasse, ob es überhaupt zweckmäßig erscheine, den Brandgiebel allein stehen zu lassen. Unter diesen Umständen erkläre er sich namens des Magistrates vollständig damit einverstanden, daß der Verkauf der Brandmauer an Kuhlmann einstweilen nicht zur Ausführung gebracht werde.

Die Commissionsanträge werden darauf angenommen.

VII. Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarkte.

In Sachen, betr. die Einrichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht in der Warthalle auf dem Kohlmarke hat sich jetzt der Vorstand der hiesigen Strasseneisenbahn-Gesellschaft bereit erklärt, der Stadt den Warteraum der Halle vom 1. October d. Js. ab zur Einrichtung von Closets insoweit zu überlassen, wie dieses für erforderlich erachtet werde. Es ist daran nur die Bedingung geknüpft, daß die Stadt die auf jährlich 80 M festgesetzten Beleuchtungskosten, sowie die auf jährlich 1 M festgestellte Recognitionengebühr für Benutzung

der Wartehalle auf die Hälfte ermäßigt. Der Magistrat ersucht um Annahme dieser Bedingungen und um Bewilligung der zu 1900 M veranschlagten Kosten für die Ausführung von drei Closets und eines Raumes für die Wärterin. Unter den drei Closets werden sich zwei erster Classe befinden.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Seele die Annahme der Vorlage
und die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Aufnahme eines Processes.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung der Proceßführung gegen den Tischlermeister D. Fricke, welcher der Stadt für Arbeiten an der Wasserleitung 99 M 24 S schuldet und trotz mehrfacher Aufforderung seinen Verbindlichkeiten nicht nachgekommen ist.

Der Antrag wird von der Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, genehmigt.

IX. Erwerb einer Straßenfläche an der Schöppenstedterstraße.

Zur Durchführung des Ortsbauplanes für die Schöppenstedterstraße auf der Strecke zwischen der Fallersleberstraße und der Abelnkarre ist der Ankauf einer 1,3 qm großen Theilfläche des dem Klempnermeister Siebert gehörenden Grundstückes erforderlich und giebt der Magistrat anheim, diesen Ankauf zum Gesamtpreise von 50 M zu genehmigen.

Herr Uhde befürwortet den Ankauf namens der Baucommission und die Versammlung beschließt denselben.

X. Verkauf einer Straßenfläche an der Wallstraße.

Der Kaufmann Israel Wertheim er bietet sich, die seinem Grundstücke an der Wallstraße zuzulegende Theilfläche von 4,5 qm zum Preise von 180 M anzukaufen.

Dem Antrage des Magistrates, diesem Verkaufe zuzustimmen, entspricht die Versammlung, nachdem Herr Uhde namens der Baucommission einen dahingehenden Antrag gestellt hatte.

XI. Abkommen mit dem Staate wegen der Stobenbrücke.

Die Herzogliche Baudirection hat sich mit der als nothwendig anerkannten Beseitigung der Stobenbrücke und Ersetzung derselben durch einen 1,14 m weiten Canal einverstanden erklärt, dabei jedoch im Wesentlichen folgende Bedingungen gestellt: Der Staat überweist der Stadt den Betrag von 7000 M, in welcher Summe die Hälfte der Verfüllungskosten der Brückenstelle mit einbegriffen ist. Die Kosten für Wiederherstellung des Pflasters, sowie die andere Hälfte der Ver-

füllungskosten werden vom Allgemeinen Pflasterfonds bestritten. Im Uebrigen hat die Stadt die gesammten Arbeiten auf ihre Kosten auszuführen und insbesondere an Stelle der Brücke einen massiv gewölbten Canal von 1,14 m lichter Weite herzustellen und denselben in Bau und Besserung zu unterhalten, auch an einer noch näher zu bestimmenden Stelle einen genügend großen Einsteigeschacht herzurichten. Der Magistrat ist mit diesen Bedingungen einverstanden und ersucht um Genehmigung derselben.

Die Statutencommission kann, wie Herr Wolff II berichtet, die Genehmigung der Vorlage nur empfehlen, da das Abkommen als ein billiges anzuerkennen sei.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage.

XII. Verpachtung eines Landstreifens am Dom-Friedhofe.

Der Maurermeister Heise und der Malermeister Bührig haben gebeten, ihnen den neben ihrem an der Kl. Bertramstraße am Dom-Friedhofe gelegenen Grundstücke liegenden 1,18 a großen Streifen zum Einheitspreise von 8 M pro qm zu verkaufen oder auf eine längere Reihe von Jahren zwecks Anlegung eines Gartens zu verpachten. Während der Magistrat einen Verkauf dieses Grundstückes nicht befürworten kann, stimmt derselbe der Verpachtung desselben auf zehn Jahre unter der Bedingung zu, daß die Pächter die Fläche auf ihre Kosten einfriedigen lassen und ein jährliches Recognitionsgeld von 5 M zahlen. Die Genehmigung dieses Uebereinkommens wird anheimgestellt,

und von der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, befürwortet.

Herr Bültmann kann keinen Grund finden, aus welchem dieses Dreieck nicht verkauft werden solle. Es lasse sich kein Fall construiren, in welchem sich der Zwickel noch einmal nutzbarer verwerthen lasse. Er beantrage daher, denselben zum Einheitspreise von 8 M zu verkaufen.

Herr Halle weist darauf hin, daß auch die Städt. Bauverwaltung dem Verkaufe widerrathen habe, weil immerhin die Möglichkeit vorliege, den Zwickel noch einmal für die Stadt besser zu verwerthen.

Herr Bültmann möchte dann wenigstens wünschen, die Verpachtung auf eine kürzere Dauer als zehn Jahre vorzunehmen, damit die Stadt während dieses großen Zeitraumes nicht vollständig gebunden sei.

Herr Halle entgegnet, daß die Pächter das Grundstück nur dann einzufriedigen vermöchten, wenn sie dasselbe auf einen längeren Zeitraum verpachtet erhielten.

Herr Weber hält eine Verpachtung für vortheilhafter, als den Verkauf des Grundstückes.

Herr Oberbürgermeister **Pockels** bemerkt, daß der Verkauf der bezeichneten Fläche sich schon in Anbetracht des verhältnißmäßig geringen Preises auch aus dem Grunde nicht empfehle, weil die Stadt dann genöthigt sein würde, die daneben liegende kleine Dreiecksfläche auf ihre Kosten einzufriedigen, wodurch der Kaufpreis für die Nachbarfläche absorbiert werden würde.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XIII. Theilortsbauplan am Sandwege.

Nachdem die Versammlung ein Abkommen mit dem Rentner Duidde wegen Verkaufs bezw. Austausches von Flächen am Sandwege, an der Ehrenbrecht- und der Friesenstraße bereits genehmigt hat, beantragt der Magistrat, den auf dieser Grundlage aufgestellten Theilortsbauplan für die gedachten Straßen zu genehmigen.

Herr **U h d e** schließt sich namens der Baucommission diesem Antrage an. Die Feststellung der Baulinie sei erforderlich, weil Duidde erst nach Festlegung derselben über sein Grundstück disponiren könne.

Der Antrag des Magistrates wird hierauf angenommen.

XIV. Rückzahlung von Canal- u. Kosten.

Der Maurermeister **Braun**, auf dessen Kosten die Rußbergstraße auf der Strecke zwischen Altewiekring und Rosenstraße ausgebaut ist, hat gebeten, ihm die Kosten für den Straßencanal mit 2474,58 M., für das Gasrohr mit 985,80 M. und für das Wasserrohr mit 1906,80 M. zurückzuerstatten. Wenn die Vorbedingungen für die Rückzahlung auch noch nicht im vollen Umfange zutreffen, so beantragt der Magistrat dennoch derselben aus Billigkeitsrücksichten zuzustimmen.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn **Sievers** die Genehmigung des Antrages anheim

und die Versammlung beschließt dieselbe.

XV. Theilstat für das erste Vierteljahr 1893.

Nach dem zum 1. April 1893 in Kraft tretenden Gesetze, betr. Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 18. Juni 1892, hat das gemeindliche Rechnungsjahr mit dem 1. April zu beginnen und mit dem 31. März zu schließen. Der Magistrat beantragt in Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmung die Erklärung der Zustimmung zur Ausführung des folgenden Vorschlages: Für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1893 werden für die Stadtcasse, sowie für die mit derselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Verwaltungen, ebenso für die Canalbaukasse, das Schlachthaus, die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und für die Kreis-Communalcasse besondere Voranschläge als Nachtragsetats aufgestellt.

Wie Herr Seele namens der Finanzcommission berichtet, hat der Herr Oberbürgermeister gelegentlich der Commissionsberathung die Vorlage noch dahin erläutert, daß es nicht in der Absicht liege, für das Vierteljahr einen gedruckten, genau ausgearbeiteten Etat herauszugeben, sondern daß man beabsichtige, die einzelnen Positionen in Pauschalquanten zu bezeichnen und der Versammlung vorzulegen. Die Commission empfehle, der Vorlage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XVI. Aufnahme eines Proceßes.

Nachdem die während der letzten Jahre ihres Lebens aus hiesigen städtischen Armenmitteln unterstützte unverehelichte Emilie Rüster am 19. Februar d. Js. verstorben war, versuchte die Armendirection auf Grund der ihr gesetzlich zustehenden Befugniß, sich aus dem Nachlasse der p. Rüster für die aufgewendeten Unterstützungsgelder Ersatz zu verschaffen. Aus dem dürftigen Mobiliarnachlasse war ein voller Ersatz nicht zu erreichen. Die p. Rüster hatte indessen ihr Leben gegen die Summe von 1500 M. versichert und die hierüber ausgefertigte Police durch Verfügung unter Lebenden an den Lederhändler Aug. Tacke zur Sicherung einer demselben zustehenden Forderung abgetreten. Mit Letzterem war nun ein Abkommen dahin getroffen, daß er sich verpflichtete, mindestens Alles, was er über 1200 M. auf die Police erhalte, der Armendirection herauszahlen zu wollen. Auf diese Erklärung hin wurde dem p. Tacke die Bescheinigung über die letzte Krankheit der Rüster behändigt. Wenn derselbe von diesem Atteste nun auch keinen Gebrauch gemacht hat, so ist ihm dennoch die Summe von 1500 M. ausgezahlt worden. Trotz mehrfacher Aufforderung weigert sich indessen Tacke, der Verpflichtung zur Herauszahlung von mindestens 300 M. nachzukommen. Der Magistrat ersucht daher um die Genehmigung, als Vertreter der Armendirection klagend gegen Tacke vorgehen zu dürfen.

Die Statutencommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Wolff II diesem Antrage an.

Herr Günther wünscht Aufklärung darüber, ob durch diesen Proceß der Stadt nicht unnöthige Kosten erwachsen werden, da die fragliche Police nach einer Mittheilung des Herrn Tacke vollständig in seinen Besitz übergegangen sei und die Stadt durchaus kein Recht an derselben geltend machen könne. Dem Agenten seien von Tacke für die Bemühungen um die Abwicklung des Auszahlungsgeschäftes 200 M. gegeben, wozu Letzterer als Besitzer der Police vollkommen berechtigt zu sein glaube.

Herr Wolff II will noch hervorheben, daß sich Tacke im Wege der freiwilligen Vereinbarung bereit erklärt habe, der Stadt den Erlös der Police in Höhe von mindestens 300 M. zu überlassen und er nun jetzt sein Versprechen nicht halten wolle.

Auf Grund der Acten, welche hier allein maßgebend seien, könne nicht daran ge-
zweifelt werden, daß der Magistrat einen rechtmäßigen Proceß führen werde.

Herr Stadtrath Meyer theilt erläuternd mit, daß die Armendirection durch
ihn mit Tacke — welcher behufs Erhebung der Versicherungssumme einen Todten-
schein angefordert habe — Verhandlungen angeknüpft habe, um wenigstens einen
Theil der Versicherungssumme zu erhalten. Nach mancherlei Weiterungen habe
sich Tacke dann schließlich bereit erklärt, die den Betrag von 1200 M übersteigende
Versicherungssumme an die Armendirection herauszuzahlen, was aber bislang
nicht geschehen sei.

Die Proceßführung wird darauf genehmigt.

XVII. Ausbau eines Straßenzuges an der Elbertstraße.

Auf Anregung der Städt. Bauverwaltung beantragt der Magistrat, den in
der Verlängerung des Chriakringses belegenen Straßenzug, welcher die Frank-
furter- mit der Elbertstraße verbindet, auszubauen und zu solchem Zwecke eine
Summe von 4000 M zu verwilligen. Von dieser Summe würden die Stadt
1270 M und die Anlieger den Rest zu tragen haben.

Die Baucommission empfiehlt durch Herrn Weber, die geforderte Summe
zu bewilligen.

Herr Günther will bei dieser Gelegenheit bitten, den Ausbau der Gertruden-
straße etwas zu beschleunigen, da dort bei schlechtem Wetter grauenhafte Zustände
herrschen. Es sei unbedingt nöthig, daß gerade an der Stelle, wo der Vorgarten
noch nicht beseitigt worden, noch in diesem Jahre etwas geschehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß der Ausbau der Gertrudenstraße
für das laufende Jahr etatsmäßig vorgesehen sei und man denselben nur dann
unterlassen werde, wenn sich der Ausführung Schwierigkeiten entgegenstellen. Jeden-
falls seien in Bezug auf den Arealerwerb Schwierigkeiten zu überwinden, da in
technischer Beziehung solche nicht vorhanden sein dürften. Er werde sich nach den
Verhältnissen erkundigen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XVIII. Verlegung des Pferdebahngleises im Sack etc.

Der Vorstand der hiesigen Straßeneisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt, die zwischen
der Neuenstraße und dem Ruhfäutchenplage gelegene Theilstrecke der Linie Hohe-
thor-Marienstift in der Weise zu verlegen, daß dieselbe künftig durch den Sack, die
Pachhoffstraße und den Marstall läuft. Die erforderlichen Arbeiten sollen nach erfolgter
Verbreiterung des Marstalles zur Ausführung kommen. Der Magistrat hält in
Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizei-Direction diese Verlegung für
unbedenklich und ersucht, dieselbe zu genehmigen.

Die Statutencommission läßt die Annahme der Vorlage durch Herrn Brückmann empfehlen. Die Aenderung sei schon aus dem Grunde erstrebenswerth, weil dann die enge Durchfahrt der Pferdebahnwagen an der Burg Dantwarderode weg falle.

Die Versammlung stimmt darauf der Verlegung zu.

XIX. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Falleräleberthore.

Das Stadtbauamt hat empfohlen, in den Ortsbauplan zwischen Carlstraße und Wabestraße einerseits und zwischen Wabestraße und Heinrichstraße andererseits je eine, mit jenen vorhandenen Straßen parallel laufende 16 m breite Straße aufzunehmen, bei deren demnächstigem Ausbau die beiden in der Mitte dieser projectirten Straßen hinziehenden und künftig in Wegfall kommenden Gräben würden mit verwandt werden können. Wenn der Magistrat auch die vom Stadtbauamte zur Unterstützung des fraglichen Antrages geltend gemachten Gründe nicht durchweg als völlig zutreffend anerkennen kann, so hält derselbe dennoch, da zwischen den einzelnen Straßen immer noch Bauflächen von wenigstens 55 m Tiefe verbleiben würden, die beantragte Ergänzung des Ortsbauplanes für zweckmäßig und ersucht daher um deren Genehmigung.

Die Baucommission kann die Anlegung der beiden Straßenzüge ebenfalls nur für zweckmäßig halten und läßt dieselbe durch Herrn Rieke befürworten.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XX. Selbstst. Antrag des Herrn Rieke auf Canalisirung der Höfenstraße.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß die Höfenstraße sobald als irgend thunlich canalisirt werde“,

wird von Herrn Rieke in folgender Weise begründet: Die Zustände auf der Höfenstraße seien sehr trauriger Natur. Bei Regenwetter verwandle sich die Straße bald in einen See, wodurch die Keller vieler Anwohner sich mit Wasser füllen, das in Folge seiner Menge und häufigen Ergänzung während des größten Theiles des Jahres nicht zu entfernen sei und daher auch die Sentgruben verseuche, sowie das Brunnenwasser verschlechtere. Trogdem würde er den Antrag nicht gestellt haben, weil zur Durchführung der Straßeninstandsetzung vom Magistrate schon Alles versucht sei, wenn nicht angesichts der drohenden Gefahr einer Epidemie schnelle Hilfe als nothwendig erachtet werden müsse. Er bitte die Versammlung, im Hinblick auf letzteren Punkt für den Antrag die Dringlichkeit anzunehmen und schon heute in die Berathung und Beschlußfassung zu treten. Die der Canalisirung sich entgegenstellenden Schwierigkeiten sollen nur darin bestehen, daß ein einziger Anlieger

für sein Borgartenterrain zu viel Geld fordere. Eine baldige Ausführung der Canalisation lasse sich aber trotzdem ermöglichen, wenn im Wege der Zwangsenteignung das betr. Terrain schon vor Regelung der Geldverhältnisse in Besitz genommen werde.

Nachdem der Antrag genügende Unterstützung gefunden, fragt der Herr Vorsitzende, ob die Versammlung auch wünsche, in eine sofortige Verhandlung darüber zu treten. Jedenfalls sei es eine eigene Sache, über einen Gegenstand zu befinden, über den man nicht genau orientirt sei. Wenn die Versammlung irgend welche Bedenken trage, werde er den Antrag zunächst an die Commission verweisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erkennt an, daß die Zustände in der Höfenstraße recht schlimm seien und deren Beseitigung nur wegen des Widerstandes eines einzelnen Anwohners unterblieben sei. In neuester Zeit seien nun aber aus der Mitte der Bewohnererschaft der fraglichen Straße Anträge an den Magistrat gerichtet, welche augenblicklich zur Verhandlung stehen und vielleicht zu einem befriedigenden Abschlusse führen. Für jetzt lasse sich noch gar nicht übersehen, welcher Kostenaufwand der Stadt durch die Canalisation erwachsen werde und welche Schwierigkeiten derselben entgegenstehen. Wenn Herr Reiche die Dringlichkeit seines Antrages mit der Nothwendigkeit begründet habe, daß angesichts der drohenden Cholerafahre sofort zur Canalisation der Höfenstraße geschritten werden müsse, so möge es dahingestellt bleiben, ob solche Maßregel richtig und nothwendig sei. Er habe sich verpflichtet gefühlt, in diesen Tagen die städtische Canalbauverwaltung anzuweisen, die in Aussicht genommene Canalisation der Beckenwerperstraße einstweilen nicht auszuführen und zwar gerade mit Rücksicht auf die drohende Cholerafahre, weil er auf Grund der bei Aerzten eingezogenen Erkundigungen zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß das Aufwühlen der Erdmassen an sich allerdings eine besondere Gefahr nicht hervorrufe, daß aber, sofern die Cholera hierher kommen sollte, in diesem Erdreiche ein Nährboden geschaffen sei, der zu großen Bedenken Veranlassung gebe. Ob die Verhältnisse in der Höfenstraße ähnlich liegen, wisse er nicht. (Beifall.)

Herr Reiche bemerkt noch, daß die Annahme seines Antrages insofern nichts Gefährliches in sich schließe, als derselbe nur erstrebe, die Canalisation „sobald als thunlich“ zur Ausführung zu bringen. Für die Anwohner werde in der Annahme des Antrages immer schon eine Beruhigung liegen.

Herr Kiese vermag unter den vorliegenden Verhältnissen die Zweckmäßigkeit des Antrages nicht einzusehen. So lange der hier hauptsächlich in Frage kommende Anlieger Achilles, welcher durch den früheren Chef der städtischen Bauleitung geschädigt zu sein glaube, täglich zu seinem Rechtsanwalte laufe, werde die Canalisation der Höfenstraße noch im weiten Felde liegen.

Nachdem darauf die Versammlung die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt hatte, wird derselbe der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXI. Credit für die Bekämpfung der Cholera.

Der Magistrat richtet das Ersuchen an die Versammlung, ihm zu Zwecken der Abwehr und event. Bekämpfung der Cholera einen Stadtcassen-Credit in Höhe von 30 000 M, unter Vorbehalt demnächstiger Rechtfertigung über dessen Benutzung, eröffnen zu wollen.

Nach Ansicht des Herrn Wolff II als Berichterstatters möchte es der Stimmung der Versammlung entsprechen, daß dieser Credit von 30 000 M in einen Credit von unbeschränkter Höhe verwandelt und der Magistrat ersucht werde, bei der Benutzung desselben sich von finanziellen Rücksichten so wenig als möglich leiten zu lassen. (Zustimmung.) Vielleicht äußere sich zunächst der Magistrat hierüber.

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Nach den neuesten Dispositionen, die zur Abwehr und eventuellen Bekämpfung der Cholera theils von der Polizei-Direction mit unserer Zustimmung, theils von uns selbst getroffen sind, läßt sich allerdings mit Sicherheit ersehen, daß der von uns geforderte Credit unzulänglich ist und wenn die Versammlung, dem Antrage des Herrn Referenten entsprechend, uns das Vertrauen schenken will, über einen unbegrenzten Credit zu verfügen, so würden wir das nur mit Dank annehmen können. Ich möchte gleichzeitig der Versammlung bezüglich der finanziellen Seite von dem, was bislang zwischen der Herzoglichen Polizei-Direction und dem Magistrate vereinbart, bezw. seitens des Magistrates beschlossen ist, einige Mittheilungen machen.

Die Kosten, welche die Stadt bereits übernommen hat für Einrichtungen und Maßnahmen, die theils getroffen sind, theils in Aussicht stehen, setzen sich aus verschiedenen Posten zusammen. Zunächst entstehen Kosten durch die sanitätspolizeiliche Ueberwachung des Staatsbahnhofes. Auf dem Staatsbahnhofe ist für Rechnung der Stadt schon seit mehreren Tagen Tag und Nacht ein Arzt zugegen, und es ist jüngst mit der Herzoglichen Polizei-Direction vereinbart, daß zu denjenigen Tages- und Nachtzeiten, wo gleichzeitig oder bald hinter einander mehrere Züge hier einlaufen, noch ein zweiter Arzt zugegen sei. Es sind auf dem Staatsbahnhofe gleichzeitig Transporteure stationirt, um die dort etwa ankommenden Choleraverdächtigen sofort nach den Anweisungen des Arztes weiter dirigiren zu können. Die Herzogliche Polizei-Direction ist ferner von uns nach Empfehlung von ärztlicher Seite ermächtigt, sofort einen Desinfectionsapparat kommen zu lassen und auf dem Bahnhofe aufzustellen, damit dort in ausgiebigerer Weise, als bisher geschehen, die Desinfection von Personen und Sachen vorgenommen werden könne. Zur Benutzung dieses Apparates ist nothwendig, daß dort noch eine oder zwei Buden aufgestellt werden. Die Herzogliche Polizei-Direction hat es nun übernommen, mit der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction wegen Ueber-

lassung zweier Meßbuden in Verbindung zu treten; zu sanitätspolizeilichen Ueberwachungszwecken sind bereits Räume zur Verfügung gestellt, jedoch mußten zu diesem Zwecke noch besondere Vorkehrungen getroffen werden. Fernerweit sind Kosten erwachsen und erwachsen noch dadurch, daß mehrere geeignete Persönlichkeiten ärztlicherseits im Kranken- und Desinfectionsdienst unterwiesen werden. Diese Persönlichkeiten stehen Tag und Nacht der Polizei zur Verfügung, können also irgend eine Beschäftigung anderwärts nicht suchen. Weitere Kosten sind entstanden und werden entstehen aus der Einrichtung und dem Betriebe der Desinfectionsanstalt auf der Schneckenstertzwiese. Gebühren für Benutzung dieser Desinfectionsanstalt werden nicht erhoben. Die Kosten des Betriebes derselben werden der Stadt nur insoweit nicht zur Last fallen, als das Directorium des Herzoglichen Krankenhauses durch Stellung geeigneter Personen zur Ausführung der Desinfectionsarbeiten mitwirkt.

Ferner ist in Ausführung begriffen die Einrichtung einer Hilfsstation in dem vormals Meyer'schen Hause im Langenhof. Dort wird ein Depot von Desinfectionsmitteln eingerichtet, und diese sollen an Unbemittelte unentgeltlich auf Kosten der Stadt verabsolgt werden. Die aus dieser Einrichtung der Hilfsstation erwachsenden Kosten sind verhältnißmäßig nicht sehr erheblich, weil die Mitglieder unserer Bürger- und Turnerfeuerwehr sich den Behörden in jeder Richtung zur Verfügung gestellt und mit Rücksicht darauf, daß sie zum größeren Theile im Samariterdienst ausgebildet sind, sich bereit erklärt haben, Tag und Nacht ständige Wache in diesem Hause zu halten, sowie Desinfectionsmittel zu ver-
ausgaben zc. Auch der Samariterverein hat sich den Behörden jüngst zur Verfügung gestellt. Ferner sind Kosten entstanden daraus, daß der Magistrat beschlossen hat, noch zwei Transportwagen anzuschaffen, dieselben sind leider noch nicht eingetroffen, weil die Fabrik mit Aufträgen überhäuft gewesen ist, sie werden aber bestimmt in nächster Woche hier eintreffen. Wir haben vom Jahre 1884 her noch drei zum Transport von Kranken beschaffte Wagen, welche der Stadt zur Disposition stehen, einer davon hat seinen Platz im Pflegehause, der zweite auf dem Staatsbahnhofe und der dritte wahrscheinlich in diesem Augenblicke schon im Meyer'schen Hause am Langenhofe, oder er wird wenigstens noch heute dahingeschafft werden. Diese Wagen sind der Herzoglichen Polizei-Direction, in deren Händen die ganze Leitung der Vorsichtsmaßregeln liegt, zur Verfügung gestellt worden.

Es ist weiter von uns am heutigen Tage definitiv der Bau einer Baracke mit 40 Betten in Auftrag gegeben. Nach einer vorläufigen Vereinbarung, die vor längerer Zeit vor Herzoglichem Staatsministerium unter Zuziehung der Sanitätsbehörde und der Polizei principieell getroffen wurde, sollten die Baracken in der Nähe des Pflegehauses zur Aufnahme von Cholerafranken eingerichtet

werden. Nachdem nunmehr der Zeitpunkt zur Errichtung gekommen war, ist damit begonnen; es wurde dabei aber von Seiten des Chefarztes des Krankenhauses darauf aufmerksam gemacht, daß die eine Baracke nicht wohl an ihrem gegenwärtigen Standpunkte zur Aufnahme von Cholerafranken geeignet sei und an die Seite der anderen Baracke versetzt werden müßte. Als der Auftrag hierzu erteilt war, stellte es sich heraus, daß die Baracke durch Hagelschlag so gelitten hatte, daß durch ihre Versetzung ebenso viele Kosten entstehen würden, wie durch die Beschaffung einer neuen Baracke. Ferner hatte sich der Anwohner der Pflegehausstraße eine ganz besondere Aufregung bemächtigt, indem dieselben mündlich und schriftlich vorstellig geworden waren, in die dort belegene Baracke keine Cholerafranke aufzunehmen. Von ärztlicher Seite wurde erklärt, daß solche Aufnahme ungefährlich sei, nichtsdestoweniger haben wir aber Veranlassung genommen, noch ein Gutachten des Ober-Sanitäts-Collegiums einzuholen und dieses ist dahin gegangen, daß die Einrichtung solcher Cholera-Baracken an dortiger Stelle ungefährlich sei. Wir haben hiervon aber gleichwohl Abstand genommen, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß die eine der beiden Baracken unbedingt durch eine neue ersetzt werden müsse und haben uns entschlossen, eine neue Baracke zu bauen mit 40 Betten. Das ist nämlich diejenige Maximalzahl an Betten, welche nach der getroffenen Vereinbarung der Stadt zufallen sollte, während für die weitere Zahl die Regierung aufkommen wird. Wir haben diesen Barackenbau heute sofort in Auftrag gegeben. Den Platz für die Baracke haben wir noch nicht festlegen können; wir sind mit dem Herzoglichen Staatsministerium in Unterhandlung getreten wegen Ertheilung der Genehmigung dazu, daß dieselbe in einiger Nähe der staatsseitig aufgestellten Baracke auf dem großen Exercierplatze errichtet werden dürfe. Es sind auch, wie ich noch besonders hervorheben will, die Einrichtungen für diese städtische Baracke nach jeder Richtung hin vollständig vorhanden, so daß wir in dieser Beziehung in keine Verlegenheit kommen. Was die Fertigstellung der Baracke anbelangt, so ist von dem Chef der Städt. Bauverwaltung mitgetheilt worden, daß der Aufbau in 10—14 Tagen beendet sein könne.

Das ist im Wesentlichen dasjenige, was in Bezug auf die Cholera-Gefahr — soweit die Stadt finanziell dabei theilhaftig ist — inzwischen eingerichtet und beschlossen wurde. Die Bürgerschaft darf sich überzeugt halten, daß die Behörden der uns drohenden Gefahr mit dem Ernste gegenüberstehen, den die Situation mit sich bringt, und ich muß im Besonderen der Umsicht, der Ruhe und der Vorsorge Anerkennung zollen, die die Herzogliche Polizei-Direction in dieser Angelegenheit bisher entfaltet hat. Es ist das umsomehr anzuerkennen, als die Polizei-Direction sich dabei in einer schwierigen Lage befindet. Möchte nun aber auch in unserer Bürgerschaft wieder etwas mehr Ruhe sich einleben und möchte namentlich auch die Presse zur Beruhigung, mindestens nicht zur Beunruhigung beitragen. Ich will

noch bemerken, daß nach der Erklärung des Polizei-Directors der erste etwa hier vorkommende Cholerafall auf kürzestem Wege durch die Anschlagssäulen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll."

Herr Nieß ist ganz der Ansicht des Herrn Wolff II., daß sich die Höhe des Credits nicht abmessen lasse und daher ein unbegrenzter Credit gewährt werden müsse. Er sei am Morgen aus Lübeck und Kiel zurückgekommen und habe, da die Verhältnisse ihn in eine Gegend geführt haben, welche von der Cholera heimgesucht werde, die ganze Unruhe mit durchgemacht. Am hiesigen Orte seien die Verwaltungsbehörden, begünstigt durch den Umstand, daß die Cholera hier noch nicht aufgetreten, in der Lage, geeignete Vorkehrungen zu treffen. In den Zeitungen von Lübeck, Kiel u. mache man der Hamburger Regierung außerordentlich schwere Vorwürfe, welche in den Hamburger Blättern keine Aufnahme finden. Die Einrichtungen seien dort nach diesen Berichten unter aller Kritik. So habe z. B. der Senator Dr. Hackmann selbst zugestanden, daß für den ganzen Bezirk von Hamburg nur vier Krankentransportwagen mit sechs Bedienungsmannschaften vorhanden gewesen seien und das für eine Stadt von 600 000 Einwohnern; ferner daß die Verhandlungen über die Maßregeln gegen die Cholera 5 Tage gedauert haben und die Seuche sich inzwischen habe ausdehnen können. Der Ober-Inspector der Sanitätsbehörde solle seinen Wohnsitz einige Stunden von der Stadt haben und täglich nur auf einige Stunden nach Hamburg kommen. Wenn die Seuche an irgend einem Orte wirklich auftrete, so werde aber jede Maßregel von allen Seiten auseinander gezerrt und das denkbar Ungünstigste davon gesagt: dieselbe Kritik werde in solchem Falle auch hier geübt werden an allen Zuständen, namentlich hinsichtlich der noch mangelnden Canalisation in einigen Straßen, bezüglich des schlechten Wassers u. Darum spreche er die Hoffnung aus, daß die hiesige Stadt mit Ruhe und Besonnenheit der Gefahr entgegentrete. Schließlich werde Alles, was in gesundheitlicher Beziehung etwa mangelhaft sei, der Behörde in die Schuhe geschoben. Treffe die Cholera z. B. die Höfenstraße, so könne man versichert sein, daß an dem ganzen Magistrate kein gutes Haar bleibe. Die Taktik, die Straßen liegen zu lassen, sei für die Geldmittel der Stadt allerdings ganz angemessen, weil die Anwohner schließlich mürbe werden. Er habe außer der Höfenstraße schon früher noch mehrere solcher Straßen bezeichnet; es sei aber nichts geschehen. Werde eine solche Straße aber etwa von der Cholera befallen, dann könne man erleben, was der Stadtverwaltung Alles vorgeworfen werde und würden die Stadtverordneten ihren Theil auch mit abkriegen. Es scheine fast, als ob dieses Mal die Furcht vor der Cholera viel größer sei, als früher, trotzdem jetzt so eingehende Belehrung über das Wesen derselben gegeben sei. Dankbar erkenne er die von der Stadt zur Abwehr der Seuche unternommenen Schritte — wie sie der Herr Oberbürgermeister soeben mitgetheilt habe — an, denn es beruhige nichts mehr, als

wenn die Bevölkerung wisse, daß Alles geschehen sei und man mit Ruhe der weiteren Entwicklung der Sache entgegensehen dürfe. Schließlich bitte er noch, keine Maßregel, welche zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen könne, zu verabsäumen.

Herr Wilke möchte bitten, wenn dem Magistrate einmal eine unbegrenzte Summe zur Verfügung gestellt werde, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht nothwendig sei, an den Gossen der Straßen Wasserpfeifen aufzustellen, mit welchen die Gossen der Stadt in der heißen Jahreszeit zweimal und sonst einmal täglich gespült werden können. Eine derartige Einrichtung finde sich in anderen Städten, wie Magdeburg, Hannover zc. ebenfalls, da die Hydranten diesem Zwecke nicht genügen.

Herr Weber stimmt ebenfalls dafür, daß dem Magistrat ein unbeschränkter Credit bewilligt werde. Bei dieser Gelegenheit wolle er sich die Anfrage erlauben, welche Functionen eigentlich der hiesige Gesundheitsrath, in den auch die Versammlung drei Mitglieder wähle, auszuüben habe. Die am 8. Januar 1891 gewählten Mitglieder seien bislang in keinerlei Weise in Thätigkeit getreten, man müsse aber doch annehmen, daß der Gesundheitsrath wenigstens bei Ausnahmefällen, wie ein solcher jetzt vorliege, zusammenberufen werde. Wenn die Heimsuchung auch hoffentlich der Stadt Braunschweig erspart bleibe, so hätte aber doch in so schwerer Zeit der Gesundheitsrath wenigstens irgend etwas thun können. Es sei ja sehr schön, einer solchen Körperschaft anzugehören, wenn man der damit übernommenen Pflicht voll und ganz genügen könne; sofern der Gesundheitsrath aber nur auf dem Papiere stehe, erscheine es ihm nichts weniger als erhebend, ihm anzugehören. Er möchte darum wissen, weshalb man den Gesundheitsrath wähle und wann derselbe in Thätigkeit zu treten habe.

Herr Hauswaldt will bei dieser Gelegenheit zwei Bitten an den Magistrat richten. Einmal handle es sich hierbei um die Aufstellung des Desinfectionsapparates auf der Schneckenstertzwiese. Die Anwohner der Hennebergstraße zc. seien darüber in großer Noth und hoffen wenigstens, daß die zu desinficirenden Gegenstände nicht in offenen Bündeln zu dem Apparate getragen werden. Zu dem Transporte solcher Gegenstände sei jetzt nur ein kleiner Wagen — ähnlich den zum Transporte von Journalen benutzten Wagen — vorhanden, welcher in einer durchaus nicht dichten Bretterbude stehe, während die Unterbringung desselben in einem möglichst luftdicht verschlossenen Raume im Interesse der Nachbarschaft erforderlich sein solle. Er gebe daher anheim, einen geeigneteren Unterkunftsschuppen herstellen zu lassen und noch einen zweiten oder sogar dritten Transportwagen, der vielleicht durch ein Pferd gezogen werden könne, zu beschaffen. Diese Wagen müßten so groß sein, daß auch Matratzen und derartige größere Gegenstände in demselben Platz fänden und verschlossen über die Straße geschafft werden könnten.

Sodann möchte er fragen, ob es nicht möglich sei, die Einfallschächte, welche die Himmelswässer von den Chausseen, besonders der Wolfenbüttlerstraße aufnehmen, besser zu verschließen, sie vielleicht mit Wasser zu füllen und auch zu desinficiren. Diese Einfallschächte strömen auf der Wolfenbüttlerstraße einen ganz entsetzlichen Geruch aus, welcher sich besonders steigere, wenn der Westwind in den Canal am Augustthore fahre und die Luft aus den Schächten hinausdrücke. Wenn die Polizei verlange, daß die hiesigen Bewohner ihre Kellerlöcher desinficiren, so erscheine ihm eine Desinfection der Einfallschächte noch viel nothwendiger.

Herr Rieke ist sich zweifelhaft darüber, ob die Vorkehrungen der Herzoglichen Polizei-Direction eigentlich nützen oder schaden. Er sei am Abende vorher nur eine kleine Strecke durch die Stadt gegangen und habe dabei mindestens 20 sogenannte „Geburstage“ gesehen, welche den ganzen Stadttheil verpesteten. Man solle doch wenigstens dafür sorgen, daß der aus den Häusern geschaffte Unrath desinficirt, oder wie in anderen Städten durch Röhren von dem Aborte in einen geschlossenen Wagen geschafft werde, wenn man nicht vorziehe, den Kram vorläufig überhaupt noch liegen zu lassen. Außerdem halte er dafür, daß der faule Graben an der Kaiserstraße und dem Werder einmal aufgestacht würde, weil derselbe, wie seine nähere und weitere Umgebung bezeugen werde, einen entsetzlichen Gestank verbreite. Sodann wolle er die Canalbau-Deputation darauf aufmerksam machen, daß die neuen Canäle noch mehr stinken als die alten. Zweckmäßig möchte es sein, wenn bei starkem Regen die Canalverschlüsse von dem Wasser umgangen werden könnten, damit dasselbe sofort abzufließen vermöge und hierdurch auch Ueberschwemmungen verhütet würden. Beispielsweise habe der neue Canal in der Mauernstraße während der kurzen Zeit vier Mal Ueberschwemmungen geliefert und dabei einen furchtbaren Geruch verbreitet, trotzdem derselbe durch die vielen reinen Abwässer der Müller'schen Brennerei immer gut gespült werde. Am allerschlimmsten stinke aber der Canal auf dem Schilde in der Nähe des Stoot'schen und Brandt'schen Hauses, woselbst man schon jahrelang über den fürchterlichen Geruch des Canals klage. Eine öftere gründliche Durchspülung der Canäle sei daher durchaus erforderlich. Jedenfalls empfehle es sich, auch diesen Dingen eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, damit sie nicht zur Verbreitung von Seuchen beitragen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels sagt eine ernstliche Erwägung der zum Ausdruck gebrachten Wünsche zu. Was nun zunächst die Anfrage des Herrn Weber anlange, zu welchem Zwecke eigentlich der Gesundheitsrath bestehe, so sei er nicht in der Lage, darauf eine Antwort ertheilen zu können, weil der Gesundheitsrath keine Institution sei, welche mit der Stadtverwaltung im Zusammenhange stehe. Es sei das eine freie beratende Körperschaft, die unter dem Voritze des Herrn Polizei-Directors zusammentrete, sobald das Bedürfniß dazu von Seiten des Vorsitzenden

oder eines einzelnen Mitgliedes erkannt werde. Nun sei ihm bekannt geworden, daß, als vor längeren Wochen in seiner Abwesenheit die ersten Vereinbarungen wegen der Bekämpfung der Cholera getroffen seien, man den Gesundheitsrath in seiner Gesamtheit nicht, wohl aber die ärztlichen Mitglieder desselben zu den Berathungen zugezogen habe. Als dann die sämmtlichen Dispositionen auf diese Weise getroffen seien, habe man sich hinterher mit Recht gesagt, daß eine Zusammenberufung des ganzen Gesundheitsrathes nun nichts mehr nützen könne, zumal da außerdem das im Jahre 1884 gesammelte einschlägige Material noch vollständig vorliege und benutzt werden könne.

In Beziehung auf das, was Herr Niese gegen die von der Polizei geforderte Ausbringung der Mistgruben vorgebracht habe, könne er erklären, daß nach der übereinstimmenden Ansicht aller Sachverständigen es ein Haupterforderniß sei, vor dem Ausbruche der Cholera Alles aus den Gruben herauszubringen und sie dann zu desinficiren, während nach dem etwaigen Ausbruche der Seuche Alles liegen bleiben müsse. — Von Herrn Niese sei dann ferner hervorgehoben, daß die Entwässerungs-canäle nicht gehörig functionirten und einen üblen Geruch verbreiteten, sowie daß eine öftere Spülung der Canäle empfehlenswerth sein möchte. Die Ausführbarkeit dieser Anregung werde er prüfen, wenn er persönlich auch bezweifle, daß sich in der Richtung viel werde machen lassen, weil die Stadt augenblicklich in einer ganz außergewöhnlich wasserarmen Zeit lebe. Denn während man sonst in einer Secunde 18 cbm Wasserzufluß gehabt habe, betrage derselbe zur Zeit nur 1 cbm. Wollte man jetzt also oftmalige gründliche Spülungen vornehmen, und außerdem noch die Oker, behufs Erneuerung des Wassers ablassen, so werde sofort ein starker Wassermangel eintreten und das Okerbett mehrere Tage trocken gelegt werden. Nach den Untersuchungen der technischen städtischen Beamten würde ein Zeitraum von vier Tagen erforderlich sein, um das Okerbett wieder zu füllen, während die Okergräben in der Zwischenzeit vollständig leer sein und einen argen Geruch verbreiten würden. Er wolle aber trotzdem versuchen, ob mit einer gewissen Beschränkung die Spülung der Canäle in der jetzigen wasserarmen Zeit zu ermöglichen sei. Ob eine Desinfection der Einfallschächte durch Bestreuen mit Chemikalien sich wirksam durchführen lasse, erscheine ihm zweifelhaft und möchte er demgegenüber lieber den Anliegern anheimgeben, selbst einmal einen Eimer Wasser auf solchen Schacht zur Wiederherstellung des Verschlusses gießen zu lassen, dann sei die Sache in Ordnung.

Herr Niese möchte noch der Ansicht entgegentreten, daß nicht sämmtliche Aborte gesäubert werden müßten, weil dieses Reinigungsgeßäft Gestank verursache. Die Ausbringung der Mistgruben sei durchaus nothwendig und der dadurch verursachte schlechte Geruch sei insofern nicht gesundheitschädlich, als Niemand davon sterbe. Die als Reste aus früherer Zeit anzusehenden offenen Canäle vom Lessingplatz bis zur Stobenbrücke und vom Hagenmarke bis zur Bammelsburgerstraße

müßten, wie er schon früher angeregt habe, canalisirt werden und sei dieses bislang unterlassen, weil einzelne Anwohner sich unbotmäßig gezeigt hätten. Gegenüber diesem Verfahren wolle er nur den Wunsch ausdrücken, daß es der Stadt beschieden sei, an dieser Stelle nichts zu erleben, denn wenn sich dort Seuchenherde bilden sollten, werde es über die Stadtverwaltung schlimm hergehen. Der letzten Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters gegenüber bemerke er, daß er es nicht für richtig halte, sich darauf zu verlassen, daß der Eine oder Andere zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse selbst etwas thun solle. Wenn es gelte, einer Gefahr, wie der vorliegenden entgegenzutreten, dann müsse planmäßig von bestimmten Grundsätzen aus verfahren werden und nicht dem Einzelnen etwas überlassen bleiben. Was den Gesundheitsrath anbetreffe, so möchte er mittheilen, daß er jahrelang Mitglied desselben gewesen sei und die erste Gelegenheit wahrgenommen habe, um sich aus dieser Körperschaft zu entfernen. Das sei ein todtgeborenes Kind, welches wohl einen schönen Namen und unter Umständen auch eine gewisse Verantwortlichkeit trage, aber sonst nichts zu bestellen habe. Der Gesundheitsrath habe weder auf die Stadtverwaltung, noch auf die Polizeiverwaltung bestimmenden Einfluß, er könne wohl einmal einen Rath geben, müsse aber warten, ob derselbe auch befolgt werde. Er habe selbst erlebt, daß einem dieser Körperschaft angehörnden Arzte, welcher einmal anderer Meinung gewesen sei, gesagt worden: Es werde ihm schon gezeigt werden, was er zu thun hätte. Die von dem Herrn Oberbürgermeister vorhin mitgetheilten Anordnungen und Vorkehrungsmaßregeln seien geeignet, zu beruhigen, aber von dem Gesundheitsrathe solle man nichts erwarten.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß die Aeußerungen des Herrn Nieß den Anschein erwecken könnten, als ob er derjenige wäre, welcher alle möglichen Mißstände angeregt, aber damit kein Gehör gefunden habe, der allein und ohne Erfolg auf angebliche Mißstände hingewiesen habe, ohne damit durchzudringen. Dieser Glaube, den Herr Nieß selbst wohl nicht haben werde, welchen man aber aus seinen Aeußerungen leicht entnehmen könne, setze indessen voraus, daß sich solche Mißstände in einigen Wochen oder Tagen beseitigen lassen, während, wie Jeder wisse, Jahre dazu gehören, um eine ungesunde Stadt in eine gesunde zu verwandeln. Wer die hier gepflogenen Verhandlungen kenne, der wisse, daß Stadtverordnete und Magistrat weder Mühe noch Mittel gescheut haben, um vorhandene Mißstände zu beseitigen. Daß dieses nicht immer in kurzer Zeit nur auf die Anregung eines Stadtverordneten hin geschehen könne, lasse sich auf verschiedene Ursachen zurückführen, denn einmal sei der vermeintliche Mißstand von der Versammlung vielleicht nicht als so dringlich anerkannt und andererseits lasse sich auch nicht Alles auf ein Mal erledigen. Jedenfalls sei dieses kein Grund, hier vorwurfsvoll zu erklären, daß die von einem Stadtverordneten angeführten Mißstände nicht beseitigt seien, denn an Stelle derselben habe man vielleicht

größere beseitigt. Braunschweig sei wohl nicht als eine Musterstadt zu betrachten, aber dennoch habe man Alles gethan, um die Stadt in gesundheitlicher Beziehung zu heben und deshalb sei auch Niemand berechtigt, der Stadtverwaltung einen Vorwurf zu machen. (Beifall.) Wenn Braunschweig die Cholera erhalten sollte, so müßte sie ertragen werden, wie andere Schickungen, jedoch werde man ihr nicht kopflos gegenüber stehen und die Ruhe nicht verlieren. Die vernünftigen Bürger werden Niemandem — weder den städtischen Behörden, noch einem einzelnen Mitgliede derselben — einen Vorwurf machen, wenn sich einmal ein Mißstand herausstellen sollte und die Schimpfereien einer urtheilslosen Menge würden wohl Jedem gleichgültig sein. Jeder, der überhaupt ein Urtheil besitze, werde anerkennen müssen, daß in den letzten Jahren von den Behörden sehr viel geschehen sei, während man andererseits auf die Meinung der urtheilslosen Leute nichts zu geben brauche. (Beifall.)

Herr U h d e kann mittheilen, daß er als Mitglied der Canalbau-Deputation täglich die Canalarbeiten besonders an der Wendensstraße, dem Mickelnfulke zc. besichtige und controlire und bei dieser Gelegenheit von den Parlicern und Meistern gehört habe, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter so günstig sei, wie in keinem Jahre vorher. Außerdem vermöge er aus eigener Anschauung zu sagen, daß überall da, wo Canäle offen zu Tage liegen, täglich mehrere Male desinficirt werde und daß man die Anschlußarbeiten derartig fördere, um die Anschlüsse an die Häuser der Kaiserstraße binnen kürzester Frist fertigzustellen. Die Kaiserstraße werde also die Vortheile der Canalisirung bald voll und ganz genießen. Wie es mit den offenen Gräben hinter der Reichenstraße und dem Waisenhausse aussehe, wisse er nicht, jedoch glaube er, daß dieselben sich der städtischen Verwaltung entziehen, weil es sich bei ihnen um einen öffentlichen Flußlauf handle. Immerhin wäre es wohl ganz praktisch, an zuständiger Stelle einmal anzufragen, in welchem Stadium sich die Canalisationsfrage befinde.

Herr Weber kann sich mit der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters hinsichtlich des Gesundheitsrathes nicht befriedigt erklären. Wenn die Versammlung Mitglieder in denselben wähle, so müßten diese bei Gelegenheit auch mit einberufen werden. Außerdem wolle es ihm auch scheinen, daß die Bestimmungen aus dem Jahre 1884 heute nicht mehr so ganz und gar maßgebend sein können.

Der Herr Vorsitzende theilt berichtend mit, daß die Versammlung nur drei Mitglieder in den Gesundheitsrath zu wählen, im Uebrigen aber dort nichts einzuwirken habe. Herrn Weber könne nur anheimgegeben werden, sich an den Vorsitzenden desselben mit der Bitte zu wenden, die Körperschaft einmal einzuberufen.

Herr Günther: Das Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters werde in der Bürgerschaft jedenfalls großen Beifall finden. Es sei richtig, daß in früheren

Jahren hier viel gesündigt worden und man an den Sünden der Väter noch lange zu tragen haben werde. Bezüglich der in Aussicht genommenen Maßnahmen wolle er sich noch einige Vorschläge erlauben. Wenn die Epidemie hier eine größere Ausdehnung finden sollte, so seien 4 Kranken-Transportwagen zu wenig und müßten darum noch einige Wagen, oder aber für den Nothfall noch Tragkörbe angeschafft werden. Sodann erscheine es nöthig, bestimmte Stellen festzusetzen, an welchen die Meldungen von Erkrankungen anzubringen seien. An diesen Stellen müßten fortwährend Aerzte stationirt sein, welche zu den Kranken geholt werden könnten; es handle sich also um die Einrichtung von Nachtwachen. — Was nun die Verhältnisse in der Stadt betreffe, so müsse er Beschwerde führen über die Canalgerüche. In der Kannengießerstraße verspüre man z. B. fast zu jeder Tageszeit einen so entsetzlichen Gestank, daß eine Aenderung getroffen werden müßte. Hinsichtlich der Wasserverhältnisse möchten die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zutreffend sein; daß sich die Stadt in einer Wassercalamität befinde und daher möglichste Sparsamkeit am Plage sei. Aufgefallen sei es ihm seit einigen Tagen, daß von den Wasserfiltern im Bürgerparke ein Geruch wie von frischer Wäsche ausströme; es möchte sich daher empfehlen, daß dieferhalb eine Untersuchung angestellt würde. Möglicherweise rühre dieser Geruch von dem schnelleren Zuflusse des Wassers her, was sich wohl leicht feststellen lasse. — Was den Gesundheitsrath anlange, so könne sich Herr Weber beruhigen; es gehe den Mitgliedern desselben ebenso, wie denjenigen der Quartierbehörde, welche auch nicht in Function zu treten haben.

Herr Bültmann will eines Uebelstandes auf dem Leonhardsplatze Erwähnung thun. Es werden nämlich dort täglich Betten und Teppiche ausgeklopft und gesonnt und empfehle es sich, daß der Magistrat als Besitzer des Platzes diesen zu Zeiten von Epidemien gefährlichen Unfug verbiete.

Herr Wille möchte mittheilen, daß er mit Herrn Blasius in den Gesundheitsrath gewählt sei und es nicht an ihnen liege, wenn sie nicht in Function treten. Er bitte, das nächste Mal Herrn Weber in denselben zu wählen.

Herr Stadtrath Meyer will feststellen, daß die Quartierbehörde vor zwei Monaten einmal zusammenberufen sei und nachher ein Bedürfniß zu einer nochmaligen Einberufung nicht vorgelegen habe.

Herr Weber giebt Herrn Wille gegenüber bekannt, daß er ebenfalls zu den von der Versammlung gewählten Mitgliedern des Gesundheitsrathes gehöre.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt noch ergänzend mit, daß die von Herrn Günther gewünschte Meldestelle in dem Meyer'schen Hause am Langenhofe errichtet werde und daß bei dem etwaigen Ausbruche der Cholera an dieser Meldestelle auch ständig ärztliche Hülfe zu haben sein werde.

Herr Schumburg möchte sich die Anfrage erlauben, ob der Magistrat hinsichtlich des Laufes der Oker hinter der Mäsch etwas veranlassen könne. Die Anwohner leiden unter dem ausströmenden Dunste ganz erheblich und haben auch bereits zu öfteren Malen Beschwerde darüber geführt. Es sei erforderlich, diesem Uebelstande durch die Herbeiführung eines schnelleren Wasserlaufes wenigstens bis zur Dölper Schleuse zu steuern.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß dieses nicht Sache des Magistrates sei. Wenn der Oker ein schnellerer Lauf beigelegt werden solle, so müsse eine Correction derselben bis in das Preussische hinein erfolgen. Das Wasser jetzt abzulassen, sei, wie schon erwähnt, unmöglich, weil es an dem erforderlichen Zuflusse fehle und die Stadt das vorhandene Wasser behalten müsse.

Herr Fiedel will der Straßenreinigungs-Deputation empfehlen, in jetziger Zeit die Anzahl der Straßenreiniger zu vermehren, weil eine gründliche Reinigung der Straßen mit Rücksicht auf die starke Abfuhr der Abortgruben durchaus nothwendig sei und man vor den hierdurch entstehenden Kosten nicht zurückschrecken dürfe.

Bei der nun folgenden Abstimmung bewilligt die Versammlung dem Magistrate zur Abwehr und eventuellen Bekämpfung der Cholera einen Stadtcassenercredit in unbegrenzter Höhe.

XXII. Selbstst. Antrag des Herrn N i e ß auf Einbeziehung verschiedener Straßen in den Bezirk der Kehrichtabfuhr.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle genehmigen, daß

- a. auf der Kreuzstraße, jenseits der Kleinen Kreuzstraße,
- b. auf dem Madamenwege jenseits der Landeseisenbahn

die Abfuhr des Kehrichts städtischerseits vorgenommen und

- c. der Madamenweg, soweit er gepflastert ist, in den Kehrichtbezirk eingezogen werde.“

Herr N i e ß will zur Begründung nur anführen, daß im Interesse der Erzielung möglicher Reinlichkeit die Einbeziehung der erwähnten Straßen in den Abfuhrbezirk wünschenswert erscheine.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann mittheilen, daß die Anlieger der betr. Straßen sich mit Anträgen auf Abfuhr des Hauskehrichts an den Magistrat gewandt haben, die Reinigungs-Deputation aber habe erklären müssen, daß sie jetzt nicht in der Lage sei, dem Antrage zu willfahren, weil die Straßen noch nicht ausgebaut seien und dieselben sonst auch vielen anderen, in gleicher Lage befindlichen Straßen gegenüber bevorzugt werden würden, was nur zu Beschwerden führen könne. Alle solche Straßen in den Kehrichtbezirk einzubeziehen, sei aber

für jetzt noch unmöglich. Für die Anlieger möchte es allerdings keine Unannehmlichkeit sein, die in ihren Höfen seit längerer Zeit zusammengescharrten Unrathmassen jetzt mit einem Male wegen der drohenden Cholera-gefahr fortschaffen zu müssen, aber andererseits sei auch die Stadt nicht dafür verantwortlich zu machen, daß die betr. Anlieger früher sich regellos angebaut hätten und nun gezwungen seien, das früher Versäumte nachzuholen. Die Stadt fahre jetzt allerdings den größten Theil des Hauskehrichts von den Grundstücken ab und thue auf diesem Gebiete mehr, als manche andere Großstadt, wie z. B. Berlin, woselbst jeder Hauseigenthümer selbst für die Beseitigung des Unraths zu sorgen habe, aber hier lasse sich zur Zeit, selbst bei einem befürwortenden Beschlusse der Versammlung, nicht helfend eingreifen, weil erst noch Pferde und Wagen angeschafft werden müßten.

Herr Halle kann diese Angaben nur bestätigen. Wenn die Abfuhr auf allen noch nicht fertiggestellten Straßen bewirkt werden sollte, so müßten eine ganze Menge von Straßen noch berücksichtigt werden und das sei augenblicklich nicht auszuführen.

Herr Reiche will erwähnen, daß er von den Anwohnern der Spinnerstraße und des nördlichen Theiles der Cellerstraße ersucht sei, für die Einbeziehung derselben in die Kehrichtabfuhr zu wirken, daß er denselben jedoch anheimgegeben habe, sich dieserhalb mit einer Eingabe an den Magistrat zu wenden, da sich die Sache auf diesem Wege am besten regeln lasse.

Der Antrag des Herrn Rieß wird darauf von der Versammlung abgelehnt.

Schließlich bringt Herr Riecke noch zur Sprache, daß es in dem neuen Versammlungsraume fürchterlich schalle und man nur sehr mangelhaft die Redner vernehmen könne. Es thue deshalb eine Abhilfe dringend noth, denn von selber werde es sich wohl nicht ändern. Vielleicht lasse sich eine Besserung durch anderweite Anordnung der Sitzplätze, oder durch Abschließung der Rische erzielen. Vor allen Dingen solle man aber darauf Rücksicht nehmen, daß in dem Berathungs-saale des neuen Stadthauses nicht solche Fehler vorkommen.

Der Herr Vorsitzende kann hierzu aus eigener Erfahrung mittheilen, daß es auch am Redner mit liege, wenn er schlecht verstanden werde. Es möchte darum jeder Redner auszuprobiren suchen, wie er sprechen müsse, um für Jedermann verständlich zu sein. Namentlich empfehle es sich, nicht geradeaus, sondern nach einer Ecke des Zimmers zu sprechen. Wenn der Herr Oberbürgermeister einmal mit dem Stadtbaurath Winter Rücksprache nehmen wolle, so werde wohl bis zur nächsten Sitzung eine Aenderung getroffen werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwähnt, daß er sich bereits zu Beginn der Sitzung vorgenommen habe, Herrn Stadtbaurath Winter dieserhalb in Rath zu nehmen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung beschließt die Versammlung, die feste Anstellung des Marstall-Verwalters Bertram, der Straßenreinigungs-Aufseher Kortegast, Runge und Burgdorf, sowie des Bautechnikers Lehmann als technischer Hilfsbeamter beim Canalbau zu genehmigen. Außerdem wird an Stelle des freiwillig ausscheidenden Hof-Samenhändlers L. Markworth der Samenhändler Aug. Scholkemeyer zum Mitgliede der für die Feldmark Hagen gebildeten Commission zur Ueberwachung der Ausführung des Statuts N. 30 vom 3. October 1879, betr. die Vertilgung des Franzosenkrautes, gewählt und ein Gesuch des Tischler Mette'schen Ehepaares um Erlaß einer Abgabe zur Armencaffe abgelehnt. Nachdem sodann noch die schon früher zur Sprache gebrachte Steuerveranlagung eines hiesigen Einwohners erörtert war, wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. September 1892.

Öffentlich:

I. Abänderung der §§ 7—11 des Ortsbaustatuts	Seite 218
II. Festsetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze	" 221
III. Gasrohr-Legung in der Ackerstraße	" 223
IV. Miethentuschädigung für einen Polizeibeamten	" 224
V. Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter am Hagenmarkt	" 224
VI. Selbst. Antrag des Herrn Reich e auf Canalisirung der Höfenstraße	" 227
VII. Verwendung des Ueberschusses der Kreis-Communalcasse	" 227
VIII. Schulhausbau am Hohenflege	" 228
IX. Verwendung eines Geschenkes von 5000 M zur Vinderung etwaiger Cholera- noth.	" 231
X. Canalisationseinrichtungen auf der Straße „hintern lieben Frauen“.	" 231
XI. Baulinie am Damme und im Kattreppekn	" 232
XII. Erweiterung des Central-Friedhofes	" 232
XIII. Cession einer Hypothek	" 233
XIV. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen u.	" 235
XV. Canal-Legung an der Körnerstraße	" 236
XVI. Anschaffung eines Göpels zum Betriebe einer größeren Häcksel-Schneide- maschine	" 237
XVII. Canalisirung einer Strecke der Marienstraße	" 237

XVIII.	Erwerb von Straßenflächen am Königstiege	Seite 237
XIX.	Belegung des Verbindungsweges zwischen Friesenstraße und Sandweg mit Gas- und Wasserleitung	" 238
XX.	Canalisation der westlichen Theilstrecke des Madamenweges	" 238
XXI.	Zwangsenteignung von Grundflächen an der Reichen- und Kaiserstraße	" 238
XXII.	Selbst. Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oser-Verunreinigungen	" 239
XXIII.	Desgl. auf Canalisation eines offenen Oserarmes	" 239
XXIV.	Desgl. auf Abbruch der alten Husarenkälle und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes	" 240
XXV.	Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Beschaffenheit der Desinfectionsanstalt zc.	" 240
XXVI.	Desgl. wegen des Standes der Vorarbeiten zur Gewinnung guten Trinkwassers	" 242
XXVII.	Selbst. Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen	" 243
XXVIII.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Neuregelung des Nachtwachwesens	" 243
XXIX.	Selbst. Antrag des Herrn Hauswaldt auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis	" 245
XXX.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Beschaffung guten Trinkwassers durch eine auswärtige Gesellschaft	" 246
XXXI.	Anfrage des Herrn Lange wegen der Reconstruction der Thurmuhren	" 247

Vertraulich:

Anfrage des Herrn Gütther wegen der Diphtheritis-Epidemie	" 247
Niedererschlagung einer Abgabe	" 248
Anstellung eines Schlachthaus-Thierarztes	" 248
Wahl von Armenpflegern zc.	" 248
Gemeindesteuer-Reclamationen (Verzeichniß III von 1892)	" 248

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister. Später erscheint noch Herr Stadtrath Kamdohr.

Entschuldigt die Herren Brückmann und Jasper.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, wird in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten.

I. Abänderung der §§. 7—11 des Ortsbaustatuts.

Die frühere Magistratsvorlage, betr. die bessere Befestigung der Fußwege auf den Ortsstraßen wurde von der Statutencommission beanstandet, weil es zweifel-

haft erschien, ob auf Grund der Vorschrift im §. 12 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 eine Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Belegung der Fußwege mit Platten und dgl. rechtlich zulässig sei. Dieser Zweifel ist durch das inzwischen auf Ersuchen des Magistrates erlassene Landesgesetz Nr. 21 vom 15. Juni 1892 gehoben und es erscheint nunmehr dem Magistrate angezeigt, mit der von der Versammlung schon früher angeregten besseren Befestigung der Fußwege vorzugehen. Durch das bezeichnete Gesetz ist es gleichzeitig für zulässig erklärt, zu den Kosten des Ausbaues der Ortsstraßen die anliegenden Grundstücke auch dann heranzuziehen, wenn sie bereits bebaut sind und ist der Magistrat der Ansicht, daß diese Heranziehung zu geschehen habe, weil der ordnungsmäßige Ausbau einer Straße allen anliegenden Grundstücken zu Gute komme. Da sich nun ferner das Bedürfnis herausgestellt hat, die §§. 7—11 des Ortsbaustatuts noch in einigen anderen Beziehungen zu ändern, so ersucht der Magistrat, der von ihm in Vorschlag gebrachten Aenderung dieser Bestimmungen zuzustimmen.

Wie Herr Rudeloff berichtet, hat die Statutencommission sich eingehend mit dem vom Magistrate vorgelegten Statutentwurf beschäftigt und ist auf Grund ihrer Beratungen zu dem Beschlusse gelangt, den Entwurf mit wenigen Ergänzungen, bezw. Abänderungen zur Annahme zu empfehlen. Durch die neue Fassung des §. 12 der Landesbauordnung sei eine Aenderung insofern eingetreten, als früher die angrenzenden Grundstücke zu den Straßenbaukosten erst dann hätten herangezogen werden können, wenn sie bebaut worden, während es jetzt mit einer im neuen Gesetze gegebenen Einschränkung möglich sei, auch die Eigenthümer der bereits bebauten Grundstücke zu den Kosten heranzuziehen. Die seitens der Staatsbehörden vorgenommene authentische Interpretation des Gesetzes beziehe sich auf die Tragung der Kosten für die Befestigung der Fußwege. Bei den früheren Verhandlungen seien Zweifel entstanden, ob es möglich wäre, auf Grund der bestehenden Bestimmungen des Ortsbaustatuts die Anlieger zu solchen Kosten heranzuziehen, weil dort nur von einer Verpflichtung zur Unterhaltung der Fußwege die Rede sei und es zweifelhaft erscheine, ob hierzu auch die Befestigung gehöre. Nachdem nunmehr in dem Gesetze gesagt worden, daß der Unterhaltung der Fußwege auch die Besserung und Befestigung derselben gleichzustellen sei, könne unbedenklich zu der Herausgabe des Statuts geschritten werden. — Zu dem Entwurfe selbst übergehend, habe die Statutencommission zunächst zu bemerken, daß es ihr einigermaßen zweifelhaft vorgekommen sei, ob man, da die Landes-Bauordnung eine Erklärung des Begriffs „Ortsstraßen“ nicht enthalte, in dem Statut eine solche Erklärung dieses Begriffes vornehmen solle. Um etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen, schlage die Commission vor, im §. 7 des Entwurfs die Worte „im Sinne dieses Statuts“ einzuschalten, so daß der §. 7 nunmehr laute:

„Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen (d. s. im Sinne dieses Statuts die im §. 4 unter A bezeichneten Wege, Straßen und Plätze) sind vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen von der Stadt zu zahlen.“

Zu dem Inhalte des §. 8 wolle er bemerken, daß durch denselben die angrenzenden Grundstücke in Ansehung ihrer ganzen Frontlänge kostenpflichtig gemacht werden, während sich früher das Herzogliche Staatsministerium bei verschiedenen Entscheidungen auf einen entgegengesetzten Standpunkt gestellt und die Grundstücke nur mit der Frontlänge der auf denselben errichteten Gebäude als kostenpflichtig erachtet habe. Hieraus seien indessen mancherlei Schwierigkeiten entstanden, welche durch die Fassung des vorliegenden Statuts Beseitigung fänden. Den Eingang des zweiten Absatzes von Punkt 2 des §. 8 wünsche die Commission wie folgt gefaßt zu sehen:

„Ist der Ausbau einer Ortsstraße zur Zeit des Erlasses dieses Statuts beendet, so sind die angrenzenden bebauten Grundstücke, soweit sie bisher beitragsfrei waren, auch ferner von Beiträgen befreit, werden jedoch, und zwar gleichfalls in Ansehung ihrer ganzen Frontlänge, kostenpflichtig, wenn sie neu bebaut werden;“

Die Bestimmung, nach welcher die Anlieger zur Tragung der Kosten für bessere Befestigung der Fußwege verpflichtet sein sollen, lasse sich sehr wohl rechtfertigen, zumal da die hiesigen Grundstücke bei den heutigen Conjunctionen solche Kosten zu tragen vermögen und hierdurch auch die bisherige Ungleichmäßigkeit hinsichtlich der Behandlung der Anlieger der Innenstadt und der Außenstadt beseitigt werde. Bezüglich der neuen Art und Weise der Fußweg-Befestigung, sei vom Magistrate eine besondere Vorlage in Aussicht gestellt. Es werden sich die von den Anliegern zu tragenden Kosten der Fußweg-Befestigung ungefähr auf 10 M für das Meter stellen.

Die in Vorschlag gebrachte Fassung des §. 9, Punkt 2 wünsche die Commission Eingang in folgendem Wortlaute angenommen zu sehen:

„2. Der Beitrag des einzelnen Grundstücks zu den Kosten der Belegung der Fußwege einer Ortsstraße mit Platten und dergleichen (§. 8 A. II) ist gleich demjenigen Theilbetrage der hierdurch erwachsenden Gesamtkosten, welcher dem Verhältnisse der Frontlänge des einzelnen Grundstücks zu der gesammten Straßenfrontlänge entspricht. . . .“

Von der Commission werde die magistratsseitig in den §. 10 neu aufgenommene Bestimmung, nach welcher die Kosten bei Straßenkreuzungen den Anliegern der beiden Straßen zur Last fallen, sofern beide Straßen gleichzeitig ausgebaut werden, anderenfalls aber der zuerst angelegten Straße, ebenfalls für zweckmäßig gehalten, weil man bei Anlage solcher Kreuzung eventuell noch gar

nicht wisse, ob und wann die zweite Straße angelegt werde und außerdem auch eine etwaige Zurückzahlung von früher erhobenen Beiträgen mit Rücksicht auf den stark wechselnden Besitzstand zu Unzuträglichkeiten führen müsse.

Dem §. 11, Absatz 5, möchte es sich empfehlen, die Schlüßworte „durch die städtischen Behörden“ hinzuzufügen, da möglicherweise ein Recurs an das Herzogliche Staatsministerium verfolgt werde und man dann nicht wisse, welches der Zeitpunkt der Kostenfeststellung sei.

Abgesehen von diesen wenigen Aenderungs-Vorschlägen empfehle die Statuten-Commission den Entwurf zur Annahme.

Die Versammlung nimmt darauf nach einigen Bemerkungen der Herren Schumburg, Wilke und Stadtrath Netemeyer den Entwurf nach dem Vorschlage der Commission an.

II. Festsetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze.

Das Herzogliche Staatsministerium hat Ermittlungen darüber angeordnet, ob die gegenwärtig geltenden Sätze des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter noch den Verhältnissen entsprechen. Bekanntlich ist in hiesiger Stadt der Lohnsatz für erwachsene männliche Arbeiter auf 2 M, für erwachsene Arbeiterinnen auf 1,50 M, für jugendliche (noch nicht 16 Jahre alte) Arbeiter und Arbeiterinnen auf 1 M festgesetzt. Es fragt sich, ob diese im Jahre 1884 getroffene Bestimmung nicht einer Abänderung bedarf. Die Städt. Bauverwaltung hat sich für Feststellung des Lohnsatzes erwachsener Arbeiter auf 2,50 M ausgesprochen, in gleicher Weise hat sich der Vorstand der hiesigen gemeinsamen Ortskrankencasse geäußert; derselbe befürwortet indeß daneben eine nach den gesetzlichen Vorschriften nicht ausführbare Unterscheidung zwischen älteren und jüngeren erwachsenen Arbeitern. Aus der eingeforderten Zusammenstellung der Mitgliederzahl jeder Lohnklasse der in der genannten Casse Versicherten geht hervor, daß 988 erwachsene Arbeiter mit einem Lohnsatze von 2 M bei derselben gemeldet sind, während 482 einen Lohnsatz von 2,50 M und 403 einen solchen von 3 M beziehen. Von den Vorstehern der Armenbezirke waren 13 für Beibehaltung der bisherigen Sätze, 2 sogar für Herabsetzung des Lohnsatzes für erwachsene Arbeiterinnen auf 1,25 M, während die übrigen 3 eine bestimmte Erklärung nicht abzugeben vermochten. Bevor nun der Magistrat an Herzogliche Kreisdirection wegen der endgültigen Feststellung berichtet, ist es demselben erwünscht, die Ansicht der Versammlung über diese Frage kennen zu lernen und ersucht daher um gutachtliche Aeußerung darüber, ob die vorstehenden Lohnsätze zur Zeit noch den hiesigen Verhältnissen entsprechen.

Nach dem Berichte des Herrn Halle ist die Statutencommission zu der Ueberszeugung gelangt, daß es den heutigen Verhältnissen entsprechen möchte, wenn der ortsübliche Tagelohnsatz für erwachsene männliche Arbeiter eine kleine Aufbesserung

erfahre. Auf Grund der von den Herren Lange und Fiedel bei fast sämtlichen hiesigen größeren Etablissemments eingezogenen Erkundigungen und darauf hin angestellten Berechnungen empfehle es sich, dem Magistrate anheimzugeben, für erwachsene männliche Arbeiter einen Lohnsatz von 2,20 M in Vorschlag zu bringen, die übrigen Lohnsätze aber in bisheriger Höhe bestehen zu lassen.

Herr Günther möchte empfehlen, einen Lohnsatz von 2,50 M anzunehmen. Wenn auch nicht gesagt sei, daß dieser Lohnsatz durchschnittlich verdient werde, so liege es doch im Interesse der Arbeiter, denselben festzusetzen im Hinblick auf die verschiedenen Unfall- und Krankencassen, welche hiernach ihre Entschädigungen bemessen. Schon vielfach sei von Seiten der Arbeiterschaft getadelt worden, daß man entgegen anderen Orten den Lohnsatz hier so niedrig gelassen habe.

Herr Lange: Es handle sich bei Festsetzung der Lohnsätze nur darum, zu ermitteln, welche Sätze in Wirklichkeit gezahlt werden und nicht etwa darum, was man in dieser Hinsicht wohl thun könnte. Nach den von ihm in den verschiedensten hiesigen Fabriken, wie der Zutespinnerei, der Actien-Ziegelei, der Zuckerriederei, der Raffinerie, den Cementwerken, der Eisengießerei von Jänsch & Comp., der Maschinenbau-Anstalt, der Tarnowitzer Hütte und der Maschinenfabrik von Selwig & Lange angestellten Ermittlungen, welche doch wohl ein volles Bild von den hiesigen Verhältnissen geben, habe er festgestellt, daß durchschnittlich 2,15 M für erwachsene Arbeiter, 1,40 M für erwachsene Arbeiterinnen und 1 M für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen an Lohn gezahlt werde. Man könne daher dem Vorschlage der Commission nur zustimmen und zwar umsomehr, als nach dem ihm vorliegenden Tagebuche über die ortsüblichen Tagelöhne deutscher Städte der ortsübliche Tagelohnsatz für erwachsene Arbeiter im ganzen Deutschen Reiche fast durchweg 2 M betrage und selbst Städte, wie Leipzig, Magdeburg, Halle, Hannover, Hildesheim, Erfurt, Alschersleben u. einen höheren Durchschnittslohnsatz nicht haben.

Herr Assessor von Frankenberg bittet, in dieser Sache zur Aufklärung das Wort ergreifen zu dürfen. Durch die Bemerkungen des Herrn Günther könnte der Irrthum entstehen, als ob die Krankencassen in Folge der Festsetzung dieser Lohnsätze durchweg beeinflusst würden. Das sei aber nur in einem ganz geringen Maße der Fall, indem die hiesigen Ortskrankencassen nach den gesetzlichen Bestimmungen in der Art und Weise, wie sie ihren durchschnittlichen Tagelohnsatz feststellen wollen, selbstständig vorgehen und selbst den wirklichen Tagelohnsatz zu Grunde legen können. Hauptsächlich seien hierbei betheiligt nicht die Orts- und Betriebskrankencassen, sondern die eingeschriebenen Hülfsassen, welche sich gerade in den Kreisen, die Herr Günther vertrete, der größten Beliebtheit erfreuen. Gerade die Rücksichtnahme auf diese Cassen habe aber geboten, nicht einen höheren Lohnsatz festzustellen, damit man diesen auf eine längere Vergangenheit zurückblickenden Cassen nicht das Fortbestehen zu sehr erschwere, zumal da dieselben am 1. Januar f. Jz. so wie so

schon vor eine bedenkliche Krisis gestellt werden, indem sie von diesem Zeitpunkte ab den Arzt und die Heilmittel in natura stellen müssen, während sie bislang hierfür eine Entschädigung gezahlt haben. Die Tragweite dieser Aenderung lasse sich zur Zeit noch gar nicht übersehen. Um also gerade diesen Cassen entgegenzukommen, habe die Commission nur einen Durchschnittslohnsatz von 2,20 M in Vorschlag gebracht.

Herr Nieke stimmt diesen Erwägungen vollkommen bei. Wenn sich nun auch hier eine wohlwollende Meinung kundgegeben habe, vor welcher er nur Achtung besitze, so glaube er doch, daß man anderwärts solche Rücksichten nicht nehmen werde. Seitens des Reiches gehe man wenig schonend vor, ja, man habe dort den freien Hülfscaffen bereits den Todesstoß gegeben. Wenn man aber in Braunschweig solch einen niedrigen Lohnsatz einmal festsetze, so sei es sehr leicht für die Fabrikanten und Unternehmer, über diesen Lohnsatz auch ihrerseits nicht hinauszugehen. Andererseits werde es schwer sein, den Nachweis zu erbringen, daß für Frauen ein Lohnsatz in der Höhe von 1,50 M hierorts gezahlt werde, denn höchstens die Waschfrauen, welche sich bis spät Abends quälen müssen, könnten diesen Lohnsatz erreichen, während in den Fabriken ein wesentlich geringerer Lohn gezahlt werde. Der Betrag von 1,50 M sei demnach zu hoch gegriffen. Er möchte wünschen, daß jeder Staatsbürger, gleichviel welcher Richtung er angehöre, dazu beitrüge, die Ansprüche der großen Masse nicht zu drücken, sondern sie möglichst zu heben.

Herr Schumburg ist auch der Ansicht, daß der Durchschnittslohnsatz für Frauen zu hoch gegriffen sei.

Herr Lange würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn dieser Satz etwas ermäßigt würde, da ein Durchschnittslohnsatz von nur 1,40 M in Wirklichkeit hier gezahlt werde, indem beispielsweise die Actien-Ziegelei 1,50 M, die Zuckerriederei 1,50 M, die Zuckerraffinerie 1,30 M und die Futespinnerei einschließlich der jugendlichen Arbeiterinnen 1,35 M, sonst aber 1,50 M bis 1,60 M zahle.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die von der Statutencommission in Vorschlag gebrachten Durchschnittsbeträge von bezw. 2,20 M 1,50 M und 1,00 M angenommen.

III. Gasrohr-Verlegung in der Ackerstraße.

Das für die Beleuchtung der Fiedel'schen Fabrik und eines Theiles der Ackerstraße vorhandene Gasrohr genügt nach erheblicher Ausdehnung dieser Beleuchtungsanlagen seinem Zwecke nicht mehr und muß daher durch ein weiteres Rohr ersetzt werden. Der Magistrat beantragt demgemäß im Einvernehmen mit der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke die zur Erweiterung der Gasanlagen erforderlichen Arbeiten auszuführen und zu diesem Zwecke einen Betrag von 9325 M 50 S zu verwilligen. Die Firma Max Fiedel & Co. hat sich dem gegenüber verpflichtet, für die nächsten fünf Jahre mindestens eine Gas-

menge von 45 000 cbm jährlich in ihrer Fabrik an der Ackerstraße zu verbrauchen, oder bei einem geringeren Verbräuche für die fehlende Menge den Gewinn daran, d. i. die Differenz zwischen dem Verkaufspreise und den Erzeugungskosten (i. J. 1891 = 3,7 M pro cbm) dem Gaswerke zu zahlen. Dagegen behält sich die Firma das Recht vor, bei etwaiger Errichtung städtischer Electricitätswerke von diesen zu liefernde Electricität zur Beleuchtung ihrer Fabrik, soweit solches für geeignet erachtet wird, in Anspruch zu nehmen, in welchem Falle die Menge der gelieferten Electricität, in Gas umgerechnet bezüglich des Gasverbrauchs dem letzteren zugerechnet wird.

Die Finanzcommission kann, wie Herr Sievers berichtet, der Vorlage nur beistimmen, da die Anlagekosten in fünf Jahren vollständig gedeckt sein werden und die Stadt demnach keinen Nachtheil haben könne. Der Nutzen würde sich bei einem Verbräuche von jährlich 45 000 cbm in fünf Jahren auf 8325 M belaufen, während die auf die Fabrik entfallenden Anlagekosten nur ungefähr 6000 M betragen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

IV. Miethentschädigung für einen Polizeibeamten.

In Ausführung des zwischen der Herzoglichen Polizei-Direction und dem Magistrate getroffenen Abkommens wegen Ueberlassung des alten Polizeigebäudes am Hohenthore war jedem der beiden bisher in diesem Gebäude untergebrachten Polizeibeamten eine Miethentschädigung von jährlich 320 M zu zahlen (s. Prot. von 1891, S. 270). Da nun in der betr. Magistratsvorlage irrtümlich angenommen war, daß diese Entschädigung für den einen Polizeibeamten nur auf ein Jahr zu verausgaben sei, das neue Dienstwohngebäude aber in dieser Zeit nicht fertig gestellt ist, so ersucht der Magistrat, ihn zur Zahlung der vereinbarten Summe bis zu der voraussichtlich Ende September d. Js. erfolgten Fertigstellung des neuen Gebäudes zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I berichtet, wird die nachträgliche Verwilligung der geforderten Summe beschlossen.

V. Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter am Hagenmarkte.

Gegen die von der Versammlung auf Antrag des Magistrates am 7. April d. Js. (Seite 94 ff. des Prot.) beschlossene Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte in der Nähe des vorm. Huch'schen Hauses sind verschiedene Anwohner dahin vorstellig geworden, daß ein ungeeigneterer Platz kaum hätte aufgefunden werden können, da nicht nur die fraglichen Häuser an ihren Mietherträgen eine empfindliche Einbuße erleiden würden, sondern auch das Anstandsgefühl sich schwer verletzt fühlen müßte, indem keine anständige Frau die Anstalt

an jener Stelle aufsuchen würde. Dazu komme, daß den angrenzenden Gebäuden der der Anstalt naturgemäß entströmende Geruch zugeführt und auch der Wagenverkehr eine empfindliche Störung erleiden werde. Es ist von den Beschwerdeführern dann vorgeschlagen, den an der südöstlichen Seite des Hagenmarktes belegenen Angerplatz für die Anstalt zu wählen. Außerdem ist der Gastwirth Dietrich noch verschiedene Male gegen die Errichtung der Anstalt an dem bestimmten Platze vorstellig geworden. Endlich hat das Herzogliche Staatsministerium dem Magistrate mitgetheilt, es halte den gewählten Platz für einen wenig geeigneten und könne nur wünschen, daß der Magistrat den in Angriff genommenen Bau wieder einstellen lasse und im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizei-Direction einen anderen Platz zu finden suche.

Diese Verhandlungen sendet der Magistrat an die Versammlung zur nochmaligen Prüfung mit dem Bemerken, daß er den für die Aufstellung der Bedürfnisanstalt ausersehenen Platz nach wie vor für sehr geeignet halte.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Südel: Wenn man auch wohl anerkennen müsse, daß die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für die anliegenden Häuser keine Annehmlichkeit, sondern mancherlei Beeinträchtigung mit sich bringe, so müsse doch berücksichtigt werden, daß bei der früheren Verathung der Angelegenheit allen derartigen berechtigten Wünschen bereits Rechnung getragen sei. Gehe man in dieser Beziehung zu weit, so komme es schließlich so, wie bei der am Magnithore geplanten Bedürfnisanstalt, welche vorläufig überhaupt nicht zur Ausführung gelangen werde. Hier handle es sich um eine Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter, deren Bau seit Jahren von der gesamten Bevölkerung dringend gewünscht werde; es könne daher nicht weiter in Frage kommen, ob einzelne Anlieger zu Gunsten der Allgemeinheit einige Beschwerden mit in Kauf zu nehmen haben. Bereits bei der ersten Verathung der Sache sei die Platzfrage reiflich erwogen worden und dabei auch der Platz an der Südostseite der Catharinenkirche mit ins Auge gefaßt. Mit Rücksicht auf die Beeinträchtigung, welche die Kirche durch den Bau erfahren und welche auch dem Kirchenvorstande zu lebhaftem Widerspruch Anlaß geben würde, sowie unter Berücksichtigung des Umstandes, daß dieser Platz zu verdeckt liegen würde, sei damals von demselben Abstand genommen. Die Finanzcommission stehe mit den Gesuchstellern auch insofern in Widerspruch, als sie annehme, daß eine solche Anstalt auf einem von allen Seiten sichtbaren und zugänglichen Platze errichtet werden müsse, wie das in Berlin, Hamburg und anderen Städten auch der Fall sei. Der gewählte Platz werde die Ausführung eines architektonischen Hauses ermöglichen und sei man berechtigt anzunehmen, daß weder der monumentale noch der Gesamteindruck des Hagenmarktes durch den Bau beeinträchtigt werde. Außerdem sei dort auch dem Verkehre, welcher sich nach

Errichtung der Markthalle noch vergrößern werde, Rechnung getragen, nur müßten die jetzt dort an den Markttagen stehenden Kalkwagen in Zukunft den Platz räumen. Die Einrichtung und den Betrieb der Anstalt gedente man derartig zu gestalten, daß die Befürchtung wegen Behelligung der Geruchsnerven unbegründet sein werde. Was nun das Anstandsgefühl betreffe, unter dessen Berücksichtigung die Beschwerdeführer fürchten, daß die Anstalt auf dem Hagenmarkte nicht besucht werde, so glaube die Commission, daß die Frauen ebenso wie in anderen Städten auch hier ohne solche Rücksichtnahme die Anstalt aufsuchen werden, wie das jetzt auch schon auf Reisen in den Eisenbahnwagen, in den öffentlichen Gärten, den Theatern und den Restaurationen geschehe. Gerade der rege Verkehr auf dem Hagenmarkt werde es ermöglichen, daß man unauffällig nach der Anstalt abbiegen könne. Aus allen diesen Gründen glaube die Finanzcommission, der Versammlung lediglich empfehlen zu sollen, den früher gefaßten Beschluß zu bestätigen.

Herr G ü n t h e r möchte bemerken, daß ihm der Platz auch nicht besonders zusage, ohne daß er indessen auf die Einwürfe der Beschwerdeführer ein großes Gewicht lege. Einmal liege der Platz zu weit von dem Verkehre ab, so daß die Frauen sich wenigstens im Anfange geniren würden, den Ort aufzusuchen. Sodann werde die Anstalt nach Ausführung des Straßendurchbruches dem Verkehre hinderlich sein, weil sich dort naturgemäß ein starker Wagenverkehr entwickeln müsse. Er halte den Platz an der Catharinenkirche für viel geeigneter als diesen Platz, denn dort befinde sich der Hauptverkehr an den verschiedenen lebhaften Straßentreuzungen. Wenn man aber glaube, die Anstalt dorthin nicht bringen zu können, so würde der Platz gegenüber dem früher Wagner'schen Hause auf dem Hagenmarkte dazu viel besser geeignet sein, als dieser Platz in der Ecke desselben.

Herr H a l l e hebt hervor, daß die Stadt bei der Anlage von Bedürfnisanstalten entschieden Unglück habe, wie die für das Magnithor geplante Anstalt genügend beweise. Was das hier in Frage kommende Closethaus anlange, so stehe es von dem Hause des Gastwirths Dietrich 20 m und von den Häusern der anderen Seite des Hagenmarktes nach der Hagenbrücke zu ca. 18 m entfernt, so daß bei so großen Entfernungen von einer Schädigung nicht wohl die Rede sein könne. Wenn die Anstalt auch unter den Bäumen vor der Catharinenkirche noch einen besseren Platz erhalten hätte, so würde bei der Wahl dieses Platzes aus dem Baue wohl ebenfowenig geworden sein, wie aus der Magnithoranstalt. Darum könne auch nur dieser Platz am Hagenmarkte in Frage kommen, denn vor dem ehemals Wagner'schen Hause würde die Anstalt dem Verkehr erheblich im Wege sein. Die Bürger Braunschweigs, welche dem Magistrate fortwährend mit Wünschen und Bitten in Bezug auf neue Einrichtungen kommen, sollten doch so viel Verständniß zeigen, daß sie den Magistrat bei Schaffung von Verbesserungen unterstützen und ihm nicht geradezu entgegenarbeiten.

Herr Weber hat für die Anstalt ebenfalls keinen bessern Platz auf dem Hagemarkte ausfindig machen können. Der Hauptbeschwerdeführer werde wohl befürchten, daß später die Kalkwagen dort nicht mehr auffahren können. Nach Inkrafttreten der neuen Straßen-Polizei-Ordnung falle das Auffahren der Wagenburgen jedenfalls von selber weg. Zudem sehen diese Wagenburgen viel schlechter aus, als eine in schöner und architektonischer Weise auszuführende Anstalt, welche dort namentlich auch nach der definitiven Verwendung des vorm. Huch'schen Hauses am richtigen Platze stehe.

Die Versammlung spricht sich sodann dahin aus, daß sie einen anderen, passenderen Platz zu finden nicht in der Lage sei.

VI. Selbstst. Antrag des Herrn Reich auf Canalisirung der Höfenstraße.

Ueber den in der vorigen Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 202 des Prot.), welcher in der Finanzcommission vorberathen ist, berichtet Herr Seele: Der verschiedentlich vom Magistrate unternommene Versuch, die Canalisirung der Höfenstraße in die richtigen Wege zu leiten, sei stets an der Halsstarrigkeit der Anwohner, besonders des Schlossermeisters Achilles gescheitert, welcher sich nicht habe entschließen können, das zur Straße erforderliche Vorgartenterrain zu einem angemessenen Preise herzugeben. Auch dem weiteren Vorschlage des Magistrates, wenigstens zu gestatten, daß der Canal in die Vorgärten der Höfenstraße gelegt werde, wollen sich die Anwohner nicht anbequemen. In Folge dieses Widerstandes habe die Canalisation bislang nicht ausgeführt werden können, andernfalls würde die Straße schon längst befestigt und canalisirt sein. Durch die in der heutigen Sitzung vorgenommene Aenderung einzelner Theile des Ortsbaustatuts, kraft welcher die Anlieger mit zur Tragung der Herstellungskosten einer neuen Straße herangezogen werden, trete indessen ein neuer Factor in Wirkung, welcher eine Erleichterung der Verhandlungen mit den Anliegern der Höfenstraße erhoffen lasse. Sofern sich diese Hoffnung erfülle, habe der Magistrat in Aussicht gestellt, die Instandsetzung der Höfenstraße in Angriff zu nehmen, sobald die Arbeiten im nächsten Jahre wieder aufgenommen werden. Der Herr Antragsteller habe sich hiermit befriedigt erklärt.

Der Antrag ist damit erledigt.

VII. Verwendung des Ueberschusses der Kreis-Communalcasse.

Die Rechnung der Kreis-Communalcasse für das Jahr 1891 schließt mit einem Vorrathe von 49334 M ab, von welchem 9648 M 88 S verfügbar bleiben. Da die Stadtcassenrechnung für 1891 mit einer zu nicht geringem Theile durch den Hagelschlag am 1 Juli 1891 herbeigeführten Fehlsomme von 95784 M 19 S abschließen und diese baldthunlichst zu begleichen sein wird, so hält der Magistrat

dafür, daß der verfügbare Ueberschuß aus der Verwaltung der Kreis-Communal-casse für 1891 in seinem vollen Betrage von 9648 M 88 $\frac{1}{2}$ dem Ordinarium der Stadtcasse überwiesen werde. Die Versammlung wird um Ertheilung der Zustimmung zu solcher Ueberweisung ersucht.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Wolff I die Genehmigung dieses Antrages. Zum nicht geringen Theile sei der Fehlbetrag dadurch entstanden, daß in Folge Verlegung des Rechnungsjahres der Herzoglichen Haupt-Finanzcasse die Vergütung für die Eincassirung der Staatssteuern jetzt zu spät eingehe, um noch in das alte Rechnungsjahr aufgenommen werden zu können.

Die Ueberweisung wird darauf genehmigt.

VIII. Schulhausbau am Hohenstiege.

Unter Ueberreichung des Bauprogrammes und Kostenüberschlages für den am 3. März d. Js. im Princip genehmigten Neubau einer zwanzigclassigen mittleren Knabenbürgerschule am Hohenstiege (S. 54 des Prot.) ersucht der Magistrat, das Project zu dem fraglichen Neubau zu genehmigen und die Baukosten in anschlagsmäßiger Höhe von 311500 M zu bewilligen. Die in Verbindung hiermit zuerst projectirten Brausebäder kann der Magistrat aus den vom Schuldirektor Schaarschmidt erörterten Gründen nicht für erforderlich erachten, gleichwohl hält derselbe aber die sofortige Ausführung der eine spätere Einrichtung solcher Bäder voraussetzenden baulichen Vorkehrungen für angezeigt und ist deshalb auch der Ansicht, daß von dem Baucredit zu 315000 M lediglich der auf die Einrichtung der Bäder selbst entfallende Betrag von etwa 3500 M abzusetzen sei, so daß eine Bausumme von 311500 M verbleibe. Die vom Schuldirektor Schaarschmidt gegen die Einrichtung von Brausebädern vorgebrachten Gründe sind im Wesentlichen folgende: Die Eltern der die mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder besorgen bereits zum größten Theile das Erforderliche selbst. Außerdem seien sie meistens hierzu pecuniär in der Lage und endlich sei kein Grund ersichtlich, die für die Kinder der untersten und unteren Volksclassen so sehr segensreiche Einrichtung von Schulbädern auch auf die Kinder des Mittelstandes auszudehnen.

Die Schulcommission hat sich, wie Herr Blasius berichtet, mit dem vorliegenden Plane vollkommen einverstanden erklärt und kann daher nur anheimgeben, dem Vorschlage des Magistrates Folge zu leisten. Hinsichtlich der Anlage von Brausebädern sei der Commission vom Magistrate die Mittheilung geworden, daß augenblicklich auf Anregung aus der Versammlung eine Enquete darüber veranstaltet werde, inwiefern sich in den Schulen hiesiger Stadt überhaupt Brausebäder einrichten lassen und wie hoch sich die Kosten solcher Einrichtung belaufen werden. Die Versammlung könne deshalb demnächst einer bezüglichen Vorlage entgegensehen

und brauche ihre etwaigen Wünsche auf Einrichtung weiterer Brausebäder in den Schulen durch die Annahme der Vorlage nicht preiszugeben.

Herr Nieß möchte die Versammlung bitten, dem Magistrate anheimzugeben, an dem neuen Schulhause eine Uhr mit Schlagwerk anzubringen. Da bekanntlich mehr als $\frac{3}{5}$ des Jahres Westwinde herrschen, so sei während dieser Zeit der ganze westliche Stadttheil von den Kirchenguhren der Stadt abgeschlossen.

Herr Günther kann dem Antrage der Commission auf Absehung der für die Anlage von Brausebädern erforderlichen Summe nicht zustimmen, da er die Anlage solcher Bäder für alle Schulen wünschen müsse und die hierzu nothwendige Summe doch nur unerheblich sei. Wenn man nicht jetzt schon die feste Absicht habe, Brausebäder in der neuen Schule nicht anzulegen, so könne man die veranschlagte Summe von 3500 M ruhig in der Bausumme belassen und sie später als erspart nachweisen.

Herr Wilke will sich die Anfrage erlauben, welches Heizsystem man für die neue Schule ins Auge gefaßt habe. Sofern das an der städtischen Mädchenschule in der Heinenstraße eingeführte Heizsystem gewählt werden sollte, möchte er von seinem Standpunkte aus gegen solche Anlage protestiren, da sich dasselbe durchaus nicht bewährt habe.

Herr Blasius kann sich dem Nieß'schen Antrage nur vollkommen anschließen, da sich die Einführung einer Uhr mit Schlagwerk für die fragliche Gegend schon längst als eine Nothwendigkeit gezeigt habe. Bezüglich der von Herrn Günther gegebenen Anregung lasse sich erwähnen, daß in der Schulcommission, woselbst die Sache ebenfalls besprochen worden, die Ansichten sehr getheilt gewesen seien. Die Commission habe indessen von einer festen Stellungnahme in dieser Angelegenheit Abstand genommen, weil sie erst den Abschluß der Enquete über die Brausebäder abwarten wolle und es der Versammlung später immer noch freistehe, den Magistrat um Einrichtung von Brausebädern zu ersuchen. Herrn Wilke habe er zu erwidern, daß für die neue Schule die Feuerluftheizung nach dem neuesten modificirten Kelling'schen System, wie sie sich in der städtischen Realschule hinlänglich bewährt habe, in Aussicht genommen sei.

Herr Lange möchte wissen, ob der Schuldirector sich gegen die Anlegung von Brausebädern ausgesprochen habe, nur weil die Eltern der Kinder in der Lage seien, selbst für solche Bäder zu sorgen, oder ob die zu schwache Benutzung der Bäder bei der Entschließung mit maßgebend gewesen sei.

Herr Blasius erwidert, daß der letztere Grund in dem Gutachten des Schuldirectors nicht mit erwähnt sei.

Herr Günther hält eine Enquete nicht nur für überflüssig, sondern sogar für schädlich, da die betr. Herren vielleicht der anderen Seite mehr zugeneigt seien

und das Ergebniß dann partiisch ausfalle. (Widerspruch.) Für ihn stehe fest, daß solche Bäder auch in den mittleren Bürgerschulen nothwendig seien.

Herr Reiche weiß aus Erfahrung, daß in den mittleren Bürgerschulen der Procentsatz der Badenden ein sehr geringer sei. Hieraus ergebe sich aber insofern ein großer Uebelstand, als der betr. Lehrer mit den wenigen Schülern in das Bad gehen müsse und die große Mehrzahl derselben während dieser Zeit ohne Aufsicht bleibe. Er trete deshalb der Ansicht des Schuldirectors bei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt zu dem Nieß'schen Antrage, daß ein gleicher Wunsch schon seitens des Schuldirectors ausgesprochen und in Folge dessen von der Städt. Bauverwaltung eine Mittheilung darüber eingefordert sei, ob und mit welchen Kosten sich solche Anlage ausführen lasse. Ein Bericht sei darauf noch nicht eingelaufen und werde daher eventuell später der Versammlung noch eine bezügliche Vorlage zugehen.

Herr Blasius will Herrn Günther gegenüber noch bemerken, daß er zu der Enquete volles Vertrauen habe und glaube, daß dieselbe vollständig unparteiisch ausfallen werde, da gar kein Grund vorliege, anzunehmen, sie werde von einem einseitigen Standpunkte aus gemacht. Im Uebrigen werde sich die Enquete wesentlich auf die Kosten der Brausebäder beziehen.

Herrn Günther sind die Mittheilungen des Herrn Reiche vollständig neu. In früherer Zeit sei mehrfach berichtet, daß durch die Benutzung der Bäder irgend welche Störungen im Unterrichte nicht vorkommen und daß nicht ein Lehrer, sondern der Bedient mit in das Bad gehe. Jedenfalls lassen sich die Störungen auf ein Minimum reduciren. Wenn einmal die Nützlichkeit der Schulbrausebäder anerkannt werde, so müsse sich dieses auch auf die mittleren Bürgerschulen beziehen, selbst wenn nur die Hälfte der Schüler das Bad benutze.

Herr Reiche: Wenn sich die Hälfte der Schüler betheiligte, ginge es noch, es sei aber noch nicht der fünfte Theil. Gegenüber der Bemerkung des Herrn Günther, daß früher seitens der Schulbehörde einberichtet sei, die Benutzung der Bäder brächte keine Störung mit sich, wolle er hervorheben, daß sich diese Berichte allein auf die unteren Bürgerschulen, in welchen alle Schüler baden, bezogen haben.

Herr Hauswaldt kann die ganze Debatte nicht begreifen. Nicht die Commission, sondern der Magistrat habe die 3500 M. abgesetzt. Er selbst habe für die Einstellung der 3500 M. gestimmt, aber nachdem der Magistrat mitgetheilt habe, daß für die hiesige Stadt eine große Enquete zu Stande komme, in welcher die Kosten und auch die pädagogischen Rücksichten festgestellt und der Versammlung zugänglich gemacht werden sollen, sei es natürlich, daß man das Ergebniß der Enquete abwarte und dann eventuell beschließe, noch weitere Brausebäder einzurichten.

Die Versammlung bewilligt darauf die vom Magistrate angeforderte Summe und lehnt den Antrag des Herrn Günther, einstweilen die vom Magistrate nicht geforderte Summe von 3500 M zur Verfügung zu stellen, ab.

IX. Verwendung eines Geschenkes von 5000 Mark zur Vinderung etwaiger Choleraanoth.

Dem Magistrate ist die Summe von 5000 M zur Deckung dringlicher Ausgaben Unbemittelter für Schutzmittel jeglicher Art gegen die etwa auch über Braunschweig hereinbrechende Cholera mit der Bestimmung überwiesen, daß die Vertheilung der Summe dem Ermessen des Magistrates und der Stadtverordneten anheimgestellt werde. Die Aufstellung bestimmter Grundsätze für die Verwendung dieser Summe erscheint dem Magistrate zur Zeit nicht thunlich und wird auch, eintretendenfalls, durch Verhandlungen zwischen den städtischen Organen in der Gesamtheit ihrer Mitglieder nicht wohl zweckmäßig erfolgen können. Der Magistrat hält vielmehr dafür, daß zur Verwaltung des Fonds eine aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten bestehende Deputation mit Abrechnungspflicht niedergesetzt werde und giebt zustimmendenfalls anheim, zu solcher Deputation zwei Stadtverordnete zu wählen. Der Geschenkgeber hat sich noch dahin geäußert, daß die Vertheilung der Summe unter allen Umständen ohne jede Rücksicht auf das religiöse oder politische Glaubensbekenntniß der Unterstützungsbedürftigen zu erfolgen habe. Ferner spricht derselbe die Hoffnung aus, daß dieses Vorgehen bald in größerem Style Nachahmung finde und ganz besonders die alten erbeingewessenen Patricierfamilien veranlasse, aus ihrer bisherigen Reserve hervorzutreten.

Die Statutencommission hält nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden den Vorschlag des Magistrates für durchaus zweckmäßig und schlägt als Mitglieder der Deputation die Herren Blasius und Wolff I vor, welche darauf von der Versammlung gewählt werden.

X. Canalisationseinrichtungen auf der Straße „hintern lieben Frauen“.

Auf Antrag des Oberingenieurs Mitgau ersucht der Magistrat, die Herstellung eines Einsteigegschachtes nebst Nothauslaß, sowie einer Stauthür in dem „hintern lieben Frauen“ belegenen Theile des Windenmühlengrabens zu genehmigen. Die Herzogliche Baudirection hat sich hiermit unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Herstellung und Unterhaltung dieser Vorrichtungen auf Kosten und Gefahr der Stadtverwaltung zu geschehen habe.

Die Statutencommission giebt durch Herrn Wolff II anheim, die Ausführung der bereits begonnenen Arbeiten zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

XI. Baulinie am Damme und im Rattreppeln.

Der Etuisarbeiter Wilhelm Pape beabsichtigt, sein im Rattreppeln *N* 1 gelegenes Wohnhaus niederzulegen und an dessen Stelle einen Neubau aufzuführen. Der Magistrat ersucht nun, die für dieses Grundstück vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachte Baulinie, sowie ferner zu genehmigen, daß eine von diesem Grundstück auf der Dammseite abzutretende Theilfläche von 2,5 qm gegen eine demselben an der Rattreppelseite anzuschneidende 13 qm große Theilfläche ausgetauscht werde.

Wie Herr Weber berichtet, ist die Baucommission der Ansicht, daß der Magistrat dem Herrn Pape gar zu sehr entgegengekommen sei, wenn von Ersterem beantragt werde, eine 2,5 qm große Fläche gegen eine 13 qm haltende städtische Fläche einzutauschen, umsomehr als durch die Veränderung der Baulinie die Front des Pape'schen Hauses am Damme ungefähr 3 m größer werde. Die Baucommission beantrage daher, den Magistrat zu ersuchen, mit Pape einen Kaufpreis von 500 M für die überschießenden 10,5 qm zu vereinbaren und erst dann die Baulinie zu genehmigen.

Dieser Antrag gelangt zur Annahme.

XII. Erweiterung des Central-Friedhofes.

Nach Mittheilung der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents ist eine abermalige und thunlichst zu beschleunigende Erweiterung des Central-Friedhofes vorzunehmen. Dieselbe ist zweckmäßig in westlicher Richtung bis an das Grundstück der Bierbrauerei Streitberg fortzuführen und sind zu solchem Zwecke die an den Deconom Fr. Bäse hieselbst verpachteten Landstücke von zusammen 2 ha 65 a 79 qm zu verwenden. Die Versammlung wird ersucht, die unentgeltliche sofortige Ueberweisung dieser Landstücke an die Friedhofs-Deputation zu genehmigen.

Die Baucommission stimmt diesem Antrage nach dem Berichte des Herrn Weber zu.

Herr Hauswaldt: Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß man dieser Vorlage zustimmen müsse. Er möchte aber namentlich im Hinblick auf die Hamburger Cholera-Epidemie einmal anregen, ob es sich nicht empfehle, auch in dem entgegengesetzten Theile der Außenstadt, vor dem Petritihore, die Anlegung eines zweiten Kirchhofes ins Auge zu fassen. Sollte in Braunschweig einmal eine Epidemie sein, so wäre es doch sehr bedenklich, die sämmtlichen Leichen aus der westlichen Außenstadt durch die ganze Stadt nach dem Central-Friedhofe zu schaffen. Dazu trete noch der Umstand, daß das Herzogliche Krankenhaus vor dem Petritihore in einigen Jahren fertiggestellt sei und dieses ebenfalls für die Anlegung eines Kirchhofes in der westlichen Außenstadt spreche. Bei der großen Ausdehnung der Stadt sei ein Central-Friedhof unpraktisch. Es erscheine ihm daher wünschenswerth, wenn

der Magistrat ersucht würde, möglichst bald ein Terrain vor dem Petrithore ausfindig zu machen, welches sich zur Anlegung eines zweiten Friedhofes eigne. Letzterer brauche gar nicht so großartig mit Gebäuden ausgestattet zu werden, wie der Central-Friedhof. Ueber kurz oder lang werde die Stadt doch in die Nothwendigkeit versetzt werden, noch einen zweiten Friedhof anlegen zu müssen und da empfehle es sich, die einleitenden Schritte recht bald zu thun, weil die Durchführung mit jedem weiteren Jahre schwieriger werde.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIII. Cession einer Hypothek.

Mit Ermächtigung der Versammlung hat der Magistrat im Jahre 1886 mit dem Particulier Friedrich Wilhelm Bündiger zu Fallerleben zur Sicherung verschiedener Legate im Gesamtbetrage von 17 250 M einen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen Bündiger dem Magistrate eine ihm am Hause Hallerstraße Nr. 28 in Hannover zustehende Hypothek über 24 000 M gegen die von dem Magistrate übernommene Verpflichtung, diese Summe ihm resp. seiner Ehefrau zeitlebens mit 4 % zu verzinsen, abgetreten hat. Nach dem in diesem Frühjahr erfolgten Ableben des letztlebenden der Bündiger'schen Eheleute hat der Magistrat zum Zwecke demnächstiger Befriedigung der Legatäre die erwähnte Hypothek zum 15. October d. Js. gekündigt, ist aber von der Eigenthümerin des Hauses ersucht, die Kündigung zurückzunehmen, weil es ihr bei der wenig guten Beschaffenheit des Grundstückes unmöglich sei, die zur Tilgung der Forderung nothwendigen, ihr aber fehlenden Mittel zu beschaffen. Um diese Angelegenheit endlich zu einem annehmbaren Abschlusse zu bringen, ist es dem Magistrate nach längeren Verhandlungen gelungen, mit dem früheren Eigenthümer des Hauses, welchem eine an demselben stehende zweite Hypothek von 3000 M gehört, ein Abkommen dahin zu treffen, daß derselbe für die 24 000 M an die Stadt 18 000 M zahlt, welcher Preis den Werth des Grundstückes nach Auskunft des Stadtbauamtes zu Hannover darstellt. Nachdem inzwischen auch die Legatäre ihr Einverständniß mit der Abtretung der Hypothek zu diesem Preise erklärt haben, ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen, die der Stadt an dem fraglichen Hause zustehende Hypothek über 24 000 M für den Preis von 18 000 M abzutreten.

Wie Herr Wolff I berichtet, glaubt die Finanzcommission die Genehmigung dieses Antrages befürworten zu sollen, zumal da ein Verlust für die Legatäre mit dem Verfaufe nicht verbunden sei.

Herr Hauswaldt kann sich diesem letzteren Gedankengange nicht anschließen, da auch ein verlorener Gewinn einen Verlust bedeute. Es sei die Pflicht jedes Einzelnen, für die verschiedenen wohlthätigen Anstalten, welche hier mit Legaten bedacht seien, eine möglichst hohe Summe zu sichern. Die Auffassung des

Magistrates, daß sich die Legatäre mit dem geplanten Abkommen sämmtlich einverstanden erklärt hätten, treffe nicht zu, denn er habe als Vertreter der Kleinkinder-Bewahranstalt gegen das Abkommen protestirt. Jedenfalls habe er noch nicht gehört, daß man mit dem zweiten Hypothetgläubiger wegen Uebernahme der ersten Hypothet Verhandlungen anknüpfe. Man solle das Grundstück lieber zur Subhastation bringen und abwarten, ob nicht der zweite Hypothetgläubiger dasselbe doch vielleicht auf 20 000 M treibe, denn genügt werde der jetzigen unglücklichen Besitzerin durch die Cession der Hypothet an den zweiten Hypothetgläubiger gar nichts, man wende nur diesem 6000 M zu. Das Stadtbauamt in Hannover habe bei seiner Veranschlagung des Grundstückes jedenfalls den niedrigsten Werth angenommen, so daß sich erwarten lasse, es werde bei der Subhastation ein höherer Erlös erzielt werden.

Herr Stadtrath Meyer entgegnet, daß Herr Hauswaldt, wenn er auch in dem Erwidernsschreiben dem Vorschlage nicht zugestimmt habe, doch am Schlusse seiner Ausführungen gesagt habe, er sei sonst auch mit der Entschliebung des Magistrates einverstanden. Diese Wendung hätte nur so aufgefaßt werden können, daß Herr Hauswaldt, wenn auch nicht gern, dem Abkommen zustimme.

Herr Wolff I kann den Standpunkt des Herrn Hauswaldt nicht theilen. Die Sache liege so: Ein alter Herr habe verschiedenen hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten 15 000 M und solchen in Wolfenbüttel 2250 M unter der Bedingung vermacht, daß seinem Sohne der Nießbrauch an diesem Kapitale von 17 250 M bis zu dessen Lebensende zustehe. Zur Sicherung des Kapitals sei sodann der Stadt von dem Sohne eine Hypothet in Höhe von 24 000 M mit der Maßgabe überwiesen, daß die Stadt nach seinem Tode den etwaigen Mehrerlös aus der Hypothet unter die vom Testator bestimmten Anstalten vertheilen könne. Es handle sich hier also für diese Anstalten nicht um einen Verlust, sondern um einen entgangenen Gewinn, der gar nicht zu vermeiden sei. Da der Werth des Hauses von sachverständiger Seite nur zu 18 000 M geschätzt worden, könne auch die Versammlung nur mit dieser Summe rechnen. Wenn es die Stadt auf eine Zwangsversteigerung des Hauses ankommen lasse, so erziele sie, sobald keine Käufer erscheinen, vielleicht eine noch geringere Summe, oder sie behalte das Haus in Hannover auf dem Halse und darauf dürfe man es doch nicht ankommen lassen.

Herr Wolff II schließt sich dieser Ansicht an. Die Gefahr, an dem Hause hängen zu bleiben, könne die Stadt unmöglich laufen. Wenn ein praktisch denkender Mann auf Grund sachverständiger Mittheilung zu dem Resultate komme, daß ein Haus nur 18 000 M werth sei, so dürfe er auch nur mit dieser Summe rechnen.

Herr Hauswaldt möchte Herrn Stadtrath Meyer erwidern, daß der in dem Antwortschreiben gebrauchte kleine Schlußsatz nichts als eine Höflichkeitsformel habe sein sollen und er glaube, sich in dem Schreiben selbst ganz entschieden gegen das

Abkommen ausgesprochen zu haben. Im Interesse der von ihm vertretenen Kleinkinder-Bewahranstalt habe er sich sogar erbboten, auf seine Kosten nach Hannover zu fahren, um mit sachverständigen Geschäftsfreunden den Werth des Hauses festzustellen. Bei der Zwangsversteigerung würde der zweite Hypothek-Gläubiger ein brennendes Interesse daran haben, mit zu bieten, so daß sich wohl annehmen lasse, es würden mindestens 18000 M bei solchem Verkaufe erzielt werden. Im Uebrigen bleibe er dabei, daß, wenn einmal die betr. Stiftungen durch die Zuwendung des Erblassers und das spätere Entgegenkommen des Sohnes in den Besitz einer Hypothek von 24000 M gekommen seien, es auch die Pflicht der Versammlung sei, so viel als möglich aus dieser Zuwendung herauszuschlagen und von einer zu üben den Großmüthigkeit keine Rede sein könne.

Herr Stadtrath Meyer erklärt nochmals, daß der Magistrat aus dem Hauswaldt'schen Schreiben dessen Zustimmung zu dem Abkommen entnommen habe. Was die Sache selbst anlange, so sei das Haus nicht vom Magistrate, sondern von der städtischen Bauverwaltung in Hannover auf seinen Subhastationswerth geprüft worden. Da nun der hiesige Magistrat von vornherein die Ansicht hegte, seinerseits auf den Kauf des Hauses nicht Bedacht zu nehmen, so glaubte derselbe, die Verhandlungen in dem Sinne weiter führen zu sollen, daß er mit dem Nachhypothekar ein angemessenes Abkommen anbahne.

Herr Seele bemerkt noch, daß die Finanzcommission, von dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt ausgehend, reiflich überlegt habe, auf welche Weise sich die Hypothek am vortheilhaftesten verwerthen lasse und daß sie sich bei ihren Entschlüssen nicht etwa durch Gefühlsmomente gegenüber der Besitzerin des Hauses oder dem zweiten Hypothekgläubiger habe leiten lassen. Dringend warnen möchte er indessen vor dem Versuche, in einem öffentlich meistbietenden Verkaufe aus dem Grundstücke mehr herauszuschlagen zu wollen, denn die Stadt würde dabei wahrscheinlich noch weniger erhalten, oder an dem Grundstücke hängen bleiben. Er bitte daher, der Entschlußung der Finanzcommission Folge zu geben.

Herr Wolff II weiß aus seiner Erfahrung mitzutheilen, daß möglicherweise der zweite Hypothek-Gläubiger bei der Zwangsversteigerung gar nicht biete, um hierdurch den Besitzer der ersten Hypothek zu veranlassen, ihm das Grundstück hinterher noch billiger zu geben.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrates von der Versammlung angenommen.

XIV. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen etc.

Die Statutencommission hat den der Versammlung zur Begutachtung zugegangenen Entwurf von Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen und für Arbeitercasernen eingehend beraten und ist dabei — wie Herr Blasius be-

richtet — zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung die Annahme desselben mit einigen geringfügigen Abänderungs-Vorschlägen zu empfehlen. Bevor in die Berathung des Entwurfes eingetreten wird, beantragt

Herr Günther, den Magistrat zu ersuchen, zunächst den Entwurf autographisch vervielfältigen und den Mitgliedern der Versammlung zugehen zu lassen. Die Vorschriften seien so tief eingreifend in die Verhältnisse jedes Einzelnen, daß eine sorgfältige Erwägung aller Bestimmungen des Entwurfes nothwendig erscheine, was sich indessen bei einem bloßen Verlesen der Vorschriften nicht ermöglichen lasse.

Herr Blasius hält dieses Verfahren nicht für nothwendig, weil die Statutencommission den Entwurf Wort für Wort durchgenommen habe und sich hierbei in vollster Uebereinstimmung mit dem Magistrate befinde. Außerdem könnten die städtischen Behörden zu dem Entwurfe nur ihre Wünsche äußern, nicht aber selbst Vorschriften erlassen.

Nachdem noch die Herren Hauswaldt und Günther sich für die Vervielfältigung des Entwurfes ausgesprochen und Herr Lord gebeten hatte, bei der Vervielfältigung gleich die Verbesserungsvorschläge der Statutencommission mit zu berücksichtigen,

beschließt die Versammlung, die Berathung von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und zunächst den Magistrat zu bitten, den Entwurf in der gewünschten Weise den Mitgliedern zugänglich zu machen.

Bei dieser Gelegenheit richtet Herr Wolff II die Bitte an die Versammlung, etwaige auf die im Entwurfe vorliegende Straßenpolizei-Ordnung Bezug habende Wünsche ihm als dem Referenten der Statutencommission zeitig zugehen zu lassen, damit dieselben einer Prüfung in der Commission unterzogen werden könnten.

XV. Canal-Regung an der Körnerstraße.

Das an der von der Körnerstraße nach dem Schulhose der Leonhardstraßenschule führenden Gasse gelegene Grundstück des Maurers Böhr ist bislang an die Canalleitung nicht angeschlossen. Hierdurch haben sich Uebelstände insofern herausgestellt, als die Schmutzwässer aus jenem Hause theils in eine Senkgrube, theils auf die Gasse selbst gebracht sind und die Umgegend, insbesondere auch den Zugangsweg nach der Schule verunreinigten. Der Magistrat beantragt daher, die zu 550 M veranschlagte Canalisation der fraglichen Nebengasse auf Kosten der Canalbaukasse ausführen zu lassen, wodurch auch der Abfluß des Himmelswassers vom Schulgrundstücke gefördert werde.

Die Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, befürwortet und die Versammlung genehmigt den Antrag.

XVI. Anschaffung eines Göpels zum Betriebe einer größeren Häcksel-Schneidemaschine.

Die Straßenreinigungs-Deputation hat mit Rücksicht auf die Zahl der z. B. von der Stadt gehaltenen Pferde (50 Stück) die Anschaffung eines Göpels zum Zwecke des Betriebes einer größeren Häcksel-Schneidemaschine, welche letztere gleichfalls anzukaufen sein würde, empfohlen, worauf die Städt. Bauverwaltung ein bezügliches Project ausgearbeitet hat, dessen Kosten zu 1250 M veranschlagt sind. Der Antrag des Magistrates, ihn zur Beschaffung eines solchen Göpels zu ermächtigen,

wird genehmigt, nachdem Herr Halle denselben namens der Statutencom-mission unterstützt hatte.

XVII. Canalisirung einer Strecke der Marienstraße.

Auf Antrag des Bauunternehmers Gnadt giebt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß die obere, noch nicht ausgebaute Strecke der Marienstraße mit einem Abzugscanale versehen werde. Die beteiligten Anlieger haben sich bereit erklärt, die zu 4200 M veranschlagten Anlagekosten mit 4% so lange zu verzinsen, bis der Zinsbetrag mindestens durch die aus jener Straße aufkommende Canalsteuer gedeckt werde.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Seele befürworten.

Herr Rieke empfiehlt, mit der Canalisation gleich die Wasserleitung in die Straßenstrecke zu verlegen, da dort schon mehrere Brunnen wegen zu schlechten Trinkwassers haben geschlossen werden müssen.

Herr Stadtrath K e t m e y e r entgegnet, daß die Anlieger schon seit zwei Jahren von der Kastanienallee her ein Privatrohr durch einen der Gärten geführt und ihre Grundstücke an dasselbe angeschlossen haben. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke habe gebeten, diese Anlage bestehen zu lassen und sei magistratsseitig angenommen, daß durch dieselbe dem Bedürfnisse genügt werde.

Die Magistratevorlage wird darauf genehmigt.

XVIII. Erwerb von Straßenflächen am Königstiege.

Der Bautechniker Andreas Meyer und der Bauunternehmer Christ. Brandes, welche beabsichtigen, auf ihren am Königstiege gelegenen Grundstücken Wohnhäuser zu erbauen, haben sich bereit erklärt, die von den fraglichen Grundstücken an die Stadt abzutretenden Flächen von 28 und 44 qm zum Einheitspreise von 7 M an die Stadt zu verkaufen. Dem Antrage des Magistrates, diesen Kauf zu genehmigen,

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, zugestimmt.

XIX. Belegung des Verbindungsweges zwischen Friesenstraße und Sandweg mit Gas- und Wasserleitung.

Es hat sich als nothwendig herausgestellt, den Verbindungsweg zwischen Friesenstraße und Sandweg mit Gas- und Wasserröhren zu belegen. Der Magistrat giebt daher anheim, die Ausführung dieser Arbeit, unter Bewilligung der in Höhe von 1108 M für das Gasrohr nebst 3 Kandelabern und 623,80 M für das Wasserrohr erforderlichen Kosten, zu genehmigen, was auf Befürwortung des Herrn Wolff I geschieht.

XX. Canalisation der westlichen Theilstrecke des Madamenweges.

Auf Antrag der städtischen Canalbau-Verwaltung ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die von der Kl. Kreuzstraße westlich bis zur Quersstraße gelegene Theilstrecke des Madamenweges definitiv mit einem Thonröhrencanale unter Aufwendung einer Kostensumme von 6800 M und die von der Kl. Kreuzstraße östlich bis zum Graben gelegene Theilstrecke des Madamenweges provisorisch mit einem gleichen Canale unter Aufwendung von 4200 M ausgestattet werde, da die Nothwendigkeit solcher Anlagen vorliege.

Wie Herr Wolff II berichtet, ist die Statutencommission einstimmig der Ansicht gewesen, daß die Zustimmung zu der Vorlage ertheilt werden möge, da die Verhältnisse an der bezeichneten Straßenstrecke ein baldiges Eingreifen erheischen.

Herr Halle möchte bei dieser Gelegenheit einmal anregen, ob es sich nicht empfehle, angesichts der in dem westlichen Theile des Madamenweges herrschenden Verhältnisse auf Abstellung solcher Unannehmlichkeiten Bedacht zu nehmen, welche durch die Bebauung unbefestigter Straßen hervorgerufen werden. Bekanntlich habe der Magistrat eine große Anzahl von Straßen zum Bebauen freigegeben und möchte er zur Erwägung verstellen, ob nicht zweckmäßig diese Genehmigung zurückziehen sei. Die Anwohner solcher unbefestigten Straßen treten mit Ansprüchen an die Stadtverwaltung heran, welche, wenn auch an sich begründet, doch eine unverhältnißmäßig starke Belastung des Stadtsäckels zur Folge haben.

Herr Stadtrath Netemeyer kann darauf entgegnen, daß das Stadtbauamt bereits den Beschluß gefaßt habe, dem Magistrate einen entsprechenden Antrag zugehen zu lassen.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

XXI. Zwangsenteignung von Grundflächen an der Reichen- und Kaiserstraße.

Von dem an der Ecke von Reichen- und Kaiserstraße gelegenen Grundstücke des Bauunternehmers Haarschick, welches neu bebaut werden soll, sind zwei Theil-

flächen von 31 und 22,2 qm zur Straße abzutreten, während dem Grundstücke 1,2 qm anzuschneiden sind. Da mit Haarstrich — welcher einen Einheitspreis von 105 M fordert, während der Magistrat einen solchen von 60 M für ausreichend erachtet — im Wege gütlicher Vereinbarung ein Abkommen nicht zu erzielen ist, so ersucht der Magistrat, ihn zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens zu ermächtigen,

welcher Antrag von der Statutencommission, für die Herr Blasius berichtet, unterstützt wird.

Herr Sievers möchte hierbei auf den Unterschied zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis hinweisen. Der Stuisarbeiter Pape verlange ein Terrain von 10 qm am Rattreppeln unentgeltlich überwiesen und der Bauunternehmer Haarstrich beanspruche für Straßenterrain an der Kaiserstraße einen Einheitspreis von 105 M. Das Verfahren der beiden Herren sei geeignet, den Bürgersinn der Braunschweiger zu kennzeichnen.

Die Versammlung stimmt darauf der Vorlage zu.

XXII. Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oker-Verunreinigungen.

Zur Begründung des Antrages:

„Welche Wege sind seitens der städtischen Behörden zu beschreiten, um die dauernde Verunreinigung des Okerflusses endgiltig zu beseitigen?“ bemerkt Herr Nieß einleitend, daß er noch vor einigen Tagen geglaubt habe, dieser schon am 11. August d. Js. eingereichte Antrag sei inzwischen gegenstandslos geworden. Zu seinem Bedauern habe er indessen jetzt wahrgenommen, daß wiederum viele hundert Fische in Folge des jämmerlichen Zustandes des Okerwassers um ihr Leben kämpften, so daß sein Antrag auch heute noch am Platze sei. Daß die Fische so zahlreich in der Oker verenden, erscheine ihm an sich kein so großes Unglück, wohl aber müßte die schlechte Beschaffenheit des Wassers, welche den Tod der Fische herbeiführte, Besorgniß erregen. Er würde auf die Stellung des Antrages verzichtet haben, nachdem Jemand von der Regierung zur Beobachtung des Okerzustandes ernannt worden, wenn sich hierdurch eine Aenderung zum Bessern gezeigt hätte.

Der Antrag wird genügend unterstützt der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIII. Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Canalisation eines offenen Okerarmes.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, die Canalisation des Okerarmes Lessingplatz-Stobenbrücke und Hagen-

markt-Wammelsburgerstraße einzuleiten, nöthigenfalls der Stadtverordneten-Versammlung geeignete Zwangsmaßregeln vorzuschlagen.“

Indem sich der Herr Antragsteller zur Begründung auf die dieserhalb gepflogenen mannigfachen Erörterungen in der Versammlung, der Presse &c. bezieht, bittet derselbe um Unterstützung des Antrages.

Auch dieser Antrag wird nach genügender Unterstützung zunächst der Statutencommission überwiesen.

XXIV. Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Abbruch der alten Husarenställe und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes.

Wie Herr Nieß zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Stadt-Magistrat zu ersuchen,

- a. die Reste der Husarenställe am Sandwege ohne Rücksicht auf spätere Käufer niederzulegen, den Platz einzuebnen und an der Grenze ordnungsmäßig mit einer Planke zu versehen;
- b. den oder die Eigenthümer des wüsten Platzes südwärts der Straße am Lessingdenkmale zur ordnungsmäßigen Instandsetzung des Platzes anzuhalten;“

aussührt, machen die Ueberbleibsel der Husarenställe am Sandwege einen schauerhaften Eindruck, namentlich nachdem der eine Theil dieser Ställe von der katholischen Gemeinde niedergelegt sei. Jedenfalls liege kein Grund vor, dieses alte Gerümpel an einer der belebtesten Stellen der Promenade noch länger zu conserviren. — Was sodann den anderen Theil des Antrages betreffe, so sei es geradezu eine Schande, an solchem Orte einen derartigen Zustand zu dulden; es müßte daher unbedingt auf Abhülfe Bedacht genommen werden.

Der Antrag findet ebenfalls genügende Unterstützung und geht der Finanzcommission zur Vorberathung zu.

XXV. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Beschaffenheit der Desinfectionsanstalt &c.

Zur Begründung der Anfrage:

„Sind die nöthigen Verbesserungen der städtischen Desinfectionsanstalt, besonders auch die nöthigen Fuhrwerke zum Transport der zu desinficirenden Gegenstände beschafft?“

trägt Herr Hauswaldt Folgendes vor: Wenn die Stadt Braunschweig auch glücklicherweise von der Cholera verschont geblieben sei, so herrsche dafür doch seit Kurzem die Diphtherie geradezu in epidemischer Form. Dieser schrecklichen Krankheit könne man aber ebenfalls nur vorbeugend durch Anwendung aller möglichen

Vorsichts- und Desinfectionsmaßregeln entgentreten, denn wenn erst einmal ein unglückliches Opfer von ihr ergriffen sei, wisse der Arzt ebensowenig wie bei der Cholera Rath. Aufgefallen sei ihm nun soeben auf dem Wege nach dem Sitzungsraume, daß der wahrscheinlich der Stadt gehörende Transportwagen nicht allein voll gepackt, sondern oben auf dem Deckel auch noch mit 3—4 Matrazen beschwert von einem Manne kümmerlich die Promenade entlang geschoben sei. Da nun die Matrazen aus einem Hause stammen, in welchem ein Todesfall an Diphtherie vorgekommen, so halte er eine solche Transportweise für äußerst gefährlich, namentlich, wenn man sehe, wie die Kinder auf dem Schulwege neben dem Wagen hergehen, nicht wissend, in welcher enormen Gefahr sie sich befinden. Er möchte daher wohl wissen, ob irgend welche Schritte unternommen seien, um einen großen verschließbaren Wagen zum Transporte von inficirten Gegenständen zu beschaffen. Ferner bitte er um Auskunft darüber, ob auch in der Desinfectionsanstalt selbst Verbesserungen getroffen seien derart, daß nicht mehr derselbe Wärter die Sachen aus dem Apparate nehme, welcher sie hineinthue. Wenn sich der Mann auch wasche, so liege in solchem Verfahren doch eine unendliche Gefahr. Endlich wolle er den, auch schon im Vereine für öffentliche Gesundheitspflege zum Ausdruck gebrachten Wunsch äußern, daß die für eine etwaige Cholera-Epidemie ausgebildeten Desinfectoren jetzt bei der hier herrschenden Diphtheritis-Epidemie in Thätigkeit treten möchten. Diese Einrichtung würde nach zwei Seiten hin von Vortheil sein. Einmal werde man dadurch erzielen, daß ordnungsmäßig desinficirt würde; denn wenn jetzt auch die wohlhabenden Leute die ihnen polizeilicherseits auferlegte Desinficirung ausführen lassen, so habe dieses doch bei den weniger bemittelten Ständen seine große Schwierigkeit und wenn es geschehe, so falle die Desinficirung meistens ungeheuer kläglich aus. Darum stoße man denn auch öfter auf die traurige Thatsache, daß aus einer solchen Familie in Folge Ansteckung mehrere Kinder hinter einander sterben, was unter anderen Verhältnissen vielleicht vermieden wäre. Außerdem erscheine es aber wünschenswerth, daß die angelernten Desinfectoren zu ihrer Belehrung praktisch arbeiten und dürfte es daher auch für sie von Vortheil sein, ihr Amt jetzt versehen zu können. Aus allen diesen Gründen bitte er um Auskunft, ob es nicht möglich und zweckmäßig wäre, die für die Cholera-Epidemie beschlossenen Maßregeln jetzt auch auf die Diphtherie-Epidemie auszudehnen, dergestalt, daß die Desinfectoren den Leuten — und zwar den Unbemittelten kostenfrei — zugesandt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt es für rein unmöglich, unvorbereitet auf derartige Fragen zu antworten. Er hätte wohl erwarten dürfen, daß einige Zeit vor der Sitzung einem Mitgliede des Magistrates Mittheilung von diesen Fragen gemacht wäre, damit Letzterer im Stande sei, an sachverständiger Stelle Erkundigungen über die Diphtherie-Epidemie und die zur Bekämpfung derselben

nöthigen Maßregeln einzuziehen. Es sei ihm absolut nicht möglich, eine Erklärung darüber abzugeben, jedoch wolle er Erkundigungen einholen. Der Apparat auf der Schneckenstertzwiese solle dazu dienen, die in insicirten Häusern befindlichen Sachen, welche dorthin zu schaffen seien, zu desinficiren, wie das früher im Krankenhause geschehen sei. Auch im Herzoglichen Krankenhause habe man wieder definitiv einen Desinfections-Apparat aufgestellt, jedoch wisse er nicht, ob dort auch noch Sachen zur Reinigung aus dem Publicum angenommen werden.

XXVI. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen des Standes der Vorarbeiten zur Gewinnung guten Trinkwassers.

Die Anfrage:

„Wie weit sind die Vorarbeiten behufs Gewinnung von gutem Trinkwasser für die Stadt fortgeschritten und welche Resultate haben die verschiedenen Versuche ergeben?“

begründet sich — wie Herr Hauswaldt ausführt — durch sich selbst. In der Bürgerschaft werde allgemein der Wunsch gehegt, zu erfahren, was in dieser Sache bisher geschehen sei. Er habe die Anfrage gestellt, um dem Magistrate Gelegenheit zu geben, sich hierüber zu äußern.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann im Allgemeinen den Lauf der Verhandlungen über die Trinkwasserfrage mittheilen. Zu Ende des vorigen oder zu Anfang dieses Jahres habe der Magistrat Herrn Professor Kloss von der technischen Hochschule um ein Gutachten über die Trinkwasser-Versorgung der Stadt und insbesondere um Auskunft über die Frage gebeten, ob es wahrscheinlich oder doch möglich sei, daß in der Stadt selbst oder in deren unmittelbarer Umgebung gutes Trinkwasser in genügender Quantität aufgeschloffen werden könnte. Darauf sei dem Magistrate ein äußerst werthvolles Gutachten erstattet, die Beantwortung der Specialfrage aber einstweilen ausgesetzt, mit Rücksicht darauf, daß es dem sachverständigen Herrn erforderlich erschienen sei, zunächst eine bacteriologische und chemische Untersuchung der Tiefbrunnen vorzunehmen. Derartige Untersuchungen haben nun durch die Professoren Blasius und Beckurts stattgefunden und werde man nach dem Ergebnisse derselben wohl kaum daran denken können, innerhalb der Stadt Tiefbohrungen mit Erfolg auszuführen. Auch die Zuflußmenge der Tiefbrunnen in der Nähe des Wasserwerkes biete nach Ansicht der Sachverständigen keinen besonderen Anlaß, hier Tiefbohrungen anzuordnen. Daneben sei der Oberingenieur Mitgau beauftragt, sich darüber zu informiren, ob vielleicht in der Umgegend der Stadt außerhalb des Stadtbezirks Tiefwasser aufgeschloffen werden könne. Ueber diese Frage habe nun Herr Mitgau einen sehr ausführlichen Bericht erstattet, welcher indessen erst am Morgen des Sitzungstages zu den Händen

des Magistrates gelangt und ihm daher noch nicht genau bekannt sei. Er könne daraus nur mittheilen, daß die Hoffnung bestehe, einen wenn auch verhältnißmäßig nicht bedeutenden Theil des städtischen Wasserbedarfs ohne unverhältnißmäßige Opfer und mit geringen Mitteln beschaffen zu können. Das Weitere hierüber werde der Versammlung später mitgetheilt werden.

XXVII. Selbstst. Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, in den Theiletat des ersten Vierteljahres 1893 eine Summe von 2000 M aufzunehmen für Bepflanzung weiterer Straßen der Außenstadt mit Bäumen.“

Wie Herr Hauswaldt ausführt, würde er den Antrag, die fragliche Summe in den Theiletat aufzunehmen, nicht gestellt haben, wenn solches nicht nothwendig wäre, sofern man im nächsten Jahre mit dem Anpflanzen der Bäume beginnen wolle, denn diese Arbeit müsse schon im März ausgeführt werden. In anderen großen Städten finde man Straßen vor den Thoren ohne grüne Bäume überhaupt nicht, nur hier liege eine große Anzahl der Straßen in fortwährendem Sonnenbrande, obwohl es in der Außenstadt eine ganze Menge Straßen gebe, welche breit genug seien, um eine doppelte Reihe von Bäumen wie Platanen, Rothdorn u. aufnehmen zu können, ohne daß der Verkehr darunter leide. Es liege ihm daran, nicht nur die neu zu bebauenden Straßen mit Bäumen bepflanzt, sondern dieses auch in den schon bestehenden Straßen nachgeholt zu sehen. Wenn die Versammlung mit dem Antrage im Princip einverstanden wäre, würde er alljährlich mit einer gleichen Anregung wieder hervortreten. Auf die Vortheile und Annehmlichkeiten, welche die Durchführung des Antrages in sich schloße, noch weiter hinzuweisen, möchte überflüssig sein. Er bitte daher dringend, den Antrag zu unterstützen, damit namentlich die außenstädtischen Straßen nicht länger des Baumschmuckes entbehren.

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XXVIII. Anfrage des Herrn Lange wegen der Neuregelung des Nachtwachwesens.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie weit ist die Neuregelung unseres Nachtwachwesens gebiehen?“ bemerkt Herr Lange, daß die zum 1. Juli d. Js. in Aussicht genommene Neuregelung des hiesigen Nachtwachwesens wahrscheinlich durch erhebliche Gründe

bislang verzögert sei. Indessen bringe die in letzter Zeit wieder vorgekommene ungeheure Anzahl von Diebstählen und Einbrüchen neue Beunruhigung in die Bürgerschaft und veranlasse ihn, um Aufklärung darüber zu bitten, wie weit die Sache gediehen sei und wann auf eine endgiltige Durchführung der Neuregelung gerechnet werden könne.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Magistrat s. B. auf Grund der mit der Versammlung getroffenen Vereinbarungen einen Entwurf über die zukünftige Gestaltung des Nachtwachdienstes ausgearbeitet und diesen der Herzoglichen Polizei-Direction mit dem Ersuchen zugesandt habe, nunmehr eine Anweisung für die Nachtwächter zu erlassen. Die Herzogliche Polizei-Direction habe sodann diesen Entwurf dem Herzoglichen Staatsministerium eingesandt und — wohl mit Rücksicht auf die im preussischen Landtage geführten bezüglichen Verhandlungen — zur Erwägung verstellt, ähnlich wie in Preußen vorzugehen und das Nachwachwesen vollständig in die Hände der Herzoglichen Polizei-Direction zu geben, unter Heranziehung der Stadt mit einem bestimmten Beitrage zu den erwachsenden Kosten. Vom Herzoglichen Staatsministerium sei darauf der Magistrat zur Aeußerung hierüber aufgefordert. Für diesen sei es indessen nicht leicht gewesen, hierauf eine Antwort zu ertheilen, da er gewisse Unterlagen hätte dafür haben müssen, in welcher Weise sich die Herzogliche Polizei-Direction die Einrichtung gedacht habe. Auf eine dieserhalb gestellte Frage habe der Magistrat die Antwort erhalten, daß die Herzogliche Polizei-Direction plane, Patrouillen gehen zu lassen, Posten zu stellen und Wachen einzurichten, während sie sich ihre Entschließungen hinsichtlich der näheren Einrichtung noch vorbehalten müsse. Diese Antwort sei dem Magistrate nicht ausreichend gewesen, weil er aus derselben nicht genügende Garantien hätte schöpfen können, wenn ihm auch sonst der Vorschlag zugesagt haben würde. Da es hier ganz wesentlich auf den Kostenpunkt ankomme, so hätte der Magistrat gern die Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums darüber gekannt, ob die staatsseitig zu tragenden Kosten so hoch bemessen würden, daß der Stadtverwaltung nicht eine erhebliche Mehrausgabe bevorstände. Durch diese Umstände haben sich die Verhandlungen verzögert und seien die letzten Schritte erst in diesen Tagen geschehen. Vielleicht könnte allerdings mit Rücksicht auf die der Stadt drohende Gefahr, daß sich bei dem hereinbrechenden Winter die Einbrüche wieder mehren, eine Aenderung des jetzigen Zustandes insofern eintreten, daß die augenblickliche Zahl des Nachtwächtercorps um diejenige Anzahl vermehrt würde, um welche auch der Magistrat, wenn er die anderweite Organisation durchzuführen gehabt hätte, eine Vermehrung eintreten gelassen haben würde. Außerdem hege der Magistrat die Absicht, an die Herzogliche Polizei-Direction das Ersuchen zu richten, auch insofern auf eine neue Organisation Bedacht zu nehmen, als die jetzige Bezirkszahl um das Doppelte oder Dreifache vermehrt und sodann

jeder Bezirk nur von einem Wächter begangen werde. Der Magistrat habe, nachdem diese Punkte bereits mündlich verhandelt, schon einen bezüglichen Antrag der Herzoglichen Polizei-Direction erwartet. Da ein solcher aber bislang nicht eingegangen sei, so habe auch der Versammlung eine Vorlage darüber noch nicht gemacht werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hinsichtlich der mit der Herzoglichen Polizei-Direction gepflogenen mündlichen Verhandlungen den eben gehörten Mittheilungen noch einige Ergänzungen hinzufügen. Der Magistrat habe der Polizei-Direction anheimgegeben, bei ihm den Antrag zu stellen, die Zahl der Nachtwächter zum 1. October d. Js. bis zu 10 zu vermehren und gleichzeitig die Nachtwächter zu bezeichnen, welche wegen hohen Alters oder wegen Gebrechlichkeit nicht mehr fähig seien, ihren Dienst ordnungsmäßig auszuführen. Diese Aenderung würde finanziell noch in dem Rahmen liegen, welcher durch den Etat des laufenden Jahres gezogen sei. Er möchte darum die Versammlung um die Ermächtigung bitten, von der Etatsposition innerhalb der angedeuteten Grenzen Gebrauch machen zu dürfen, anderenfalls würde mit der Pensionirung und Ersetzung der dienstunfähigen Nachtwächter bis zur nächsten Sitzung gewartet werden müssen. Die Versammlung habe sich mit dieser Aenderung im Princip schon einverstanden erklärt und der Magistrat werde sich innerhalb der im Etat ausgeworfenen Summe halten, nur habe er sich vorbehalten, dieselbe noch speciell anzufordern, was hiermit geschehen sein solle.

Herr Rieke will dem Antrage gern zustimmen, da durch denselben die Hoffnung erweckt werde, daß die schon so lange erstrebten Verbesserungen im Nachtwachwesen noch in diesem Jahrhundert zur Durchführung kommen. Man könne sich übrigens nicht wundern, daß diese Sache so lange währe, denn wenn so viele Behörden damit zu thun haben, müsse die Erledigung einen schleppenden Gang annehmen. Es sei auch im Interesse der alten Nachtwächter selbst, welche theilweise ein halbes Jahrhundert die Straßen durchkrochen haben, zu wünschen, daß sie in Ruhe ihren Lebensabend beschließen können, nur müßte denselben eine Pension gegeben werden, welche ihnen ermöglichte, ihren Haushalt in bisheriger Weise fortzusetzen und dazu reiche ein Betrag von jährlich 72 M in keiner Weise aus.

Die vom Magistrate geforderten Mittel werden darauf von der Versammlung gewährt.

XXIX. Selbst. Antrag des Herrn Hauswaldt auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis.

Der von Herrn Hauswaldt, unter Zurückziehung der Anfrage zu A2 XXV der Tagesordnung, eingereichte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, alle die Maßregeln, welche zum Schutze gegen die Cholera: Desinficirung von Gegenständen, welche mit Cholera-kranken in Berührung gekommen sind, ferner Desinficirung der Wohnungen selbst, beschlossen sind, jetzt auf die Diphtheritis auszudehnen.“

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung zu.

XXX. Anfrage des Herrn Lange wegen der Beschaffung guten Trinkwassers durch eine auswärtige Gesellschaft.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, Mittheilung zu machen über das ihm von einer auswärtigen Gesellschaft gemachte Anerbieten, uns gutes Trinkwasser in genügender Quantität zu beschaffen?“

führt Herr Lange Folgendes aus: Die Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt lassen erkennen, daß einige Versuche nach dieser Richtung gemacht seien, welche indessen ein günstiges Resultat nicht zu haben scheinen. Darum sei es wohl leicht begreiflich, daß sich in der Bürgerschaft eine große Freude geltend mache, sobald sich die Möglichkeit biete, Wasser zu erhalten und sich dabei von der Oker thunlichst unabhängig zu machen. Vor einiger Zeit sei nun durch die Zeitungen die Mittheilung gegangen, daß dem Magistrate von einer auswärtigen Gesellschaft ein annehmbares Anerbieten gemacht sei, gutes Trinkwasser in ausreichender Quantität zu beschaffen. Diese Mittheilung habe ihn veranlaßt, den Magistrat um Auskunft über die Angelegenheit zu bitten. In der Bürgerschaft sei man freudig erregt gewesen, daß wenigstens eine Möglichkeit vorhanden sein solle, gutes Trinkwasser zu erhalten und werde es sehr beruhigend wirken, wenn die Bürgerschaft erfahre, daß das Gerücht sich bestätige.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Vor längeren Monaten sei an den Magistrat von einem hiesigen Bürger eine Eingabe gelangt, welcher im angeblichen Auftrage von Unternehmern mitgetheilt habe, es werde der Stadt die Lieferung von Trinkwasser in genügender Quantität — von Qualität sei dabei seines Wissens nicht die Rede gewesen — angeboten unter der Voraussetzung, daß die Stadt sich verpflichte zur Entnahme eines bestimmten Minimalquantums zu einem Einheitspreise von 5 Pfennigen. Auf diese recht kurze und ziemlich dürftige Offerte sei eigentlich eine Entschließung zu treffen nicht möglich gewesen, trotzdem habe der Magistrat die Offerte dem Obergeringieur Wittgau mitgetheilt. Der betr. Herr habe jetzt seine Offerte erneuert unter der Erklärung, daß die Herren bereit seien, auch jetzt noch das Wasser zu den vorstehenden Bedingungen nach dem Wasserwerke zu liefern, worauf ihm erwidert worden, daß der Magistrat jetzt absolut nicht in der Lage sei, eine bindende

Erklärung abzugeben. Was den Preis anlange, so könne jetzt die Stadt nach der Ansicht des Oberingenieurs Mitgau das Wasser in ausgezeichnete Qualität zum Einheitspreise von 2,52 \mathcal{M} beschaffen, während hier 5 \mathcal{M} , also fast das Doppelte gefordert werde. Nun wisse man auch nicht, woher diese Gesellschaft das Wasser nehmen wolle, jedoch vermuthete er, daß sie es daher nehmen wolle, wo auch die Stadt es zu finden hoffe und dann könne die Stadt das Geld selbst verdienen. (Heiterkeit.)

XXXI. Anfrage des Herrn Lange wegen der Reconstruction der Thurmuhren.

Zur Begründung der Frage:

„Wie weit ist die Reconstruction der Thurmuhren gediehen?“

hebt Herr Lange hervor, daß die Sache nun schon einige Jahre die Versammlung beschäftige. Herr Stadtrath Ketemeyer habe bei einer früheren Gelegenheit einmal erklärt, es seien Schwierigkeiten bei der Ausführung aufgetreten, welche damals schon überwunden sein sollten. Darüber sei nun wieder ein Jahr hingegangen und lasse die fortwährende Verzögerung doch die Vermuthung aufkommen, daß es sich um Schwierigkeiten handle, welche überhaupt nicht zu überwinden seien. Wenn dem aber so sei, dann sollte man endlich mit der Central-Uhren-Gesellschaft in Berlin abbrechen und mit einem anderen Unternehmer anknüpfen.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde diesen Ausweg für den schlechtesten halten. Die Sachverständigen haben übereinstimmend erklärt, daß die Gesellschaft das beste System vertrete und sei insbesondere von dem Director der Berliner Sternwarte, Professor Dr. Förster, gerade dieses System zur Annahme empfohlen. Inzwischen seien nun zwei Thurmuhren fertig, während die dritte Uhr in der Catharinenkirche sich in Arbeit befinde. Es müsse zugegeben werden, daß die Sache leider sehr langsam gehe, indessen habe der Magistrat das Seinige gethan, um dieselbe zu fördern. Von der Gesellschaft werde geklagt, daß sie mit Arbeit überhäuft werde und daher nicht in der Lage sei, schneller zu arbeiten. Jedenfalls möchte es sich aber nicht empfehlen, mit der Gesellschaft jetzt zu brechen, jedoch solle an dieselbe noch einmal ein energisches Schreiben abgesandt werden, welches hoffentlich zur Beschleunigung beitragen werde.

Die öffentliche Sitzung wird damit geschlossen.

In vertraulicher Sitzung fragt zunächst Herr G ü n t h e r an, ob an maßgebender Stelle etwas davon bekannt sei, daß in der Stadt Braunschweig eine Diphtherie-Epidemie herrsche. Wenn Behauptungen, wie sie Herr Hauswaldt hingeworfen, unwidersprochen bleiben, so könnte leicht der Verdacht rege werden, daß eine solche Epidemie hier vorhanden sei, aber vom Magistrat oder einer anderen Behörde verschwiegen werden solle. Sofern aber wirklich hier eine Epidemie herrsche, müsse dieselbe sofort energisch bekämpft werden. — Da vom Magistrats-

tische hierüber eine Auskunft nicht ertheilt werden kann, die Besprechung einer Anfrage aber nach der Geschäftsordnung unzulässig ist, so wird die Sitzung auf kurze Zeit vertagt. Während der Vertagung theilt Herr Blasius mit, daß in der letzten Woche 2 Todesfälle an Diphtherie vorgekommen seien und in der vorletzten Woche ein Todesfall. Das entspreche aber leider einer normalen Diphtheritis-Sterblichkeit während der jetzigen Jahreszeit. Wenn nun auch in den letzten Tagen drei Todesfälle in hiesigen bekannten Familien vorgekommen seien, so sei ihm doch noch nicht bekannt, daß hier eine ausgebreitete Diphtherie-Epidemie herrsche. Nachdem noch Herr Hauswaldt bemerkt hatte, daß zwei hiesige Aerzte je 7—8 Diphtheritisfälle zu behandeln hätten und die Krankheit hier jedenfalls stark verbreitet sei, wird die vertrauliche Sitzung wieder eröffnet.

Zunächst genehmigt die Versammlung die Niederschlagung einer Abgabe zur Armen- und Begebetterungscasse, wählt darauf den bisherigen zweiten Schlachthaus-Thierarzt Karl Meyer zum ersten Schlachthaus-Thierarzt, sowie die Herren Lotterie-Haupt-Collecteur Kohlstock, Kaufmann Baumgarten und Procurist Brandt zu Armenpflegern und an Stelle des Herrn Pastor Hasenclever Herrn Regierungsrath Rudloff zum Bezirks-Vorsteher. Endlich wird noch das Verzeichniß III von Gemeindesteuer-Reclamationen erledigt.

Schluß 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. October 1892.

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oker- Verunreinigungen	Seite 251
II. Desgleichen auf Canalisation eines offenen Okerarmes	" 253
III. Desgleichen auf Abbruch der alten Husarenkälle und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes	" 253
IV. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen	" 254
V. Desgleichen auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis	" 254
VI. Versicherungspflichtigkeit der Handlungsgeschülten	" 255
VII. Theilortsbauplan der westlichen Außenstadt	" 256
VIII. Erwerb einer Straßenfläche am Bohlwege	" 256
IX. Herleiung von Canalisationskosten	" 256
X. Heranziehung der Militärpersonen zur Communalsteuer	" 257
XI. Erwerb einer Straßenfläche „vor der Burg“	" 257
XII. Beleuchtung des Zeichensaales der Oberrealschule	" 257
XIII. Vorschriften für das Schlafgängerwesen etc.	" 258
XIV. Austausch von Straßenflächen am Damme und Kattreppeln	" 259
XV. Aufnahme eines Processes	" 259
XVI. Anfrage des Herrn Fiedel wegen der Auffüllung des Bürgerparkes	" 259

XVII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Beschaffung transparenter Zifferblätter.	Seite 260
XVIII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung von Schulärzten	261
XIX.	Desgleichen auf Instandsetzung des Marstalles	262
Vertraulich:		
	Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.	
	Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	262

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister. Später erscheinen noch die Herren Stadträthe Heymann und Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Blasius, Bültmann, Reiche, Rudeloff und Wille.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Der Schneidermeister Carl Bagmann bittet die Versammlung, dahin zu wirken, daß die Canalisirung des hinter dem Schlosse und der Langedammstraße hinglehenden Oergrabens wegen des diesem entströmenden widrigen Geruches baldigst angeordnet werde. Da ein gleiches Gesuch auch an den Magistrat gerichtet ist, so wird die Eingabe dem bisherigen Brauche entsprechend an den Magistrat abgetreten.
- 2) Der Magistrat theilt der Versammlung mit, daß er nicht in der Lage sei, dem in der Sitzung vom 28. April d. J. (Seite 101 des Protocolls) an den Magistrat gerichteten Ersuchen um Ankauf des Hauses Maschstraße Nr. 35 zu entsprechen, weil die Beseitigung dieses Hauses lediglich eine Verschiebung des zur Zeit durch das Vorspringen jenes Gebäudes gebildeten Winkels zur Folge haben würde, während gründliche Abhülfe nur durch ordnungsmäßigen Ausbau der zwischen der Wehrstraße und der Straße hinter der Masch gelegenen Theilstrecke der Maschstraße würde erzielt werden können. Die durch diesen Ausbau erwachsenden und von der Städtischen Bauverwaltung zu 63 310 M. veranschlagten Kosten seien aber so hoch, daß dem Magistrate die Aufwendung derselben z. B. umso weniger angängig erscheine, als ein dringendes Bedürfniß, jenen Ausbau sofort in Angriff zu nehmen, nicht vorliege und der von der Eigentümerin des fraglichen Grundstückes geforderte Preis auch als ein geringer nicht bezeichnet werden könne.

Sodann wird das Protocoll Nr. 8 zur Genehmigung verstellt.

Herr Stadtrath Ketemeyer giebt anheim, bei dem Punkte XII. der Tagesordnung (Seite 198) das Referat dahin richtig zu stellen, daß der Magistrat die Verpachtung des Landstreifens am Dom-Friedhofe bis auf Weiteres — nicht aber auf zehn Jahre — beantragt habe und solches auch inzwischen geschehen sei. Eine Verpachtung auf zehn Jahre habe die Städtische Bauverwaltung in ihrem Berichte in Vorschlag gebracht.

Das Protocoll wird darauf angenommen.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beseitigung der Oker-Verunreinigungen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hat die Statutencommission diesen, in der letzten Sitzung gestellten Antrag (Seite 239 des Protocolls) berathen und ist hierbei zu folgendem Antrage gekommen:

„In Anbetracht, daß z. B. seitens der städtischen und staatlichen Behörden Ermittlungen darüber angestellt werden, wo und von wem dauernde Verunreinigungen der Oker innerhalb des städtischen Gebietes stattfinden und daß in Aussicht gestellt ist, überall da, wo Canäle bereits liegen, den Anschluß an dieselben möglichst rasch zu veranlassen — geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“

Hiermit habe sich auch der Herr Antragsteller einverstanden erklärt. Die Commission sei bei ihrem Antrage von der Erwägung ausgegangen, daß man z. B. eine vollständige Abhilfe der durch die Oker-Verunreinigungen hervorgerufenen Unannehmlichkeiten nicht erwarten könne, da die Canalisation der ganzen Stadt noch nicht vollständig durchgeführt sei und verschiedene Etablissements ihren Betrieb schließen müßten, sofern jede Verunreinigung unterbleiben solle.

Herr Nieß bemerkt, er habe sich in der Sitzung der Statutencommission überzeugt, daß sich im Augenblicke und vor Allem mit irgend welcher Aussicht auf Beschleunigung nichts in der Sache machen lasse. Er habe sich, wenn auch mit Bedauern, überzeugen müssen, daß es keinen anderen Weg gebe, als die Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit möchte er indessen die Anfrage an den Magistrat richten, wann derselbe mit der Anlage der Pumpstation vorzugehen gedenke. Die Anlage der Rieselfelder lasse sich erst dann in Angriff nehmen, wenn die Pumpstation fertiggestellt sei, darum müsse an diese zuerst gedacht werden. Da nun der Bericht der Bauraths Hobrecht eingegangen sei und der Vorschlag des Oberingenieurs Mitgau lobende Anerkennung und Zustimmung im Magistrate gefunden haben solle, so sei es möglich, daß sich der Magistrat darüber erklären könnte.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß das Rieselssystem von dem Magistrate und der Versammlung bislang nur im Principe genehmigt sei und es jetzt, nach dem Eingange des Hobrecht'schen Gutachtens, darauf ankommen müsse, die Rieselfelder zu erwerben und gleichzeitig die Vorbereitungen zur Errichtung der Pumpstation zu treffen. Der Zeitpunkt, an welchem diese Arbeiten in Angriff genommen werden — vorausgesetzt, daß die Verieselung überhaupt zur Ausführung gelange — lasse sich noch nicht absehen, noch viel weniger aber die Vollendung der Arbeiten. Wenn die Stadt nicht noch auf besondere Schwierigkeiten stoße, werde sie mit den Vorbereitungen schon binnen Jahresfrist beginnen können.

Herr Kiefe ist der Ansicht, daß die Wolters'sche Brauerei vor dem Augustthore viel zur Verunreinigung der Oker beitrage, da man Morgens und Abends die Nebel aus dem übelriechenden Abzugsgraben aufsteigen sehen könne. Bei solcher Verunreinigung, der energisch gesteuert werden müsse, sei es kein Wunder, wenn man kein gutes Trinkwasser erzielen könne, so lange das Wasserwerk auch unterhalb Eisenbüttels Wasser aus der Oker entnehmen müsse. Die Fabriken solle man an zuständiger Stelle anhalten, Terrain zur Anlage von Bassins zu erwerben, damit aus denselben nur reines Wasser in die Oker fließe. Die Stadt habe darauf zu sehen, daß sie trinkbares Wasser erhalte.

Herr Stadtrath Ketemeyer möchte bezweifeln, daß von der Wolters'schen Brauerei unreines Wasser in die Oker ablaufe, da das Etablissement schon seit mehreren Jahren an das Canalnetz angeschlossen sei. Das Wasser, welches die Brauerei oberhalb Eisenbüttels aus der Oker entnehme, laufe über die Eismaschine und komme dann warm, aber rein wieder heraus, so daß sich das Dampfen des Grabens hieraus leicht erkläre. Wenn der Untergrund des Grabens zuweilen noch flockig sei, so liege dieses wohl daran, daß früher in denselben sehr viel Unreinlichkeiten hineingekommen seien und der Graben noch einmal gereinigt werden müsse. Die weitere Frage des Herrn Kiefe regle sich durch das Entwässerungsstatut, von welchem die Versammlung wohl nicht abzuweichen gedente.

Herr Halle richtet die Anfrage an den Magistrat, ob es nicht angängig sei, die Pläne und Berechnungen des Oberingenieurs Wittgau nebst den Begutachtungen des Bauraths Hobrecht zu veröffentlichen, da dieses bei der ungeheuren Bedeutung der Sache zweckmäßig erscheinen möchte. Er stehe der in Aussicht genommenen Verieselung noch etwas mißtrauisch gegenüber, da auch die Berliner Berichte über die dort gezüchteten Sachen durchaus nicht verlockend genannt werden könnten. Jedenfalls würde es sehr am Platze sein, wenn man alle Pläne früh genug veröffentlichten wollte, um darüber die öffentliche Meinung zu hören.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Veröffentlichung erfolgen könne, sobald die Vorlage an die Versammlung gehen werde.

Der Gegenstand wird damit als erledigt betrachtet.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Canalisation eines offenen Okerarmes.

Dieser in der letzten Sitzung gestellte Antrag (Seite 239 des Prot.) ist ebenfalls von der Statutencommission vorberathen und hat dieselbe — wie der Herr Vorsitzende berichtet — als Ergebniß ihrer Berathungen folgenden Antrag zu stellen:

„In Anbetracht, daß binnen Kurzem nach Fertigstellung des Canals an der Verbindungsstraße Reichenstraße-Wendenstraße die Hauptverunreinigung des Burgmühlengrabens aufhören wird und unbedeutendere Canäle, wie die aus Reichenstraße, Hagenbrücke, Südstraße möglichst bald, spätestens im Jahre 1893 dem Canalneße zugeführt werden sollen — geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“

Nach Durchführung der Canalisation in dem erwähnten Umfange werde der Canal nichts anderes mehr sein, als ein Okerarm, auf welchen die Bestimmungen wegen des Verbots der Flußverunreinigungen Anwendung zu finden haben.

Die Sache ist damit erledigt.

III. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Abbruch der alten Husarenkälle und auf Instandsetzung eines Theiles des Lessingplatzes.

Der gleichfalls in der letzten Sitzung gestellte Antrag (Seite 240 des Prot.) ist von der Finanzcommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Natalis: Die in Rede stehenden Stallungen liegen nördlich von dem der katholischen Gemeinde gehörenden Pavillon und dehnen sich in einer Länge von rund 60 m aus. Hiervon habe die Stadt etwa 20 m an die katholische Gemeinde unter der Bedingung verkauft, daß die Ställe erst dann niederzureißen seien, wenn die im Besitze der Stadt verbleibenden Theile niedrigerissen werden, damit der Anblick durch einen theilweisen Abbruch nicht noch mehr verunschönert werde. Ueber den Verkauf der im Besitze der Stadt befindlichen ca. 40 m langen Stallreste seien schon mit dem Rentner Quidde Verhandlungen gepflogen, welche auf Grund mündlicher Vereinbarung schon ziemlich abgeschlossen, im letzten Augenblicke indessen wieder abgebrochen seien. Seitdem befinden sich aber anderweite Combinationen im Gange, durch welche die ganze Angelegenheit hoffentlich in Kürze ihre Erledigung finden werde. Wenn nun die jetzige Ansicht der Ställe auch nicht schön zu nennen sei, so habe sich dieselbe seit beinahe einem halben Jahrhundert aber auch — abgesehen von einigen zerbrochenen, durch Bretter vernagelten

Fensterstreiben — nicht verschlechtert und werde man sich mit diesem Anblicke wohl noch kurze Zeit behelfen können. Außerdem würden aber auch die hinter den Ställen liegenden Gebäude der Friesenstraße, welchen theilweise sogar eine eigene Wand fehle, keinen besseren Anblick gewähren. Wollte man zur Verdeckung der entstehenden Lücke eine Bretterplanke ziehen, so müßte dieselbe außerordentlich hoch werden, ohne daß dadurch der Anblick sich verschönere. Unter der Zustimmung des Antragsstellers mache die Commission daher den Vorschlag, den Antrag einstweilen auf sich beruhen zu lassen, bis der in Aussicht stehende Verkauf des Terrains perfect geworden sein werde.

Was den zweiten Theil des Antrages betreffe, so habe sich die Commission mit demselben nicht befaßt, weil der fragliche Platz z. B. schon umgegraben, geebnet und hoffentlich die dortige Wüsteney bald in eine hübsche Anlage verwandelt werde.

Herr Nieß will hierzu noch bemerken, daß der Eigenthümer des Platzes sich, wahrscheinlich in Folge des Antrages, veranlaßt gesehen haben solle, den Platz in Stand zu setzen.

Der Antrag ist damit in seinen beiden Theilen erledigt.

IV. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Uhde diesem in der letzten Sitzung gestellten Antrage (Seite 243 des Prot.) insofern angeschlossen, als sie beantrage,

„den Magistrat zu ersuchen, Baumpflanzungen an solchen Straßen, für welche es wünschenswerth erscheine, vorzunehmen und in den Theiletat für das erste Vierteljahr 1893 eine Summe von 2000 M. für den Fall aufzunehmen, daß es angängig oder erwünscht sei, solche Anpflanzungen schon im nächsten Frühjahr zu machen.“

Der Antragsteller sei mit dieser Fassung einverstanden.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

V. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Schutzmaßregeln gegen die Diphtheritis.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hat die Statutencommission den gleichfalls in der letzten Sitzung gestellten Antrag (Seite 245 des Prot.) durchberathen und beschlossen, der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

„In Anbetracht, daß bereits die Bestimmung getroffen ist, daß Gegenstände von Diphtheritisfranken eventuell unentgeltlich in der Desinfectionsanstalt an der Schneckenfertzwiefe desinficirt werden und Desinfectoren

zur Desinfection der Wohnungen bei Diphtheritiserkrankungen ausgebildet sind — geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“

Auch der Antragsteller habe sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt, nachdem ihm mitgetheilt worden, welche Maßregeln getroffen seien und daß der von ihm wahrgenommene Transport keineswegs ein officieller, sondern ein rein privater gewesen sei.

Der Antrag hat damit seine Erledigung gefunden.

VI. Versicherungspflichtigkeit der Handlungsgehilfen.

Durch das Statut *N* 40 vom 9. Juni 1884 sind in hiesiger Stadt Handlungsgehilfen für krankenversicherungspflichtig erklärt, sofern ihr Gehalt $6\frac{2}{3}$ M für den Arbeitstag nicht übersteigt. Die am 1. Januar 1893 in Kraft tretende Novelle des Krankenversicherungsgesetzes enthält nun die Bestimmung, daß Handlungsgehilfen und Lehrlinge der gesetzlichen Versicherungspflicht unterliegen, sofern durch Vertrag die ihnen nach Artikel 60 des deutschen Handelsgesetzbuches zustehenden Rechte auf Fortgewährung des Gehalts und Unterhalts für sechs Wochen aufgehoben oder beschränkt sind und sofern außerdem ihr Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt $6\frac{2}{3}$ M für den Arbeitstag oder 2000 M für das Jahr nicht übersteigt. Daneben kann statutarisch die Versicherungspflicht auch für diejenigen Handlungsgehilfen und Lehrlinge ausgesprochen werden, deren handelsrechtliche Ansprüche die oben erwähnte Beseitigung oder Beschränkung nicht erfahren haben. Es erscheint dem Magistrat zweckmäßig, die Handlungsgehilfen und Lehrlinge innerhalb der angeführten Gehaltsgrenze in Zukunft einheitlich der Vortheile des Krankenversicherungszwanges theilhaftig werden zu lassen. In demselben Sinne hat sich der gutachtlich gehörte Vorstand des hiesigen kaufmännischen Vereins „Union“ geäußert und dabei hervorgehoben, daß bei dem häufigen Stellenwechsel der fraglichen Personen anderenfalls die Durchführung der Versicherung auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Es kommt hinzu, daß auch die Invaliditäts- und Altersversicherung der Genannten ohne die obige Unterscheidung erfolgt ist. — Der Magistrat legt nun der Versammlung den Entwurf eines entsprechenden Abänderungsstatuts mit dem Ersuchen um Genehmigung desselben vor, indem daran noch folgende Bemerkungen geknüpft werden: 1) Die Handlungsgehilfinnen waren bislang zwar durch keine ausdrückliche Bestimmung des Statuts der Versicherungspflicht unterworfen, sie mußten aber nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen unter dem Ausdruck „Handlungsgehilfen“ mit verstanden werden; es wird daher die Fassung „Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge beiderlei Geschlechts“ empfohlen. 2) Der §. 4 des Statuts *N* 40 ist im Hinblick auf §. 2 Absatz 2, §. 54 Absatz 1 der Novelle zu streichen. Die Vorschriften in §§. 49 ff der Novelle über An- und

Abmeldung, Beitragszahlung und dergl. finden fortan kraft Gesetzes auf die betr. Personen Anwendung, so daß es einer statutarischen Bestimmung über diesen Punkt nicht mehr bedarf.

Die Statutencommission befindet sich im Einverständniß mit diesen Vorschlägen und giebt durch Herrn Wolf II der Versammlung anheim, ihre Zustimmung hierzu zu ertheilen,
was geschieht.

VII. Theilortsbauplan der westlichen Außenstadt.

Der Magistrat legt den zufolge Beschlusses der Versammlung vom 1. September d. Jz. (Seite 194 des Prot.) ausgearbeiteten anderweiten Ortsbauplan der westlichen Außenstadt mit dem Bemerkten zur Genehmigung vor, daß er dem Beschlusse der Versammlung zugestimmt habe.

Der Ortsbauplan wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, nunmehr genehmigt.

VIII. Erwerb einer Straßenfläche am Bohlwege.

Von den beiden Grundstücken des Hof-Schirmsfabrikanten Herm. Böhle sind dem Bohlwege 1,1 qm zuzulegen, während den Grundstücken selbst 0,1 qm anzuschneiden ist. Dem Antrage des Magistrates, zu genehmigen, daß an Böhle für den überschießenden 1 qm 200 M gezahlt werden,

stimmt die Versammlung zu, nachdem auch Herr Uhde namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

IX. Verleihung von Canalisationskosten.

Bei der Herzoglichen Kreisdirection ist von betheiligter Seite der Antrag gestellt, den Anwohnern des Oergrabens zwischen dem Waisenhause und der ehemaligen Stobenbrücke die Canalisirung dieses Grabens auf ihre Kosten unter der Bedingung zu gestatten, daß den Anliegern das dadurch zu gewinnende Terrain eigenthümlich überwiesen werde. Auf Antrag des Hutfabrikanten Schulze ersucht nun der Magistrat um die Ermächtigung, die von Schulze aufzuwendenden Kosten im Betrage von 1550 M diesem auf längstens drei Jahre unter der Bedingung vorzuschießen, daß das Capital der Stadt seitens des p. Schulze mit 4 % verzinst und ausbedungen werde, daß das Eigenthum derjenigen Theilfläche, welche im Falle der Canalisation des Grabens dem Schulze'schen Grundstücke zugelegt wird, auf Schulze nicht eher übergeht, als bis derselbe die fraglichen 1550 M nebst Zinsen der Stadt zurückbezahlt haben wird.

Die von Herrn Wolff I namens der Finanzcommission beantragte Genehmigung des Antrages wird von der Versammlung beschloffen.

X. Heranziehung der Militärpersonen zur Communalsteuer.

Bei der Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke dürfen die mit Pension zur Disposition gestellten und die verabschiedeten Officiere zu den communalen Abgaben äußerstenfalls bei Besoldungen von 750–1500 M nicht mehr als zu $1\frac{1}{2}\%$, und bei höheren Besoldungen nicht mehr als zu 2% des Gesamtdienst Einkommens herangezogen werden. Wenn diese Vorschrift schon früher bezüglich der Einkommen bis 1500 M der Durchführung des von der Versammlung am 1. November 1877 gefaßten Beschlusses: „Wo eine Militärpension neben anderweitigem Einkommen zu besteuern ist, wird Beides nach seinem vollen Ertrage zusammengerechnet und ermittelt, welcher Procentsatz für ein solches Einkommen zur Anwendung kommt. Nach Abzug der steuerfreien Hälfte der Militärpension von dem gesammten Einkommen wird auf den bleibenden Rest dann jener Procentsatz erhoben“, entgegenstehen konnte, so wird solches nach der Einführung einer Steuerscala bis 6% voraussichtlich nicht selten geschehen. Der Magistrat richtet deshalb das Ersuchen an die Versammlung, den vorerwähnten Beschluß aufzuheben oder entsprechend zu ändern.

Wie Herr Wolff II berichtet, hat die Statutencommission in Uebereinstimmung mit dem Herrn Referenten des Magistrates geglaubt, daß sich die Sache am einfachsten erledigen ließe, wenn man beschlösse, der Beschluß vom 1. November 1877 solle nur insoweit Anwendung finden, als die Bestimmung der Verordnung vom 23. September 1867 in Verbindung mit dem §. 7 des Gesetzes vom 15. Juni 1887 nicht entgegenstehe. Er habe anheimzustellen, in dieser Richtung einen Zusatz zu dem alten Beschlusse zu fassen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XI. Erwerb einer Straßenfläche „vor der Burg“.

Der Kaufmann Schmidt hat von seinem „vor der Burg“ gelegenen Grundstück eine 0,6 qm große Fläche zur Straße abzutreten. Der Antrag des Magistrates, ihm hierfür 180 M zu bewilligen,

wird genehmigt, nachdem derselbe auch von Herrn Uhde namens der Baucommission unterstützt war.

XII. Beleuchtung des Zeichensaales der Oberrealschule.

Bei der Veranschlagung der in dem Zeichensaale I der städtischen Oberrealschule einzurichtenden Gasbeleuchtung, deren Kosten von der Versammlung bereits in der Sitzung vom 30. Juni d. Jz. bewilligt sind, wurden nur einfache Gasarme mit Brennern vorgesehen. Da indessen nach der Ansicht des Directors Dr. Krumme diese Art der Beleuchtung für den vorliegenden Zweck nicht ausreichend, vielmehr

die Anbringung von 4 Stück Siemens'schen Gaslampen erforderlich ist, so wird die Versammlung ersucht, die hierdurch entstehenden Mehrkosten im Betrage von 260 M nachträglich zu verwilligen.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Wolff I keinen Anstand genommen, die nachträgliche Verwilligung, schon in Anbetracht des Gutachtens der Städt. Bauverwaltung, zu empfehlen.

Herr Lange möchte anfragen, ob diese Siemens'schen Kuppelbrenner nicht zu viel Wärme ausstrahlen. Nach seinen Beobachtungen eignen sich zu solchem Zwecke Petroleumlampen mit sogenannten Blichbrennern viel besser, da von denselben nicht so viele Hitze erzeugt werde, welche auf die Gesundheit der Kinder ungünstig einwirke.

Herr Wolff I kann hierüber nichts mittheilen, da die neue Beleuchtungsanlage am Tage der Commissionsberathung noch nicht in Benutzung genommen sei. Jedenfalls werde aber die Anregung des Herrn Vorredners für die Zukunft nicht ohne Berücksichtigung bleiben.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIII. Vorschriften für das Schlafgängerwesen etc.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, ist der Referent in dieser Sache, Herr Blasius, an seinem Erscheinen heute behindert. Derselbe halte es auch für außerordentlich wünschenswerth, die Vorlage nochmals zur Berathung in der Statutencommission zu stellen, weil ihm nach der Vervielfältigung der Vorlage von beachtenswerther Seite noch sehr einschneidende Verbesserungsvorschläge zugegangen seien, welche der Besprechung werth erscheinen. Die Versammlung werde deshalb die Berathung nochmals vertagen müssen.

Herr Stadtrath Meyer bittet, über die Vorlage heute Beschluß zu fassen. Der Magistrat sei von der Herzoglichen Polizei-Direction verschiedentlich ersucht worden, eine Antwort abzugeben und habe derselbe jetzt schon erklären müssen, daß er augenblicklich von der Beschlußfassung der Versammlung abhängig sei. Möglicherweise werde der Magistrat in die Lage versetzt, die Sache zurückschicken zu müssen, ohne die Wünsche der Versammlung gehört zu haben.

Der Herr Vorsitzende meint, daß im letzteren Falle die Versammlung entweder sich hinterher noch schlüssig machen könne, oder sofort in eine Berathung einzutreten habe. Nach der Mittheilung des Referenten erscheine es ihm nicht sympathisch, die Sache jetzt übers Knie zu brechen.

Herr Wolff II würde es mit dem Herrn Vorsitzenden für bedenklich halten, die Vorlage aus dem von Herrn Stadtrath Meyer angeführten Grunde jetzt zu erledigen, da die Materie so verwickelt sei, daß man den Wunsch des Herrn Blasius nicht von der Hand weisen könne.

Die nochmalige Absehung der Vorlage von der Tagesordnung wird darauf beschlossen.

XIV. Austausch von Straßenflächen am Damme und Kattreppeln.

Der Stuisarbeiter Pape hat sich in Folge Beschlusses der Versammlung vom 30. September d. Js (Seite 232 des Prot.) bereit erklärt, das bei der anderweiten Abgrenzung seines Grundstückes diesem anzuschneidende Terrain von 10,5 qm der Stadt mit 500 M zu vergüten. Der Magistrat beantragt nunmehr, den Austausch der gegen einander auszuwechselnden Flächen, sowie die Abtretung der eben bezeichneten Fläche an Pape unter der mitgetheilten Bedingung zu genehmigen und die anderweite Baulinie für das Pape'sche Grundstück am Kattreppeln gutzubeißen,

was geschieht, nachdem der Herr Vorsitzende den Antrag unterstützt hatte.

XV. Aufnahme eines Processes.

Der Cigarrenarbeiter Karl Blanke, welcher seit April 1890 die öffentliche Armenpflege in Höhe von 145,10 M in Anspruch genommen hat, besitz, wie sich jetzt herausgestellt hat, ein Vermögen von 2000 — 2500 M und außerdem ein Blindenlegat von 15 M jährlich, sowie ein Krankengeld von 12 M wöchentlich für die Zeit vom 1. October 1891 bis zum 1. October 1892. Unter diesen Umständen war die Unterstützung nicht nothwendig, so daß sich der Magistrat für berechtigt hält, den gezahlten Betrag zurückzuverlangen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, zuzustimmen, daß Klage gegen Blanke wegen Erstattung der gehaltenen Auslagen erhoben werde.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff II die Zustimmung zu diesem Antrage empfehlen

und die Versammlung beschließt demgemäß.

XVI. Anfrage des Herrn Fiedel wegen der Auffüllung des Bürgerparkes.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß der Straßenteufel und andere bei städtischen Bauten und Canalarbeiten gewonnene Erdmengen auch jetzt noch an anderen Stellen abgeladen werden, als an den aufzufüllenden Stellen des Bürgerparkes?“

führt Herr Fiedel aus, daß das Gerücht, die städtischerseits gewonnenen Erdmassen würden nicht zur Verfüllung des Bürgerparks verwendet, Beunruhigung in der Bürgerschaft hervorgerufen habe, daß diese wünsche, den neuen Park in seiner vollen Ausdehnung bald fertiggestellt zu sehen.

Herr Stadtrath Metemeyer entgegnet, daß auch der Magistrat dieses Project nach Kräften zu fördern suche, wenn auch die Auffüllung der letzten Fläche nicht so schnell vor sich gehen werde, wie solches bei dem ersten Theile der Fall gewesen sei. Während der Zeit der Ernte habe das Anfahren der Dreckmassen eingestellt werden müssen, weil die Asche durch den Wind über die anstoßenden Wiesen getrieben sei und man zu befürchten gehabt habe, daß der Graswuchs hierdurch verdorben würde. Leider scheine dieses auch theilweise geschehen zu sein, denn es schweben bereits Verhandlungen mit den Pächtern der betr. Wiesen. Ebenso habe die Anfuhr vor der Grummeternte wieder unterbrochen werden müssen und sei der Inhalt der Abfuhrwagen das letzte Mal nach dem Grundstücke des Deconomen Essen vor dem Hohenthore gefahren. Selbstverständlich sei das aber nicht geschehen aus eigener Machtvollkommenheit der Bediensteten, sondern auf Grund eines von der Straßenreinigungs-Deputation mit Essen getroffenen Abkommens. Er möchte deshalb bezweifeln, daß die in die Oeffentlichkeit gebrachten Angaben thatsächlich begründet seien. Seitens der städtischen Abfuhrwagen werde allerdings auch noch anderer Unrath und nicht nur Hauskehricht abgefahren. So lasse man beispielsweise den Straßenkehricht behufs Compostirung nach dem städtischen Wirthschaftshofe fahren und verdiene damit ein schönes Stück Geld, welches man jedenfalls auch ferner gewinnen wolle. Dagegen werden die häuslichen Abfuhrstoffe nach einer allgemeinen Verfügung den Wiesen vor dem Augustthore zugefahren. Ueber die Verwendung des Straßenschlammes sei er nicht so genau orientirt, weil dieses die Städt. Bauverwaltung angehe, wenn auch die städtischen Abfuhrwagen diesen Schlamm jetzt ebenfalls abfahren. In Ansehung des Erbreichs endlich, das von städtischen Baupläzen abgefahren werde, sei die Stadtbehörde nicht befugt, zu controliren, wohin diese Erdmassen geschafft werden und könnte aus dem Umstande, daß solche Wagen ihren Inhalt auf Anweisung der Bauunternehmer vielleicht nach anderen Stellen fahren, möglicherweise die Annahme hergeleitet sein, daß derselbe Privatleuten zugefahren werde. Jedenfalls möchte er bis zum Beweise des Gegentheils auf das Entschiedenste bestreiten, daß die städtischen Bediensteten aus eigener Machtvollkommenheit den Hauskehricht, wo möglich gegen Trinkgelde, nach anderen Stellen fahren, als ihnen vorgeschrieben sei.

XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn D a n g e auf Beschaffung transparenter Zifferblätter.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, die städtischen Thurmuhren demnächst mit transparenten Zifferblättern ver-

sehen lassen zu wollen und baldmöglichst zunächst mit dem Zifferblatte des Andreasthürmes beginnen zu lassen."

Wie Herr Lange zur Begründung ausführt, werde die Regulirung der hiesigen Thurmuhren bis Weihnachten beendet sein. Da man aber nur wünschen könne, daß die Bevölkerung von dieser neuen Einrichtung recht viel habe, bei den kurzen Wintertagen die Zifferblätter indessen nur einige Stunden sichtbar seien, so beantrage er, die Zifferblätter nach dem von ihm im Saale ausgestellten Muster transparent zu machen. Jedenfalls erscheine es wichtig, auch zur Nachtzeit die Zeit von den Thurmuhren ablesen zu können. Der hiesige Vertreter der deutschen Central-Uhren-Gesellschaft habe sich bereit erklärt, ein solches Gehäuse mit Verglasung, eingebraunten Ziffern, einer Vorrichtung zum selbstthätigen Öffnen und Schließen der Gashähne u. für 300 M. in einer Größe von 1,60 m im Durchmesser zu liefern. Ein so mäßiger Preis könne sehr wohl für eine derartige Einrichtung angelegt werden, weshalb er um Unterstützung seines Antrages bitte.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission überwiesen.

XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung von Schulärzten.

Zur Begründung des Antrages:

"Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, daß er die Anstellung von Ärzten für sämtliche städtische Schulen in Erwägung ziehe, eventuell der Versammlung eine Vorlage darüber mache."

bemerkt Herr Günther, daß die Idee, die Gesundheitsverhältnisse in den Schulen der regelmäßigen Beobachtung und Untersuchung von Ärzten zu unterstellen, durchaus nicht neu sei. Während sich schon ältere Pädagogen dafür ausgesprochen haben, sollen neuerdings namentlich Ärzte der Neuzeit die Idee, die Schule der ärztlichen Beobachtung zu unterstellen, aufgefaßt haben. Die von der Stadt anzustellenden Ärzte würden nicht allein die Schulen an sich stets auf ihre Gesundheitsverhältnisse zu beobachten haben, sondern vor allen Dingen auch die Schüler, so daß ihnen ein weites Feld offen stände. Es müßten also nicht nur die Kinder stetig auf ihre Gesundheit untersucht werden, sondern es seien auch die Ernährungsverhältnisse der Kinder mit zur Untersuchung zu ziehen. Demnach würde diese gar nicht so kostspielige Einrichtung außerordentlich wohlthätig wirken können und liege es auch auf der Hand, daß die Ärzte bei ihren Beobachtungen ein werthvolles Material sammeln würden, welches sie den städtischen Behörden zu überweisen hätten und das nicht nur für die ganze Erziehung, sondern auch für die Wissenschaft im Allgemeinen von großer Bedeutung sein würde. Er bitte daher um Unterstützung des Antrages.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Instandsetzung des Marstalles.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, daß derselbe seine Einwilligung zur alsbaldigen Instandsetzung des Marstalles gebe“,

empfiehlt sich, wie Herr Günther ausführt, von selbst. Wenn er auch nicht wisse, ob die Stadtverwaltung überhaupt in der Lage sei, die Instandsetzung augenblicklich oder in allernächster Zeit bewerkstelligen zu können, so sei dieselbe auf jeden Fall nothwendig. Es haben sich dort große Schlamm Massen gelagert, das an sich schon dürstige Trottoir liege, von den Fuhrwerken zerfahren, in Stücken umher, so daß die Gegend, besonders bei schlechtem Wetter, gar nicht passirbar sei. Eine Aenderung erscheine daher durchaus nothwendig.

Ueber den genügend unterstützten Antrag wird in sofortige Berathung getreten.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß ein gleicher Antrag dem Magistrate von der Herzoglichen Polizei-Direction zugegangen sei, daß indessen schon vorher ein bezüglichlicher Ausführungsplan der Herzoglichen Baudirection unterbreitet worden, und die Instandsetzung des Marstalles nach dem Eingange der Genehmigung sofort in Angriff genommen werde.

Der Herr Antragsteller erklärt sich durch diese Auskunft befriedigt.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher gemeinschaftlicher Sitzung wird sodann unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Poßels noch eine größere Anzahl von Reclamationen in der Recursinstanz erledigt.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. November 1892.

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße	Seite 265
II. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen und für Arbeitercasernen	" 265
III. Gasrohr Verlängerung etc. in der Taubenstraße	" 267
IV. Festsetzung der Baukosten für die Marienstraße	" 267
V. Baulinie an der Mönchstraße	" 267
VI. Erstattung von Rohranlagekosten	" 268
VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung von Schulärzten	" 268
VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Beschaffung transparenter Zifferblätter	" 271
IX. Canalisirung weiterer Straßen der Innenstadt	" 273
X. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Anbringung einer Straßenlaterne	" 273
XI. Straßen-Polizei-Ordnung	" 274

Vertraulich:

Gesuch um Erlaß einer Abgabe	" 280
Steuer-Reclamationen (Verzeichniß IV von 1892)	" 280

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Wille.

Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des Protocollés N. 9 giebt der Vorsitzende, Herr Semler, bekannt, daß vom Magistrate ein Schreiben eingegangen sei, nach welchem derselbe den Antrag der Versammlung auf Förderung der Benutzung von Warmwasserbädern ablehne. Da das Schreiben sehr ausführlich abgefaßt sei, so könne dasselbe in der Versammlung herumgereicht werden, was geschieht.

Die vom Magistrate für seinen ablehnenden Standpunkt angeführten Gründe sind im Wesentlichen folgende: Die in einigen Schulen eingerichteten Brausebäder zeitweilig der allgemeinen Benutzung freizugeben, müsse er im Einvernehmen mit der Städt. Bauverwaltung und dem Vorstande der hiesigen Bürgerschulen aus verschiedenen gewichtigen Gründen umsomehr ablehnen, als solche Freigabe ohne vorherige kostspielige bauliche Aenderungen überhaupt nicht wohl würde erfolgen können. Dagegen erkläre er sich in Würdigung der Bedeutung, welche die Schaffung einer billigen Badegelegenheit auch im Winter für die minder bemittelten Einwohner ohne Frage habe, bereit, die Schaffung eines zweiten Volksbrausebades im Norden der Stadt nach Kräften zu fördern, sobald der Verein für das Wohl der arbeitenden Classen sich dieserhalb an ihn wenden werde. Was die Ermittlung des Bedürfnisses nach einem Winter-Schwimmbade betreffe, so könne der Magistrat ein solches Bedürfnis als vorhanden nicht anerkennen, er würde aber auch bei etwa vorhandener Neigung einer größeren Zahl Einwohner, im Winter Schwimmbäder zu nehmen, hieraus eine Pflicht der Stadtgemeinde, ihrerseits unter Aufwendung erheblicher Summen ein Unternehmen der fraglichen Art ins Leben zu rufen, nicht abzuleiten vermögen, da die Stadt gezwungen sei, für dringend nöthige Bauten anderer Art größere Summen aufzuwenden. Ein mit dem Badeanstalts-Besitzer Haase geplantes Uebereinkommen auf Bereitstellung billiger Bäder zu bestimmten Tageszeiten vermöge der Magistrat ebenfalls nicht zu befürworten, da einmal der Preis solcher Bäder (30 und 25 \mathcal{M}) schon so niedrig bemessen sei, daß für die Stadt kein Anlaß vorliegen dürfte, eine noch billigere Schwimmgelegenheit zu schaffen und weil andererseits bei vollständig freier Hergabe des Bades an einem Wochenabend (außer Sonnabends) Haase eine Entschädigung von jährlich 2000 \mathcal{M} verlange, oder aber ein Eintrittsgeld von 10 \mathcal{M} für die Person nehmen wolle und die Stadt den Unterschied zwischen diesem und dem gewöhnlichen Preise zahlen solle, was ihm nicht angängig zu sein scheine.

Nunmehr wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Vergrößerung des Platzes an der Kreuz- und Ringstraße.

Ueber den in der Baucommission vorberathenen Antrag berichtet Herr Weber: Schon in der Sitzung vom 5. Februar 1891 sei über diesen Platz verhandelt und der damalige Antrag an die vereinigte Bau- und Finanzcommission verwiesen worden, wo derselbe in Vergessenheit gekommen zu sein scheine. Jetzt handle es sich um den am 30. Juni d. J. (Seite 188 des Prot.) gestellten Antrag, nach welchem gewünscht werde, den fraglichen Platz westwärts bis zur nächsten projectirten Straße auszuweiten, da derselbe in seiner jetzt projectirten Größe von 260 m Länge und 70 m Breite zu einem Spielplatz sich nicht eigne, wohingegen der Platz nach Durchführung des Antrages 260 m lang und 140 m breit werden würde. Die Annahme des Antrages sei umsomehr zu empfehlen, als dadurch dem Stadtsäckel z. B. durchaus keine Unkosten verursacht werden, man aber verhindere, daß die heutigen Besitzer und event. die Käufer dieses Terrain nicht als Bauterrain verkaufen, bezw. kaufen und dadurch einen höheren Preis erzielen, bezw. zahlen. Aus diesen Gründen empfehle die Baucommission die Annahme des Antrages.

Herr Lord möchte bei dieser Gelegenheit die Frage an den Magistrat richten, wie es mit der Fertigstellung des Spielplatzes an der Amalienstraße stehe. Früher sei gesagt worden, die zweite Hälfte bedürfte nur noch der Planirung. Da dieser Theil des Platzes nur mit Grand, nicht aber mit einer Grasnarbe versehen werden solle, so würde sich dieselbe bei gutem Willen wohl noch in diesem Herbst fertigstellen lassen, wozu er hierdurch eine Anregung gegeben haben wolle.

Der Antrag des Herrn Nieß wird darauf angenommen.

II. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen und für Arbeitercasernen.

Nachdem die schon in den Sitzungen vom 29. September und 20. October d. J. kurz besprochene Vorlage vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung je besonders zugegangen ist, wird nunmehr in eine Berathung derselben eingetreten. Es handelt sich darum, etwaige Wünsche der Versammlung in Bezug auf die von der Herzoglichen Polizei-Direction nach Maßgabe der Gesetze vom 8. April 1892 *Nr.* 13 und 14 ausgearbeiteten Vorschriften zum Ausdruck zu bringen.

Wie Herr Blasius berichtet, werden seitens der Statutencommission folgende Aenderungen in Vorschlag gebracht.

1) Zu den polizeilichen Vorschriften für das Schlafgängerwesen.

a. Den Punkt 1, betr. die Höhe der Schlafräume in alten Gebäuden zu streichen, da sonst eine ganze Anzahl derartiger Wohnungen, welche sich im Uebrigen sehr gut zu Schlafgängerquartieren eignen würden, fortfallen müßten und da für genügende frische Luft durch die Bestimmung unter *Nr.* 3 gesorgt sei.

b. Dem (neuen) Punkt 1 folgende Fassung zu geben: „Die Schlafräume dürfen mit den Wohn- und Schlafräumen des Quartiergebers und dessen Familien-Angehörigen nicht in offener Verbindung stehen und müssen durch gut verschließbare Türen getrennt sein.“

c. Der Punkt 3 erhalte folgenden Wortlaut: „Die Schlafräume müssen gebielt, oder mit einem Gyps-, Asphalt-, Cement- oder einem anderen ähnlichen undurchlässigen Fußboden versehen, mit einer Thür verschließbar und mindestens mit einem Fenster, dessen Glasfläche wenigstens $\frac{1}{12}$ der Bodenfläche betragen soll, in der Außenwand des Hauses versehen sein, dürfen auch nicht in unmittelbarer Nähe von Düngergruben sich befinden, oder mit Aborten in offener Verbindung stehen, oder über Senkgruben liegen.“

d. Den ersten Satz des Punktes 4 in folgender Weise zu fassen: „Für jeden Schlafgänger muß 1 Bett, für je 2 Schlafgänger 1 Waschgeschirr vorhanden sein.“

Weitere Bemerkungen hat die Commission an diesen Entwurf nicht zu knüpfen.

Herr Brückmann beantragt, in den Punkt 6 noch die Bestimmung einzuschalten, daß der Inhalt dieser polizeilichen Vorschriften an der Innenseite der Thür eines jeden Schlafraumes anzubringen sei, damit die Schlafgänger genau wissen, was sie von den Vermiethern zu erwarten haben.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Statutencommission und des Herrn Brückmann einverstanden, so daß der Entwurf mit diesen Aenderungen als angenommen gilt.

2) Zu den Bestimmungen in Betreff der Arbeitercasernen.

a. Den Punkt 1 aus den oben unter 1a angeführten Gründen auch hier zu streichen.

b. Bei dem (neuen) Punkte 1 am Schlusse zu sagen: „... daß auf jede Person mindestens 3 qm Bodenraum und 10 cbm Lustraum kommen.“

c. Den Eingang des Punktes 2 wünscht Herr Rimpau wie folgt gefaßt zu sehen: „Die Schlafräume müssen so entfernt von Abtritten und Dungstellen liegen, daß die Luft . . .“. Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

d. Den Punkt 3 bezüglich der Beschaffenheit der Fußböden entsprechend dem Punkte 3 der polizeilichen Vorschriften (siehe unter 1 c) zu ändern.

e. Bei dem Punkte 4 den mit den Worten: „Mehrere Personen dürfen nicht . . .“ beginnenden Satz zu ändern in: „In nicht von Familien bewohnten Räumen dürfen mehrere Personen nicht in einer Bettstelle zusammenliegen.“

Herr Günther wünscht in dem Satze: „Es ist thunlichst für eiserne Bettstellen Sorge zu tragen; doch genügen auch gewöhnliche hölzerne Bettstellen oder gehörig breite hölzerne Bittschen“ die gesperrt gedruckten Worte gestrichen zu sehen.

An diesen Antrag knüpft sich eine eingehendere Besprechung, in welcher sich die Herren Wolff II, Blasius und Rudeloff gegen und die Herren Günther und Schumburg für die Aenderung erklären. Nachdem indessen von dem Herrn Vorsitzenden erläutert worden, daß nicht beabsichtigt werde, die Leute auf bloßen hölzernen Britschen schlafen zu lassen, sondern daß auch diese Lagerstätten mit je einem Strohsacke, wollenen Decken u. ausgerüstet sein müssen, wird der Antrag des Herrn Günther abgelehnt.

f. In dem Punkte 7 soll auf Antrag des Herrn Brückmann hinter dem Worte „Personen“ eingeschaltet werden: „sowie der Inhalt dieser Bestimmungen“.

g. Dem Absätze 2 des Punktes 10 folgende Fassung zu geben: „Die Abtritte, welche für beide Geschlechter getrennt eingerichtet sein müssen, sind täglich zu reinigen; die Abortgruben sind mindestens jährlich zwei Mal zu entleeren.“

Die Bestimmungen werden darauf mit den von der Statutencommission und den Herren Rimpau und Brückmann beantragten Aenderungen seitens der Versammlung genehmigt.

III. Gasrohr - Verlängerung u. in der Taubenstraße.

Nachdem der an der Taubenstraße gelegene Wirthschaftshof in Stand gesetzt ist und die Einfahrt direct von dieser Straße aus geschieht, hat sich die Aufstellung zweier Laternen daselbst erforderlich gemacht. Der Magistrat beantragt daher, nachträglich zu genehmigen, daß zu solchem Zwecke das Gasrohr um 48 m verlängert worden und die Aufstellung zweier Laternen zur Beleuchtung der Einfahrt mit einem Kostenaufwande von 673,60 M und 210 M, zusammen 883,60 M erfolgt sei,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, geschieht.

IV. Festsetzung der Baukosten für die Marienstraße.

Die Kosten, welche von den Anliegern des ausgebauten, zwischen dem Altwiekringe und dem Hauptgraben gelegenen Theile der Marienstraße an die Stadt zu erstatten sind, belaufen sich nach einer von der Stadt. Bauverwaltung aufgestellten Berechnung auf zusammen 34513 M 58 S, so daß bei einer gesammten Frontlänge von 611,49 m der Beitrag für das Meter 56,44 M beträgt. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung dieser Kostenfestsetzung

wird stattgegeben, nachdem dieselbe auch von Herrn U h d e namens der Baucommission gutgeheißen war.

V. Baulinie an der Mönchstraße.

In Veranlassung eines von dem Bautechniker Rambow eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für das unter A: 4 an der Mönchstraße

gelegene Grundstück des Bauunternehmers A. Dieckmann hat der Magistrat für die Regulirung dieser Straße eine neue Baufluchtlinie in Vorschlag gebracht und giebt die Genehmigung derselben anheim.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Weber der Ansicht, daß die in Vorschlag gebrachte Baulinie nicht ganz geeignet sei, weil durch dieselbe der Eingang der Straße zu sehr verengt werden würde; sie beantrage daher eine anderweite, diesen Uebelstand beseitigende Baufluchtlinie zu genehmigen, was geschieht.

VI. Erstattung von Rohranlagekosten.

Der Maurermeister Webler hat gebeten, ihm die im vorigen Jahre verauslagten Kosten für Legung eines Theiles des Wasserhauptrohres in der Fasanenstraße im Betrage von 356 M 10 N zu erstatten, da die Vorbedingungen hiezuv erfüllt seien. Der Magistrat giebt die Genehmigung des Antrages anheim

und die Versammlung beschließt dieselbe, nachdem Herr Wolff I namens der Finanzcommission den Antrag unterstützt hatte.

VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Aufstellung von Schulärzten.

Wie Herr Blasius berichtet, empfiehlt die Statutencommission den in der letzten Sitzung gestellten Antrag (Seite 261 des Prot.) zur Annahme. Schon vor längeren Jahren sei diese Frage in der Versammlung erörtert worden, indem Herr Nieß vor etwa acht Jahren den Antrag gestellt habe, Schulärzte anzustellen, welcher Antrag aber damals im Sande verlaufen sei. Um die Versammlung darüber zu orientiren, welche Functionen einem Schularzte obliegen würden, wolle er in Kürze das Arbeitsfeld desselben näher kennzeichnen. Zu den Aufgaben eines Schularztes würden nämlich gehören: Bei dem Neubau von Schulen die Begutachtung des Bauplans, die Untersuchung des Baugrundes in physikalischer, chemischer und bacteriologischer Beziehung, Grundwassermessung in Bezug auf den Stand des Grundwassers, Untersuchung der Lage im Vergleich zu umliegenden Häusern, Fabriken etc. — Begutachtung des Bauplanes, Größe, Höhe, Tiefe der Zimmer, Beleuchtung derselben, Anlage der Heizung und Ventilation, Construction der Subsellien, Spielplatz, Turnhalle, Brunnen, bezw. Trinkwasserversorgung, Abtritte etc. — Hygienische Beaufsichtigung des Baues, Drainirung des Fundaments, Anlage der Heiz- und Ventilationseinrichtungen, genaue Controle der frische Luft zuführenden Canäle etc. — Bestimmung, wann das Schulhaus dem Gebrauche übergeben werden soll, Untersuchung des Wassergehaltes der Wände, Prüfung der Heiz- und Ventilationseinrichtungen. — Gutachten dem Schuldirector gegenüber bei Feststellung des Lehrplanes

(richtige Abwechselung von Stunden, die den Geist der Schüler in höherem oder geringerem Grade anstrengen). — Anpassung der Subsellien für jeden einzelnen Schüler bei Beginn des Schuljahres, bezw. Vertheilung der Schüler auf die verschiedenen Gruppen der Subsellien in einer Classe. — Genaue körperliche Untersuchung der Schüler, die in die Schule aufgenommen werden, namentlich derjenigen, die vorher noch nicht in die Schule gegangen sind. (Größe und Gewicht der Kinder, Körperhaltung in Bezug auf Wirbelsäulenverkrümmungen, Ernährungszustand, Gesichtsfarbe, Fettpolster, Musculatur, Zustand der Augen, ob normal oder kurzsichtig, ob schielend u. s. w.; besondere Bemerkungen über constitutionelle Krankheitsanlagen der Kinder, wie Scrophulose, Tuberculose, Rachitis, Syphilis, Epilepsie, Weitzanz, Stottern.) Kinder, die zu schwach befunden werden, würden eventuell bis zum 7. oder 8. Lebensjahre zurückgestellt werden können durch motivirtes Zeugniß des Schularztes. — Anmeldung jeder Erkrankung der Kinder an einer ansteckenden Krankheit, namentlich Stichtuften, Scharlach, Diphtheritis, Masern, Typhus, Pocken, Cholera und egyptischer Augenkrankheit, um die Weiterverbreitung dieser Krankheiten durch die Schulen möglichst zu beschränken. — Revision der einzelnen Classenzimmer in bestimmten Zwischenräumen, namentlich während des Schreib- und Handarbeitsunterrichtes, um das Sitzen und die Haltung der Schüler, die Beleuchtung, Luft und Temperatur der Zimmer zu beobachten. — Genaue Controle der Heizungs-, Ventilations- und Beleuchtungsanlagen, der Trinkwasserversorgung und der Abortanlagen.

Das sei eine Reihe von Thätigkeiten, bei welchen der Schularzt rathend eintreten könnte und endlich hätte er noch bei dem Ausbruche von Epidemien ein wichtiges Gutachten über den Schluß der Schulen abzugeben.

Es könnte nun der Einwand erhoben werden, daß die Stadt eine derartige Anstellung von Schulärzten nicht nöthig habe, weil ein vom Staate angestellter Physicus vorhanden sei, welcher von der Stadt requirirt und zu allen solchen Gutachten zugezogen werden könne. Das wäre sehr schön, wenn die menschliche Arbeitskraft in dieser Beziehung nicht zu sehr angestrengt würde, sobald der eine Physicus für eine Stadt von mehr als 100 000 Einwohnern mit allen diesen Sachen belastet werden würde. Zu dem Arbeitskreise desselben würden auch noch andere Gutachten, wie z. B. über die Canalisation, die Trinkwasserversorgung u. dergleichen gehören, so daß, wenn dieses ein Mensch ausführen sollte, der Tag nicht 24, sondern 60 und mehr Stunden haben müßte. Dazu trete auch noch der Umstand, daß der Physicus durch sein Gehalt vom Staate so gestellt sei, daß er den Lebensunterhalt nicht anders als durch Zuhülfenahme der Privatpraxis bestreiten könne. Im Herzogthume Braunschweig seien 24 Physici angestellt, davon entfalle auf die Stadt Braunschweig, welche über ein Viertel der Einwohnerschaft umfasse, nur einer, wäh-

rend sich die übrigen 23 auf das Land vertheilen. Wenn also der eine Physicus allen Anforderungen — zu welchen auch noch das Impfen, die Ausfertigung von Todtenscheinen bei plötzlichen Todesfällen, von Gutachten bei Gericht u. kommen — genügen solle, so müßte derselbe der Bevölkerungsziffer nach so viel leisten, als 6 bis 7 Physici im Herzogthume. Daher komme es, daß man den Physicus mit allen diesen Sachen gar nicht beheiligen dürfe. Die Commission habe sich deshalb einstimmig der Ansicht angeschlossen, daß es wünschenswerth sei, den vorliegenden Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Reiche will darauf aufmerksam machen, daß bei der Erbauung und Einrichtung der neuen städtischen Schulen sehr viele der von Herrn Blasius angeführten Sachen schon in Betracht gezogen seien, indem beispielsweise die Lichtverhältnisse, die einzelnen Subsellien u. unter Zuziehung eines Arztes geprüft worden. Daher komme es denn auch, daß die aus anderen Städten hierherkommenden Sachverständigen den hiesigen Einrichtungen immer das höchste Lob zollen. Auch der Herr Referent habe früher öfter betont, daß die hiesigen Schulen den an sie zu stellenden Anforderungen voll und ganz entsprechen. Wenn man aber Schulärzte einsetzen und ihnen alle die von Herrn Blasius hervorgehobenen Functionen übertragen wolle, so würden für die Stadt 10—12 solcher Ärzte erforderlich sein, und das könnte er unter den obwaltenden Verhältnissen nicht für nöthig halten.

Herr Günther hält die Forderung von 10—12 Schulärzten für zu hoch gegriffen, da man mit einer weit geringeren Zahl auszukommen vermöchte. Er wolle aber den Magistrat bitten, die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben, oder gar in den Papierkorb wandern zu lassen und behalte sich vor, gelegentlich an die Erledigung der Sache zu erinnern.

Herr Nieß hält die Bedenken des Herrn Reiche für überflüssig, da die erledigten Sachen einer weiteren Begutachtung nicht mehr bedürfen. Der Herr Referent habe nur den weitesten Umfang derjenigen Thätigkeit kennzeichnen wollen, welche einem Schularzte zufallen könnte. Er hoffe, daß diese Sache schon ins Rollen kommen werde, sobald sie nur erst einmal angegriffen sei, denn namentlich die Thätigkeit der Schulärzte bei ansteckenden Krankheiten sei nicht zu unterschätzen. Wenn die Kinder rechtzeitig vor Ansteckungen gewarnt oder von der Schule zurückgehalten würden, könnte vielleicht manches junge Leben gerettet werden. Es seien ihm selbst drei Kinder an der Diphtheritis zu Grunde gegangen, welche sie aus der Schule mitgebracht hätten.

Herr Blasius möchte bemerken, daß man in der Schulhygiene auf etwa 2000 Kinder einen Schularzt rechne, und demnach für die städtischen Schulen vielleicht 6 Schulärzte erforderlich seien. Im Uebrigen habe es ihm durchaus fern gelegen, den städtischen Schulgebäuden irgend einen Plakel anzuhängen, da er als Braun-

schweiger stolz auf diese Einrichtungen sei und man sie auch Jedem als Muster hinstellen könne. Hier handle es sich um Neubauten, bei welchen der Magistrat einen Sachverständigen zur Seite haben solle, an welchen er sich wenden könne. Das Wichtigste bei der Einrichtung sei aber die Controle. Man höre so oft, daß in dem einen Schulzimmer die Luft zu trocken, in dem anderen zu heiß sei, daß hier das Licht zu sehr blende und man dort nicht sehen könne — für solche Fälle müsse ein Sachverständiger vorhanden sein, an welchen sich der Schuldirector wenden könne und da erscheine ihm der Schularzt als die richtige Person, nicht aber ein beliebiger Privatarzt. Es sei dringend nothwendig, daß die Schulen in dieser Weise hygienischen Schutz haben. Der Staat zwingt durch Gesetz den Bürger, seine Kinder in die Schule zu schicken, dafür habe er, bezw. die Stadt auch die Pflicht, die Gesundheit der Kinder in der Schule zu schützen und zu conserviren.

Herr Reiche bemerkt, daß vom ärztlichen Vereine schon jetzt die Bestimmungen entworfen seien, nach denen bei dem Ausbruche ansteckender Krankheiten in der Schule oder deren Nähe die Kinder fortgeschickt oder von der Schule fern gehalten werden. Diese Vorschriften würden aber auf das Peinlichste gehandhabt, so daß auch die Behauptung, die Kinder hätten sich eine ansteckende Krankheit aus der Schule mitgebracht, nicht so genau zu erweisen sein dürfte, zumal da sonst in den Lehrerhäusern die Diphtheritis gar nicht aufhören könnte. Es gehe sogar so weit, daß ein Lehrer von der Schule fortbleiben müsse, sobald in seinem Hause oder in der Nähe desselben derartige Krankheiten herrschen.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf angenommen.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Beschaffung transparenter Zifferblätter.

Ueber diesen in der letzten Sitzung gestellten Antrag (Seite 260 des Prot.) berichtet namens der Finanzcommission Herr Natalis: Von sachverständiger Seite seien Zifferblätter in quadratischer Form und einem Durchmesser von 1,60 m empfohlen, welche an Stelle der jetzigen kupfernen Zifferblätter zu setzen wären und die einen Kostenaufwand von etwa 35 M für das Quadratmeter erfordern, so daß ein Zifferblatt auf etwas über 100 M zu stehen kommen würde. Das Glas müßte weißes, auf der einen Seite rauh geschliffenes Spiegel-Rohglas sein, während die Blätter selbst von außen mit weißer Farbe zu grundiren wären, damit sie auch am Tage weithin sichtbar und die Zeiger erkennbar bleiben und damit sie nicht durch die Einwirkung des Regens sehr bald unansehnlich werden. Ferner müßten die Stundenziffern schwarz auf dem Blatte erscheinen und die jetzigen Zeiger gegen leichte Aluminiumzeiger ausgetauscht werden. Die Gesamtkosten des Zifferblattes mit dem eisernen Rahmen und den Zeigern würden sich nach schätzw. Berechnung auf 175 M stellen.

Außerdem liege eine feste Uebernahmeofferte vor, diese ganze Aenderung zum Preise von 300 M auszuführen mit Einschluß der oberen Beleuchtungsanlage und der automatischen Entzündungs- und Auslösch-Vorrichtung. Im höchsten Falle würde also die Umwandlung der jetzigen Zifferblätter in transparente nur einen Kostenaufwand von 300 M für ein Zifferblatt in Anspruch nehmen. Die meisten Uhren haben aber zwei Zifferblätter und die Petrikirche sogar deren vier, wovon sie indessen wohl zwei würde entbehren können. Ferner müßte die Gasleitung bis zum Zifferblatte hinaufgeführt werden, da man elektrische Beleuchtung noch nicht besitze. Die Kosten dieser Anlage richteten sich nach der Höhe des Uhrwerkes, würden aber nicht bedeutend ins Gewicht schlagen. Zu einem Zifferblatte von 1,60 m Durchmesser seien 3 Flammen nöthig, welche mit Reflectoren zu hintersetzen wären, um die Leuchtkraft entsprechend zu erhöhen. Nun handle es sich aber noch um eine Hauptfrage, ob nämlich eine solche Umänderung in baulicher Beziehung leicht herzustellen sei. Bei der Andreas-, Michaelis- und Petrikirche seien die Oeffnungen in den Mauern groß genug, um die Zifferblätter gut zu beleuchten, bei der Catharinen-, der Magni- und wahrscheinlich auch der Martinikirche müßten aber die vorhandenen kleinen Oeffnungen entsprechend erweitert werden und zwar derartig, daß sie nach außen hin auseinandergehen. Die hierdurch etwa entstehenden Schwierigkeiten lassen sich z. B. noch nicht übersehen und werden dem Stadtbauamte zu unterbreiten sein. Wenn man die dauernden Unkosten der transparenten Zifferblätter für die in Frage kommenden 6 Stadtkirchen — die Brüdernkirche besitze keine Uhr — berechnen und einen Einheitsatz von 60 M für die Gasflammen und das Jahr zu Grunde legen wolle, so sei auf eine Gesamtausgabe von rund 2000 M im Jahre zu rücksichtigen. Die einmaligen Anlagekosten würden sich noch erheblich ermäßigen lassen, wenn der Lieferant die jetzt vorhandenen kupfernen Zifferblätter in Zahlung nehme, wozu sich der Thurmuhren-Fabrikant J. F. Weule in Bockenem bereit erklärt habe. — Die Finanzcommission erkenne die Zweckmäßigkeit der Anlage vollständig an und empfehle der Versammlung die Annahme des Lange'schen Antrages dahingehend, daß der Magistrat ersucht werde, versuchsweise an der Andreaskirche — in welcher die Gasleitung bereits liege — die Zifferblätter in der beantragten Weise umzugestalten.

Herr Nieß möchte wünschen, daß bei der Anfertigung der Zifferblätter an Stelle der geplanten eisernen Rahmen gleich kupferne Rahmen genommen werden, weil sich hoch oben in der Luft eiserne Rahmen nicht empfehlen.

Herr Natalis entgegnet, daß die Rahmen nur dazu bestimmt sein sollen, dem Zifferblatte seinen Halt zu geben und daß zu solchem Zwecke eiserne Rahmen genügen. Dagegen werde vor der Verwendung von Eisenblech gewarnt, weil sich bei demselben die Verfittung schlecht bewerkstelligen lasse und nicht haltbar sei,

sowie weil ein Verrosten unvermeidlich sein und das Zifferblatt bald von außen her beschmutzt werden würde.

Herr Rieke ersucht, die Gasleitung so zweckmäßig anzulegen, daß sie nicht bei starker Kälte einfriere.

Herr Lange hält diese Befürchtung bei der Andreaskirche für grundlos, da dort die Leitung noch nicht eingefroren sei.

Herr Wolff I will dem Referate noch ergänzend hinzufügen, daß die Ansicht der Commission dahin gehe, diese Einrichtung zunächst versuchsweise an dem mit Gasleitung bereits versehenen Andreasthurm zu treffen, um sodann an der Hand der hier zu sammelnden Erfahrungen später in Erwägung zu nehmen, ob und eventuell bei welchen Zifferblättern mit derartigen Einrichtungen fortgefahren werden solle.

Der Commissionsantrag wird sodann angenommen.

IX. Canalisirung weiterer Straßen der Innenstadt.

Auf Antrag des Ober-Ingenieurs Mitgau ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Canalisirung der Straßen Werder, Nickelnkult, Rehnstoben, Geiershagen, Wollmarkt und Waisenhausgasse mit einem Gesamtaufwande von 13 550 M noch in diesem Herbst im Interesse der mit Canalarbeiten beschäftigten Arbeiter und zur Besserung der sanitären Verhältnisse in den betr. Straßen vorgenommen werde.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt die Genehmigung dieser Vorlage, da gerade die bezeichneten kleinen und engen Straßen leicht als Krankheitsherde dienen könnten, was durch die Canalisation möglichst vermieden werde.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

X. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Anbringung einer Straßenlaterne.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, vor dem Hause Wilhelmthor-Promenade 33 eine Laterne noch in diesem Winter aufstellen zu lassen,“

führt Herr Lange aus, daß dort auf 170 Schritte Entfernung nur eine Laterne brenne und man nicht begreifen könne, weshalb dieser dunkle Punkt nicht schon längst Abhilfe gefunden habe. Die Nothwendigkeit zur Aufstellung einer Laterne sei auch von den Herren Stadtrath Haake und Oberingenieur Mitgau anerkannt, nur wollen diese Herren mit der Aufstellung noch bis zum nächsten Frühjahr warten. Wenn aber die Nothwendigkeit anerkannt werde, könne die Aufstellung auch sofort geschehen.

Ueber den genügend unterstützten Antrag wird in sofortige Berathung getreten.

Herr Stadtrath Haake muß anerkennen, daß die Beleuchtung an jener Stelle mangelhaft sei, wenn auch berichtend bemerkt werden müsse, daß die Entfernung zwischen den beiden an einer Seite stehenden Laternen 170 Schritte betrage, während zwischen den beiden gegenüberliegenden Laternen nur eine Entfernung von 90 Schritten liege. Da nun auf jener Strecke die Laternen sehr unregelmäßig stehen, so lasse sich dem Uebelstande vielleicht schon durch Verschiebung einzelner Laternen abhelfen. Der Magistrat habe beschlossen, alle in Bezug auf anderweite Beleuchtung eingehenden Anträge zurückzulegen, bis im nächsten Frühjahr eine allgemeine Beleuchtungsänderung eintrete.

Herrn Lange liegt vor Allem daran, dem dunkeln Punkte abzuhelpen, und sei es ihm einerlei, in welcher Weise dieses geschehe, wenn er auch nicht glaube, daß durch Verschiebung sich eine wesentliche Besserung werde erreichen lassen. Da der Magistrat auf der Taubenstraße eine Ausnahme mache, könne er auch hier einmal von seinem Beschlusse abgehen.

Herr Blasius fragt an, ob der Magistrat eine Karte besitze, auf welcher die Entfernungen zwischen je zwei Laternen genau eingetragen seien.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß auf der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke eine solche Karte vorhanden sei, die den Mitgliedern der Versammlung zur Verfügung stehe.

Herr Weber hat nicht finden können, daß dort eine Stelle zu hell sei, und demnach eine Verschiebung der Laternen sich ermöglichen lasse.

Herr Rieke möchte wissen, wie weit die Commission zur Begutachtung der Einführung des elektrischen Lichtes, bezw. der anderweiten Verwendung des Gases zu Heiz- und Kochzwecken bei ihren Untersuchungen gekommen sei.

Herr Schumburg will an die Aufstellung der vor etwa Jahresfrist bewilligten beiden Laternen für die Spinnerstraße erinnern. Der Winter stehe wieder vor der Thür und es sei in der Sache noch nichts geschehen.

Herr Stadtrath Haake hat darauf zu erwidern, daß diese Laternen der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke zur Aufstellung überwiesen seien und er nicht wisse, ob der Auftrag inzwischen seine Erledigung gefunden habe.

Der Antrag des Herrn Lange wird sodann angenommen.

XI. Straßen-Polizei-Ordnung.

Die „Straßen-Polizei-Ordnung für die Haupt- und Residenzstadt Braunschweig“ soll in neuer Bearbeitung herausgegeben werden und ist der Entwurf derselben der Versammlung vom Magistrate zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt worden. Nachdem sich eine zu diesem Zwecke eingesetzte Deputation und die Sta-

tutencommission in mehreren Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt haben, berichtet über den Ausfall dieser Verathungen Herr Wolff II: Zur Klärung der Sachlage halte er es für erforderlich, zunächst einige Bemerkungen über die Natur der Vorlage zu machen. Wie aus der „Einleitung“ zu ersehen, sei die Straßen-Polizei-Ordnung wesentlich ein ergänzendes Statut des Reichs-Strafgesetzbuches und des Landesgesetzes vom 27. November 1872, betreffend die Bestrafung von Polizei-Uebertretungen. Es gebe nun aber noch eine Menge von gesetzlichen Bestimmungen, welche derartige ähnliche Vorschriften enthalten, oder durch welche eine Materie ausschließlich geordnet werden solle; es sei aber nicht Sache der Stadt, diese Bestimmungen, soweit sie in Form von Reichs- und Landesgesetzgebung vorhanden seien, in die Straßen-Polizei-Ordnung hineinzuziehen. Beispielsweise sei, um vielfachen Anträgen aus der Versammlung zu begegnen, bereits in der Landesgesetzgebung bestimmt, was über den Verkehr mit Velocipeden in Geltung sein solle. Ferner erstrebe ein an die Statutencommission gerichteter Antrag eine Regelung des bahnpolizeilichen Verkehrs auf Anschlußgleisen. Auch eine derartige Vorschrift zu erlassen, seien die städtischen Behörden nicht im Stande, da dieselbe in die bahnpolizeilichen Bestimmungen übergreife und diese der Zuständigkeit der städtischen Behörden entzogen seien. Die weiter aus der Versammlung zu Tage getretenen Wünsche auf Hineinziehung aller Bestimmungen aus den Reichs- und den Landesgesetzen in das Strafpolizeigesetz lassen sich ebenfalls nicht verwirklichen, da es unzulässig und ausgeschlossen sei, eine derartige einheitliche Zusammenstellung von Polizei-Vorschriften herzustellen und dieses dem Buchhandel überlassen bleiben müsse. Das seien die Gesichtspunkte, welche bei Verathung der Vorlage erwogen werden müßten und glaube er, daß eine ganze Reihe von Anträgen, welche in der Statutencommission, bezw. in der Deputation keine Berücksichtigung gefunden haben, aus diesem Grunde in sich zusammenfallen werden. Aus der Presse und verschiedenen Zuschriften sei dann ferner zu ersehen, daß sich des Publicums die Befürchtung bemächtigt habe, die in Vorschlag gebrachten Bestimmungen seien zu hart und zu schroff. Diese Ansicht müsse insofern eigenthümlich erscheinen, als eine Reihe derartiger, beanstandeter Bestimmungen sich längst in Geltung befinden und dieselben bei der Gelegenheit nur ins Gedächtniß zurückgerufen werden. Andererseits könne aber auch nicht eine Straßen-Polizei-Ordnung beschafft werden, welche sich auf die zu bestrafenden Fälle beschränke. Alle derartigen Vorschriften seien auf eine vernünftige Polizei basirt, sonst sei man allerdings jeden Tag gefährdet, in Geldstrafe zu verfallen und glaube er auch, daß die Vorlage in dieser Beziehung die richtige Mitte halte.

Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen werde er den vorliegenden Entwurf durchgehen und Bemerkungen nur an diejenigen Paragraphen knüpfen, welche zu Ausstellungen Veranlassung gegeben haben.

Zu §. 1. In der vorletzten Zeile werde empfohlen, hinter „Straßen“ noch einzuschalten „Plätze“, weil es denkbar erscheine, daß die Bestimmungen auch auf Plätze zur Anwendung gebracht werden müssen.

Herr Rimpau wünscht hier außer den öffentlichen Plätzen auch die Wasserwege aufgenommen zu sehen, da sonst jedweder Unfug auf der Oker gestattet sei.

Herr Wolff II giebt anheim, Anträge auf Einbeziehung der Wasserwege bei jedem einzelnen Paragraphen zu stellen, da es nicht möglich sei, dieselben allgemein den Straßen zc. gleichzustellen. Im Uebrigen wolle er bemerken, daß zahlreiche Anträge der Statutencommission auf Anträgen aus der Versammlung beruhen. — Bei §. 5 bitte er die Ueberschrift wie folgt zu fassen: „Stehenbleiben und Nebeneinandergehen auf den Bürgersteigen und Fußwegen“ und am Schlusse des Paragraphen noch die Worte „sobald dadurch der Verkehr gestört wird“ hinzuzufügen.

Für §. 7 wird folgende Fassung empfohlen: „Die Fußwege dürfen von Personen in abschmutzender oder abfärbender Kleidung nicht benutzt werden.“

Ferner hält es die Commission für angezeigt, die im §. 82 des Entwurfs vorgesehenen Bestimmungen über den Verkehr mit besetzten Kinderwagen auf den Fußwegen hinter §. 7 als besonderen Paragraphen einzuschalten.

Herr Nord würde es für zweckmäßiger halten, diese Bestimmungen in den Abschnitt III über den Wagenverkehr zu bringen, da Kinderwagen immerhin unter den Begriff „Wagen“ gehören.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, daß die Commission den hier in Aussicht genommenen Platz für besser gehalten habe, weil es sich um die ausnahmsweise Benutzung der Fußwege durch Wagen handle.

Der Vorschlag der Commission wird gutgeheißen.

Zu §. 8 wird, wie Herr Wolff II weiter berichtet, vorgeschlagen, die Längenverhältnisse der Fuhrwerke etwas reichlicher zu bemessen und eine Breite von höchstens 2,25 m, sowie eine Länge mit Einschluß der Deichsel von höchstens 9 m festzusetzen, außerdem in den zweiten Absatz noch die Möbelwagen als Ausnahme von diesen Ausdehnungen aufzunehmen.

Herr Südel hält diese Aenderungen für durchaus nothwendig und bittet um Annahme derselben.

Herr Seele ersucht, an den Schluß des §. 8 noch den zweiten Satz des §. 17 zu setzen, welcher lautet: „Die Länge der Aufhalter einschließlich der Kummertketten, an denen sie befestigt sind, darf höchstens 0,85 m betragen“, weil sich diese Bestimmung sonst nur auf einspännige Fuhrwerke beziehe und sie auch für zweispännige Fuhrwerke nothwendig sei.

Nachdem auch Herr Südel diesen Antrag befürwortet hatte, wird derselbe von der Versammlung gutgeheißen.

Zu §. 9 hat Herr Lord zu bemerken, daß es ihm nothwendig erscheine, vor dem Schlußworte einzuschalten „nach vorn und nach beiden Seiten“, so daß der Schluß des Satzes laute: „daß der Platz des Führers dem letzteren freie Aussicht nach vorn und nach beiden Seiten gestattet“. Es frage sich nun aber, ob ein Fuhrwerk, welches diesen Bestimmungen nicht entspreche, von der Verwendung vollständig auszuschließen sei. Deshalb halte er für besser, hinzuzufügen: „Fuhrwerke, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, insbesondere Planen-, Kasten- und Leiterwagen, bei denen der Kutschersitz überdeckt ist, dürfen nicht vom Wagensitze aus gelenkt werden; bei derartigen Wagen hat der Führer an der linken Seite nebenher zu gehen.“

Herr Wolff II will zugestehen, daß der Paragraph zu Mißverständnissen Veranlassung geben könne. Es solle durch denselben bestimmt werden, daß der Führer, wenn er bei derartigen Fuhrwerken nicht auf dem Sattel sitze, nur einen solchen Platz einnehmen dürfe, welcher ihm freie Aussicht nach allen Seiten gestatte. Dagegen halte die Commission eine Einschränkung irgend welcher Art für unnütz. Andererseits möchte eine stylistische Aenderung dahin zu treffen sein, daß Fuhrwerke, bei denen der Führer nebenher gehe, hier nicht getroffen werden sollen.

Der Herr Vorsitzende hält diese Auslegung für selbstverständlich.

Die Versammlung erklärt sich sodann mit folgender Fassung einverstanden:

„Jedes durch Zugthiere bewegte Fuhrwerk, welches vom Wagen aus gelenkt wird, muß so eingerichtet sein, daß der Platz des Führers dem letzteren freie Aussicht gestattet.“

Bei §. 10 wird gewünscht, in der zweiten Zeile an Stelle des Wortes „be-
findliche“ zu setzen: „verkehrende“. Ferner wird beantragt, im §. 11 das Jahr „1893“ in „1894“ abzuändern, sowie im §. 14 unter 2 das Wörtchen „noch“ zu streichen.

Den Schluß des §. 15 wünscht die Commission wie folgt gefaßt zu sehen:
„... daß das Getöse durch das Rütteln auf dem Pflaster möglichst vermieden wird.“

Im §. 17 fällt — wie schon bei §. 8 bemerkt — der zweite Satz fort.

Zu § 18: „Beschaffenheit der Zugthiere“, beantragt Herr Hauswaldt, die Bestimmung aufzunehmen, daß Pferde, welche gewohnheitsmäßige Durchgänger sind, nicht benützt werden dürfen. In hiesiger Stadt gebe es eine ganze Menge von Pferden, namentlich vor Bäcker- und Milchwagen, welche gewohnheitsmäßig durchgehen und den öffentlichen Verkehr gefährden. Es müsse deshalb eine Bestimmung aufgenommen werden, welche eine sichere Handhabe gegen die Verwen-

dung solcher Thiere biete. Braunschweig sei diejenige deutsche Stadt, in welcher die meisten Pferde durchgehen.

Herr Wolff II entgegnet, daß durch die Aufnahme solcher Bestimmung eine bedenkliche Situation insofern geschaffen werden könne, als man gar nicht wisse, ob ein mit seinem Wagen durchgehendes Thier schon früher ein Durchgänger gewesen sei, oder sich als solcher erst in der Hand des letzten Besitzers erwiesen habe.

Herr Hauswaldt kann diese Unterscheidung nicht verstehen. Sobald sich ein Pferd als Durchgänger erweise, dürfe es im öffentlichen Verkehre der Stadt nicht mehr verwendet werden, gleichviel, ob es diese Untugend schon früher besessen, oder sich erst bei dem letzten Besitzer angeeignet habe.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, die Commission habe gegen die Aufnahme solcher Bestimmung hauptsächlich das Bedenken gehabt, daß sich der bestimmte Begriff eines gewohnheitsmäßigen Durchgängers gar nicht geben lasse. Er habe in den verschiedensten Pferde-Proceffen schon mit allen möglichen körperlichen und geistigen Fehlern von Pferden zu thun gehabt, es sei ihm indessen ein solcher Begriff noch nicht vorgekommen. Wenn sich aber ein gewohnheitsmäßiger Durchgänger nicht unter einen ganz bestimmten Begriff fassen lasse, könne solche Bestimmung hier auch nicht aufgenommen werden.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß sich für gewohnheitsmäßige Durchgänger ein bestimmter technischer Begriff gebildet habe, indem beispielsweise jedes Cavallerieregiment von Jahr zu Jahr solche Thiere verkaufe.

Herr Schumburg kann diese Angaben nur bestätigen.

Herr Stadtrath Netemeyer meint, daß der Begriff „gewohnheitsmäßiger Durchgänger“ unter den Juristen nicht so feststehe, um sagen zu können, hier handle es sich um ein solches Thier und da nicht. Wenn die Bestimmung hineinkomme, könne sehr leicht einmal ein ganz unschuldiger Pferdebesitzer, dessen sonst sehr gutmüthiges Pferd vielleicht in Folge eines schlechten Führers durchgegangen sei, in Strafe verfallen. Sofern man sich gegen solche Thiere schützen wolle, müsse der Verkauf derselben verboten werden, und das sei nicht angängig.

Herr Wolff II will nochmals vor der Aufnahme solcher Bestimmung warnen. Wenn dieselbe dennoch aufgenommen werden sollte, so würde der gewohnheitsmäßige Durchgänger an sich schon als strafbares Thier erscheinen, auch wenn er gar nicht durchgehe. Jedenfalls müßte man dann noch einen Zusatz annehmen, in welchem es heiße, wenn ein Pferd durchgehe, sei dessen Besitzer strafbar, sobald dasselbe ein gewohnheitsmäßiger Durchgänger sei.

Herr Bültmann stimmt den Ausführungen des Herrn Stadtrath Netemeyer bei. Es gebe auch gewissenlose Menschen, welche solche Thiere für billiges Geld kaufen, um sie zurecht zu stugen. Meistens handle es sich dabei um sonst

gute Pferde, welche aber, sobald der neue Besitzer nicht die richtige Direction über das Thier habe, bald wieder in den alten Fehler zurückfallen. Durch die von Herrn Hauswaldt vorgeschlagene Bestimmung würde solchen Betrügereien ein Kiegel vorgeschoben, indem dann die gewohnheitsmäßigen Durchgänger in der hiesigen Stadt unverkäuflich wären.

Herr Reiche bezweifelt, daß sich der Begriff „gewöhnheitsmäßiger Durchgänger“ juristisch feststellen lasse. Ein Pferd, welches einige Male, vielleicht in Folge äußerer Anlässe, durchgegangen sei, brauche darum noch nicht unter diesen Begriff zu fallen.

Herr Hauswaldt tritt nochmals für die Aufnahme der Bestimmung ein.

Herr Weber hält dieselbe dagegen für unnütz, weil die Polizei kein Urtheil darüber haben könne, ob es sich im vorliegenden Falle um ein solches Thier handle. Dagegen erscheine es ihm zur Vermeidung des Durchgehens der Pferde nothwendig, anzuordnen, daß kein Gespann auf der Straße ohne Aufsicht stehen bleiben dürfe.

Herr Wolff II bemerkt, daß diese Bestimmung schon vorgesehen sei.

Der Antrag des Herrn Hauswaldt wird darauf abgelehnt.

Im Weiteren beantragt die Commission durch Herrn Wolff II

im §. 19 hinter „thätig“ einzuschalten „sein“; im §. 20 den letzten Satz zu streichen; im §. 23 unter 1 das Eingangswörtchen „Beim“ klein zu schreiben und im §. 25 alle auf „Fuhrwerke“ bezügliche Wörter in die Mehrzahl zu setzen.

Zu dem §. 28 wünscht Herr Lange am Schlusse statt „zweier anderer Fuhrwerke“ zu sagen „eines anderen Fuhrwerkes“.

Herr Seele schließt sich dieser Ansicht an, da nur sehr wenige Straßen in der Stadt vorhanden seien, welche Raum für 4 Fuhrwerke neben einander haben.

Herr Wolff I unterstützt den Antrag ebenfalls. Wenn Fuhrwerke irgendwo halten, so geschehe das nicht zum Vergnügen, sondern weil sie dort Geschäfte haben. Man solle durch die Bestimmungen den Verkehr nicht zu hemmen suchen.

Herr Günther bittet an die Stelle des Wortes „Fahrdamm“ zu setzen „Fahrstraße“. Die Herren Wolff I und Lange treten diesem Antrage entgegen, da „Fahrdamm“ ein ganz bekannter Ausdruck sei, der durch das Wort „Fahrstraße“ nicht gedeckt werde.

Der Antrag des Herrn Günther wird abgelehnt.

Im Absatz 2 des §. 28 wünscht die Commission hinter dem Worte „Kinnstein“ eingeschaltet zu setzen „bzw. Fußsteige“ und an Stelle der Eingangsworte des folgenden Satzes: „Auch unter Beobachtung dieser Vorschrift . . .“ zu sagen: „Trotz . . .“

Für den §. 45 wird commissionsseitig folgende Fassung vorgeschlagen:

„Allgemeines.“

Die Bestimmungen der §§. 21, 27—29, 31—35 und 69 finden auf Schubkarren, Handwagen und Hundegeschirre entsprechende Anwendung.“

In der Ueberschrift des §. 49 soll an Stelle des Wortes „Zweihufern“ gesagt werden „Zwei- und Vielhufern“.

Herr Nieß bemerkt dazu, daß man unter „Vielhufern“ nur Nashörner, Elephanten u. dgl. Thiere verstehe.

Herr Wolff II entgegnet, daß unter diesen Begriff sämtliche Dickhäuter fallen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Wolff I und Wolff II wird auch diese Aenderung mit dem ganzen §. 49 gutgeheißen.

Auf Antrag des Herrn Lange soll in den §§. 50 und 51 für „Viehtrieb“ immer „Viehtreiben“ gesagt und außerdem im §. 50 auf Anregung der Commission auf Zeile 4 für „alsdann“ gesetzt werden „stets“.

In §. 52 „Lebendes Geflügel“ fragt Herr Kimpau an, ob es hinfort nicht mehr gestattet sein solle, kleines Geflügel in zweckmäßig vorgerichteten Netzen zu befördern.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß die Beförderung von Tauben, Hühnern u. dergl. in Netzen schon seit 5—6 Jahren verboten sei und die Landbevölkerung von dieser Zeit ab in das Netz einen festen Boden gelegt habe, um das Uebereinanderblustern der Thiere zu vermeiden. Ob nun die Polizei diesen Käfigen gegenüber ein Auge zudrücke, oder ob dieselben nicht mehr als Netze angesehen werden, wisse er nicht.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß dann das Netz mehr den Charakter eines Korbes erhalte.

Nachdem sodann noch in der Ueberschrift des §. 56 das Wort „desselben“ gestrichen war, wird die Verathung abgebrochen, und die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung verwirft die Versammlung das Gesuch des Pelzhändlers G. Hartmann um Erlaß einer Abgabe zur Armen- und Wegeverbesserungscasse und erledigt das Verzeichniß IV von Gemeindesteuer-Reclamationen für 1892 nach den Beschlüssen der Commissionen.

Schluß gegen 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. December 1892.

Öeffentlich:

I. Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten	Seite 282
II. Verpachtung einer Mühle in Eisenbüttel	" 282
III. Bericht über die städtischen Wasserwerke für 1891	" 284
IV. Bericht über die städtischen Gaswerke für 1891	" 288
V. Ueberweisung eines Grundstückes an die Straßenreinigungs-Deputation	" 290
VI. Besuch wegen Einrichtung eines Warteraumes am Centralfriedhofe	" 291
VII. Stellung des Stadtgeometers	" 293
VIII. Vertrag mit dem Bäckermeister Brauckmeyer	" 294
IX. Bewilligung einer Summe für Instandsetzung des Bürgerparkes	" 295
X. Straßen-Polizei-Ordnung (Fortsetzung)	" 298
XI. Aufnahme eines Processes	" 305
XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Seele auf Reinigung der Hauptcanäle zur Nachtzeit	" 306
XIII. Anfrage des Herrn Fiedel wegen der Verzögerung städtischer Bauten	" 306
XIV. Anfrage des Herrn Nieß wegen Besetzung der Lehrerstellen an der städtischen Ober-Realschule	" 307
XV. Anfrage des Herrn Günt her wegen des Standes der Pensionserhöhung für die alten Nachtwächter	" 308
XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günt her auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedter mit der Casernenstraße	" 309

Vertraulich:

Verlängerung des Dienstvertrages mit Dr. Rentwig	Seite 310
Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Anstellung eines Stadt- Bibliothekars	310
Anstellung eines Turnlehrers	310
Gesuch um Erlaß einer Abgabe	310
Wahl von Schägern für den Mobilmachungsfall	310

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg. Später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Entschuldigt die Herrn Jasper und Uhde; später erscheint Herr Blasius.

Nach Eröffnung der Sitzung giebt der Vorsitzende, Herr Semler, bekannt, daß, außer verschiedenen Anträgen und Anfragen aus der Versammlung, eingegangen sind

- 1) eine Einladung des Vorstandes des Männer-Turnvereins zum Besuche des am 4. December stattfindenden Schauturnens,
- 2) eine Einladung des Vorstandes des Architecten- und Ingenieur-Vereins für das Herzogthum Braunschweig zum Besuche des von dem Ober-Ingenieur Mildner aus Hannover am 13. December in Schrader's Hotel zu haltenden Vortrages über Centralheizungen.

Nachdem sodann noch die Protocolle № 10 und 11 genehmigt waren, wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Vergleich mit dem Lehrer Herbst wegen Straßenbaukosten.

Die bereits in der Sitzung vom 1. September d. J. behandelte Vorlage (Seite 192 des Prot.) wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil noch ein ähnlicher Anspruch auf Ermäßigung der Straßenbaukosten erhoben war und die Statutencommission diese Konsequenzen bei ihrer Berathung nicht gekannt hatte. Wie namens derselben Herr Wolff II berichtet, ist dieser Anspruch jetzt fallen gelassen, da der Fall wesentlich anders liege, und stelle die Commission daher erneut den Antrag, zu genehmigen, daß der Lehrer Herbst an Straßenbaukosten 2700 M statt 3780 M zahle.

Die Vorlage wird nach einigen Bemerkungen der Herren Stadtrath Ketemeyer und Rieke genehmigt.

II. Verpachtung einer Mühle in Eisenbüttel.

Der Pächter der Eisenbüttler Mühlen W. Wollschläger, dessen Pacht zum 1. Januar 1893 gekündigt worden ist, hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet,

ihm die noch rückständige Pachtsumme von 2077,50 M zu erlassen, sowie die fernere Belassung des Pachtverhältnisses in der Weise zu genehmigen, daß er die frühere herrschaftliche Mühle nebst Garten und den zum Betriebe erforderlichen Räumlichkeiten vorläufig auf einen unbestimmten Zeitraum unentgeltlich in Benutzung behalten dürfe, wogegen er auf alle übrigen aus dem Grundstücke resultirenden Einkünfte verzichten und die fernere Controle der Schleusen, sowie die Regulirung des Wasserstandes und die Aufsicht über das gesammte Mühlen-Etablissement ohne Entgelt übernehmen würde. Falls dieser Wunsch jedoch keine Berücksichtigung finden könne, möchte man ihm eine angemessene Anstellung gewähren. Dem gegenüber hat der Obergeringieur Mitgau, unter Befürwortung des zuletzt erwähnten eventuellen Gesuches des p. Wollschläger, vorgeschlagen: 1) mit der Entschließung, ob ein Pächterlaß zu genehmigen sei, bis zur Abgabe des Mühlen-Inventars, bezw. der Mühle zu warten, 2) das Gesuch um Belassung der Pacht der früheren herrschaftlichen Mühle — ganz abgesehen von dem Anliegen, keinen Pachtzins dafür zu zahlen — abzulehnen, weil dann die Mühlen an zwei verschiedene Pächter übergingen, die sich stets über die Wasservertheilung beklagen und damit die Aufsichtsbehörden belästigen würden; vielmehr die Mühlen zunächst unter der Hand bis zum 1. April 1894 und unter der Bedingung des Einverständnisses zu einer etwa stadtseitig geforderten früheren Lösung des Pachtverhältnisses, an den Fabrikanten Habekost, dem von Wollschläger die andere Eisenbüttler (früher Lössbeck'sche) Mühle bereits im Jahre 1889 in Mterpacht gegeben worden und der in den Pachtvertrag von Wollschläger einzutreten bereit ist, zu verpachten. Die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke hat sich den Vorschlägen Mitgau's insbesondere auch in der Richtung angeschlossen, daß die Eisenbüttler Mühlen an Habekost unter den Bedingungen des f. B. mit Wollschläger abgeschlossenen Vertrages verpachtet würden. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich hiermit gleichfalls einverstanden zu erklären.

Die Finanzcommission läßt diesen Antrag durch Herrn F u d e l zur Annahme empfehlen und dabei noch hervorheben, daß das Recht jederzeitiger Kündigung seitens des Magistrates in den Pachtvertrag aufgenommen sei, weil nach neueren Ermittlungen die Wasserkraft zu einer etwa von der Stadt anzulegenden elektrischen Einrichtung, unter Hinzunahme einer Accumulatoren-Anlage doch wohl hinreichen würde.

Herr H a u s w a l d t möchte zur Erwägung verstellen, ob man nicht den bisherigen Pächter noch $1\frac{1}{4}$ Jahr, also den Rest seiner Pachtzeit, in seiner Stellung belassen wolle, da der Mann viel Unglück gehabt haben solle und die Stadt auch keinen Verlust an der Pachtsumme erleiden könne, weil der Jahresbetrag derselben dem Vernehmen nach bei dem Magistrate deponirt sei. Im Uebrigen behaupte Wollschläger, bis Ende December d. Js. nur noch 1620 M an Pacht schuldig zu sein.

Nachdem Herr Jüdel demgegenüber erläutert hatte, daß es Wollschläger's eigenster Wunsch sei, aus dem Pachtverhältnisse entlassen zu werden und die Schuld desselben in Wirklichkeit 2077 M 50 \mathcal{L} betrage,

zieht Herr Hauswaldt seinen Antrag zurück,

und wird darauf die Magistratsvorlage angenommen.

III. Bericht über die städtischen Wasserwerke für 1891.

Den von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke erstatteten Bericht über das städtische Wasserwerk für das Jahr 1891 überreicht der Magistrat mit dem Bemerken, daß der Rechnungsabluß von der Deputation zur Verwaltung der gedachten Werke geprüft worden sei und derselbe zu Ausstellungen keine Veranlassung gegeben habe. Der Magistrat ersucht daher, der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke wegen Verwaltung des Wasserwerkes während des Jahres 1891 Entlastung zu ertheilen.

Aus dem Berichte möge Folgendes hier mitgetheilt werden: Die Einnahmen für Wasser aus Hydranten und Wassermessern haben 199053 M 91 \mathcal{L} betragen, während das Privat-Einrichtungsgeschäft bei einem Umsatze von 181962 M 90 \mathcal{L} einen Gewinn von 40401 M 72 \mathcal{L} oder 22,2 % ergeben hat. Der Ertrag der Mühlen in Eisenbüttel belief sich auf 1761 M 43 \mathcal{L} . Die der Gewinnberechnung zu Grunde liegenden Einnahmen betrugen überhaupt 217260 M 86 \mathcal{L} , während sich die Betriebsausgaben einschließlich der Amortisation und Rückstellung auf 234791 M 62 \mathcal{L} beliefen, so daß die Wasserlieferung eine Mehrausgabe von 17530 M 76 \mathcal{L} verursacht hat, welche, von dem Ertrage des Privat-Einrichtungsgeschäftes abgesetzt, einen Gewinn von 22870 M 96 \mathcal{L} ergibt. Für Rohrerweiterungen sind 27520 M 05 \mathcal{L} gezahlt worden. Die Einnahmen, Ausgaben und Ueberschüsse haben seit Eröffnung des Wasserwerkes betragen:

Abchnitt 1800	Einnahmen M	Ausgaben M	Ueberschüsse M
65/69	281 689	235 993	45 696
70/74	546 547	361 131	185 416
75/79	742 350	404 825	337 525
80/84	888 866	466 722	422 144
85/89	1 090 317	863 220	227 097
90	248 065	200 541	47 524
91	257 663	234 792	22 871

Das Wasserwerk hat ursprünglich einen Aufwand von 833 773 M 11 \mathcal{L} erfordert, während derselbe bis zum letzten Abschlusse einschließlich aller Erweiterungsbauten, Terrainankäufe etc. nicht weniger als 3 061 872 M 12 \mathcal{L} betrug. Zur Zeit lastet auf dem Werke noch eine Schuld von 1 722 411 M 70 \mathcal{L} . Was den technischen Theil des Berichts anlangt, so haben 1891 insgesamt 13 Rohrbrüche stattgefunden. Die Zahl der vorhandenen Hydranten betrug 895 Stück und die der großen Feuerhähne 216 Stück. Der Kohlen- und der Wasserverbrauch hat sich während der Zeit des Bestehens des Werkes in folgender Weise gestaltet:

1800	Kohlenverbrauch		Wasserverbrauch	
	durchschnittlich im Jahre	in der Stunde	durchschnittlich im Jahre	an einem Tage
	kg		cbm	
65/69	560 100	63,9	712 082	1 950
70/74	1 072 750	122,49	1 570 428	4 300
75/79	1 589 016	181,3	2 657 131	7 276
80/84	1 771 180	201,96	3 792 002	10 378
85/89	1 046 370	119,41	2 996 116	8 184
90	822 400	93,88	2 523 669	6 914
91	934 300	106,65	2 849 614	7 807

Das Rohrnetz beträgt in seiner Gesamtlänge 77 718 m und sind 3. 3. 5022 Wassermesser eingebaut.

Zum Schluß möge noch folgende Zusammenstellung Platz finden:

1800	Selbstkosten	Einnahmen	Zahl der Consumenten
	für 1 cbm Wasser		
	\mathcal{L}	\mathcal{L}	
65	15,79	12,84	760
70	5,81	7,08	1355
75	4,16	5,84	2314
80	2,5	4,83	3112
85	2,32	4,60	3564
90	6,55	9,83	4547
91	8,24	9,04	5067

Der Bericht schließt mit einigen Mittheilungen über die früher stattgehabten, jetzt aber beseitigten Verunreinigungen des Oberwassers, sowie über die Versuche, gutes Quellwasser für das Wasserwerk zu erbohren.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Sievers: Bei der Einnahme finden sich verschiedene Abweichungen gegen den Voranschlag und zwar habe dieselbe fast überall den Voranschlag übertroffen. Aus den Eisenbüttler Mühlen ergebe sich ein kleiner Minderertrag und könnte man aus der sehr geringen Verzinsung eigentlich folgern, daß dieselben einen sehr schlechten Besiß für die Stadt darstellen. Trotzdem könne die Stadt aber nicht daran denken, die Mühlen zu veräußern, weil sie durch letztere ihre Wasserverhältnisse regeln müsse und außerdem auch eine weitere Ausnutzung der Wasserkraft zu Electricitätszwecken in Aussicht stehe. Die Ausgaben zeigen gegen den Voranschlag erheblichere Abweichungen bei dem Punkte „Klar- und Filterbetrieb“, welcher in Folge vermehrter Reinigungsarbeiten von dem Voranschlage zu 10 000 M auf 18 747,85 M, also um 8 747,85 M, angewachsen sei. Die Ausgabe für Kohlen sei um 4 000 M und für Gehalte zc. um 3 550 M gegen den Anschlag zurückgegangen; letztere Ersparniß schreibe sich aus der Aenderung in der Leitung des Werkes her. Eine fernere Mehrausgabe rühre daher, daß auf Beschluß der Versammlung dem Reservefonds an Stelle der veranschlagten 20 000 M dieses Mal 40 000 M zugeführt seien. Die den Abweichungen beigegebenen Begründungen erkenne die Finanzcommission in allen Punkten als stichhaltig an. Da nun, wie bereits erwähnt, die Wasserversorgung eine Fehlsomme von 17 530 M 76 S ergeben habe, welche erst durch das Privat-Einrichtungsgeschäft gedeckt sei, so liege es nahe, zu erwägen, ob es nicht nöthig erscheine, den, allerdings sehr niedrig bemessenen Preis für das Wasser zu erhöhen. Hierbei kommen indessen noch anderweitige Erwägungen in Betracht. Einmal seien dem Erneuerungs- und dem Reservefonds allein 55 000 M zugeführt und dann dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß der Stadt 772 500 cbm Wasser geliefert seien, wofür dieselbe an das Werk nur 15 000 M abführe, während die Selbstkosten unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 8,24 S zusammen 65 700 M betragen. Dieser Leistung gegenüber erscheine es gerechtfertigt, wenn man den Preis für Private auf 10 S belasse. Die Bilanz sei dieses Mal wesentlich übersichtlicher gestaltet, als in früheren Jahren, so daß sich der Buchwerth leicht ermitteln lasse. Wenn man von den Gesamt-Aufwendungen für das Werk zu 3 061 872 M 12 S die seitherigen Abschreibungen von 998 433 M 32 S abrechne, so verbleibe ein Buchwerth von 2 063 438 M 80 S, statt wie im Berichte angegeben 1 722 411 M 70 S, bei welcher Summe der Reservefonds mit 341 027 M 10 S in Abzug gebracht sei. Die Finanzcommission theile nun die Ansicht, daß, da die Abschreibungen so erheblich seien, es nicht

gerechtfertigt erscheine, noch weitere größere Abschreibungen zu machen, sondern man sich in den Grenzen der jetzigen Höhe halten möchte. Um den wirklichen Werth des Werkes festzustellen und zu vergleichen, wie sich dem gegenüber der Buchwerth verhalte, sei von Herrn Mitgau eine Schätzung desselben vorgenommen, welche sich, Münztraßengebäude Eisenbüttler Mühlen und Wassermesserbestand zu 400 000 M gerechnet, auf 2 411 000 M beziffere. Da der Buchwerth dem gegenüber nur 2 063 438 M 80 S betrage, so habe man Abschreibungen vorgenommen, welche weit über das hinausgehen, was vernünftigerweise genügt haben würde. Herr Mitgau berechne die Höhe der erforderlichen jährlichen Abschreibung auf 28 000 M, da nun 11 190 M als Amortisation abgeschrieben und 15 000 M dem Erneuerungsfonds zugeschrieben werden, so genüge dieses unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Abschreibungen sich naturgemäß von Jahr zu Jahr procentmäßig günstiger gestalten, vollständig. Ebenso finde das in dem Werke stehende Anlagecapitel eine genügende Verzinsung. Schließlich solle noch erwähnt werden, daß die Rechnung von einem beeideten Bücherrevisor geprüft und die Buchführung in bester Ordnung befunden sei. Die Commission beantrage, der Direction Entlastung zu erteilen.

Herr Lange möchte hierzu beantragen, daß in Zukunft bei Aufstellung des Haushaltsplanes für das zu städtischen Zwecken verbrauchte Wasser nicht wie bisher 15 000 M, sondern annähernd die dem Verbräuche entsprechende Summe in den Etat eingestellt werde. Bei der jetzigen Art und Weise werde stets ein unrichtiges Bild gegeben, denn während der Rechnungsabluß einen Ueberschuß aufweisen solle, schließe derselbe, abgesehen von dem Privat-Einrichtungsconto, mit einem Fehlbetrage.

Herr Wolff I muß diesen Antrag bekämpfen. Der Umstand, daß die Stadt weit mehr Wasser verbräuche, als sie vergüte, sei längst bekannt. Sofern aber die Stadt solche bedeutende Summen für städtisches Wasser ausgeben solle, dann müßte auf andere Deckungsmittel zurückgegriffen werden, namentlich sei sofort eine starke Heranziehung der Werke zu dem ordentlichen Etat in Anspruch zu nehmen. Wenn dieses nun auch seinerseits nicht grundsätzlich beanstandet werde, so glaube er doch, daß man den jetzigen Zustand vorläufig noch bestehen lassen solle. Außerdem lasse sich auch nicht leicht feststellen, wie viel Wasser die Stadt verbräuche.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet ebenfalls, von dieser Aenderung abzu-
sehen. Wenn von der Direction der städtischen Wasserwerke berechnet werde, daß das Werk so viel Wasser habe, hiervon so viel verkauft sei, auf Verluste und Rohrbrüche so viel zu rechnen sei, mithin die Stadt so viel verbraucht haben müsse, so beruhe diese Berechnung auf Willkür, denn man könne ebenfogut annehmen, daß durch Rohrbrüche u. eine erheblich größere Menge Wasser absorbiert sei.

Herr Sievers will bestätigen, daß die Commission sich mit diesem Punkte auch befaßt, aber aus den schon vorgetragenen Gründen von einem Antrage auf Aenderung des bisherigen Verfahrens abgesehen habe.

Nachdem hierauf Herr Lange seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird die beantragte Entlastung ertheilt.

IV. Bericht über die städtischen Gaswerke für 1891.

Unter Uebersendung des von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke erstatteten Berichts über das städtische Gaswerk für das Jahr 1891 theilt der Magistrat mit, daß die von der Deputation zur Verwaltung der Werke vorgenommene Prüfung des Rechnungsabchlusses zu Ausstellungen keine Veranlassung gegeben habe und seinerseits die Bemerkung anzufügen sei, daß die Anleihe III bei der Stadtcasse in Höhe von 250 000 M erst vom 1. Februar 1892 ab verzinst werden müsse. Der Antrag des Magistrats geht ebenfalls dahin, der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke wegen Verwaltung des Gaswerkes während des Jahres 1891 Entlastung zu ertheilen.

Wie aus dem Berichte hervorgeht, ist bei einer Gesammterzeugung von 4 485 270 cbm Gas ein Gewinn von 89 500 M 32 S erzielt worden, während derselbe zu 110 687 M 50 S veranschlagt war. Die Mehrausgabe für Kohlen im Betrage von 8294 M 57 S ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß für die Zusatzkohlen bedeutend höhere Preise bezahlt werden mußten, sowie daß die deutschen Cannellohlen nicht genügend zu beziehen und durch theuerere böhmische und schottische Cannellohlen zu ersetzen waren. Die Kosten für Unterhaltung der Gebäude, Laternen u. sind durch den vorjährigen Hagelschlag erheblich gesteigert und ist hierdurch die entstandene Mehrausgabe herbeigeführt. Die Mindereinnahme von 43 604 M 09 S für Coaks ist darauf zurückzuführen, daß Kohlen verwandt werden mußten, die nur einen geringwerthigen Coaks geben. Aus dem Verkaufe von Theer ist eine Mehreinnahme von 10 943 M 28 S erzielt. — Das Privat-Einrichtungsgeschäft hat bei einem Umsatze von 58 756 M 47 S einen Gewinn von 3132 M 17 S, oder von 5,3 % abgeworfen. Dieser verhältnißmäßig geringe Gewinn ist dadurch zu erklären, daß ein Theil der Materialien aus dem Vorrathe des Gaswerks für das Wasserwerk verwandt und daher diesem zum Vortheil gekommen ist. Straßenlaternen sind im ganzen Jahre 1636 Stück vorhanden gewesen und am 1. October 1891 noch 51 Stück hinzugekommen. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung haben einschließlich der Unterhaltung und Abwartung 134 305 M 74 S betragen, darunter an Gehältern und Löhnen 28 052 M 02 S. — Für durch Gasmesser abgegebenes Gas sind aufgefunden: für 3 268 554 cbm à 18 S und für 203 719 cbm à 15 S = 618 897 M 57 S. Die gesammten Einnahmen betrugen 864 931 M 64 S, die gesammten Ausgaben

dagegen 775 431 M 32 $\%$. — Rohrerweiterungen sind vorgenommen in folgenden Straßen: Döringstraße, Wolfskamp, Langerkamp, Gildenklinke, verl. Sophien-, Caland- und Bugenhagenstraße, Limbederstraße und Frankfurterstraße. Als Rückstellung für den Reservefonds sind 20 000 M und für den Erneuerungsfonds 25 000 M an die Stadtkasse gezahlt. Die Aufwendungen für das neue Gaswerk an der Taubenstraße haben 628 063 M 66 $\%$ betragen. Die Ueberschüsse des Gaswerkes belaufen sich seit dem 1. Juli 1863 auf insgesammt 3 358 091 M 62 $\%$. Hiervon sind auf die Obligationenanleihe im Betrage von ursprünglich 639 000 M bereits 290 400 M abgetragen.

Es hat betragen

im Jahre	die Gas- production cbm	die Zahl der		der Preis des Gases für 1 cbm $\%$
		Consu- menten	Laternen	
1863/4	538 130	780	538	38,8
1869/70	1 006 803	1656	676	31,8
1874/75	1 670 030	2230	748	25
1879/80	2 172 335	2389	862	22
1885	2 831 020	2482	?	18 bezw. 15
1890	4 329 760	2969	1636	
1891	4 483 510	3105	1689	

Von der erzeugten Gasmenge kommen auf das Werk Bahnhofstraße 2 979 800 cbm und auf das Werk Taubenstraße 1 503 710 cbm, zu deren Herstellung insgesammt 9 347 251 kg und bezw. 4 673 300 kg Kohlen verwandt wurden.

Auf 100 kg Steinkohlen sind verwandt:

	Bahnhofstraße kg	Taubenstraße kg
Deutsche Cannelkohlen	13,14	2,43
Böhmische Plattenkohlen	14,25	23,56
Schottische Kohlen	60,26	63,68
zusammen	87,65 kg	89,67 kg

Auf 100 kg gemischten Materials sind durchschnittlich 31,88 cbm, bezw. 32,18 cbm Gas gewonnen.

Von den erzeugten Gasmengen sind abgegeben für:

	cbm	%
öffentliche Beleuchtung	644 748	= 14,38
Privatgebrauch	3 482 592	= 77,68
Illumination	1 271	= 0,03
Selbstverbrauch	81 800	= 1,82
mithin Verluste	273 099	= 6,09
zusammen	4 483 510 cbm	= 100 %

Auch hierüber berichtet namens der Finanzcommission Herr Sievers: Bei dem Abschlusse sei hier ebenfalls wieder zu berücksichtigen, daß die städtische Beleuchtung an Gas und Petroleum 134 305 M 74 S erfordere, während dafür nur 98 925 M berechnet werden, so daß dem Werke eigentlich noch ein weiterer Reingewinn von 35 380 M 74 S zu Gute komme. Nach der Bilanz sei von dem Anlagewerthe der Werke zu 3 410 892 M 14 S schon mehr als die Hälfte, nämlich 1 707 145 M 26 S abgeschrieben, so daß die Werke nur noch mit 1 703 746 M 88 S zu Buche stehen. Eine Schätzung derselben solle ebenfalls noch vorgenommen werden. Von den in den Reservefonds gezahlten 273 063 M 42 S seien bereits verwandt 140 968 M 67 S , so daß noch 132 094 M 75 S verfügbar bleiben. Die Zahl der Consumenten sei fortwährend gewachsen und betrage im abgelaufenen Jahre 3105, welche 39 365 Flammen brennen. Der Verbrauch von Gas zum Betriebe von Gaskraftmaschinen, zu technischen Zwecken, sowie zum Kochen und Heizen habe nur 210 434 cbm, mithin 4,69 % der gesammten Gasabgabe betragen. Es sei zu bedauern, daß diese Verwendung nicht in erhöhtem Maße geschehe und könne das nur in der Verkennung der Heizkraft des Gases liegen. Bei den im Altstadt-Rathhause mit Gasmachines angestellten Proben habe sich herausgestellt, daß bei gleicher Heizkraft ein wesentlich geringeres Quantum des hiesigen Gases erforderlich sei, als von dem Gase in Bremen und demnach, wenn auch nominell der Preis des hiesigen Gases etwas höher sei, sich doch die Heizkraft hier billiger herstellen lasse. Wenn diese Thatsachen im Publicum mehr bekannt würden, könnte es nicht fehlen, daß das Gas bei Weitem mehr zu technischen, Heiz- und Kochzwecken Verwendung finden müsse. Auch diese Rechnung sei von Sachverständigen geprüft und für richtig befunden und beantrage die Commission ebenfalls, Entlastung zu ertheilen, was ohne weitere Besprechung geschieht.

V. Ueberweisung eines Grundstückes an die Straßenreinigungs-Deputation.

Die Straßenreinigungs-Deputation bedarf zu ihrem Geschäftsbetriebe einiger Räume, in denen sich die bei der Straßenreinigung beschäftigten Personen regelmäßig vor Beginn der Arbeit versammeln und in denen die Geräthe aufbewahrt werden. Zu diesem Zwecke waren bislang der kleine Hof und einige Zimmer des

alten Polytechnicum überwiesen, bei dem beabsichtigten Verkaufe desselben aber magistratsseitig in Aussicht genommen, der Deputation einige Räume in dem ehemaligen Brauerei-Grundstücke an der Wendenstraße zu überlassen. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß dieses Grundstück für den fraglichen Zweck ungeeignet ist, so ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß das in der kl. Burg gelegene ehemals Barges'sche Grundstück, welches z. B. für 600 M jährlich verpachtet ist, zu solchem Zwecke theilweise bereitgestellt werde. In diesem Grundstücke sind nicht nur die erforderlichen Räume zur Unterbringung der Geräthe vorhanden, sondern es würden innerhalb des Hofes und Gartens auch die Rehrmaschinen — welche z. B. auf dem Grundstücke des Feuerlöschgebäudes untergebracht sind, dort aber den Verkehr beengen — Tags über aufgestellt werden können. Eine der in dem Grundstücke vorhandenen Wohnungen könnte einem Aufseher überwiesen werden, während die übrigen nach wie vor zu vermietthen seien. In Uebereinstimmung mit der Straßenreinigungs-Deputation ersucht der Magistrat, sich mit dieser Maßnahme einverstanden zu erklären und das Weitere der Deputation zu überlassen. Außerdem wird beantragt, für einige bauliche Aenderungen einen Betrag von 300 M zu verwilligen.

Wie Herr Fiedel berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, diese Anträge zu genehmigen,
was geschieht.

VI. Gesuch wegen Einrichtung eines Warteraumes am Centralfriedhofe.

Eine größere Anzahl hiesiger Einwohner hat an Herrn Nieß ein Gesuch gerichtet, sich in der Versammlung dafür zu verwenden, daß dem in der Bürgerschaft längst fühlbar gewordenen Bedürfnisse nach Einrichtung eines Warte- und Erholungsraumes für die Besucher des Centralfriedhofes entsprochen werde. Das den weit außerhalb der Stadt liegenden Friedhof besuchende Publicum müsse bei ungünstigem Wetter eine Unterkunft finden, da nicht zu verlangen sei, daß sich dasselbe im Freien oder in einer Leichenhalle oder Capelle erholen, ausruhen oder stärken solle. Darum erscheine baldigste Abhülfe wünschenswerth. Herr Nieß hat dieses Gesuch dem Herrn Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung zu weiterer Veranlassung überwiesen.

Unter Hinweis auf das vorstehende Gesuch hat Johann noch der Helmstedterstraße 86 wohnende Herr Franz Kunze der Versammlung mitgetheilt, daß er seine dem Haupteingange des Centralfriedhofes gegenüberliegenden Localitäten seit zwei Jahren verschiedentlich der Herzoglichen Kreis-Direction und Herzoglichen Polizei-Direction unentgeltlich als Warteraum für die den Friedhof Besuchenden angeboten und als Entgegenkommen dafür nur die Freigabe des Verkaufs von Selterwasser, Cognac, Raffee, Bier u. s. w. beanspruche. Die diesbezüglich eingereichten

Gesuche seien aber sämmtlich mit dem Bemerken, daß kein Bedürfniß vorliege, abgelehnt worden. Er bitte daher, an zuständiger Stelle für die Erfüllung seiner Bitte einzutreten, um dem schon viel beklagten Uebelstande des Fehlens eines Warteraumes mit einem Male abzuhelpfen.

Namens der Statutencommission führt Herr Rudeloff aus, daß die Versammlung schon deshalb nicht in der Lage sei, bestimmte Anträge an den Magistrat zu richten, weil es nicht Sache der städtischen Behörden sei, über Einrichtungen, welche mit dem Centralfriedhofe in Verbindung stehen, Beschlüsse zu fassen oder auszuführen. Dieses gehöre zur Competenz des Kirchenconvents oder des Kirchencassen-Collegiums. Die Commission empfehle deshalb, diese Eingaben lediglich dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, wenn wohl auch Jeder den Eindruck habe, daß sich der Magistrat kaum veranlaßt finden werde, Veranstaltungen zu treffen, um dem genannten Herrn Runze eine Concession zum Wirthschaftsbetriebe zu verschaffen.

Herr Nieß bittet den Magistrat, die Sache in ernste Erwägung zu nehmen, wenn sie auch durch die zweite Eingabe einen etwas heiteren Anstrich gewonnen habe. Auf dem Friedhofe fehle ein Unterkommen und das sei ein Uebelstand, der beseitigt werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Pockels will keinen Anstand nehmen, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedhofs-Deputation mitzutheilen, daß letztere sich schon früher mit der Frage wegen Schaffung einer Unterkunft für die Leidtragenden beschäftigt habe, aber zu dem Beschlusse gekommen sei, bei den vollständig unzulänglichen Geldmitteln der Friedhofscasse hiervon zunächst noch absehen zu müssen. Auch jetzt habe das Project wieder zurückgestellt werden müssen, weil man im gegenwärtigen Herbst zu einer sehr großen Erweiterung des Friedhofes habe schreiten müssen, welche nicht allein die sämmtlichen vorräthigen Mittel absorbiert, sondern auch die Verwaltung auf mehrere Jahre in Schulden gestürzt habe. Die Deputation könne sich deshalb nicht bewegen finden, in nächster Zeit die gewünschte Unterkunft zu schaffen. Nothdürftig sei solche Unterkunft allerdings schon vorhanden, indem der Beamte des Friedhofes seinen Dienstraum und den vorgelegenen Corridor dem Publicum bei schlechtem Wetter zur Verfügung gestellt habe. In dem anderen Verwaltungsgebäude sei noch ein Zimmer, welches im Erdgeschoß belegen, aber heizbar sei, nothdürftig eingerichtet und außerdem würde bei wenig starkem Winde auch der Ueberbau an der Leichenhalle als Schutzstelle benutzt werden können. Unter besonders dringenden Verhältnissen sei auch kein Anstand genommen, die Thür der Capelle zu öffnen, um auf diese Weise noch eine weitere Unterkunft zu schaffen. Aus allen diesen Gründen könne er nicht in Aussicht stellen, daß der Magistrat in dieser Sache die Initiative ergreifen werde.

Herr Wolff I glaubt, daß die Worte des Herrn Oberbürgermeisters für Viele eine gewisse Enttäuschung mit sich bringen werden. Der in der Bittschrift hervor- gehobene Uebelstand sei vorhanden und wenn die Friedhofs-Deputation kein Geld habe, so möchte seitens derselben zu erwägen sein, ob nicht in anderer Weise und wenn auch durch Befürwortung der Concession für einen in unmittelbarer Nähe des Friedhofs wohnenden Einwohner Wandel geschaffen werden könne. Für die ganze Bewohnerschaft liege eine Nothwendigkeit vor, auf dem Friedhofe gegen heftige Gewitter und sonstiges Unwetter geschützt zu sein. Gerade bei solcher Gelegenheit erkälten sich sehr viele Leute und liefern ein neues Contingent für den Friedhof.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß der Hauptcalamität die Spitze abge- schnitten würde, wenn die Friedhofs-Deputation anordnen wollte, daß die Capelle auch Nachmittags geöffnet würde. Dann erscheine es nicht nöthig, in absehbarer Zeit eine Warthalle zu schaffen. Die von dem Friedhofs-Verwalter in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellten Räume seien so klein, daß sie durchaus nicht ge- nügen. Der Ansicht des Herrn Vorredners, daß man diese Gelegenheit eventuell benutzen solle, um einem speculativen Einwohner die Concession zum Wirthschafts- betriebe zu verschaffen, müsse er entgegentreten.

Herr Reiche kann die Schaffung eines Unterkunftsraumes nicht für ausreichend erachten, da es nothwendig sei, daß man dort auch etwas zu sich nehmen könne, wenn man eine Zeitlang in der Kälte auf dem Friedhofe gestanden habe. Einem solchen Bedürfnisse sei aber schon abgeholfen, indem einige hundert Schritte von dem Friedhofe entfernt eine Wirthschaft liege, die sehr stark von dem Leichen- gefolge auf dem Rückwege besucht werde.

Herr Günther hält die Pietät zu weit getrieben, wenn man jegliche Wirth- schaft in der Nähe des Friedhofes verbieten wolle. Sofern man die Concession zum Wirthschaftsbetriebe nicht geben könne, solle man wenigstens gestatten, daß Kaffee und warme Getränke gereicht werden dürfen, während der Verkauf von Bier verboten werden könne.

Der Antrag der Statutencommission gelangt darauf zur Annahme.

VII. Stellung des Stadtgeometers.

Der Stadtgeometer ist in Abtheilung X des Normalstatuts eingereiht und bezieht danach ein Anfangsgehalt von 1800 M, welches alle drei Jahre um 200 M bis zum Höchstbetrage von 3400 M steigt. Da dieses Gehalt im Vergleich zu dem Einkommen der staatlichen Feldmesser namentlich in den unteren Altersstufen recht niedrig bemessen ist, auch nach gewordenen Mittheilungen eine Verbesserung des Einkommens der letzteren Beamten, insoweit dieselben wissenschaftliche Vorbildung genossen und durch ein Examen nachgewiesen haben, angestrebt werde, so beantragt

der Magistrat, die Gehaltsverhältnisse des Stadtgeometers dahin zu ändern, daß derselbe aus Abtheilung X in Abtheilung IX versetzt werde, wobei indessen vorausgesetzt sei, daß der jedesmalige Stadtgeometer seine wissenschaftliche Vorbildung nachgewiesen haben müsse. Im Falle der Genehmigung dieses Antrages hält es der Magistrat für billig, den Stadtgeometer Knoll, der den Nachweis der erforderlichen Vorbildung zwar nicht durch Ablegung einer Prüfung erbracht, jedoch durch seine praktische Dienstleistung ersetzt habe, als geprüften Geometer anzuerkennen. Derselbe würde dann zum 1. April 1893 ein Gehalt von 3400 M beziehen, während er nach den jetzigen Gehaltsbestimmungen dann nur 2800 M erhalten würde.

Die Statutencommission kann diesen Vorschlägen nach dem Berichte des Herrn Rudeloff nur zustimmen. Wenn auch die Stellung der Landes=Deconomie=Conducteure jetzt noch nicht so glänzend sei, wie man gewöhnlich annehme, so lasse sich doch erwarten, daß in einigen Jahren eine Verbesserung des Einkommens derselben eintrete. Ziehe man einen Vergleich zwischen dem Einkommen des Stadtgeometers und demjenigen der übrigen städtischen Beamten, so sei wenigstens die Commission der Meinung, daß ein Einkommen von 1800—3400 M nicht den Arbeiten entspreche, welche von dem Stadtgeometer erwartet werden, da dieses sehr umständliche, schwierige und verantwortungsvolle Arbeiten seien, welche für die Stadt eine große Bedeutung haben. Nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse sei die Commission zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Stellung des Stadtgeometers, zumal wenn die wissenschaftliche Qualifikation von demselben verlangt werden solle, nach Maßgabe der Vorlage aufgebeßert werden müsse. Da sich die Qualifikation des Stadtgeometers Knoll durch die Praxis längst bewährt habe, so empfehle die Commission weiter, das Gehalt desselben in der vom Magistrate beantragten Weise aufzubessern.

Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

VIII. Vertrag mit dem Bäckermeister Brauckmeyer.

Um die Restflächen der an der Durchbruchstraße Wenden=Kaiserstraße gelegenen Grundstücke des Bäckermeisters Brauckmeyer und der Stadt nutzbar zu gestalten, ist mit dem Genannten ein Abkommen getroffen, dahingehend, daß derselbe von den städtischen Flächen zur Abrundung seines Grundstückes insgesamt 3,13 a überwiesen erhält und dafür eine gleich große Fläche an die Stadt abtritt. Hierdurch werden die Grundflächen beider Eigentümer zweckmäßiger zusammengelegt und bebauungsfähiger gemacht. Dem Ersuchen des Magistrats, sich mit diesem Austausch einverstanden zu erklären,

wird von der Versammlung Folge gegeben, nachdem Herr Weber die Vorlage namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

IX. Bewilligung einer Summe für Instandsetzung des Bürgerparkes.

Das Darniederliegen von Handel und Industrie hat auch hier eine Herabminderung der Arbeitsgelegenheit zur Folge gehabt. Der Magistrat hält es deshalb für angezeigt, auch im bevorstehenden Winter städtische Arbeiten ausführen zu lassen, um wenigstens einem Theile der hiesigen Arbeiter Gelegenheit zum Verdienst zu bieten. Der Betrag des dabei dem Einzelnen zu gewährenden Arbeitslohnes wird nach der Ansicht des Magistrates geringer sein müssen, wie die sonst hier am Orte üblichen Lohnsätze, da die Beschäftigung lediglich bezwecken solle und könne, die Inanspruchnahme von Unterstützungen seitens arbeitsfähiger Personen zu verhüten. Wenn aber die Stadtverwaltung solche Arbeitsgelegenheit schafft, darf grundsätzlich nur den hiesigen Arbeitern Beschäftigung gewährt werden. Abgesehen von Straßenbauten, deren Ausführung fortgesetzt werden soll, soweit die Witterungsverhältnisse und die zur Verfügung stehenden Mittel solches gestatten, würde auch bei kälterem Wetter die Anlage des erweiterten Bürgerparkes in Angriff genommen werden können. Die dazu erforderlichen Aufschüttungen sind indessen erst so wenig vorgeschritten, daß man sich einstweilen auf die Anlage des nach dem Kreiß'schen Projecte in der Nähe der Wolfenbüttlerstraße vorgesehenen etwa 4 ha großen Teiches wird beschränken müssen. Das dazu erforderliche Wiesenterrain, welches seitens Herzoglicher Kammer bis Ende dieses Jahrhunderts verpachtet war, hat der Magistrat pachtfrei machen können, nachdem ihm die zur Entschädigung der Pächter erforderlichen Mittel seitens des hiesigen Eisbahnvereins zur Verfügung gestellt waren. Der alsbaldigen Inangriffnahme der Arbeiten würde daher nichts mehr im Wege stehen. Die Höhe der Summe, welche erforderlich sein wird, um den in Rede stehenden Zweck zu erreichen, läßt sich zur Zeit auch nicht annähernd bestimmen. Der Magistrat erachtet es jedoch für genügend, wenn dazu einstweilen eine Summe von 25 000 M. ausgeworfen werde und ersucht daher, ihm einen Credit in dieser Höhe, wegen dessen Deckung er sich weitere Anträge vorbehalten, zu eröffnen.

Namens der Finanzcommission berichtet Herr Wolff I, daß der Magistrat in der Vorlage etwas beantrage, was wohl jedes Mitglied der Versammlung für wünschenswerth erachte, so daß die Vorlage hier eine sympathische Aufnahme finden werde. Auch haben die Gesichtspunkte, von denen der Magistrat bei der Vorlage ausgehe, in der Finanzcommission volle Billigung gefunden, da es richtig sei, daß man den Arbeitslohn nicht ganz so hoch bemesse, wie die Arbeiter unter anderen Verhältnissen bei gleichartigen Arbeiten bekommen würden. Damit sei aber nicht gesagt, daß der Lohn eine Art Hungerlohn sein solle, sondern man wolle einen auskömmlichen Lohn zahlen, der nur etwas unter der Grenze des ortsüblichen Lohnes für so schwierige Arbeiten, die sonst nicht am allerbilligsten bezahlt werden, bleibe. Nach der allerdings noch nicht feststehenden Ansicht des Magistrats sei ein Stunden-

lohn von 25 \mathcal{R} , bei welchem jeder Arbeiter bestehen könne, in Aussicht genommen. Außerdem werde allseitig gebilligt werden, daß an diesen Arbeiten nur hiesige, wohnsitzberechtigte Arbeiter theilnehmen können. Mit großer Freude sei von der Commission die Mittheilung begrüßt, daß diese Arbeiten durch das Entgegenkommen des Eisbahnvereins ermöglicht werden und erscheine es daher billig, daß man demselben bei der Verpachtung des Teiches auch ein kleines Entgegenkommen zeige. In Bezug auf die Bemerkung der Vorlage, daß städtische Straßenbauten in Angriff genommen werden sollten, soweit die Witterungsverhältnisse und die vorhandenen Mittel solches gestatten, sei darauf hingewiesen, daß die letztere Einschränkung sich auf Straßen beziehe, welche mit auf Kosten von Privaten zur Ausführung kommen. Wenn zunächst eine Summe von 25 000 \mathcal{M} beantragt werde, so könne man mit dem Magistrate sagen, daß es schwer sei, sich ein Bild darüber zu machen, wie hoch man gehen wolle und wie hoch die Nothwendigkeit zu gehen erheische. Die Forderung von 25 000 \mathcal{M} sei nur ein Griff. Mit dieser Summe könnten 200—240 Arbeiter auf 60—70 Tage beschäftigt werden und das sei schon eine beachtenswerthe Unterstützung. Aus allen diesen Gründen habe er die Genehmigung der Vorlage zu empfehlen.

Herr Günther begrüßt die Vorlage mit großer Freude. Jedenfalls liege darin mindestens eine Anerkennung des herrschenden Nothstandes, der im vorigen Jahre seitens des Magistrates geleugnet worden sei. In diesem Jahre werde der Nothstand noch weit größer werden, als im vorigen, so daß er in die Augen springen müsse. Um die Anzahl der Arbeitslosen festzustellen, seien statistische Ermittlungen eingeleitet; wenn man diese Arbeit auch noch nicht beendet habe, so stehe doch schon fest, daß die Zahl eine ganz gewaltige sein und sich nach ungefähre Berechnung auf 2000 belaufen werde. Allerdings übe die schnell eingetretene Kälte auf diese Zahl einen bedeutenden Einfluß aus. Bemängeln lasse sich an der Vorlage der niedrige Lohnsatz, da die Leute, welche schon in Noth gerathen seien, mit demselben nicht auskommen könnten, jedoch wolle er davon absehen. Dagegen halte er die angeforderte Summe von 25 000 \mathcal{M} für zu niedrig und wolle deshalb beantragen, dem Magistrate wie bei anderen Gelegenheiten so auch hier einen unbeschränkten Credit zu bewilligen. Wenn man nur 25 000 \mathcal{M} bewillige, so schränke sich der Magistrat mit seinen Ausgaben ein, oder er müsse nach dem Verbräuche der Summe wieder mit einer Forderung vor die Versammlung treten. Es habe in seiner Absicht gelegen, einen Antrag betreffs der Wahl einer Nothstands-Commission zu stellen, jedoch wolle er davon noch absehen, weil er das Material von der Arbeitslosenstatistik noch nicht vollständig besitze. Für gut würde er es halten, wenn der Magistrat sich vielleicht mit einem Theile der Arbeiterschaft in Verbindung setzte, um festzustellen, welche Arbeiterbranchen vornehmlich zu unterstützen seien. Hinsichtlich der Höhe der nachgesuchten Summe

wolle er noch bemerken, daß die Gemeinde Halle a./S. 40 000 M für solchen Zweck bewilligt habe.

Herr Wolff I bittet, über den Magistratsantrag nicht hinauszugehen. Sollten die Verhältnisse fordern, eine höhere Summe auszugeben, so könne der Magistrat jeden Augenblick mit einem weiteren Antrage vor die Versammlung treten und werde sich dieselbe seinem Vorschlage nicht verschließen. Außerdem sei es auch bisher nicht üblich gewesen, einen unbeschränkten Credit zur Verfügung zu stellen.

Herr Halle will diesen Ausführungen zustimmen, möchte aber empfehlen, mit den Arbeiten recht schnell zu beginnen, damit der Frost nicht hindernd in den Weg trete.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß die Canalisationsarbeiten, soweit es das Wetter zulasse, noch fortgesetzt werden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß sich hier noch Arbeitsgelegenheit biete, erscheine es nicht nothwendig, die angeforderte Summe schon jetzt zu erhöhen. Sollte dieselbe nicht ausreichen, so habe der Magistrat schon beschlossen, der Versammlung mit einer weiteren Vorlage zu kommen. Wenn auch die Absicht bestehe, mit den Arbeiten recht bald beginnen zu lassen, so komme es doch darauf an, ob der Promenaden-Inspector Kreiß mit der Absteckung des Teiches schon so weit fertig sei, um sogleich in die Arbeit eintreten zu können. Der Uebergang nach den Wiesen sei bereits hergestellt.

Herr Günther möchte vermieden sehen, daß der Magistrat sich immer fragen müsse, ob das Geld auch ausreichen werde, denn 25 000 M sei wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn der Magistrat glaube, daß er mit der Einstellung von 240 Arbeitern dem Nothstande abhelfe, so irre er, denn das sei nur eine ganz geringe Zahl im Vergleiche zu der großen Zahl der Arbeitslosen. Der Zubrang der Arbeitslosen zum Stadthause nehme immer mehr zu und wenn verschiedene Male seitens des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Stadtrath Ketemeyer die Leute an die betreffenden arbeitsausgebenden Stellen verwiesen seien, so müsse dazu bemerkt werden, daß auch diese sich nicht helfen können und die Leute abweisen müssen. Aus diesem Grunde habe er vorgeschlagen, einen unbeschränkten Credit zu gewähren, wie das bei der Cholera auch geschehen sei. Ob daran festgehalten werden könne, daß nur Einheimische Arbeit erhalten sollen, möchte er bezweifeln und werden Ausnahmen jedenfalls gemacht werden müssen. (Widerspruch.)

Herr Stadtrath Ketemeyer möchte einen solchen Zweifel nicht aufkommen lassen, da an diesem Grundsätze festgehalten werden müsse. Wenn dieses nicht geschehe, so werden die Leute von allen Seiten angezogen kommen und die Stadt habe sie dann auf dem Halse. Außerdem wolle er darauf hinweisen, daß eine so erheblich große Zahl, wie Herr Günther genannt habe, auf dem Terrain gar nicht beschäftigt werden könne. Bei der Beschäftigung einer allzugroßen Zahl werde sich zum Allermindesten das unangenehme Resultat ergeben, daß falsche Arbeiten zur Ausführung

gelangen. Auch könne nicht sofort mit dem ganzen Bestande angefangen werden, weil zunächst die Absteckungs-Vorarbeiten erledigt und Abzugsanäle gelegt werden müssen, ehe die eigentliche Arbeit des Teichausgrabens beginnen könne.

Herr Rieke will bemerken, daß die Zunahme der Nothlage am besten die Armenpfleger beurtheilen können, welche von Woche zu Woche mehr von Hilfsbedürftigen in Anspruch genommen werden. Am meisten sei dieses zu merken gewesen, als ein großer Theil der Canalarbeiter gekündigt worden, da hierauf sofort eine große Zahl um Unterstützung anhielten. Bei allem Entgegenkommen für die Bedürftigen lege er doch Werth darauf, daß die einheimischen steuerzahlenden Arbeiter zunächst Beschäftigung erhalten, denn andernfalls würden sich mehr Polacken und sonstige Fremde hier einfinden, als man einheimische Arbeiter habe. Es wäre auch sehr zu wünschen, wenn das Endchen Bahn nach Meine in Angriff genommen werden könnte, damit hierdurch eine Arbeitsgelegenheit in größerem Maßstabe erschlossen würde, aber leider lasse sich hierzu seitens der Stadt nichts thun. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß durch diese Ausgabe eine Ueberschreitung des Armenetats vermieden und die aufzuwendende Summe dadurch wieder erspart würde. Ein großes Gewicht lege er darauf, daß dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, seinen Unterhalt zu verdienen und nicht auf Unterstützung angewiesen zu sein. Alle Wohlthaten degradiren den Menschen, wenn man ihm aber Arbeit verschaffe, so hebe man ihn und das halte er für eine große Hauptsache.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Günther auf Gewährung eines unbefchränkten Credits abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

X. Straßen-Polizei-Ordnung. (Fortsetzung.)

Wie Herr Wolff II weiter berichtet, sind bezüglich der Bestimmungen des von der Versammlung bereits genehmigten §. 13 des Entwurfs noch einige Gedanken aufgetaucht, welche Herr Jüdel vorzutragen gedenke.

Herr Jüdel führt sodann aus, daß es sich um die Breite der Fuhrwerke handle. Wenn im §. 13 vorgeschrieben sei, daß die Ladung eines Fuhrwerks nicht breiter als 2,5 m sein dürfe, so müßte für Stroh- und Heuwagen, welche die Stadt passiren, eine größere Breite vorgesehen werden, weil diese nicht so schmal verladen werden können. Nach den Angaben von Händlern solle ein solches Fuhr in der Regel 12 Fuß breit sein, jedoch könne man mit 11 Fuß auskommen. Zweckmäßig erscheine es ihm, vielleicht vorzuschreiben, daß derartige Ladungen nur bis 9 Uhr Vormittags die städtischen Straßen der Innenstadt befahren dürfen, um Verkehrsstörungen, wie er sie neulich in der Neuenstraße beobachtet habe, zu vermeiden, außerdem aber die höchste Breite solcher Fuhrwerke auf 3 m anzuordnen.

Herr Bültemann bemerkt, daß für Heu- und Strohwagen eine Breite von 2,5 m unter allen Umständen nicht ausreiche.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde es für richtiger halten, bei solchen Ladungen überhaupt kein Maß festzusetzen, weil sich die Breite nach der Höhe richten müsse. Man könne daher vielleicht sagen: „Die Ladung eines Fuhrwerks darf — abgesehen von Stroh-, Heu- und Getreidefahren — nicht breiter sein, als 2,5 m ..“

Herr Büdel hält es für besser, eine bestimmte Breite festzusetzen, da solche Vorschrift auch jetzt schon bestehe.

Herr Weber kann sich dieser Ansicht nur anschließen, weil die Breite eines Fuders schon durch die Höhe bestimmt werde. Anderenfalls würden Fuder in die Stadt gebracht, welche die ganze Straße sperren.

Herr Bültemann tritt der Ansicht des Herrn Stadtrath Ketemeyer bei, da sich sehr schwer sagen lasse, wie breit ein Fuder sein solle. In diesem Jahre sei z. B. sehr langes Korn geerntet und müsse man in Folge dessen breiter laden, während in anderen Jahren das Korn kürzer sei und schmaler geladen werden könne.

Herr Schumburg schließt sich dieser Anschauung ebenfalls an.

Herr Wolff I möchte die Frage aufwerfen, ob große Bedenken dagegen bestehen, den ganzen Satz von 2 $\frac{1}{2}$ m auf 3 $\frac{1}{2}$ m abzuändern, da er nicht wisse, weshalb die Fahren von Heu und Stroh einen Vorzug genießen sollen.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde solche Aenderung für bedenklich halten. Die Breite der Fuhrwerke selbst sei im §. 8 auf höchstens 2,2 m festgesetzt, so daß die Ladung an beiden Seiten zusammen nur 0,3 m überstehen dürfe. Wenn man nun die Breite der Wagen belasse, und die Breite der Ladung ändere, so stehe diese möglicherweise so weit über, daß, wenn der Wagen dicht an die Bordsteine fahre, in schmalen Straßen Niemand daneben auf dem Fußsteige gehen könne. Bei Heu- und Strohwagen habe dieses insofern keine Noth, als der Führer eines solchen Gespannes niemals so thöricht sein werde, dicht an die Gasse heranzufahren, wenn er nicht gewärtig sein wolle, daß das Fuder umfalle. Deshalb glaube er auch, daß die Herzogliche Polizei-Direction nichts dagegen einwenden werde, wenn man die Heu- und Strohfahren ausnehme. Er halte es für bedenklich, ein bestimmtes Maß der Breite festzusetzen, weil nichts dagegen zu machen sei, wenn das Stroh in einem Jahre einmal länger ausfalle.

Herr Wilke empfiehlt ebenfalls, die Stroh- und Heuwagen auszuschließen. Ein zu breites Verladen derselben sei ausgeschlossen, weil die Wagen sonst zu leicht umfallen und außerdem vermögen die meisten Bauern eine bestimmte Breite gar nicht abzumessen.

Herr Bültemann will noch darauf aufmerksam machen, daß es bei der Festsetzung einer bestimmten Breite den Deconomen und kleinen Grundbesitzern der

Stadt unmöglich werde, z. B. bei drohendem Gewitterregen mehr und rascher, sowie auch breiter zu laden, als sie bei ruhiger Arbeit thun würden. Hierdurch seien sie aber sofort straffällig, auch wenn sie mit ihrem Fuder gar nicht in die Stadt kommen, sondern draußen bleiben.

Herr Wolff II bittet, den Vorschlag des Herrn Stadtrath Metemeyer gutzuheißen.

Herr Stadtrath Heymann würde es für richtiger halten, den Satz etwas anders zu stellen und zu sagen: „Die Ladung eines Fuhrwerkes muß im richtigen Verhältniß zur Leistungsfähigkeit des Gespannes stehen und darf — abgesehen von Stroh-, Heu- und Kornfahren — nicht breiter sein, als 2,5 m; . . .“, damit der hier vorangestellte Theil des Satzes sich auch auf die Stroh- u. Fahren mit beziehe.

Herr Stadtrath Metemeyer hält den Ausdruck „Kornfahren“ für bedenklich, da man hierunter auch Ladungen von Getreidesäcken verstehen könne. Es werde genügen, zu sagen „Stroh- und Heufahren“, wenn man nicht noch den Ausdruck „ungebrochenes Getreide“ hinzufügen wolle.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser nachträglichen Aenderung einverstanden. Es wird nunmehr in der bei §. 56 des Entwurfs einer neuen Straßen-Polizei-Ordnung in der vorigen Sitzung abgebrochenen Verathung fortgefahren.

Zum §. 58 bringt Herr Rimpau in Vorschlag, daß außer „Lichtschachte“ noch „Luftschachte“ gesagt werden möchte, da für diese eine gleiche Bestimmung nothwendig sei.

Auf Vorschlag des Herrn Stadtrath Metemeyer wird sodann folgende Fassung gutgeheißen: „Gitter, welche zum Verschuß der Licht- und Luftschachte vor Kellern dienen, müssen vom Grundstücksbesitzer stets in gutem Zustande erhalten werden, . . .“

Zum §. 59 beantragt der Berichterstatter Herr Wolff II, in der zweiten Zeile hinter dem Worte „nicht“ den Zusatz aufzunehmen: „in einer den Verkehr störenden Weise“ und dem §. 60 folgenden Satz zuzufügen: „Die Anbringung von Nasenschildern bedarf in jedem Falle der polizeilichen Genehmigung“, auch im §. 60 Zeile 4, hinter dem Worte „Einfassung“ einzuschalten „und sonstigem Zubehör“.

Herr Wolff I möchte fragen, ob der Zusatz bezüglich der Nasenschilder bei dem Wortlaute des Paragraphen überhaupt nothwendig sei. An Stelle des Wortes „Markisen“ wüßte er den deutschen Ausdruck „Leinwandächer“ gesetzt zu sehen und könne möglicherweise das Wort „Markisen“ in Klammern dabei gesetzt werden. Außerdem wolle er sich die Anfrage erlauben, woher die Ungleichmäßigkeit komme, mit welcher die kleinen Straßenschilder behandelt werden, denn während das eine Schild trotz genügender Höhe habe zurückgedrückt werden müssen, sei das andere unter ganz gleichen Verhältnissen in seiner Stellung verblieben. Der Zweck des

Schildes liege nicht allein im Interesse desjenigen, der es anbringe, sondern auch desjenigen, der danach zu suchen habe. Nach dem Wortlaut des §. 60 sei die Anbringung der polizeilichen Genehmigung unterstellt; er möchte daher bitten, die Anbringung zu gestatten, sofern die Schilder nicht ein Verkehrshinderniß bilden.

Herr Wolff II hält es nicht für angezeigt, diese Aenderung vorzunehmen. Die Commission habe geglaubt, mit der Zulassung dieser Gegenstände bei polizeilicher Erlaubniß das Richtige zu treffen. Wenn diese Erlaubniß in unrichtiger Weise ausgeübt werde, müssen sich die zuständigen Personen an die maßgebende Stelle wenden. Unmöglich könne dieses aber die Veranlassung sein, von der polizeilichen Erlaubniß Abstand zu nehmen.

Herr Wilke möchte dem §. 60 noch die Bestimmung hinzugefügt wissen, daß Aussteckeschilder das Laternenlicht nicht verdunkeln dürfen. Wenn man vom Papenstiege her auf die Höhe komme, so bemerke man leicht, daß dort eine Straßenlaterne gerade gegen ein Aussteckeschild scheine und dieses das ganze Trottoir verdunkle.

Herr Wolff II erwidert, daß dieses einer derjenigen Umstände sei, welcher von der Polizei bei Ertheilung der Erlaubniß berücksichtigt werden müsse. Natürlich sei man auf eine vernünftige Handhabung der Polizei angewiesen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß nicht alle Fälle aufgeführt werden können, welche die Polizei möglicherweise veranlassen, die Genehmigung zu versagen. Es würde sich nur fragen, ob die polizeiliche Genehmigung überhaupt wegfallen solle. Was das Wort „Markisen“ anlange, so sei er kein Freund von Ausmerzungen solcher Worte, welche deutsch geworden seien.

Die Versammlung lehnt darauf die Aenderung des Wortes „Markisen“, sowie den Fortfall der polizeilichen Genehmigung zur Anbringung von Straßenschildern ab, wogegen die Anträge der Statutencommission und des Herrn Wilke, welche bezwecken, in den §. 60 die Sätze aufzunehmen:

„Die Anbringung von Markenschildern bedarf in jedem Falle der polizeilichen Genehmigung Die Aussteckeschilder dürfen die Laternen nicht verdunkeln.“

genehmigt werden.

Den §. 66 wünscht Herr Weber in folgender Weise gefaßt zu sehen:

„Abfuhr von Rehricht u. dergl.

Rehricht, Asche und sonstiger Hauswirthschaftsabfall darf nicht auf die Straße geschüttet werden, sondern ist in dichten und haltbaren Gefäßen zu sammeln. Letztere sind innerhalb der Grundstücke dergestalt bereit zu stellen, daß sie beim Vorüberfahren der städtischen Abfuhrwagen durch die Begleiter ohne Verzug direct zu den Abfuhrwagen geschafft werden können. Der Inhalt der Gefäße muß, wenn stauberzeugend, zuvor mit Wasser angefeuchtet werden. Die Größe und Beschaffenheit der Unrathbehälter

muß den öffentlich bekannt zu machenden Vorschriften des Stadtmagistrates entsprechen, andernfalls hat für die Entleerung der Gefäße selbst zu sorgen.

Behälter mit Bauschutt oder mit solchen Abfällen und Rückständen, welche aus einem Gewerbebetriebe herrühren, dürfen nur dann in die städtischen Abfuhrwagen entleert werden, wenn die Verwaltung des Abfuhrwesens sich zur²² Fortschaffung dieser Gegenstände schriftlich verpflichtet hat."

Zur Begründung dieses Antrages führt derselbe aus, daß er sich sehr wohl bewußt sei, welche Mehrarbeit dem Straßenreinigungs-Institute durch solche Einrichtung erwachsen würde. Der hiermit verbundene Vortheil erscheine ihm indessen so schwerwiegend, daß die Mehrbelastung recht gut getragen werden könne. Ehe die Stadt die Straßenreinigung übernommen, hätte man über die jetzige Einrichtung vielleicht hinwegsehen können, aber jetzt müßten diese Straßendecorationen in Form von Kisten, Eimern u. c. mit ihrem theilweise ekelhaften Inhalte von den Straßen verschwinden. Dazu komme, daß die Besitzer der Unrathbehälter noch polizeiliche Strafmandate zu erwarten haben, sofern sie nicht sofort nach dem Entleeren derselben sie wieder in das Haus nehmen. Die Gefäße stehen oft stundenlang gefüllt auf der Straße, ehe der Wagen komme und wenn man auch das Durchwühlen derselben verbieten wolle, so würden doch die Hunde und der Wind schon dafür sorgen, daß die Straßen gehörig beschmutzt werden.

Herr Wolff II hat noch zu bemerken, daß die Statutencommission auf Anregung des Herrn Wille beschloffen habe, in Vorschlag zu bringen, daß an passender Stelle die Bestimmung: „Das Durchwühlen und Umschütteln der Kehrrechtbehälter ist verboten“, eingeschaltet werde.

Herr Bültemann hält den Antrag des Herrn Weber für vollständig unausführbar, weil noch eine ganze Menge von Leuten zur Bedienung der Abfuhrwagen angestellt werden müßte, wenn die Kehrrechtbehälter aus den alten Häusern mit ihren theilweise recht langen Höfen abgeholt werden sollten. Den Antrag der Statutencommission habe er dagegen mit großer Freude begrüßt.

Herr Stadtrath Netemeyer kann dem Weber'schen Antrage ebenfalls nicht zustimmen. Der Magistrat habe diese Sache bei Erlaß der gegenwärtig bestehenden Bestimmungen reiflich erwogen. Wenn die Kehrrechtgefäße auf die Straße gestellt werden, so bieten dieselben durchaus keinen angenehmen Anblick, aber ändern lasse sich daran zur Zeit nichts. Außerdem würden die Kosten jedenfalls erheblicher werden, als Herr Weber annehme. Während die Entleerung der Gefäße jetzt verhältnißmäßig rasch gehe, müsse bei solcher Einrichtung die Abfuhr sehr erschwert werden, denn es könne nicht ausbleiben, daß die Gefäße weit hinten auf den Hof oder tief in das Haus gestellt werden. Außerdem seien die Eingänge einer großen Menge von Häusern der Innenstadt so schmal, daß durch die Aufstellung der

Rehrichtbehälter die Passage beengt und unter Umständen sogar gefährdet werden würde, namentlich wenn die Diensthoten die in der Morgenfrühe abzuholenden Gefäße schon Abends an den zum Abholen bestimmten Platz stellen.

Herr Lord giebt seiner Freude Ausdruck, daß von Herrn Weber der Antrag, welcher in der Commission eine Mehrheit nicht gefunden habe, wieder aufgenommen sei, denn für die Dauer lasse sich der jetzige Zustand nicht aufrecht halten. Die Straßen-Polizei-Ordnung spreche auch selbst dagegen, da im §. 120 das Auslegen, Aushängen und Ausstellen von solchen Gegenständen, die einen unangenehmen oder widerlichen Anblick gewähren, nicht an Stellen geschehen dürfe, welche von der Straße ab sichtbar seien. Wer wolle aber leugnen, daß die Müllkästen einen unangenehmen und widerlichen Anblick gewähren? Man fülle dieselben mit Fischgräten, Wurstpellen, Knochen, Kohlenabfällen, Krebschalen u. dergl. und schließlich gieße die Hausfrau noch den Spülichteimer mit Schoten und Kartoffelrückständen darüber; das gehe auf die Dauer nicht. Andererseits würde aber die Abfuhr ganz wesentlich vertheuert werden, wenn die Aufstellung der Müllkästen im ganzen Stadtgebiete innerhalb der Häuser geschehen solle. Er möchte daher einen Versuch in der Richtung vorschlagen, daß zunächst auf den Promenaden, oder wenigstens einem beschränkten Theile derselben die Müllkästen versuchsweise in den Hauszugängen aufgestellt und dort von den städtischen Abfuhrleuten weggeholt würden. Wenn sich dann herausstellen sollte, daß die Sache nicht so viel Zeit in Anspruch nehme, als man jetzt befürchte, so lasse sich dieselbe leicht auf die ganze Außenstadt ausdehnen. Für die Innenstadt liege eine so große Nothwendigkeit nicht vor, weil die Abfuhr schon in den frühen Morgenstunden erfolge, ehe der eigentliche Verkehr beginne. Auf den Promenaden, welche bestimmt seien, den Erholungsbedürftigen zu dienen, sei aber eine besondere Calamität mit der jetzigen Einrichtung verbunden, zumal da nach dem Hinausstellen der Gefäße die Hyänen der Dreckkästen erscheinen, um deren Inhalt umzuwühlen.

Herr Günther ist gegen den Antrag der Commission und des Herrn Weber. Letzterer sei unausführbar und ersterer entziehe armen Frauen einen kärglichen Verdienst. Zudem würden sich die Hunde doch an die Dreckkästen machen und deren Inhalt herauszerren. In Paris habe der Magistrat ein ähnliches Verbot auf die Einrede der Lumpenhändler zurückziehen müssen. Wenn gesagt werde, daß die Gefäße einen widerlichen Eindruck machen, so sei darauf zu entgegnen, daß man sich an Sachen gewöhnen müsse, welche noch viel widerlicher seien. Aus diesen Gründen könne er nur für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes eintreten.

Herr Wolff II ist erfreut, daß Herr Lord seinen ursprünglichen Standpunkt aufgegeben und sich der Ansicht des Redners genähert habe. Die in dem Entwurfe vorgesehene Bestimmung entspreche dem jetzigen Standpunkte des Abfuhr-

wesens. Wenn sich diese Zustände mit der Zeit bessern werden, so habe er selbst den dringenden Wunsch auf Abstellung der jetzigen Uebelstände, aber zur Zeit lasse sich nichts in der Sache machen. Dem Wunsche des Herrn Lord auf Anstellung eines Aenderungsversuches schließe er sich an, jedoch möchte er dringend bitten, dem Antrage des Magistrates und der Statutencommission stattzugeben und den jetzigen Zustand noch beizubehalten. Wenn der von Herrn Wilke ange-regte Zusatz bei Herrn Günther mit Rücksicht auf die Erwerbsverhältnisse der armen Frauen Bedenken erzeuge, so möchte er dazu bemerken, daß das Durchwühlen der Abfuhrstoffe auf der Abraumstelle jedenfalls erlaubt sein und hier Gelegenheit geboten werde, die brauchbaren Stoffe noch an sich zu nehmen, wogegen nur das Durchwühlen der Abfallstoffe auf den Straßen verboten sein solle. Einen Protest gegen diese Maßnahmen könne man ruhig abwarten, zumal da man französische Zustände doch glücklicherweise noch nicht habe.

Herr Halle bittet, alle Anträge, welche eine größere Belastung des Straßen-reinigungsinstituts in sich schließen, vorläufig auf sich beruhen zu lassen, da das Institut einmal eine gewisse Ruhe haben müsse. Wenn Herr Weber beantragt habe, die Gefäße aus den Häusern holen zu lassen, so habe er sich entschieden die Tragweite des Antrages, welcher große Kosten verursachen würde, nicht klar gemacht. Das Institut schreite immer mehr fort und arbeite jetzt schon zur größten Zufriedenheit derjenigen Einwohner, welche nicht zu hohe Ansprüche stellen; wenn aber immer neue Anforderungen an dasselbe gestellt würden, so werde der Magistrat zu überlegen haben, ob es nicht richtiger sei, da eine Verpflichtung der Stadt zur Abholung des Hauskehrichts überhaupt nicht vorliege, solche einzustellen. Dazu komme noch, daß bei einer weiteren Steigerung der Anforderungen an das Institut auch der Fuhrpark noch erweitert werden müsse. In anderen Städten liegen diese Verhältnisse viel ungünstiger. Beispielsweise werde in Berlin, welches immer als Muster der Reinlichkeit hingestellt werde, der Hauskehricht — soweit Alt-Berlin in Frage komme — Mittags 12 Uhr auf die Bürgersteige geschüttet und dann von privaten Abfuhrwagen mitgenommen. Wenn von dem Straßenreinigungs-Personale an verschiedenen Plätzen Kehrichthaufen zusammengebracht werden, um dieselben hinterher abzufahren, so finde mancher dienstfeilige Polizeiofficiant aus hygienischen Rücksichten dieses nicht in der Ordnung, weil dadurch Krankheiten entstehen könnten, obwohl kein Mensch darin etwas gefunden habe, wenn der Pferdedreck früher tagelang auf den Straßen herumgelegen habe. In Berlin schaffe man den Kehricht vom Straßendamme an die Seite und lasse ihn den Tag über in der Gasse liegen, ohne damit Anstoß zu erregen, aber hier scheinen manche Leute weiter nichts zu thun zu haben, als solche Punkte hervorzukehren. Dem Vorschlage des Herrn Lord bitte er unter allen Umständen nicht zuzustimmen, da gerade an der Promenade der meiste Platz zur Aufstellung der Kehrichtbehälter vorhanden

sei und es dann schon besser wäre, in der Innenstadt mit dem Versuche anzufangen.

Herr Bültemann will Herrn Günther gegenüber noch bemerken, daß er es für angezeigt halte, wenn das Durchsuchen des Unrathes auf dem Abladeplatze und nicht in der Stadt geschehe. Schon jetzt seien eine Masse Menschen auf diesen Plätzen zu finden, denen sich die übrigen zugesellen könnten. Den Antrag des Herrn Lord bitte er abzulehnen, damit das Institut endlich einmal Ruhe finde.

Herr Lange würde es für zweckmäßig halten, wenn die Abfuhrwagen ihr Mahen durch Glockensignal ankündigen wollten, damit die Unrathbehälter nicht gar zu früh hinausgestellt zu werden brauchen.

Herr Wille bittet, den §. 66 mit dem von ihm beantragten Zusatz unverändert anzunehmen, auf Glockensignale und dgl. aber nicht zurückzukommen, denn das müsse an die Zeiten der alten Dreckjette erinnern.

Herr Stadtrath Metemeyer kann sich für die Einführung von Glockensignalen ebenfalls nicht erwärmen, da einmal schon die Pferdebahn- und Milchwagen genug Getöse in den Straßen verursachen und da andererseits in den tief gelegenen Grundstücken der Innenstadt diese Signale bei einigem Geräusch doch überhört werden würden, wie das mit dem Geläute der wasserabstellenden Leute auch häufig der Fall sei. Außerdem erscheine ihm die Befolgung der jetzt bestehenden Bestimmungen nicht allzuschwer zu sein, da man nur zu beachten habe, daß die Gefäße nicht zu früh hinaus gestellt und nicht zu spät wieder hereingeholt werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung die Anträge der Herren Weber und Lange ab und genehmigt die Fassung des §. 66 nach dem Vorschlage der Commission mit dem von Herrn Wille beantragten, an geeigneter Stelle einzufügenden Zusatz hinsichtlich des Verbotes des Durchwühlens der Dreckgefäße. Außerdem wird die von Herrn Lord beantragte Resolution, den Magistrat zu ersuchen, versuchsweise in einem geeignet erscheinenden Bezirke die Unrathbehälter von den Grundstücken selbst abholen zu lassen, mit 12:11 Stimmen angenommen und darauf die Berathung nochmals abgebrochen.

Herr Wolff II übernimmt den Vorsitz.

XI. Aufnahme eines Processes.

Der in Hannover beschäftigt gewesene, hier unterstützungsberechtigte Knopfmacher Julius Rudat hat vom 8. Januar bis zum 20. März d. Js. im städtischen Krankenhause zu Hannover verpflegt werden müssen. Von den hierdurch erwachsenen Kosten mußten 30 M. von hier erstattet werden. Auf Grund der Bestimmungen der §§. 57 und 65 des Krankenversicherungsgesetzes glaubt der Magi-

strat einen weiteren Ersatzanspruch an die Fabrik-Krankencasse der Hannoverischen Knopffabrik Gomperz & Meinrath, deren Mitglied Rudat zur Zeit seiner Aufnahme in das Krankenhaus war, zu haben; die Casse weigert sich jedoch zu zahlen, weil Rudat an einer Krankheit gelitten habe, bei welcher ihr das Recht zustehe, die Krankenunterstützung ganz oder theilweise zu entziehen. Da das Krankenversicherungsgesetz bei solchen Krankheiten wohl die Entziehung des Krankengeldes, keineswegs aber die Entziehung der ganzen Krankenunterstützung gestattet, so kann der Magistrat diese Weigerung nicht für gerechtfertigt erachten, und ersucht, zuzustimmen, daß wegen Erstattung der gehaltenen Kosten gegen die bezeichnete Krankencasse Klage erhoben werde.

Der Herr Vorsitzende befürwortet die Klageerhebung in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes für die ganze Zeit, für welche seitens der Stadt Ersatz geleistet worden, da solche Leistung gesetzlich vorgeschrieben sei

und die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Seele auf Reinigung der Hauptcanäle zur Nachtzeit.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate zur Ermöglichung anheimzustellen, ob die Reinigung der städtischen Hauptcanäle überhaupt, wenigstens aber derjenigen, welche durch enge Straßenzüge führen, nicht während der Nachtzeit vorgenommen werden könne“,

führt Herr Seele aus, daß namentlich in engen Straßen durch diese Reinigung der Verkehr von Wagen und Fußgängern beeinträchtigt werde und es sich daher empfehle, diese Arbeit während der Nachtzeit vornehmen zu lassen, zumal da es in den Canälen auch am Tage dunkel sei. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung von Seiten des Magistrates schon geeignete Schritte gethan seien, um die Reinigung der Canäle überhaupt Nachts stattfinden zu lassen, sei der Antrag nicht mehr nöthig und ziehe er denselben daher zurück.

XIII. Anfrage des Herrn Fiedel wegen der Verzögerung städtischer Bauten.

Wie Herr Fiedel zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft darüber ertheilen zu können, warum die Ausführung städtischer Bauten, z. B. der Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte und insbesondere der Einrichtung einer gleichen Anstalt auf dem Rohlmarkte so außerordentlich viel Zeit in Anspruch nimmt?“

bemerkt, ist bereits vielfach in der Bürgerschaft die Rede darüber gewesen, daß die städtischen Bauten längere Zeit in Anspruch nehmen, als Privathbauten. Wenn solche Verzögerung nun auch theilweise auf technischen Schwierigkeiten beruhen möge, so erzeuge doch das außerordentlich langsame Fortschreiten der beiden erwähnten Bauten die Aufmerksamkeit der Bürgerschaft.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die Arbeiten an der Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte auf Veranlassung des Magistrates längere Zeit, in Folge der Vorstellung einzelner Anlieger gegen die Errichtung der Anstalt auf dem in Aussicht genommenen Plaze, unterbrochen seien. Dagegen sei ihm nicht bekannt, daß eine Verzögerung der Arbeit an der Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarkte vorliege und worin dieselbe ihren Grund habe; jedoch werde er Veranlassung nehmen, Erkundigungen einzuziehen und Fühlung zu nehmen, um eine Beschleunigung der Arbeiten herbeizuführen.

XIV. Anfrage des Herrn Nieß wegen Besetzung der Lehrerstellen an der städtischen Ober-Realschule.

Zu der Anfrage:

„Wie viel Lehrer der städtischen Ober-Realschule sind aus den Bewerbern des Herzogthums — also geborene Braunschweiger — angestellt?“

bemerkt Herr Nieß, daß nach einem ihm abschriftlich vorliegenden, von der staatlichen Prüfungscommission ausgestellten Zeugnisse einem Lehrer die Befähigung zuerkannt sei, im Englischen und Französischen durch alle Stufen und im Lateinischen und Deutschen in den mittleren Classen jeder höheren Lehranstalt unterrichten zu können. Der Inhaber dieses Zeugnisses, welches in allen Disciplinen gute, mindestens aber genügende Kenntnisse aufweise, habe sich auf Wunsch der interessirten Lehrerkreise um eine Stelle an der Ober-Realschule beworben. Nach ihm gewordener Mittheilung sei dem Herrn bei der persönlichen Vorstellung mit Nachdruck eröffnet worden, er solle nur nicht glauben, daß seine Eigenschaft als Braunschweiger ihm bei der Bewerbung einen Vorrang einräume. Da nun diesem Herrn die Zeugnisse ohne jedwede Benachrichtigung durch einen Boten wieder zugestellt seien, so mögen sich die braunschweigischen Lehramtsandidaten um Stellen an der städtischen Ober-Realschule überhaupt nicht mehr bewerben, weil sie scheinbar gar keine Aussicht haben, angestellt zu werden. Es liege ihm ein Verzeichniß vor von 14 wissenschaftlich gebildeten Lehrern der Ober-Realschule, welche aus dem Herzogthume nicht hervorgegangen seien. Angeregt durch die interessirten Lehrerkreise möchte er deshalb an den Magistrat die Anfrage richten, ob die Verhältnisse so liegen, wie ihm dargestellt sei, daß also ein Braunschweiger wenig Aussicht habe, bei der städtischen

Realschule ein Unterkommen zu finden, auch wenn dessen Qualität völlig zureichend sei. Außerdem möchte er wissen, wie viele wissenschaftliche Lehrer der Realschule aus den Candidaten des Herzogthums hervorgegangen seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß es schwer sei, diese Fragen zu beantworten. Er könne unmöglich von einem solchen Lehrkörper wissen, ob seine einzelnen Theile seiner Zeit von außen oder aus dem Lande Braunschweig gekommen seien. Der größte Theil sei 1874/1875, also vor dem Eintritte des Redners in die Stadtverwaltung, angestellt und diese Herren befinden sich noch sämtlich im Dienste. Bei der ersten Organisation habe man das Personal mit sehr vereinzeltten Ausnahmen von auswärts engagirt und später seien geeignete Anmeldungen aus dem Braunschweigischen des Oesteren gar nicht erfolgt, so daß man Landleute nur selten hätte berücksichtigen können. Obwohl der Herr Vorredner den Namen des Zeugnißinhabers nicht genannt habe, so vermuthete er doch, daß derselbe diese Sache anlässlich einer kürzlich stattgehabten Stellenbesetzung an der Ober-Realschule in Anregung bringe. Es sei hier an Stelle eines abgegangenen provisorischen Lehrers, der in commissorischer Stellung 4—5 Jahre thätig gewesen sei, ein anderer Lehrer provisorisch angenommen. Zu dieser auch in den hiesigen Blättern ausgeschriebenen Stelle habe sich auch ein Bewerber aus dem Herzogthume, aber nicht etwa aus hiesiger Stadt, gefunden und sei von dem Schulvorstande dahin entschieden, daß man für diese Stelle eine ganz außerordentlich qualifisirte Persönlichkeit gewinnen müsse. Es handle sich dabei um die Besetzung der Stelle eines Neusprachlers und sei auch in der Versammlung bei anderer Gelegenheit schon großes Gewicht darauf gelegt, daß der Lehrer die Sprache, in welcher er zu unterrichten habe, gut spreche. Da der betreffende auswärtige Bewerber nun mehrere Jahre in England und Frankreich gewesen sei, so habe er auch in dieser Beziehung die wünschenswertheste Garantie geboten. Es bestehe der Grundsatz sowohl hier, als auch bei den anderen städtischen Schulanstalten, daß man bei gleicher Qualifikation dem Braunschweiger, bei besserer Qualifikation aber dem Nichtbraunschweiger den Vorzug gebe.

XV. Anfrage des Herrn Günther wegen der Pensionserhöhung für die alten Nachtwächter.

Wie Herr Günther zur Begründung ausführt, habe der Herr Oberbürgermeister gelegentlich der Besprechung der Neuorganisation des Nachtwachwesens die Zusage gemacht, die alten, in den Ruhestand tretenden Nachtwächter mit einer Aufbesserung ihres Ruhegehaltes zu bedenken. Da dieses aber bislang nicht geschehen sei, die Leute auch auf ihre Vorstellungen bei dem Stadtmagistrate und der Herzoglichen Polizei-Direction eine Antwort nicht erhalten haben, so gestatte er sich die Anfrage,

„wie weit die Frage der Erhöhung der Pensionen der alten Nachtwächter gebiehen sei“.

Nach der bisherigen Gepflogenheit erhalten die pensionirten Nachtwächter ein Ruhegehalt von jährlich 72 M., das bringe auf den Tag noch nicht 20 S., während die Reichsrente doch mindestens auf 33 S. bemessen sei. Es müsse hier etwas gethan werden, da die Leute im Dienste der Stadt grau geworden seien und man sie nicht dem Hungertode preisgeben könne. Bei einem Einkommen von täglich 20 S. sei nicht auszukommen, selbst wenn sich die Leute bei Verwandten aufhalten können. Die Stadt habe die Verpflichtung, den Leuten mindestens so viel zu geben, wie die Armenunterstützung ausmache und das sei für Leute, welche im Dienste der Stadt gestanden haben, noch zu wenig. Wenn in der Sache noch nichts geschehen sei, so möchte er bitten, dieselbe zu beschleunigen.

Herrn Stadtrath Meyer ist nicht bekannt, daß von einer Pensionserhöhung der jetzt aus dem Dienste geschiedenen alten Nachtwächter die Rede gewesen sei; es habe sich vielmehr nur um Erhöhung der Pension der noch im Dienste verbleibenden, bezw. der neu anzustellenden Nachtwächter gehandelt. Für die den ausgeschiedenen Nachtwächtern gezahlte Entschädigung von 72 M. sei der Ausdruck „Pension“ unzutreffend, denn es handle sich bei denselben nicht um städtische Beamte, sondern man zahle nur eine Entschädigung für der Stadt längere Zeit geleistete Dienste. Was nun die Eingabe der aus dem Dienste geschiedenen alten Nachtwächter anlange, so habe sich der Magistrat zunächst an die Herzogliche Polizei-Direction wenden müssen, um in Erfahrung zu bringen, ob sich die Leute so geführt haben, daß sie die Entschädigung auch verdienen, da ihnen eine Anwartschaft auf Bezug derselben nur nach guter, treuer Dienstführung zustehe. Eine Antwort sei darauf noch nicht eingegangen, weshalb der Magistrat auf die Eingabe auch noch keinen Beschluß habe fassen können.

XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedterstraße mit der Casernenstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe seine Zustimmung gebe zur Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedterstraße mit der Casernenstraße (mittelfst Durchschneidung des Howaldt'schen Grundstückes) und eventuell demnächst der Versammlung eine Vorlage mache.“

Herr G ü n t h e r weist zur Begründung darauf hin, daß ein vor mehreren Jahren von Herrn Natalis eingebrachter Antrag auf Tieferlegung der Helmstedterstraße von der Commission in technischer Beziehung für undurchführbar gehalten und deshalb verworfen sei. Bei dem hier vorliegenden Antrage seien aber weder

große Mittel erforderlich, noch gebe es bei der etwaigen Durchführung große Schwierigkeiten. Es würde sich um weiter nichts, als den Ankauf des Howaldt'schen Grundstückes handeln, welches man sogar theilweise als Bauplätze wieder verwerthen könne. Wenn man häufig mit ansehen müsse, wie die Zugthiere angespannt werden, um namentlich im Winter bei Schneewetter die Wagen den Berg hinaufzubringen, dann werde man dem Antrage gern zustimmen. Der Weg von der oberen Helmstedterstraße nach dem Steinweg sei über das Howaldt'sche Grundstück weg noch etwas näher als am Museum vorbei, jedenfalls aber nicht weiter, außerdem viel bequemer, weil man nur mit einer ganz gelinden Steigung zu rechnen habe. Für die Anwohner liege in der Durchführung des Antrages ebenfalls ein Vortheil, weil dadurch ein größerer Verkehr für die Gegend geschaffen werde. Er bitte um Unterstützung des Antrages, um wenigstens den Magistrat zu veranlassen, die Angelegenheit zu untersuchen und festzustellen, ob dem Uebelstande abgeholfen werden könne.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen

und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird zunächst der Antrag des Magistrates auf Verlängerung des mit dem Dr. Kentwig abgeschlossenen Dienstvertrages bis Ende 1893 nach längerer Besprechung genehmigt, sodann ein Antrag des Herrn Jüdel, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Anstellung eines Stadt-Bibliothekars zweckmäßig erscheine, nach genügender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen, ferner die feste Anstellung des Turnlehrers Friedrich Appel als Lehrer an der städtischen Ober-Realschule genehmigt, darauf ein Gesuch der Ehefrau des Dienstmanns Grobleben um Erlaß der Canalsteuer abgelehnt und schließlich Herr Th. Wültemann als Schächer und Herr Hof-Stellmacher Horney als dessen Stellvertreter in die Commission zur Abschätzung von Wagen im Mobilmachungsfall gewählt.

Schluß 7³/₄ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. December 1892.

Öffentlich:

I. Festsetzung der Straßenbaukosten für die Körnerstraße	Seite 312
II. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedterstraße mit der Casernenstraße	" 312
III. Erwerb einer Straßenfläche an der Goslarischenstraße	" 312
IV. Verlängerung der Amtsdauer der Armen-Verwaltungsorgane, der Com= missions- und Deputationsmitglieder um 3 Monate	" 312
V. Theilhaushaltsplan für das erste Vierteljahr 1893.	" 313
VI. Canalisation des Markalles	" 318
VII. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen des Desinfectionsofens	" 319
VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städ= tischen Desinfectionsapparates	" 320
IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieke auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergebung der Arbeiten zum Stadthausbau	" 321
X. Desgl. auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter	" 321
XI. Anfrage des Herrn Günther wegen der Beschäftigung von Arbeitern . .	" 322

Vertraulich:

Wahl von Armenpflegern	" 323
Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehsteuergesetzes	" 324
Steuer-Reclamationen. Verzeichniß V von 1892	" 324
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten: Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	" 324

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Götte, Haake, Metemeyer, Heymann und Meyer, sowie Herr Assessor von Frankenberg. Später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Lange und Lord.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

I. Festsetzung der Straßenbaukosten für die Körnerstraße.

Der Antrag des Magistrates, die Kosten des Ausbaues der Körnerstraße auf der Strecke zwischen Martha- und Bertramstraße bei einem Gesamtkostenbetrage von 34000 M 56 S auf den Betrag von 115 M 26 S für das lfd. Meter festzustellen,

wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, genehmigt.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung einer directen Verbindung der Helmstedterstraße mit der Casernenstraße.

Wie Herr Wolff I vorträgt, ist dieser Antrag der Finanzcommission bislang nicht zugegangen, aus welchem Grunde ein Berichterstatter noch nicht habe bestellt werden können. Bei einer vorläufigen Besprechung seien auch seitens verschiedener Mitglieder des Magistrates und der Commission Bedenken gegen die Sache laut geworden. Da nun außerdem vom Magistrate geäußert sei, daß die Angelegenheit eine so große Eile nicht habe, weil noch Verhandlungen schwebten, welche hierauf Einfluß haben, so bitte er, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen,

was geschieht.

III. Erwerb einer Straßenfläche an der Goslarischenstraße.

Der Civilingenieur Königsdorf hat von seinem an der Goslarischenstraße gelegenen Grundstücke zur Verbreiterung der Straße eine 53 qm große Theilfläche an die Stadt unter den gleichen Bedingungen abgetreten, welche rücksichtlich des Erwerbes der benachbarten Flächen früher bereits festgestellt sind. Dem Ersuchen des Magistrates, den dieselhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

wird von der Versammlung zugestimmt, nachdem Herr Weber namens der Baucommission einen dahingehenden Antrag gestellt hatte.

IV. Verlängerung der Amtsdauer der Armen-Verwaltungsorgane, der Commissions- und Deputationsmitglieder um 3 Monate.

Nachdem sowohl die gewählten Mitglieder der Armen-Direction, als auch die Bezirksvorsteher und Armenpfleger zur Verlängerung ihrer Amtszeit um 3 Monate

unterschiedslos sich bereit erklärt haben, ersucht der Magistrat, zu beschließen, daß die Amtsdauer der von der Versammlung gewählten gegenwärtigen Mitglieder der Armen-Verwaltungsorgane um je 3 Monate verlängert werde. Ebenso wird anheimgegeben, auch die mit dem Ablaufe des gegenwärtigen Jahres zu Ende gehende Amtsdauer der in die verschiedenen Verwaltungs-Deputationen und Collegien gewählten Stadtverordneten, imgleichen der gegenwärtigen Mitglieder der verschiedenen Vorberathungs-Commissionen der Versammlung um 3 Monate zu verlängern.

Der Herr Vorsitzende befürwortet und die Versammlung genehmigt diese Vorlage.

V. Theilhaushaltsplan für das erste Vierteljahr 1893.

Das mit dem 1. Januar 1892 begonnene gemeindliche Rechnungsjahr schließt nach Vorschrift des §. 138 des Gesetzes *Nr.* 32 vom 18. Juni d. Js. erst mit dem 31. März 1893. Für das Vierteljahr vom 1. Januar bis zum 31. März 1893 hat der Magistrat unter Zustimmung der Versammlung besondere Voranschläge für die Stadtcasse, sowie für die mit derselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Verwaltungen, imgleichen die Canalbaukasse, das Schlachthaus, die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und die Kreiscommunalcasse als „Nachtrags-Etats zu den das Calendarjahr 1892 umfassenden Stats“ aufgestellt. Da die Ausführung dieser Nachtrags-Etats mit derjenigen der Haupt-Etats demnächst durch eine Rechnung nachzuweisen ist, so sind in die verschiedenen Nachtrags-Etats Vorräthe oder Reste nicht aufgenommen. Der Theiletat der Stadtcasse schließt im Ordinarium mit einer Einnahme von 534 800 M

und einer Ausgabe von 486 300 M,

demnach einem Vorrathe von 48 500 M ab.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Wolff I: Während jedem Mitgliede der Versammlung ein Auszug des Theilhaushaltsplanes zugegangen sei, habe die Versammlung selbst ein ausführliches Exemplar dieses Theiletats erhalten und sei dasselbe von der Finanzcommission einer Prüfung und Berathung unterzogen. Wenn bei dieser Prüfung nicht jeder kleine Posten actenmäßig festgestellt worden, so sei dabei vorausgesetzt, daß man sich bezüglich der Einstellungen auf den Magistrat und die demselben unterstellten Organe müße verlassen können. Von der gesammten Finanzgebarung der Stadt vermöge der Theiletat ein zuverlässiges Bild nicht zu geben, weil immer nur die Posten hätten eingestellt werden können, welche gerade auf dieses Vierteljahr entfallen. Die Durchberathung des Theilhaushaltsplanes werde in der bislang üblichen Weise erfolgen, so daß Bemerkungen nur an diejenigen Capitel geknüpft werden würden, welche eine Aufklärung erwünscht erscheinen lassen, oder zu denen ein Mitglied der Versammlung das Wort ergreife.

In dem Cap. X „Straßen- und Canalbau“ habe die Commission die Einstellung des Betrages für die Bepflanzung weiterer Straßen mit Bäumen vermißt, welcher dem Magistrate in Folge des Hauswaldt'schen Antrages zur Verfügung gestellt sei. Der Magistrat habe eine bezügliche Anfrage dahin beantwortet, daß für ihn die Sache noch nicht spruchreif sei, zumal da ein von der Städt. Bauverwaltung dieserhalb eingeforderter Bericht bis zu diesem Augenblicke noch nicht eingegangen sei. Auf der Elmstraße werde indeffen die Bepflanzung stattfinden.

Herr Hauswaldt meint, daß es mit dem Bepflanzen für dieses Jahr jedenfalls zu spät sein würde, wenn der merkwürdig lange ausbleibende Bericht endlich eintreffe; er möchte deshalb fragen, ob es auch möglich sei, die Anpflanzungen vorzunehmen, ohne daß dafür eine Summe in den Etat eingestellt worden.

Herr Wolff I erwidert, daß der Magistrat erklärt habe, mit einer Nachforderung vor die Versammlung treten zu wollen, sofern die anzustellenden Ermittlungen die Ausführbarkeit des Planes ergeben sollten.

Herr Stadtrath Ketemeyer will diese Erklärung dahin richtigstellen, daß der Magistrat mit einer Vorlage hervortreten werde, wenn er auf Grund des von der Städt. Bauverwaltung zu erstattenden Berichtes auch seinerseits zu der Ueberzeugung komme, daß es nicht allein möglich, sondern auch wünschenswerth erscheine, noch weitere Straßen mit Bäumen zu bepflanzen.

Herr Hauswaldt schließt hieraus, daß der Magistrat der Angelegenheit weniger entgegenkommend gegenüberstehe, als der Herr Berichterstatter angenommen habe.

Bei dem Cap. XII „Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse“ will der Herr Berichterstatter daran erinnern, daß gelegentlich der Ueberweisung des Ueberschusses aus der Kreis-Communalcasse an die Stadtcasse zur Deckung des voraussichtlichen Fehlbetrages darauf hingewiesen sei, letzterer rühre zum Theile mit daher, daß die Vergütung aus dem Aufkommen der Staatssteuern erst im ersten Vierteljahre 1893 zur Auszahlung gelange, welchem Umstande durch den Theiletat Rechnung getragen werde.

Weitere Bemerkungen seien an den ordentlichen Etat nicht zu knüpfen.

Der außerordentliche Theiletat, welcher in der Einnahme und Ausgabe mit 200 000 M abschließt, giebt zu der Bemerkung Veranlassung, daß die Ueberweisung der alten Husaren-Casernements voraussichtlich schon in diesem ersten Vierteljahre werde erfolgen können, wenn auch eine endgiltige Abrechnung über dieselben noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

Zu dem Theiletat der Bürgerschul-Casse erwähnt der Herr Berichterstatter, daß bei der Verathung des Hauptetats für 1892 aus der Mitte der Versammlung der Wunsch laut geworden sei, der Magistrat möge darauf Bedacht nehmen, daß in den Turnhallen der Bürgerschulen Samariterkästen zur Benutzung

bei etwaigen Unglücksfällen vorhanden seien. Wie der Schuldirector indessen berichtet habe, werde einer ähnlichen Anregung gemäß schon in jeder Turnhalle ein Kasten mit Verbandstoffen bereit gehalten, welcher dem Bedürfnisse genüge, wenn er auch nicht die vollständige Ausstattung eines Samariterkastens enthalte.

Die in den Theiletat des Straßenreinigungs-Instituts eingestellten Ausgabe-posten für Arbeitslöhne und Privatgespanne, namentlich zur Abfuhr von Schnee und Eis könnten hoch erscheinen, wenn man nicht berücksichtige, daß gerade die fraglichen drei Monate derartige Ausgaben fast ausschließlich in Anspruch nehmen.

Herr Weber findet einige Einnahme- und Ausgabeposten auch unter Berücksichtigung des vorerwähnten Umstandes sehr hoch veranschlagt, so die Einnahme aus der Leistung von nicht zur Straßenreinigung gehörenden Fuhren mit 2425 M., die Ausgabe für Unterhaltung und Erneuerung der Wagen zc. mit 3750 M. und auch die Miethe für Privatgespanne im vollen Jahresbetrage von 5000 M. Hauptsächlich der letztere Posten erscheine ihm in Verbindung mit der sehr hohen Veranschlagung für das Arbeitspersonal zu groß, namentlich wenn man berücksichtige, daß Herr Bültemann im vorigen Jahre eine Ersparniß durch die Beseitigung von Schnee und Eis mittels der Straßencanäle in Aussicht gestellt habe.

Herr Stadtrath Netemeyer weist darauf hin, daß der Posten für Unterhaltung und Erneuerung der Wagen zc. habe so hoch gegriffen werden müssen, weil darin der Beschaffungswert für den neulich bewilligten Göpel enthalten sei und außerdem der Brandmeister erklärt habe, mit einer geringeren Summe nicht auszukommen. Wenn immer neue Anforderungen an das Institut der Straßenreinigung gestellt würden, müßten dafür natürlich auch mehr Kosten aufgewendet werden. Der Schnee sei, auch wenn er in die Canäle gebracht würde, immer erst zusammenzubringen und an die Canalschächte zu fahren, was Arbeitslohn und Fuhrlohn koste. Da nun gerade in dem bevorstehenden Vierteljahre die Schneeabfuhr fast ausschließlich vorkomme, so müsse auch die dafür erforderliche Summe eingestellt werden, wenn dieselbe auch nur einen Griff darstelle.

Herr Wolff I führt an der Hand des eingehenden Etats aus, daß Herr Weber mit Recht keine Bedenken gegen den Theiletat zu haben brauche. Einnahme und Ausgabe sei dem wirklichen Bedürfnisse genau angepaßt und habe in der Commissionsberathung auch Niemand Bedenken gegen die Einstellung gehabt.

Herr Bültemann giebt zu bedenken, daß der Straßenreinigung ein immer größerer Complex von Straßen überwiesen werde, und daher die Kosten wachsen. Es sollen jetzt die Straßen bis zum Uebergange an der Salzdhallumerstraße und bis zum Judenkirchhofe in das Abfuhrgebiet einbezogen werden.

Herr Weber ist der Meinung, daß das Sprengen auf den außerstädtischen Straßen nur sehr mangelhaft geschehe, weil die Wagen allzu umfangreiche Strecken zu befahren haben.

Die vom Magistrate zum Cap. XI der Einnahmen des ordentlichen Stats gestellten Anträge, zu beschließen, daß für das erste Vierteljahr 1893

- a. die von den Pflichtigen der beiden untersten Classen zu entrichtende Gemeindesteuer wiederum außer Hebung bleibe; im Uebrigen aber
- b. die Gemeindesteuer, wie für das Jahr 1892, mit zehn Einheiten des durch die neue Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuersatzes ausgeschrieben werde,

werden darauf ebenso wie der ordentliche und außerordentliche Hauptetat in seiner Gesamtheit genehmigt.

Die Stats des städtischen Gaswerks, des städtischen Wasserwerks und der Neustadtmühle geben zu Bemerkungen keinen Anlaß und werden genehmigt.

Zu dem Theiletat der Canalbaucaße bemerkt der Herr Berichterstatter, daß Unterhaltungskosten für die Reinigungsstation auf der Schneckenstertswiese nicht mehr eingestellt seien, weil sich dieselbe seit einigen Monaten außer Betrieb befinde. Augenblicklich schweben Verhandlungen, um die Einrichtung derselben zu verkaufen, jedoch glaube er nicht, daß dabei ein großes Stück Geld herauskomme. Jedenfalls verursache aber die Anstalt gegenwärtig keine Kosten mehr. Die hierzu gestellten Anträge des Magistrates

- 1) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Canalabgabe für das erste Vierteljahr 1893 — wie für 1891 und 1892 geschehen — auf 1,5 % des Grundsteuercapitals festgestellt werde und
- 2) den Theiletat zu genehmigen

werden seitens der Finanzcommission zur Annahme befürwortet.

Auf die Anfrage des Herrn Günther, wie es zugehe, daß die Reinigungsstation so plötzlich geschlossen sei, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer: Die Reinigungsstation sei von der Stadt bekanntlich errichtet, als der Magistrat bei der Herzoglichen Staatsregierung beantragt habe, zu gestatten, daß die Abwässer in die Oker überführt werden dürfen. Dieser Antrag sei von den Staatsbehörden zuerst beanstandet, späterhin aber zugelassen und zwar unter der Bedingung, daß die städtischen Behörden sich bereit finden lassen, die Reinigungsstation auf der Bleichermiese herzustellen. Nachdem sich die städtischen Behörden dazu bereit erklärt hatten, habe man staatlicherseits die Canalisation der südöstlichen Außenstadt nicht weiter beanstandet und es sei durch die Errichtung der Station — welche allerdings ziemlich viel Geld gekostet habe — wenigstens erreicht, mit der Canalisation so weit vorzuschießen, daß die eigentliche Straßencanalisation vermuthlich Ende des nächsten Jahres nahezu fertiggestellt werde. Bei dem Betriebe der Reinigungsstation habe sich sodann herausgestellt, daß zwar nach der Ansicht des Magistrates und der von

diesem zugezogenen Sachverständigen das Wasser genügend gereinigt abfließe, daß sich aber die Betriebskosten sehr hoch stellen. Der Oberingenieur Wittgau habe in einem Berichte festgestellt, daß die Veriefelung der Stadt erheblich weniger Kosten verursachen würde, als die Reinigung der Abwässer in derartigen Stationen. Aus diesem Grunde habe man dieses Project fallen lassen und sich die Frage vorlegen müssen, wie lange dieser theure Betrieb noch zu unterhalten sei. Nachdem nun die Canalisation so weit vorgeschritten sei, daß jetzt ein Canal durch die Campe- und Hennebergstraße an der Reinigungsstation vorbei in dem Okergraben entlang bis zu dem Canale in der Nähe des Siegesplatzes führe, habe es keinen Zweck mehr gehabt, zunächst diesen Theil der Abwässer aus der südöstlichen Außenstadt verhältnißmäßig theuer zu reinigen und denselben sodann mit den ungereinigten Abwässern am Wendenthore in die Oker zu führen. Aus diesem Grunde habe der Magistrat den Antrag gestellt, die Station zu schließen und sei derselbe auch von der Herzoglichen Kreisdirection genehmigt.

Die Magistratsanträge gelangen darauf zur Annahme.

Zu dem Theiletat des städtischen Schlachthauses übergehend, weist der Herr Berichterstatter darauf hin, daß der im Abschlusse resultirende Ueberschuß von 6000 M. insofern nur als ein scheinbarer anzusehen sei, als gerade in dem betreffenden Vierteljahre die meisten Thiere geschlachtet werden.

Auf die Anfrage des Herrn Blasius, wie es mit der Herstellung des Kühlhauses im städtischen Schlachthause stehe, erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß das Project zu einem Kühlhause bereits ausgearbeitet sei und sich die Schlachthaus-Deputation auch mit demselben schon befaßt habe. Letzterer erscheine es indessen erforderlich, zunächst die Ansicht der Schlachterinnung — welche hierbei doch wesentlich interessirt sei und gegen deren ausgesprochene Ansicht man eine derartige Anlage kaum aufführen könne — einzuholen. Die Antwort der Innung habe etwas lange auf sich warten lassen, weil man es für nöthig gehalten habe, erst in anderen Orten Erkundigungen darüber einzuziehen und man auch der Ansicht gewesen sei, daß jeder einzelne Betrieb in der Stadt sich eine derartige Kühlanlage privatim billiger herzustellen vermöge. Nach der jetzt eingegangenen Antwort scheinen indessen die Herren hiervon abgekommen zu sein, dieselben haben vielmehr gemeint, ob es nicht richtiger sei, die Frage der Uebernahme des Schlachthauses seitens der Innung als eines Instituts der letzteren in Erwägung zu nehmen. Diesen Antrag habe aber der Magistrat abgelehnt und die Innung erneuert zu einer Aeußerung aufgefordert. Hoffentlich werde hierauf die Antwort bald eingehen, damit sich die Deputation darüber schlüssig machen könne. Von der Städt. Bauverwaltung sei empfohlen, Ammoniak-

Compreß-Maschinen nach dem System von Begelein & Hübler in Halle a. S. einzurichten. Inzwischen habe aber ein Herr aus Berlin ganz neu construirte „Unterschwefligesäure Maschinen“ angeboten, welche bedeutende Vorzüge vor den erstbezeichneten Maschinen besitzen sollen. Die Städt. Bauverwaltung, hierüber zum Bericht aufgefordert, habe sich noch nicht geäußert, so daß auch dieser Bericht abzuwarten sei. Nach seiner persönlichen Ansicht werde indessen das Kühlhaus im nächsten Jahre gebaut werden können.

Herr Blasius ist erfreut, daß diese Sache endlich einmal sich einem Abschlusse zu nähern scheine. Wenn er auch der Ansicht des Herrn Stadtrath Kretzmeier zustimme, daß die Schlachterinnung ein wichtiges Interesse an dem Kühlhause besitze, so möchte er doch aufs Dringendste betonen, daß auch die ganze übrige Bevölkerung der Stadt Braunschweig hierbei mit interessirt sei. Bei einem Institute, welches im Sommer das Fleisch conserviren wolle, müsse solche Einrichtung als durchaus nothwendig erachtet werden. Er bitte daher, daß dieser Standpunkt bei den weiteren Berathungen etwas mehr betont werde.

Herr Wolff kann als Mitglied der Schlachthaus-Deputation mittheilen, daß dieser Gesichtspunkt bei den Berathungen bereits volle Würdigung gefunden habe.

Der Theiletat wird sodann genehmigt.

Zu dem Theiletat für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bemerkt der Magistrat, daß zunächst die Hundesteuer für das erste Vierteljahr 1893 eingezogen werden solle und die Controlmarken für 1892 bis Ende März 1893 in Geltung bleiben sollen, weil die Herausgabe eines neuen Statuts über das Halten von Hunden nahe bevorstehe und man hoffe, dasselbe mit dem 1. April in Kraft setzen zu können.

Auch dieser Theiletat gelangt zur Annahme.

In den Theiletat der Kreis-Communal-Casse hat sich, wie der Herr Berichterstatter des Weiteren ausführt, ein kleines Versehen insofern eingeschlichen, als ein Zinsbetrag von 1225 M 87 S zu wenig in Einnahme gestellt sei. Die Gesamteinnahme erhöhe sich dadurch auf 133 440 M 06 S . Zur Herstellung des Gleichgewichts mit der Ausgabe beantrage er, das Cap. VIII „Zur Verfügung“ um diesen Betrag auf 1292 M 56 S zu erhöhen, was, unter Genehmigung des ganzen Theiletats, geschieht.

Die Berathung des Etats ist damit beendet und derselbe von der Versammlung festgestellt.

VI. Canalisation des Markstalles.

Um einem Wunsche der Herzoglichen General-Hof-Intendantur zu entsprechen und gleichzeitig einer Anzahl von Arbeitern Gelegenheit zur Beschäftigung zu ge-

währen, beabsichtigt der Magistrat, die Canalisation des Marstalles bei günstigen Witterungsverhältnissen bereits Anfang 1893 in Angriff nehmen zu lassen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, sich mit Ausführung dieser Arbeit, unter Bewilligung der Kosten im anschlagsmäßigen Betrage von 6500 M., einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

VII. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen des Desinfectionssofens.

Die Anfrage lautet:

„Ist es wahr, daß der Desinfectionssofen auf der Schneckenstertzwiefe schon seit längeren Wochen unbrauchbar geworden und nunmehr dem Herzoglichen Krankenhause zurückgegeben ist? Ist der Magistrat nicht gewillt, umgehend einen neuen großen Desinfectionssofen für die Stadt zu beschaffen, da augenblicklich hier in der Stadt nirgends Gelegenheit ist, z. B. eine große Bettmatraze zu desinficiren, weil der Desinfectionssofen im Herzoglichen Krankenhause zu klein ist?“

Wie Herr Hauswaldt zur Begründung ausführt, soll den Bürgern, welche durch Krankheit inficirte Gegenstände nach der Reinigungsstation haben schaffen lassen, eröffnet sein, daß dort nichts mehr desinficirt werden könne und sie sich zu solchem Zwecke an das Herzogliche Krankenhaus wenden müßten. In letzterem sollen aber nur zwei kleinere Desinfectionsöfen aufgestellt sein, welche sich zur Reinigung von Matratzen und derartigen größeren Gegenständen nicht eignen. Demnach sei es von vornherein unmöglich, größere Bettstücke und dergl. zu reinigen, dieselben müssen vielmehr inficirt wieder in Gebrauch genommen werden. In dem Herzoglichen Krankenhause sollen nun in Folge des starken Andranges und der nur langsam functionirenden kleinen Öfen ganz haarsträubende Zustände geschaffen sein, indem die zu desinficirenden Gegenstände dort hoch aufgestapelt liegen. Wenn nun auch zwischen dem Magistrate und dem Herzoglichen Krankenhause wegen der Zurückgabe des großen Desinfectionssofens ein Notenwechsel stattgefunden haben solle, so sei jedenfalls versäumt worden, magistratsseitig sofort die nöthigen Schritte zu thun, um einen geeigneten Ersatzsofen zu beschaffen. Wenn der Magistrat mit einem bezüglichen Antrage vor die Versammlung getreten wäre, würde dieselbe sicher die hierzu angeforderte Summe bewilligt haben.

Herr Stadtrath Meyer beantwortet die Anfrage in folgender Weise: Der dem Herzoglichen Krankenhause gehörende große Desinfectionssofen sei in der Reinigungsstation aufgestellt und benutzt worden, als die Cholera-Gefahr gedroht habe. Nach der Beseitigung dieser Gefahr sei der Apparat nicht mehr gebraucht, weil ein Bedürfniß dazu nicht vorgelegen habe. Gleichzeitig seien im Herzoglichen Krankenhause zwei neue Apparate aufgestellt, deren einer zur Desinfection von Bettstücken

geeignet sein solle. Da das Herzogliche Krankenhaus nach dem Verschwinden der Cholera geglaubt habe, den großen Apparat nicht mehr zu gebrauchen, habe es denselben dem Magistrat zum Kauf angeboten. Letzterer habe sodann das Angebot der Städt. Bauverwaltung und einigen technischen Sachverständigen der Versammlung vorgelegt, welche der Meinung gewesen seien, daß es sich hier lediglich um die Kostenfrage handle. Dem Apparate hafte der große Fehler an, daß er nur von einer Seite zugänglich sei, während man ihn zur Vermeidung jeglicher Ansteckungsgefahr lieber so construirt haben möchte, daß die zu reinigenden Sachen auf der einen Seite hineingethan und auf der anderen Seite wieder herausgenommen werden. Die bezüglich der Kosten angestellten Ermittlungen seien dann so ausgefallen, daß der Magistrat keine Neigung gezeigt habe, auf den Vorschlag einzugehen, aus welchem Grunde er sich ablehnend verhalten und das Herzogliche Krankenhaus den Apparat zurückgenommen habe. Letzterer werde seit einigen Tagen dort Aufstellung gefunden haben. Früher sei im städtischen Krankenhause ein Desinfectionssofen gewesen, welcher im Laufe des vergangenen Winters entzwei gegangen sei. Die Städt. Bauverwaltung habe in Folge erhaltenen Auftrages den Plan zu einem neuen Desinfectionsapparate ausgearbeitet, jedoch sei in der Sache mit Rücksicht auf den Ausbruch der Cholera bislang nichts weiter gethan, um erst den Verlauf derselben abzuwarten. Der Magistrat trage sich indessen mit der Absicht, einen der beiden kleinen Apparate des Herzoglichen Krankenhauses für den speciellen Gebrauch des städtischen Krankenhauses zu übernehmen. Daneben bestehe noch die Absicht, den früheren Plan wieder aufzunehmen und einen neuen größeren Apparat anzuschaffen, der vielleicht in der Gasanstalt Aufstellung finden könne. Inzwischen seien aber immer noch Sachen, und zwar für Unbemittelte umsonst, gereinigt.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städtischen Desinfectionsapparates.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, thunlichst bald eine Vorlage zu machen über Beschaffung und Aufstellung eines städtischen Desinfectionsapparates,“

führt Herr Blasius aus, daß thatsächlich am 22. November d. Js. in der Station zuletzt habe gereinigt werden können, während am 23. November der Dampfkessel vom Revisor für unbrauchbar erklärt sei, so daß man seit dem letzteren Zeitpunkte in der Stadt Braunschweig nicht eine Matraze habe reinigen können, weil die beiden Apparate des Herzoglichen Krankenhauses so klein seien, daß in denselben höchstens kleine Wäschestücke desinficirt werden können. Nachdem nunmehr am heutigen Tage der Apparat von der Schneckenstertzwiese nach dem Hospitale zurückgeschafft

sei, habe sich herausgestellt, daß derselbe durch den Hin- und Hertransport gelitten habe. In Folge der vorzunehmenden Reparatur werden nun einige Tage vergehen, bis der Apparat wieder arbeiten könne. Derartigen unhaltbaren Zuständen dürfe man sich aber unter keinen Umständen aussetzen. Erst gestern sei aus Hamburg wieder ein Cholerafall gemeldet, so daß man nicht wissen könne, wann uns diese Seuche, ebenso wie Scharlach-, Diphtheritis-, Typhus- und ähnliche Epidemien treffen. Der Stadt erwachse die Pflicht, einen größeren, von beiden Seiten beschickbaren Apparat zu beschaffen und in einem geeigneten Raume aufzustellen; er bitte daher um Unterstützung seines Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Niese auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergebung der Arbeiten zum Stadthausbau.

Wie Herr Niese zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, im Vereine mit der Hochbau-Verwaltung bei Vergebung der Arbeiten des neuen Stadthauses auch mittlere und kleinere Handwerksmeister zu berücksichtigen,“

des Näheren ausführte, herrsche in den kleinen Handwerkerkreisen eine gewisse Mißstimmung darüber, daß bei der Ausführung städtischer Bauten immer nur an diejenigen Handwerker Arbeiten vergeben werden, welche an dem großen Tische mitessen, während kleinere Handwerker, die auch etwas gelernt haben und von den Lasten der Stadt ihren Theil tragen, in den meisten Fällen leer ausgehen. Da jetzt ein neues Stadthaus gebaut werden solle und dieses auf Kosten sämmtlicher Bürger geschehe, so habe er es für angezeigt gehalten, die Sache in Anregung zu bringen. Wenn gesagt werden sollte, die kleineren Handwerker seien nicht leistungsfähig, so müßte diese Behauptung erst bewiesen werden. Es lasse sich auch nicht erwarten, daß die theilhaftigen Handwerksmeister ihre Klagen selbst vorbringen, weil dieselben fürchten, dann erst recht keine Arbeit zu erhalten. Jedenfalls erscheine es nothwendig, daß die Stadt ihre Bürger gleichmäßig behandle und nicht immer diejenigen, welche im Schoße der Baumeister sitzen, bevorzuge.

Diesen genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzcommission zur Vorberathung.

X. Selbstständiger Antrag des Herrn Niese auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst das Pensionsverhältniß der alten

gekündigten Nachtwächter zu regeln und die Pension oder das Gnadengehalt derselben von bisher 72 M auf 300 M jährlich zu erhöhen."

Zur Begründung weist Herr Riese darauf hin, daß die Gehälter der höheren Beamten bis herunter auf die Arbeiter der Straßenreinigung erhöht seien und man daher auch bei diesen alten Beamten, welche bis zu 31 Jahren der Stadt gedient haben, an eine Aufbesserung denken müsse. Daß den Leuten unter der Voraussetzung befriedigender Dienstführung ausgesetzte Ruhegehalt von 72 M jährlich betrage nur die Hälfte einer Armen-Unterstützung, welche man schon bei dem Nachweise des Unterstützungswohnortes ohne jede Gegenleistung erhalten könne. Er bitte daher, seinen Antrag zu unterstützen und demnächst anzunehmen, damit diese alten ausgedienten Leute nicht der Noth preisgegeben werden.

Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt der Finanzcommission überwiesen.

XI. Anfrage des Herrn Günther wegen der Beschäftigung von Arbeitern.

Die Anfrage:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß zu den Arbeiten im Bürgerparke zunächst nur Arbeiter verwandt werden sollen, welche Armen-Unterstützungen beziehen und einen Schein von den Armenpflegern beibringen können?“

wird von Herrn Günther in folgender Weise begründet. Die Freude, welche er in der vorigen Sitzung über den betr. Antrag des Magistrates geäußert habe, sei in den letzten Tagen durch die Maßnahmen der betr. Beamten merklich herabgestimmt. Als vor 8 Tagen seitens des Promenaden-Inspectors Kreiß bekannt gegeben worden, daß die Arbeiten im Bürgerparke ihren Anfang nehmen sollten, haben am anderen Tage wohl 200 Arbeiter vor dessen Hause gestanden, um sich wegen dieser Arbeiten zu bewerben. Man habe die Leute dann von Tag zu Tag getröstet und ihnen später eröffnet, daß nur solche Arbeiter Berücksichtigung finden können, welche von der Stadt Armen-Unterstützungen beziehen und demnach einen Armenschein von dem zuständigen Armenpfleger vorzeigen können. Wenn dieses sich aber bewahrheiten sollte, so halte er das entschieden für eine Ungerechtigkeit und meine, daß die Versammlung bei der Verwilligung der 25 000 M an solche Maßnahmen nicht gedacht habe. Man wolle doch nicht nur denjenigen helfen, die Armen-Unterstützungen beziehen, sondern man wolle die übrigen nothleidenden Arbeiter davor bewahren, daß sie der Armenkasse zur Last fallen. Hauptsächlich müssen diejenigen Arbeiter durch Zuteilung von Arbeit mäßig unterstützt werden, welche längere Zeit keine Arbeit gehabt haben. Es gebe hier nach Ausweis der Arbeitslosen-Statistik Leute, welche 3—5 Monate keine Arbeit gehabt haben und denen müsse geholfen werden, ehe sie ganz zu Grunde gehen. Selbst in der Armen-Verwaltung habe man das Princip festgestellt, möglichst auch da zu helfen,

wo die Armuth noch nicht Platz gegriffen habe. Nicht etwa, daß man den Leuten, welche der Armenpflege schon verfallen seien, keine Arbeit geben solle, sondern man dürfe nur nicht den Grundsatz aufstellen, daß nur diese Arbeit erhalten sollen. Die Leute glauben theilweise schon, diese Arbeit werde als Armen-Unterstützung angesehen, trotzdem er versucht habe, ihnen das auszureden. Wenn der Magistrat in Verlegenheit darüber sein sollte, wie er die Arbeit am zweckmäßigsten vertheile, so möchte er vorschlagen, daß dieses nach Maßgabe der Zeit, während welcher die Arbeiter arbeitslos gewesen seien, geschehe. Läge die Sache wirklich so, wie seitens der Arbeiter angenommen werde, dann sei er vollständig berechtigt, den von ihm in Aussicht genommenen Antrag auf Einsetzung eines Nothstands-Comitees einzubringen, um mit demselben dem Magistrat in dieser heiklen Frage zur Seite zu stehen. Jedenfalls möchte er aber den Magistrat ersuchen, diesen etwa eingeführten Modus zu ändern und die Arbeit nach dem wirklich vorliegenden Bedürfnisse zu vertheilen.

Herr Stadtrath Metemeyer erklärt es nicht für richtig, daß nur solche Leute bei Vergabung der Arbeit berücksichtigt werden sollen, welche Armen-Unterstützung bezogen haben. Die Sache verhalte sich vielmehr folgendermaßen: Bevor der Magistrat die Grundsätze feststellte, nach welchen die Arbeit vertheilt werden sollte, sei von den Bezirks-Vorstehern in der Sitzung der Armen-Direction Klage darüber vorgebracht, daß eine Menge Leute Unterstützung verlangten, weil sie keine Arbeit hätten. Die Bezirks-Vorsteher haben gleichzeitig um Auskunft darüber gebeten, ob es nicht möglich sei, diese Leute dadurch von der Armenkasse los zu werden, daß man ihnen Arbeit anweise. Daraufhin sei vom Herrn Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben, daß die Leute, welche Armen-Unterstützung beziehen, weil sie keine Arbeit haben, in erster Linie dort beschäftigt werden sollen, was er auch für sehr richtig halte. (Zustimmung.) In der Magistratsitzung sei dann gesagt, wenn diese Leute untergebracht seien, so sollen beschäftigt werden in erster Linie Familienväter, welche hier ihren Unterstützungswohnsitz haben. Hiernach sei verfahren und habe man auch schon eine größere Anzahl von Scheinen für solche Leute ausgefertigt, welche mit der Armenpflege noch gar nicht in Berührung gekommen seien. Am morgenden Tage werden die Arbeiten beginnen und könne Herr Günther, wenn er sich einmal hinausbemühen wolle, dort eine Masse Leute finden, die ihren Armenpfleger noch nicht gesehen haben. Der Magistrat glaube, die Sache so ganz richtig geordnet zu haben (Zustimmung); er würde jedoch Herrn Günther dankbar sein, wenn der ihm einen Weg angebe, auf welchem sich noch besser vorgehen lasse.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung zunächst die Herren Lehrer Besecke und Zimmermeister Beulshausen zu Armenpflegern für zwei neu zu

bildende Quartiere, ferner Herrn Dr. Rob. Frühling zum Armenpfleger und Herrn Pastor Dr. Pini zum stellvertretenden Bezirks-Vorsteher an Stelle des Herrn Pastor Kargess, welcher um Enthebung von diesen Aemtern gebeten hat. Darauf werden die Herren Ober-Amtmann Otto Krug, Amtmann Dietrich Rimpau, Particulier Wolff und Deconom Drewes auch für das Jahr 1893 zu Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchen-Gesetzes gewählt. Schließlich erledigt die Versammlung noch das Verzeichniß V von Gemeindesteuer-Reclamationen für 1892 nach den Beschlüssen der Einschätzungscommission.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten gelangt unter dem Voritze des Herrn Stadtrath Götke eine größere Anzahl von Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz zur Erledigung. Nachdem sodann noch Herr Rieke einige Wünsche hinsichtlich der Einrichtung der nächsten Stadtverordnetenwahlen geäußert hatte, wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. December 1892.

Öffentlich:

I. Straßen-Polizei-Ordnung: (Schluß)	Seite 326
II. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieke auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergebung der Arbeiten zum Stadthausbau	„ 336
III. Desgleichen auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter	„ 339
IV. Anschaffung von Feuermeldern für Bürgerschulen	„ 340
V. Zuschuß zum Stiftungsfeste der freiwilligen Bürger-Feuerwehr	„ 340
VI. Ausleihung von 15000 M für den Kreisfonds	„ 340
VII. Einrichtung eines Brausebades in der Schule an der Leonhardstraße	„ 341
VIII. Festsetzung von Straßenbaukosten für die Fallersleberthortwete	„ 342
IX. Erstattung von Wasserrohrkosten	„ 343
X. Provisorische Ordnung des Nachtwachwesens	„ 343
XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Fudel auf Anstellung eines Stadt- bibliothekars	„ 344
XII. Verlängerung der Amtsdauer der Vorstehenden und der Protocollführer	„ 344
XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städti- schen Desinfectionsapparates	„ 344
XIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes	„ 345
XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Bildung einer Com- mission zur Begutachtung von wirthschaftlichen Fragen	„ 345
XVI. Desgleichen auf Maßnahmen bezüglich der nächsten Stadtverordnetenwahlen	„ 346

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Ketemeyer, Stadtrath Meyer und Assessor Reibemeister; später erscheint noch Herr Stadtrath Randoehr.

Entschuldigt die Herren Blasius, Rudeloff, Uhde und Wolff I. Nach Eröffnung der Sitzung und verschiedenen Mittheilungen des Vorsitzenden, Herrn Semler, wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Straßen-Polizei-Ordnung. (Schluß.)

Die Verhandlungen werden mit dem §. 67 des Entwurfs wieder aufgenommen. Zum §. 70 beschließt die Versammlung auf Antrag des Berichtstatters, Herrn Wolff II, den letzten Satz zu streichen.

Zum §. 72 werden folgende Aenderungen gutgeheißen: Zeile 2 beginnt hinter „verboten“ ein neuer Satz mit den Worten: „Es ist jedoch den Führern . . .“; Zeile 8 ist für „denselben“ zu setzen „den Fuhrwerken“ und Zeile 11/12 soll der eingeklammerte Satz lauten: „(Lösen der inneren Zugstränge, kurzes Anbinden der Bügel und dergleichen)“.

Zum §. 74 wird vor dem Schlußworte „werden“ eingeschaltet: „und während der Dunkelheit beleuchtet“.

Zum §. 75 beantragt Herr Lange die Entschädigung für die vorübergehende Benutzung der Straße zur Aufstellung von Buden oder Verkaufsständen außer der Messe, zur Ausübung von Handwerken, zur Auführung von Baugerüsten u. s. w. auf 50 \mathcal{R} pro qm der zu gewährenden Grundfläche festzusetzen, da der im Entwurfe vorgesehene Zins von 20 \mathcal{R} zu niedrig bemessen sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält einen Pachtzins von 50 \mathcal{R} für zu hoch, wenn er auch in manchen Fällen wünschen möchte, daß Baugerüste zc. früher als jetzt beseitigt würden. Zur Zeit betrage dieser Zins nur 15 \mathcal{R} , weil bei der Festsetzung desselben die Baugewerkinnung gegen eine Erhöhung auf 20 \mathcal{R} vorstellig geworden sei.

Herr Lange möchte dann wünschen, daß wenigstens für Verkaufsstände der Satz von 50 \mathcal{R} angenommen würde, wenn auch für Baugerüste u. dergl. ein Zins von 20 \mathcal{R} ausreichte.

Herr Wolff II spricht sich gegen eine derartige Festsetzung aus, da für den Magistrat eine peinliche Lage geschaffen würde, wenn man ihm in solcher Anlegenheit Spielraum lasse.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann das von Herrn Lange aufgestellte Princip nicht für richtig halten. Das Publicum werde durch einen Bauzaun auf der

Straße viel mehr belästigt, als durch den Stand einer Obsthändlerin, mithin dürfe letztere nicht mehr bezahlen, als der betreffende Bauunternehmer.

Der Antrag des Herrn Lange wird abgelehnt.

Der §. 77 soll im Eingange lauten: „Bei eintretender Winterglätte sind die Fußwege von Morgens 7¹/₂ Uhr (statt wie im Entwurfe steht: 8 Uhr) bis Abends 10 Uhr so mit Sand, Grand oder Sägespänen bestreut zu halten, daß die Glätte beseitigt wird.“ Seitens der Commission ist, wie Herr Wolff II weiter ausführt, insbesondere gegen die andererseits gewünschte Zulassung der Bestreuung mit Asche Stellung genommen.

Herr Hauswaldt möchte trotzdem bitten, die Asche als Streumaterial zuzulassen. Wenn dieselbe auch bei Thauwetter den Weg verschmiere, so besitze der Grand nicht viel bessere Eigenschaften. Jedenfalls erscheine es ihm eine harte Zumuthung, von unseren weniger bemittelten Mitbürgern zu verlangen, daß sie fortwährend im Winter eine genügende Menge Sand als Streumaterial bereit halten. Er wolle beantragen, das Wort „Asche“ mit in den §. 77 aufzunehmen, da man reine Asche, welche besser als alles andere Material der Glätte Einhalt thue, sehr wohl zulassen könne.

Herr Wolff II bezweifelt, daß reine Asche Verwendung finden werde, denn bislang habe er immer ein Gemisch von Kohlenstückchen, Schlacken und Asche vorgefunden, was er als unerträglich bezeichnen müsse. Bei Verwendung dieses Materiales kommen Kinder sehr oft zu Fall.

Herr Hauswaldt kann solche Verwendung nicht für so schlimm halten. Man gehe sehr oft vor den Thoren weite Strecken auf Bogasche, ohne dieses so außerordentlich unangenehm zu empfinden. Mit Rücksicht auf die schwere Belästigung, welche besonders den Anwohnern der kleinen Straßen durch die Ausschließung der Asche erwachsen müsse, halte er es für angezeigt, wenigstens die Asche aus den Defen und Gruben zuzulassen.

Herr Stadtrath Ketemeyer muß gerade die Grudeasche für recht schädlich halten, weil dieselbe nach dem Aufgehen des Eises auf dem Trottoir einen Schlick bilde, der sehr schwer wieder zu beseitigen sei, während man dieses bei Grand nicht zu befürchten habe. Es erscheine ihm fraglich, ob es für die Anlieger unangenehmer sei, sich für den Winter einen Kasten mit Sand hinzustellen, als die Schmiererei mit den Ascherückständen zu haben.

Herr Schumburg bittet um Annahme des Hauswaldt'schen Antrages. Wenn die Winterglätte eintrete und die Hausbesitzer haben versäumt, sich mit Sand oder Sägespänen zu versehen, so müssen dieselben in arge Verlegenheit gerathen, während ihnen Asche immer zur Verfügung stehe. Sofern die Vorschrift gegeben werde, nur schlackenreine Asche zu verwenden, werde dieses von den Betheiligten schon beachtet werden.

Der Antrag des Herrn Hauswaldt wird bei Stimmengleichheit durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden abgelehnt.

Den ersten Satz des §. 79: „Windelufen und Windvorrichtungen nach den Straßen hinaus dürfen vom 1. Januar 1900 an nicht mehr benutzt werden,“ bittet Herr Hauswaldt zu streichen. Es gebe eine ganze Anzahl in engen Straßen gelegener Grundstücke, deren Böden zur Lagerung von Materialien nach dem 1. Januar 1900 nicht mehr benutzt werden können, wenn man diese Vorrichtung aufrecht halte, weil der Zugang durch das Haus unzureichend sei. Genügend erscheine es ihm, wenn vom Stadtbauamte in Zukunft Windelufen an der Vorderseite von Gebäuden nicht mehr zugelassen werden, da dann der Uebelstand mit der Zeit von selbst verschwinde.

Herr Stadtrath Ketemeyer möchte der Auffassung widersprechen, als ob das Stadtbauamt in der Lage sei, bei Neubauten Windelufen zu verbieten. Erst wenn die im Entwurfe vorgesehene Bestimmung zur Annahme gelange, werde Niemand mehr Windelufen anlegen, so daß dieselben dann mit der Zeit ganz verschwinden.

Herr Weber tritt für die Beibehaltung des fraglichen Satzes ein. Der bisherigen Gepflogenheit, in engen Straßen schwere Lasten aufzuwinden und erstere dadurch fast zu sperren, müsse endlich entgegengetreten werden. Es lassen sich durch die Hausflur im Allgemeinen schon jetzt größere Lasten schaffen und wo dieses durchaus nicht angängig, werde man sich schon anderweitig zu helfen wissen.

Herr Hauswaldt hält den in den kleinen Straßen sich bewegenden Verkehr gar nicht für so stark, daß derselbe durch das Aufwinden von Lasten beeinträchtigt werden könnte. Die Neuanbringung von Windelufen lasse sich auf irgend eine Weise, vielleicht durch Statut, verhindern, so daß man den Geschäftsleuten in kleinen engen Straßen durch diese Bestimmung ihr Geschäft nicht unmöglich zu machen brauche.

Herr Stadtrath Ketemeyer weiß nicht, ob Herr Hauswaldt die Windelufen nur in engen Straßen noch ferner benutzt sehen wolle, da kein Grund vorliege, sie auf allen Straßen zuzulassen, namentlich wenn sich die Waaren ohne große Belästigung auf anderem Wege an ihren Lagerplatz schaffen lassen.

Der Hauswaldt'sche Antrag wird darauf abgelehnt.

In dem §. 82 — welcher nach einem früheren Beschlusse hinter §. 7 eingeschoben werden soll — wünscht Herr Günther den Satz: „... die Führer derselben (nämlich der Kinderwagen) haben jedoch, soweit möglich, stets den in der Fahrrihtung rechts belegenen Fußweg zu benutzen und den ihnen entgegenkommenden Wagen und Personen rechts auszuweichen.“ gestrichen zu sehen, weil sonst die Kinderwädchen in Folge ihrer Unachtsamkeit sehr oft mit der Polizei in

Collision gerathen werden, außerdem aber doch jeder vernünftige Mann einem besetzten Kinderwagen ausweichen.

Herr Fiedel tritt diesem Wunsche entgegen. Jetzt fahren oft die Mädchen absichtlich den Leuten in den Weg und zwingen diese, auszuweichen, was ihm unhaltbar erscheine.

Der Günther'sche Antrag wird ebenfalls abgelehnt.

Zum §. 85 wird beschlossen, in der Ueberschrift zu sagen: „Straßenbahn-
gleise“ statt „Pferdebahngleise“ und in der Zeile 10 das Wörtchen „gar“ zu streichen; ferner im §. 86 die Worte: „gleichviel, ob dasselbe absichtlich oder aus Fahrlässigkeit geschieht.“ am Schluß des ersten Absatzes zu streichen und auf Zeile 2 des dritten Absatzes für „cfr.“ zu setzen „siehe“.

Herr Lord will auch in der Versammlung seinen Standpunkt bezüglich der Zulassung des Bestreuens der Fußwege mit Salz vertreten, nachdem ein von ihm in der Commission gestellter Antrag, die Benutzung von Salz zu solchem Zwecke zu verbieten und für die Straßenbahn nur in besonderen Ausnahmefällen zuzulassen, abgelehnt sei. Die Verwendung von Salz zum Aufthauen von Schnee und Eis schließe nicht allein eine große Verunreinigung der Straßen in sich, sondern sei auch für Menschen und Thiere gefährlich. In Magdeburg habe die Commune in allen Instanzen einen bezüglichlichen Proceß gegen die Straßenbahn gewonnen. Von der Stellung eines Antrages sehe er indessen ab.

Dem Antrage der Commission, die Berathung und Beschlußfassung über den §. 87 des Entwurfs, betr. die Straßenreinigung, auszusetzen, weil noch darüber zu befinden sein werde, ob nicht die Straßenreinigung auch auf die Außenstadt auszudehnen sei, stimmt die Versammlung zu.

Zum §. 89 wird beschlossen, an Stelle des Wortes „dergleichen“ in Zeile 3 zu setzen: „sonstigen brennbaren oder einen unangenehmen Anblick gewährenden . . .“

Im §. 90, welcher das Füttern der Zugthiere auf der Straße verbietet, wünscht Herr Hauswaldt neben den Pferden vor den Droschken und Omnibussen auch die Hunde ausgenommen zu sehen, da es eine Härtherzigkeit in sich schließe, zu verbieten, einen Hund, welcher vielleicht schon einen anstrengenden Weg zurückgelegt habe, vor dem Wagen zu füttern.

Herr Reiche bittet, auch das Füttern der Pferde vor den Milchwagen zu gestatten, weil den Führern derselben oftmals keine Zeit bleibe, die Thiere erst in den Stall zu ziehen.

Herr Stadtrath Kete Meyer würde die Zulassung der Hunde wohl befürworten, nicht aber auch der Zugthiere vor Milchfuhrwerken. Uebrigens werde auch ohne diese Bestimmung wohl kein Polizeibeamter den Besitzer eines Hundefuhrwerks in Strafe nehmen, wenn derselbe seinem Thiere ein Stück Brot gebe. Die Be-

stimmung solle getroffen werden, um durch das Füttern eine Verunreinigung der Straße zu verhüten.

Herr Hauswaldt will unter Zurückziehung des ersten Antrages vorschlagen, zu sagen: „Das Füttern von Zugthieren auf der Straße ist verboten, sobald eine Verunreinigung der Straße damit verbunden ist.“ Sollte indessen dieser weitergehende Antrag abgelehnt werden, nehme er den ersten Antrag wieder auf.

Herr Wolff II würde es für richtiger halten, an Stelle des weitergehenden Hauswaldtschen Antrages lieber den ganzen Paragraphen zu streichen.

Herr Lord tritt für die Beibehaltung der Fassung des Entwurfes ein.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die zum §. 90 gestellten Änderungsanträge der Herren Hauswaldt und Reiche sämmtlich abgelehnt.

Ferner genehmigt die Versammlung, daß an Stelle der letzten Worte des §. 91 „darf nicht stattfinden“ gesetzt werde „ist verboten“, sowie, daß im §. 92 überall an die Stelle des Wortes „Röhren“ das Wort „Rohre“ trete und im §. 93 die Ueberschrift laute „Staubberregung“, auch vor dem Worte „unterdrückt“ noch „thunlichst“ eingeschaltet werde.

In den §. 99, welcher im Eingange lautet: „Die Ausleerung der Gruben und die Abfuhr des Grubeninhalts, wie auch der Gefäße mit Sauche und Blut darf nicht vor 12 Uhr Abends beginnen . . .“ wünscht Herr Hauswaldt hinter „12 Uhr Abends“ eingeschaltet zu sehen „auf der Straße“, damit die Besitzer der Häuser wenigstens im Innern derselben schon vorher mit der Vorbereitung beginnen können.

Während Herr Wilke sich diesem Antrage anschließt, wird derselbe von den Herren Wolff II und Seele bekämpft und von der Versammlung schließlich abgelehnt.

Nachdem sodann beschlossen, die §§. 104 und 105 umzustellen, bringt Herr Wilke in Vorschlag, zu gestatten, daß Kohlen und dergl. bis 12 Uhr Mittags und nicht nur bis 10 Uhr Morgens von den Bahnhöfen in die Häuser geschaufelt werden dürfen, weil die Zeit bis 10 Uhr zu kurz bemessen sei.

Herr Weber will beantragen, den §. 105 in folgender Weise zu fassen.

„Kohlen, Roaks und dergl. dürfen nicht vom Wagen auf die Straße geworfen werden, sondern sind mittelst geeigneter Behälter in die betr. Räume zu schaffen.“

Diesen in der Commission abgelehnten Antrag bringe er wieder ein, weil er sich überzeugt habe, daß für ein solches Verbot die weitaus größte Zahl der Mitbürger dankbar sein werde, wenn auch dem kleineren Theile derselben eine geringe Mehrausgabe erwachse. Die Belästigung der Anwohner durch den aufsteigenden Kohlenstaub und des Wagenverkehrs durch die Sperrung der Bahn sei so groß, daß Wandel geschaffen werden müsse.

Herr Nieß spricht sich für diese Aenderung aus, da die Anwohner unter dem aufwirbelnden Kohlenstaube schwer zu leiden haben und auch in anderen Städten ein gleiches Verbot erlassen sei.

Herr Stadtrath Kete meyer hebt hervor, daß der Magistrat die Absicht gehabt habe, ein solches Verbot zu erlassen, daß indessen die Commissionmehrheit sich dagegen ausgesprochen habe. Der kleine Mann komme hierbei nicht in Betracht, weil derselbe sich größere Mengen Kohlen nicht kommen lasse.

Die Herren Wilke, Füdel und Hauswaldt erklären sich gegen die Aenderung, weil eine große Menge selbst neuer Häuser gar nicht darauf eingerichtet seien, daß die Kohlen in den Keller getragen werden können und namentlich die Bäcker in eine unangenehme Lage versetzt würden, wenn man sie zwingt, die Kohlen durch den Laden tragen zu lassen.

Herr Halle bittet, dem Weber'schen Antrage zuzustimmen. Es werde sich wohl überall eine Einrichtung treffen lassen, um die Kohlen vom Wagen in den Keller mittelst Säcke oder Körbe zu tragen. Am einfachsten würde es sein, wenn man die Kohlen gleich auf dem Bahnhofe in Körbe u. verpackte, was sich auch leicht einbürgern würde.

Herr Wolff II ist auf Grund eingehender Erkundigungen zu der Ansicht gekommen, daß die Bäcker, Schlosser und Gewerbetreibenden mit kleinen Motoren bei solchem Verbote keine Möglichkeit haben, ohne ganz erhebliche Schwierigkeiten ihre Kohlen in Säcken an die Lagerplätze zu schaffen und daß somit durch die Annahme des Antrages die größte Unzufriedenheit unter den Bürgen erregt werden würde.

Herr G ü n t h e r kann sich nicht denken, daß die Unzufriedenheit so groß sein könne. Als man den Bäckern verboten habe, ihre Weißbröte noch ferner des Nachts auf die Straße zu legen, habe sich auch Niemand gegen dieses Verbot erhoben.

Herr Schumburg tritt für die Beibehaltung der Fassung des Entwurfes ein, weil die Durchführung des Verbotes ihre großen Schwierigkeiten haben würde.

Nachdem Herr Weber seinen Antrag, unter Hinweis auf die Einrichtungen anderer Städte, nochmals befürwortet hatte, wird derselbe von der Versammlung abgelehnt, dagegen der Antrag des Herrn Wilke auf Gestattung des Abladens bis 12 Uhr Mittags angenommen.

Bezüglich des §. 106, dessen zweiter Satz lautet: „An den Beitschen dürfen keine Schwuppen geführt werden“, bemerkt Herr Reiche, daß der Ausdruck „Schnüre“ für „Schweppe“ deutlicher sein würde, da man im Plattdeutschen unter „Schweppe“ die ganze Beitsche verstehe.

Nach weiterer Erörterung dieses Punktes durch die Herren Stadtrath Ketemeyer, Halle, Hauswaldt und Rieke wird ein Antrag des Herrn Seele, zu sagen: „An den Reitischenriemen dürfen keine Schwuppen geführt werden“ angenommen.

Auf die Frage des Herrn Rimpau, ob nicht die Bestimmung im §. 107 „Verladen von Eisenwaaren“ dem §. 15 „Ladung rasselnder Gegenstände“ zugefügt werden könnte, erwidert Herr Wolff II, daß beide Paragraphen wohlweislich getrennt seien.

In den §. 108, betr. das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten, wünscht Herr Natalis auch das Schießen mit Schußwaffen, welche einen lauten Knall verursachen, einbezogen zu sehen.

Als die Herren Stadtrath Ketemeyer und Wolff II darauf aufmerksam machen, daß das Polizei-Strafgesetzbuch schon dementsprechende Bestimmungen enthalte, zieht Herr Natalis seinen Antrag zurück.

Der fernere Antrag des Herrn Rimpau, auf der Oker das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten besonders zu verbieten, wird abgelehnt, nachdem die Herren Wolff II und Semler erläutert hatten, daß die vorliegenden Bestimmungen ein solches Verbot schon in sich schließen, sofern durch das Spielen eine Belästigung der Anwohner hervorgerufen werde.

Ein Antrag des Herrn Wilke, im §. 110 auch den unbefugten Gebrauch von „Heulpfeifen“ zu verbieten, wird zurückgezogen, als die Herren Wolff II und Jüdel bemerkt hatten, daß keine Veranlassung vorliege, ein so allgemeines Verbot zu erlassen, weil dem Einen die Heulpfeifen und dem Anderen die Schrißpfeifen unerträglich seien und daß man auf Wunsch der Aerzte des Marienstiftes auf der Jüdel'schen Fabrik an Stelle der Schrißpfeifen Heulpfeifen eingeführt habe.

Dem Vorschlage des Herrn Rimpau, im §. 111 die Worte „auf der Straße“ zu streichen, hält Herr Wolff II gegenüber, daß ein öffentliches Bedürfnis, hier etwas zu ändern, nicht vorliege, da im Allgemeinen das hier verbotene lärmende Ausrufen nur auf der Straße vorkommen könne. Der Antrag wird abgelehnt.

Zum §. 112, welcher im Entwurfe lautet: „Das sogenannte Topfwerfen bei Polterabenden ist nicht gestattet“, bemerkt Herr Wolff II, daß diese Bestimmung eine verschiedenartige Würdigung gefunden habe. Während die Einen meinten, das Topfwerfen bei Polterabenden sei eine so eingebürgerte Sitte, daß dieselbe beibehalten werden müsse, meinten Andere, daß von einem „sogenannten“ Topfwerfen gar keine Rede sein könne und dieses Wort daher fortfallen müsse.

Herr Reiche bittet, das Topfwerfen bei Hochzeiten nicht zu verbieten, da dasselbe zu den altehrwürdigen deutschen Gebräuchen gehöre. So lange an solchen Gebräuchen festgehalten sei, habe man noch echt deutsches Wesen und deutsche alte Sitte gepflegt, mit denen es jetzt abwärts gehe. Das Topfwerfen bei Hochzeiten

könne man nahezu 4000 Jahre zurück nachweisen, denn schon die alten Indogermanen haben diesen Brauch gekannt. Die so schöne sinnbildliche Bedeutung desselben sei jetzt ganz abhanden gekommen, indem das Zerwerfen des Topfes sinnbildlich den Wechsel des Standes der Jungfrau mit dem der Frau angedeutet habe. Es sei noch nicht allzulange her, daß die Tugend eines Mädchens nach den „Klapppöten“ bemessen sei und zwar mit Recht, denn ein Mädchen, welches wenig oder gar keine Klapppötte erhalten, habe meistens nicht im besten Rufe gestanden. Sollte das Verbot aber doch aufrecht erhalten werden, so möchte er nur wünschen, daß die Herzogliche Polizei-Direction bei solcher Gelegenheit beide Augen zudrücke.

Herr Wolff II giebt seinem Erstaunen über diese Ausführungen Ausdruck, da er nicht einsehen könne, was das Topfwerfen mit alter deutscher Sitte zu thun habe. Wenn dieselbe sich zu ihrer Erhaltung so schwacher Mittel zu bedienen habe, dann sei es böse mit ihr bestellt. Da Braunschweig begonnen habe, in den großstädtischen Verkehr zu kommen, so sei es im öffentlichen Interesse dringend nothwendig, hier eine Aenderung zu treffen. Wenn er auch auf dem Dorfe diesen Brauch gern gestatten würde, so gehöre derselbe doch in eine Großstadt nicht mehr hinein.

Herr G ü n t h e r: Wenn das weibliche Wahlrecht vorhanden wäre, so würde er annehmen, Herr Reiche hätte wollen eine Wahlrede halten, denn nur auf die Frauen vermöge seine Rede einzuwirken. Er wisse nicht, was gerade das Topfwerfen mit den alten deutschen Zuständen zu thun haben solle. Die Pastoren, sowie überhaupt die Angehörigen der sogenannten besseren Gesellschaft würden sich das Topfwerfen, wohl auch höflichst verbitten. Er sei dafür, diese Unsitte einfach zu beseitigen.

Herr W i l k e beantragt, das Topfwerfen „auf der Straße“ zu verbieten.

Herr H a u s w a l d t muß der Ansicht widersprechen, daß das Topfwerfen nur bei gewöhnlichen Leuten vorkomme. Da er dasselbe nicht gern verboten sehe, so lange das öffentliche Interesse nicht darunter leide, so beantrage er, den §. 112 folgendermaßen zu fassen: „Das sogenannte Topfwerfen bei Polterabenden ist nur gestattet, wenn für Fortschaffung der Rückstände Sorge getragen wird.“

Herr S e e l e hält diesen Paragraphen aus anderen Gründen für unnöthig, weil nämlich jeder Unfug verboten sei und dieser Brauch dazu ebenfalls gerechnet werden müsse.

Herr W o l f f II muß dieser Ansicht widersprechen, weil eine weit verbreitete Meinung diesen Brauch als erassen annehme und derselben entgegen zu treten sei. Dem Vorschlage des Herrn W i l k e stimme er dagegen gern zu.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß die Idee nicht Platz greifen dürfe, es sei gestattet, Jemandem einen „Klapppott“ ins Haus zu werfen. Wenn

er der Sitte auch nicht principiell abgeneigt sei, so dürfe doch ein Recht darauf nicht statuirt werden.

Herr Stadtrath Ketemeyer weist darauf hin, daß das fragliche Verbot schon seit Jahren bestehe. Uebrigens beziehen sich alle hier zu erlassenden Bestimmungen immer nur auf die Straßen, so daß die Hauseigenthümer gegen derartigen Unfug sich selbst zu schützen haben. Den Zusatz „auf der Straße“ halte er daher für ganz richtig.

Herr Natalis bittet, die beiden letzten Worte des §. 112 durch das Wort „verboten“ zu ersetzen.

Nachdem Herr Hauswaldt seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird der Antrag des Herrn Reiche abgelehnt und der §. 112 in folgender Fassung angenommen: „Das Toppfwerfen auf der Straße bei Polterabenden ist verboten.“

Der Eingang des §. 115 soll lauten: „Das Umhertreiben in trunkenem Zustande, . . .“, ferner wird im §. 117 an Stelle des Wortes „Baumpflanzungen“ gesetzt „Bäume“ und der Anfang des §. 119 wie folgt gefaßt: „Die Hausnummern, die Straßenbezeichnungen und die Hydrantschilder dürfen nicht entfernt, . . .“, auch soll die Ueberschrift des §. 120 lauten: „Auslegen unangenehmer oder widerlicher Gegenstände.“

Herr Rimpau giebt anheim, hier zu bestimmen, daß die Ladenfenster während der Kirchzeit geschlossen werden müssen, da die Schaufenster häufig Sachen enthalten, welche dem Sinne der Kirchenbesucher diametral entgegengerichtet seien.

Herr Günther erklärt sich gegen diesen Antrag, der nur zu Scherereien führen müsse. Die Kirchgänger seien doch jedenfalls auf dem Wege schon zu sehr mit ihrem Gott beschäftigt, als daß sie Augen für Sachen hätten, die im Ladenfenster liegen.

Herr Hauswaldt bittet ebenfalls, von diesem Antrage abzugehen, da er sich gar keinen Gegenstand in einem Ladenfenster ausdenken könne, welcher ihn auf seinem Kirchgange unangenehm berühren könne und in anderen Städten solche Vorschrift zu unendlichen Scherereien geführt habe.

Herr Halle schließt sich diesem Wunsche an. Die Sonntagsruhe habe in der Geschäftswelt schon so viel böses Blut und so viel Unzufriedenheit erzeugt, daß es nicht wohlgethan sei, dieselbe noch zu vermehren, indem man die Ladenbesitzer zwingt, ihre Schaufenster während des Gottesdienstes zu verhängen.

Der Antrag des Herrn Rimpau wird darauf abgelehnt.

Ohne weitere Besprechung heißt die Versammlung sodann noch folgende Aenderungen gut: Die Ueberschrift des §. 123 soll heißen: „Verkehr aufsichtsbedürftiger Personen auf den Straßen;“ im §. 124 wird am Schlusse vor „belästigt“ das Wort „erheblich“ eingeschoben; der §. 128 soll lauten: „Das Betreten des

Eises auf der Oker, den Umfluthgräben und Teichen ist nur mit polizeilicher Erlaubniß gestattet."

Zum §. 130 wird commissionsseitig beantragt, die Ueberschrift wie folgt zu fassen: „Dulbung der Anbringung der dem Gemeinwohl dienenden Gegenstände an den Häusern;“ ferner im Eingange zu sagen: „Die Hausbesitzer müssen nach zuvoriger rechtzeitiger Benachrichtigung ohne Entschädigung gestatten, . . .“ sowie endlich noch statt „dem öffentlichen Interesse“ zu setzen „dem Gemeinwohl“.

Herr Rimpau hat sich von Juristen sagen lassen, daß keinem Menschen aufgezwungen werden könne, an seinem Grundstücke derartige Vorrichtungen ohne Entschädigung zu gestatten.

Der Herr Vorsitzende bittet, darüber hinwegzugehen, weil diese Auslegung mindestens zweifelhaft sei.

Herr Lange beantragt, an Stelle des Wortes „Briefkasten“ zu sagen „Briefkasten der kaiserlichen Post“.

Herr Hauswaldt giebt anheim, die Worte „Isolatoren und Telegraphendrähte“ zu streichen, weil es nicht durchaus nothwendig sei, dieselben auf die Häuser zu setzen, sondern man an den großen Heerstraßen zu diesem Zwecke Stangen ziehen könne. Gerade die Anbringung dieser Sachen führe zu großen Unannehmlichkeiten, weil dadurch häufig die Dächer undicht und die Hausbesitzer recht oft von den revidirenden Leuten belästigt werden. Auch die Postverwaltung setze die Telegraphengestänge nur mit Genehmigung der Besitzer auf die Häuser.

Nach einer weiteren Besprechung dieses Punktes, an welcher sich die Herren Wolff II, Brückmann, Südel und Hauswaldt, sowie der Herr Vorsitzende theilnehmen, beantragt Herr Natalis, vor „Isolatoren“ zu setzen „städtische“ und Herr Rimpau das Wort „Briefkasten“ zu streichen.

Die Versammlung erklärt sich mit der von der Commission vorgeschlagenen Fassung und den Zusatzanträgen der Herren Lange und Natalis einverstanden, so daß die übrigen Anträge damit in Fortfall kommen.

Ein zum § 131 gestellter Antrag des Herrn Rieke, das Wort „unbefugte“ fortzulassen, wird nach einer kurzen Gegenbemerkung des Herrn Vorsitzenden zurückgezogen.

Schließlich werden ohne weitere Verhandlung noch folgende Aenderungen genehmigt: Im §. 132 soll die Ueberschrift: „Unfug an Baulichkeiten und dem Gemeinwohl dienenden Gegenständen“, sowie der Eingang: „Das unbefugte Bemalen, Beschreiben, Beschmutzen und Verunreinigen von Baulichkeiten . . .“ lauten; in der vorletzten Zeile des §. 135 wird an Stelle des Wortes „resp.“ gesetzt „oder“; im §. 136 soll die Ueberschrift heißen „Anschlagzettel“, ferner wird in den Worten „Platatsäulen“ und „Platattafeln“ das Wort „Plakat“ gestrichen, auch

an anderer Stelle statt „Plakaten“ gesetzt „Anschlagzetteln“, sowie endlich die Ueberschrift des §. 142 geändert in „Strafen und Zwangsmittel“.

In der so abgeänderten Fassung genehmigt sodann die Versammlung die ganze Straßen-Polizei-Ordnung mit Ausnahme des §. 87, dessen Verathung und Beschlußfassung vorbehalten bleibt.

Herr Wolff II übernimmt den Vorsitz.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Niede auf Berücksichtigung kleinerer Handwerker bei Vergabung der Arbeiten zum Stadthausbau.

Ueber diesen in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 321 des Prot.) berichtet namens der Finanzcommission Herr Fiedel: Die Commission habe geglaubt, sich zunächst darüber unterrichten zu müssen, wie die Hochbauverwaltung bei solchen Vergabungen bisher verfahren sei. Diese Ermittlungen haben Folgendes ergeben. Seit Jahren liege auf dem Stadtbauamte ein Buch aus, in welches alle diejenigen Gewerbetreibenden eingetragen werden, die sich um Arbeiten für die Stadt bemühen. Kommen neue Anmeldungen hinzu, so werden von diesen Bewerbern ausgeführte Arbeiten von sachlicher Seite geprüft und bei ausreichendem Befunde die Namen der Bewerber in das Buch eingetragen. Daraus ergebe sich, daß immer eine größere Anzahl von Werkmeistern zur Verfügung der Städt. Bauverwaltung stehe. Bei Vergabung städtischer Bauten werde nun je nach dem Umfange derselben eine größere oder kleinere Anzahl der betr. Meister aufgefordert, ein Gebot abzugeben. Aus den Acten für den Bau der Schule an der Sophienstraße habe er festgestellt, daß zur Abgabe eines Gebotes aufgefordert seien 14 Maurermeister, von denen die Arbeit einer erhalten habe; 7 Zimmermeister, von denen sie einer bekommen habe; 10 Bewerber für die Heizungsanlage, während die Arbeit einem zuerkannt sei; ferner seien die betr. Arbeiten vergeben an 2 Klempner von 7 Bewerbern, an 8 Tischler von 12 Bewerbern, an 9 Schlosser unter 11 Bewerbern, sowie an 6 Maler, 6 Tapezirer und 3 Glaser. Daraus ergebe sich aber, daß die Hochbauverwaltung die Arbeiten bereits in dem Sinne des Herrn Antragstellers vergeben habe und die Finanzcommission daher nur beantragen könne, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Niede will bemerken, daß er zur Stellung seines Antrages veranlaßt sei durch die Unzufriedenheit, welche in den Kreisen der kleinen Handwerker über die Vergabung städtischer Arbeiten herrsche. Da nun die Stadt beabsichtige, binnen Kurzem eines ihrer größten und theuersten Gebäude aufführen zu lassen, auch die Arbeitslosigkeit einen bedeutenden Umfang angenommen habe, so erscheine es ihm nicht zweckmäßig, beispielsweise die Maurerarbeiten einem einzigen Maurermeister zu übertragen. Es seien genug städtische Baubeamte vorhanden, welche den Bau

controliren können, so daß der eine Meister wie der andere arbeiten müsse. Er habe gegen die Leistungsfähigkeit der größten hiesigen Baufirma durchaus nichts einzuwenden, da er keinen Augenblick zweifle, daß dieselbe die Arbeiten vielleicht solider ausführe als mancher Innungsmeister und sie auch die Arbeiter ganz erträglich behandle. Nur gefalle ihm bei dieser Firma nicht, daß sie den hiesigen eingeseffenen Arbeitern die Eichsfelder, welche gegen geringeren Lohn arbeiten, vorziehe. Den kleinen Handwerksmeistern sei schon öfter empfohlen worden, sie möchten da verkehren, wo die höheren Baubeamten verkehren, so daß man hieraus wohl schließen könne, es werde doch nach Gunst verfahren. Bedauerlich sei es auch, daß durch die starke Concurrenz die Preise so erheblich gedrückt werden, da allein die Arbeiter, deren Löhne dann ebenfalls heruntergesetzt werden, darunter leiden. Die Commune habe aber selbst das allergrößte Interesse daran, daß die Arbeiter einigermaßen gut gestellt werden, weil dieselben dann kaufkräftiger seien und ihre allgemeine Lage sich besser gestalte. Wenn man so weit noch nicht gekommen sei, solche Arbeiten in Regie auszuführen und das Unternehmertum verschwinden zu lassen, so wisse man, daß man noch auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehe.

Herr Nieß hat nicht begreifen können, wie Herr Rieke die eine größte bauausführende Firma, welche gewöhnlich den Zuschlag bei Maurerarbeiten erhalten solle, in Gegensatz zu den Innungsmeistern setzen könne, da doch diese Firma ebenfalls zu den Innungsmeistern gehöre und außerdem sehr oft andere Maurermeister bei städtischen Arbeiten den Zuschlag erhalten haben. Um den aus einem Regiebau für die Stadtgemeinde erwachsenden Segen etwas näher zu beleuchten, wolle er nur an den Bau der Schule am Prinzenwege erinnern, welcher auf Veranlassung des ehemaligen Stadtbauraths Tappe in Regie genommen sei und der zu einer durchschnittlichen Ueberschreitung des Voranschlages um 40 % geführt habe.

Herr Südel möchte noch bemerken, daß die sämtlichen Angebote von Gewerbetreibenden in ein Verzeichniß eingetragen werden und bei der Vergebung der Arbeiten diejenigen Berücksichtigung finden, welche bei gleicher Leistungsfähigkeit und gleichem Vertrauen die billigsten Preise gefordert haben. Erklärlich sei es, daß sich auch dieser und jener Meister zu städtischen Arbeiten melde, dessen Leistungen die Stadt. Bauverwaltung gerade nicht aufmuntern könne, ihn bei der Submission zuzulassen. Jedenfalls sei die Hochbauverwaltung stets in einer den heutigen Begriffen der Arbeitsvertheilung entsprechenden Weise vorgegangen.

Herr Rieke weist darauf hin, daß die Schule am Prinzenwege vom früheren Stadtbaurath Tappe als Regiebau aufgeführt sei, weil damals die Baugewermeister zu hohe Preise gefordert haben. Im Uebrigen wolle er die Innungsmeister durchaus nicht bekämpfen und ihnen gönnen, daß sie Arbeit erhalten. Dann trete wenigstens nicht der traurige Zustand ein, daß sie heute nach dem Befähigungs-

nachweis schreien und morgen vielleicht wegen mangelnder Bauten ihre Lehrlinge mit verkaufen müssen.

Herr Nieß will noch darauf aufmerksam machen, daß sich die Angriffe des Herrn Riefe auf mindestens 90—95 % sämtlicher Werkmeister, also im Allgemeinen auf den ganzen Baugewerkestand richten, da seit dem vergangenen Frühjahr ein so hoher Procentsatz sämtlicher Werkmeister, welche irgendwie die Befähigung besitzen, der Innung angehören zu können, ihr auf Grund der Reichsgesetzgebung auch wirklich angehören. Außerdem wolle er bemerken, daß seit zwei Jahren die Löhne eine Tendenz haben, sich nach unten zu bewegen, daß aber die Innungsmeister beschlossen haben, die Löhne trotz des Angebots der Leute nicht herabzusetzen. Diese Thatsache werde den Arbeitern wohl besser bekommen sein, als die Rede des Herrn Riefe. Was den Bau der Schule am Prinzenwege anlangt, so sei es allerdings Thatsache, daß von den Handwerksmeistern bei der öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten 11 % mehr gefordert worden, als der Baurath Tappe in seinem Kostenanschlag vorgesehen habe. Als von demselben dann die Ausführung des Baues selbst übernommen sei, habe sich herausgestellt, daß der Anschlag zu niedrig bemessen gewesen und derselbe ganz erheblich überschritten sei.

Herr Reiche weiß aus dem Munde des Stadtbauraths Tappe selbst, daß der Bau der fraglichen Schule nur ein Versuch gewesen sei, um zu ermitteln, ob es sich empfehle, die öffentlichen Gebäude in Regie zu bauen.

Herr Hauswaldt glaubt, daß der Zweck des Antrages, welcher doch wohl hauptsächlich dahin gehe, festzustellen, in welcher Weise bei der Vergebung städtischer Arbeiten verfahren werde, erfüllt sei, indem sich herausgestellt habe, daß dem Wunsche des Herrn Antragstellers gemäß schon jetzt verfahren sei.

Herr Günther hält es für einen Uebelstand, daß immer nur eine beschränkte Zahl von Handwerkern zur Betheiligung an städtischen Arbeiten aufgefordert werde. Wenn es heiße, daß an letzteren überhaupt nicht mehr viel verdient werde, so sei daran das Submissionswesen schuld und müsse auch hier der Arbeiter den Ausfall tragen. Darum halte er es im Interesse der Bürgerschaft für besser, wenn man städtischerseits das Regiewesen einführe, selbst auf die Gefahr hin, daß es scheinbar etwas theurer zu stehen komme. Er erinnere sich noch recht gut, daß der damalige Regiebau des Stadtbauraths Tappe vom Oberbürgermeister Caspari und dem Stadtverordneten Bracke sehr gelobt sei und sich auch die Stadtverordnetenversammlung der von anderer Seite in Scene gesetzten abfälligen Kritik nicht angeschlossen habe.

Herr F ü d e l will auf die hier angeregten wirthschaftlichen Fragen nicht näher eingehen, sondern nur noch darauf hinweisen, daß Herr Günther einmal das Submissionswesen im Allgemeinen tadle und dasselbe dann aber wieder im weitesten Umfange angewendet wissen wolle. Letzteres geschehe nicht, weil sich sonst alle

möglichen Werkmeister melden würden, über deren Befähigung dem Stadtbauamte nicht genügende Erfahrung zur Seite stehe.

Herr Niese möchte auch nicht tiefer auf eine Erörterung dieser schweren wirthschaftlichen Frage eingehen, sondern nur noch anführen, daß s. Z. ein Stadtverordneter versucht habe, den Stadtbaurath Tappe privatrechtlich der Stadt gegenüber wegen der enormen Ueberschreitung des Voranschlages verantwortlich zu machen.

Ein inzwischen eingegangener Schlußantrag wird ebenso wie der Antrag der Finanzcommission auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

III. Selbstständiger Antrag des Herrn Niese auf baldige Regelung der Pensionsverhältnisse der alten Nachtwächter.

Wie Herr Natalis namens der Finanzcommission berichtet, soll sich der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag (Seite 321 des Prot.) nur auf die früheren, nicht aber auch auf die jetzigen Nachtwächter beziehen. Dem gegenüber sei indessen ins Auge zu fassen, daß die betreffenden Leute nicht als Beamte, sondern nur im Arbeitsverhältnisse auf Kündigung beschäftigt gewesen seien und ihnen gegenüber demnach keinerlei Verpflichtung bestehe, für sie nach ihrer Entlassung weiter zu sorgen, wie dieses bei allen übrigen Arbeitern im Gas- und Wasserwerke, bei der Feuerlöschanstalt, dem Schlachthause und anderen städtischen Einrichtungen auch der Fall sei. Wenn es auch sehr schön gedacht sei, dem städtischen Arbeiter das Leben bis zu seinem Ende zu erleichtern, so müsse davon doch als unausführbar abgesehen werden. In dem vorliegenden Falle sei noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Leistungsfähigkeit der Nachtwächter nur zu einem geringen Theile stadtseitig ausgenutzt worden, indem dieselben zumeist nur 4 bis 6 Stunden in der Innenstadt und 6 bis 8 Stunden in der Außenstadt Dienst gethan und daneben meistens noch ihr Handwerk, hauptsächlich wohl als Schuhmacher, ausgeübt haben. Nachdem diese Leute als Nachtwächter dienstuntauglich für die Stadt geworden seien, erscheine es natürlich, daß sie wieder ganz und gar von ihrem ursprünglichen Gewerbe existiren, zumal da dieselben sich der Mehrzahl nach noch in einem erwerbsfähigen Lebensalter befinden. Wenn nun von Seiten des Magistrates an die älteren und wirklich bedürftigen Nachtwächter eine Unterstützung von 72 M jährlich ausgesetzt sei, so glaube die Finanzcommission, diese Zubuße als ausreichend ansehen zu müssen und gebe daher, im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller, anheim, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Niese will gern anerkennen, daß der Magistrat und die Commission im Principe recht haben, wenn er auch der Meinung sei, daß bei den jetzt so

plötzlich zur Entlassung gekommenen, theilweise alten und gebrechlichen Leuten eine Ausnahmemaßregel vorliege. Da er ebenfalls nicht wünsche, daß jeder dieser Nachtwächter, gleichviel, ob er ein flottes Holzgeschäft besitze, oder Capitalien im Leihhause habe, oder ob es ihm dürftig gehe, ein Ruhegehalt von 300 M bekommen solle, so beantrage er, unter Zurücknahme seines ersten Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den alten entlassenen Nachtwächtern für den Fall ihrer Bedürftigkeit und Würdigkeit auch eine höhere Gnadenpension als 72 M jährlich bewilligen zu wollen.“

Herr Reiche schließt sich diesem Antrage an, da für die Stadt wenigstens eine moralische Verpflichtung vorliege, die alten arbeitsunfähigen Leute nach Kräften zu unterstützen.

Der Antrag wird angenommen.

IV. Anschaffung von Feuermeldern für Bürgerschulen.

Der Antrag des Magistrates, die durch die Einrichtung automatischer Feuermelder in den städtischen Schulen an der Masch-, Heinen- und Sophienstraße, sowie am Hohenstiege entstehenden Kosten im Gesamtbetrage von 600 M zu bewilligen,

wird von Herrn Seele namens der Finanzcommission befürwortet.

Herr Halle empfiehlt, die Feuermelder wie in vielen anderen Städten derartig anzubringen, daß sie von außen zugänglich seien und man nicht erst im Falle der Noth den Schulpedell wecken müsse.

Die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme.

V. Zuschuß zum Stiftungsfeste der freiwilligen Bürger-Feuerwehr.

Der Kreis-Branddirector hat auf Ersuchen der freiwilligen Bürger-Feuerwehr beantragt, derselben zur Bestreitung der Kosten des am 11./12. Februar 1893 stattfindenden 25jährigen Stiftungsfestes einen Zuschuß von 500 M zu bewilligen. Der Magistrat schließt sich dem Antrage an und giebt dessen Genehmigung anheim,

welche auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Seele berichtet, denn auch beschloffen wird.

VI. Ausleihung von 15 000 Mark für den Kreisfonds.

Da von dem Grundvermögen des Kreisfonds 15 576 M 42 S verfügbar geworden sind, der Schuhmachermeister Carl Boß hieselbst aber beantragt hat, ihm

zum 1. März 1893 ein Capital von 15 000 M gegen eine Verzinsung von $4\frac{1}{4}\%$ zur ersten Hypothek auf sein an der Scharnstraße gelegenes Grundstück darzuleihen, so ersucht der Magistrat, dieser Verleihung zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Sievers hat auch die Finanzcommission kein Bedenken gegen den Antrag geltend zu machen, worauf derselbe angenommen wird.

VII. Einrichtung eines Brausebades in der Schule an der Leonhardstraße.

Nach einem Berichte der Städtischen Bauverwaltung läßt sich die Einrichtung von Brausebädern in den Bürgerschulgebäuden an der Leonhardstraße, dem Prinzenwege, dem Büldenwege, der Okerstraße, der Sidonienstraße und der Ottmerstraße in mehr oder weniger zweckmäßiger Anordnung herstellen. Die mit der Aufstellung von Kostenanschlägen für solche Badeeinrichtung beauftragte Firma Blochmann & Schulten empfiehlt, an Stelle der Reservoirs Druckfessel (sogenannte Boiler), welche unter dem Drucke der Wasserleitung stehen, herzustellen, wie solche schon vielfach erprobt seien und sich als gut erwiesen hätten. Die Anlagekosten stellen sich bei Anwendung dieses Systems um etwa 1300 M niedriger, als bei der für die Schulen an der Masch- und Sophienstraße gewählten Ausführung. Zur Erwärmung des Wassers dient eine Feuerspirale aus schmiedeeisernem Rohre mit 6 mm Wandstärke. Das Wasser circulirt mit dem Wasserinhalte des schmiedeeisernen, etwa 600 Liter fassenden Boilers, der ebenso wie die Feuerspirale einmal unter dem Wasserleitungsdrucke steht, dann aber auch noch mit einem Belastungsventile so montirt wird, daß ein Uebersteigen des Druckes dem Heizer durch elektrisches Läutewerk signalisirt wird. Das warme Wasser wird vom Boiler aus nach einem Mischapparate geleitet und ist hierfür ein 4 cm starkes Anschlußrohr der Wasserleitung nothwendig. Die Anordnung und Construction der Brause ist ebenso gedacht, wie bei den Badeanlagen in den Schulen an der Masch- und Sophienstraße. Die gesammten Kosten der Einrichtung der Badeanlagen belaufen sich unter Zugrundelegung der oben erwähnten Boiler und einschließlich der Ausgaben für Herstellung der Bäder und Ankleideräume, sowie Ausrüstung derselben mit Lattenfußboden, Bänken und Kleiderhaken für die Bürgerschule an der Leonhardstraße auf 5100 M, am Prinzenwege auf 4450 M, am Büldenwege auf 4530 M, an der Okerstraße auf 5100 M, an der Sidonienstraße auf 4000 M und an der Ottmerstraße auf 4000 M. Da es die Städtische Bauverwaltung für zweckmäßig hält, das von der Firma Blochmann & Schulten in Vorschlag gebrachte System von Brausebädern zunächst bei einer Schule zur Anwendung zu bringen, so beantragt der Magistrat auf Empfehlung des Schuldirectors, die Herrichtung eines Brausebades bezeichneten Systems in dem Schulgebäude an der Leonhardstraße zu genehmigen und ihn zur

Einstellung des veranschlagten Kostenbetrages von 5100 M in den Haushaltsplan für 1893/94 zu ermächtigen.

Wie Herr Reiche berichtet, hat die Schulcommission die Sache berathen und beschlossen, der Versammlung die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Herr Lange ist die Höhe der geforderten Summe aufgefallen. Wenn besonders versprochen werde, daß die Kosten dieses neuen Systems sich um 1300 M niedriger stellen sollen, als diejenigen des bisherigen Systems, so wisse er nicht, wie man trotzdem noch 5100 M verlangen könne, zumal da dem Schulhausbau am Hohenstiege nur eine Summe von 3400 M für ein Brausebad abgesetzt sei.

Herr Oberbürgermeister Bockels will dazu bemerken, daß letztere Summe nicht auf einem speciellen Kostenanschlage beruht habe, sondern nur ein Griff gewesen sei, während man die hier geforderte Summe von 5100 M auf Grund besonderer Ermittlungen gefunden habe.

Herr Reiche weist noch darauf hin, daß solche Anlagen sich bei einem Neubau immer billiger herstellen lassen, als bei einem fertigen, dazu nicht besonders eingerichteten Gebäude.

Herr Lange will dieses gern zugeben, wenn mit der Anlage Aenderungen im Baue selbst vorzunehmen seien, was hier aber nicht zutrefte. Er möchte darum anheimgeben, mit der Firma Blochmann & Schulten sowohl, als auch mit anderen Firmen darüber zu verhandeln, ob sich der geforderte Preis nicht noch ermäßigen lasse.

Herr Nieß beantragt, der Anregung des Herrn Lange insofern Folge zu geben, als die Vorlage angenommen und dabei dem Magistrate anheimgegeben werde, durch Einziehung anderweiter Kostenanschläge auf eine Verminderung der Kosten hinzuwirken.

Dieser Antrag wird angenommen.

VIII. Festsetzung von Straßenbaukosten für die Fällersleberthortwete.

Nach der von der Städt. Bauverwaltung aufgestellten Berechnung derjenigen Kosten, welche von den Anliegern der vormaligen Fällersleberthortwete für den Ausbau derselben an die Stadt zurückzuerstatten sind, belaufen sich diese Kosten auf 175,06 M für das Meter Frontlänge. Der Magistrat ersucht, diese Kosten auf den bezeichneten Betrag festzustellen.

Wie Herr Riecke berichtet, giebt die Baucommission, wenn sie die Kosten auch sehr hoch finde, anheim, dieselbe zu genehmigen, da sich gegen deren Feststellung doch nichts machen lasse.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

IX. Erstattung von Wasserrohrkosten.

Auf Antrag der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents giebt der Magistrat anheim, die s. Z. vom Friedhofsbaufonds bestrittenen Kosten der Anlegung des Wasserrohrs auf der Helmstedterstraße vom Streitberge bis zum Friedhofe in dem vollen Betrage von 2548,50 M mit Rücksicht darauf zurückzuerstatten, daß es sich im vorliegenden Falle um Rückzahlung von Kosten einer gemeinnützigen Anlage handle, deren Mindestverbrauch an Wasser überdies auf jährlich 100 M festgestellt worden sei.

Die Vorlage wird von Herrn Siebers namens der Finanzcommission befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

X. Provisorische Ordnung des Nachtwachwesens.

Nachdem die Durchführung der vom Magistrate beabsichtigten und von der Versammlung in den Grundsätzen bereits gebilligten Reorganisation des Nachtwachwesens eine unliebsame Verzögerung dadurch erfahren hat, daß von Seiten Herzoglicher Polizei-Direction bei Herzoglichem Staats-Ministerium Verhandlungen über die Frage eingeleitet sind, ob nicht der Landesversammlung eine Vorlage wegen staatsseitiger Uebernahme des Nachtwachwesens zu unterbreiten sei, hat es der Magistrat für angezeigt gehalten, von einer definitiven Umgestaltung dieses Dienstzweiges jezt abzusehen und bis zur Erledigung jener Verhandlungen eine provisorische Ordnung mit Herzoglicher Polizei-Direction zu vereinbaren. Dieselbe hat die von der Versammlung schon gutgeheißene Vermehrung des Wächterpersonals bei gleichzeitiger Verjüngung desselben zur Grundlage und bietet nach dem Dafürhalten Herzoglicher Polizei-Direction genügende Gewähr für die Möglichkeit einer ordnungsmäßigen, zweckerfüllenden Ausübung des Nachtwachdienstes. Im Einzelnen ist folgenden Vorschlägen der Herzoglichen Polizei-Direction zugestimmt.

1. Sämmtliche Nachtwächter versehen ihren Dienst von 11 Uhr ab bis 6 Uhr Morgens.

2. Die Reviere der Innenstadt werden von einzelnen Wächtern begangen, mit Ausnahme von zwei Bezirken, wo wegen der besonderen localen Verhältnisse eine Begehung zu Zweien nothwendig ist.

3. Die Wallpromenaden werden in 12 (jezt 6) Reviere eingetheilt, welche viertelstündlich von einzelnen Wächtern begangen werden.

4. Die Außenstadt wird in 16 (jezt 11) Reviere eingetheilt, die von je zwei Wächtern begangen werden.

Unter Mittheilung dieser Aenderungen ersucht der Magistrat, sich mit der Erhöhung des Wächterlohnes dergestalt einverstanden zu erklären, daß vom 1. Ja-

nuar 1893 ab der bisher gezahlte Satz von 57,50 M auf 65 M für den Monat festgesetzt wird.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, angenommen.

XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Anstellung eines Stadtbibliothekars.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, ist die Statutencommission bei der Berathung des in der letzten vertraulichen Sitzung gestellten Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob die Anstellung eines Stadtbibliothekars nicht zweckmäßig erscheint,“

von der Erwägung ausgegangen, daß es vollständig dahinstehe, ob die Anstellung eines Stadtbibliothekars sich empfehle. Da es indessen auf Grund des mehrfach angeregten Wunsches zweckmäßig zu sein scheine, den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen anzustellen, ob die Anstellung eines besonderen Bibliothekars dringend nothwendig erscheine, so bitte die Commission unter Zustimmung des Herrn Antragstellers, einen dahingehenden Antrag gutzuheißen, was geschieht.

XII. Verlängerung der Amtsdauer der Vorsitzenden und der Protocollführer.

Mit Rücksicht darauf, daß die Amtsthätigkeit der sämtlichen Commissionen bis zum 1. April 1893 verlängert ist, hat die Versammlung noch darüber zu befinden, in welcher Weise die Aemter der Vorsitzenden und der Protocollführer bis zum 1. April 1893 zu besetzen sind.

Auf Antrag des Herrn Nieß beschließt die Versammlung durch Zuzuf, die Amtsdauer der bezeichneten Personen ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkte zu verlängern.

XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Beschaffung eines städtischen Desinfectionsapparates.

In Behinderung des Berichterstatters theilt der Herr Vorsitzende mit, der Magistrat habe in der Statutencommission bezüglich dieser Frage derartig befriedigende Erklärungen abgegeben, daß die Commission mit Rücksicht hierauf nur empfehlen könne, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Hauswaldt führt sodann

Herr Oberbürgermeister Pockels aus, daß nach einer mit der Direction des Herzoglichen Krankenhauses getroffenen Vereinbarung der bis vor wenigen Wochen in der Reinigungsstation an der Schneckenstertswiese befindlich gewesene Des-

infectionssapparat für die Bürgerchaft benutzbar bleiben solle, bis die Stadt einen eigenen Apparat angeschafft haben werde. Vom Magistrate sei nun in Aussicht genommen, einen Apparat bester Construction zur Benutzung für das Publicum aufzustellen. Die Städt. Bauverwaltung werde in Folge Auftrages des Magistrats binnen kürzester Frist eine Vorlage wegen Beschaffung eines Apparates machen und als geeigneten Platz zur Aufstellung desselben die Gasfabrik an der Taubenstraße in Vorschlag bringen, so daß die Versammlung baldigst eine Vorlage zu erwarten habe.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird sodann beschlossen.

XIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, in den nächsten ordentlichen Stat unter Cap. VI eine entsprechende Summe für einen von der Stadt anzustellenden städtischen Oberarzt einzustellen,“

führt Herr Hauswaldt aus, daß nach einer in der Stadt weit verbreiteten Ansicht der staatliche Physicus, welcher zugleich auch für die Stadt Physicus sei, bei der starken Zunahme der städtischen Bevölkerung und bei der ihm obliegenden großen Arbeitslast gar nicht im Stande sei, der Stadt seine Dienste in der erwünschten Weise zu widmen. Da zu befürchten sei, daß im nächsten Frühjahr die Cholera der Stadt wieder näher rücke, so müsse es als ein Mangel empfunden werden, daß der hiesige Physicus seine Kraft zu theilen habe zwischen den staatlichen Geschäften, seiner Praxis und der Stadt. Aus diesem Grunde halte man es in verschiedenen Kreisen der Stadt für wünschenswerth und nothwendig, für die Stadt einen Arzt anzustellen, der die hygienischen Einrichtungen derselben zu überwachen, vielleicht auch als Ober-Armenarzt und Schularzt zu fungiren und sonstige Functionen zu verrichten habe. Die Besoldung müßte dann aber derartig bemessen werden, daß der betr. Arzt seine Zeit und seine geistige Kraft ganz der Stadt zu widmen vermöchte.

Der Antrag wird genügend unterstützt der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günt her auf Bildung einer Commission zur Begutachtung von wirthschaftlichen Fragen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle ihre Zustimmung zur Bildung einer Commission geben, welche in wirthschaftlichen Fragen dem Magistrate begutachtend zur Seite steht und die Maßnahmen desselben zu unterstützen hat.“

Wie Herr G ü n t h e r, den Antrag begründend, ausführt, hat Herr Stadtrath Metemeyer in der letzten Sitzung selbst erklärt, daß es außerordentlich schwierig sei, beispielsweise bei der Anstellung der Arbeiter im Bürgerparke, diejenigen Leute herauszufinden, welche der Unterstützung durch Beschäftigung am ehesten bedürftig seien. Auch haben verschiedene Arbeiter Klage erhoben über die allzustrenge Ueberwachung bei diesen Arbeiten und die außerordentlich niedrige Bezahlung, welche sich für die anstrengende und schwere Arbeit auf nur 23 S für die Stunde belaufen solle, obwohl die Leute dabei theilweise im Wasser stehen müssen. Derartige Beschwerden würde die Commission mit zu erledigen haben, wenn auch ihre Hauptthätigkeit auf wirthschaftlichem Gebiete durch das Aufsuchen der am meisten bedürftigen Arbeiter zu finden sein werde. Durch die von der Arbeiterschaft aufgenommene Statistik sei festgestellt, daß 1500 Arbeiter, darunter über 500 verheirathete mit über 1400 Kindern, arbeitslos seien. Dieses sei aber eine ganz gewaltige Zahl, wenn man bedenke, daß nicht einmal alle Arbeitslosen herausgefunden werden können. Bei der Bildung solcher Commission brauche sich der Magistrat auch nicht mehr an die Armenpfleger zu wenden, um mit Hülfe derselben die bedürftigsten Arbeiter herauszufinden, denn hierdurch werde einmal nicht immer ein richtiges Resultat erzielt, und dann sei solches Verfahren für die Arbeiterschaft auch verlegend. Ferner sei dieser Tage in der Presse getadelt, daß verschiedene Arbeiter die ihnen angebotene Arbeitsgelegenheit nicht angenommen, sondern das Müßiggehen vorgezogen haben. Wenn solche Fälle vorgekommen seien, so möge man bedenken, daß Arbeiter, die 6—7 Monate arbeitslos gewesen, schon sehr charakterfest sein müssen, um gleich wieder Gefallen an solcher Arbeit zu finden. Auch derartigen Uebelständen würde die Commission vorbeugen können. Er ersuche um Unterstützung des Antrages.

Da der Antrag indessen die erforderliche Unterstützung nicht findet, so ist derselbe damit erledigt.

XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Maßnahmen bezüglich der nächsten Stadtverordnetenwahlen.

Wie Herr G ü n t h e r zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er die nächsten Stadtverordnetenwahlen auf einen Sonntag, eventuell auf den Abend eines Wochentages ansehe, sowie, daß er bei der Auswahl der Beisitzer an den Wahltagen alle Parteien berücksichtige,“

ausführt, lasse sich eine, jedenfalls alle Parteien erwünschte zahlreiche Betheiligung an der Wahl nur dann erzielen, wenn die Wahl auf einen Sonntag verlegt werde. Die etwa gegen diesen Tag vorgebrachten Bedenken wegen kirchlicher Rücksichten können nicht ausschlaggebend sein, weil ja auch Tanzbelustigungen an den Sonntagen

stattfinden. Da die Arbeiter und kleinen Handwerker durch die Betheiligung an einer am Wochentage stattfindenden Wahl immer Arbeitsverlust haben, so sei der Sonntag hierzu viel geeigneter. Sollte indessen die Versammlung dem Antrage auf Wahl des Sonntages nicht zustimmen wollen, so bitte er, wenigstens die Wahl auf einen Wochenabend zu verlegen.

Auch dieser Antrag erhält nicht die erforderliche Unterstützung und ist deshalb gefallen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Schluß nach 7^{1/2} Uhr.
